

Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee
zur Freiwilligenstreitkraft

Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003

ABHANDLUNG
zur Erlangung der Doktorwürde
der
PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
der
UNIVERSITÄT ZÜRICH

Tibor Szvircsev Tresch
Uffikon / LU

Angenommen auf Antrag von
Prof. Dr. Hans Geser
und
Prof. Dr. Karl W. Haltiner

Zürich, 2005

Abstract

Mittels Daten des *International Institute for Strategic Studies* (IISS) und einer bei 87 MilitärexpertInnen durchgeführten Erhebung werden 32 europäische Länder und ihre Beziehung zur Wehrpflicht von 1975 bis 2003 untersucht. Eruiert werden die Hauptgründe zur Aussetzung oder Beibehaltung der Wehrpflicht, wobei gesellschaftliche, technologische, ökonomische und geostrategische Triebkräfte im Mittelpunkt stehen.

Die Trendanalysen zeigen, dass die Umwandlung von Wehrpflichtarmeen zu Freiwilligenstreitkräften in Europa vor allem auf die veränderte geopolitische Lage seit dem Ende des Kalten Krieges zurückzuführen ist. Ebenfalls dazu beigetragen haben die Häufung regionaler Konflikte und die damit verbundenen humanitären Einsätze im Ausland. Allianzeffekte, und hierbei besonders die Nato-Mitgliedschaft, beschleunigen den Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft. Neben diesen geostrategischen Ursachen stehen technologische Triebkräfte, z.B. die Perfektionierung der Militärtechnologie, im Vordergrund. Es wird argumentiert, dass nur gut ausgebildete, professionelle Soldaten komplexe Waffensysteme handhaben können. Einhergehend mit dem technologischen Wandel wird eine Verkleinerung des Streitkräftebestandes beobachtet. Als gesellschaftliche Gründe für die Aussetzung der Wehrpflicht können die Wehrungerechtigkeit wie auch der generelle Bedeutungsverlust des Militärischen in postmodernen Gesellschaften genannt werden. Der Wertewandel vermindert die Bedeutung traditionell-militärischer Werte zunehmend, hingegen werden Individualismus und Pluralismus wichtiger. Dies führt zu einer Erhöhung der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen, einem Akzeptanzverlust der Wehrpflicht und einer geringeren Militärpartizipation der Bevölkerung. Die Notwendigkeit, im gesamten Staatshaushalt Kosten zu senken, wird als ökonomische Ursache des Endes der Massenarmeen aufgeführt: Es werden vermehrt die volkswirtschaftlichen Belastungen der Wehrpflicht für die Gesellschaft einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Forderung nach der ‚Friedensdividende‘, basierend auf dem Ende des Kalten Krieges, setzt die Verteidigungsausgaben in verschiedenen Staaten unter Druck.

Eine vereinfachende Unterscheidung zwischen Wehrpflichtarmeen und Freiwilligenstreitkräften ist nicht zulässig. Vielmehr muss von verschiedenen Graden der Wehrpflicht gesprochen werden. Zu diesem Zweck werden vier Wehrpflichttypen gebildet. Mit einer Extrapolation in die Zukunft wird geschätzt, dass zwischen 2021 und 2025 alle Staaten in Europa die Wehrpflicht aussetzen und Freiwilligenstreitkräfte unterhalten werden.

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	9
1.1	Annäherung an die Thematik und Fragestellung	9
1.2	Abgrenzung der Analyse	13
1.3	Aufbau der Arbeit	14
 THEORETISCHER TEIL		 15
2	THEORETISCHE ANSÄTZE ZUM MILITÄR UND ZUM STREITKRÄFTEWANDEL	15
2.1	Das Militär: Allgemeine Vorbemerkungen	15
2.2	Die Soziologie und das Militär	17
2.3	Definition verschiedener Wehrsysteme	20
2.4	Geschichtlicher Abriss der Wehrpflicht	25
2.4.1	Geschichtlicher Exkurs: Befunde der Gates Kommission 1970	31
2.5	Theoretische Ansätze zum Ende der Massenarmee	32
2.5.1	Morris Janowitz: Militär als soziales System	33
2.5.2	Jacques van Doorn: Vom bewaffneten Mann zur bemannten Waffe	35
2.5.3	Michel Martin: Tendenzen in den französischen Streitkräften	38
2.5.4	Catherine Kelleher: Politische Ansprüche der Parteien	39
2.5.5	Karl W. Haltiner: Das Ende der Massenarmeen in den neunziger Jahren	40
2.5.6	Charles Moskos: Institutional versus Occupational	45
2.5.7	Überblick über die Theorien	47
3	VIER MASSGEBENDE TRIEBKRÄFTE DES WANDELS DER STREITKRÄFTE	50
3.1	Gesellschaftliche Triebkräfte	52
3.1.1	Wertewandel	52
3.1.2	Legitimations- und Akzeptanzverlust und sinkende Integrationswirkung	54
3.1.3	Wehrgerechtigkeit der Wehrpflicht und Dienstverweigerung aus Gewissensgründen	56
3.1.4	Militarisierung der Gesellschaft oder Zivilisierung der Streitkräfte	58
3.1.5	Funktionserweiterung für Frauen in Streitkräften	59
3.1.6	Sinkende Militärpartizipationsrate und Wehrpflichttrate	61
3.1.7	Sinkende soziale Repräsentativität	63
3.1.8	Das Militär als Staat im Staat	64
3.2	Technologische Triebkräfte	66
3.2.1	Das moderne Gefechtsfeld und die Anforderungen an den Soldaten	66
3.2.2	Dominanzverlust des Heeres	68
3.2.3	Verkleinerung der Streitkräfte	69
3.2.4	Spezialisierung und Professionalisierung der Streitkräfte	69

3.3	Ökonomische Triebkräfte	72
3.3.1	Kosten der Wehrpflicht	72
3.3.2	Die Frage der militärischen Effizienz	75
3.3.3	Rekrutierung von Freiwilligen und Verkürzung der Dienstzeit für Wehrpflichtige	76
3.4	Geostrategische Triebkräfte	78
3.4.1	Das Ende des Kalten Krieges	78
3.4.2	Der Einsatz von Streitkräften im Ausland	80
3.4.3	Allianzen und die sich daraus ergebende Internationalisierung der Sicherheitspolitik	82
3.4.4	Positionierung im europäischen Raum	85
3.4.5	Zwei-Klassen-System	86
4	WEHRPFLICHTARMEE UND FREIWILLIGENSTREITKRAFT IM VERGLEICH	88
4.1	Die Wehrpflichtarmee	89
4.1.1	Vorteile der Wehrpflichtarmee	90
4.1.2	Nachteile der Wehrpflichtarmee	91
4.2	Die Freiwilligenstreitkraft	91
4.2.1	Vorteile einer Freiwilligenstreitkraft	92
4.2.2	Nachteile einer Freiwilligenstreitkraft	93
5	VON DER WEHRPFLICHTARMEE ZUR FREIWILLIGENSTREITKRAFT: MODELL UND HYPOTHESEN	95
5.1	Modell für die Professionalisierung europäischer Streitkräfte	95
5.2	Hypothesen	98
	METHODISCHER TEIL	100
6	ZUR METHODIK DER UNTERSUCHUNG	101
6.1	Forschungsanlage und Datenbasis	101
6.2	Objektive Indikatoren für den Wandel der Militärstrukturen: Datensatz <i>The Military Balance</i>	102
6.2.1	Allgemeine Bemerkungen zu <i>The Military Balance</i>	103
6.2.2	Hinweise zu den korrigierten Zahlen	106
6.2.3	Operationalisierung der Begriffe aus <i>The Military Balance</i>	106
6.3	Subjektive Indikatoren für den Wandel der Militärstrukturen: Expertenerhebung <i>Europe's Mass Armies in Transformation</i>	108
6.3.1	Allgemeine Bemerkungen zum Fragebogen <i>Europe's Mass Armies in Transformation</i>	109
6.3.2	Operationalisierung der Begriffe zur Expertenerhebung <i>Europe's Mass Armies in Transformation</i>	111

EMPIRISCHER TEIL 1	114
7 TRENDS AUF GRUND OBJEKTIVER STRUKTURDATEN	115
7.1 Gesamtbestand europäischer Wehrpflichtarmeen	115
7.2 Die quantitative Bedeutung der Wehrpflicht in Europa	120
7.3 Gesellschaftliche Triebkräfte	123
7.3.1 Die Wehrpflichtrate in Europa während des Kalten Krieges	123
7.3.2 Die Wehrpflichtrate in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges	126
7.3.3 Die Typologie der Wehrpflichtrate	129
7.3.4 Die Entwicklung der durchschnittlichen europäischen Wehrpflichtrate	131
7.3.4 Die europäische Wehrpflichtrate in der Zukunft	134
7.3.6 Die Militärpartizipationsrate in Europa	136
7.3.6.1 Die Militärpartizipationsrate der aktiven Militärangehörigen	139
7.3.6.2 Die Militärpartizipation der militärtragenden Alterskohorte	140
7.3.7 Die Frauenrate europäischer Streitkräfte	141
7.4 Technologische Triebkräfte	145
7.4.1 Die Heeresrate in Europa	145
7.4.2 Die Wehrpflichtrate in den Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe und Marine	148
7.5 Ökonomische Triebkräfte	150
7.5.1 Die Verteidigungsausgaben	150
7.5.2 Wehrpflichtrate und Lebensstandard	154
7.5.3 Wehrpflichtrate und Bevölkerungszahl	156
7.6 Geostrategische Triebkräfte	157
7.6.1 Allianzeffekte	158
7.6.2 Spezielle Allianzsituationen: Nato und Warschauer Pakt	160
7.6.3 Geostrategische Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa	163
7.6.4 Friedensunterstützende Einsätze im Ausland (PSO)	165
7.7 Zusammenfassende Darstellung der Wehrpflichtrate	166
EMPIRISCHER TEIL 2	170
8 RESULTATE DER EXPERTENERHEBUNG EUROPE'S MASS ARMIES IN TRANSFORMATION	171
8.1 Gesellschaftliche Triebkräfte	173
8.1.1 Die Akzeptanz der Wehrpflicht	173
8.1.2 Dienstauglichkeit, Wehrgerechtigkeit und die Möglichkeit eines Alternativdienstes	177
8.1.3 Die Rolle von Frauen in den Streitkräften	181
8.1.4 Die soziale Repräsentativität von Wehrpflichtarmeen und Freiwilligenstreitkräften	183
8.1.4.1 Stadt-Land Unterschiede	183
8.1.4.2 Politische Orientierung	184
8.1.4.3 Minoritäten	186
8.1.4.4 Bildung	187

8.2	Technologische Triebkräfte	189
8.2.1	Technologierungsgrad	189
8.2.2	Tendenz zu einer Zwei-Klassen-Armee	190
8.3	Ökonomische Triebkräfte	191
8.3.1	Verkürzung der Dienstzeit für Wehrpflichtige	192
8.3.2	Rekrutierung Freiwilliger	195
8.3.3	Einschätzung der Verteidigungsausgaben	198
8.4	Geostrategische Triebkräfte	199
8.4.1	Das Ende des Kalten Krieges und das Verschwinden konventioneller Gefahren	199
8.4.2	Allianzeffekte	201
8.4.3	Friedensunterstützende Massnahmen und Auslandengagement	202
8.5	Wechsel von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft: Ein Resumée	204
8.5.1	Argumente für die Beibehaltung der Wehrpflichtarmee	207
8.5.2	Gründe für den Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft	209
9	ZUSAMMENFASSUNG	214
	BIBLIOGRAPHIE	226
	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	249
	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	250
	TABELLENVERZEICHNIS	251
	ANHANG A	253
	Tabellenanhänge The Military Balance	253
	ANHANG B	267
	Fragebogen Europe's Mass Armies in Transformation	267
	Tabellenanhänge zur Expertenbefragung Europe's Mass Armies in Transformation	282
	ANHANG C: STATISTISCHE METHODIK	285
1	Korrigierte Zahlen aus <i>The Military Balance</i>	285
2	Modellierung eines Zeitreihentrends mittels der linearen Regression	286
3	Einweg-Varianzanalyse und paarweise Gruppenvergleiche nach Scheffé	286
4	Korrespondenzanalyse	287

1 Einleitung

Militärorganisationen europäischer Staaten stehen vor weit reichenden Veränderungen. Nachdem fast zweihundert Jahre lang die Wehrpflicht das übliche Wehrsystem darstellte, zeigt sich ein Trend zu professionalisierten Streitkräften auf Basis der Freiwilligkeit. Die kürzlich vollzogenen Wechsel des Wehrsystems in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Spanien sowie die derzeit laufenden Umstellungen der Wehrpflichtarmeen auf Freiwilligenstreitkräfte in Italien, Portugal, Slowenien und Ungarn zeigen diesen Wandel in Europa auf eindruckliche Art und Weise. In fast allen Staaten Europas steht die Wehrpflicht in ihrer jetzigen Form zur Diskussion. Auch in der Schweiz, die sich traditionell auf eine in der Bevölkerung breitabgestützte Milizarmee auf Wehrpflichtbasis verlässt, wird der Ruf nach professionelleren Strukturen immer lauter. Die Diskussion, die der schweizerische Verteidigungsminister Samuel Schmid im Sommer 2004 lancierte, bezeugt dies.

Die zwangsweise Einberufung junger Männer verliert infolge der fehlenden klassischen militärischen Bedrohung in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges zunehmend an gesellschaftlicher und staatspolitischer Legitimation. Die neue Sicherheitslage erachtet die territoriale Verteidigung, die hohe Bestände benötigt, als zweitrangig gegenüber neuen Armeeaufgaben. Die Zeit der Massenarmeen auf Wehrpflichtbasis scheint vorbei zu sein. Mehr und mehr werden professionalisierte, flexible und technologisch modern ausgerüstete Krisenreaktionskräfte benötigt, welche für friedensunterstützende Einsätze im Ausland (*Peace Support Operations*, PSO) befähigt sind. Mit dem Absinken der Streitkräftebestände und dem damit einhergehenden geringeren Bedarf an Wehrpflichtigen einer Alterskohorte wird die Frage der Wehrgerechtigkeit intensiv diskutiert. Ebenfalls zwingen finanzielle Verteilungskämpfe um die knapper werdenden staatlichen Ressourcen zu einer Reduzierung der Verteidigungsausgaben.

1.1 Annäherung an die Thematik und Fragestellung

Ein Auslöser der europäischen Wehrpflichtdebatte ist die Entscheidung der USA von 1973, vom Rekrutierungssystem der *Draft*¹ abzurücken. Die Militärsoziologen Doorn (1975a, 1975b, 1976a), Janowitz (1972a, 1972b), Martin (1977) und die Soziologin Kelleher (1978) hatten sich aufgrund der Erfahrungen der US-Streitkräfte schon in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit dem Niedergang der Massenarmee auf Wehrpflichtbasis auseinandergesetzt. Sie konstatieren, dass das System der Wehrpflicht vielerorts einem wachsenden Druck der Öffentlichkeit ausgesetzt ist. Als eine der Ursachen wird die schrumpfende Legitimität der Streitkräfte genannt (Doorn, 1976b). In der Folge setzt sich die Diskussion über das Ende der Massenarmee und über die Aussetzung der Wehrpflicht in Europa fort, wobei vor

¹ Unter dem Begriff ‚*Draft*‘ wird in den USA die (selektive) Wehrpflicht verstanden= Wehrpflichtsystem mit Auswahlverfahren (draft: ursprüngliche militärische Bedeutung: ‚einziehen‘, ‚einberufen‘).

allem im Verlaufe der neunziger Jahre eine Intensivierung der Debatte festgestellt werden kann.² Die politischen Folgen daraus sind deutlich: so kündigte z.B. der französische Staatspräsident Jacques Chirac am 28. Mai 1996 die Aussetzung des obligatorischen Militärdienstes in Frankreich an. Dies kann insofern als symbolträchtig bewertet werden, weil der Wohlfahrtsausschuss der französischen Revolution am 23. August 1793 per Gesetz die Wehrpflicht für alle männlichen Franzosen eingeführt hatte.

Kurz nach der Umstellung der belgischen, niederländischen und französischen Wehrpflichtarmeen auf Freiwilligenstreitkräfte wurde von Militärwissenschaftlern³ die These vertreten, dass innerhalb der nächsten Dekade die meisten Staaten in Europa die Aussetzung der Wehrpflicht vollziehen würden (Van der Meulen und Manigart 1997, 330). Diese These hat sich zwar nicht bewahrheitet, aber die Trends in Europa

1. zum Auslaufen der Massenarmeen und
2. zur Aussetzung der Wehrpflicht sind offensichtlich.

The mass army based on conscription with extensive reserves is being phased out of existence in Western industrialized countries (Janowitz 1972a, 10).

One after another, the most important developed countries reduced their order of battle; cut the number of their uniformed personnel; switched from conscription to an all volunteer force; and, as the threat of serious war receded, turned the soldier 'from the mobilized common man' into 'a career civil servant' (Creveld 2000, 11).

In advanced industrial societies, the end of the Cold War, technological change, and social-cultural evolution have brought about the end of the mass army (Manigart 2003a, 323).

Mit diesen drei Zitaten lässt sich der Diskussionsverlauf über die Aussetzung der Wehrpflicht in hochentwickelten Gesellschaften exemplarisch nachzeichnen. Während die vom US-Militärsoziologen Morris Janowitz in den siebziger Jahren formulierte These vom Ende der Massenarmeen auf die westlichen Industriestaaten fokussiert ist und vor allem gesellschaftlich und technologisch begründet wird, weitet der Militärhistoriker Martin van Creveld die Perspektive auf die abnehmende Wahrscheinlichkeit eines ernsthaften kriegerischen Konfliktes zwischen entwickelten Staaten aus. Abnehmende Bedrohungswahrnehmungen würden sich auf die Struktur von Streitkräften dahingehend auswirken, dass nicht mehr die klassische Landesverteidigung als Auftragsmittelpunkt fungiere, sondern dass Streitkräfte vermehrt Dienstleistungsfunktionen wahrnehmen würden. Nicht mehr die vollumfängliche Mobilisierung der breiten männlichen Masse sei von Nöten, sondern professionelles Handeln von gut ausgebildeten Soldaten. In Philippe Manigarts Zitat wird explizit das Ende des Kalten Krieges als eine der Ursachen der Umstellung von Massenarmeen zu Freiwilligenstreitkräften erwähnt.

Warum aber haben die Staaten Europas während des Kalten Krieges Massenarmeen auf Wehrpflichtbasis benötigt? Zu dieser Zeit galt:

² Vergleiche dazu Bald 1997, Boëne 1990, 1998, Boëne und Martin 1991, Caforio 1988, Foerster 1994, Giller 1992, Haltiner 1992, 1993, 1998a, Kernic 1997, Klein 1991, Manigart 1990, Mantovani 1997.

³ Bei der Verwendung männlicher Bezeichnungen ist jeweils die weibliche Form miteinbezogen. Bei Ausnahmen wird dies explizit erwähnt.

- Aufgrund der gegenseitigen Bedrohung zwischen Ost und West blieb die territoriale Verteidigung die wichtigste Aufgabe der Streitkräfte.
- Um einen möglichen Angriff des (ideologischen) Gegners abwehren zu können, waren grosse Streitkräftebestände angebracht. Nur durch die Wehrpflicht war es möglich, eine für diesen Zweck genügend grosse Zahl an Soldaten zu rekrutieren. Solange der Kalte Krieg andauerte, wurde dies von keiner Seite in Frage gestellt (Sommer 2003, 59).
- Kostenaspekte beeinflussten das Wehrsystem ebenfalls. Nach Caforio (2003, 334) scheint die Wehrpflicht eine relativ günstige Methode zu sein, um grosse Streitkräftebestände bereitzustellen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges fällt die Notwendigkeit von Wehrpflichtigen weg. In Verbindung mit der fortschreitenden verbesserten Technologie der Waffensysteme werden Wehrpflichtarmeen in modernen Staaten zunehmend obsolet. Für den Wandel von Wehrpflichtarmeen hin zu Freiwilligenstreitkräften lassen sich in kurzer Form folgende vier Themenbereiche skizzieren, welche in dieser Arbeit vertiefter diskutiert werden.

1. Gesellschaftliche Kräfte: Die Individualisierung und die normative Pluralität machen sich seit Jahrzehnten in der Gesellschaft bemerkbar (Wertewandel) und stehen in Konkurrenz zu militärischen Werten. Dadurch hat die Bereitschaft der betroffenen Gesellschaftsschicht abgenommen, sich dem System der Wehrpflicht unterzuordnen. Die Fragen der Dienstverweigerung aus Gewissensgründen und der Wehrgerechtigkeit beschäftigen die Öffentlichkeit zusehends.
2. Technologische Kräfte: Das Prinzip der zunehmenden Spezialisierung und Professionalisierung in der zivilen Arbeitswelt bestimmt auch die Streitkräfte. Bedingt wird dies durch die sich weiter fortentwickelnde Militärtechnologie, die so komplex geworden ist, dass die Handhabung von High-Tech-Geräten oft nicht mehr durch Wehrpflichtige erfüllt werden kann.⁴
3. Ökonomische Kräfte: Die Staatshaushalte europäischer Nationen stehen unter vermehrtem Druck. Um die knapper werdenden staatlichen Ressourcen entstehen Verteilungskämpfe. Die gesellschaftlichen Kosten bei der Verwendung von Bürgersoldaten werden stärker aus dem Blickwinkel eines *Kosten-Nutzen-Denkens* betrachtet. Die durch die Streitkräfte garantierte Sicherheit steht zusehends in Konkurrenz zur wohlfahrtsstaatlichen oder zur ökologischen Sicherheit.
4. Geostrategische Kräfte: Das Ende des Kalten Krieges verändert auch die geostrategische Situation der Länder in West- wie auch in Osteuropa, da die direkte gegenseitige Bedrohung wegfällt. Seit der Wende 1989/91 ziehen vor allem die westeuropäischen und einige osteuropäische Staaten (Bulgarien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) die sogenannte Friedensdividende ein, indem sie ihre Streitkräftebestände reduzieren und ihr Personal nur noch auf freiwilliger Basis rekrutieren wollen. Der Beitritt zu Allianzen (Nato, EU) und die Beteiligung an multinationalen Einsätzen im Ausland runden das neue Streitkräfteprofil ab.

Die militärische Lebensform mit ihrer Forderung nach Unterordnung und Gehorsam scheint in modernen Gesellschaften zunehmend auf Widerstand zu stossen. Nach Haltiner (1995)

⁴ Vergleiche dazu auch Bachmann, Blair und Segal 1978, Ganser 1983, Haak 1993, Kuhlmann und Lippert 1993, Zeller 1980.

ergibt sich daraus für Wehrpflichtarmeen ein grundsätzliches Dilemma. Der Druck auf die Streitkräfte, ihre Verhaltens- und Organisationsformen dem zivilen Bereich anzupassen, wachse. Veränderungen würden sowohl von der Zivilgesellschaft wie auch innerhalb der Militärorganisation gefordert. Doch eine zu weit gehende Öffnung in Richtung Zivilgesellschaft könne die Effizienz der Streitkräfte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben beeinträchtigen. Daraus resultiere eine neue Quelle des Glaubwürdigkeitschwundes. Haltiner betont aber auch, dass durch ein zu starkes Festhalten an überkommenen herkömmlichen Betriebesabläufen und einer Überbetonung der Besonderheiten und Traditionen der militärischen Sozialform ebenfalls Entfremdungstendenzen in der Gesellschaft entstehen könnten. Dabei vermindere sich im Speziellen die Dienstmotivation der Wehrpflichtigen noch mehr.

Eine neue Tendenz zeigt sich im internationalen Umfeld darin, dass Streitkräfte immer öfters klassische Polizeiaufgaben zu erfüllen haben. Damit einhergehend kommt Streitkräften auch ein grösseres Gewicht bei der Prävention im Vorfeld kriegesischer Eskalationen zu, sei dies wie Straubhaar (1999, 82) aufführt bei lokalen Krisenherden, Minoritätenkonflikten oder auch bei Streitigkeiten um ökologische Ressourcen. Es scheint, dass die Aufgaben von Streitkräften zukünftig stärker multifunktional sein werden: Neben dem Kämpfen muss die Fähigkeit zum Schlichten vorhanden sein.

Es stellt sich die Frage, welche Triebkräfte die Entscheidung beeinflussen, im europäischen Raum von einer Massenarmee, die auf dem Prinzip der Wehrpflicht beruht, zu einer Freiwilligenstreitkraft überzugehen. Ebenso interessieren in dieser Diskussion die bestimmenden Faktoren, die nötig sind, damit ein Land weiterhin an der Wehrpflicht festhält. Folgende Fragen sollen begleitend für diese Untersuchung sein:

- *Warum beginnt in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg das Ende der Massenarmeen?*
- *Wie verändert sich die Struktur europäischer Streitkräfte seit den siebziger Jahren?*
- *Welchen Einfluss üben gesellschaftliche Kräfte (z.B. Wertewandel, Wehrgerechtigkeit), technologische Kräfte (z.B. komplexe Waffensysteme), ökonomische Kräfte (z.B. Kosten, Lebensstandard) und geostrategische Kräfte (z.B. Ende des Kalten Krieges, Einsatz von Streitkräften im Ausland, Allianzen) auf die Aussetzung der Wehrpflicht aus?*

In dieser Studie gilt es, den europaweiten Trend Richtung Freiwilligenstreitkraft anhand empirischer Daten zu untersuchen und mögliche Gesetzmässigkeiten zu finden. Dabei werden Daten, die vom *International Institute for Strategic Studies* (IISS) publiziert werden, als Grundlage verwendet und statistisch ausgewertet. Eigentliche empirische Untersuchungen sind bis anhin in Europa nur ansatzweise durchgeführt worden. Eine erwähnenswerte Arbeit ist eine kurze Studie des Schweizer Militärsoziologen Karl W. Haltiner aus den neunziger Jahren, der die theoretisch postulierten Ursachen für das Ende der Massenarmeen aufgrund empirischer Daten bei 15 westeuropäischen Staaten auf allgemeiner Ebene untersucht (1998a). Die hier vorliegende Arbeit versteht sich als Vertiefungsstudie, wobei erstmals in dieser Breite gesamteuropäisch eine 32-Länderanalyse durchgeführt wird. Neben westeuropäischen Staaten werden in Erweiterung der Arbeit Haltiners (1998a) auch osteuropäische

Länder in die Studie integriert.⁵ Die Arbeit fusst ferner auf einer Erhebung bei Militärexperten aus 32 europäischen Staaten, die sich in einer schriftlich geführten Umfrage zur Thematik der Freiwilligenstreitkraft und der Wehrpflicht in ihrem Land äusserten. Die Erhebung fand im Frühling/Sommer 2001 statt.

1.2 Abgrenzung der Analyse

Die vorliegende Arbeit analysiert europäische Streitkräfte und deren Wehrsysteme. Dabei beziehe ich mich auf Daten aus *The Military Balance* – herausgegeben vom *International Institute for Strategic Studies* (IISS) – und eine bei europäischen Militärexperten durchgeführte Erhebung.⁶ Teilweise werden aus Kontrollgründen Staaten, welche sich traditionell auf eine Freiwilligenstreitkraft abstützen, mit in die Untersuchung einbezogen.⁷ Black (1998) bemängelt, dass in vielen bis anhin erschienenen militärwissenschaftlichen Studien ein Eurozentrismus herrsche. Er ist der Meinung, dass mit Einbezug nichteuropäischer Staaten die Perspektive entscheidend vergrössert werden könnte. Diesem Votum kann teilweise zugestimmt werden. Die Gefahr besteht indes, dass demokratisch regierte Staaten, wie dies in Europa der Fall ist, mit diktatorischen und semi-demokratischen Staaten verglichen werden, was zur Folge haben kann, dass der Erklärungswert der Resultate gering ausfällt. Neben der einschränkenden Fokussierung auf Europa ist das Interesse auf die *allgemeinen* Trends in Europa gerichtet. Dies bedeutet, dass nicht einzelne Länderanalysen präsentiert werden, sondern dass sich die Datenauswertungen auf die gesamteuropäische Entwicklung der Streitkräfte konzentrieren. Dadurch wird eine Informationsreduktion in Kauf genommen. Einzelanalysen aller in der Untersuchung aufgeführten Staaten würden den Rahmen der Arbeit bei Weitem sprengen und auch nicht der Intention der Studie entsprechen.

Ebenfalls wird in dieser Arbeit die Frage einer allgemeinen Dienstpflicht nicht thematisiert.⁸ Der *national service* wird schon in den Vereinigten Staaten bei der Umstellung der Wehrpflichtarmee zu einer Freiwilligenstreitkraft intensiv diskutiert.⁹ Schliesslich ist die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht in den USA aber chancenlos geblieben. Auch im Europa

⁵ Geser (1981, 90) äusserte sich schon in den achtziger Jahren über fehlende vergleichende Untersuchungen von Militärorganisationen verschiedener Nationen. Nach ihm wären solche Untersuchungen „eine unerlässliche Grundlage für jeden Versuch, den gemeinsamen Nenner der für sämtliche Armeen geltenden Strukturprinzipien zu erkennen und von den variablen, beispielsweise mit der gesellschaftspolitischen Einbettung einer nationalen Armee zusammenhängenden Merkmalen zu separieren.“ In Bezug auf das Wehrsystem versucht die vorliegende Arbeit dieser schon vor mehr als zwei Jahrzehnten geäusserten Forderung nachzukommen.

⁶ In Kapitel 6 werden diese objektiven (*The Military Balance*) und subjektiven Indikatoren (Expertenerhebung) ausführlich dargestellt.

⁷ Australien, Kanada, Neuseeland und die USA. Im europäischen Umfeld gehören ebenfalls Grossbritannien und Irland diesem sogenannten ‚angelsächsischen Rekrutierungsmodell‘ an.

⁸ Bei einer allgemeinen Dienstpflicht werden junge Männer nicht nur für den Militärdienst (Wehrpflicht) aufgeboten, sondern auch für Dienstleistungen zu Gunsten der Gesamtbevölkerung (z.B. Einsätze in der Gesundheitspflege, Altenpflege, im Umweltschutz). Teilweise wird gefordert, dass auch Frauen und sogar im Land ansässige AusländerInnen ebenfalls einer allgemeinen Dienstpflicht unterstellt werden sollten.

⁹ Prominent hat Mead (1967) diesen allgemeinen Dienst für Frauen und Männer vertreten.

der neunziger Jahre und des neuen Jahrtausends wird eine allgemeine Dienstpflicht als Alternative zur Wehrpflicht und zur Freiwilligenstreitkraft in die Diskussion eingebracht. Doch in keinem Staat, der sich für einen Wechsel des Wehrsystems entschieden hat, ist die allgemeine Dienstpflicht eingeführt worden. Da diese empirisch in Europa nicht beobachtbar ist, kann sie in dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden.

Auch die Problematik der Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols, d.h. die Verlagerung von Aufgaben der inneren wie auch äusseren Sicherheit auf private Unternehmen, wird nicht thematisiert.¹⁰

Die Expertenerhebung wurde im Sommer 2001 abgeschlossen. Somit sind Erkenntnisse über die Auswirkungen und möglichen Strukturänderungen für die europäischen Streitkräfte nach den verheerenden Terroranschlägen vom 11. September 2001 in Amerika bei den Experten nicht erhoben worden. Der Zeitraum seit den Anschlägen scheint übrigens zu kurz, um systematische Veränderungen in der Streitkräftestruktur europäischer Länder zu erkennen und in die Arbeit zu integrieren.

1.3 Aufbau der Arbeit

In Kapitel 2 der Studie werden die theoretischen Überlegungen zum Streitkräftewandel in Europa dargelegt. Dabei müssen zuerst auf allgemeiner Basis das Sozialsystem ‚Militär‘ erklärt und verschiedene Streitkräftemodelle vorgestellt werden. Nach einem geschichtlichen Überblick der Wehrpflicht werden die wichtigsten Theorieansätze zum Ende der Massenarmee dargestellt. Anschliessend thematisiere ich in Kapitel 3 über die Hauptaspekte der Diskussion: gesellschaftliche, technologische, ökonomische und geostrategische Triebkräfte. Kapitel 4 zeigt die Vor- und Nachteile beider Wehrsysteme auf. Im nächsten Kapitel wird das Modell entwickelt und Hypothesen werden formuliert. Das sechste Kapitel geht auf die Forschungsanlage und die Datenbasis ein. Es folgen Anmerkungen zum Datensatz aus *The Military Balance* wie auch zur Expertenerhebung *Europe's Mass Armies in Transformation*. Die empirischen Auswertungen der objektiven Indikatoren mit den Daten aus *The Military Balance* werden im siebten Teil dargestellt, wohingegen in Kapitel 8 die subjektiven Meinungen der Experten diskutiert werden. Das Schlusskapitel führt die Argumentationen zusammen und prüft die Hypothesen. Im nachfolgenden Anhang kann der Fragebogen eingesehen und auf detaillierteres Zahlenmaterial zurückgegriffen werden.

¹⁰ Vergleiche zu dieser Thematik: Eppler 2002, Kaldor 2000, Münkler 2002, Zoll 2003.

Theoretischer Teil

2 Theoretische Ansätze zum Militär und zum Streitkräftewandel

Um sich mit der Aussetzung der Wehrpflicht beschäftigen zu können, muss zuerst auf das Militär im Allgemeinen eingegangen werden (Abschnitte 2.1 und 2.2). Dazu gehören Definitionen verschiedener Wehrsysteme (Abschnitt 2.3). Ohne geschichtliche Kenntnisse der Wehrpflicht – ihrer Entstehung und ihrer Breitenwirkung – kann auf gesellschafts-theoretischer Ebene keine Aussage zu ihrer Bedeutung in der Moderne formuliert werden. Dieses Grundwissen des geschichtlichen Werdeganges der Wehrpflicht, behandelt in Abschnitt 2.4, dient uns dazu, in Abschnitt 2.5 näher auf die Ansätze zur Erklärung des Endes der Massenarmee auf Wehrpflichtbasis einzugehen.

2.1 Das Militär: Allgemeine Vorbemerkungen

Eines der Instrumente, welches die Möglichkeit verschafft, „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“ (Max Weber) ist das Militär.

Obwohl die meisten Nationen militärische Organisationen unterhalten, sind diese in modernen Gesellschaften nicht mehr das Alltägliche oder die soziale Normalität, sondern eine gesellschaftliche Ausnahmesituation. Die Frage ‚*What is Military?*‘, die Albert Biderman (1967) in den sechziger Jahren formulierte, soll diese Situation deutlich aufzeigen. Er sieht die klassische Unterteilung zwischen Soldaten und Zivilisten als aufgehoben und als nicht mehr relevant an (125).¹¹ Aber dennoch: Die Dominanz der Gruppe und des Kollektives bedingt eine besondere Sozialisation innerhalb des Militärs (*rite-de-passage*, Uniformierung). Der fehlende Individualraum des Einzelnen ruft nach anderen Formen des Zusammenlebens, das geprägt wird durch Ritualisierungen und hohe Symboldichte und durch eine teilweise Isolierung von der zivilen Gesellschaft. Anknüpfend an Bidermans Frage werden für diese Arbeit die Begrifflichkeiten geklärt.

Begriffsbestimmungen

- Militär

Das Militär kann als eine symbolische Einrichtung der Repräsentation nationaler Identität und Souveränität, die sich durch gemeinsame Werte, Normen und Zielvorstellungen auszeichnet und eine bestimmende inte-

¹¹ Neben der Verwischung zwischen Kämpfenden und Zivilisten erkennt Biderman aber auch eine Ausweitung des Aufgabenspektrums der Streitkräfte. Diese müssen vermehrt in sozialen Notfällen (*social emergencies*) und nicht nur bei der Anwendung von Gewalt aktiv werden. Aus diesem Grunde schlägt er eine Unbenennung der Streitkräfte (*armed forces*) in eine Notfallorganisation (*emergency forces*) vor (Biderman 1967, 135).

grative Funktion bei der Staatenbildung erfüllt, verstanden werden (Wachtler 1983b, 74). Den militärischen Symbol-, Wert- und Normengehalten kommen sowohl innermilitärische wie auch gesamtgesellschaftliche Bedeutungen zu (Haltiner 1985, 20). Zugleich besitzt das Militär ein bewaffnetes Machtpotenzial, „das vorrangig der Androhung und Anwendung der Gewalt nach aussen, gegen andere Staaten, aber auch der Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs bzw. der Erhaltung der Ordnung im Inland dient“ (Bald 1992, 146). Dadurch impliziert die Existenz von ‚Militär‘ die Akzeptanz organisierter, kollektiver Gewalt als einem legitimen Mittel zur Erreichung sozialer und politischer Ziele (Lippert und Wachtler 1988, 260, Bredow und Kümmel 2000).

Wir betrachten das Militär als ein Herrschafts- und Machtinstrument, welches die Gesellschaft vornehmlich gegen aussen schützt aber zugleich auch Ordnungsaufgaben im Innern gewährleisten kann. Als Inhaber des staatlichen Gewaltmonopols figuriert es als Symbol nationaler Souveränität und beeinflusst die zivile Gesellschaft mit seinem Werte- und Normensystem.

- Streitkraft und Armee

Während der Begriff ‚Militär‘ auf die institutionelle und gesellschaftsprägende Perspektive rekurriert, meine ich mit den Begriffen ‚Streitkraft‘ und ‚Armee‘ mehr die organisationellen und instrumentellen Aspekte des militärischen Sozialsystems. Die beiden Begriffe werden synonym in der Arbeit verwendet.

- Heer, Luftwaffe, Marine

Die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine werden als organisationelle Einheiten der Gesamtstreitkraft gesehen. Unter dem Begriff ‚Heer‘ verstehen wir Landstreitkräfte (auch in der Literatur teilweise als Territorialstreitkräfte bezeichnet). Der Begriff wird somit klar vom französischen oder schweizerischen Heeresbegriff, der allgemein für die gesamte Streitkraft benutzt wird, abgegrenzt.

Während im zivil-gesellschaftlichen Umgang die Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung geächtet wird, stellt die soldatische Existenz die Möglichkeit von Gewaltandrohung und Gewalteininsatz dar.¹² Eine grundlegende Prämisse der Streitkräfte in demokratischen Staaten muss nach Wachtler sein, dass sie als staatliche Ordnungsmächte weder produktivitäts- noch gewinnorientiert eingestellt sein dürfen, sondern nur den Interessen des Staates und dem Gemeinwohl bei der Gewährleistung „äusserer Sicherheit“ (1986, 218) dienen sollten. „Gerechtfertigt ist der Einsatz von Streitkräften nur noch zum Schutz der freiheitlichen Demokratie und des Völkerrechts und auch dieses nur dann, wenn eine konkrete Gefährdung und Verletzung des Schutzgutes vorliegt“ (Schwarz 1993, 145). Die Funktion der Streitkräfte verändert sich in der Moderne deshalb wesentlich.¹³ Sie werden nicht mehr allein als ein Werkzeug

¹² Cunis (1968, 123) führt aus, dass innerhalb der politischen Ordnung das Militär ein Machtinstrument darstellt, aber er betont, dass Macht nur ein soziologisch amorpher Begriff, lediglich definierbar als Handlungsmotiv, sei. Des Weiteren zeigt Wildenmann (1968, 60), dass jede Streitkraft über physische Mittel der Gewaltsamkeit verfügt, die jenseits des Möglichen aller anderen organisierten (oder nicht-organisierten) sozialen Gruppen steht. Durch diese Möglichkeit hochgradiger Destruktivität als extremste Form des staatlichen Gewaltmonopols ergibt sich für das Militär ein besonderer Legitimationsbedarf (vergleiche dazu Wachtler 1986, 219).

¹³ Streitkräfte erhalten zunehmend eine globale Dimension. Mit dem Konzept des ‚Weltbürgers in Uniform‘, das sich an die deutsche Terminologie des ‚Staatsbürgers in Uniform‘ anlehnt, wird von Westphal und Arenth der Versuch unternommen, die neuartige Realität des Soldatendienstes zu skizzieren. Nicht mehr nationale, sondern ausschliesslich universale Interessen sollten verfolgt werden, d.h. solche Interessen, deren Verfolgung im Interesse der ganzen Menschheit liegen (siehe in Berger 2001, 110). Berger steht diesem Konstrukt kritisch gegenüber und merkt an, dass die Bedingungen für einen ‚Weltbürger in Uniform‘ nicht gegeben seien, da sich noch keine Tendenz zur Auflösung der (europäischen) Nationalstaaten abzeichne, die dann durch eine supranationale Vereinigung abgelöst werden würden. Höchstens könne mit diesem Konzept der mögliche Einsatzraum der Soldaten definiert werden, der sich für europäische Streitkräfte zunehmend globalisiere.

Zuzustimmen ist der Analyse von Kernic: Er geht davon aus, dass die in der Spätmoderne herausgebildeten gesellschaftspolitisch wirksamen Leit- und Integrationsbilder eine *Verlagerung des Militärischen auf eine internationale oder supranationale Ebene* fördern (Kernic 2003, 131). Dies bedeutet, dass nicht auf der Individual-

gegenüber feindlicher Machtentfaltung gesehen, sondern sie entwickeln sich mehr und mehr zu einem Instrument der Herstellung und Verankerung einer neuen Ära zwischenstaatlicher Beziehungen (Däniker 1992, 169).¹⁴

Streitkräfte haben im Vergleich zu Wirtschaftsunternehmen weniger Möglichkeiten der Erfolgskontrolle. Sie können nur im Ernstfall die Adäquatheit ihrer Struktur, der Ausrüstung, der Ausbildungsverfahren und der Aktionsprogramme objektiv überprüfen (Geser 1981, 93). Durch diese strukturellen Besonderheiten seien Militärorganisationen im Gegensatz zu Zivilorganisationen gezwungen, „sich gleichzeitig auf die beiden völlig verschiedenartigen Situationen des Friedens- und des Kriegszustandes auszurichten und den Übergang vom einen zum anderen Zustand äusserst rasch und dennoch ohne disruptive Begleiterscheinungen zu vollziehen“ (Geser 1981, 96). Erschwerend komme hinzu, dass der Ernstfall für Streitkräfte der Ausnahmefall darstelle, der Friedenszustand die Regel sei.¹⁵

Dieses Dilemma der Streitkräfte sei in modernen, demokratischen Gesellschaften im Grunde unauflöslich (Kernic 1990, 21). Es werde dabei die Janusgesichtigkeit der Streitkräfte sichtbar. Auf der einen Seite müsse die Organisation jeweilige wechselnde Strategien möglicher Gegner nachvollziehen können und die militärische Effizienz aufrechterhalten, auf der anderen Seite gelte es aber die vorherrschenden sozialen Werte einer Gesellschaft, die sich im Friedenszustand befindet, mitzutragen und zu unterstützen.¹⁶

2.2 Die Soziologie und das Militär

Dem Militär als tragendes Strukturelement der Gesellschaft kommt ein erhebliches politisches Gewicht zu. Es werde aber in den Sozialwissenschaften im Allgemeinen und in der Soziologie im Besonderen bis heute zu wenig stark gewichtet (Lippert 1995). Während schon im 19. Jahrhundert erste sozialwissenschaftliche Forschungen im Bereich des Militärs betrieben wurden, etabliert sich die Militärsoziologie als anerkanntes Fach erst mit einem vierbändigen

ebene, d.h. bei den Soldaten, eine globale Dimension festzustellen ist, sondern im makrosoziologischen Bereich der Gesellschaft.

¹⁴ Nach Doorn sind Streitkräfte letztlich politische Instrumente zur Verteidigung vorherrschender gesellschaftlicher Werte. Auch die Präsenz von zahlreichen Spezialisten, sowohl innerhalb wie auch ausserhalb des Offizierskorps, ändere nichts an der grundlegenden Tatsache, dass das zentrale Arbeitsgebiet der Offiziere in den Worten Lasswell's „*the management of violence*“ sei (zitiert nach Doorn 1975b, 39, siehe auch bei Lasswell 1941). Zur Thematik des ‚*management of violence*‘ auch bei Boëne 1990, Caforio 1991, 55, Klein und Lippert 1987, 123.

¹⁵ Battistelli (1991) stellt folgerichtig in seiner Analyse die beiden Begriffe Krieg und Frieden in den Mittelpunkt. Militäranghörige müssten sich dieser Diskrepanz bewusst werden und ihr Tun und Handeln klar eingrenzen. Charakteristisch an Krieg und Frieden sei nämlich, dass sich diese zwei Zustände *per definitionem* gegenseitig ausschliessen. Seiner Meinung nach gelte es, dieses Spannungsverhältnis aufzulösen, wobei die Tendenz in modernen westlichen Staaten dahingehend verlaufe, dies mittels professionalisierten Beständen zu versuchen. Dies, weil professionelle Soldaten länger und besser geschult werden könnten, um diese Spannung zu verarbeiten.

¹⁶ In ähnlicher Weise argumentiert Dandeker (1994, 575). Er streicht dabei noch die Abhängigkeit der Streitkräfte in Bezug auf die ökonomischen Ressourcen heraus. Diese werden ihnen von der Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt.

Sammelband über die amerikanischen Streitkräfte im 2. Weltkrieg von S.A. Stouffer: *The American Soldier* (Princeton 1949). Die Studien widmen sich so unterschiedlichen Problemen wie der Auftragserfüllung und Jobzufriedenheit, Einstellung zu Führung und Kontrolle, die besonderen Probleme von Minderheiten in den Streitkräften, Motivation und Einstellung von Kampftruppen, Anpassungsprobleme von Rückkehrern aus Übersee.

Dieser im engeren Sinne als Militärsoziologie bezeichneten Forschungsrichtung gesellt sich eine makrosoziologische Sichtweise hinzu. „Eine erste, in ihren Ursprüngen bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreichende Forschungsrichtung betrachtet das Militär im makrosoziologischen Sinne als eine gesellschaftliche Institution und fragt nach seiner Stellung im Verhältnis zu Politik, Wirtschaft oder Kultur“ (Geser 1981, 88). Damit ist auch gemeint, dass eine Gesellschaftsanalyse undenkbar ist ohne Einbezug des Militärs. Das Militär stelle nicht nur wesentliche Elemente einer Gesellschaft dar, sondern sei sogar ein Indikator für Gesellschaftsentwicklung (vergleiche dazu bei Spencer 1983).

Die Militärsoziologie im engeren Sinne geht von einer *niedrigeren Untersuchungsebene* aus, „indem sie die Situation kleiner Kampftruppen und das Verhalten des Einzelsoldaten ins Zentrum des Interesses stellt“ (Geser 1981, 89). Wenn die Binnenorganisation von Streitkräften betrachtet wird – mit dem besonderen Augenmerk auf interne Probleme und typisch militärische Aufgaben – kann von der *Organisation* Militär gesprochen werden (Schössler 1980).¹⁷ Solche sich daraus ergebenden Organisationsanalysen beschäftigen sich mit der

¹⁷ An dieser Stelle wird in aller Kürze auf allgemeine Charakteristika von Organisationen eingegangen. Organisationen können als Gebilde einer mittleren gesellschaftlichen Ebene, zwischen der Mikro- und der Makroebene, betrachtet werden. Sie sind soziale Systeme mit einem definierbaren *Mitgliederkreis*. Dieser Mitgliederkreis ist normalerweise in sich vertikal und horizontal differenziert (Türk 1978), wobei die differenzierte Struktur der Mitgliederbeziehungen als ein Positionssystem beschrieben werden kann, das zwar nicht ohne Mitglieder, aber dennoch relativ unabhängig vom einzelnen, konkreten Mitglied existieren kann. Sie haben die Kraft, Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen zu prägen (Allmendinger und Hinz 2002, 10). Organisationen haben bestimmte Zwecke und orientieren sich an mehr oder weniger definierten Zielen (Hoefert 1976, 18). Es besteht trotz Differenzen bei der Definition von Organisationen Übereinstimmung, dass Organisationen charakterisiert sind durch ein bestimmtes Niveau von Formalisierung und Zielerreichung der Erwartungen und Handlungen der Organisationsmitglieder (Pfeiffer 1976).

Die soziale Kontrolle der Organisation auf ihre Mitglieder kann in drei Grundtypen eingeteilt werden (Prätorius 1984, 32ff):

- Zwangsorganisationen wie Gefängnisse, Militär usw. kontrollieren ihre Mitglieder durch Disziplinierung und *negative* Sanktionen bis hin zur Androhung und Ausübung physischer Gewalt.
- Normative Organisationen, wie freiwillige Verbände, Parteien, manche Religionsgemeinschaften, hingegen benötigen solche Zwangsmittel nicht, da ihre Mitglieder zumeist die deklarierten Ziele der Organisation verinnerlicht haben. Anders als Zwangsorganisationen können solche Organisationen direkte Kontrolle in beachtlichem Umfang vermindern durch Selektion und Sozialisation.
- In der Skala der Entfremdungsgrade ist die ‚utilitaristische Organisation‘ zwischen den beiden anderen Typen angesiedelt. Zwar verinnerlicht hier das Mitglied nicht unbedingt die Organisationsziele, doch es zeigt ein produktives und konformes Verhalten, da es durch positive Anreize angeleitet wird. Diese Konstellation ist am klarsten in kapitalistischen Wirtschaftsunternehmen, in denen das Organisationsziel ‚Unternehmensprofit‘ durch die Stimulierung der Arbeiter über den materiellen Anreiz ‚Lohn‘ verfolgt wird.

Für den Verbleib in einer Organisation brauchen Mitglieder *Motive und Anreize*. Diese werden aber meist nicht durch den eigentlichen Organisationszweck befriedigt, sondern durch separate Anreize. Diese können monetärer Art sein, sie können in persönlichen Vorteilen, Lebenssicherung, Schutz oder Interessenvertretung bestehen oder in der Befriedigung persönlicher Bedürfnisse nach Prestige, Einfluss, Bestätigung oder sozialem Kontakt (Ahrne 1995, 109). Ein Anreiz ist es auch, durch den Dienst an einer ‚guten Sache‘ eine

Professionalisierung der Soldaten, mit Bürokratisierung, mit Auswirkungen der Technik, Disziplin und Autorität oder mit der Integration von Frauen in das Militär.

Es lassen sich daraus drei Ebenen ableiten:

- Die erste ist die Erforschung der militärischen Kleingruppe nach der Frage der Kohäsion, Kampf-, Dienst- und Wehr-Motivation, Sozialisation, Einsatzbereitschaft, Angstbewältigung etc.. „Militärsoziologie wird dabei zu einer *Sozialpsychologie des Soldaten*, aus der übergeordnete Zusammenhänge ausgeblendet bleiben“ (Wachtler 1983a, 11). Hier wird vor allem die Mikro-Ebene (Gruppe, Individuum) angesprochen.
- Die zweite Ebene thematisiert Aspekte, die auf *Organisationsprobleme* fokussieren. Dies können Fragen von Führung und Autorität, Ansehen und Prestige, der hierarchischen Struktur, von Effektivität und Effizienz, der Bildung und Ausbildung, der Diskussion um die Professionalisierung des Soldatenberufs und um die Auswirkungen der technischen Entwicklung auf die Struktur der Streitkräfte sein. Diese Meso-Ebene zeigt Veränderungen *der Organisation* auf.
- Der dritte Ansatz militärsoziologischer Untersuchungen erforscht das *Verhältnis von Militär und Politik*, das unter der Fragestellung betrachtet wird, wie die beiden Systeme sich gegenseitig beeinflussen (Wachtler 1983a, 11). Diese Makro-Ebene weist auf das Militär im Rahmen der Sicherheitspolitik, auf die Akzeptanz- und Legitimationsprobleme in der Gesellschaft und auf die Frage des Wehrsystems, somit auf die Frage der Zwangsverpflichtung oder der Freiwilligkeit, hin.

Diese Arbeit beschäftigt sich einerseits mit Aspekten der Makro-Ebene, wobei der Fokus auf die Art und Weise der Wehrrfassung gerichtet ist, andererseits wird auf der Ebene der Organisation (Meso-Ebene) ein Diskussionsbeitrag zum Trend der Professionalisierung der Streitkräfte in West- und Osteuropa geleistet.

Wenn von legitimierter staatlicher Macht- und Gewaltanwendung gesprochen wird, muss zwischen zwei deutlich trennbaren Organisationen unterschieden werden: Polizei- und Militärorganisationen. Die innere Ordnungsdurchsetzung (Polizei) wird von der äusseren Machterhaltung (Militär) abgetrennt. Wesentlich dabei ist der Aspekt der Gewaltenteilung. Nach Geser resultiert diese Zweiteilung der Anwendung von kollektiver Machtausübung in der ‚Aufgabenkomplexität‘. Damit ist eine Heterogenität, Variabilität und Unvorhersehbarkeit von Problemfällen gemeint. Dabei werden jeweils auch unterschiedliche Wissensbestände zur Lö-

Pflicht zu erfüllen oder die Hochachtung der Umwelt zu gewinnen. Am effektivsten scheinen sich Organisationsmitglieder zu verhalten, wenn sie intrinsisch motiviert sind. Die Voraussetzungen auf Seiten der Organisation sind allerdings nicht einfach zu realisieren. Es braucht gemäss Schuler (1993, 56) eine Übereinstimmung organisationaler und individueller Ziele, zugleich eine Selbstverwirklichung und -bestimmung des Mitgliedes und die Befriedigung sozialer Kontakte innerhalb der Organisation. Auf die Streitkräfte bezogen bedeutet dies: Nicht mehr nur die intrinsisch vermutete Motivation des einzelnen Soldaten (Staatsbürger in Uniform; siehe zu diesem Thema im Allgemeinen bei Bahrdt 1987, Bald 1994, 1998, Berger 2001, Betram 1998, Cunis 1968, Ehrhart 2001, Gerster 1998, Giller 1992, Kujat 2001, Rose 1998) sondern vermehrt auch extrinsische Motive wie Bezahlung und Ausbildung werden in den Mittelpunkt gerückt. Das Militär ist lediglich eine Organisation innerhalb einer grösseren staatlichen Organisation. Nach Geser (1996, 64) sind militärische Organisationen seit Jahrhunderten von zwei entgegengesetzten Entwicklungen geprägt. Einerseits findet insbesondere zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert eine *Bürokratisierung* statt, die sich durch eine wachsende Zentralisierung, Formalisierung und Standardisierung bemerkbar macht. Andererseits setzt vor allem seit den beiden Weltkriegen ein Trend zur *Dezentralisierung* und *Informalisierung* ein.

sung der Aufgabenkomplexität deutlich (vergleiche dazu vor allem Geser 1996, 45, Haltiner 2001). Bemerkenswert scheint hierbei zu sein, dass Polizeiorganisationen üblicherweise aus professionalisierten Mitgliedern bestehen, wohingegen Militärorganisationen sich in vielen Staaten auf Zwangsverpflichtete abstützen, um ihre jeweiligen spezifischen Aufgaben zu lösen. Ob mit den veränderten Gefahren und Kriegsorten in der Moderne die starre militärische Organisationsform angebracht bleibt, kann angezweifelt werden, denn die neuen Aufgaben der Streitkräfte verlangen nach flexibleren Strukturen.

2.3 Definition verschiedener Wehrsysteme

Das Wehrsystem und die jeweilige Staatsform stehen sich wechselseitig in einem indifferenten Verhältnis gegenüber. So gibt es kein Wehrsystem,¹⁸ das für eine Demokratie am angemessensten erscheinen würde (Klein 2004). Es ist eher davon auszugehen, dass die in der Gesellschaft vorherrschenden Bedrohungswahrnehmungen und die daraus entstehenden Sicherheitsbedürfnisse den Ausschlag dafür geben, für welches Wehrsystem sich eine Gesellschaft entscheidet (Kuhlmann und Lippert 1993). Das heißt, dass das politische und das gesellschaftliche Wertesystem das Wehrsystem prägen (Hays 1967, 10, Zoll 2003, 195).

Unter *Wehrsystem* versteht man in der militärpolitischen Diskussion die „Art der Gewinnung und Ergänzung des Personals für die Streitkräfte“ (Wehrstruktur-Kommission der Bundesregierung 1973, 94). Diese Gewinnung kann gesetzlich geregelt werden durch die Wehrpflicht oder durch eine vertragliche Regelung, wobei die Personaldeckung über den Arbeitsmarkt geschieht.

Neben diesem typenbildenden Merkmal der Personalgewinnung ist die Art der Verfügbarkeit des Personals ebenfalls massgebend. Hierbei lassen sich Präsenzstreitkräfte von Bedarfstreitkräften unterscheiden. Präsenzstreitkräfte bedeuten ein stehendes Heer, unabhängig davon, ob die Soldaten freiwillig oder per Zwang verpflichtet werden. Bedarfstreitkräfte werden erst in einem Bedrohungsfall mobilisiert, wobei solche auch als Milizstreitkräfte bezeichneten Verbände schon zu Friedenszeiten ausgebildet werden, wie das Beispiel der Schweiz zeigt. Aufgrund dieser Typenbildung wird eine angepasste Einteilung nach Singer (1997)¹⁹ vorgestellt:

¹⁸ Neben der Verwendung des Begriffes Wehrsystem existieren weitere Begriffe, die zum Teil den gleichen Inhalt meinen oder sich spezifisch auf ein vorgeschlagenes Modell beziehen. So spricht Jackwerth (1998) von Wehrsystem und Wehrordnung, Singer (1997) von Wehrstruktur, Metzger (1999, 81) stellt Wehrformen vor, wohingegen Widmer (1995) von Wehrverfassung spricht. In dieser Arbeit wird der Begriff Wehrsystem verwendet.

¹⁹ Singer (1997, 60) integriert in seiner Darstellung unter der Kategorie der Verfügungsbereitschaft eine weitere Ebene. Diese nennt er ‚Kader‘. So kommt er in seiner Klassifizierung auf sieben mögliche Kombinationen von Wehrsystemen. Meiner Meinung nach ist dies problematisch. Während Präsenz und Bedarf (Singer bezeichnet dies als Miliz) einen tatsächlichen Bereitschaftsgrad signalisieren, kann dies bei ‚Kader‘ nicht nachvollzogen werden. ‚Kader‘ ist nicht eine Frage der Bereitschaft sondern eine Funktions- und Führungszuschreibung. Hahn (1999, 79) unterscheidet sechs Typen: 1. Präsenzstreitkräfte, 2. Bedarfstreitkräfte, 3. nationale Streitkräfte, 4. internationale und multinationale Streitkräfte, 5. Freiwilligenstreitkräfte und 6. Wehrpflichtstreitkräfte. Diese

Tabelle 2.1: Verfügungsbereitschaft und Personalbeschaffung: Eine Typologie

		Art der Personalbeschaffung		
		Hauptberufliche Freiwilligkeit	Nebenberufliche Freiwilligkeit	Wehrpflicht (Zwang)
Art der Verfügungsbereitschaft	Präsenz	Freiwilligenstreitkraft (Freiwillige Präsenzstreitkraft)	-----	Wehrpflichtarmee (Wehrpflichtige Präsenzstreitkraft)
	Bedarf	-----	Freiwillige Milizstreitkraft	Wehrpflichtige Milizstreitkraft

Singer erweitert die Darstellung der Wehrpflicht noch, indem er sie in allgemeine und eingeschränkte Wehrpflicht unterteilt und die uneingeschränkte allgemeine Wehrpflicht als Ausgangspunkt zur Weiterentwicklung einer allgemeinen Dienstpflicht betrachtet (Singer 1997, 66).²⁰ Für den Zweck dieser Arbeit genügt es aber, den Fokus auf die Unterscheidung zwischen Zwang und Freiwilligkeit zu legen, wobei dann die Verfügungsbereitschaft als zweite Komponente vor allem beim schweizerischen Milizsystem von Bedeutung ist.²¹

- **Freiwilligenstreitkraft**

Der in dieser Arbeit verwendete Begriff Freiwilligenstreitkraft bezieht sich auf Streitkräfte, die sich ausschliesslich aus freiwilligen Berufsoffizieren und –unteroffizieren, freiwilligen Berufssoldaten und freiwilligen Zeitsoldaten zusammensetzen und eine Präsenzbereitschaft aufweisen. In der öffentlichen Diskussion wird anstelle der Freiwilligenstreitkraft oft der Begriff ‚Berufsarmee‘ verwendet. Dieser ist aber irreführend. ‚Berufsarmee‘ impliziert eine Organisation, ähnlich wie Polizei oder Grenzschutz, bei der die meisten Angehörigen bis zum Pensionsalter angestellt sind. Eine solche Streitkräftestruktur lässt sich aber nicht verwirklichen, da diese Organisation mittel- bis längerfristig überaltern würde und ihre Funktionsfähigkeit verlieren könnte. Korrekterweise wird der Terminus Freiwilligenstreitkraft verwendet.

- **Wehrpflichtarmee**

Eine Wehrpflichtarmee beruht im Gegensatz dazu auf der gesetzlichen oder verfassungsmässigen Verpflichtung der Angehörigen eines Staates, Wehrdienst zu leisten, wobei in der Regel nur Männer zwangsverpflichtet werden. Die Kader sind normalerweise professionelle Soldaten. Die Wehrpflichtarmee basiert in der Regel ebenfalls auf der Präsenzbereitschaft.

Klassifizierung ist aber wenig sinnvoll, da sich die einzelnen Typen nicht gegenseitig ausschliessen und somit für eine wissenschaftliche Analyse nur bedingt geeignet sind.

Hingegen entsprechen die drei Schlüsselemente der Typenbildung nach Finer (1975, in Mjøset und van Holde 2002) mehr unserem theoretischen Rahmen. Neben der klassischen Unterscheidung Zwang und Freiwilligkeit wie auch der Präsenz (vollzeitlich oder teilzeitlich= Miliz) bringt er auf der Individualebene noch die Herkunft der Soldaten ins Spiel (Inländer versus Ausländer). Auf diese letzte Klassifikation kann im Rahmen dieser Untersuchung verzichtet werden, da sich europäische Streitkräfte in der Regel nur aus Bürgern des anbietenden Staates zusammensetzen, zumindest heute noch.

²⁰ Vergleiche dazu auch bei Klein (2004), der von einer ‚Allgemeinen‘ Wehrpflicht und einer selektiven Wehrpflicht spricht.

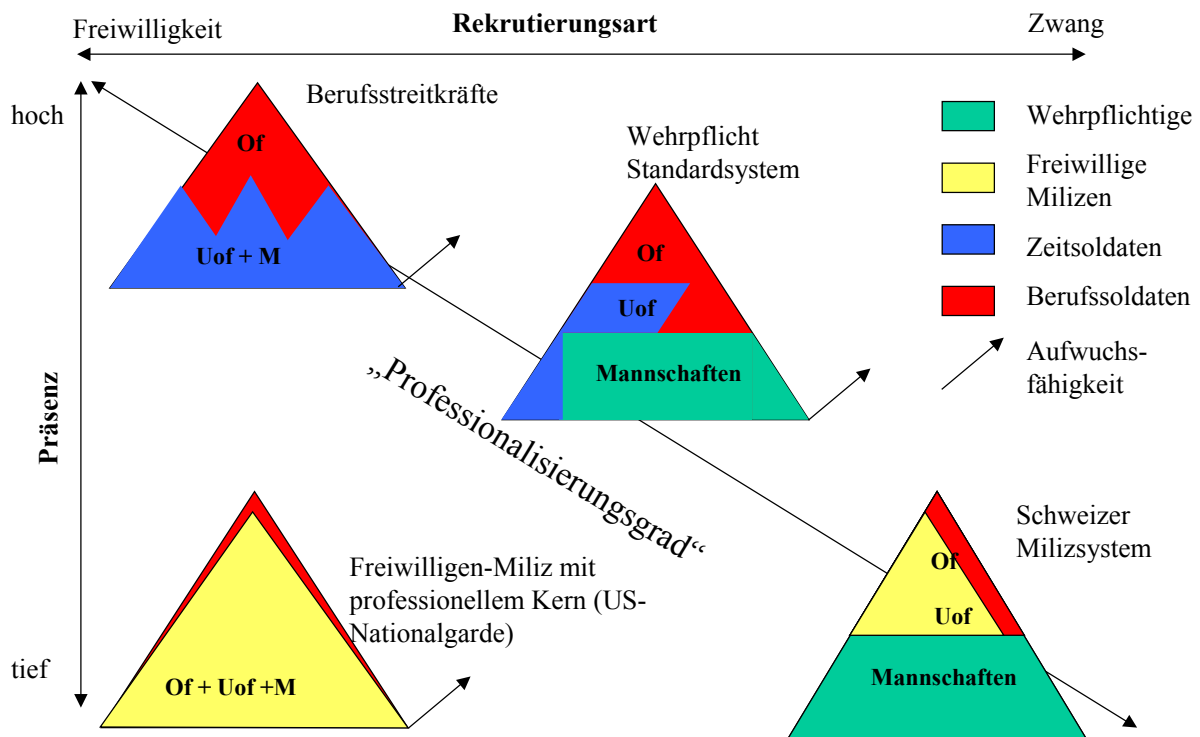
²¹ Battistelli (2000, 48) zeigt zwei im zwanzigsten Jahrhundert beobachtbare Tendenzen in der Rekrutierung des Militärpersonals: In einem sogenannten ‚early-modern‘-Trend werden vor allem sehr junge und überwiegend männliche Personen für eine kurze Zeit ihres Lebens unter Zwang in die Streitkräfte eingezogen. Anschliessend an diesen Trend folgt der ‚modern‘-Trend, in dem ein weiterer Bereich an menschlichen Ressourcen eingesetzt wird. Frauen, ältere Personen und Personen mit höheren bildungsmässigen Qualifikationen werden für eine längere Zeit und auf freiwilliger Basis in den Dienst integriert. Daraus entstehen die heutigen professionellen Streitkräfte.

- Milizstreitkraft

Die Miliz kann als nicht ständige Streitkraft verstanden werden, die zu Friedenszeiten nur zu einer kurzfristigen Ausbildung in zeitlich sich wiederholenden Übungen zusammentritt und über ein personell schwach dotiertes ständiges Kader verfügt (Culik 1979, 469). Dabei ist die fehlende Präsenz und die gestaffelte Dienstpflicht charakteristisch. Zugleich ist eine Milizstreitkraft ausschliesslich auf die territoriale Verteidigung des eigenen Landes ausgerichtet (Klein 1999, 14). Es kann zwischen einer Milizstreitkraft auf Wehrpflichtbasis und einer freiwilligen Milizstreitkraft unterschieden werden.

Haltiner (1998b) misst den Professionalisierungsgrad von Streitkräften anhand einer Kombination von Freiwilligkeit/Zwang und Präsenzgrad. Er geht davon aus, dass die Kombination von Freiwilligkeit und hoher Präsenz eine optimale Voraussetzung für fachliche Kompetenz abgibt, wohingegen Zwang und geringe Präsenz kombiniert nur zu suboptimaler fachlicher Kompetenz führt. Wie Abbildung 2.1 verdeutlicht, leitet Haltiner aus den beiden Achsen ‚Präsenz‘ und ‚Rekrutierungsart‘ eine dritte Dimension, den Professionalisierungsgrad ab.

Abbildung 2.1: Wehrsysteme im Vergleich nach Haltiner (1998b, 12)²²



Im Modell werden vier Wehrsysteme unterschieden. Das klassische europäische Wehrpflicht Standardsystem kennzeichnet sich nach Haltiner durch eine mittlere Präsenz sowie einer Mischung von Zwang und Freiwilligkeit. Die Mannschaften sind zwangsrekrutiert, Offiziers- und Unteroffiziersränge werden durch freiwillig Dienende besetzt, entweder als Berufs- oder Zeitsoldaten. Unten rechts wird das Schweizer Milizsystem dargestellt, welches sich aus

²² Haltiner verwendet den Begriff Wehrmodell. Um die Einheitlichkeit der Begriffsverwendung in dieser Arbeit zu wahren, wird die Abbildung angepasst und der Terminus ‚Wehrsystem‘ benutzt.

mehrheitlich zwangsrekrutiertem Personal zusammensetzt. Das Spezielle des schweizerischen Systems besteht darin, dass sich einige Wehrpflichtige freiwillig für Unteroffiziers- und Offiziersränge melden, und zwar nicht aufgrund einer adäquaten Bezahlung, sondern vielmehr im Ehrenamt. Nur ein kleiner Bestand an Berufspersonal findet sich in diesem System. Es hat zudem in erster Linie Coaching-, nicht Führungsfunktion.

Wenn die Präsenz hoch ist und die Rekrutierung auf Freiwilligkeit basiert, dann spricht Haltiner von einer Berufsstreitkraft. In unserer Terminologie entspricht dies einer Freiwilligenstreitkraft. Ausschliesslich Berufs- sowie Zeitsoldaten finden sich hier. Der Professionalisierungsgrad ist dabei am höchsten. Als weiteren Fall führt Haltiner die Freiwilligenmiliz auf. Eine tiefe Präsenz gekoppelt mit freiwilliger Teilnahme zeichnet diese aus. Typischstes Beispiel dafür ist die US-Nationalgarde.

Wenn eine Wehrpflicht- oder Milizarmee beschrieben wird, wird auch der Begriff ‚Massenarmee‘ verwendet.²³ Dieser Begriff verlangt nach einer Klärung.²⁴

Von einer eigentlichen Massenarmee wird nur dann gesprochen, wenn ein grosser Anteil der Bevölkerung für militärische Zwecke mobilisiert und eingesetzt werden kann (Klein 1999, 16). Dies ist generell nur dort möglich, wo eine allgemeine Wehrpflicht vorhanden ist. Während Klein die Auffassung vertritt, dass der Begriff Massenarmee nur auf die Landstreitkräfte (Heer) zutreffen kann, wohingegen die Luftwaffe und die Marine aufgrund ihres geringen Personalstandes, ihrer Hochtechnisierung und des geringen Anteils an Wehrpflichtigen nicht in die Kategorie ‚Massenarmee‘ gehören, wird in dieser Arbeit die Meinung vertreten, dass die Massenarmee unter anderem als ein Verhältnis zwischen diesen drei Teilstreitkräften definiert werden kann. Dabei müssen die Gesamtstreitkräfte *heerdominiert* sein (siehe auch Boëne 2003a, 662).

Doorn (1976a, 54) betrachtet den Begriff Masse aus drei verschiedenen Perspektiven:

1. Masse kann über die Grösse gemessen,
2. als eine Homogenität oder Gleichartigkeit verstanden und
3. als eine durch soziale Mobilisierung charakterisierbare soziologische Erscheinung gesehen werden.

Dabei bezieht er die Grösse auf die aktuelle Anzahl an Mitgliedern der Organisation. Die Homogenität wird verstanden als den Grad der funktionalen Differenzierung und Spezialisie-

²³ Siehe dazu exemplarisch die Titel der Publikationen bei folgenden Autoren: Burk 1988, Doorn 1976a, Feld 1975, Haltiner 1998a, Janowitz 1972a, Kelleher 1978, Kestnbaum 2002, Kuhlmann und Lippert 1993, Manigart 1990, Martin 1977.

²⁴ Anschliessend an die Überlegungen von Canetti (2001 [1960], 20) untersuchen wir *geschlossene* Massen. Eine geschlossene Masse trifft sich nach Canetti immer zu einem bestimmten Zweck, sie es religiöser, festlicher oder kriegerischer Art. Die sicherste und einzige Möglichkeit für eine Masse, sich zu erhalten, sei das Vorhandensein einer zweiten Masse, welche sich auf die erste beziehe (71). Damit sei der Ausbruch eines Krieges zuallererst ein Ausbruch zweier Massen (83). Für Canetti stellen Wehrpflichtarmeen geschlossene Massen dar, da nur bestimmte Jahrgänge von jungen Männern zeitlich begrenzt in ihnen dienen. Freiwilligenstreitkräfte seien noch geschlossener, da es sich bei ihren Angehörigen um Berufspersonen handle (210). Zugleich verhindere der Bezugspunkt auf die Nation die Öffnung der Streitkräfte für Ausländer.

rung. Dies wird vor allem im technologischen Bereich deutlich. Massenarmeen seien weniger differenziert. Dies bedeute, dass der Anteil an eigentlichen Kampftruppen hoch sei. Unter sozialer Mobilisierung wird die Fähigkeit des Staates verstanden, einen grossen Anteil der Bevölkerung für politische wie auch militärische Zwecke mobilisieren zu können. Als operationalisierbarer quantitativer Begriff ist ‚Massenarmee‘ am besten über die Grösse und deren Umfang zu erfassen. Nach Cohen (1985, 66) muss mindestens ein Viertel der jungen männlichen Bevölkerung eines Jahrgangs den Streitkräften zur Verfügung stehen, um diese als Massenarmee zu charakterisieren.

Haltiner (1998a, 10) weist Militärorganisationen, die als Massenarmeen gelten sollen, mindestens sechs Merkmale zu:

1. Die Wehrpflicht ist in der Verfassung oder im Gesetz verankert. Somit stützen sich die Streitkräfte vornehmlich auf zwangsrekrutiertes Personal.
2. Massenarmeen haben eine hohe Militärpartizipationsrate (MPR). Dies bedeutet, dass grosse Teile der nationalen Bevölkerung für militärische Zwecke mobilisiert werden können.
3. Männer sind wehrpflichtig und männliche Alterskohorten werden aufgerufen und ausgebildet.
4. Da Wehrpflichtige mehr als die Hälfte des Streitkräftebestands ausmachen, prägen sie den Organisations- und Sozialcharakter der Armee. Der Anteil an Freiwilligen wie auch an Frauen ist gering.
5. Der Stand der Militärtechnologie ist relativ tief. Die militärische Leistung wird primär über den Faktor ‚Arbeit‘ und nicht über den Faktor ‚Kapital‘ erbracht.
6. Die Streitkräfte sind heerdominiert. Luftwaffe und Marine stellen nur einen kleinen Bestand des Personals.

Tabelle 2.2 zeigt länderspezifisch den Stand der Wehrsysteme europäischer Staaten im Jahr 2005. Die Wehrpflicht wird dabei in drei Gruppen unterteilt. Reguläre Wehrpflicht, Wehrpflicht mit Milizelementen sowie das klassische Milizsystem. Weitere Länder befinden sich in einem Aussetzungsprozess, d.h. die Entscheidung zur Umwandlung des Wehrsystems in eine Freiwilligenstreitkraft wurde bereits politisch getroffen oder starke Bestrebungen dazu sind im Gange.

Tabelle 2.2: Klassifizierung von 31 europäischen Ländern 2005 nach Wehrpflichtarmee und Freiwilligenstreitkraft

Wehrpflichtarmee	Wehrpflichtarmee im Aussetzungsprozess (im Gang oder geplant)	Freiwilligenstreitkraft
<i>Regulär</i> Deutschland, Estland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Serbien, Slowakei, Türkei	Bulgarien, Dänemark, Rumänien, Russland, Ukraine, Tschechien	Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Portugal, Slowenien, Spanien, Ungarn
<i>Mit Milizelementen</i> Finnland, Österreich, Schweden		
<i>Milizstreitkraft</i> Schweiz		

2.4 Geschichtlicher Abriss der Wehrpflicht

Die allgemeine Wehrpflicht wurde in Frankreich am 23. August 1793 durch den Wohlfahrtsausschuss der französischen Revolution per Gesetz für alle männlichen Franzosen ausgerufen.²⁵ Dieses mit der *levée en masse* verordnete Wehrsystem galt nicht als ein Recht des freien Mannes auf Bewaffnung und Verteidigung, sondern wurde als Pflicht des Bürgers zur Verteidigung der Nation und des Vaterlandes betrachtet.²⁶ Um die Bedeutung der Wehrpflicht nachzuvollziehen, wird sie in diesem Teil kurz abgehandelt, ohne aber den Anspruch einer vollständigen Darstellung ihrer Entstehungsgeschichte zu erheben. Einen hervorragenden geschichtlichen Überblick vermitteln das Werk von John Keegan ‚Die Kultur des Krieges‘ und die Schrift von William McNeill ‚Krieg und Macht: Militär, Wirtschaft und Gesellschaft vom Altertum bis heute‘. Die interessierte Leserschaft wird auf diese verwiesen.²⁷

Während Cunis (1968) von vier verschiedenen Heeresformen²⁸ ausgeht, die im geschichtlichen Verlauf sich ablösen oder gleichzeitig existieren, nennen andere Autoren sechs Katego-

²⁵ Artikel 107 der Konstitution von 1793 lautet: „La force générale de la République est composée du peuple entier“. Siehe im Internet: http://www.legisnet.com/France/constitutions/constitution_an_I_1793_3.html (Stand 10.3.2004). Stark mit der Wehrpflicht verbunden ist die Person von Lazare Nicolas Marguérite Carnot (1753-1823). Vom 14. August 1793 bis zum September-Staatsstreich 1797 war er der Organisator der französischen Landesverteidigung (Opitz 1994, 12). Frühere Formen der Wehrpflicht existierten im Besonderen in der Schweiz schon vor der französischen Revolution. Um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen, wird aber darauf nicht eingegangen.

²⁶ Der Sinn der Wehrpflicht ist es, einen ausreichenden Mannschaftsbestand der Streitkräfte für die Austragung eines Krieges zu gewährleisten (Flynn 2002).

²⁷ Spezifisch auf die Situation in Frankreich, Grossbritannien und in den Vereinigten Staaten geht Flynn (2002) ein. Margrit Levi (1996) analysiert die angelsächsischen Demokratien Australien, Grossbritannien, Kanada, Neuseeland und die USA in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in Bezug auf die Wehrpflicht. Ihre These lautet, dass sich in diesen Ländern die Wehrpflicht nur in Zeiten eines Krieges und vor allem nur für einen Verteidigungskrieg einführen lässt.

²⁸ „1. Das Kriegsheer (in Primitivformen im Sinne von *tribal warfare*). Es soll jene spontane Heeresleistung bezeichnen, die einen Stamm oder eine ähnliche soziale Grossgruppe befähigt, einen Kriegszug ohne institutionelle Grundlagen durchzuführen.

rien oder Wehrsysteme des Militärs. Keegan (1995, 330) spricht von Krieger, Söldnern, Sklaven, regulären Truppen, Miliz und Wehrpflichtigen. Seine Einteilung trennt die einzelnen von ihm genannten Grundaussprägungen militärischer Organisationsformen analytisch aber nicht klar. Wehrpflicht und Miliz werden als Formen von Bürgerpflichten aufgeführt. Vielmehr sollte die Wehrpflicht auch als eine Rekrutierungsart und die Miliz als eine Präsenzform thematisiert werden. Ebenfalls überzeugt die Kategorisierung des Militärsoziologen Stanislaw Andreski (1968) nicht. Seine neu geprägten Begriffe *homoisch*, *massaisch*, *mortaisch*, *neferisch*, *ritterisch* und *tellenisch* knüpfen zu stark an geschichtlich-geografische Bezugspunkte an.²⁹

In den antiken Vorformen, den griechischen und römischen Republiken,³⁰ gab es den Beruf des Soldaten als einzige Beschäftigung einer Schicht von Bürgern nicht (Smith 1983, 58). Oft wurden an den Grenzregionen Kleinbauern angesiedelt, die im Kriegsfall als Soldaten sofort aktivierbar waren. Bahrtdt nennt dies die byzantinische ‚Themenorganisation‘ (Bahrtdt 1987, 39). Erst durch technologische und ökonomische Einflüsse wurde es einer bestimmten Klasse von Bürgern möglich, das Kriegshandwerk als eine hauptsächliche Beschäftigung anzuwenden, dabei spielte die Arbeitsteilung bei der Verbesserung der Kriegstätigkeit eine wichtige Rolle. Im Verlaufe der Zeit führte diese technologisch-militärische Entwicklung zur Herausbildung von eigentlichen Militärapparaten.

Einhergehend mit der fortschreitenden Entwicklung der Waffentechnik und dem grundlegenden Wandel der Kriegsführung wurden die im ersten Jahrtausend dominierenden Ritterheere in Frage gestellt. Durch das Aufkommen von Fusstruppen, die mit Piken und Armbrüsten ausgerüstet waren, und denen die Reiterei Flankenschutz bot, wurde die Kriegstaktik komplizierter als zur Zeit, als Gruppen von Rittern einen Frontalangriff führten. Im 14. Jahrhundert verdrängten die gemieteten Berufssoldaten in den italienischen Stadtstaaten, die zu dieser Zeit eine führende Rolle in der Heeresorganisation innehatten, die Bürgermilizen. Diese Söldnerheere dominierten fortan die europäischen Schlachtfelder. Sie wurden ein Muster der politischen Steuerung stehender Streitkräfte (McNeill 1984, 130).

Von praktischer Bedeutung ist das Söldnerheer bei einem schnellen und gezielten Einsatz und bei der Niederwerfung einer gegnerischen Macht. Hingegen zeichnet sich eine solche Streitkraft als Merkmal einer statischen Gesellschaft aus und ist schwer wandelbar. Durch das vermehrte Aufkommen von bezahlten Söldnertruppen veränderten sich die ökonomischen, taktischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im europäischen Raum des ausgehenden

2. Das Söldnerheer (oder Berufarmee). Der Soldat wird nach einer handwerklichen Ausbildung dafür bezahlt, auf Anweisung zu kämpfen.

3. Das Wehrpflichtigenheer (oder Miliz). Es beruht auf der gesetzlichen Verpflichtung zum Heeresdienst.

4. Das Spezialistenheer. Es setzt sich nicht aus Militärs, sondern aus Wissenschaftlern und spezialisierten Technikern zusammen, die nicht als Kämpfer, sondern als Fachleute in ihrem zivilen Beruf militärische Verwendung finden. Sie werden entweder engagiert oder dienstverpflichtet“ (Cunis 1968, 129).

²⁹ Siehe dazu auch die Kritik von Keegan (1995, 330) an der Kategorisierung von Andreski.

³⁰ Von Rom wird der Begriff Konskription, abgeleitet vom lateinischen Ausdruck ‚*conscribere milites*‘, ausgeliehen. Damit ist die Registrierung aller wehrfähigen freien Bürger von Rom gemeint, die einer Wehrpflicht im Alter zwischen 17 und 60 Jahren unterworfen sind (Beukema 1941, 22).

14. Jahrhunderts. McNeill (1984) verbindet dieses Aufkommen der professionellen Soldaten mit einer gleichzeitigen Expandierung der ökonomischen Gestaltungsmacht der Handlungsschicht: International tätige Kaufleute und Bankiers mussten nicht mehr selbst den Kriegsdienst in Bedrohungssituationen übernehmen, sondern sie konnten sich vollumfänglich auf ihre eigenen Geschäfte konzentrieren. Damit bahnte sich auch eine Kommerzialisierung der organisierten Gewalt an. Denn neu war, dass sich die Bürger selbst besteuerten und diese Erträge dazu verwendeten, sich eine bewaffnete Streitkraft zu mieten (McNeill 1984).

Sogenannte *condotta*, Söldnerverträge entwickelten sich, von denen die Söldner im italienischsprachigen Raum ihre Namensgebung *condottiere* erhielten. Durch die professionelle Koordinierung des Fussvolkes und der Reiterei der *condottiere* wurde es für Milizionäre immer unwahrscheinlicher, im Kampf einen Sieg davon zu tragen. Die italienischen Bürgermilizen erhielten nur noch einen fragwürdigen militärischen Wert, wurden nur noch selten aufgebotsen und entwickelten sich zu einem archaischen Überbleibsel der Vergangenheit (McNeill 1984, 75). Die Erfolge der kommerzialisierten Kriegsführung in Europa in der Zeit zwischen 1300 und 1600 liess einen militärisch-industriellen Komplex entstehen.³¹ Gleichzeitig bildete die Militärorganisation erste bürokratische Tendenzen aus, in dem sie genormte Ordnungen einführt und durch ihren Finanzierungsbedarf eine Vereinheitlichung der Steuererhebungen herbeiführt. Eine weitergehende Standardisierung des Militärwesens stellte sich im 17. Jahrhundert zuerst in Holland ein.³² Nach McNeill steigerten die Entwicklung und Verwirklichung moderner Exerzierübungen durch Moritz von Nassau, Prinz von Oranien (1567-1625), die Effizienz der Streitkräfte im Kampf und stärkten überdies durch stundenlangen Drill das Zusammengehörigkeitsgefühl der Soldaten und den Korpsgeist. Weiter ermöglichten längerfristige Verträge zwischen Herrschenden und Soldaten eine standardisierte Rekrutierung und Nachwuchsförderung und zugleich eine emotionale und soziale Bande zwischen Auftraggeber und -nehmer. Und nicht zuletzt erforderte die neue militärische Organisationsstruktur standardisierte Waffen (McNeill 1984).

Pflicht und Disziplin traten in den Mittelpunkt der Militärorganisation. Zugleich wurde der hierarchische Aufbau weiterentwickelt, der den Unterschied zwischen adligem und bürgerlichem Militär durch die Kriterien Offizier und Mannschaft ablöste. So standen vermehrt organisatorische Gliederungen anstelle von ständischen Zuschreibungen im Mittelpunkt, wie dies auch in der Zivilgesellschaft beobachtet werden konnte. „Man kann auch sagen, dass in beiden Sektoren eine zunehmende Professionalisierung der Spitzenpositionen zu beobachten ist, eine Entwicklung vom Standes- oder Klassenvorrecht zum Beruf“ (Doorn 1965, 284).

Im Vergleich zu den Kriegen mit Wehrpflichtarmeen wurden in den Kriegen vor der französischen Revolution nur eine begrenzte Zahl Personen involviert, denn den kriegsführenden

³¹ In diesem Zusammenhang ist es interessant, die Entwicklung der Artillerie im Verlaufe der Jahrhunderte zu beobachten. Als eigenständige Truppengattung etablierte sie sich z.B. in Preussen erst unter Friedrich dem Grossen. Zuvor konnte man die Artillerie als einen zusammengewürfelten Haufen von Handwerkern, Alchimisten (für die Pulverzusammensetzung) und Soldaten betrachten (Wikipedia 2004).

³² Damit einhergehend kann auch von einer Nationalisierung der Streitkräfte gesprochen werden (siehe bei Mjøset und van Holde 2002).

Mächten waren Grenzen gesetzt. Vier Faktoren bestimmten nach McNeill (1984) die Eingrenzung der vorrevolutionären Kriege im 18. Jahrhundert. Dies waren erstens die Grenzen der Kommandotechnik, zweitens die Grenzen des Nachschubes und drittens die Grenzen der Organisation an sich, doch diese drei Faktoren hingen alle mit dem vierten zusammen, den soziologischen und psychologischen Beschränkungen, die mit der Professionalisierung der Söldnerheere einhergingen.

Einen fünften und wahrscheinlich den wichtigsten Grund führt McNeill nicht auf: Die Bereitstellung einer Söldnerstreitkraft belastete die Staatskassen der einzelnen Fürsten stark. Es konnte deshalb aus volkswirtschaftlicher Perspektive nur eine begrenzte Zahl von Söldnern unter Vertrag genommen werden. Die organisierte Gewalt war in den Händen weniger Herrscher in Europa, die Kriege als kostspieligen Zeitvertrieb unterhielten, der durch Steuern finanziert wurde. Deshalb schien es angebracht, dass die produktiven Klassen ausserhalb der eigentlichen Militärapparate standen. Die Landbevölkerung musste sich um die Nahrungsmittelproduktion kümmern, während die urbanen Gebiete vor allem Geld zur Verfügung stellen mussten. „Der Ausschluss der grossen Bevölkerungsmehrheit von jeder Rolle, ausser der passiven des Steuerzahlens, zog Umfang und Intensität des Kriegsführens eine Grenze, die dann die Französische Revolution beseitigen sollte“ (McNeill 1984, 147).

Neben der Vergrösserung der Streitkräfte durch Wehrpflichtige bestand die Veränderung der neuen Militärorganisationen nach der französischen Revolution in einer wirkungsvollen Lenkung auf dem Schlachtfeld. Mit Landkarten geschulte Staboffiziere führten mittels schriftlich fixierten Befehlen die Streitkräfte ohne eine Beschränkung der Personalgrösse. Ohne diese Neuerungen wäre die *levée en masse* im Jahre 1793 wirkungslos gewesen, denn ohne notwendige Koordination wären die aufgebotenen Bürger nur eine grosse Masse mit wenig Wirkung gewesen. Obwohl die Mannschaften bei den nach der französischen Revolution entstandenen Wehrpflichtarmeen³³ aus Bürgersoldaten bestanden, stellten immer noch Berufssoldaten die Führungsspitzen und die Kader. Mit dem Aufkommen der Massenarmeen endete aber auch die Zeit der reinen Söldnerarmeen in Europa (Cunis 1968, 130). Die mit einer für die damalige Zeit unvorstellbaren Schnelligkeit errungenen Erfolge der französischen Revolutionsarmeen kennzeichneten die Wehrpflicht als das militärische System der Zukunft.³⁴ Doch die Nachteile eines solchen Systems der Wehrpflicht – die Militarisierung der gesamten Ge-

³³ Eine klarere Nennung dieser Art von stehenden Streitkräften aus zwangseinberufenen Bürgern sei die des Konskriptionsheeres (Metzger 1999). Metzger weist daraufhin, dass in der Begriffsverwendung ‚Konskriptionsheer‘ der eigentliche Bedeutungsinhalt einer stehenden, einberufenen Streitkraft gemeint ist. In der deutschsprachigen Fachliteratur wird der Begriff Konskription nicht verwendet.

³⁴ Avant äussert die Meinung, dass Napoleon nicht nur wegen der Massenarmee gegen Preussen gewonnen habe, sondern vor allem wegen der Unfähigkeit der preussischen Kommandanten. „Prussia interpreted the French victories at Auerstadt and Jena as a testament to the value of citizen soldiers rather than the consequence of poor leadership or bad strategy“ (Avant 2000, 59). Als Preussen auf eine Wehrpflichtarmee umstellte und siegreich war, besiegelte dieses Wehrsystem das künftige Modell moderner Streitkräfte. Hätten die französischen und preussischen Wehrpflichtarmeen keine entscheidenden Schlachten gewonnen, wäre nach Avant der Weiterführung kleiner professioneller Streitkräfte nichts im Wege gestanden und wir würden heute über die Wehrpflichtarmeen als ein nicht erfolgreiches Experiment der französischen Revolution sprechen (68).

sellschaft, die hohe Opferzahl bei Schlachten, Expansionsbestrebungen einzelner Staaten und die ungeheuren Kosten – hatte man nicht vorausgesehen.

Staatenbildung und Wehrpflicht fielen zeitlich zusammen. Die Wehrpflicht entsprang der Vorstellung, dass der Bürger seine politischen Rechte auch durch eine aktive Wahrnehmung seiner Pflichten zu erfüllen hatte. Zugleich entstand bei der Ausrufung der *levée en masse* durch den Wohlfahrtsausschuss der Französischen Revolution 1793 die Idee des wehrhaften Bürgers, der seinen Staat sowohl nach innen aber vor allem nach aussen zu verteidigen hatte (Gerster 1998, 68). Die Wehrpflicht in Frankreich und später in Preussen wurde damit legitimiert, dass sie eine Notwendigkeit sei, das Land gegen Feinde von aussen zu schützen oder, wie in Frankreich argumentiert wurde, es von Unterdrückungen zu befreien.³⁵

Neben diesen formalen Rahmenbedingungen der Einführung der Wehrpflicht gilt es aber auch, das Grundprinzip der Wehrpflicht zu betrachten. Die Wehrpflicht ist prinzipiell nicht exklusiv. Sie gilt unabhängig von Besitz und politischen Rechten für jeden, der kämpfen und marschieren kann.³⁶ Deshalb erscheint nach Keegan (1995) die Wehrpflicht für Staaten, die ihren eigenen Untertanen keine vollen Rechte zugestehen wollen, als grosse Gefahr, denn das den Herrschenden vorenthaltene Machtmonopol könnte dadurch gestürzt werden. Ebenfalls fällt es Staaten mit knappen ökonomischen Ressourcen schwer, das für eine Wehrpflichtarmee notwendige Geld aufzubringen. So eignete sich nach Keegan (1995, 338) im 18. Jahrhundert die Wehrpflicht nur für Staaten, welche die allgemeinen Rechte gewährten und über entsprechende ökonomische Kapazitäten verfügten. Nach ihm erfüllte als erstes Staatswesen die Französische Republik diese Bedingungen vollständig.

Weitere Gründe für den Erfolg der Wehrpflicht lagen darin, dass mit dem Aufkommen des Nationalstaates im 19. Jahrhundert die Nation und das Militär integriert werden konnten, eine Liberalisierung der Gesellschaft stattfand, die Bauern eine soziale Befreiung erfuhren und die technische Verfeinerung der Handfeuerwaffen eine grössere Zahl von Soldaten erforderte. Bis die Wehrpflicht ein allgemeingültiger Bestandteil der soziokulturellen Struktur einer Gesellschaft wurde, bedurfte es eines langen Internalisierungsprozesses (Cunis 1968, 130). Dieser Auffassungswandel geschah besonders stark in den bürgerlichen Schichten. Bahrtdt beschreibt dies treffend:

Wenn das Vaterland ruft, ist es jetzt eine Ehrenpflicht, Soldat zu werden. Soldat zu sein ist nicht mehr die Sache des niederen Volkes und der Marginalen. Seiner Militärflicht zu genügen, ist eng verbunden mit dem Anspruch des Bürgers auf vermehrte politische Rechte. Wer für das Vaterland kämpft, hat auch das Recht, im Staat mitzureden. Wer politische Rechte in Anspruch nimmt, hat auch die Pflicht, für das Vaterland zu kämpfen. Wehrpflichtgedanke und Anfänge des demokratischen Denkens gehören zusammen (Bahrtdt 1987, 66).

³⁵ Dass die Wehrpflicht aber auch für Eroberungskriege und Weltanschauungskriege missbraucht wird, zeigt sich spätestens durch die nationalsozialistische Kriegsführung unter Hitler (dazu auch Opitz 1994, 26).

³⁶ Zumeist muss als weiterer Faktor die Staatszugehörigkeit miteinbezogen werden. Ausländer können zwar in einigen Staaten Militärdienst leisten (z.B. in der französischen Fremdenlegion), aber zum obligatorischen Wehrdienst werden sie nicht eingezogen.

Andere Autoren³⁷ geben dem aufkommenden *Nationalismus* eine grosse Bedeutung bei der Entstehung der Wehrpflicht. So prägt er nach Bald die Geburtsstunde der allgemeinen Wehrpflicht (1994, 35). Janowitz sieht nicht nur militärische Entwicklungen als Grund für die Implementierung der Wehrpflicht, sondern auch soziopolitische Trends des Nationalismus (1972a, 16). Denn militärischer Dienst und politische Rechte sind, wie oben schon ausgeführt, nahe beieinander (Feld 1975, 195). Neben den soziopolitischen Faktoren spielten vor allem technologische Gründe eine überragende Rolle bei der Einführung der Wehrpflicht. Die erhöhte Feuerkraft sowie die Entwicklung und Verbesserung von Transport- und Kommunikationssystemen ermöglichten die Mobilisierung einer grossen Zahl von Menschen und Maschinen (Janowitz 1972a, 11, Janowitz 1976, 193).

Diese allgemeine Mobilisierungsfähigkeit produzierte einen Gemeinsinn in der Gesellschaft, der die individuellen Unterschiede der Bürger verkleinerte und sich deshalb alle als Einwohner eines sich abgrenzenden Territoriums verstanden (Feld 1977). Die ausschliesslich aus Inländern rekrutierte Wehrpflichtarmee konnte als Verkörperung der Nation dargestellt werden (Jaun 1998, 150) und wirkte zudem als Integrationsfaktor der heimischen Bevölkerung (Feld 1975). Zudem war die Institutionalisierung der Wehrpflicht eine wichtige Komponente beim Aufkommen westeuropäischer parlamentarischer Institutionen (Janowitz 1976, 187).

Der Missbrauch der Wehrpflichtarmeen der europäischen Grossmächte zeigte sich in der Verfolgung imperialistischer Ziele. Dies mit verheerenden Folgen, denn der „Krieg wurde nicht nur wegen der technischen Entwicklung immer totaler; er wurde durch die Allgemeine Wehrpflicht in den meisten Staaten zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung ganzer Völker“ (Fuhrer 1999, 72). So begann ein neues Zeitalter der Kriegsführung. Nicht mehr nur begrenzte Kriege waren mach- und führbar, sondern auch die Möglichkeit eines totalen Krieges konnte nicht mehr ausgeschlossen werden. Mit der umfassenden militärischen Ausbildung wurde der Grossteil der männlichen Bevölkerung direkt in die Organisation eingebunden. Als Folge der Bevölkerungsexplosion im 19. Jahrhundert standen sich immer grössere Streitkräfte gegenüber. Diese basierten normalerweise auf einer relativ kurzen Dienstpflicht mit einer anschließenden längeren Periode des Reservedienstes. Das Reservesystem ermöglichte nach McNeill (1984, 195) auch bevölkerungsarmen Ländern die Bereithaltung einer zahlenmässig grossen Streitkraft im Ernstfall, wie er dies am Beispiel von Preussen zeigt. Durch diesen nach der französischen Revolution einsetzenden militärischen Wandel wurde die Industrialisierung des Krieges gefördert und zugleich eine planmässig gesteuerte Wirtschaft und Staatsform errichtet, in der die Bürokratisierung einen hohen Stellenwert inne hatte.

Die Vorteile und Stärken der bürokratisierten Wehrpflicht zeigten sich nach Feld (1975) im preussisch-französischen Krieg von 1870/71, als die deutsche Wehrpflichtarmee ohne viel Mühe die erfahrensten Berufssoldaten innerhalb kurzer Zeit schlug. Nach diesem überwältigenden Erfolg der preussischen Streitkräfte imitierten die europäischen Staaten dieses Erfolgsrezept (Feld 1975, 203). Zugleich begann sich der Staat für alle Aktivitäten der männli-

³⁷ Bald 1994, Burk 1990, Doorn 1975a, Janowitz 1972a.

chen Bürger zu interessieren, vor allem Ausprägungen ihrer physischen wie psychischen Merkmale stiessen auf grosses Interesse (Seifert 1994, 186).

Der Höhepunkt der Wehrpflichtarmeen fällt mit dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Dabei wurde die Möglichkeit der Einsetzung von Wehrpflichtigen in totalen Kriegen auf eindrückliche und erschütternde Art und Weise gezeigt.

2.4.1 Geschichtlicher Exkurs: Befunde der Gates Kommission 1970

In den Vereinigten Staaten von Amerika entbrannte vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges eine Kontroverse über das Draftsystem, d.h. über die selektive Wehrpflicht. In den folgenden Ausführungen wird auf den Bericht der sogenannten Gates-Kommission eingegangen, die im Auftrag von Präsident Nixon die Umstellung der amerikanischen Wehrpflichtarmee auf eine Freiwilligenstreitkraft prüfte. Die Diskussion der Gates-Kommission zeigt geradezu exemplarisch die Argumente für und gegen die Wehrpflicht zu dieser Zeit.

Am 27. März 1969 ernannte der amerikanische Präsident Nixon den früheren Verteidigungssekretär Thomas S. Gates als Präsidenten der Kommission. Nach einer etwas mehr als halbjährigen Arbeitszeit erschien zu Beginn des Jahres 1970 der *Report of the Presidents Commission on an All Volunteer Armed Forces* (Gates et al. 1970), der unter Mithilfe eines grossen Mitarbeiterstabes entstanden war.

Die Hauptaussage des Berichtes ist, dass die Wehrpflicht ausgesetzt werden und die Rekrutierung von Militärpersonal über den Arbeitsmarkt erfolgen sollte. Dies müsse vor allem über monetäre Anreize geschehen. Das Argument lautet: Mit Geld könne sich das Individuum das kaufen, was es wirklich wolle. Gegenüber nicht-monetären Anreizen war die Kommission kritisch eingestellt. Bei Kompensationen durch *Non-Cash*-Formen würde der Wert des Erhaltenen oft geringer eingeschätzt, als es in Wirklichkeit die Regierung kosten würde (Gates et al. 1970, 63). Somit argumentierte die Kommission fast ausschliesslich nach ökonomischen Kriterien. Geopolitische und soziokulturelle³⁸ Aspekte wurden nur am Rande angeschnitten. Als erste Massnahme hin zu einer Freiwilligenstreitkraft schlug die Kommission die Erhöhung der Bezahlung von Rekruten vor.³⁹

We unanimously believe that the nation's interests will be better served by an all-volunteer force, supported by an effective stand-by draft, than by a mixed force of volunteers and conscripts; that steps should be taken promptly to move in this direction; and that the first indispensable step is to remove the present inequity in the pay of men serving their first term in the armed forces (Gates et al. 1970, 6).

³⁸ Gesellschaftspolitische Fragen wurden vor allem in Bezug auf die Repräsentativität der Streitkräfte diskutiert. Gegen den Vorwurf, dass eine Freiwilligenstreitkraft eine Übervertretung an Schwarzen haben würde, gaben die Autoren zu bedenken, dass im Wehrpflichtsystem ebenfalls keine Repräsentativität herrsche. Der Anteil der Schwarzen bei einer Umstellung des Wehrsystems wurde von den bestehenden 12.8% des Bestandes auf maximal 16% geschätzt (149).

³⁹ Sie ging davon aus, dass der zwangsverpflichtete Rekrut nur 60% des Lohnes gegenüber einer vergleichbaren zivilen Arbeit erhalten würde (7).

In Bezug auf die gesamtwirtschaftlichen Kosten der amerikanischen Streitkräfte ging die Kommission davon aus, dass eine Freiwilligenstreitkraft geringere Belastungen verursachen würde als das bestehende Mixsystem mit Berufssoldaten und Wehrpflichtigen (9). Gewisse Kosten des bestehenden Systems seien versteckte Kosten und erschienen nicht in den Verteidigungsausgaben. Diese sogenannten Opportunitätskosten würden die wirklichen Ausgaben für die Streitkräfte erhöhen.⁴⁰

Besonders störend empfanden die Autoren, dass durch die Wehrpflicht eine Steuer entstehe, welche aber nur einseitig von den Wehrpflichtigen beglichen werden müsse, während die nicht dienstleistende Bevölkerung davon profitieren und ihr eigenes Einkommen somit auf Kosten der anderen erhöhen könne. Dass die Wehrpflicht eine Art Steuer sei, sei an und für sich nicht unmoralisch. Der diskriminierende Faktor dieser impliziten Steuer läge aber darin, dass die individuelle Freiheit des einzelnen Wehrpflichtigen auf Kosten des Kollektivs eingegrenzt würde. Die Verteilung dieser impliziten Steuer war nach Ansicht der Kommission das grundlegende Problem: „Therefore the draftees and draft-induced enlistees paying the tax-in-kind will represent only 8 percent of the male population reaching age 19 each year” (27).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Gates-Kommission sich vor allem von ökonomischen Gesichtspunkten leiten und weniger geostrategische, soziokulturelle und technologische Aspekte einfließen liess. Die Überlegungen basierten auf der Grundprämisse eines liberalen Staatsverständnis, welches das Prinzip der Freiwilligkeit als eines der höchsten Güter betrachtet.

2.5 Theoretische Ansätze zum Ende der Massenarmee

Die Diskussion über das Ende der Massenarmee und über die Aussetzung der Wehrpflicht setzt zuerst nach dem Zweiten Weltkrieg, dann verstärkt in den sechziger und siebziger Jahren, ein. Die Debatte ist besonders ausführlich in den USA geführt worden (vergleiche Abschnitt 2.4).⁴¹

In einem ersten Teil werden Theorieansätze der siebziger Jahre wiedergegeben, die den *Ursachen* des Endes der Massenarmeen nachgehen. Der Schwerpunkt liegt auf den Autoren Janowitz, Doorn und Martin. In einem zweiten Teil werden *empirische Überprüfungen* präsentiert. Die in den siebziger Jahren entstandene Arbeit von Kelleher untersucht sechs europäische Wehrpflichtarmeen. In den neunziger Jahre sticht vor allem der Artikel von Haltiner (1998a) hervor, der mit der empirischen Überprüfung von 15 westeuropäischen Staaten neue Erkenntnisse zur Theoriebildung beitragen kann. Am Ende des Kapitels werden die Überlegungen

⁴⁰ Siehe zu den Opportunitätskosten auch in Abschnitt 3.3.1

⁴¹ Van der Meulen und Manigart (1997) betonen, dass in den Niederlanden und in Belgien die Diskussion über die Wehrpflicht schon Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre begonnen habe. In den Niederlanden entscheidet 1977 eine staatliche Kommission, dass eine Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft aus Rekrutierungsschwierigkeiten und finanziellen Überlegungen nicht realistisch sei (318).

von Moskos dargestellt, die sich nicht direkt auf das Ende der Massenarmeen beziehen, sondern die *Folgen* der Aussetzung der Wehrpflicht bzw. des Übergangs zu einer Freiwilligenstreitkraft aufzeigen.

2.5.1 Morris Janowitz: Militär als soziales System

Die These vom Ende der Massenarmee wird in Amerika vom Militärsoziologen Morris Janowitz 1972 in seinem Artikel *The Decline of the Mass Army* präsentiert.⁴² Für Janowitz (1972a) ist die Wehrpflicht mit dem Aufstieg und dem Niedergang der Massenarmeen verbunden. Historisch betrachtet er die amerikanische und französische Revolution als die wichtigsten Ereignisse bei der Entstehung von modernen Massenarmeen (Janowitz 1976, 190). Neben den prägenden Revolutionen in Amerika und Frankreich führe auch das Aufkommen des Nationalismus in den europäischen Staaten zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und dadurch zu Massenarmeen (Janowitz 1972a). Die Wehrpflicht habe dazu beigetragen, die politischen Rechte und auch die Partizipation der tieferen Schichten an den politischen Abläufen zu sichern. Die Institutionalisierung der Wehrpflicht bildet nach Janowitz eine wichtige Komponente bei der Entstehung von westlichen parlamentarischen Institutionen (Janowitz 1976, siehe auch bei Burk 2003).

Für die Entstehung der Massenarmeen nennt Janowitz zwei Hauptgründe:

1. soziopolitische: Das verstärkte Bewusstsein der nationalen Zusammengehörigkeit – und dadurch die politische Erwartung an jeden einzelnen Bürger, sein Land zu verteidigen – und die Anerkennung der politischen Rechte für den Grossteil der Bevölkerung habe das Konzept des Bürgersoldaten entstehen lassen.⁴³
2. technologische: Durch die gesteigerte Feuerkraft mittels Massenproduktion von standardisierten Gewehren und moderner Artillerie benötige eine Streitkraft Personalreserven. Ebenfalls erlaube erst die Entwicklung von Transportmitteln und Kommunikationssystemen die Führung und Konzentration einer grossen Anzahl Menschen.⁴⁴ Nur durch diese neuen technologischen Errungenschaften können nach Janowitz die Massen für militärische Zwecke mobilisiert werden.

⁴² In früheren Arbeiten befasst sich Janowitz mit den sich wandelnden Aufgaben von Streitkräften. Durch die Destruktivität der Waffen habe sich die Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Rollen verwischt. Damit verbunden sei auch die neue Aufgabe der Abschreckung durch die Militärorganisation. Mit dem Einfluss der Technologie verstärke sich der Wechsel in der Funktion der militärischen Autorität. Janowitz konstatiert, dass das Militär sich von der Dominanz (*domination*) hin zur Manipulation (*manipulation*) bewege. Mit Dominanz meint er, dass das individuelle Verhalten des Einzelnen durch explizite Instruktionen beeinflusst wird ohne auf die Person Rücksicht zu nehmen. Manipulation hingegen findet dann statt, wenn indirekte Techniken der Gruppenüberzeugung angewendet und die gemeinsamen Ziele hervorgehoben werden. Der Wechsel von *domination* zu *manipulation* betrachtet Janowitz als ein generelles Muster des sozialen Wandels (Janowitz 1959). Im Rahmen der Theoriebildung von Janowitz zum Ende der Massenarmee spielt diese Änderung in der Führungsform der Militärangehörigen sicherlich eine Rolle, wird aber nicht explizit von ihm integriert.

⁴³ Vergleiche zu diesen ‚neuen‘ Erwartungen insbesondere Rousseau sowie die erste französische Verfassung. (Siehe im Internet : http://www.legisnet.com/France/constitutions/constitution_an_I_1793_3.html, Stand 10.3.2004).

⁴⁴ Vergleiche dazu bei McNeill 1984.

Dies scheint im Widerspruch zur Aussage zu stehen, dass mittels hochentwickelter Militärtechnologien in modernen Streitkräften Personal reduziert werden könne. Es muss dabei aber berücksichtigt werden, dass die von Janowitz beschriebene Technologisierung noch nicht zu hochentwickelten Waffensystemen führt. Die von ihm beschriebene Technologisierung betrachte ich als auf einem ‚mittleren‘ Niveau anzuesiedelnde Entwicklung.

Nachdem technologische und gesellschaftspolitische Kräfte zur Entstehung der Wehrpflicht und der Massenarmeen geführt haben, sind wiederum nach Janowitz dieselben Faktoren dafür verantwortlich, dass das Konzept der allgemeinen Wehrpflicht in den westeuropäischen Ländern seit dem Zweiten Weltkrieg erodiert. „The decline of the mass armed forces takes places under conditions of advanced industrialism, but reflects both technological and sociopolitical factors“ (Janowitz 1972a, 10). Bei den technologischen Faktoren spielen Massenvernichtungswaffen, im Besonderen der Einfluss von Atomwaffen, eine grosse Rolle. Die technologische Entwicklung erreicht im Vergleich zu früher ein ‚höheres‘ Niveau. Während früher durch eine ‚mittlere‘ Technologisierung erst die Möglichkeit bestand, eine grosse Anzahl Menschen in die Militärorganisation einzubinden, kann heute durch ‚höhere‘ Technologisierung Personal durch Waffensysteme ersetzt werden. Weiter sozialisieren nach Janowitz Massenvernichtungswaffen die Gefahr und gleichen die Gefährdung für Soldaten und für Zivilisten an.⁴⁵ Die Bedrohung wandle sich vom ‚Totalen Krieg‘ zur Abschreckung. Die technologisch bedingte Notwendigkeit einer Änderung der Kriegsführung schwäche das traditionelle Konzept des Bürgersoldaten (Janowitz 1966).

The revolution in military technology means that the military mission of deterring violence becomes more and more central as compared with preparing to apply violence. This shift in mission tends to civilianise military thought and organization as military leaders concern themselves with broad ranges of political, social, and economic policies (Janowitz und Little 1974, 34).

Die soziopolitischen Faktoren manifestieren sich unter anderem im stark geänderten geopolitischen Gleichgewicht der Kräfte (*balance of power*). Der Verlust ehemaliger Kolonien nach dem Zweiten Weltkrieg schwächt die politische Hegemonie der europäischen Staaten. Zugleich haben kollektive Werte in der pluralistischen Gesellschaft an Bedeutung verloren. Hedonismus, Opposition gegenüber dem militärischen Leben, Ablehnung militärischer Autorität wie auch eine neue diffuse moralische Kritik am Einsatz von Streitkräften haben sich vor allem unter den jüngeren Bevölkerungsschichten breitgemacht. Durch das gesteigerte Bildungsniveau wie auch durch den Massenkonsum entwickelt sich bei einem Grossteil der Bevölkerung eine eher abweisende Haltung gegenüber dem Militär(dienst). In der Abwesenheit direkter Bedrohung wird die Wehrpflicht nach Janowitz (1975) als unnötig und unwünschbar angesehen, weil sie als Zwang und Einmischung in die persönliche Entscheidungsfreiheit betrachtet wird. Militär verstanden als *rite de passage*, also als ein Übergang des Jugendlichen in die Erwachsenenwelt und als eine Möglichkeit, sich die Verhaltensweisen der Gesellschaft anzueignen, habe nachgelassen. Diesen Wandel betrachtet Janowitz als so fundamental, dass er nicht umkehrbar sei (Janowitz und Moskos 1979).

⁴⁵ Vergleiche dazu bei Biderman 1967.

Die genannten Gründe haben einen entscheidenden Einfluss auf die Aussetzung der Wehrpflicht in Amerika.⁴⁶ Janowitz prognostizierte schon im Jahr 1972, dass die Entscheidung der Amerikaner, die Wehrpflicht auszusetzen, die Militärsysteme in Europa nachhaltig beeinflussen würde. „The ending of the draft in the United States will have a deep impact on military manpower systems in Western Europe” (Janowitz 1972a, 11).

Welche Konsequenzen sieht Janowitz für die US-amerikanischen Streitkräfte bei der Umstellung der Wehrpflicht auf eine Freiwilligenstreitkraft?

Durch die Spezialisierung und Technisierung steige die Bedeutung des Personals mit zivilähnlichen Fähigkeiten. Damit verbunden sei ein Wechsel in der militärischen Autorität weg von der rigiden Befehlshierarchie hin zu einer auf organisatorischer Basis beruhenden Meinungsbildung (*organizational decision making*, 1972a, 13). Daneben fördere die Professionalisierung der Streitkräfte die Bürokratisierung der Organisation. Die grössten Schwierigkeiten sieht Janowitz (1976) in der Rekrutierung militärischer Eliten. Nach seiner Meinung wird mit dem Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft die Rekrutierung der höheren Kader weniger repräsentativ, die Gefahr sozialer Isolation der Streitkräfte von der Gesellschaft verschärfe sich (Janowitz 1972a). Deshalb werde die korrekte und unter zivildemokratischer Überwachung stattfindende Elitenrekrutierung an Bedeutung gewinnen.

Warum der prognostizierte Streitkräftewandel in Europa erst 25 Jahre später Wirklichkeit wird, vermag Janowitz mit seiner Theorie nicht zu erklären. Der soziale und technologische Wandel und die Ablehnung des Militärischen können auch im Europa der siebziger und achtziger Jahre festgestellt werden. Es scheint, dass Janowitz' Theorie geostrategische Kräfte zu wenig berücksichtigt.

2.5.2 Jacques van Doorn: Vom bewaffneten Mann zur bemannten Waffe

Der Militärsoziologe Jacques van Doorn publizierte 1975, drei Jahre nach Janowitz' Artikel, in der Zeitschrift *Armed Forces and Society* einen Aufsatz unter dem Titel *The Decline of the Mass Army in the West: General Reflections*,⁴⁷ um die Transformation der Massenarmee hin zu einer Freiwilligenstreitkraft zu beschreiben. Erste Ansätze zu dieser Thematik finden sich bei Doorn schon 1965, als er die zunehmende Professionalisierung der Spitzenpositionen sowohl in den Militärorganisationen wie auch in Wirtschaftsorganisationen beschreibt. Indem er eine Kluft zwischen der Bevölkerung und dem Militär, wie auch zwischen der Arbeitnehmerschaft und den Unternehmern festzustellen glaubt, schliesst er daraus, dass beide Organisationsformen (Militär und Wirtschaft) gegenüber der fortschreitenden Demokratisierung der Gesellschaft in einen offenkundigen Rückstand geraten. Durch die Demokratisierung und

⁴⁶ Vergleiche dazu auch den Sammelband von Tax (1967). Die Habilitationsschrift von Bernard Boëne (1995) thematisiert ebenfalls eingehend die verschiedenen Gründe.

⁴⁷ Siehe auch den deutschsprachigen Artikel: Der Niedergang der Massenarmee – Allgemeine Überlegungen, in der Zeitschrift *Beiträge zur Konfliktforschung* (Doorn 1976a).

durch die Erhöhung des Lebensstandards allgemein würden die Berufswahl, der Arbeitsmarkt und daraus folgend die Rekrutierungspolitik der Streitkräfte und die Nachwuchspolitik der Industrie nachhaltig beeinflusst (Doorn 1965). Neben diesen soziopolitischen Einflüssen spricht er auch die Technologie an und macht auf die Beziehung zwischen dem Menschen und seinem ‚Kriegswerkzeug‘ aufmerksam. Diese Beziehung habe sich im Verlaufe der Zeit grundlegend geändert: „Aus dem bewaffneten Mann ist die bemannte Waffe geworden“ (Doorn 1965, 292).

Diese Annahmen und Beobachtungen verdichtet er zu seiner These des Niedergangs der Massenarmeen im Westen. Neben der politisch-militärischen Entspannung (*Détente*) konstatiert er eine Verlagerung von absoluten zu instrumentellen bewaffneten Konflikten.

Diese schliesst die Begrenzung, wenn möglich Vermeidung von Konflikten ein. In jedem Fall bedeutet dies eine Institutionalisierung. Entsprechend neigen die Streitkräfte dazu, den Gebrauch von Gewalt zu monopolisieren und zu professionalisieren. Dieser Wandel begünstigt die Trends zur Freiwilligenarmee und zu einer allgemeinen Verringerung des Personalumfangs (Doorn 1976a, 53).

Weiter nennt er die Spezialisierung und Bürokratisierung der Streitkräfte und den technologischen Fortschritt, der eine erhöhte Feuerkraft und bessere Kommunikation wie auch grössere Transportmöglichkeiten beinhaltet (1975a). Mechanisierung und Spezialisierung verbindet Doorn mit der Zivilindustrie. Dort wird die Masse der Industriearbeiter analog der Masse der Infanteristen in den Streitkräften durch kleinere Gruppen hochqualifizierter Techniker abgelöst. *Er setzt den Niedergang der Massenarmeen mit dem Niedergang der Massenproduktion in der modernen Industrie gleich.* Die Zunahme an spezialisierten Aufgaben in der Militärorganisation fördere den Niedergang der Massenarmee. Diesen Trend erkennt Doorn empirisch in der Verringerung des Personalbestandes. Die Verkleinerung des Streitkräftebestands geschehe meistens zu Lasten der Landstreitkräfte. Er folgert, „dass je mehr sich ein Land auf Wehrpflichtige stützt, desto eindeutiger werden seine Streitkräfte vom Heer dominiert“ (Doorn 1976a, 54).

Wie Janowitz glaubt Doorn in der Bedeutungserosion von nationalen Werten und Symbolen, welche bei der jüngeren Generation zu beobachten sei, eine weitere Ursache für den Niedergang der Massenarmeen und dem allmählichen Verschwinden der Wehrpflicht zu erkennen.⁴⁸ Daraus folge eine Attraktivitätsminderung des Dienstes und eine Erweiterung des Grabens zwischen Streitkräften und Gesellschaft (Doorn, 1976a). Nicht zuletzt die Erfahrungen mit

⁴⁸ Dieses von Janowitz und van Doorn (1975a) hervorgebrachte Argument wird von Burk (1988) bestritten. Er geht davon aus, dass die nationalen Verbundenheiten (*national attachments*) im Zuge des Übergangs von industriellen zu vorgeschrittenen parlamentarischen Demokratien nur transformiert werden, aber keineswegs abgeschwächt seien. Seine Begründung lautet, dass durch den modernen Staat viele diskriminierende Schranken verringert werden, z.B. religiöse Diskriminierung, Sprache, Geschlecht, und damit als Resultat das Nationalgefühl eben gestärkt und nicht abgebaut werde. Diese Entwicklung sei zugleich eine wichtige Quelle für die soziale und politische Stabilität von parlamentarischen Demokratien in entwickelten Industrienationen (16). Die Hauptthese Burks ist, dass nicht das Fehlen oder Verschwinden von nationaler Bezogenheit zum Ende der Massenarmee geführt habe, sondern dass die Gründe eher in technologischen, geopolitischen und soziokulturellen Faktoren zu suchen seien (Burk 1988, 23).

dem Vietnamkrieg habe die ablehnende Haltung breiter Bevölkerungsschichten gegenüber dem Militär mitbestimmt.

Den Befürchtungen, dass eine Freiwilligenstreitkraft einen Staat im Staate bilden könne und somit eine Gefahr für die Zivilgesellschaft darstelle, entgegnet Doorn, dass die militärische Interventionsmöglichkeit und –wahrscheinlichkeit nicht nur durch das Ausmass der Professionalisierung bestimmt sei, sondern durch die politische Kultur einer Gesellschaft. Deshalb sei es wichtig bei der Umwandlung hin zu einer Freiwilligenstreitkraft zivile Gegengewichte einzuplanen. Doorn (1976a, 58) nennt die Besetzung politischer Spitzenpositionen im Verteidigungsministerium durch Zivilisten, die Ausbildung von Militärspezialisten an zivilen Universitäten und Technischen Hochschulen sowie auch eine verkürzte Laufbahn für einen Teil des hauptberuflichen Militärpersonals als eine Möglichkeit, die zivil-demokratische Kontrolle über die Streitkräfte zu behalten. Er geht aber davon aus, dass sich beim Wechsel zu einer Freiwilligenstreitkraft der Anteil Personen mit einer konservativen Einstellung erheblich vergrössern werde.

In einem weiteren Teil seines klassischen Aufsatzes geht Doorn auf die Schwierigkeiten ein, genügend qualifiziertes Personal für den freiwilligen Militärdienst zu gewinnen. Da die Freiwilligenstreitkraft vom stark differenzierten Arbeitsmarkt abhängig sei, würden bestimmte Kategorien und Segmente stärker angesprochen. Dies führe zu einer Überrepräsentation von unterprivilegierten Schichten. Da es für Doorn unwahrscheinlich ist, „dass innere Bereitschaft und berufliches Interesse in ausreichendem Masse vorhanden sind, bedarf es stärkerer ökonomischer Anreize, um den Personalbedarf zu decken. Besoldung, Arbeitsbedingungen, Karriereaussichten und Pensionen werden die Hauptanziehungspunkte sein“ (1976a, 57). Nicht alle Staaten haben die Möglichkeit, ihre Wehrpflichtarmeen in eine Freiwilligenstreitkraft umzuwandeln. Nur sehr grosse und sehr reiche Länder könnten sich eine Freiwilligenstreitkraft in Friedenszeiten leisten (Doorn 1975a). Dies impliziert zugleich, dass die Wehrpflicht die Rekrutierungsform armer Länder ist. Das zwangsverpflichtete Personal müsse nicht im gleichen Masse finanziell entschädigt werden wie professionelle Soldaten.

Zugleich mit der notwendigen Orientierung und Öffnung hin zum Arbeitsmarkt übernehmen Militärorganisationen zwangsläufig die Werte und Normen, die im zivilen Arbeitsleben vorherrschen. Ansonsten würden sie nicht genügend Personal finden. Dies stelle aber kein Argument für eine ‚Verzivilisierung‘ des Militärs dar. Vielmehr kann nach Doorn das Ende der Massenarmeen als eine Form der Remilitarisierung der Streitkräfte angesehen werden, denn viele soziale Funktionen, welche einer Wehrpflichtarmee inhärent sind, wie z.B. die Wirkung als Schule der Nation, als staatsbürgerliche Erziehung, würden sich in einer Freiwilligenstreitkraft abschwächen.⁴⁹

⁴⁹ Analog zu einer Remilitarisierung der Streitkräfte kann eine Zivilisierung der Gesellschaft stattfinden. Das Militär als Organisation verschwindet zusehends aus dem direkt erfahrbaren Lebensbereich des durchschnittlichen Bürgers, weil immer weniger Personen Dienst leisten.

2.5.3 Michel Martin: Tendenzen in den französischen Streitkräften

Martin beschreibt in seinem Artikel die französischen Streitkräfte in der Zeitspanne von 1960 bis 1975. Martin, ein Schüler von Janowitz, geht von den gleichen Prämissen wie Janowitz und Doorn aus. Auch für ihn liegen die Ursachen des Niedergangs der Massenarmeen in den technologischen und soziopolitischen Veränderungen seit der französischen Revolution. Sowohl die Verteilung der Kräftezentren im internationalen System wie auch das Verschwinden der klassischen Form der imperialen Hegemonie sind nach ihm Folgen der technologischen Entwicklung. Durch die soziostrukturellen Wechsel im postindustriellen System erodiere die traditionelle Form des Nationalismus und somit auch die Beziehung zwischen dem Militär und der Gesellschaft. Dies beeinflusst nach Martin die Legitimität der Massenarmeen und die Akzeptanz der Wehrpflicht (Martin 1977): Die Bedrohungswahrnehmung habe sich seit 1960 drastisch verändert. Durch die Möglichkeit der Massenvernichtung würden neue strategische und technologische Realitäten entstehen.

Martin, wie auch Doorn, gehen von der Annahme aus, dass der Niedergang der Massenarmee am stärksten das Heer betreffen werde, da dieses am personalintensivsten sei. Zugleich lässt sich durch die Reduzierung der Dienstdauer der Bedeutungsverlust der Wehrpflicht feststellen. Einen weiteren Indikator für die schwindende Bedeutung der Wehrpflicht sieht Martin in der Einführung des Gesetzes für Dienstpflichtverweigerer aus Gewissensgründen, welches am 20. Dezember 1963 in Frankreich in Kraft getreten ist (1977, 360). Im gestiegenen Bildungsniveau der wehrpflichtigen Bevölkerung erkennt er einen weiteren Grund der abnehmenden Akzeptanz der Wehrpflicht.

Warum die französische Republik aber weiterhin an der Wehrpflicht, und somit an der Massenarmee, festhält, erklärt er wie folgt: Mit der Beibehaltung der Wehrpflicht könne die für den Staat nützliche Funktion der (staatsbürgerlichen) Sozialisation der jüngeren Generation weiter geführt werden. Einerseits würden sich die politisch rechts stehenden dieses Instrumentariums bedienen, um konservative Werte auf die jüngere Generation übertragen zu können, andererseits sehe die Linke darin eine wirkungsvolle Kontrolle des Militärs und eine Verteidigung der Rechte der Arbeiterklasse. Zugleich spielt nach Martin der in Frankreich traditionelle linke Antimilitarismus eine Rolle, der sich besonders stark gegen eine volle Professionalisierung stelle.

Weitere Gründe für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht sieht Martin in der Stabilisierung des Arbeitmarktes und der Minderung der Arbeitslosenzahl. *Nach Martin gewährleistet deshalb die Wehrpflicht ökonomische und soziale Stabilität.* Trotz diesen Verzögerungen in der Überwindung der Wehrpflicht prognostiziert Martin bei den politischen Parteien in Frankreich ein Überdenken ihrer Standpunkte. Die Zeit hat ihm Recht gegeben, denn am 28. Mai 1996 verkündete der französische Präsident Chirac die Aussetzung der Wehrpflicht.

2.5.4 Catherine Kelleher: Politische Ansprüche der Parteien

Kelleher folgt in ihrem Artikel *Mass Armies in the Seventies* aus dem Jahr 1978 denselben theoretischen Argumentationslinien wie Janowitz und Doorn. Sie betont die Entwicklung der Technologie und den sozialen und politischen Einfluss moderner liberaler Gesellschaften auf die Militärorganisation als Gründe für das Ende der Massenarmeen. Sie ist der Überzeugung, dass der sicherheitspolitische Bedarf des Westens am besten mit einer kleinen, professionellen Streitkraft abgedeckt werden könne (1978, 4). Diese solle sich auf signifikant weniger Wehrpflichtige abstützen und primär für Verteidigungsmissionen eingesetzt werden.

In ihrem Artikel thematisiert sie die Schwierigkeiten bei der Bildung einer solchen Streitkraft. Vor allem die Passivität industrialisierter Gesellschaften bei der Implementierung einer den gewandelten internationalen Anforderungen angepassten Streitkraft steht im Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Schuld daran sei die Fähigkeit der staatlichen Bürokratie, ihre herkömmliche Positionen zu verteidigen wie auch das Festhalten von demokratischen Regierungen am Status quo, auch wenn eine zukünftige Krise absehbar sei. Dies komme daher, weil die politische Führung nicht fähig sei festzulegen, welcher Grad an politischem Risiko tolerierbar sei bei der Einführung einer professionalisierten Streitkraft. Hier nimmt sie implizit die Frage nach der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte auf. Politisch werde ein sanfter „short-run course“ (1978, 5) gewählt, trotz den absehbaren langfristigen Trends. Die Wehrpflicht wird in den von ihr untersuchten westeuropäischen Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Dänemark und Schweden), unabhängig von der Bedrohungswahrnehmung, als Schutz gegen militärischen Interventionismus und Einflussnahme auf die Politik verstanden. „The alternative – a small, professional, necessarily isolated military – is clearly more threatening“ (Kelleher 1978, 8). Wie Martin betont Kelleher die politischen Erwartungen der Parteien an die Wehrpflicht. Für die Linke verringere sich durch die Wehrpflicht die Gefahr einer militärischen Intervention in die Politik, wohingegen die Rechte ihr Programm der *civic education* und der Verteidigungsbereitschaft in einer Zeit der schwindenden nationalen Autorität weiterführen könne.

Kurzfristige Änderungen mit einer grösseren Verlagerung zur Professionalisierung hin würden die Streitkräfte in Richtung eines ‚two-tier‘-Systems führen. Dieses hat nach Kelleher drei Konsequenzen: „1. the recruitment of more technical specialists to replace a larger number of conscripts; 2. the continuing assignment of conscripts to less specialized or even rudimentary tasks; and 3. still further reductions in the basic term of service, allowing only for minimal training“ (Kelleher 1978, 21).

Für Kelleher steht fest, dass der ausbleibende Wechsel zur Professionalisierung der Streitkräfte die sozialen Kosten erhöhe. Einen Wechsel gebe es erst, wenn die sozialen und militärischen Risiken einer professionalisierten Streitkraft kleiner eingeschätzt würden als die Weiterführung der Wehrpflicht. So gelangt sie zu ihrer Grundaussage: *Jeder grundlegende Wechsel im momentanen Wehrpflichtsystem müsse ein Produkt harter politischer Entscheide und noch härterer politischer Führungsfähigkeit sein, sonst könne ein Wechsel von einer wehrpflichtbasierten Massenarmee zu einer Freiwilligenstreitkraft nicht vollzogen werden.*

Bremssende Kräfte erkennt Kelleher in der Bürokratie, die grosse Anstrengungen unternimmt, um ihre Position zu erhalten (Status quo-Erhaltung). Weiter bestehe noch keine politische Notwendigkeit, das Wehrsystem zu ändern. Vor allem seien sich die politischen Entscheidungsträger nicht einig, welchen Grad an politischem Risiko tolerierbar sei bei der Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft. Kelleher führt dies auf die strukturelle Schwäche der westeuropäischen Politik zurück, da es an einer dominierenden politischen Partei fehle, welche die Bevölkerungsmehrheit klar hinter sich habe (5).

Aus diesen Gründen sieht Kelleher für die sechs untersuchten westeuropäischen Staaten 1977 keinen zwingenden Bedarf für einen *abrupten* Wechsel weg von der Wehrpflichtarmee hin zu einer Freiwilligenstreitkraft. Ein System mit Wehrpflichtigen und professionellen Soldaten betrachtet sie als weiterhin passend. Mit ein Grund dafür sei auch der wachsende Anteil an Freiwilligen (27).

2.5.5 *Karl W. Haltiner: Das Ende der Massenarmeen in den neunziger Jahren*

Der Militärsoziologe Karl W. Haltiner beschäftigt sich in seiner Forschungstätigkeit intensiv mit der Schweizer Milizarmee (Haltiner 1985, 1998b). Haltiner meint, dass der Milizgedanke schweizerischer Prägung bei den Bürgern eine Gemeinschaftsethik voraussetze, die sich durch einen überdurchschnittlichen Grad an Engagement und Partizipation in Staat und Gesellschaft manifestiere. Das Milizsystem kann deshalb nur so lange fortbestehen, wie es partizipationswillige Wehrpflichtige gibt, die freiwillig eine Kaderposition einnehmen wollen. Werden Gemeinschaftswerte geschwächt, bestehe die Gefahr, dass die Milizinstitutionen in eine Krise geführt würden. Die Abwertung nationaler und traditionaler Verbundenheit führe zu einem Bedeutungsverlust militärisch relevanter Werte und zu einer zunehmenden Indifferenz gegenüber den Streitkräften. Haltiner führt diesen Bedeutungsverlust des Milizsystems in der Schweizer Gesellschaft vor allem auf sozioökonomische Gründe zurück. Massgebend für ihn sind die Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile (Haltiner 1985, 44-58).

Ausgehend von der veränderten gesellschaftlichen Wahrnehmung des Schweizer Milizsystems richtet Haltiner nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes seine Aufmerksamkeit vermehrt auf den gesamteuropäischen Kontext. Dabei beobachtet er in den meisten westeuropäischen Gesellschaften einen Prozess der Zivilisierung und Demokratisierung der Streitkräfte (Haltiner 1992, 159). Die neue strategische Lage in Europa benötige andere sicherheitspolitische Strategien und neu strukturierte Streitkräfte. „Militärische Einsätze mit und ohne Kampfauftrag im internationalen, nichtmilitärische Einsätze im nationalen Umfeld heissen die neuen Forderungen“ (Haltiner 1993, 4). Aufgrund dieser geostrategischen Veränderungen ortet Haltiner vier Trends.

- Erstens beobachtet er eine Konstabularisierung, d.h. eine Verpolizeilichung der westeuropäischen Streitkräfte. Nicht mehr die Landesverteidigung sei die wichtigste Aufgabe der Streitkräfte, sondern der Einsatz unterhalb der Kriegsschwelle und die Befriedung von externen Konflikten (Kuwait, Balkan, Somalia etc.). Diese

zusätzlichen Aufgaben überfordern Wehrpflichtarmeen wie auch Miliztruppen vor allem dann, wenn sich eine hohe Verfügbarkeit und hohe Spezialkompetenz für die Aufgabenbewältigung kumulieren (Haltiner 2000, 101).

- Zweitens erhalten die europäischen Streitkräfte zusätzliche Aufgaben bei sinkenden Verteidigungsbudgets. Dies zwingt die Streitkräfte zu einschneidenden Restrukturierungsmaßnahmen.
- Drittens sieht Haltiner im Auslaufen der Massenarmeen einen weiteren Trend. Dieser Trend basiere vor allem auf dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Politisch liesse sich die Wehrpflicht nach dem Verschwinden einer unmittelbaren, für den Bürger sichtbaren militärischen Bedrohung in individualistischen modernen Gesellschaften immer schwieriger begründen (Haltiner 1993, 6). Deshalb würden die Bestände reduziert, was wiederum die Frage der Wehrgerechtigkeit aufkommen lasse.
- Viertens geht der von Haltiner beobachtete letzte Trend in Richtung „Multi-nationalisierung von Verbänden als Ausdruck der Entstaatlichung und Rationalisierung von traditionellen Militäraufgaben“ (Haltiner 1993, 7). Für die internationale Zusammenarbeit sei es notwendig, die Streitkräftestruktur gegenseitig anzupassen.

Moderne Streitkräfte müssen auf das neue multipolare globale Konfliktszenario mit einem deutlich erweiterten Befähigungsprofil reagieren. Gefordert seien umfangmässig kleine, schnelle, mobile und flexible Streitkräfte (Haltiner 1996a, 15, Haltiner und Kühner 1999, 7). Diese neuen Aufgaben erfüllen nach Haltiner Freiwilligenstreitkräfte besser als Wehrpflichtarmeen. Mit Verweis auf die Wirtschaft, wo Unternehmen durch die Substitution von Personal durch Kapital schlanker würden, konstatiert Haltiner eine zunehmende Professionalisierung in modernen Gesellschaften. „Die Professionalisierung von Streitkräften entspricht offensichtlich einem allgemeinen, modernen Gesellschaften innewohnenden, vor allem in der Wirtschaft und in der Arbeitswelt zu beobachtenden Trend“ (Haltiner und Kühner 1999, 8, siehe auch Haltiner 2000, 102).

In seiner 1998 erschienenen empirischen Arbeit zum Ende der Massenarmeen in Europa weitet Haltiner seine Thesen aus.⁵⁰ Er geht davon aus, dass ökonomische Produktivität und der hohe Lebensstandard in modernen industrialisierten Gesellschaften auf einer andauernden Anhebung der funktionalen Arbeitsteilung und der professionellen Spezialisierung basieren. Daraus folgt: Je stärker die interne militärische Arbeitsteilung wächst, desto höher wird die Tendenz, sich auf gut trainierte professionelle Soldaten zu verlassen. Zeitgleich mit einem Wirtschaftswachstum und dem gestiegenen Lebensstandard würde sich der Anteil an Militärpersonal verringern. Haltiner weist darauf hin, dass eine negative Korrelation zwischen dem sozioökonomischen Grad der Modernisierung einer Gesellschaft und des Ausmasses der Zwangsverpflichtung des militärischen Personals existiert. Um seine Thesen empirisch über-

⁵⁰ Er untersucht 15 westeuropäische Staaten. Die ehemaligen Warschauer Pakt Staaten sowie die neu entstandenen osteuropäischen Staaten schliesst er aus seiner Analyse aus. Dies, weil die Zeitspanne seit dem Wechsel 1989/91 zu kurz sei um langfristige Trends ermitteln zu können.

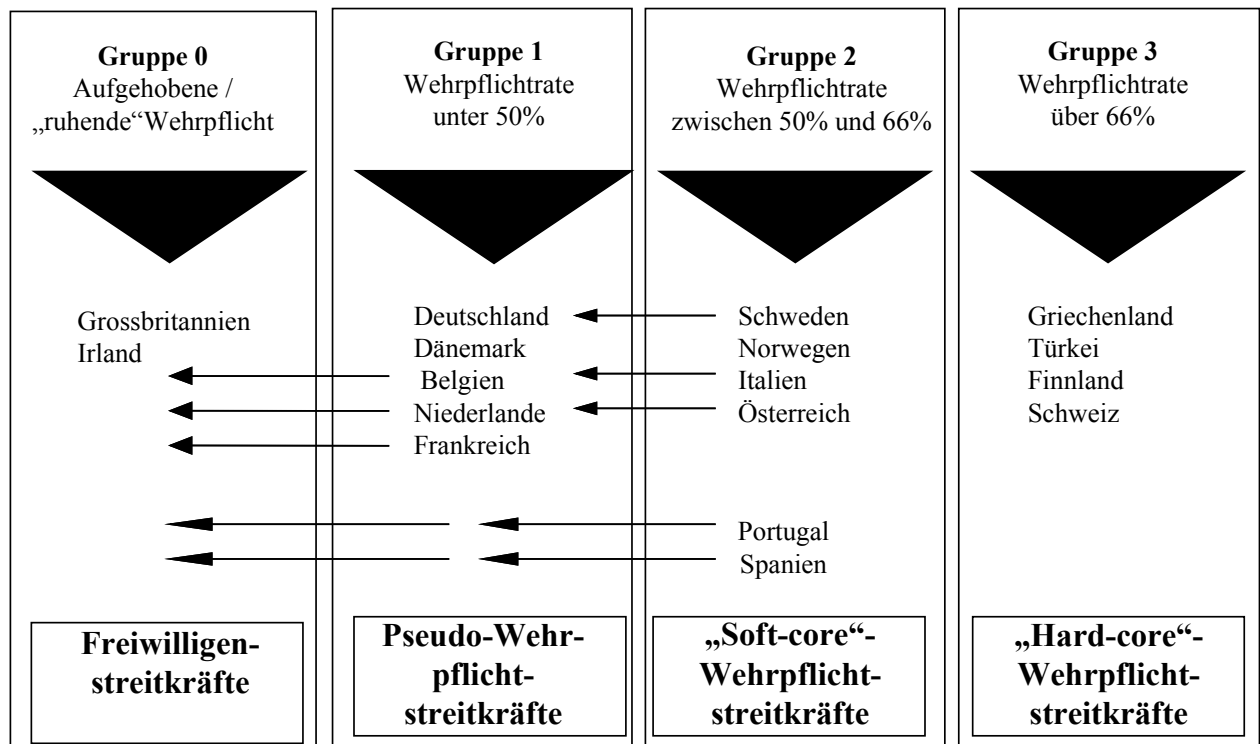
prüfen zu können, verwendet er die in Abschnitt 2.2 dargestellte Definition der Massenarmee als Operationalisierungsbasis.⁵¹

Den wichtigsten Indikator für den Wandel einer Wehrpflichtarmee zu einer Freiwilligenstreitkraft erkennt Haltiner in der Wehrpflichtrate (WR).⁵² Diese gibt den Anteil der Wehrpflichtigen am Gesamtbestand der Streitkräfte an. Es besteht folgende Beziehung: Je höher die Wehrpflichtrate, desto eher könne aus einer strukturellen Perspektive von einer Massenarmee gesprochen werden. Haltiner (1998a) typologisiert die westeuropäischen Streitkräfte auf der Basis der durchschnittlichen Wehrpflichtrate 1970 bis 1989 (Abbildung 2.2). Er unterscheidet vier Typen. Als Gruppe 0 klassiert er die Freiwilligenstreitkräfte in Europa (Irland und Grossbritannien). In der Gruppe 1 finden sich Wehrpflichtarmeen, die sich aber mehrheitlich aus freiwillig dienenden Angehörigen zusammensetzen. Haltiner nennt diese Streitkräfte *Pseudo-wehrpflichtstreitkräfte*. Zu diesem Typ zählt er die Streitkräfte Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs und der Niederlande. Die Aufhebung der Wehrpflicht bedeute für Streitkräfte dieses Typus keinen eigentlichen Systemwechsel, sondern bloss die Verrechtlichung der bis anhin bestehenden Dominanz der Freiwilligen. Gruppe 2 charakterisiert sich dadurch, dass die Wehrpflichtigen die Mehrheit des Personals ausmachen. Diese sogenannten ‚Soft-core‘-Wehrpflichtstreitkräfte weisen eine WR zwischen 50% und 66% auf. Gemäss dem Konzept von Haltiner werden diese Streitkräfte ebenfalls in naher Zukunft auf eine Freiwilligenrekrutierung umstellen. Die Beispiele Spaniens und Portugals verdeutlichen dies (Abbildung 2.2). Der letzte Typ umfasst die eigentlichen klassischen Massenarmeen. Der grösste Teil des Bestandes setzt sich aus Wehrpflichtigen zusammen. Deshalb werden diese Armeen als ‚Hard-core‘-Wehrpflichtstreitkräfte bezeichnet. Die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Einführung einer Freiwilligenstreitkraft wird nach Haltiner deshalb aufgrund ihrer Strukturgegebenheiten als deutlich geringer eingestuft.

⁵¹ Kurz zusammengefasst lauten die sechs Kriterien einer Massenarmee: 1. Wehrpflicht ist in der Verfassung verankert, 2. Hohe Militärpartizipationsrate, 3. Männliche Alterskohorte ist wehrpflichtig, 4. Mehr als die Hälfte der Armeeingehörigen sind Wehrpflichtige, 5. Tiefer Technologiestand der Streitkräfte, 6. Die Streitkräfte sind heerdominiert.

⁵² Wie Haltiner untersucht Nagode (2000) mit dem theoretischen Konstrukt der WR die osteuropäischen Staaten Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn. Er geht vor allem von der einzelnen Länderebene aus. Infolge dieses methodischen Unterschieds lassen sich Vergleiche zur Arbeit Haltiner nur bedingt ziehen. Werkner (2003) analysiert 35 europäische Länder. Sie bestätigt die Hypothese der abnehmenden Wehrpflichtrate auch im gesamteuropäischen Bereich. Ihre Resultate stimmen mit denen von Haltiner und der in dieser Untersuchung vorliegenden überein.

Abbildung 2.2: Typologie der Streitkräftenstrukturen und zu erwartende Veränderungen nach Haltiner (1998a, 18)



Haltiner zeigt insbesondere, dass die Unterscheidung zwischen Wehrpflichtarmeen und Freiwilligenstreitkräften differenziert werden muss. Die bis anhin in der Militärsoziologie vorgenommene Dichotomisierung Wehrpflicht versus Freiwilligkeit mache wenig Sinn (Haltiner 1998a, 17). Vielmehr verlaufe die Transformation des einen Wehrsystems (Wehrpflicht) in das andere (Freiwilligkeit) eher graduell. Ebenfalls könne der Terminus ‚Massenarmee‘ nicht für alle Wehrpflichtstreitkräfte übernommen werden, denn es ergebe sich eine kontinuierliche Steigerung in Bezug auf die Masse der Wehrpflichtigen von der Gruppe 1 zur Gruppe 3. Mit steigender Wehrpflichtrate nähme auch der Anteil der terrestrischen Kräfte am Gesamtbestand der Streitkräfte zu (hier übernimmt er Doorn’s These). Deshalb weisen die Luftwaffe und die Marine in Gruppe 3 einen wesentlich kleineren Anteil an Wehrpflichtigen aus; für Haltiner ein Indiz des technischen Wandels. Je stärker sich Streitkräfte auf moderne, komplexe Waffensysteme verliessen – wie dies bei der Luftwaffe und der Marine der Fall sei –, desto geringer die Wehrpflichtrate. Dies, weil nur länger dienende und professionelle Angehörige der Streitkräfte das notwendige Wissen und die Übung zur Handhabung solcher Waffensysteme besäßen (Haltiner 1998a, 22).

Die Frauenrate in den Streitkräften gibt für Haltiner einen Indikator der strukturellen Differenzierung ab. Frauen sind freiwillig in den Streitkräften. Ihr Anteil tendiere somit in dem Masse zu steigen, wie die Streitkräfte weniger stark auf zwangsrekrutierte Wehrpflichtige zurückgreifen. Freiwillige übernehmen vor allem Aufgaben, welche Wehrpflichtige aufgrund der kurzen Verpflichtungszeiten nicht erfüllen könnten. Dies sind oft Aufgaben von hohem technologischem Standard. Gerade in diesen Aufgabenbereichen würden Frauen überdurchschnittlich stark eingesetzt (Haltiner 1998a, 24).

Die bis anhin in der Militärsoziologie vertretende These, wonach das Verschwinden der Massenarmeen vor allem in Gesellschaften mit Wirtschaftswachstum und mit einem gestiegenen Lebensstandard einhergehe, wird durch Haltiners empirische Untersuchung nur schwach gestützt. Er geht eher davon aus, der wichtigste Grund liege in den geostrategischen Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges (Haltiner 1998a, 27). Nach Haltiner erleichtert eine Kombination der folgenden drei Faktoren die Entscheidung zur Aussetzung der Wehrpflicht:

1. Die Mitgliedschaft in einer Verteidigungsallianz,
2. die Abwesenheit einer direkten militärischen Bedrohung des Staates und
3. die häufige Beteiligung in internationalen militärischen Einsätzen der Friedenserhaltung und –förderung (Haltiner 1998a, 33).

In einer späteren Arbeit beschäftigen sich Haltiner und Klein allgemeiner mit den Streitkräfte-Reformwellen in Europa. Dabei spielt die Aufhebung der Wehrpflicht weiterhin eine zentrale Rolle, das Konzept wird aber breiter gefasst (Haltiner und Klein 2002). Ihre Analyse setzen sie zeitlich nach dem Ende des Kalten Krieges an. Ihrer Meinung nach lassen sich in Europa drei typische Reformwellen ausmachen.

- Die erste ‚Abbauwelle‘ dauert von 1990 bis 1995, in der die Bestände reduziert und eine Teilprofessionalisierung durch die Verringerung der Wehrpflichtrate und der Dienstzeit eingeführt wird. Diese Reformwelle ist kostenmotiviert und möchte die Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges einziehen.
- In der zweiten Welle (1996-2001) stellen sie eine Internationalisierung wie auch Professionalisierung der Streitkräfte fest. Diese Phase ist stark auf die Nato orientiert. Haltiner und Klein machen eine strategische und konzeptionelle Restrukturierung aus, wobei die Streitkräfte auf ein neues Aufgabenprofil hin ausgerichtet werden. Der Prozess der Aussetzung der Wehrpflicht beschleunige sich in dieser Phase, die Frauenrate und der Anteil an Zivilpersonen erhöhe sich, die Frage nach der Wehrgerechtigkeit werde vermehrt gestellt. Zugleich falle mit der Aussetzung der Wehrpflicht ein wichtiges zivilmilitärisches Bindeglied weg.⁵³
- Die dritte, sogenannte Modularisierungs- und Flexibilisierungswelle beginnt um 2001. Sie kennzeichnet sich durch eine verstärkte Professionalisierung, da die Konzentration auf Auslandseinsätze grössere Mobilität und Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte voraussetzen würde. Damit verbunden sei auch eine Verkürzung der Reaktionszeiten mittels höherer Bereitschaftsgrade. Bei Wehrpflichtarmeen bestehe die Gefahr, dass Wehrpflichtige die Rolle eines Reservepools zweiter Ordnung übernehmen. Deshalb folgern Haltiner und Klein: „Der Professionalismus wird in Europa zur Regel, der Pflichtdienst zur Ausnahme“ (2002, 10). Die dritte Welle kann als eigentliche Strukturrevolution betrachtet werden.

Haltiner weitet seine Theorie vom Ende der Massenarmee in Europa auf einen allgemein in Europa festzustellenden Streitkräftewandel aus. Die Professionalisierung und die damit ver-

⁵³ Siehe dazu die Diskussion des *Civil-Military Gap* in den USA und in Europa: Bebler 1997, Bland 1999, Caforio 2003, Callaghan und Kuhlmann 2002, Feaver et al. 2001, Feaver und Kohn 2001, Moskos, Williams und Segal 2000, Snider et al. 2001, Soeters 1998, Szvircsev Tresch et al. 2004, Soeters, Winslow und Weibull 2002, Wiegand und Paletz 2001.

bundene Aussetzung der Wehrpflicht sind nur noch Teile dieses Wandels, mithin aber weiterhin die zentralsten, da das Ende der Wehrpflicht einschneidende Auswirkungen auf die Organisation und Struktur der Streitkräfte wie auch auf die Beziehung zur Zivilgesellschaft hat.

2.5.6 Charles Moskos: *Institutional versus Occupational*

Charles Moskos thematisiert die Folgewirkungen der zunehmenden Professionalisierung und geht davon aus, dass das Militär, im Besonderen die US-Streitkräfte, seinen Charakter als spezielle Institution verliert und sich immer mehr dem Typus einer normalen, zivilen Wirtschaftsorganisation annähern wird.

The basic hypothesis is that the American military is moving from an *institutional* format to one more and more resembling that of an *occupation*. Second, there will be specification of some expected organizational outcomes in the military system resulting from the shift to an occupational model (Moskos 1977, 42, Hervorhebung S.T.).

Für Moskos legitimiert sich eine *Institution* in Begriffen von Normen und Werten. Ihre Mitglieder stellen sich in den Dienst einer höheren Sache. Sie betrachten sich als verschieden von der zivilen Gesellschaft und werden von dieser auch so wahrgenommen. Eine Militärorganisation von institutionellem Format hält Werte wie Gehorsam, Ordnung, Hierarchie, Autorität, Disziplin und Kameradschaft hoch. Der Dienst am Staat hat geheiligten Charakter. Die vertikale Struktur der Organisation ist stark ausgeprägt und bezieht das ganze Leben des Soldaten inklusive seiner Familie mit ein (Moskos 1988). Die Mitglieder werden einerseits für ihre Arbeit kompensiert durch ‚*noncash*‘, wie Essen, Wohnen, Bekleidung und medizinische Versorgung, andererseits durch ihr soziales Prestige und ihre psychischen Befriedigungen entschädigt. Die intrinsische Motivation ist stark ausgeprägt und bestimmt die Handlungsabläufe der Mitglieder der Institution in grossem Masse.

Das Militär als Beruf (*Occupation*) wird legitimiert über die Begriffe des Marktplatzes. Es sind vorwiegend monetäre Anreize, welche für die zur Verfügung gestellten Kompetenzen und Fähigkeiten des Arbeitnehmers angeboten werden. „An *occupation* is legitimated in terms of the marketplace. Supply and demand, rather than normative considerations, are paramount” (Moskos 1988, 17). Militärische Angestellte mit ähnlichen Fähigkeiten und Funktionen werden etwa gleich bezahlt. Rechte und Pflichten werden in einer *Occupation* vertraglich festgehalten. Die höhere Bedeutung des ökonomischen Kontraktes im Vergleich zu moralischen Standards zeichnet diese Orientierung aus.

Die Unterscheidung zwischen *Institution* und *Occupation* kann überzeichnet werden. Die Begriffe sollen als Idealtypen verstanden werden, welche sich in der Realität überschneiden und in den Streitkräften seit je und auch in Zukunft nebeneinander existieren (Moskos 1977, 44). Nach Moskos hat das *Occupation*-Modell in den amerikanischen Streitkräften zunehmend die Oberhand gewonnen. Das Ende der Wehrpflicht in Amerika 1973 ist für Moskos der stichhaltigste Beweis, dass die Streitkräfte sich in Richtung *Occupation*-Modell bewegen. Die Zunahme ziviler Angestellter, die militärische Aufgaben ausführen, ist nach Moskos der

Höhepunkt in diesem Prozess des Struktur- und Organisationswandels. Es gebe einen Wechsel von der traditionellen Perzeption des Militärs als einer Berufung und eines Dienstes am Staat zu einer mehr subjektiven Perspektive der Streitkräfte als einer Organisation auf dem Arbeitsmarkt wie jede andere auch (Cotton 1988, 41). Gründe für diese Verlagerung des Akzentes auf das Occupational-Modell sind nach Moskos neben dem Ende der Wehrpflicht sechs weitere Trends:

(1) proposals to eliminate or reduce a host of military benefits, e.g., subsidies for commissaries, health care for dependents, and major restructuring of retirement system; (2) the increasing class and racial unrepresentativeness of the ground combat arms; (3) the separation of work and residence locales accompanying the growing numbers of single enlisted men living off base; (4) the burgeoning resistance of many military wives, at officer and non-com levels, to participating in customary social functions; (5) the high rate of attrition and desertion among enlisted personnel in the post-Vietnam military; and (6) the increasing tendency of active-duty personnel to bring grievances into litigation (Moskos 1977, 45).

All diese Trends führen dazu, dass sich auch die Rekrutierungsart für militärisches Personal geändert habe. Während das Institutional-Modell sich mit der Massenarmee und der Wehrpflicht in Verbindung setzen lässt, kann das Occupational-Modell mit einer Freiwilligenstreitkraft gleichgesetzt werden. Moskos und Burk (1998) erweitern die These nach dem Ende des Kalten Krieges. Sie unterscheiden drei Typen von Streitkräften, welche sich verschiedenen Zeitperioden zuordnen lassen:

- Die Frühmoderne Epoche bis 1950, die gekennzeichnet ist durch die grossen Massenarmeen,
- die Spätmoderne von 1950 bis 1990 mit grösseren Freiwilligenstreitkräften mit Wehrpflichtanteilen und
- die Postmoderne ab 1990, die kleinere Freiwilligenstreitkräfte mit einer grösseren Reservistenkomponente unterhält.⁵⁴

Die postmodernen professionalisierten Streitkräfte sollen sich nach Moskos und Burk von ihren national definierten Vorgängern der Massenarmeen hin zu Streitkräften entwickeln, die in einem Weltsystem integriert sind, das durch internationale Organisationen dominiert wird. In der Postmoderne sehen sie eine stärkere Einbindung ziviler Angestellter in militärische Funktionen wie auch eine grösser werdende Komplexität der Waffensysteme. Wichtiges Merkmal postmoderner Militärorganisationen sei auch die Übernahme nichtmilitärischer Aufgaben polizeilicher Art oder die Bereitstellung militärischer Einheiten für das Grenzwachtkorps.

Im Nachgang zu den Terroranschlägen in Amerika vom 11. September 2001 schlagen Moskos und Glasstris (2001) die Wiedereinführung der Draft vor, um den Terrorismus besser bekämpfen zu können. Sie argumentieren, dass seit diesem Anschlag die USA im Krieg stehen und deshalb eine neue Art von Wehrpflicht brauchen. Diese neue Wehrpflicht sollte Soldaten nicht für den konventionellen Krieg vorbereiten, sondern diese könnten eher Sicherungsaufgaben übernehmen, wie Schutz von Infrastrukturen. Sie meinen, dass der jetzige Per-

⁵⁴ Siehe auch die Beschreibungen und Interpretationen bei Hirt (1995).

sonalbestand der amerikanischen Streitkräfte für eine Bekämpfung des Terrorismus zu gering sei. Vor allem was die sogenannte *homeland security* anbelange, brauche es Tausende von Männern und Frauen in Uniform, die vor allem Bewachungsaufgaben leisten müssten. Die Autoren sind überzeugt, dass die Streitkräfte auf freiwilliger Basis zu wenig Personal rekrutieren können.

2.5.7 Überblick über die Theorien

Von den dargestellten Erklärungsansätzen für das Auslaufen des Massenarmeemodells in Europa lassen sich vier relevante sogenannte Triebkräfte ableiten, die in Kapitel 3 vertieft analysiert werden: gesellschaftliche, technologische, ökonomische und geostrategische. In Tabelle 2.3 werden die sechs vorgestellten theoretischen Ansätze nach diesen aufgelistet und verglichen. Zusätzlich werden allgemeine Aussagen der Theorien eingebaut und auch organisatorische Aspekte betrachtet.

Tabelle 2.3: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft: Ein Überblick über die theoretischen Ansätze

Triebkraft/ Autor/In Allgemein	Morris Janowitz 1972a	Jacques van Doorn 1975a	Michel Martin 1977
	Militär als dynamisch bürokratisch-technische Organisation Wehrpflicht und Nationalismus / Bürgerbewusstsein	Wehrpflicht + Nationalismus, bürgerliche Freiheit, nationales Bürgerbewusstsein Annäherung an zivile Unternehmen	Französische Streitkräfte von 1960 bis 1975 untersucht
Gesellschaftliche	Zivilisierung des Militärs Verlust kollektiver Werte Pluralistische Gesellschaft: Hedonismus Ablehnung militärischer Autorität Akzeptanzverlust des Militärs Höheres Bildungsniveau Massenkonsum Wehrpflicht als Zwang und Einmischung; persönliche Ent- scheidungsfreiheit (Liberalismus) Nachlassen der <i>rite de passage</i> Denkweise Zivil-demokratische Überwachung Subsystem des Staates Massenvernichtungswaffen / Atomwaffen Revolution in <i>military technology</i> Technisierung Mehr Personal mit zivil-ähnlichen Fähigkeiten	Demokratisierung der Gesellschaft Erhöhung des Lebensstandards / Wohlstand Freie Berufswahl, freier Arbeitsmarkt: Einfluss auf Rekrutie- rungspolitik Erosion nationaler Werte und Symbole Akzeptanzverlust des Militärs (Vietnamkrieg) Höheres Bildungsniveau Demokratische Kontrolle Freiwilligenstreitkraft: Hang zum Konservatismus Überrepräsentativität unterprivilegierter Schichten Zivilisierung wie auch Remilitarisierung des Militärs	Soziopolitische Veränderungen / struktureller Wechsel: Ero- dierung traditioneller Form des Nationalismus und der Bezie- hung Bürger-Militär Legitimität- und Akzeptanzverlust Dienstpflichtverweigerung aus Gewissensgründen Gesteigertes Bildungsniveau Warum weiterhin Wehrpflicht: Funktion der Sozialisation der jüngeren Generation (Konservatismus) und politische Kon- trolle des Militärs
Technologische		Vom bewaffneten Mann zur bemannten Waffe Erhöhte Feuerkraft Bessere Kommunikation, grössere Transportmöglichkeiten Dominierung durch das Heer bei Wehrpflicht	Technologische Veränderungen seit der französischen Revolu- tion Geänderte Bedrohungswahrnehmung durch Massenvernich- tungswaffen Heer wird am meisten redimensioniert Wehrpflicht nicht mehr am kostengünstigsten (z.B. Rekrutie- rung) Wehrpflicht: Stabilisierung des Arbeitsmarktes (Verhinderung von Schwankungen in der Arbeitslosenzahl)
Ökonomische	Industrialisierung Professionalisierung, Spezialisierung Bürokratisierung als Folge der Professionalisierung	Zunehmende Professionalisierung von Spitzenpositionen Spezialisierung, Bürokratisierung Niedergang der Massenarmee entspricht dem Niedergang der Massenproduktion Verringerung des Personalbestandes Kostensenkung Nur sehr grosse und sehr reiche Länder Schritt zur Freiwilli- genstreitkraft Ökonomische Anreize geändert	
Geostrategische		Politisch-militärische Entspannung (Détente), Verlagerung von absoluten zu instrumentellen bewaffneten Konflikten	Strategische Veränderungen
Organisation	Bildung als wichtiger Bestandteil der Freiwilligenstreitkraft Selbstselektion in Freiwilligenstreitkraft wichtig	Institutionalisierung und Monopolisierung der Gewalt	

Triebkraft/ Autor/In	Catherine Kelleher 1978	Karl W. Haltiner 1988a / 2002	Charles Moskos 1977 / 1988
Allgemein	Politischer Einfluss moderner liberaler Staaten	Zunehmende Professionalisierungstendenz in modernen Gesellschaften Typologisierung / Abstufung von Wehrpflichtarmeen (Differenzierung)	Institution versus Occupation Militär kein Sonderfall mehr Übernahme nicht-militärischer (polizeilicher) Aufgaben
Gesellschaftliche	Wechsel des Systems braucht politische Führungsfähigkeiten <i>Civic education</i> durch Wehrpflicht Reduktion der Wehrpflichtdauer Wertewandel	Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile Prozess der Zivilisierung und Demokratisierung der Streitkräfte nach dem Ende des Kalten Krieges Wehrungerechtigkeit Akzeptanzschwund Entstaatlichung traditioneller Militäraufgaben Höherer Lebensstandard Anhebung individueller Werte und Abschwächung traditioneller Werte Erosion der Norm des obligatorischen Militärdienstes Sinkende Wehrpflichtrate Sinkende Militärpartizipationsrate Gewandeltes Rollenverständnis der Frauen	Wertewandel Konservatismus / Vaterland Soziale Unterrepräsentativität verschiedener Schichten Veränderte Frauenrolle Vermehrter Austritt und Desertion aus dem Militär
Technologische	Weiterentwicklung der Technologie Rekrutierung von technischen Spezialisten	Geänderte technologische Rahmenbedingungen Hohe Verfügbarkeit und Spezialkompetenz sind gefragt Höhere Leistungskraft Interoperabilität, materielle Standardisierung Frauenrate als Indikator struktureller Differenzierung Erhöhter Anteil an Zivilpersonal Dominierung durch das Heer bei Wehrpflicht	Komplexität der Waffensysteme, mehr zivile Funktionen / Angestellte
Ökonomische	Industrialisierung Professionalisierung	Geänderte ökonomische Rahmenbedingungen Sinkende Verteidigungsbudgets Funktionale Division von Arbeit / professionelle Spezialisierung Friedensdividende Verschlankeung der Streitkräfte Militärische Mittelrationalisierung durch transnationale Arbeitsteilung	Annäherung an zivile Arbeitgeber <i>noncash</i> / intrinsische Motivation versus Marktplatz Trennung von Arbeit und Privatleben / Unterkunft
Geostrategische	Gewandelte internationale Anforderungen benötigen eine kleine professionalisierte Streitkraft	Ende Kalter Krieg, neue strategische Grundlagen Abwesenheit direkter militärischer Bedrohung Mitgliedschaft in Verteidigungsbündnissen: Internationalisierung Beteiligung an Auslandseinsätzen (PSO) Landesverteidigung zweitrangige Aufgabe	
Organisation	Professionalisierung ergibt kurzfristig <i>two-tier</i> -System	Multinationalisierung von Verbänden Modularisierung und Flexibilisierung	Vertikale Struktur / Hierarchisierung Änderung der Rekrutierungsart vom Zwang zur Freiwilligkeit

3 Vier massgebende Triebkräfte des Wandels der Streitkräfte

Die diskutierten Triebkräfte aus Abschnitt 2.5 bedürfen einer Vertiefung und Erweiterung. Mit dem Begriff ‚Triebkraft‘ ist gemeint, welcher Art die treibenden Kräfte des Streitkräftewandels sind. Gross (1994) wendet den Begriff Triebkraft auf die Schnelligkeit und die Wucht der zunehmenden Wachstums- und Zivilisationsdynamiken an. In seinen Ausführungen zur Multioptionsgesellschaft verbindet er Triebkraft und Transformation. Dieser Ansatz dient für uns als Basis für die Analyse des Auslaufens der Massenarmeen und des Endes der Wehrpflichtarmeen in Europa: Der Wandel der Militärorganisationen wird jeweils unter gesellschaftlichen, technologischen, ökonomischen oder geostrategischen Triebkräften und ihre Auswirkungen auf die Transformation der Streitkräfte betrachtet. Dabei, anlehnend an Gross, können Staaten verschiedene Optionen des Wehrsystems wählen: Freiwilligenstreitkraft, Wehrpflichtarmee oder Milizarmee.⁵⁵

Diese Vorgehensweise auf die Fokussierung von Triebkräften hat einen analytischen Vorteil. In der militärsoziologischen Forschung vom Ende der Massenarmeen wird meiner Meinung nach zu stark auf die einzelnen Autoren fokussiert. Eine Gesamtdarstellung relevanter Triebkräfte findet dabei nur implizit statt. In Kapitel 3 werden aus diesem Grunde die einzelnen Faktoren des Streitkräftewandels und ihre dazugehörenden Kräfte zusammengefasst und explizit vorgestellt (Tabelle 3.1). Dabei muss gezwungenermassen eine gewisse Redundanz zu dem schon beschriebenen Theorieteil aus Kapitel 2.5 in Kauf genommen werden. Es geht in erster Linie darum, sich von einzelnen Autoren zu lösen und die in der Literatur weit verstreuten Themenbereiche zu bündeln. Als überaus wichtig erachte ich eine klare Aufteilung der Kräfte nach:

1. *Ursache*
2. *Begleiterscheinung*
3. *Folgewirkung*

Die Gliederung nach Ursachen, Begleiterscheinungen und Folgewirkungen versteht sich als idealtypisches Konstrukt. Es kann die empirische Wirklichkeit nur bedingt wiedergeben. Zu beachten ist vor allem, dass die vier Triebkräfte sich gegenseitig bedingen und beeinflussen. Ansatzweise wird dies in Tabelle 3.1 angedeutet, wenn als Folgewirkung des Streitkräftewandels auf die sinkende Wehrpflichtrate hingewiesen wird. So beeinflusst z.B. nicht nur der Wertewandel sondern auch die Modernisierung der Waffensysteme die Wehrpflichtrate. Als weiteres Beispiel kann eine steigende Frauenrate sowohl als Begleiterscheinung wie auch als Folgewirkung gesellschaftlicher Triebkräfte verstanden werden. Dennoch, in dieser analytischen Tiefe wurde meines Wissens die These vom Ende der Massenarmee empirisch noch nicht überprüft.

⁵⁵ Eine weitere Option für Staaten wäre auch *keine* Streitkraft. In der Schweiz konnte das Volk über diese Frage schon zweimal entscheiden (1989 und 2001). Siehe dazu auch bei Haltiner und Szvircsev (2002), die im Rahmen der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte eine Fallstudie zu den Armeeabschaffungsinitiativen vorstellen.

Tabelle 3.1: Vier massgebende Triebkräfte des Wandels europäischer Streitkräfte: Ursachen, Begleiterscheinungen, Folgewirkungen

Triebkraft	Ursachen	Begleiterscheinungen	Folgewirkungen
Gesellschaftliche	<ul style="list-style-type: none"> • Wertewandel, Pluralisierung und Individualisierung • Wehr(un)gerechtigkeit und Dienstverweigerung aus Gewissensgründen 	<ul style="list-style-type: none"> • Legitimations- und Akzeptanzverlust • sinkende Integrationswirkung der Wehrpflicht • Zivilisierung wie auch Militarisierung der Streitkräfte • Funktionserweiterungen für Frauen in Streitkräften (steigende Frauenrate) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sinkende Wehrpflichtrate • Sinkende Militärpartizipationsrate • Verkleinerung der Streitkräfte • Steigende Frauenrate • Sinkende soziale Repräsentativität • Gefahr des Staates im Staat
Technologische	<ul style="list-style-type: none"> • Modernisierung, Trend zu komplexen Waffensystemen 	<ul style="list-style-type: none"> • Dominanzverlust des Heeres • Verkleinerung der Streitkräfte • Zwei-Klassen-Armee 	<ul style="list-style-type: none"> • Spezialisierung und Professionalisierung • Sinkende Wehrpflichtrate bei den Teilstreitkräften • Verkleinerung der Streitkräfte • Steigende Frauenrate
Ökonomische	<ul style="list-style-type: none"> • Kosten-Nutzen-Denken (Effizienzdenken) • Gesellschaftliche Opportunitätskosten bei der Verwendung von Wehrpflichtigen • Bevölkerungsgrösse 	<ul style="list-style-type: none"> • Rekrutierung von Freiwilligen • Verkleinerung der Streitkräfte • Verkürzung der Dienstzeit für Wehrpflichtige 	<ul style="list-style-type: none"> • Sinkende Verteidigungsausgaben • Sinkende Wehrpflichtrate
Geostrategische	<ul style="list-style-type: none"> • Ende des Kalten Krieges • Verschwinden konventioneller Kriegsgefahren für europäische Staaten • Peace Support Operations • Forderung von Allianzen • Positionierung im europäischen Raum 	<ul style="list-style-type: none"> • Zwei-Klassen-System 	<ul style="list-style-type: none"> • Internationalisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik • Sinkende Wehrpflichtrate

3.1 Gesellschaftliche Triebkräfte

3.1.1 Wertewandel

Wertewandel kann als Prozess beschrieben werden, der zu Einstellungs- und Verhaltensänderungen führt, die sich in einer stärkeren Betonung von Individualisierung und Pluralisierung zeigen. Colmer begreift den Wertewandel in den westlichen Industrieländern als eine Zunahme von postmateriellen Werten und nennt ihn ‚Modernisierungsprozess‘. In diesem Sinne könne der Wertewandel ca. seit Beginn der sechziger Jahre beobachtet werden (2004, 138f).⁵⁶

⁵⁶ An dieser Stelle ist anzumerken, dass es nicht darum geht, das Thema des sozialen Wandels in seiner ganzen Breite abzuhandeln, sondern nur Tendenzen in Bezug auf das Militär anzusprechen.

Während die mittelalterliche Gesellschaft ein in sich geschlossenes, religiös verankertes Wertesystem aufwies, sind in der Moderne diese religiösen und politischen Wertesysteme zerstört worden, d.h. die Einheit und Homogenität hat sich aufgehoben.⁵⁷ An ihrer Stelle etabliert sich nach Wiesendahl „ein plurales Gemisch konkurrierender Wert- und Anschauungssysteme“ (1980, 97). Die Erhöhung des Lebensstandards, eine wachsende Mobilität und Urbanisierung, ein steigender durchschnittlicher Bildungsgrad, eine erhöhte Differenzierung und Spezialisierung der Arbeitswelt und die fortschreitende Technisierung lasse gemeinschaftsorientierte Lebensstile und bis anhin allgemeingültige Sinn- und Wertvorstellungen zweitrangig werden (Bredow und Kümmel 2000). Hier setze die Diskrepanz zwischen den individualisierten zivilen Wertvorstellungen, die auf das Individuum gerichtet seien, und den militärischen Wertvorstellungen, die sich auf Gemeinschaftsbezüge abstützen, an. Das Militär müsse sich diesen Wandlungsprozessen stellen, wolle es sich nicht zu einem von der Gesellschaft abgeschotteten Schonraum entwickeln und eine eigene Subkultur bilden, welche sich dem Wertewandel zu widersetzen versuche (Wiesendahl 1980).

Bürger-Soldaten scheinen aufgrund dieser Spannungen (Individualismus versus Gemeinschaftssinn) besonders stark in Rollenkonflikte zu geraten. Sie haben die zivilen Rollen der individualisierten Gesellschaft internalisiert und es fällt ihnen schwer, die ihnen fremd erscheinenden Normen und Verhaltensweisen des Militärs verstehen zu können (in ähnlichem Sinne Cunis 1968, 132). Aufgrund dieser Analysen fragt sich Feld (1977, 136), ob militärische Entfremdung eine notwendige Konsequenz des sozialen Wandels sei. Der von ihm genannte Prozess der „*secularization of society*“ (132) unterstützt die Entfremdung des Militärs von der Gesellschaft. Als Folge davon tritt nach Haltiner ein Bedeutungsverlust des Militärischen und zugleich eine zunehmende Indifferenz und Distanzierung gegenüber den Streitkräften ein (1985, 58). Dieser modernisierungsbedingte Prozess bringt Haltiner (1985, 255) in Verbindung mit der Entwicklung im kirchlich-religiösen Bereich und nennt ihn „Säkularisierung des Militärischen“. Er sieht einen starken Bezug zur arbeitsteilig-funktionalen und soziostrukturellen Differenzierung der Industriegesellschaft.

Der Wehrdienst wird in der individualisierten Lebensplanung junger Leute „als eine unliebsame Unterbrechung des Privatlebens wahrgenommen“ (Kuhlmann und Lippert 1993, 179). Der Dienst am Vaterland wird schon lange nicht mehr als selbstverständlicher Teil des Lebens eines jungen Mannes verstanden. Der Individualismus in modernen Gesellschaften führt dazu, dass die Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen, der Nation oder dem Staat als abgegolten betrachtet werden, wenn die Steuern bezahlt sind.

Seifert weist darauf hin, dass ein Aspekt des Wertewandels darin besteht, „dass die gesellschaftliche Wertschätzung ‚weiblicher‘ Werte zuungunsten ‚männlicher‘ Werte stark gestiegen ist“ (1994, 192). Zugleich sei die ‚Männlichkeit‘ als Symbol entwertet worden und die positiven Konnotationen zu diesem Begriff im Schwinden. Das bereitet männlichen Berufssoldaten, welche klassische militärische Wertvorstellungen teilen, zusehends Schwierigkeiten.

⁵⁷ Vergleiche dazu auch die Ausführungen von Comte (1983) und Spencer (1983), die den Wandel der Militärorganisationen im industriellen Zeitalter beschreiben.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass vor allem jene gesellschaftlichen Institutionen vom Wertewandel besonders betroffen sind, die traditionelle Denkmuster unterstützen und hierarchisch strukturiert sind, keinen direkten und erfahrbaren Nutzen im Sozialbereich aufweisen können und sich mit der klassischen Sicherheit im Rahmen militärisch-polizeilicher Arbeit auseinandersetzen. Die Ursache davon liegt in der ‚Entzauberung des Militärischen‘ und dem Übergang des Militärs zu einer Dienstleistungseinrichtung des Staates wie jede andere auch. Damit ist ein Bedeutungsverlust der Streitkräfte verbunden.

3.1.2 Legitimations- und Akzeptanzverlust und sinkende Integrationswirkung

Als Begleiterscheinung des sozialen Wandels kann ein Legitimations- und Akzeptanzverlust des Militärs konstatiert werden. Eng damit verknüpft ist auch die sinkende Integrationswirkung. Seit der Französischen Revolution ist, wie insbesondere von Janowitz und Doorn dargestellt, der Dienst in den nationalen Streitkräften zu einem bestimmenden Aspekt der normativen Definition der jeweiligen Staatsbürgerschaft geworden: Das Bewusstsein, Staatsbürger zu sein, bildet den Grundstein politischer Demokratie. Die damit verbundene politische Mitsprache beinhaltet auch Mitverantwortung für das Gemeinwesen.

Diese eng mit der Nationenbildung einhergehende neue Legitimation⁵⁸ von Streitkräften basiert auf mindestens drei Punkten:

- Erstens decken sich militärische Funktionen mit den legitimen Zielen der politischen Ordnung,
- zweitens stimmen die militärische Subkultur und die politische Kultur der Zivilgesellschaft mehrheitlich überein und
- drittens rekrutieren sich die militärische und politische Elite aus demselben sozialen Milieu (ähnlich bei Doorn 1976a, 26).

Die Legitimationsbasis des Militärs verbindet sich eng mit derjenigen des Staates (Schwarz 1993, 144). Diese Einheit Militär-Zivilgesellschaft und das damit verbundene Prestige des Soldatenberufes erleidet nach Ziegler jedoch im Verlaufe der Entfaltung der Nationen zu hochindustrialisierten Gebilden einen deutlichen Verlust (1968, 15).⁵⁹

⁵⁸ Inwiefern ausgefeilte Legitimationsdoktrinen entwickelt werden, um die Notwendigkeit des Militärs darzustellen, interessiert an dieser Stelle nicht. Die Tatsache alleine, dass das Militär ein großes Legitimation und ein großes Ansehen in der Bevölkerung genossen hat, ist hier Gegenstand der Analyse. Die interessierte Leserschaft findet bei Wiesendahl 1983 kritische Anmerkungen zur Legitimationsdiskussion.

⁵⁹ Deshalb wird auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Annahme einer Unvereinbarkeit von militärischer Gewalt und industrieller und demokratischer Gesellschaft postuliert. Das sogenannte Inkompatibilitätstheorem geht davon aus, dass das Militär eine anachronistische Erscheinung darstelle, die zwangsweise zu einem baldigen Absterben führen würde. Dieses in Anschluss an Saint-Simon formulierte Theorem wird zuerst von Comte aufgestellt (Lippert und Wachtler 1988, 268). Durch die steigende Produktivität der industriellen Arbeit sei das Militär und der Krieg im Besonderen nicht nur überflüssig, sondern auch systemwidrig. Durch den Ausbruch zweier Weltkriege und unzähliger regionaler Konflikte scheint das Inkompatibilitätstheorem aber widerlegt. Erst in neuerer Zeit wird das Inkompatibilitätstheorem wieder in der wissenschaftlichen Diskussion behandelt, dies vor allem in Deutschland durch Wolfgang Vogt (1986, 1991, 1993). Das Theorem basiert auf den Annah-

Der Verlust an Akzeptanz und Legitimität der Militärorganisation beruht darauf, dass erstens neue Bedrohungsbilder entstanden und neue zivilisatorische Gefahren von globaler Dimension aufgetaucht sind, die mit herkömmlichen militärischen Mitteln nicht bewältigt werden können (Umweltverschmutzung, Migration etc). Dadurch müssten die Streitkräfte innen- und aussenpolitische Entwertungen hinnehmen (Haltiner 1992, 164). So ist das Militär nicht mehr ein Symbol gemeinschaftsbezogener Werte und Interessen. Vielmehr wird die Militärorganisation aus einer Dienstleistungsperspektive heraus betrachtet, wobei sie ihre Effizienz und Nützlichkeit als sicherheitspolitisches Instrument des Staates unter Beweis stellen und ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis rechtfertigen muss (vergleiche dazu Haltiner 1992, 157, Maiwald 1998, 87). Stimmt dieses Verhältnis aus dem Blickwinkel der Zivilgesellschaft nicht, so kann eine wachsende Unzufriedenheit entstehen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeigen sich neue gesellschaftliche Veränderungstendenzen, welche darauf hindeuten, dass das Militär wieder an Ansehen und Legitimation gewinnt. Streitkräfte werden wieder vermehrt als notwendig erachtet. Das Aufflammen neuer Gewaltkonflikte in Europa habe hierbei in europäischen Gesellschaften ein Umdenken bewirkt (Däniker 1992, 149). Nach Grizold und Kotnik (1996, 219) kann festgehalten werden, dass sich das Verhältnis Militär und Gesellschaft nicht linear darstellen lässt, sondern dass die Reputation des Militärs bei steigender Gefahr durch externe Bedrohung wächst.

Es kann die These vertreten werden, dass die Wehrpflicht der Integration der Streitkräfte in eine Gesellschaft insofern förderlich sei, weil sie einen ständigen Personalaustausch zwischen Militärorganisation und Zivilgesellschaft sicherstelle (Gross 1998, 151). Boëne und Dandeker (1998) betonen, dass durch die Wehrpflicht der Staat eine Kontrolle über die medizinische Befindlichkeit und die sozioedukativen Möglichkeiten der – zumindest männlichen – Bevölkerung inne habe.⁶⁰ Am stärksten kommt die postulierte enge Beziehung im Milizsystem zum Vorschein. Die Elitenverknüpfung spielt dabei eine grosse Rolle. Militärische Funktionen bleiben in Händen der zivilen Eliten, da fast keine militärischen Eliten existieren.

men von erstens einem Funktionsverlust des Militärs, da das Militär als Mittel der Politik zur Durchsetzung bestimmter Interessen durch Gewaltanwendung immer mehr verloren geht. Zweitens wird eine strukturelle Kriegsunfähigkeit moderner industrialisierter Gesellschaften beobachtet, denn sie seien strukturell gar nicht mehr fähig zur Kriegsführung, wenn sie nicht zugleich das Risiko einer Selbstzerstörung eingehen wollten. Eine dritte Argumentationslinie fusst auf der ökonomischen Unrentabilität von Krieg. Denn die Kosten der Kriegsvorbereitung erscheinen als unproduktive Investitionen, da sie ohnehin nur der Kriegsverhinderung dienen sollen, und viertens wird das Prinzip der organisierten kollektiven Gewaltanwendung in modernen industrialisierten Staaten nicht mehr diskussionslos akzeptiert, so dass das Militär einen Legitimationsverlust erleide. Daraus leitet Vogt Dissensfelder zwischen sogenannten ‚Militärlogikern‘ und ‚Zivillogikern‘ ab, wobei er sich klar zu den ‚Zivillogikern‘ bekennt. Er meint, dass es im Kern ein ideologisch-politischer Dominanzstreit ist, wobei die ‚Militärlogiker‘ nach wie vor Kriege für durchführbar halten und dem militärischen Faktor eine zentrale Rolle einräumen, wohingegen die ‚Zivillogiker‘ dem Militärischen nur noch – wenn überhaupt – eine marginale Rolle im Prozess einer zivilisierten Friedenssuche und –gestaltung beimessen (Vogt 1991, 2). Zur Kritik dieses Ansatzes siehe bei Micewski (1995, 256).

⁶⁰ Vergleiche dazu die Ausführungen von Boëne und Dandeker (1998, 16): „Sanitaire (étalonnage médical de la ressource, vaccinations, nutrition, habitude des exercices physiques et du sport) et socio-éducatif (étalonnage psychotechnique, seconde chance éducative pour les défavorisés et les malchanceux).“

Mantovani (1997, 51)⁶¹ stellt grundsätzlich nicht in Frage, dass die Identifikation der Bürger mit dem Staat von grosser Wichtigkeit sei. Aber er relativiert den Beitrag der Streitkräfte zur Kohäsion der Schweiz, denn die Milzarmee entfalte ihre integrierende Wirkung vor allem über Zwang. Ferner entziehen sich durch die männliche, inländische Wehrpflicht sowohl die Frauen, die Ausländer, wie aber auch die dienstuntauglichen Männer von der Integrationswirkung des Militärs. Des Weiteren vermutet er, dass die unfreiwillig Militärdienstleistenden ebenfalls von einer positiven Integrationswirkung ausgeschlossen seien. So ergibt sich daraus, „dass über die Armee wohl vor allem jene tatsächlich in das Staatswesen integriert werden, die sich bereits als *Träger des Staates* verstehen“ (Mantovani 1997, 52). Es scheint, dass die gesellschaftliche Integrationswirkung des Militärs nicht so sehr vom Wehrsystem als von anderen Faktoren abhängt. So ist nach Kieschoweit die grundsätzliche öffentliche Anerkennung einer Militärorganisation, das Vertrauen in die jeweiligen politischen Kontrollinstanzen sowie die gesellschaftliche Einstellung zur Anwendung militärischer Gewalt eher entscheidend (1992, 138).

3.1.3 Wehrgerechtigkeit der Wehrpflicht und Dienstverweigerung aus Gewissensgründen

Eng mit der Integrationsfunktion ist die Frage der Wehrgerechtigkeit verbunden. Die Wehrgerechtigkeit spielt schon seit Mitte der sechziger Jahre einen entscheidenden Einfluss in der politischen und gesellschaftlichen Beurteilung der Wehrpflicht und kann als wichtige Ursache für die Beibehaltung oder Aussetzung derselben verstanden werden. Der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson weist 1967 in seiner Botschaft zur Verlängerung des Draft-Systems auf die wachsende Wehrgerechtigkeit hin. Er rechnet vor, dass ca. 70% eines Jahrganges diensttauglich seien, zugleich aber der militärische Bedarf einen tieferen Anteil an Wehrpflichtigen benötige. Schliesslich werde nur ein kleiner Prozentsatz unfreiwillig zum Dienst gezwungen. Welches Ausmass die Wehrgerechtigkeit in den Vereinigten Staaten erreicht hat, beschreibt Kirkpatrick auf eindrückliche Weise:

Eine Zurückstellung wegen Ausbildung liess sich leicht erreichen. Dies erklärt, warum nur 2% aller Einberufenen einen Collegeabschluss hatten. Verallgemeinernd kann gesagt werden: Je besser die wirtschaftlich-soziale Situation des einzelnen oder je höher die Reputation seiner Universität war, um so geringer war für den Betroffenen die Wahrscheinlichkeit, den Militärdienst leisten zu müssen. Die Harvard-Studentenzeitschrift *Crimson* stellte denn auch in ihrer Studie über die Absolventen des Jahrgangs 1970 fest, dass nur 56 von 1200 Graduierten Militärdienst leisteten (Kirkpatrick 1994, 245).

Wehrpflichtige kommen überdurchschnittlich oft aus Arbeiterfamilien oder aus Familien der unteren Mittelschicht ohne High-School-Abschluss. Die Tendenz besteht also, junge Männer aus der Schicht der Armen und ethnischen Minoritäten in unverhältnismässig hoher Zahl einzuberufen.

⁶¹ Der Artikel von Mantovani scheint mir in der schweizerischen Diskussion über die Wehrpflicht wie auch über das Milizsystem den radikalsten ablehnenden Ansatz zu präsentieren. Genau genommen kritisiert er die Wehrpflicht nicht grundsätzlich als Rekrutierungsart, sondern betrachtet sie in der heutigen Zeit als überholt.

In der Frage der Wehrgerechtigkeit sehen sowohl Kritiker wie auch Befürworter der Wehrpflicht ein vorrangiges Problem. Erstens wird bemängelt, dass die Übertragung der staatsbürgerlichen Verantwortung nur auf die männliche Bevölkerung dem demokratischen Prinzip der Gleichheit und Gerechtigkeit widerspreche. Dies sei eine einseitige Benachteiligung der männlichen zugunsten der weiblichen Jugendlichen (Anderson 1991, Ehlert 1993, 4). Zweitens wird darauf hingewiesen, dass die Wehrgerechtigkeit innerhalb der männlichen Bevölkerung nicht gegeben sei. Bei einem Absinken der Rekrutierungsquote unter die 50%-Marke werde die Frage der Wehrgerechtigkeit akut und wirke sich spürbar demotivierend auf die noch Dienstleistenden aus. Gleichzeitig werfe diese Nichtausschöpfung der Rekrutierungsquote eine innenpolitische Diskussion auf (Manigart 2002, 117, Mantovani 1997). In Frankreich ist zum Beispiel gegen die Wehrpflicht ins Felde geführt worden, dass viele Söhne aus privilegierten Elternhäusern nur die begehrteren zivilen Formen des *Service national* absolvieren müssten, wohingegen Jugendliche mit tieferen Schul- und Berufsabschlüssen oder ohne gesellschaftliche Beziehungsnetze in die Kasernen einzurücken hätten (Klein 1996b, 19). Als Konsequenz daraus entsteht eine sogenannte ‚Gerechtigkeitslücke‘ (Schadt 1996, 9). Nach Werkner forciert insbesondere die zunehmende Wehrungerechtigkeit den gegenwärtig feststellbaren Trend zu Freiwilligenstreitkräften (2004, 97).

Ein weiteres Zeichen einer zunehmenden Wehrungerechtigkeit wie auch einer sinkenden Identifikation mit der Staatsbürgerschaft in den 1980er und 1990er Jahren ist die wachsende Zahl von Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen. In dieser Zeit führen die meisten Staaten einen Alternativdienst zum Wehrdienst ein.⁶² Vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges werden die möglichen Gründe für den Zivildienst ausgeweitet (Boëne 2003c). Das Phänomen der Dienstverweigerung und die Einrichtung eines zivilen Ersatzdienstes können als Ausdruck einer grundsätzlichen Neubewertung der Position des Individuums gegenüber der Gemeinschaft gedeutet werden, wie sie sich in modernen Gesellschaften durchzusetzen scheint. „Wir haben es bei der Wehrdienstverweigerung und ihrer Liberalisierung offensichtlich mit Indikatoren für normativen Wandel zu tun“ (Haltiner 1985, 17).

Die Erklärung für dieses Phänomen sollte deshalb in den grundlegenden Wertstrukturen, die das soziale Handeln in modernen Gesellschaften bestimmen, gesucht werden. Bertram (1998) sieht die Wehrdienstverweigerung als ein Massenphänomen sozialer Normalität an und fügt bei, je geringer die Kriegsgefahr sei, desto höher die Zahl der Verweigerer. Besteht die Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung in einem Staat, so nehmen vor allem idealistisch gesinnte und auf dem politischen Spektrum eher links stehende Jugendliche diese Möglichkeit wahr. Nach Rosendahl kann deshalb die Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung zu einer Untervertretung der politischen Linken unter den wehrpflichtigen Soldaten führen (1999, 48).

⁶² Geschichtlich ist die Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen schon ein älteres Phänomen (siehe dazu auch bei Biesemans 2004). Nach Biesemans erlaubten vor allem reformierte Staaten zuerst die Dienstverweigerung, wie z.B. in den Niederlanden 1549 und 1580 oder 1757 in Grossbritannien. Im zwanzigsten Jahrhundert sind es dann auch konsequenterweise die nordeuropäischen protestantischen Staaten Norwegen, Dänemark, Schweden, die Niederlande und Finnland, die zu Beginn des Jahrhunderts die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in der Verfassung festhalten. Siehe dazu auch Abschnitt 8.1.2 und Tabelle 8.5 in dieser Arbeit.

Ajangiz (2002) geht davon aus, dass dem Einfluss der Wehrdienstverweigerung auf die Aussetzung der Wehrpflicht bis anhin zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Er vertritt die These, dass vor allem die Wehrdienstverweigerung der Hauptgrund für das Auslaufen der Wehrpflicht in den westeuropäischen Staaten sei. Zugleich weist er in seiner Untersuchung nach, dass der grösste Anstieg der Verweigerungsgesuche – verbunden mit dem Wunsch, zivilen Ersatzdienst leisten zu können – kurz nach dem Ende des Kalten Krieges registriert werden kann.⁶³

3.1.4 *Militarisierung der Gesellschaft oder Zivilisierung der Streitkräfte*

Unter Militarisierung der Gesellschaft wird die Vorherrschaft militärischer Wertvorstellungen und Ziele in der Politik und Gesellschaft verstanden.⁶⁴ Dies kann die Betonung von Befehl und Gehorsam sein, wie auch der Glaube, dass Kriege notwendig sind oder unvermeidlich. Bredow (1986, 133) spricht von einer „Expansion des Militärischen in die Zivilgesellschaft“.⁶⁵ Nach Bredow würde als Folge einer übermässigen Militarisierung bei den Regierungen eine expansionistische Aussenpolitik angestrebt, welche zu einer Gefährdung zwischenstaatlicher Beziehungen führen könne. Demgegenüber sprechen wir von einer Zivilisierung der Streitkräfte, wenn nicht-militärische Werte und Sozialformen einen bestimmenden Einfluss in diesen erhalten (vergleiche bei Andreski 1968).

In modernen Gesellschaften lassen sich beide Tendenzen feststellen, wobei aber insgesamt „für die neuste Zeit eine *Ausweitung des Einflusses militärischer Werte* auf globaler Ebene behauptet werden [kann]“ (Meyer 1977, 101). Gerade durch die Wehrpflicht diffundieren ‚soldatische‘ Verhaltensweisen in die Zivilgesellschaft, denn die Wehrpflicht leistenden Soldaten internalisieren nach Wildenmann während ihrem Militärdienst ebendiese Werte, die zu verhaltensrelevanten Einstellungen führen können (1968, 61). Durch die Aufgabenübertragung genuin ziviler Tätigkeiten (z.B. Betreuung von Asylbewerbern, Behebung von Umweltschäden) an Streitkräfte trete eine gesellschaftlich umstrittene Militarisierung der betroffenen zivilen Institutionen und Gesellschaftsbereiche ein (Kuhlmann und Lippert 1993, 183).

⁶³ Vor allem in Spanien mit 56%, Italien mit 49% und Deutschland mit 48% des Anstiegs wird dies bemerkbar. Auch Battistelli (2000, 56) weist auf diese drei Nationen hin. Wehrdienstverweigerung gestaltet sich dabei als ein Mittel der oberen Bildungsschicht, um sich vom Wehrdienst zu befreien, sind doch in Italien jeweils 90% der Wehrdienstverweigerer Studenten.

⁶⁴ Vergleiche zur Militarisierung der Gesellschaft z.B. bei Bahrtdt 1987, Bredow 1986, Cunis 1968, Huntington 1963, Meyer 1977, Seifert 1994, Wildenmann 1968. Zu einem ‚post-modernen Re-Militarismus‘ siehe bei Vogt 1991, 18. Die Militarisierung einer Gesellschaft, hier verstanden als quantitative Einbindung der Bevölkerung in die Streitkräfte, kann mit der Militärpartizipationsrate gemessen werden (das Konzept der Militärpartizipationsrate wird ausführlich in Abschnitt 3.1.6 behandelt).

⁶⁵ In diesem Zusammenhang ist auf die klassische Arbeit von Harold Lasswell (1941) während des Zweiten Weltkrieges zu verweisen, in der er einen autoritären Staat beschreibt, der in hohem Masse militarisiert ist. Unter dem Titel *The Garrison State* formuliert er die These, dass in einem solchen Staat die Spezialisten der Gewaltanwendung die stärkste gesellschaftliche Gruppe werde. Zugleich unterscheide sich aber ein solcher Spezialist, der eine moderne technologische Gesellschaft dominiert, von den klassischen Offizieren der Geschichte. Er nehme vermehrt auch nicht-militärische Fähigkeiten und Verhaltensweisen an.

Eine Mehrheit der Militärsozialwissenschaftler dürfte heute die Auffassung einer asymptotischen Konvergenz zwischen zivilen und militärischen Strukturen vertreten (Haltiner 1996b, 5).⁶⁶ Mit dem Auftauchen von Massenarmeen, von neuen militärischen Technologien und einer zunehmenden Einbeziehung der Zivilbevölkerung in das Kampfgeschehen sei die Trennungslinie zwischen Soldaten und Zivilisten verwischt worden. Beide seien der Gefahr der Tötung oder Verletzung ausgesetzt. Dabei reduziere die „*socialization of danger*“ (Bachmann, Blair und Segal 1978, 8, Biderman 1967) den Unterschied zwischen Militär und Zivilgesellschaft. Lissak (1978, 30) sieht dagegen klare Unterschiede zwischen den beiden Systemen, da die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele nicht mit den Zielen einer Dienstleistungs- und Gütergesellschaft zu vergleichen sei. So treten Annäherungs- wie Entfremdungsprozesse in modernen Militärorganisationen gleichzeitig auf.

3.1.5 Funktionserweiterung für Frauen in Streitkräften

Zwischen Militär und Männlichkeit besteht eine enge Verbindung. Die daraus entstandene Konstruktion des männlichen Beschützers und der Frauen als Schutzobjekt reicht nach Apelt weit in die Zivilgesellschaft hinein (2004). Der Militärdienst in Wehrpflichtarmeen ergibt in diesem Sinne einen Unterschied zwischen dienstpflichtigen Männern und den nichtdienstpflichtigen Frauen.⁶⁷ Militär ‚macht‘ Männer, sie werden während des Dienstes sozusagen erwachsen und männlich. Der Einbezug weiblicher Soldaten in die Streitkräfte wird als ein Emanzipationsschritt gewertet, insofern, als dass die *gleichen Chancen* für beide Geschlechter eingefordert werden können.

Sowohl als Begleiterscheinung wie auch als Folgewirkung des Auslaufens der Massenarmeen kann die Funktionserweiterung für Frauen in Streitkräften betrachtet werden. In traditionellen Wehrpflichtarmeen ist die Anzahl Frauen klein und sie werden vor allem in unterstützenden Funktionen verwendet, oft in speziell geschaffenen Frauenkorps. Ihre Aufstiegsmöglichkeiten sind limitiert. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Aussetzung der Wehrpflicht öffnen sich die Streitkräfte aber vermehrt für Frauen und ihnen werden zusätzliche Verwendungsmöglichkeiten angeboten. Nicht nur mehr im Sanitätsdienst und den unterstützenden Diensten können sich Frauen engagieren, sondern in fast allen Funktionen. Ausgeschlossen werden Frauen nur noch von unmittelbar kämpfenden Truppenteilen mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit des gegnerischen Fremdkontaktes. Dies hat sich teilweise geändert: Ein Urteil des europäischen Gerichtshofs im Jahr 2000 betrachtet das generelle Bewaffnungsverbot für Frauen in europäischen Streitkräften als diskriminierend und als rechtswidrig. Als Konsequenz dieses Urteils können Frauen in europäischen Streitkräften auch kämpfende Funktionen

⁶⁶ Die Diskussion der Konvergenz des Militärs und der Zivilgesellschaft wurde vor allem intensiv in den siebziger Jahren im angelsächsischen Sprachraum diskutiert. Vergleiche zur Konvergenzdiskussion zu dieser Zeit Bachmann, Blair und Segal 1978, Doorn 1965, 1968, Dietz und Stone 1975, Janowitz 1968, 1976, Lissak 1978.

⁶⁷ Nach Uta Klein (2004) werden mit der Aufrechterhaltung der Wehrpflicht die männerbündischen Strukturen konserviert (149).

ausüben.⁶⁸ Die Verwendung von Frauen in Kampffunktionen stellt für Kümmel (2004, 60) das entscheidende Merkmal für den vollständigen Zugang von Frauen in Streitkräften dar.

Frauen werden in Europa nicht zwangsverpflichtet. Sie können aber im Rahmen der Freiwilligkeit Militärdienst leisten. Somit sind sie meistens als professionelle Militärangehörige zu kategorisieren. Oft nehmen sie den Rang eines Offiziers oder eines Unteroffiziers ein. Die Chance für Frauen, den Militärberuf zu ergreifen, wird durch den Systemwechsel von einer Wehrpflichtarmee zu einer Freiwilligenstreitkraft deutlich vergrößert. Schon Janowitz und Moskos (1979) erkennen bei der Umstellung der amerikanischen Streitkräfte auf ein Freiwilligensystem, dass die Frauenrate in der ersten Phase sehr schnell steigt. Aber schon vor der Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft ist die veränderte Rolle von Frauen in der militärischen Organisation beobachtet worden (Creveld 2000).

Die Gründe für den grösseren Einbezug von Frauen in den Militärdienst sind vielfältig.

- Die wachsende Technisierung der Waffensysteme und die Spezialisierung geben Frauen die Möglichkeit, bereichsspezifische Aufgaben zu übernehmen.
- Der Anteil der kombattanten Funktionen in den Streitkräften nimmt kontinuierlich ab.
- Somit finden Frauen vermehrt Arbeitsmöglichkeiten in der Logistik, der Informatik und unterstützenden Tätigkeiten.

Eine weitere Erklärung für die höhere Frauenrate in militärischen Berufen kann darin gesehen werden, dass die Rekrutierung einer Freiwilligenstreitkraft über den Arbeitsmarkt geschieht, in dem Frauen sich auch zur Verfügung stellen und partizipieren.⁶⁹ Bei Personalmangel kann somit auf dem Wege der verstärkten Rekrutierung von Frauen Abhilfe geschaffen werden (Richter und Schleicher 1996, 92). Der zeitweilige Personalmangel und die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt spielen eine Türöffnerfunktion für Frauen in der Ausübung und Erhaltung von militärischen Berufen. Frauen wählen den Militärberuf vorwiegend aus den drei von Caforio und Nuciari (1996b, 543) erhobenen Gründen: Jobsicherheit, Arbeitslosigkeit und adäquate Bezahlung.

Haltiner verbindet den weiblichen Anstieg in der Ausübung des Militärberufes ebenfalls mit dem Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft und der wachsenden Technologisierung.

Women are voluntary members of the armed forces in all countries investigated by us. That is why the Women's Participation Ratio (WR), among others, is primary indicator of the volunteer format of armed forces. Second, volunteers are mainly assigned by the armed forces to

⁶⁸ Vergleiche dazu bei Kümmel 2002, der den Fall der deutschen Tanja Kreil beschreibt, der zu diesem Beschluss des europäischen Gerichtshofes geführt hat. Hingegen verstösst die Wehrpflicht nicht gegen das EU-Gemeinschaftsrecht, siehe: Die Wehrpflicht verstösst nicht gegen EU-Recht. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 59, Mittwoch, 12. März 2003, 9.

⁶⁹ Es wird auch darauf hingewiesen, dass der wachsende Anteil weiblicher Soldaten nicht so sehr auf die gesellschaftliche Emanzipation von Frauen zurückzuführen sei, sondern viel mehr auf ökonomische Gründe. In diesem Sinne wird der Anstieg des Frauenanteils in den tschechischen Streitkräften von 1% zu Beginn der neunziger Jahre auf 7.4% zu Beginn des Jahrtausends begründet (Tschechien 2001). Auch Schauer teilt diese Meinung schon in einem frühen Stadium der amerikanischen Streitkräfte bei der Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft. Den Hauptgrund sieht er ebenfalls im Bedarf der Streitkräfte nach genügend fachlich qualifiziertem Personal, das ohne die Beteiligung von Frauen nicht bereitgestellt werden könnte (Schauer 1978, 398, siehe auch Cohen 1985, 176).

tasks for which conscripts serving on a short-term basis may not be used anymore, namely for technologically complex ones. The WR, therefore, points to the technological standard of a particular force. Historical experience shows that women may be found to an above-average extent in differentiated armed services like the air force and navy. In a general sense, the WR may therefore also be seen as an indicator for structural differentiation of the armed forces. This means that the higher the WR, the lower the mass army format of a force, and the higher the degree of organizational role differentiation and specialization (Haltiner 1998a, 24).

Creveld befürchtet durch den stärkeren Einbezug von Frauen in die Streitkräfte eine Attraktivitätsminderung der militärischen Karriere und einen Prestigeverlust für die Streitkräfte generell (Creveld 2000, 14). Cohen (1985) sieht verschiedene Probleme auf der Führungsebene. Er nimmt an, dass die Flexibilität der Kommandierenden geringer werde mit der Beteiligung von Frauen in Kampfhandlungen, da befürchtet werden müsse, dass Frauen gefangen genommen und vergewaltigt werden könnten. Nicht negativ wertend bemerkt Kümmel (2002), dass durch den Wandel des Rollenbildes von Frauen auch ein Wandel des Rollenbildes von Männern stattfindet und sich auf das ganze Gender-System bezieht. Dies habe besonders Auswirkungen auf das Militär, das lange als Hort des Männlichen gegolten habe.

3.1.6 Sinkende Militärpartizipationsrate und Wehrpflichtrate

Um die theoretischen Grundlagen der Militärpartizipationsrate (wie auch der Wehrpflichtrate) – die als Folgewirkungen des Endes der Massenarmee definiert werden – aufzeigen zu können, muss der Rahmen der gesellschaftlichen Analyse erweitert werden. Dies erscheint für das Verständnis der MPR wichtig, auch wenn der Fokus dieser Arbeit damit gesprengt wird.

Stanislav Andreski (1968) verbindet in seinem 1954 erschienen Buch *Military Organization and Society* die gesellschaftliche Schichtung (*stratification*) unter anderem mit der MPR. Er will den Einfluss und die Wechselbeziehungen von Militärorganisationen auf die soziale Stratifikation aufzeigen (3). Um militärische Organisationen klassifizieren zu können, verwendet er die Militärpartizipationsrate, den Kohäsionsgrad einer Streitkraft sowie die Stärke der hierarchischen Unterordnung unter die Führung (120f). Er geht davon aus, dass jede größere Gruppe Koordinierungsorgane brauche, die für ihr Funktionieren eine Hierarchisierung voraussetzen. Mit dieser Mehrvariablenanalyse versucht er zu erklären, warum Gesellschaften sich zu egalitären bzw. zu stratifizierenden Sozialstrukturen hin entwickeln. Ein Resultat seiner empirischen Analyse zeigt, dass eine hohe MPR und eine hohe Kampfbereitschaft der Bevölkerung die strukturelle Ungleichheit (*stratification*) verringern kann (30). Mit der Einführung der Wehrpflicht verstärkte sich diese Tendenz noch. „The advent of mass armies produced a new situation. The loyalty of the lower class had to be strengthened by extending to them various rights“ (69). Die MPR ist für ihn die wichtigste Determinante für die Beschreibung der Stratifikation. Er definiert sie folgendermassen:

It depends, in other words, on the proportion of militarily utilized individuals in the total population. This proportion I shall call the military participation ratio [...] The optimum M.P.R. [...] is the ratio which, within the given technico-tactical conditions, would enable a state to attain the maximum military strength, other things, like morale, leadership, etc., being equal (Andreski 1968, 73).

Eine klassische Massenarmee basierend auf der allgemeinen Wehrpflicht kennzeichnet sich durch eine hohe MPR.⁷⁰ Dabei wird davon ausgegangen, dass je grösser der Anteil der Bevölkerung an der militärischen Organisation sei, desto stärker sei auch die Voraussetzung für eine mögliche Militarisierung gegeben.⁷¹ In einem erweiterten Sinn kann von einem persönlichen Ich-Bezug zum Militär jedes einzelnen (männlichen) Staatsangehörigen ausgegangen werden.

Die MPR dient also der Schichtung von Gesellschaften und der Darstellung von möglichen Beteiligungsformen der einzelnen Individuen an der Landesverteidigung. Es lassen sich Vermutungen dahingehend aufstellen, dass je einfacher und billiger die Waffen einer Streitkraft sind, desto höher der Grad der militärischen Partizipation ist. Genau umgekehrt lässt sich vermuten: Je kostenintensiver und komplexer die verwendete Waffentechnologie ist, desto geringer die Militärpartizipationsrate. Die MPR beeinflusst nach Andreski auch die gesellschaftliche Position von Frauen. Für ihn ist die gesellschaftliche Stellung von Frauen in Staaten höher, wenn sie an Kriegen partizipieren können (73).

Nicht nur die MPR beeinflusst die strukturelle Ungleichheit. Eine Verminderung der Stratifikation kann auch ökonomischer Art sein: je grösser der Pro-Kopf-Reichtum einer Gesellschaft ist, desto eher nivelliert sich die Gesellschaft (Andreski 1968, 38).

Für unsere Untersuchung können aus den theoretischen Annahmen von Andreski vier gesellschaftliche Faktoren von Nutzen sein:

1. Die Darstellung der MPR in europäischen Staaten als Indikator der Militarisierung eines Staates und als Zeichen des Bedeutungsverlusts des Militärs im Allgemeinen.
2. In Verbindung mit der MPR die Thematik der Wehrgerechtigkeit: Wer darf oder muss Waffen tragen, wie wird die Belastung der nationalen Verteidigungsbereitschaft verteilt?
3. Die Frage der demokratischen Kontrolle (das Militär als Staat im Staate).
4. Die Integration der Frauen in die Streitkräfte als Ausdruck gesellschaftlicher Egalisierung.

Haltiner (1998a) nimmt die MPR in seiner Untersuchung auf und testet die dahinter liegende Hypothese. Angeregt durch die MPR konstruiert er die Wehrpflichtrate (WR), die das Verhältnis des Gesamtbestandes der Streitkräfte zur Anzahl Wehrpflichtiger beschreibt.⁷² Für ihn ist sie der wichtigste Indikator zur Darstellung des Verhältnisses der Gesellschaft zur Organisationsform einer Streitkraft.

Unsere These lautet, dass Staaten mit hoher Wehrpflichtrate ebenfalls eine hohe Militärpartizipationsrate aufweisen und somit auch stärker militarisiert sein können. Unter Militarisierung

⁷⁰ Vergleiche Haltiner 1998a.

⁷¹ Nicht nur eine hohe MPR kann zu Militarismus führen, auch eine tiefe MPR kann dies bewirken (Andreski 1968, 122). Dies ist nach Andreski der Fall, wenn die Bevölkerung eines Staates einen hohen Kohäsionsgrad und einen tiefen Subordinationsgrad aufweist. Als Beispiel dafür gibt er Sparta an. Ich gehe aber davon aus, dass in der Moderne eine solche Kombination, wie sie Andreski noch für die Antike beobachtet, nicht mehr auftritt.

⁷² Auch Kelleher (1978) berechnet die Wehrpflichtrate von sechs europäischen Streitkräften.

einer Gesellschaft wird also die quantitative Einbindung der Bevölkerung in den Militärapparat verstanden.

3.1.7 Sinkende soziale Repräsentativität

Die Frage der sozialen Repräsentativität des Militärs verknüpft sich eng mit der Gefahr einer Eigendynamik der Organisation und eines Staates im Staate (Abschnitt 3.1.8). Ideal ist nach Janowitz, wenn die soziodemographischen Ausprägungen bei Militärpersonen und Zivilisten nicht voneinander abweichen und die Selbstrekrutierung der Militäreliten limitiert wird (1975, 253).

In der Literatur wird implizit angenommen, dass bei Wehrpflichtarmeen die diensttuenden Soldaten sich in ihren soziodemographischen Ausprägungen (Bildung, Stadt-Land etc.) nicht von den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft unterschieden, kurz es wird der Wehrpflichtarmee eine soziale Repräsentativität⁷³ zugesprochen. Der Schaffung einer Freiwilligenstreitkraft hingegen wird entgegengehalten, dass sie schnell zum Sammelbecken sozialer Minderheiten werden kann. Dies treffe dann zu, wenn sie nach einem militärischen Misserfolg (Beispiel Vietnam-Krieg) eine soziale Unterbewertung erfahre (Köllner 1981, 169).

Seit dem Ende der Wehrpflicht in den USA stellen verschiedene Forscher⁷⁴ fest, dass der Anteil von Afroamerikanern und anderen ethnischen Minderheiten in den Streitkräften zugenommen hat. Zugleich treten vermehrt Personen in die Streitkräfte ein, die nur eine unterdurchschnittliche formale Bildung vorweisen können und konservativere Wertvorstellungen besitzen.⁷⁵ Als Konsequenz dieser Entwicklungen wird in den achtziger Jahren eine neue Rekrutierungspraxis eingeführt: strengere Selektion, genauere psychologische Abklärungen. Gleichzeitig werden höhere Löhne und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten. Aufgrund dieser Massnahmen steigt der Anteil der Soldaten mit einem höheren Bildungsabschluss seit den achtziger Jahren deutlich, der Frauenanteil kann erhöht und die Unterschichtung der Streitkräfte vermindert werden. Doch trotz diesen Veränderungen ist das öffentliche Interesse in den USA immer noch auf die vorhandene Überrepräsentation der *African-Americans* in den Soldatenrängen fokussiert (Moskos 1991).

Abbondanza (1997, 17) kommt in seiner Studie über die belgischen Streitkräfte zum Schluss, dass sich mit der Einführung einer Freiwilligenstreitkraft die soziale Repräsentativität verschiebe und die Freiwilligen die Gesellschaft weniger repräsentieren als die Wehrpflichtigen.

⁷³ Vergleiche dazu bei Halover (1994, 199), der in der Wehrpflicht die Chance sieht, dass die Bundeswehr durch sie in allen Schichten verankert ist.

⁷⁴ Cooper 1977, Doorn 1975a, Janowitz 1976, Janowitz und Moskos 1974, Roghmann und Ziegler 1977.

⁷⁵ Nach Doorn (1976a, 58) hat eine Streitkraft, die erstens kleiner wird und nur noch aus Freiwilligen besteht, gezwungenermaßen weniger Kontaktstellen zur Zivilgesellschaft. Durch die Umstellung auf Berufspersonal werde die Durchlaufquote, die bei Wehrpflichtarmeen automatisch hoch ist, viel geringer. Dadurch werden die Streitkräfte stärker binnenorientiert und auch rigider. Es ergibt sich ein verringerter Austauschprozess mit der zivilen Gesellschaft.

Sehmsdorf (1998, 110) geht davon aus, dass das durchschnittliche Bildungsniveau der Mannschaften beim Übergang von einer Wehrpflichtarmee zu einer Freiwilligenstreitkraft sinkt. So verfügt nach Rosendahl (1999, 47) die übergrosse Mehrheit der Zeitsoldaten in den Mannschaftsdienstgraden nur über eine Grundschulausbildung. Der beobachtete verringerte Vorbildungsstand hat deshalb gewisse Anpassungen der Ausbildungsprogramme erforderlich gemacht.⁷⁶

Die Beobachtungen scheinen ihre Berechtigungen zu haben, doch was bedeutet soziale Repräsentativität? In Wehrpflichtarmeen leisten Frauen, ältere Leute, Kranke und Personen mit einem zu tiefen Intelligenzquotienten auch keinen Dienst (Anderson 1991, Mantovani 1997). Im Vergleich zur Zivilgesellschaft lässt sich leicht feststellen, dass gewisse Berufssegmente ebenfalls, und zum Teil sehr stark, keine Repräsentativität in Anspruch nehmen können. Infolge moderner Arbeitsteilung, spezifischer Berufsbedingungen und Spezialisierung von Handlungsabläufen muss und kann in keinem Berufsbereich soziale Repräsentativität verlangt werden.

Die Argumentation der sozialen Repräsentativität zur Verhinderung der Freiwilligenstreitkraft scheint somit aufgrund der modernen, komplexen und diversifizierten Arbeitswelt nicht mehr haltbar. Doch bei Gewaltorganisationen stellt sich die Problematik anders. Als Inhaber des Machtmonopols kommt ihnen eine besondere *gesamtgesellschaftliche Verantwortung* zu. So erachte ich eine minimale repräsentative Abstützung als wichtig, um den Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Militär aufrechtzuerhalten.

3.1.8 *Das Militär als Staat im Staat*

Einer Freiwilligenstreitkraft wird eine mögliche Entfremdung von der Zivilgesellschaft unterstellt. Die Befürchtungen gehen dahin, dass bei der Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft die Grenzen zwischen Militär und Gesellschaft klarer hervortreten und so eine soziale Isolation und ein politischer Partikularismus (Janowitz 1975, 278) entstehe.

Die Ablehnung des Berufsheeres gehörte zur Jahrhundertwende zweifellos zum politischen Selbstverständnis einer sozialistischen Partei. Sie resultierte neben dem Bestreben nach einer ‚Humanisierung‘ des militärischen Bereichs und einer Verhinderung von Kriegen vorwiegend aus der gesellschaftspolitischen Stellung, die die Sozialdemokraten damals im Staatsgebilde innehatten (Kernic und Callaghan 2002, 186)

Die Befürchtung der *Bildung eines Staates im Staate* wird hier explizit angesprochen. Dies kann zu Entfremdungstendenzen von der Zivilgesellschaft führen.⁷⁷ Dass die Streitkräfte ein

⁷⁶ Auf der anderen Seite versuchen moderne Streitkräfte die Dienstzeit attraktiver zu gestalten, indem man Soldaten mit einem tieferen Bildungsniveau zivilberuflich weiterbildet. In den Niederlanden heisst nach Klein (1996a, 34) das Zauberwort ‚Zertifizierung‘, wobei Bemühungen vorhanden seien, möglichst viele militärische Qualifikationen mit einem zivil anerkannten Abschluss versehen zu können. Unverkennbar ist auch der Trend nach einer Akademisierung der Berufsoffiziersausbildung in Europa (Haltiner 2003b).

⁷⁷ Siehe dazu die Diskussion in Amerika bei Feaver et al. (2001). Die europäische Situation wird beschrieben bei Jelušič et al. (2003). Ein besonderes Augenmerk hat die Forschung auf die zivil-militärischen Beziehungen in

anderes Normensystem als die Gesellschaft aufweisen, schreibt Janssen (1996) zu einem grossen Teil der ganz und gar unterschiedlichen Arbeitsumgebung des Soldaten im Vergleich zu einem zivilen Angestellten (z.B. in der Privatwirtschaft) zu. Für ihn ist es wichtig, dass Streitkräfte die Bereitschaft zu Offenheit und Kontrollierbarkeit aufweisen und sich vor allem dem politischen und gesellschaftlichen Willen unterordnen. In der Wehrpflicht wird ein solches Kontrollmoment dazu gesehen. Die Befürchtungen, vor allem von der politischen Linken, dass sich im professionalisierten Militärbetrieb signifikant mehr rechtspolitische bis rechtsextreme Einstellungen breit machen können, würden durch die Beibehaltung der Wehrpflicht verkleinert. Denn die „Wehrpflichtigen werden gleichsam als organisationsinterne Gegenmacht gegenüber einer rechtsstehenden professionellen Elite angesehen“ (Doorn 1976a, 59). Doorn führt an dieser Stelle aus, dass gelegentlich auch Befürchtungen laut werden, dass professionalisierte Militärorganisationen eine innenpolitische Interventionsneigung aufgrund ihrer vorherrschenden politischen Meinung entwickeln könnten. Einschränkend stellt er aber fest, dass ein direkter Zusammenhang zwischen militärischem Professionalismus und politischer Intervention bislang nicht nachgewiesen wurde.

Andere Autoren, die der Freiwilligenstreitkraft positiv gegenüberstehen, führen an, dass sowohl die militärische Führung wie auch Freiwillige in der Demokratie aufgewachsen seien. Wenn nun die Zuverlässigkeit ihrer demokratischen Einstellung angezweifelt werde, so bedeute dies eine ungerechtfertigende Diskriminierung (Giller 1992, 212). Auch Mantovani (1997, 53) betont, dass vor allem Zeitsoldaten, welche sich für einen bestimmten mehrjährigen Dienst verpflichtet haben, sich nach dessen Beendigung wieder in die Gesellschaft integrieren müssten. Schon in den siebziger Jahren betonten Befürworter einer Freiwilligenstreitkraft die mehr oder weniger gleiche Sozialisierung der Kinder eines Staates:

The military is not recruited from Mars; it does not stand outside of American society. Military men learned the same truths from their parents, were exposed to the same childhood influences, attended the same primary schools and high schools (and, in most cases, the same collages) as their contemporaries in the business and academic worlds (Summers 1972, 76)

Während des Übergangs der Niederlanden zu einer Freiwilligenstreitkraft ist durch das Institut für Friedensfragen eine interne Studie durchgeführt worden, die sich mit den sozialen Folgen des Wechsels von der Wehrpflichtarmee zu einer Freiwilligenstreitkraft auseinandersetzt (Janssen 1996). Die Befunde zeigen nur einen geringfügigen Unterschied in den Wertvorstellungen zwischen Zivilisten und Berufssoldaten. Der grösste erkennbare Unterschied zeigt sich bei Frauen, welche in den Streitkräften unterrepräsentiert sind.

Die zivile Kontrolle der Streitkräfte wird als entscheidend bei der Planung einer Freiwilligenstreitkraft betrachtet.⁷⁸ Um den Befürchtungen eines ‚Staates im Staat‘ entgegenzutreten zu können, müssten nach Doorn (1976a, 60) politische Spitzenpositionen im Verteidigungsministe-

den ost- und südosteuropäischen Staaten geworfen, siehe dazu als Übersicht bei Born (2003a), Cottey und Forster (2001), Jones und Mychajlyszyn (2002).

⁷⁸ Das schweizerische Zentrum für die demokratische Kontrolle von Streitkräften in Genf bietet eine Fülle von Forschungsergebnissen zu dieser Thematik an. Stellvertretend dafür sei auf Länderstudien hingewiesen in: Born, Caparini, Fluri (eds.) (2002). Vergleiche zur Thematik auch Bebler 1997, Bland 1999, Boëne 1999/2000, Born 2003b, Cottey und Forster 2001, Ulrich 1999.

rium mit qualifizierten Zivilisten besetzt werden, es brauche zudem Abgeordnete in den Parlamenten, die sich in militärischen Sachfragen auskennen. Die Ausbildung von Militärspezialisten sollte von zivilen Universitäten und technischen Hochschulen angeboten werden und ein Teil der Berufssoldaten dürfe nur eine zeitlich limitierte Laufbahn anstreben. Ein weiteres Mittel der Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Führung bestehe in der Kontrolle des Budgets, des Soldes und der Ausrüstung. Wichtig für eine demokratische Gesellschaft sind aber auch die intermediären Instanzen wie Interessengruppen und Verbände, die auf einer mittleren Ebene zwischen Staat und Bevölkerung stehen und somit Einfluss auf die Militärorganisation ausüben können.

3.2 Technologische Triebkräfte

Ob im Zeitalter der Maschinenkriege die exklusive Herrschaft der allgemeinen Dienstpflicht das letzte Wort bleiben wird, steht dahin (Max Weber 1983, 115).

Technologischer Fortschritt verändert stets Zivilisationen und deren Streitkräfte. Er kann als eine der Ursachen für die Anpassung der Wehrsysteme gesehen werden. Aber nicht nur das Wehrsystem wird heute durch die Technologie beeinflusst, sondern das ganze militärische Umfeld. Im Moment zeichnet sich nach Freyermuth (2005) deshalb ein radikaler militärisch-technologischer Wandel ab. Am stärksten sehe man dies an der Digitalisierung, bei der die USA führend seien. Revolution in Military Affairs (RMA) sei der Fachausdruck, der sich im amerikanischen Verteidigungsapparat für die Digitalisierung der Kriegsführung eingebürgert habe (35). Nicht nur die grössere Zielgenauigkeit smarterer Bomben führe zu einer Änderung der Kriegsführung, auch der Wertewandel beeinflusse diese. Freyermuth vertritt die Meinung, dass es in einem Krieg nicht mehr darum gehe, die massenhafte Vernichtung von Menschen und Material herbeizuführen. Die postindustrielle Zivilisation akzeptiere dies immer weniger. Vielmehr wünsche man sich die Ausschaltung der feindlichen Führung durch smarte Bomben, so dass die Bevölkerung nicht darunter leiden müsse.⁷⁹

3.2.1 Das moderne Gefechtsfeld und die Anforderungen an den Soldaten

Das moderne Gefechtsfeld wird nach Ansicht vieler Autoren (z.B. Battistelli 2000, Boëne 2003a, Bredow und Kümmel 2000, Haak 1993, Haltiner und Kühner 1999, Klümper 2002)

⁷⁹ Die im Gefolge der technologischen Entwicklung einhergehende Digitalisierung wird mindestens aus zwei Sichtweisen kritisiert: 1. die hohen ökonomischen Kosten für die Bereitstellung solcher Waffensysteme, 2. Zweifel an der Effektivität der neuen Waffen. Eine interne Pentagon-Studie hat aufgezeigt, dass die Treffsicherheit smarterer Bomben nicht bei 50%, wie jeweils behauptet, sondern nur bei 12% liegt (Freyermuth 2005, 36).

zukünftig von hochentwickelter Technik,⁸⁰ elektronischer Kriegsführung und dem Verbund aller Teilstreitkräfte geprägt sein. Raketentechnologie und der Einsatz intelligenter Munition können ausgewählte Ziele beinahe millimetergenau vernichten. Streitkräfte, die mit den Entwicklungen der modernen Technologie nicht Schritt halten können, werden benachteiligt sein. Der Faktor Zeit wird gegenüber den Faktoren Raum und Kräfte an Bedeutung gewinnen (SIPOL B 2000, 18). Dies deshalb, weil die Zunahme der Beweglichkeit der Truppenverbände durch die Technologie und die ständig einsatzbereiten und weit reichenden Waffen eine grundlegende Neueinschätzung des Faktors Zeit nach sich ziehe.

Streitkräfte müssen aber auch im niederschweligen Bereich der Gewaltanwendung einsatztauglich sein. Dadurch wandelt sich das vorherrschende Rollenbild des Soldaten (Hirt 1995, 10). Er gelte nicht mehr nur als Kämpfer, sondern müsse auch als Manager und Techniker in Fragen der Deeskalation von Konflikten und der Krisenprävention befähigt sein. Des Weiteren müsse der moderne Soldat auch fähig und bereit sein, weiterführende Dienste an der Gesellschaft zu leisten. Der Tendenz nach sollte der moderne Soldat multifunktionale Fähigkeiten vorweisen können. „Der Soldat der Zukunft muss über ein ausgeprägtes technisches Verständnis verfügen. Er benötigt kommunikative Fähigkeiten, gewachsene Erfahrungen, ausreichende Fremdsprachenkenntnisse sowie eine gefestigte Überzeugung von seiner Aufgabe“ (Opel 1998, 83-84). In diesem Zusammenhang prägt Däniker (1992, 151) in seinem Buch ‚Wende Golfkrieg‘ den Ausdruck des *miles protector*. Dieser *miles protector* ist ein polyvalenter Soldatentyp, der sowohl klassische Gefechtsqualitäten wie auch vielfältige Fähigkeiten zur Schutzgewährung bei humanitären Einsätzen und empathische Einfühlung in die Bevölkerung von Einsatzgebieten vorweisen soll (Geser 1996, 57).

Berns und Wöhrle-Chon sprechen in diesem Zusammenhang von interkultureller Kompetenz als Schlüsselqualifikation (2004, 324). Unter interkultureller Kompetenz verstehen die Autoren einen Lern- und Entwicklungsprozess, in denen Respekt, Anerkennung anderer Werte und Dialogfähigkeit im Mittelpunkt stehen. Dadurch sollen eigenkulturelle Orientierungen und Bewertungsprozesse bewusst gemacht und reflektorische Handlungskompetenzen im Umgang mit anderen Kulturkreisen geschaffen werden.

Die Frage stellt sich, ob der steigende Bedarf an zivilen Fähigkeiten in der militärischen Ausbildung erworben werden kann. Bredow merkt zur aufgeworfenen Frage kritisch an: „Anders gesagt: Auch wenn die Soldaten vielfach wie kosmopolitische Sozialarbeiter auftreten und wirken wollen, so bleiben sie doch immer mit Waffen ausgerüstete Sozialarbeiter“ (2004, 293). So kann davon ausgegangen werden, dass eine vollumfänglich den zivilen Anforderungen genügende Ausbildung für den Soldaten im (Ausland-)Einsatz nicht angeboten werden kann. Ob und wie die Streitkräfte auf ‚Quereinsteiger‘ aus dem zivilen Bereich zurückgreifen,

⁸⁰ Es stellt sich die Frage, was Technik bedeutet. In seinem Buch *Technology and War* definiert Creveld Technik als ein abstraktes System von Wissen, das Probleme lösen kann: „Technology is perhaps best understood as an abstract system of knowledge, an attitude towards life and a method for solving its problems“ (Creveld 1991, 312). Nach ihm ist die Wichtigkeit der Waffen und der Waffensysteme vor allem in kürzeren Kriegen erwiesen. Bei länger anhaltenden Auseinandersetzungen spielt hingegen die Art der militärischen Aktivitäten eine grössere Rolle (z.B. Planung, Führung, Ressourcen sowohl an Menschen wie an Material).

um die Lücke zu schliessen, sollte in künftigen Forschungsprojekten tiefer gehend thematisiert werden.⁸¹ Wichtig erscheint mir an dieser Stelle die zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC: civil military cooperation) im Ausland anzusprechen. Zwischen der Arbeit von Streitkräften und von Nichtregierungs-Organisationen bestehen nach Irlenkaeuser (2004, 284) grundsätzliche Unterschiede: Militärische Einheiten seien von ihrer Konzeption nicht auf Nachhaltigkeit im Krisengebiet – wenn auch im Einzelfall Abweichungen bestehen könnten – ausgerichtet. Demgegenüber versuchen zivile Hilfsorganisationen nachhaltige Entwicklungen zu unterstützen.

3.2.2 *Dominanzverlust des Heeres*

Die traditionellen Grenzen zwischen den einzelnen Teilstreitkräften (Heer, Luftwaffe, Marine) verwischen sich als Begleiterscheinung der gestiegenen Technologisierung zunehmend („Trend zur Unifizierung“, Zeller 1980, 271). Zugleich verringert sich aufgrund technologischer Entwicklung der Bestand der Landstreitkräfte im Verhältnis zu den beiden anderen Teilstreitkräften tendenziell (Manigart 1990). Dies kann bei den US-Streitkräften in den siebziger Jahren wie auch bei den europäischen Streitkräften, die in den neunziger Jahren des letzten Jahrtausends auf eine Freiwilligenstreitkraft umstellten, gezeigt werden.⁸² Bei Massenarmeen, die sich definitionsgemäss auf Wehrpflichtige abstützen, sind die Streitkräfte heerdominiert (Doorn 1976a, 54, Klein 1999, 16, Haltiner 1998a). Der Grund dafür wird in der geringeren Technizität des Heeres gegenüber den beiden anderen Teilstreitkräften gesehen. Beim Heer können eher Soldaten, die nicht auf eine lange Ausbildungszeit angewiesen sind, eingesetzt werden. Dies sind zumeist Wehrpflichtige.

Die Zusammensetzung der Teilstreitkräfte (Wehrpflichtige versus Berufssoldaten) ist abhängig von der Bedrohungswahrnehmung, der Komplexität der Ausrüstung, der erforderlichen Ausbildungszeit, den Ausbildungskosten und dem vorgesehenen Einsatzgebiet. „Deshalb setzt sich das Personal in den einzelnen Teilstreitkräften – Heer, Marine und Luftwaffe – in unterschiedlichen Anteilen aus Wehrpflichtigen und Soldaten auf Zeit bzw. Berufssoldaten zusammen“ (Heins und Warburg 2004, 40).

Eine prozentuale Verlagerung des Personals hin zu den anderen Teilstreitkräften signalisiert einen Bedeutungsgewinn der Luftwaffe und der Marine in modernen Streitkräften. Nach Haltiner und Klein (2002, 12) bringen es die gewandelten Anforderungen an die Streitkräfte wie auch neue Aufgabenfelder mit sich, dass die Wichtigkeit des Heeres nachlässt und dort auch der Bestand reduziert werden kann.

⁸¹ Manigart (2002, 128) referiert ebenfalls auf diese Thematik. In Belgien sind Bemühungen im Gange, ein ‚Military-Civilian-Ex-Military‘-Projekt einzuführen.

⁸² Als Beispiel wird hier der Fall Belgiens beigezogen. Der Anteil des Heeres am Gesamtbestand der Streitkräfte beträgt 1921 97.4% um bis 1985 auf 66.9% zu sinken (Manigart 1990, 60).

3.2.3 Verkleinerung der Streitkräfte

Durch moderne Militärtechnologien erhalten Streitkräfte eine höhere Leistungskraft mit weniger Personal. Faktisch läuft diese Entwicklung auf eine Verkleinerung des Streitkräftebestands hinaus (Bestandesreduzierung als Begleiterscheinung des technologischen Fortschritts). Der Prozess der Bestandesreduzierung wird auch *Downsizing* genannt. *Downsizing* wird in einem weiteren Sinn verstanden als der Begriff Bestandesreduzierung. Vier militärische Bereiche sind durch das *Downsizing* betroffen: 1. die Verteidigungsausgaben, 2. das Waffenarsenal, 3. die Produktion militärischen Gerätes, 4. der personelle Bestand. Neben diesen für die militärische Organisation spezifischen Bereiche ist der Prozess des *Downsizing* in Streitkräften mit jenem in Unternehmen vergleichbar. *Downsizing* wird vor allem bei kapitalintensiven Organisationen angewendet, welche durch technologische Errungenschaften auf einen kleinen Personalbestand zurückgreifen müssen. Ein weiterer Grund für das *Downsizing* ist der Umstand, dass Organisationen flexibler sein müssen, um schneller auf Wechsel in ihrer Umgebung reagieren zu können (Manigart 2003a). Dies wiederum beeinflusst die Situation der Wehrpflichtigen. Haltiner beschreibt die Wechselwirkung zwischen gesteigerter Technologisierung der Streitkräfte und den Wehrpflichtigen wie folgt:

It can be expected that the conscript ratio will decrease with the increasing degree of technical complexity of appliances and arms systems because conscripts serving on a short-term basis no longer meet the requirements of permanence in training and readiness for duty (Haltiner 1998a, 22).

Meiner Meinung nach können zwei Konsequenzen abgeleitet werden: Auf der einen Seite erhöht sich der Bedarf an gut geschultem Personal, das über einen höheren Ausbildungsabschluss verfügt, auf der anderen Seite vermindern sich weniger spezialisierte Arbeiten entweder durch Automation oder durch Outsourcing. Gesamthaft ergibt dies für die Streitkräfte eine Personalreduktion. Meine These lautet, dass die Verkleinerung der Streitkräfte primär über die Wehrpflichtigen geführt wird und nicht über das bestehende professionelle Personal.

Beachtet werden muss, dass auch der Substitution von Personal durch Technik Grenzen gesetzt sind. Militärische Überwachungs- und Sicherungsaufgaben werden sich – insbesondere in infrastrukturell nicht erschlossenem Gebiet – nicht ohne erheblichen Personaleinsatz bewältigen lassen. Damit gehen nach Bischof (2003, 7) Personalreduzierungen bei Streitkräften immer auch mit Effizienzreduzierungen einher.

3.2.4 Spezialisierung und Professionalisierung der Streitkräfte

Der Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft mit einer beträchtlichen Verkleinerung der Mannschaftsstärke infolge technologischer Änderungen, des steigenden Kostendruckes und neuer militärischer Aufgaben erhöht auch die Notwendigkeit nach funktionaler Differenzierung und Professionalisierung (Folgewirkung).

In modernen Gesellschaften insgesamt wie auch in Streitkräften lässt sich ein allmählicher Schrumpfungsprozess von nicht-spezialisierten Tätigkeiten und Verhaltensweisen feststellen. Dadurch entstehen Problemfelder. Durch mehr Führungsaufgaben und Fachverantwortungen bei gleichzeitiger Forderung nach grösster Genauigkeit in der Aufgabenerfüllung lassen sich die Ziele der Streitkräfte nur noch durch eine konsequente Arbeitsteilung bewältigen. Dieses Prinzip der Spezialisierung steigert zwar den Leistungsumfang und die Effizienz der Organisation, verstärkt aber ihre Komplexität. Diesem Professionalisierungsprozess moderner Staaten können die auf Massenabfertigung ausgerichteten Organisationsstrukturen der Wehrpflichtarmeen nicht mehr gerecht werden.

Um die Professionalisierungstendenzen in den Streitkräften verstehen zu können, muss zuerst auf soziologischer Ebene die Thematik der Profession dargelegt werden. Die Profession wird in modernen Gesellschaften als die wichtigste Komponente in der Zuschreibung von Personen betrachtet (Doorn 1975a, 29). Im angelsächsischen Verständnis entspricht die Profession einer herausragenden – empirisch nachprüfbar – beruflichen Tätigkeit. Merkmale davon sind nach Schössler (1980, 161ff):⁸³

- ein spezielles Expertenwissen, das an gesellschaftlich hoch bewerteten Einrichtungen (z.B. Universitäten, Fachhochschulen etc.) erworben wird;
- ein entsprechender Leistungsstandard;
- eine Art berufliche Selbstorganisation, die im Rahmen staatlicher Regulationen (Lizenzen etc.) die Berufsausübung ermöglicht;
- ein gewisser Grad an Institutionalisierung;
- ein Kodex von relativ eigenständigen Normen der Berufsausübung (code of ethics);
- ein starkes Gruppenzusammengehörigkeitsgefühl, das sich unter anderem in starken Berufsorganisationen ausdrückt.

Profession bezeichnet aufgrund dieser Merkmale einen besonderen Berufstypus, der gesellschaftlichen Einfluss und Prestige aufweist. Schössler zählt als Beispiele Berufe wie Arzt, Rechtsanwalt, Richter und hoch entwickelte naturwissenschaftlich-technische Berufe auf.⁸⁴ Eine Profession sollte nicht statisch verstanden werden, denn die Bedeutung einer Profession kann sich für eine Gesellschaft ändern. So kann es sein, dass sie sich zu einer normalen beruflichen Tätigkeit zurückentwickelt. Dann hätten sich interne und externe Rahmenbedingungen geändert.⁸⁵ Empirisch lassen sich nach Schössler vor allem das Expertenwissen mittels

⁸³ Vergleiche dazu auch die Professionsdefinitionen bei Janowitz (1975, 111) und Doorn (1975a, 35). In Schösslers Ausführungen sind alle wesentlichen Merkmale beider Definitionen aufgeführt.

⁸⁴ Zu unterscheiden ist zwischen dem Begriff der Profession und dem Begriff des Berufs. Ein Beruf kann gleichzeitig mit einer Profession gleichgesetzt werden (z.B. Arzt). Doch die wenigsten Berufe werden als eine Profession betrachtet. Im Alltagsverständnis werden Personen und ihr Beruf weitgehend gleichgesetzt; der Professionsbegriff wird nur in der wissenschaftlichen Diskussion verwendet. Der Beruf (im Alltagsverständnis) dient als ein Indikator, was eine Person eigentlich ‚ist‘, und er bildet gleichzeitig auch die Basis der persönlichen Identität. Die Positionierung über den Beruf in modernen Gesellschaften erscheint als eigenständiges Schichtsystem. Beruf ist ein Identifikationsmerkmal und eine Identitätsgrundlage von arbeitenden Personen.

⁸⁵ Auf die Nennung konkreter Rahmenbedingungen geht Schössler (1980, 164) nicht ein. Im Rahmen dieser Arbeit scheint meines Erachtens die allgemeine Beschreibung des Professionsbegriffes zu genügen.

des formalen Bildungsabschlusses und die berufliche Selbstorganisation messen. Umfragen dienen dazu, gesamtgesellschaftlich das Prestige einzelner Professionen zu ermitteln.⁸⁶

Für Caforio zeichnet sich die Profession als eine permanente vollzeitliche Karriere aus, die eine grosse Sozialisierungswirkung auf ihre einzelnen Mitglieder ausübt. Das spezifische Wissen werde von der Profession tendenziell unter Kontrolle gehalten und beruhe auf einem Korpus von formalen Regeln (1991, 56). Die von ihren Professionsmitgliedern ausgeführten Tätigkeiten seien einerseits hochspezialisierte Abläufe, andererseits handle es sich auch um sozial anerkannte Rollen. Einheitlichkeit des Auftretens, Geschlossenheit der Mitglieder, schwierige Aufnahmeverfahren und eine hohe Akzeptanz und Wertschätzung der Gesellschaft zeichne eine Profession aus.

Andere Professionen wie Medizin, Recht, Erziehung und Bildung unterscheiden sich teilweise von der militärischen Profession. Denn diese ist

- erstens bürokratisiert,
- zweitens mit einer Ämterhierarchie versehen und weist rechtsstaatliche Strukturen auf
- drittens als öffentlicher Dienst eine fast unbegrenzte Dienstleistungsorganisation, deren Mitglieder bis zum Einsatz des eigenen Lebens (Kampfbereitschaft) gehen müssen (Bredow 1986, 135, Schössler 1980, 176).

Die militärische Profession bezieht sich vor allem auf Offiziere.⁸⁷ Daraus leitet sich auch der Anspruch der *Militärelite* ab, einem klar entwickelten Kodex von Verhaltensorientierungen und Leistungsstandards verpflichtet zu sein.

Nach Caforio (1991, 31) ist es heute wahrscheinlich nicht mehr korrekt von einer militärischen Profession zu sprechen. Der zunehmend pluralistische Charakter der Streitkräfte sei zu fragmentiert. Nur eine homogene professionelle Gruppe entwickle einen Sinn für eine Gruppenidentität und ein System interner Administration (Janowitz 1966, 6). So nähert sich der militärische Professionsbegriff immer stärker dem Begriff des Jobs oder der *Occupation* an.⁸⁸

Indem zivile und militärische Teilbereiche immer grössere Gemeinsamkeiten aufweisen, kann eine ‚Entprofessionalisierung‘ des Soldatenberufes beobachtet werden.⁸⁹ Das genuin Typische des Militärs, der ‚Kampf‘ wird immer stärker nur noch von kleinen spezialisierten Gruppierungen innerhalb der Streitkräfte wahrgenommen, wohingegen die den zivilen Tätigkeiten näherliegenden militärischen Dienstleistungen und kampfnahen Tätigkeiten (Zeller 1980) einen grösseren Stellenwert erhalten.

Technologie muss nicht zwingend zu einer Professionalisierung des Soldaten führen. Vor allem in Kriegsgebieten Afrikas verbindet sich die Anwendung von Hightech-Geräten (z.B. Satellitentelefone) mit *ad-hoc* zusammengesetzten Milizen. Die Angehörigen solcher Milizen

⁸⁶ Vergleiche dazu Szvircsev Tresch et al. (2004). Für Studenten an zivilen Hochschulen der Schweiz hat der Beruf des Offiziers das tiefste Prestige von 16 aufgeführten Berufen (oder Professionen).

⁸⁷ Vergleiche dazu bei Caforio 1991, Grizold und Kotnik 1996, Schössler 1980, Vuono 1990.

⁸⁸ Siehe dazu auch die Ausführungen zur Theorie von Moskos in Abschnitt 2.5.6.

⁸⁹ Vergleiche zur gleichen Problematik auch bei Bredow 1986, Caforio 1991, Ovens 1986.

sind oft vertriebene Bauern.⁹⁰ D.h., technologische Faktoren unterstützen auch nicht-professionelle Rebellen Gruppen. Eine typische Bewaffnungsart im Zuge der technologischen Revolution kann in der berühmten Kalaschnikow gesehen werden.

In Ländern wie Somalia, Liberia oder Sierra Leone wurden in den vergangenen Jahren bewaffnete Konflikte ausgetragen, in denen sich alle Akteure hauptsächlich mit leichten Waffen gegenübertraten (automatische Gewehre, Panzerfäuste, Hieb- und Stichwaffen sowie Minen). Im Unterschied zu Waffensystemen wie Flugzeuge und Panzer werden für den Einsatz solcher Waffen keine komplexen bürokratischen Strukturen, kein anspruchsvolles technisches Wissen und kein umfangreiches ausgebildetes Personal benötigt. Der Einsatz von leichten Waffen begünstigt im Gegenteil eine Entdisziplinierung und Entprofessionalisierung der Waffenträger, die sich gegen geringe Transferleistungen anwerben lassen (Heins und Warburg 2004, 32).

Das Untersuchungsfeld dieser Arbeit sind die von europäischen Nationalstaaten aufgestellten (ordentlichen) Streitkräfte. Von daher erscheint es mir zulässig zu sein, im europäischen Raum die fortschreitende Technologisierung und die Professionalisierung in Beziehung zueinander zu setzen. In europäischen Demokratien wird das Kämpfen immer mehr zu einer Angelegenheit von Spezialisten, deren Einsatzfelder in zunehmendem Masse von der Beherrschung hochkomplexer Technologien abhängig ist. Bezogen auf die übrige Welt führt, wie das obige Zitat von Heins und Warburg gezeigt hat, technologischer Fortschritt aber nicht zwingend zu einer Professionalisierung der Kämpfenden.

3.3 Ökonomische Triebkräfte

Warum werden ökonomische Gesichtspunkte heute allgemein wichtiger und beeinflussen auch den Übergang von Wehrpflichtarmeen zu Freiwilligenstreitkräften? Als einer der Hauptgründe ist die wachsende Marktdurchdringung aller Lebensbereiche im Zuge der Globalisierung zu nennen. Das dahinter liegende Kosten-Nutzen-Denken wird zunehmend auf staatliche Dienstleistungsinstitutionen angewendet. Dadurch werden die wirtschaftlichen Aspekte (Kostenbetrachtungen) für oder gegen die Wehrpflicht politisch relevant.

3.3.1 Kosten der Wehrpflicht

Bei der Diskussion der Kosten der Wehrpflicht muss zwischen den volkswirtschaftlichen Gesamtkosten und den staatsbudgetwirksamen Kosten unterschieden werden.⁹¹

Die erste Sichtweise betrachtet alle entstehenden Kosten, also auch die verdeckten Kosten, für die Gesamtgesellschaft. Diese können sein: Betriebs- und Rüstungskosten (Ausrüstung, Mate-

⁹⁰ Siehe z.B. den Erlebnisbericht von Judah (2005) bei den Rebellen in Darfur.

⁹¹ Zu berücksichtigen ist, dass für die Berechnung des staatlichen Gewaltmonopols immer ausserökonomische Überlegungen im Vordergrund stehen werden: d.h. es muss zuerst auf politischer Ebene entschieden werden, wie das Wehrsystem, die Grösse, die Ausstattung und die Struktur der einzelnen Streitkräfte sein sollen. Nach Hug (1999) kann deshalb keine finanzwissenschaftliche Theorie die Frage nach der fiskalischen bzw. makroökonomischen Zweckmässigkeit von Wehrpflichtarmeen oder Freiwilligenstreitkräften abschliessend beantworten (13).

rial, Waffengeräte), Waffenplätze und Personalkosten, damit verbunden z.B. Rentenzahlungen und Unfallkosten. Aber auch die sozialen Kosten, die der Gesellschaft durch die Existenz der Streitkräfte entstehen, werden miteinberechnet (Köllner 1981), so etwa Manöverschäden, Bindung von Sachkapital, die Militarisierung der Gesellschaft. Es müssen zusätzlich Opportunitätskosten des Entgangs an ziviler Arbeit durch den Wehrdienst mitberücksichtigt werden. Opportunitätskosten werden als Differenz der Löhne in der Zivilwirtschaft zu den Soldzahlungen an Wehrpflichtige definiert. Dadurch entsteht ein Nutzenentgang, weil der Wehrpflichtige während seiner Dienstleistung keiner zivilen Tätigkeit nachgehen kann.

Die zweite, engere Sichtweise fokussiert auf die ausgewiesenen Kosten des Staates: d.h. vor allem die Personalkosten sowie Material und Unterhaltskosten. Die Verteidigungsbudgets und –ausgaben basieren auf dieser Kostenberechnung.

Während Verfechter der Wehrpflicht sich auf die offiziellen Zahlen der Verteidigungsausgaben berufen und damit belegen wollen, dass eine Freiwilligenstreitkraft teurer sei als eine Wehrpflichtarmee, stützen sich die Befürworter einer Freiwilligenstreitkraft auf eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Ökonomen weisen darauf hin, dass für die Darstellung der ‚Kostenwahrheit‘ der staatlichen Sicherheit die erste, gesamtwirtschaftliche Berechnungsart sinnvoller sei. Mehrheitlich wird von ihnen der Schluss gezogen, dass aus gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Freiwilligenstreitkraft kosteneffektiver ist als eine Wehrpflichtarmee (Aschinger 1981, 1983, Borner und Straubhaar 1990, Jackwerth 1998, Straubhaar 1988).

Ihre Begründungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Indem zu viele Arbeitskräfte ins Militär einbezogen werden, werde die menschliche Arbeitskraft unterbewertet und es komme zu einer Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen. Das Problem sei, dass die Zwangsverpflichtung die Illusion entstehen lasse, das Personal sei ‚gratis‘ (Gratis-Illusion). Dies bewirke ‚Overmanning‘, d.h. der Faktor ‚Arbeit‘, weil ‚gratis‘, werde in Wehrpflichtarmeen übermässig eingesetzt, wohingegen der Faktor ‚Kapital‘ (Waffen/Geräte) unterproportional zum Tragen komme (Massenbeschaffungen teuer, Tendenz zur raschen Überalterung der Waffen und Geräte).
- Nach Opel (1998, 91) scheinen deshalb Wehrpflichtarmeen von ihrem Wesen her stets überdimensioniert zu sein und würden einer Reduzierung des Personalumfanges entgegenstehen.
- Da bei Wehrpflichtigen in der Regel der Lohn der zivilen Erwerbsarbeit höher sei als der Sold, würden die Wehrpflichtigen mit einer impliziten Einkommensteuer belegt. Diese entlaste nichtdienstleistende Steuerzahler, weil diese geringere explizite Steuern zahlen müssten (Aschinger 1981, 718). Solche verdeckten Kosten würden in der Regel in den Verteidigungsausgaben von Wehrpflichtarmeen kaum auftauchen, müssten aber bei Wehrsystemvergleichen beigezogen werden.

Die Thematik der Kosten einer Wehrpflichtarmee oder Freiwilligenstreitkraft beschäftigte schon Adam Smith. Er stellte die These auf, dass sich nur reiche Staaten eine ‚Berufsarmee‘ leisten könnten (Smith 1983, 63). Die Wehrpflicht sei hingegen ein Instrument armer Staaten, um dennoch kostengünstig Streitkräfte zu unterhalten. In den sechziger und siebziger Jahren

versuchten mehrere amerikanische Studien, die Kosten einer Freiwilligenstreitkraft vor einem Systemübergang zu schätzen, somit auch indirekt die These Smith's zu überprüfen (O'i 1967, Hansen und Weisbrod 1967, Friedman 1967, Gates 1970). Die Studien kommen jeweils zum Schluss, – im gegenteiligen Sinne als Adam Smith –, dass die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer Freiwilligenstreitkraft tiefer seien als die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflichtarmee (Argument der Kostenwahrheit).⁹²

Neuere Untersuchungen im europäischen Raum (siehe unten) bestätigen diese Berechnungen, weisen aber auf die steigenden Personalkosten von Freiwilligenstreitkräften hin, die einen Grossteil der Ausgaben ausmachen. Deshalb müsse beim Übergang von der Wehrpflicht zu einem Freiwilligensystem der Personalumfang gesenkt werden, um die steigenden Kosten auszugleichen. Gleichzeitig wird versucht, den Kapitaleinsatz (Waffen, Geräte) zu erhöhen. Das Problem in Europa ist heute, dass die Personalkosten fast den gesamten Verteidigungsetat verschlingen, d.h. das Verhältnis Betriebskosten zu Investitionskosten hat sich erheblich verschlechtert. Ein Grund dafür ist, dass eine Präferenz für zivile gegenüber militärischen Tätigkeiten besteht (Aschinger 1981, 718). Deshalb müsse das Lohnniveau für eine militärische Beschäftigung in der Regel höher sein als im zivilen Arbeitsbereich, damit eine genügende Zahl an fachlich qualifizierten Personen rekrutiert werden könne.

Das lässt sich z.B. in den niederländischen Streitkräften feststellen. Nach Rosendahl (1999, 47) sind Zeitsoldaten etwas besser bezahlt als vergleichbare zivile Arbeitnehmer. Aufgrund seiner Berechnungen kostet ein wehrpflichtiger Soldat pro Kopf und Jahr im Durchschnitt 26000 Gulden, wohingegen ein professioneller Zeitsoldat pro Kopf und Jahr mit knapp 60000 Gulden die Staatskasse belastet. Folglich kann für das gleiche Geld eine erheblich geringere Anzahl an freiwilligen Soldaten beschäftigt werden.

In Deutschland stellt Sehmsdorf (1998) die Wehrpflichtarmee kostenmässig einer Freiwilligenstreitkraft gegenüber. Nach seinen (gesamtwirtschaftlichen) Berechnungen kostet eine Wehrpflichtarmee mit 275000 Angehörigen die deutsche Volkswirtschaft etwa gleich viel wie eine Freiwilligenstreitkraft mit 225000 Angehörigen. Das heisst, nur durch eine Reduktion der Bestandesgrösse kann sich die Freiwilligenstreitkraft aus budgetärer Sicht mit einer Wehrpflichtarmee messen.

Schätzungen in Tschechien zeigen, dass mit der Einführung einer Freiwilligenstreitkraft die Kosten für die Streitkräfte nicht verringert werden könnten, sondern es müsste sogar davon ausgegangen werden, dass sich der Aufwand um rund 30% erhöhen würde. Dabei wird ange-

⁹² Auf der Individualebene überprüft Knapp (1973) die These, ob die Wehrpflicht wirklich im weiteren Leben einen negativen Einfluss auf das Einkommen habe, d.h. Wehrpflichtige würden weniger verdienen als solche, die keinen Dienst leisten müssten. Seine Arbeitsthese lautet: Je älter ein Einzuziehender ist, desto grösser ist der Verlust des Humankapitals, und je höher die Bildung vor der Einberufung ist, desto höher wird der Verlust an Humankapital sein, wenn die Person eingezogen wird. Diese These kann er bestätigen. Zugleich zeigt er aber auf, dass für junge und schlecht gebildete Wehrpflichtige sogar ein Gewinn an Humankapital aus dem Militärdienst resultieren könne (496). Eine ähnliche Analyse machen Lau et al. (2002). Sie erkennen einen signifikanten Einfluss der Wehrpflicht auf der Individualebene. Sie stellen fest, dass ehemalige Wehrpflichtige auch nach zehn Jahren einen Produktivitätsrückstand gegenüber ihren gleichaltrigen nicht Dienst leistenden männlichen Kollegen haben.

nommen, dass die Streitkräfte um 30% höhere Gehälter bezahlen müssten als eine vergleichbare zivile Anstellung in der Privatwirtschaft, um genügend qualifiziertes Personal rekrutieren zu können (Tschechien 2001, 128).

Abbondanza (1997) errechnet für eine fiktive Schweizer Freiwilligenstreitkraft (Grösse 46900 Mann) nach den gleichen Ausgabenstrukturen wie bei den belgischen Streitkräften (erhöhte Personalkosten, abgesenkte Betriebs- und Rüstungskosten im Vergleich zum Milizsystem) ein fiktives Verteidigungsbudget. Dabei kommt er zum Schluss, dass eine Freiwilligenstreitkraft nach belgischem Vorbild die Schweiz etwas günstiger zu stehen käme als die derzeitigen Verteidigungsausgaben.⁹³ In seiner Studie zur Abschätzung der volkswirtschaftlichen Kosten der schweizerischen Landesverteidigung errechnet Hug (1999), dass die ausgewiesenen direkten Kosten der Streitkräfte nicht einmal zwei Drittel aller Verteidigungskosten ausmachen. Er nennt diese zusätzlichen Kosten ‚indirekte Kosten‘ (40). Weiter führt er aus, dass die von den Unternehmen getragenen verdeckten oder indirekten Kosten eine erhebliche Belastung der schweizerischen Volkswirtschaft darstellen und die Standortqualität und die damit verbundene internationale Wettbewerbsfähigkeit vermindere (Hug 1999, 40). Ähnliche Berechnungen stellt das schweizerische Verteidigungsministerium 1998 an. Dabei belaufen sich 1998 die volkswirtschaftlichen Kosten für die schweizerische Landesverteidigung auf insgesamt 9.035 Mia. Fr. Davon entfallen 7.025 Mia. Fr. auf budgetäre und 2.010 Mia. Fr. auf extrabudgetäre Kosten (VBS 1998, 8). Es wird in dieser Studie angemerkt, dass die Opportunitätskosten des schweizerischen Milizsystems im Vergleich zu den Wehrpflichtarmeen Europas wesentlich höhere Ausfallkosten für die Wehrpflichtigen und die Unternehmen nach sich ziehen, denn in der Regel treten die Jugendlichen in den europäischen Wehrpflichtarmeen erst nach Beendigung ihrer Dienstzeit in das eigentliche Berufsleben ein. Der Anteil der ausserbudgetären Kosten in der Schweiz mit 17% sei doppelt so hoch wie in Schweden, Deutschland, Italien und Israel (29).

3.3.2 Die Frage der militärischen Effizienz

In der Fachliteratur wird die Wehrpflicht unter anderem auf ihre Effizienz (Wirtschaftlichkeit) hin beurteilt. Tendenziell wird ihr eine ineffiziente Nutzung menschlicher Ressourcen zugeschrieben (Borner 1978, 12, Wandsbecker Kreis 1994, 174). Durch das in Abschnitt 3.3.1 beschriebene *overmanning* führt die ineffiziente Allokation menschlicher Ressourcen zu einem gesamtvolkswirtschaftlichen Verlust, denn hochqualifizierte Arbeitskräfte, die in der zivilen Erwerbsarbeit eine grosse Produktivität erzielen, können in einer Wehrpflichtarmee

⁹³ In seiner Kostenberechnung unberücksichtigt, weil schwer abzuschätzen, bleiben 1. der Bündniseffekt: Belgien kann sich eine redimensionierte Streitkraft leisten, weil sich die Landesverteidigung auf die Nato stützt, 2. die föderalistische Struktur der Schweiz mit ihren Ausgaben für die Landesverteidigung sowohl auf Staats-, Kantons- wie Gemeindeebene, und 3. die unterschiedlichen Anforderungen, welche die typische schweizerische Landestopographie an die Ausrüstung einer fiktiven Freiwilligenstreitkraft stellen würde.

nicht entsprechend eingesetzt werden (Borner und Straubhaar 1990, 11). Wehrpflichtarmeen scheinen über mehr qualifizierte Leute als qualifizierte Arbeitsplätze zu verfügen.

Eine Wehrpflichtarmee produziert eine zu hohe Umschlagsrate ihrer Mitglieder. D.h., bei Wehrpflichtarmeen besteht eine aussergewöhnlich *hohe Fluktuationsrate auf der untersten Ebene*. Im Vergleich zu zivilen Organisationen wird jeweils ein Grossteil der Mitglieder jedes Jahr ausgewechselt. Durch die hohen Fluktuationen ist nach Schleicher und Straubhaar (1996, 24) der Anteil einsetzbarer und gefechtsbereit ausgebildeter Soldaten am Gesamtbestand relativ gering, weil ständig ein grosser Teil des Personals entweder selber in der Ausbildung steht oder aber dann als Ausbildungspersonal tätig ist. Weiter bestehe die Gefahr des sogenannten ‚Gammeldienstes‘, wenn Streitkräfte aufgrund ihrer zu grossen Anzahl an Dienstpflichtigen diese nicht mehr adäquat beschäftigen könnten.

Wie Hug (1999) ausführt, müssen die theoretischen Grundannahmen der ineffizienten Wehrpflicht differenziert werden. Bei der Überschreitung einer gewissen Zahl von Soldaten kann auch in einer Freiwilligenstreitkraft eine ineffiziente Verwendung menschlicher Ressourcen vorkommen.

3.3.3 *Rekrutierung von Freiwilligen und Verkürzung der Dienstzeit für Wehrpflichtige*

Beim Rekrutierungssystem der Wehrpflicht erfolgt die Personalbeschaffung über die Erfassung inländischer männlicher Angehöriger einer bestimmten Alterskohorte. Durch diese Zwangsaushebung kann der Staat auf die Personalgewinnung über den Arbeitsmarkt verzichten. Um neben den zwangsausgehobenen Wehrpflichtigen aber auch eine genügend grosse Rekrutierungsbasis für den Soldatenberuf zu erreichen, sind die Militärorganisationen interessiert, auf ein gewisses Mass an Prestige für den Soldatenberuf zählen zu können. Das Ansehen des Militärs in der Gesellschaft ist neben materiellen Anreizen bedeutsam für die Gewinnung von Freiwilligen. Das Ansehen wiederum hängt mit dem Bedrohungsempfinden einer Gesellschaft zusammen.

Nach Geser unterscheiden sich Streitkräfte in ihrer inneren Struktur von Zivilorganisationen deshalb, „weil sie ihre neu eintretenden Mitglieder unselektiver aus der umliegenden Gesellschaft rekrutieren und von ihnen ein geringeres gemeinsames Mindestniveau von vorgängig erworbenen Motivationen und Qualifikationen verlangen“ (Geser 1981, 103). Diese Betrachtungsweise lässt sich auf Streitkräfte mit einer Zwangsverpflichtung anwenden, denn durch die Wehrpflicht wird ausser der medizinischen und psychologischen Tauglichkeitsabklärung keine Selektion vorgenommen.

Wie gestaltet sich aber die Rekrutierung freiwilliger Personen für den Militärdienst?

Schon in den siebziger Jahren zeigten sich erhebliche Schwierigkeiten für die US-Streitkräfte, geeignetes Personal in genügender Zahl zu rekrutieren (Doorn 1976a, 56, Starlinger 2001). Die Freiwilligenstreitkräfte in Europa sehen sich mit den gleichen Problemen hinsichtlich

Quantität und Qualität konfrontiert. Es lassen sich bei der Anwerbung von professionellem Personal im Zeitvergleich relativ grosse Schwankungen feststellen. Cailleteau (1991) versucht diese mit den Wellenbewegungen der Arbeitslosigkeit zu korrelieren. In wirtschaftlichen Krisenzeiten lasse sich leichter Personal für die Streitkräfte rekrutieren. Gilroy, Phillips und Blair (1990) stellen eine Verbindung der Jugendarbeitslosigkeit und der Rekrutierung nicht nur in quantitativer Hinsicht fest. Sie konstatieren auch eine qualitative Verbesserung der Streitkräfte, wenn die Auswahl der Bewerber grösser ist.

In vielen Ländern gelingt es nicht, die nötige Anzahl an Freiwilligen zu rekrutieren. Gründe dafür sind:

- Die Konkurrenz durch zivile Anbieter auf dem Stellenmarkt ist zu gross,
- die Motivation für militärische Arbeit zu gering und
- die finanziellen Anreize sind nicht ausreichend.

Dandeker (1991) belegt dies in einer Untersuchung über die britischen Streitkräfte. Demzufolge rekrutierte das Militär im Jahr 1990 bei den Bodentruppen 5286 Personen zu wenig. Gleichzeitig stellte er eine Überalterung des militärischen Personals fest. Ähnliche Trends zeigen sich in Belgien. 1994 konnten von 1231 offenen Stellen bloss 882 besetzt werden. „Besonders gross war die Rekrutierungslücke im wirtschaftlich prosperierenden flämischen Teil Belgiens. Dort blieben 39 Prozent der Stellen unbesetzt, im französischen Sprachraum waren es dagegen nur zwei Prozent“ (Klein 1996a, 34). Eine mögliche Erklärung für dieses Nichtbesetzen-Können der erforderlichen Stellen liegt laut dem belgischen Generalstab darin, dass das Niveau der Rekrutierungstests nicht dem feststellbar sinkenden Niveau der Bewerber angepasst wird. Freie Stellen werden grundsätzlich gar nicht als mit unterqualifiziertem Personal besetzt (Richter und Schleicher 1996, 94).

Um den Personalbedarf von Freiwilligenstreitkräften zu decken, bedarf es stärkerer ökonomischer Anreize: „Besoldung, Arbeitsbedingungen, Karriereaussichten und Pensionen werden die Hauptanziehungspunkte sein“ (Doorn 1976a, 57). Weiter hängt nach Doorn eine Freiwilligenstreitkraft von einem stark segmentierten Arbeitsmarkt ab. Bestimmte Segmente der Bevölkerung scheinen für die Ausübung eines militärischen Berufes stärker motiviert zu sein. Er schliesst daraus, dass sozial unterprivilegierte Gruppen eher zum freiwilligen Militärdienst bereit sein dürften.

Aus den oben genannten Überlegungen lässt sich folgern, dass Freiwilligenstreitkräfte tendenziell am stärksten von einem Mangel an Spezialisten betroffen sind, denn „von der Nachfrageseite her wird heute besonders technisches Personal benötigt. Daher kann bei Freiwilligenstreitkräften die Personaldeckung durch qualitativ hochwertiges Personal äusserst schwierig werden“ (Jackwerth 1998, 378). Um eine erfolgreiche Rekrutierung für eine Freiwilligenstreitkraft auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten, muss der Staat genügend gute Anreize nicht nur ökonomischer Art für zukünftiges Berufspersonal schaffen. Vor allem Weiterbil-

dungsprogramme sind ein Schlüssel für die erfolgreiche Rekrutierung von freiwilligem Militärpersonal.⁹⁴

Steinkamm und Schössler (1999, 251) befürchten bei der Aussetzung der Wehrpflicht einen Verlust an Professionalität, denn dadurch fiel die Möglichkeit zur Rekrutierung für fähige Zeit- und Berufssoldaten weg. Die „personelle Regeneration des Militärs“ ist nach Bald (1997, 168) der eigentliche militärspezifisch-organisationsinterne Grund, warum an der Wehrpflicht in Deutschland festgehalten werde. Durch das Rekrutierungssystem der Wehrpflicht könne jedes Jahr eine Vielzahl möglicher Kaderpersonen neu in das Militärsystem integriert werden.

Schon 1972 bemerkte Janowitz, dass Nato-Länder die Dauer der Wehrpflicht zu kürzen beginnen und sich vermehrt auf ein Freiwilligensystem abstützen.⁹⁵ Neben bereits genannten gesellschaftlichen und technologischen Gründen ist dabei auch der folgende ökonomische Grund für diese Begleiterscheinung des Auslaufens der Massenarmeen verantwortlich: Die Ausbildung von Spezialisten ist mit hohen Kosten verbunden. Um diese Ausbildungskosten zu amortisieren, muss das berufliche Personal über eine längere Zeitperiode in der Organisation verbleiben. Um die entstehenden Kosten wieder auszugleichen, wird die Dienstzeit der Wehrpflichtigen gekürzt. Der ökonomische Druck kann so abgeschwächt werden. „From this follows the fact that, in all Western military organizations, the role of draftees has been progressively marginalized to the point that in some countries, the draft has been ended or suspended” (Manigart 2003a, 325).

3.4 Geostrategische Triebkräfte

3.4.1 Das Ende des Kalten Krieges

Das geostrategische Umfeld in Europa hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges fundamental geändert. Eine unmittelbare militärische Bedrohung existiert nicht mehr (Moelker

⁹⁴ Eitelberg (1996, 67) beschreibt die verfehlten Bemühungen des amerikanischen Kongresses wie folgt: „In 1976, Congress decided to take away GI Bill benefits for new recruits at a time when military pay was eroding, the civilian job market for young men was improving, and the ‘enlistment propensity’ of prospective volunteers was decreasing sharply. Within a few years, it was clear that the combined effect of these and other influences had placed the all-volunteer system on the brink of disaster; recruiters missed their goals; personnel attrition seemed uncontrollable; troop morale waned along with public perceptions of the military; reports of disciplinary problems, drug use, and substandard performance circulated widely; and there were repeated charges that the force was ‘hollow’.” Doch diese Situation in den amerikanischen Streitkräften konnte im Verlaufe der achtziger und neunziger Jahre durch gezielte Bildungsmöglichkeiten wieder verbessert werden. „Generally, proportions of high-quality recruits have been increasing annually through the 1980s and early 1990s. This is especially evident for the Army, where over 76 percent of recruits were defined as ‘high-quality’ – more than double the percentage attained in 1973 and second only to the Air Force’s total of 84 percent” (Eitelberg 1996, 76).

⁹⁵ “The NATO nations are phasing out of existence the mass conscript armed force with vast mobilization reserves... The end of the draft in the United States will also push NATO countries toward all-volunteer systems or toward new forms of militia systems” (Janowitz 1972b, 15).

2002, SIPOL B 2000). Die Zeiten der Überraschungsangriffe sind vorbei und die Vorwarnzeiten für raumübergreifende Operationen mittels konventioneller Waffen sind auf Jahre angestiegen.⁹⁶ Viele der ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes sind entweder der Nato beigetreten oder signalisieren ihre Bereitschaft dazu. Die Konkurrenz zwischen Ost und West hat sich in den neunziger Jahre friedlich aufgelöst. Die Möglichkeit eines Krieges zwischen europäischen Nachbarnstaaten kann höchstens als Resultat jahrelanger negativer Entwicklungen Realität werden, wobei ein einseitiges Aufrüsten im europäischen Umfeld sicherlich bemerkt wird.

Während sich früher zwei grosse Blöcke feindlich gegenüberstanden und sich mittels grosser Massenarmeen gegenseitig abzuschrecken versuchten, sind heute die neuen Konfliktszenarien auf einer anderen Ebene anzusiedeln. Neue, komplexere und unsichere Bedrohungen multiplizieren die Risiken und Gefahren gegenüber der bipolaren Konstellation. Aber das Fehlen klarer militärischer Gefahren nach dem Ende des Kalten Krieges vergrössert seitens der Gesellschaft den Druck nach einer Streitkräftereduzierung und rückt die Frage nach der Wehrpflicht verstärkt ins Zentrum (Haltiner 1998a, 7, Berger 2001). Rosendahl stellt das Ende des Kalten Krieges in einen grösseren geschichtlichen Zusammenhang:

Wie dem auch sei, 1989 wird in die Geschichtsbücher eingehen als das Jahr des Endes des Kalten Krieges. Wenn man den historischen Vergleich weiter zieht, kann man das Jahr 1989 auch als das Geburtsjahr der modernen Berufarmee betrachten. Nach dem Ende des Kalten Krieges werden keine grossen stehende Heere mehr gebraucht, wenigstens nicht in absehbarer Zukunft (Rosendahl 1999, 52).

Nach 1989 werden zwei Gefahrenpotenziale stärker betont.

- Einerseits geht eine Bedrohung von Massenvernichtungswaffen aus (Proliferation), die insbesondere in die Hände nichtstaatlicher Gruppierungen gelangen und ohne Vorwarnzeit für terroristische Zwecke missbraucht werden könnten (SIPOL B 2000, 14).
- Andererseits ist die Bedeutung von *Low-intensity*-Konflikten merklich angestiegen (Kaldor 2000, Münkler 2002).

Die Aufgabenschwerpunkte entfernen sich immer mehr von der Landesverteidigung und der gegenseitigen Abschreckung. Vielmehr werden die Risikoversorge und das Vorbeugen und Eindämmen einer Krise in Friedenszeiten hervorgehoben (Schwarz 1993, 146). Diese Verschiebung der Risikowahrnehmung erfordert eine Neu beurteilung der Aufgaben der Streitkräfte.

Die geringe Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Konfliktes und die gestiegenen Gefahren durch *Low-intensity*-Konflikte ergeben eine besondere sicherheitspolitische Konstellation: Technische Grossrisiken, Umweltkatastrophen, Migrationsströme, Rassismus und Fremdenhass, Gewaltpotenziale weltanschaulicher Fundamentalisten, Terrorismus und organisierte Kriminalität erfordern andere militärische Strukturen, als sie der klassische europäische Staat

⁹⁶ Vergleiche dazu Haltiner 2000, 99, Lezzi 2000, 17, Opel 1994, 115, SIPOL B 2000, 14, Eichenberger und Steinemann 1991, 26.

mit der Massenarmee auf Wehrpflichtbasis bereitstellen kann.⁹⁷ Dadurch sinke die Bereitschaft der Gesellschaft, den Streitkräften finanzielle Mittel und vor allem persönliches Engagement zur Verfügung zu stellen (Stadelmann 1994, 111). Die Verschiebung des Bedrohungsspektrums ist mit eine Ursache, weshalb europäische Staaten und ihre Öffentlichkeit sich vermehrt von der Wehrpflicht ab und einer professionalisierten Freiwilligenstreitkraft zuwenden. Empirische Evidenzen scheinen dem zuzustimmen. Das Ende des Kalten Krieges und der Golfkrieg 1991 beeinflussen die öffentliche Meinung in Bezug auf die Einführung einer Freiwilligenstreitkraft. So sprachen sich in den Niederlanden 1989 36% der Bevölkerung für eine solche aus, nach dem Golfkrieg waren es schon 55% (Rosendahl 1999, 45). Gleichzeitig fiel die Zustimmung zur Wehrpflicht bei einer von Klein (1996a, 33) zitierten Untersuchung von 49% im Jahre 1989 auf 18% im Jahre 1992, und die Befürwortung einer Freiwilligenstreitkraft stieg im selben Zeitraum von 36% auf 70%.

Die territoriale Verteidigung wird in Zukunft eine geringere Bedeutung erhalten. Sind während des Kalten Krieges die Abschreckungs- und Kampfaufgaben prioritär, so rücken diese nach dem Mauerfall an die zweite Stelle. Die Hauptaufgabe wird die Krisen- und Konfliktvermeidung darstellen mit der Fähigkeit, weltweite Verlegungen der Streitkräfte durchführen zu können. Um die neuen Aufgaben erfolgreich erfüllen zu können, ist nach Geser eine neue Organisationsform erforderlich, welche „die militärische Kapazitäten zur fokussierten, zielorientierten Gewaltanwendung mit den Flexibilitäten und lokalen Reagibilitäten, wie sie polizeilichen Strukturen eigen sind, in sich vereinigt“ (Geser 1996, 48).

3.4.2 *Der Einsatz von Streitkräften im Ausland*

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat die Zahl an militärischen Einsätzen, die als nicht-traditionale Aufgaben der Streitkräfte bezeichnet werden können, deutlich zugenommen. Die Zahl der von der Uno begonnenen oder abgeschlossenen Friedensmissionen ist auf 59 angewachsen, 16 Einsätze laufen noch (Gareis 2004a). In der Fachliteratur wird immer wieder betont, dass Einsätze von Streitkräften im Ausland (sogenannte Peace Support Operations, PSO)⁹⁸ spezialisierte und hochmobile Verbände voraussetzen, die sich aus Freiwilligen zusammensetzen. Diese Einsätze sind multifunktional. „Ihr Ziel ist eine langfristige politische

⁹⁷ Semlitsch (1993, 451) stellt diese Beziehung so dar, „dass die globale Bedrohung gesunken ist, die lokalen Gefahren aber gestiegen sind“. Ausserdem bestehen weitere Gefahrenstrukturen. Zu nennen sind dabei auch die Proliferation nuklearer, biologischer und chemischer Waffen sowie von Waffensystemen grosser Reichweite, Angriffe auf den Informatikbereich und die Beeinträchtigung elektronischer Netze, Erpressung durch Regierungen, Bodenerosion, Klimaveränderung und der Anstieg des Meeresspiegels; vergleiche dazu Schindler 1999, 30, Bericht der Studienkommission für strategische Fragen 1998, 6-7, SIPOL B 2000, 14ff.

⁹⁸ Zur Frage der PSO: “PSO was a term first used by the military to cover both peacekeeping and peace enforcement operations, but is now used more widely to embrace in addition those other peace-related operations which include conflict prevention, peacemaking, peacebuilding and humanitarian assistance” (Tripodi 2001, 155). Geser (1996, 56) spricht in Zusammenhang mit Friedensmissionen von einer Ausweitung des Auftrags für die Streitkräfte und schlägt vor, dass der Begriff Friedensmission durch eine breiter gefasste Aufgabendefinition umschrieben werden sollte („Krisenmanagement“).

Konfliktlösung. In der Regel bedienen sich PSO sowohl multinationaler Streitkräfte, die sich an einem gemeinsamen Standard orientieren, als auch diplomatischer und humanitärer Organisationen“ (Wenger, Mauer, Schwerzmann 2003, 5). Diese internationalen Stabilisierungseinsätze (z.B. Kosovo) werden für die kleineren und mobileren Streitkräfte Europas zu einer strukturbestimmenden Aufgabe. Es scheint, dass nur hochmoderne und professionalisierte Streitkräfte die Fähigkeit besitzen, erfolgreiche Einsätze im Ausland durchführen zu können (Haltiner und Klein 2002, 9, Klein und Pajon 2002, 114f). Die traditionell ausgestatteten und strukturierten Massenarmeen sind nur auf die klassische Aufgabe der Landesverteidigung ausgerichtet. Nach Rose (1998, 53) zeichnet sich innerhalb der Nato zunehmend die Herausbildung zweier unterschiedlicher Klassen von Streitkräften ab. Er geht davon aus, dass *High-Tech*-Streitkräfte mit der Fähigkeit zu weltweiten Interventionseinsätzen (z.B. die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte) mit den traditionell ausgestatteten und strukturierten klassischen Massenarmeen nur sehr begrenzt kompatibel sein werden (53). Zunehmend zeige sich nämlich die Schwierigkeit, dass diese Kompatibilität moderner Freiwilligenstreitkräfte mit Wehrpflichtarmeen in PSO immer schwieriger werde. Deshalb hätten Staaten, die an der Wehrpflicht festhielten, unter anderem ihren Personalaufwand und ihre Entsendezpraxis in multinationalen Verbänden den Freiwilligenstreitkräften fast vollständig angepasst (Gareis 2004b, 338).⁹⁹

Wichtige Pfeiler für Auslandeinsätze sind die *Combined Joint Task Forces* (CJTF), die massgeschneiderte, multinationale und aus verschiedenen Teilstreitkräften zusammengesetzte Einsatzverbände darstellen (SIPOL B 2000, 27). Die für diese Einsätze benötigten Streitkräftetruppen werden aus mehreren Elementen und aus verschiedenen Staaten zusammengesetzt. Nach Geser genügt aber eine Neuorganisation der Streitkräfte nicht, um Aufgaben in internationalen Friedensmissionen erfolgreich lösen zu können:

Die generellste These dieses Beitrags lautet, dass die bisher verfügbaren Foren gewaltanwendender Organisation für die Bewältigung der seit Ende des Kalten Krieges zunehmend in den Vordergrund tretenden Probleme intranationaler, regionaler und globaler Sicherheit nicht gut geeignet sind, da sie sich allzu stark entweder auf sehr dezentrale Ereignisse von *Mikroviolenz* (Polizei) oder auf Fälle höchst konzentrierter (insbesonderer nuklearer) *Makroviolenz* (Militär) ausgerichtet haben. Im Unterschied dazu sehen sich internationale Friedensmissionen meist mit einer (unvorhersehbar variablen) Mischung aus ‚typisch militärischen‘ und ‚typisch polizeilichen‘ Problemlagen konfrontiert, oft mit dem Schwerpunkt auf ‚*Mesoviolenz*‘ (z.B. in Form organisierter Banden- und Guerillaaktionen), zu deren Bewältigung bisher keine ähnlich hoch institutionalisierte Organisationsformen und Einsatzkonzepte ausgebildet worden sind (Geser 1996, 70).

Geser plädiert in der praktischen Umsetzung somit für eine neue Ausbildung der Streitkräfte. Zumindest für jene Einheiten, die sich mit friedenserhaltenden und –erzwingenden Massnahmen beschäftigen. Ansonsten würden die Einsätze ins Leere laufen, denn die Soldaten könnten sich nicht der Situation nach adäquat verhalten. Zugleich seien auch Polizeikräfte nicht geeignet, solche Aufgaben zu bewältigen.

⁹⁹ Wehrpflichtige sind nur begrenzt in PSO einsetzbar. In den meisten Staaten ist per Gesetz geregelt, dass nur sich freiwillig meldende Wehrpflichtige für solche Missionen eingesetzt werden können (Haltiner und Klein 2002).

Hier rückt das Konstabularisierungskonzept in den Fokus.¹⁰⁰ Nach Schössler sei das Ziel einer ‚Konstabler-Streitmacht‘ nicht der Sieg mit allen militärischen Mitteln. Vielmehr sollen anhaltende, lebensfähige internationale Beziehungen geschaffen werden. Dies könne nur unter Beachtung der Verhältnismässigkeit der Mittel erreicht werden (1980, 169). Konkret weisen Haltiner und Klein (2002, 13f) den Soldaten vor Ort folgende Aufgaben zu:

- Verhinderung von bewaffneten Konflikten,
- Durchsetzung des Rechts,
- Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung,
- Vermittlung in ungelösten kleineren und grösseren Alltagskonflikten,
- Schutz ethnischer Minderheiten vor intoleranten Mehrheiten,
- Hilfe in humanitären Katastrophen,
- Durchführung und Kontrolle von Wahlen und Abstimmungen,
- Übernahme polizeilicher Aufgaben,
- Wiederaufbau kriegszerstörter Infrastrukturen,
- Wiedereinrichtung zerrütteter gesellschaftlicher und politischer Institutionen.

Aufgrund dieser neuen Aufgaben würden Militärorganisationen, oder zumindest Teile davon, zu Instrumenten der Ordnungsstiftung und zu solchen des ‚Nation-building‘ (14). Dabei dürfen Militärorganisationen aber ihre eigentliche Kampfkraft nicht verlieren.

Tripodi (2001) vertritt die These, dass Wehrpflichtige in PSO stark motiviert seien und dabei die Möglichkeit sehen, Erlebnisse zu sammeln, die sie im zivilen Bereich so nicht erhalten würden. Er meint, dass in PSO ein strikt militärischer Ansatz eher kontraproduktiv sei. Durch Wehrpflichtige (auf freiwilliger Basis) habe man auch Zivilisten in Uniform. „Conscripts are more enthusiastic than professional soldiers when performing humanitarian tasks“ (Tripodi 2001, 163). Die Beteiligung von italienischen Wehrpflichtigen in PSO habe eine signifikante Rolle bei der Etablierung von guten Beziehungen zur lokalen Bevölkerung gezeigt. Unter Umständen würden Wehrpflichtige besser einsetzbar sein als professionelle Soldaten, da Wehrpflichtige eher eine ‚zivile‘ Sichtweise hätten.

3.4.3 Allianzen und die sich daraus ergebende Internationalisierung der Sicherheitspolitik

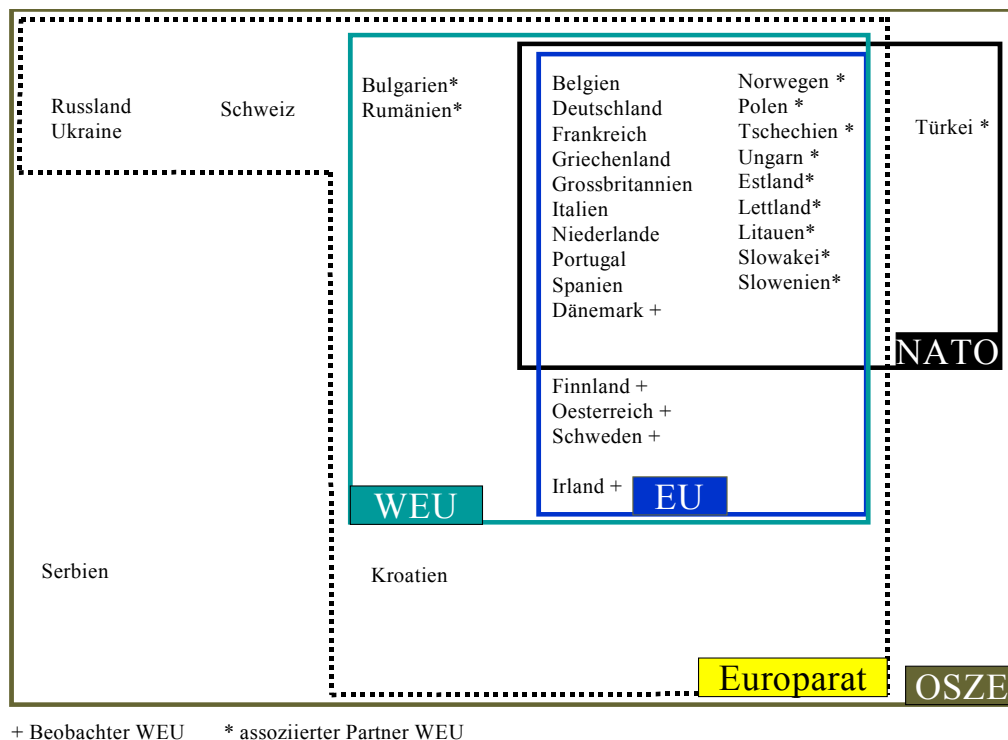
Allianzen werden als Zusammenschluss souveräner Staaten zur Erreichung gemeinsamer Ziele verstanden. Allianzen sind in dieser Arbeit so definiert, dass sie entweder eine Mitgliedschaft in der EU, der Nato oder der WEU voraussetzen.¹⁰¹ Dabei wird davon ausgegangen, dass diese drei Organisationen Sicherheit generieren können, und dies nicht nur auf rein militärischer sondern auf einer generelleren sicherheitspolitischen Ebene (z.B. EU).

¹⁰⁰ Siehe dazu das Grundkonzept von Janowitz (1966), welches Ende der fünfziger, anfangs der sechziger Jahre entwickelt wurde.

¹⁰¹ Siehe für eine übersichtliche Kurzfassung der Geschichte, der Aufgabe und des Wandels der Nato bei Theiler (2004).

Abbildung 3.1 zeigt die internationalen Kooperationsmitgliedschaften (erweitert um die Mitgliedschaft im Europarat und der OSZE) der untersuchten europäischen Staaten. Neben allen aufgeführten Organisationen scheint vor allem die Nato jene zu sein, die eine Umstellung der Wehrpflichtarmee auf eine Freiwilligenstreitkraft zulässt. Diese Aussage gilt es im empirischen Teil genauer zu überprüfen.

Abbildung 3.1: Mitgliedschaft der in der Untersuchung berücksichtigten europäischen Staaten in internationalen Organisationen (modifizierte Darstellung auf der Grundlage von SIPOL B 2000, 24)



Es wird von der Hypothese ausgegangen, dass Staaten und deren Streitkräfte andere Verhaltensweisen zeigen, wenn sie in einem sicherheitspolitischen Verbund sind.¹⁰² Allianzgebundene Staaten sollten ähnliche Strukturmerkmale aufweisen als allianzfreie Länder, da diese ihre Sicherheit autonom konzipieren müssen und so verschiedenartige Verteidigungskonzepte erarbeitet haben. Es kann aufgrund der Annahme unterschiedlicher Verhaltensweisen und Organisationsstrukturen theoretisch angenommen werden, dass allianzfreie Staaten

- mehr für ihre Verteidigung ausgeben, da sie sich nicht auf verlässliche Partner abstützen können und somit die Verteidigung des Territoriums in Eigenleistung gewähren müssen,
- deshalb ein grösserer Teil der Bevölkerung für militärische und sicherheitspolitische Zwecke eingebunden werden muss,
- ihre Streitkräftestrukturen stärker der einer Massenarmee ähnlich sind, somit der Wehrpflichtanteil höher sein muss,

¹⁰² Somit wird hier der Allianzfaktor als eine ursächliche Triebkraft betrachtet.

- dadurch auch ‚günstigere‘ Soldaten generiert werden, weil Arbeit nicht durch Kapital ersetzt wird und durch die höhere Militärpartizipationsrate automatisch die Verteidigungsausgaben pro aktiver Soldat tiefer zu stehen kommen, und
- infolge der geringeren internationalen Vernetzung ein kleinerer Anteil der Streitkräfte in Auslandseinsätzen (PSO) involviert ist.

Im Faktor ‚Mitglied einer Verteidigungsallianz‘ spielt das Konzept der Internationalisierung der Verteidigungspolitik eine tragende Rolle, wie dies das Beispiel der Nato verdeutlicht. Dabei sind die verkleinerten Freiwilligenstreitkräfte, die vor allem gehäuft in der Nato auftreten, gemäss Roth (1999, 234) die Bausteine einer neuen Sicherheitsarchitektur, welche die Voraussetzung für eine kollektive europäische Sicherheit geben sollen. Zugleich wird damit eine mögliche Invasionsfähigkeit nationalstaatlicher Streitkräfte unterbunden.¹⁰³ Auf diesem Hintergrund kann innerhalb der Allianzen eine Spezialisierung zwischen europäischen Streitkräften stattfinden mit dem Vorteil, strukturelle Beschaffungsdilemmata zu verhindern und die Verteidigungsausgaben zu schonen (Manigart 2002, 130). Eine autonom vollzogene Verteidigungs- und Sicherheitspolitik scheint selbst mit einem überdimensionierten Aufwand fast nicht mehr möglich (SIPOL B 2000, 43). Deshalb suchen Nationen eine Integration in politische und militärische Allianzen, wie dies gegenwärtig die ostmitteleuropäischen Staaten in Bezug auf die Nato und EU zu erreichen versuchen.¹⁰⁴ Dabei wird der Interoperabilität der Streitkräfte grosse Beachtung geschenkt. Interoperabilität bedeutet, dass die Streitkräfte oder ein Teil davon fähig sind in multinationalen Verbänden mitzuwirken. Dabei werden die gleiche Sprache, gleiche Terminologien, Signaturen, Führungsabläufe, Waffensysteme und Einsatzdoktrinen verwendet, um das Zusammenarbeiten zu optimieren (Schindler 1999, 30). Indem sich der Sicherheitsbezug von der nationalen zur regionalen oder internationalen Ordnung verlagert hat, ist „im Zuge der Globalisierung von Sicherheitspolitik (...) eine eigentliche Denationalisierung und Vergemeinschaftung traditioneller Militäraufgaben zu beobachten“ (Haltiner 2000, 100). Zugleich versuchen solche Kooperationen Kriege oder Konflikte nicht mehr nur durch militärische Abschreckung zu verhindern, sondern auch durch anhaltende politische und wirtschaftliche Anstrengungen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges kann zwar keine Friedensdividende aber eine Kooperationsdividende ausgemacht werden (Linnenkamp 1994, 16). Die Kooperationsdividende manifestiert sich bei der Nato in der Reduzierung von Truppenstärken und der Verringerung des Bereitschaftsgrades bei gleichzeitiger Erhöhung der Flexibilität, Beweglichkeit und Mul-

¹⁰³ Die operative Redundanz verringert sich bei hochmodern ausgerüsteten Streitkräften. Der Grund darin liegt in der Kostensteigerung im Rüstungsbereich und dem zeitgleichen Absenken der Verteidigungsausgaben. Auch die Verkleinerung der Streitkräfte bewirkt eine abnehmende Redundanz. Als Ausweg wird vermehrt eine Zusammenarbeit verschiedener Streitkräfte auf der operativen und logistischen Ebene gesucht. Dabei kommt der Interoperabilität ein besonderes Augenmerk zu. Nach Haltiner (2000, 102) kann diese Zusammenarbeit mit Teilzeitpersonal, also Wehrpflichtigen, kaum mehr sinnvoll bewältigt werden.

¹⁰⁴ Jehn und Selden (2002, 98) verbinden die Wehrpflicht der ehemaligen Ostblockstaaten mit dem Bestreben, dadurch Nato-kompatibel zu sein. Bei erfolgter Allianzzugehörigkeit werden sie aber wahrscheinlich zu kleinen spezialisierten Streitkräften übergehen: “So although the new states in Central and Eastern Europe today view conscription as a means of building a military force that will make them credible additions to NATO, once they are in the alliance they may shift to developing specialized professional forces with the knowledge that their territorial integrity is guaranteed by NATO.”

tinationalität (Nato Handbuch 1998, 78). In dieser Multinationalisierung von Verbänden sieht Haltiner (1993, 7) einen Ausdruck der Entstaatlichung und Rationalisierung von traditionellen Militäraufgaben. So kommt er zum Schluss, dass für die Aussetzung der Wehrpflicht eine Kombination dreier spezifischer Faktoren ausschlaggebend ist.

It may therefore be concluded that the combination of being a member of a defence alliance *and* being far from a direct national military threat *and* participating frequently in international missions facilitates the abolishment of conscription and the change of army format into a force with no or a low degree of compulsory military personnel (Haltiner 1998a, 33).

3.4.4 *Positionierung im europäischen Raum*

Geografische und strategische Begebenheiten eines Landes beeinflussen den Umfang der Streitkräfte und ihre Strukturen und auch indirekt das Wehrsystem. Boëne und Martin (1991) beurteilen eine Insellage als bessere Voraussetzung für eine Freiwilligenstreitkraft. Staaten mit langen Küstenlinien stützen sich stärker auf See- und Luftstreitkräfte ab und können die personalintensiven Landstreitkräfte minimieren. Europäische Kontinentalstaaten verlassen sich hingegen auf personalintensive Landstreitkräfte, welche umfangmässig nur durch die Wehrpflicht erhoben werden können (Singer 1997, 296). Diese Streitkräftetypen basieren auf einer flächendeckenden Raumverteidigung, die in Europa zumindest in den nächsten Jahren nicht mehr nötig ist. Es wird vermutet, dass zu Zeiten des Kalten Krieges westeuropäische Staaten, die einen direkten Grenzverlauf zum ehemaligen Einflussgebiet des Warschauer Paktes aufweisen, ihre Streitkräfte anders strukturierten. Es kann argumentiert werden, dass aufgrund der empfundenen Bedrohung durch die UdSSR und ihrer Satellitenstaaten diese Länder eine grosse und starke Streitkraft im Sinne einer Massenarmee bereitstellen.¹⁰⁵

Infolge der veränderten geostrategischen Situation werden für die europäischen Streitkräfte neue sicherheitspolitische Strategien und Instrumente gefordert. Die Entspannung und längere Vorwarnzeiten verringern den quantitativen Bedarf an Streitkräften, wohingegen neue Missionen wie PSO nach neuen Strukturen verlangen.

Rutsch (1996, 37) vergleicht aus geostrategischen Gesichtspunkten die Staaten Belgien, Niederlande und Frankreich, die sich anfangs der neunziger Jahre für den Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft entschieden haben. Er stellt folgende Gemeinsamkeiten fest: Mindestens zwei sind jeweils zueinander benachbart und alle haben Zugang zum Meer, sind Mitglieder der Nato und ihre Nachbarn sind stabile westeuropäische Demokratien. Folglich wird ein Wechsel von der Wehrpflichtarmee zu einer Freiwilligenstreitkraft durch die Mitgliedschaft

¹⁰⁵ Dabei wird der Fokus nur auf die westeuropäischen Staaten gerichtet, weil damit innerhalb Westeuropas eine Unterscheidung vollzogen werden kann. Die osteuropäischen Staaten des Warschauer Paktes haben mit Ausnahme Rumäniens alle einen Grenzverlauf zum Westen, deshalb macht es keinen Sinn, sie auf einen möglichen geostrategischen Einfluss der Ost-West-Konfrontation zu untersuchen. Westeuropäische Staaten mit direktem Grenzverlauf: Deutschland, Finnland, Griechenland, Norwegen, Österreich, Türkei. Westeuropäische Staaten ohne direktem Grenzverlauf: Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien.

in der Nato, demokratische Nachbarn und durch eine Streitkräftestruktur, die ihre Hauptkomponente nicht nur auf dem Heer sondern auch auf der Luftwaffe und der Marine aufbaut, begünstigt.

Erwähnenswert scheint mir bei der Behandlung des polit-geografischen Raums auf die Situation der Warschauer Pakt Staaten hinzuweisen: Der Vertrag ‚über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand‘ wurde am 14.5. 1955 von der UdSSR, Polen, der Tschechoslowakei, Bulgarien, der DDR, Ungarn, Rumänien und Albanien (1968 ausgetreten) in Warschau als Reaktion auf die Gründung der Nato abgeschlossen. Nach dem Ende des Kalten Krieges löste sich das Bündnis am 30. Juni 1991 auf. Der UdSSR ermöglichte der Warschauer Pakt die einheitliche Zusammenfassung der europäischen kommunistischen Staaten. Dadurch wurden die Satellitenstaaten eng an die UdSSR angebunden. Es scheint, dass der Pakt vor allem dazu diente, die aussen- und militärpolitischen Vorstellungen der Sowjetunion zu bestätigen. Faktisch wurden alle politischen Entscheidungen von der UdSSR getroffen.¹⁰⁶ Es kann davon ausgegangen werden, dass die europäischen kommunistischen Staaten durch ihre Anbindung an den Warschauer Pakt sehr ähnliche Militärstrukturen aufwiesen, da diese zentral durch die Sowjetunion gefordert, kontrolliert und implementiert wurden.

Die forcierte Umsetzung sowjetischer Doktrinen in allen Funktionsbereichen der WP-Streitkräfte behinderte zudem stark die Entwicklung eigenständiger militärischer Kulturen. Innerhalb des Warschauer Paktes war Multinationalität vornehmlich ein Instrument zur Erzeugung von Konformität (Ulrich 2004, 387).

Es scheint, dass im Gegensatz zur Nato der Warschauer Pakt als Kontrollinstrument der UdSSR benutzt worden ist. Er versteht sich aus dieser Sicht nicht als ein qualitatives Sicherheitsbündnis, wie dies bei der Nato der Fall ist. Während für westeuropäische Staaten die Nato-Mitgliedschaft eine hohe qualitative Evidenz und Schutzwirkung aufweist, kann dies im Osten zur Zeit des Kalten Krieges für die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt nicht festgestellt werden.

3.4.5 *Zwei-Klassen-System*

Im atlantisch-europäischen Raum mit der Nato als tragende Stütze der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik bildet sich aufgrund der Technologisierung der Streitkräfte und des geostrategischen Wandels ein duales System heraus. Einerseits stellen vor allem die Streitkräfte Amerikas, Frankreichs und Englands *High-Tech*-Streitkräfte mit der Fähigkeit für weltweite Interventionseinsätze, andererseits stehen weiterhin Wehrpflichtarmeen für klassische, aber zweitrangig gewordene Aufgaben der Landesverteidigung zur Verfügung. Daneben erleben aber die meisten Militärorganisationen auch *innerhalb* der Streitkräfte eine Zweiteilung. Gut ausgebildete und ausgerüstete Berufs- und Zeitsoldaten, die vorab für Interventionseinsätze

¹⁰⁶ Benz und Graml 1997, 368ff.. Siehe dazu auch unter: <http://www.rzuser.uni-heidelberg.de/~clauber/-warschau/wp.htm> (Stand 12.1. 2005)

im Ausland verwendet werden, stehen den nationalen Verteidigungskräften auf Wehrpflichtbasis gegenüber (Dandeker 2002, 11).

Die Gefahr einer organisationalen Zweiteilung bei Wehrpflichtarmeen wächst damit. Einerseits kann eine hochmobile und technisch bestens ausgerüstete professionelle Einheit interessante aber auch gefährliche Aufträge übernehmen, während andererseits mit Wehrpflichtigen bestückte Einheiten eintönige und wenig anspruchsvolle Aufgaben übernehmen müssen. Das erste Subsystem scheint mehr kampforientiert und das zweite technisch-administrativ orientiert (Caforio 1988, 60). Das favorisiert ein ‚Schichtungssystem‘ oder eine Zwei-Klassen-Armee. Dieses sogenannte *two-tier-System*¹⁰⁷ kann aber auch Chancen in sich bergen. Manigart (1990) betrachtet das *two-tier-System* als möglicherweise zukunftsweisend für Streitkräfte, die nicht den Schritt zu einer vollständigen Professionalisierung machen wollen oder können. Ein *two-tier-System* ist demnach ein System, in welchem Freiwillige und Wehrpflichtige gleichzeitig existieren, aber im Gegensatz zu einem Mixsystem sind ihre Funktionen klar differenziert. Die Vorteile eines solchen Systems beschreibt Manigart wie folgt: „The advantages of a two-tier system are that, on the one hand, it would allow the professional military to receive more sophisticated weapons and, on the other hand, the presence of conscripts would allow an army of a sufficient size to exist, and would lessen the fears engendered by an entirely professional system” (1990, 43).

¹⁰⁷ Vergleiche auch bei Kelleher (Abschnitt 2.5.4), welche schon 1978 die Idee eines *two-tier-Systems* beschreibt.

4 Wehrpflichtarmee und Freiwilligenstreitkraft im Vergleich

In diesem Kapitel werden die klassischen Argumente für oder gegen die Wehrpflichtarmee, respektive für oder gegen die Freiwilligenstreitkraft zusammengefasst. Zuerst wird in der gebotenen Kürze auf die zwei Formen der Rekrutierung allgemein eingegangen. Anschliessend werden jeweils die Vor- und Nachteile genannt. Tabelle 4.1 listet die Vor- und Nachteile entsprechend den gesellschaftlichen, technologischen, ökonomischen und geostrategischen Triebkräften auf.

4.1 Die Wehrpflichtarmee

Die Wehrpflichtarmee wird von den Befürwortern mit der Demokratie in Verbindung gesetzt. Schon Kant (1781 [1993]) fordert in seiner Schrift ‚Zum ewigen Frieden‘ in seinem ersten Definitivartikel „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein“ (10). Während Kant sich im ersten Abschnitt Artikel 3 gegen stehende Heere (*miles perpetuus*) ausspricht, gesteht er dem Staatsbürger das Recht zu, an freiwilligen periodisch vorgenommenen Übungen in Waffen teilzunehmen. Dies diene dazu, das Vaterland gegen Angriffe von aussen zu sichern (5). Kant zeichnet sich mit seinen Aussagen als Verfechter des (freiwilligen) Milizmodells. Er spricht in diesem Zusammenhang die später auch von Tocqueville formulierte These der höheren Friedfertigkeit und Kriegshemmungsfähigkeit von Demokratien an.¹⁰⁸ Meines Erachtens ist an Kants Ausführungen die Verbindung des waffentragenden republikanischen Bürgers und das Recht auf Verteidigung von Land und Gut für die Wehrpflichtdiskussion zentral. ‚Der Staatsbürger in Uniform‘, dieses Konzept steht hinter der Wehrpflicht. In einem Punkt differiert die klassische Wehrpflichtarmee von der Vorstellung Kants: Im Präsenzgrad, da eine Wehrpflichtarmee als stehendes Heer betrachtet werden kann. Der meiner Ansicht nach wichtigere Punkt aber bleibt bestehen: das Militär als *Verteidigungsinstrument des freien Bürgers*.

Diesen Gedankengang nimmt Kernic auf. Für ihn ist die Frage des Wehrsystems nicht vorrangig militärisch bedeutsam, sondern in erster Linie gesellschafts- und friedenspolitisch relevant (Kernic 1997, 10). Er plädiert für eine defensiv strukturierte Streitkraft, die wenn möglich mit einem Milizsystem verwirklicht wird.

Andere Autoren nehmen Bezug auf den Ausspruch des ersten Bundespräsidenten in Deutschland, Theodor Heuss, welcher der allgemeinen Wehrpflicht eine grössere Demokratieaffinität unterstellt, indem er bemerkte, dass die Wehrpflicht das legitime Kind der Demokratie sei.¹⁰⁹ Die Verknüpfung der freiheitlich-demokratischen mit den militärischen Traditio-

¹⁰⁸ Choi und James (2003) testen die Annahmen Kants. Ihre empirischen Daten unterstützen die Aussagen Kants nicht. Die Autoren sind vielmehr der Auffassung, dass Wehrpflicht basierte Streitkräfte weniger friedfertig seien als professionelle Streitkräfte (802).

¹⁰⁹ Vergleiche dazu die vor allem in Deutschland geführte Diskussion: Bald 1998, Bertram 1998, Bredow 1995, Carrel et al. 1997, Halvor 1994, Janssen 1996, Koppelin 1998, Kuhlmann und Lippert 1993.

nen wird als bedeutsamer Ausdruck staatsbürgerlicher Mitverantwortung gewertet (Halvor 1994, 198).¹¹⁰

Eine *Abschaffung* der Wehrpflicht scheint nicht sinnvoll. Kein Staat hat diesen Schritt vollzogen. Vielmehr dreht sich die Diskussion um die *Aussetzung* der Wehrpflicht in Friedenszeiten.¹¹¹ Somit könnte im Falle einer ernsthaften Krise und einer signifikanten Verschlechterung der Sicherheitslage auf die Wehrpflicht zurückgegriffen und eine notwendig werdende kurz- oder langfristige Rekrutierung von Soldaten in Betracht gezogen werden.

4.1.1 Vorteile der Wehrpflichtarmee

Die Vorteile des Wehrpflichtsystems liegen im gesellschaftspolitischen Bereich. So garantiere die Wehrpflicht eine natürliche Verbindung zwischen Staat und Streitkräfte und verhindere die Bildung eines ‚Staates im Staat‘. Ehlert (1993) nennt in diesem Zusammenhang die Demokratieverträglichkeit, die hohe politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit und die durch die Wehrpflicht geschaffene gemeinsame Verantwortung für die Verteidigung des eigenen Landes und somit auch der Zwang zur Auseinandersetzung mit Sicherheits- und Gesellschaftspolitik. Die Akzeptanz der Streitkräfte erhöhe sich dadurch. Zugleich spiele die Wehrpflicht eine grosse Integrationsrolle und trage zur Bildung der jungen Männer bei (Ehlert 1993, Deheyder 1999). Einen weiteren Vorteil sieht Ehlert in der Wehrpflicht als eines Ausdrucks bzw. Zwanges zur gesellschaftlichen Solidarität und er merkt an, dass dadurch Gegensteuer zur ‚Ohne-mich-Haltung‘ gegeben werde. Weiter wird argumentiert, dass Regierungen Wehrpflichtige weniger schnell in kriegerische Auseinandersetzungen schicken würden.¹¹² Auf der geostrategischen Ebene wird das quantitative Aufkommen positiv bewertet. Bei diesem sei die Wehrpflicht einer Freiwilligenstreitkraft immer überlegen (Hahn 1999).

Ehlert (1993) erwähnt mögliche Kosteneinsparungen bei der Ausbildung durch Nutzung des Angebotes an zivil erworbener Bildung der Wehrpflichtigen. Für die Berufspositionen können die Wehrpflichtigen eine gute Rekrutierungsbasis sein, zugleich repräsentieren sie unterschiedliche soziale und bildungsspezifische Schichten, d.h. die soziale Repräsentativität sei (nur) durch die Wehrpflicht gegeben. Jonas (1998, 26) sieht in der Wehrpflichtarmee eine intelligentere Streitkraft. Sie schöpfe das gesamte Potenzial an Intelligenz und beruflicher Ausbildung aus. Jonas geht in seinen Ausführungen implizit davon aus, dass bei Aussetzung der Wehrpflicht vor allem die höhergebildeten Jugendlichen den Streitkräften den Rücken zuwenden würden.

¹¹⁰ Diesem Verständnis der Wehrpflicht als Garant der Demokratie wird immer öfters widersprochen. So zeigt Bredow, dass die Wehrpflicht als legitimes Kind der Demokratie von undemokratischen Regimes wie des Nationalsozialismus instrumentalisiert wurden und althergebrachte Demokratien wie z.B. die USA oder Grossbritannien sich auf Freiwilligenstreitkräfte verlassen (Bredow 1995, 54).

¹¹¹ Exemplarisch dazu die Entscheidung der USA 1973, die *Draft* nicht abzuschaffen, sondern auszusetzen.

¹¹² Siehe dazu kritisch bei Kirkpatrick 1994.

Durch Zwang wird Personal rekrutiert. Dadurch könnten zahlenmässig genügend Soldaten aufgeboten werden, um starke Streitkräfte zu erhalten. Bei gleichbleibender Personalstärke sei eine Wehrpflichtarmee kostengünstiger (Eder 1996). Den Zeit- und Berufssoldaten müsse im Verhältnis zu den Wehrpflichtigen ein wesentlich höherer Lohn bezahlt werden.

4.1.2 Nachteile der Wehrpflichtarmee

Die Wehrpflicht hat einen Zwangscharakter, der Staat verordnet die Pflicht zum Militärdienst (Kernic 1997, 125). Metzger führt aus, dass gemäss der liberalen Staatstheorie ein Staat nur einen Wehrdienst verlangen könne, wenn das Überleben der ganzen Nation in Frage gestellt werde.

Eine Verpflichtung zum Militärdienst ist nur dann vertretbar, wenn dem Staat *als Ganzes* eine unmittelbare tödliche Gefahr droht. Abgesehen von diesem absoluten Ausnahmefall ist eine Verpflichtung zum Kriegsdienst im Grunde mit einem liberalen Staatskonzept, dass die Politik und den Staat *instrumentell*, als Mittel zur Erreichung individueller Zwecke betrachtet, nicht vereinbar (Metzger 1999, 38).

Durch den Zwangscharakter der Wehrpflicht besteht ein Gegensatz zur Selbstbestimmung des einzelnen Individuums. Eine Kollision mit persönlichen Interessen und den unter Zwang ausübenden Tätigkeiten kann entstehen. Nachteile der Wehrpflicht sind eine hohe Personalfuktuation und eine einseitige Belastung der männlichen Bevölkerung. Dadurch stellt sich das Problem der Wehrgerechtigkeit. Um dieser Schwierigkeit entgehen zu können, müsste ein zusätzlicher Aufwand bei der Wehreffassung betrieben werden. Kann diese nicht befriedigend gelöst werden, führt das zu einer möglichen Wehrungerechtigkeit. Durch eine begrenzte Professionalität entstehen Schwierigkeiten bei der Handhabung von *High-Tech*-Geräten, welche nur noch von ausgebildeten Berufspersonen bedient werden können. Die Wehrpflichtigen werden in sogenannte Handlanger-Funktionen verdrängt. Dadurch nimmt das Sozialprestige und die soziale Anerkennung der Wehrpflicht in der Gesellschaft ab (Ehlert 1993).

Weiter wird das Mensch-Maschinen-Verhältnis kritisiert, da ein zu geringer Kapitaleinsatz eine suboptimale Erreichung des Sicherheitszieles zur Folge habe. Die damit zusammenhängenden Rüstungs- und Finanzprobleme führten zu einem langsameren militär-technologischen Fortschritt (Borner und Straubhaar 1990, 16). Einbussen in der volkswirtschaftlichen Produktivität und Einkommensverluste der Wehrdienstpflichtigen müssten in Kauf genommen werden, da sie keine dem Privatsektor adäquate Bezahlung erhielten (Opportunitätskosten). Der Verwendbarkeit von Wehrpflichtigen in PSO sind Schranken gesetzt. Zwangsverpflichtete Soldaten dürfen nicht gegen ihren Willen ausserhalb des eigenen Landes eingesetzt werden.

4.2 Die Freiwilligenstreitkraft

Einerseits wird der Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft aufgrund technologischer und geostrategischer Überlegungen befürwortet. Andererseits wird die individuelle Freiheit des

einzelnen Individuums in den Vordergrund gestellt. Die Berechtigung des Staats, Zwangsrekrutierungen zum Schutze des Staates in Friedenszeiten vorzunehmen, wird verneint. Nur auf freiwilliger Vertragsbasis mit dem Staat wird die Lösung der militärischen Rekrutierung gesehen.

4.2.1 Vorteile einer Freiwilligenstreitkraft

Mindestens 14 verschiedene, teils sich bedingende Überlegenheiten der Freiwilligenstreitkraft können zusammengefasst werden:¹¹³

1. Die Ausbildung Freiwilliger ist einfacher, da ihre Motivation besser ist und dadurch die Zeit voll ausgenutzt werden kann. Es besteht kein gesetzlicher Zwang für die Ausübung ihrer Aufgaben. Ihr Grundmotiv ist die Freiwilligkeit.
2. Durch die bedingt hohe Professionalität ist die jederzeitige Beherrschung immer komplexerer Waffensysteme gegeben. Dies hängt auch damit zusammen, dass solche Geräte eine längere Ausbildungszeit beanspruchen, die von Wehrpflichtigen nicht mehr aufgewendet werden kann.
3. Indem der einzelne Soldat längere Zeit in seiner Funktion verbleibt, kann er kosteneffektiv genutzt werden.
4. Freiwillige Soldaten haben die grössere Bereitschaft, über längere Zeit abwesend zu sein.
5. Somit ist eine rasche Einsatzbereitschaft und Verfügbarkeit der Streitkräfte gewährleistet und dem neuen geostrategischen Umfeld angepasst.
6. Durch ihre intensivere Ausbildung haben Berufssoldaten eine grössere Vertrautheit in militär- und sicherheitspolitischen Sachfragen.
7. Damit verbunden ist eine leichtere Integrierbarkeit in internationale und multinationale Streitkräftesysteme. Psychologisch und rechtlich lassen sich Freiwillige besser als Wehrpflichtige ausserhalb der Landesgrenzen einsetzen.
8. Die Thematik der Wehrdienstverweigerung fällt dahin.
9. Ebenso sind die Schwierigkeiten mit der Wehrgerechtigkeit nicht mehr vorhanden.
10. Als Resultat davon hat die Wirtschaft bei einem Milizsystem keine fluktuierenden Belastungen beim Personalwesen zu verzeichnen.
11. Bei schlechter Wirtschaftslage kann eine Freiwilligenstreitkraft als Auffangbecken hoher Arbeitslosigkeit dienen.
12. Durch die kleineren Bestände fallen geringere externe Kosten an wie Manöverschäden, Urlaubsfahrten etc.
13. Das vorhandene Material kann durch eine gründliche Ausbildung optimal genutzt werden.

¹¹³ Die folgenden Ausführungen basieren vor allem auf den Beschreibungen folgender Autoren: Bahnemann 1978, Eder 1996, Eichenberger und Steinemann 1991, Mantovani 1997, Wehrstruktur-Kommission der Bundesregierung 1973.

14. Die verdeckten Kosten einer Wehrpflichtarmee verschwinden, die Kostenwahrheit für den militärischen Sicherheitsbereich wird tritt hervor.

4.2.2 Nachteile einer Freiwilligenstreitkraft

Die Nachteile einer Freiwilligenstreitkraft sehen Militärwissenschaftler in folgenden Bereichen: Der am meisten genannte Grund zur Ablehnung einer Freiwilligenstreitkraft liegt in der möglichen Gefahr, dass sich diese gesellschaftlich absondert und einen Staat im Staate bilden könnte. Nach Bahnemann (1978) ist die Verteidigung des Staates nicht mehr eine Sache des ganzen Volkes sondern nur noch eines spezialisierten Berufsstandes. Dadurch fällt auch die Einflussnahme (z.B. politische Bildung) auf die Jugend weg.

Bei den unteren Dienstgraden ist zu befürchten, dass durch die dauernde Präsenz ein hohes Mass an Leerlauf und Routinetätigkeiten bestehen kann. Dieser sogenannte „Gammeldienst“ (Eichenberger und Steinemann 1991, 28) beeinflusst die Motivation des Militärpersonals. Eine weitere Schwäche der Freiwilligenstreitkräfte sieht die Wehrstruktur-Kommission der Bundesregierung (1973) darin, Personal über den Arbeitsmarkt rekrutieren zu müssen und deswegen auf die freie Entscheidung der Dienstwilligen angewiesen zu sein. Bei guter Wirtschaftslage könnten die Streitkräfte Schwierigkeiten bekommen, alle zur Verfügung stehenden Plätze zu besetzen. Die Gefahr bestehe dann, dass die Streitkräfte zu einem Sammelbecken sozialer Minderheiten werden. Unvorgesehene Kosten können entstehen durch Resozialisierung, Reintegration, Fürsorge und Bildung (Eichenberger und Steinemann 1991, 28). Doorn stellt die Vermutung auf, dass durch den Wechsel zur Freiwilligenstreitkraft der Anteil des Personals mit konservativer Einstellung erheblich grösser werde (Doorn 1976a, 58ff.).

In Tabelle 4.1 werden als Fazit die Vor- und Nachteile der Wehrpflichtarmee und der Freiwilligenstreitkraft präsentiert.¹¹⁴ Diese Darstellung basiert wiederum auf den vier Triebkräften, die das jeweilige Wehrsystem beeinflussen können.

¹¹⁴ Siehe in ähnlicher Art und Weise bei Møller 2000.

Tabelle 4.1: Vor- und Nachteile der Wehrpflichtarmee und der Freiwilligenstreitkraft

Wehrpflichtarmee		
	Vorteile	Nachteile
Gesellschaftlich	Sozialisations- und Integrationswirkung auf die jungen Männer	Geschlechterdiskriminierung
Technologisch	Zivil-militärische Integration	Mögliche Wehrungerechtigkeit
	Einfließen ziviler Expertise	Instrument der Kriegsführung
Ökonomisch	Möglichkeit der Massenproduktion	Schwieriger Einsatz bei Friedensmissionen
	Tiefe direkte Personalkosten	Bedienung komplexer Systeme eingeschränkt
Geostrategisch	Grosses Mobilisierungspotenzial	Hohe Opportunitätskosten
	Einfache Mobilisierung	Mittlere Verteidigungsbereitschaft und mittleres Ausbildungslevel
Freiwilligenstreitkraft		
	Vorteile	Nachteile
Gesellschaftlich	Arbeitsteilung	Rekrutierungsschwierigkeiten
	Kein Zwang	Keine soziale Repräsentativität
Technologisch	Verwendung von <i>High-Tech</i> -Ausrüstung	Gefahr der zivil-militärischen Spannungen
	Tiefe indirekte Personalkosten, Kostenwahrheit	Schwierigkeit der demokratischen Kontrolle
Ökonomisch	Hoher Level der Ausbildung	Hohe Kosten, komplizierte Wartung
Geostrategisch	Verwendung in PSO möglich	Hohe direkte Personalkosten
		Stehendes Heer
		Tiefes Mobilisierungspotenzial

5 Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft: Modell und Hypothesen

Auf der Basis der vorgestellten theoretischen Überlegungen werden Hypothesen formuliert, die für den empirischen Teil forschungsleitend sein werden. In einem ersten Teil wird aufgrund der theoretischen Vorüberlegungen ein Modell entworfen, um die Beziehungen zwischen den Triebkräften zu visualisieren. In einem zweiten Teil werden in kurzer Form die Hypothesen genannt.

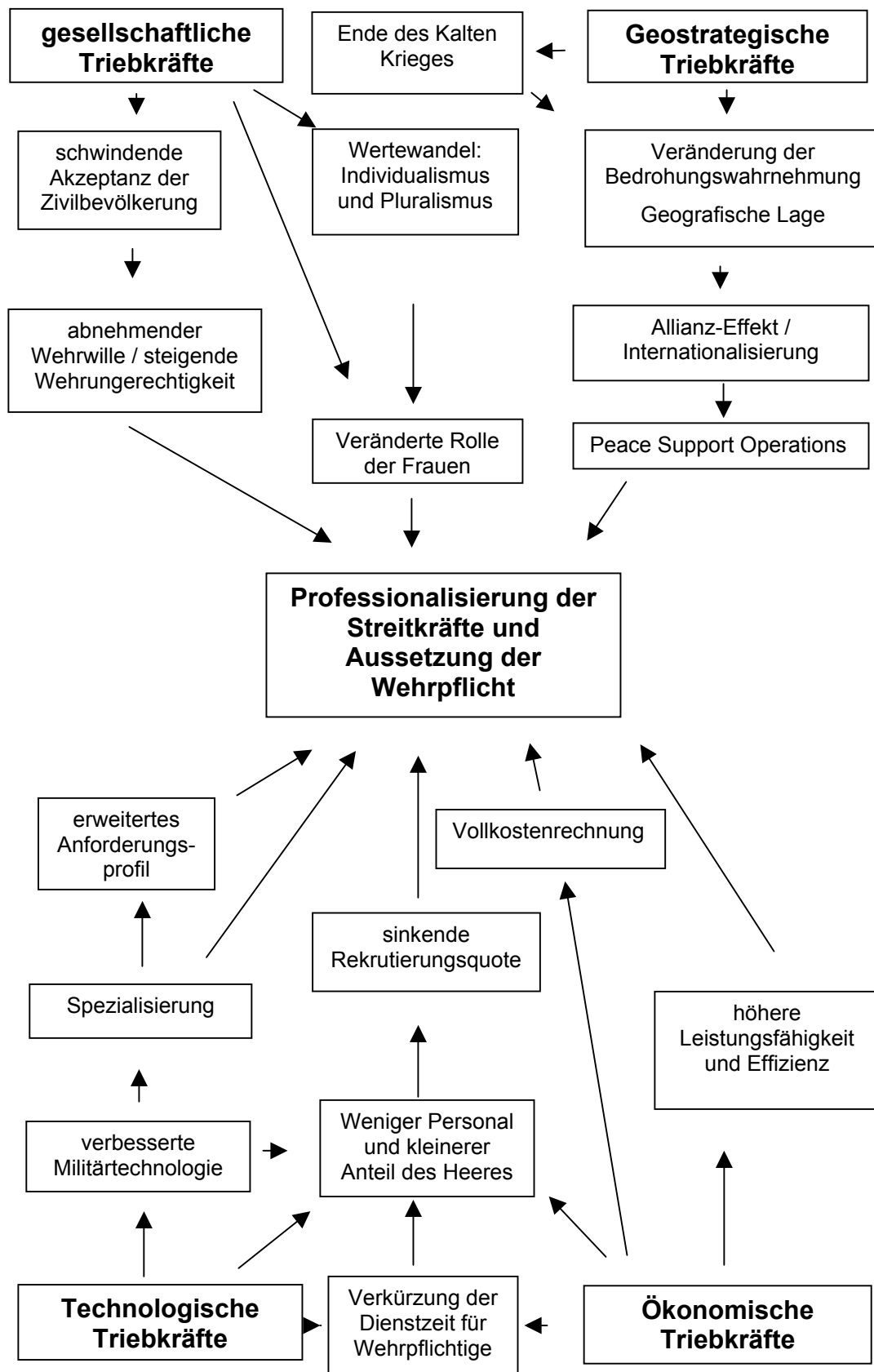
5.1 Modell für die Professionalisierung europäischer Streitkräfte

Zusammenfassend lassen sich die Gründe für das Ende der Massenarmeen und der Aussetzung der Wehrpflicht wie folgt beschreiben:

1. Auf der gesellschaftlichen Ebene bewirkt der Wertewandel einen Akzeptanzverlust des Militärischen in der Zivilbevölkerung. Dieser Wertewandel zeichnet sich durch Individualismus, Pluralismus und im Falle der Wehrpflicht auch durch Partizipationsverweigerungstendenzen aus. Die einzelnen Dienstpflichtigen stören sich vermehrt an der Ungerechtigkeit des Dienstes und der Rekrutierungspraxis, da nicht alle Jugendlichen in der Praxis zum Wehrdienst aufgeboten werden (Wehrungerechtigkeit). Zugleich beeinflusst die veränderte Rolle der Frauen in modernen Gesellschaften die personelle Zusammensetzung der Streitkräfte.
2. Durch die verbesserte Militärtechnologie werden längere Ausbildungszeiten gefordert, und die Nutzungsintensität und Koordination der Waffensysteme nimmt zu, d.h. die Technisierung führt zu einer höheren Leistung von Waffensystemen und einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen technisch-wissenschaftlichen Profis sowie administrativ und logistisch tätigen Angestellten. Die damit verbundene Spezialisierung und Professionalisierung beeinflusst das Anforderungsprofil der Streitkräfte. Der Anteil kombattanter Teile in der Militärorganisation sinkt, was wiederum zu einer Reduktion der gesamten Streitkräfteeanzahl sowie der Wehrpflichtigen führen kann.
3. Die Forderung nach ökonomischer Kostenwahrheit und höherer Leistungsfähigkeit und Effizienz der Streitkräfte verlangt nach einer gesamtwirtschaftlichen Vollkostenrechnung. Einerseits produzieren die Wehrpflichtarmeen verdeckte Kosten und Opportunitätskosten, andererseits zwingen die Engpässe in den Staatshaushalten die Nationen dazu, auch bei den Militärausgaben zu sparen.
4. Auf der geostrategischen Ebene reduziert das Ende des Kalten Krieges mit dem Wegfall des bipolaren Bedrohungsszenarios die Landesverteidigung zu einer nachrangigen Aufgabe. Wichtiger werden in Kooperation betriebene internationale Sicherungsaufgaben, womit auch eine Entnationalisierung der Sicherheitspolitik stattfindet. Dadurch wird wiederum der Mobilität der Streitkräfte ein grösseres Gewicht beigemessen. Nur so können sie die neuen Aufgaben der Friedenserhaltung und Konstabulisierung erfüllen. Die Sicherheitsgarantien durch die Nato (Allianzeffekt) ermöglichen den europäischen Ländern das Absenken des Personalbestandes der Streitkräfte.

In Abbildung 5.1 wird das Modell für die Professionalisierung europäischer Streitkräfte präsentiert. Diese Professionalisierung basiert auf den vier Triebkräften, die zur Aussetzung der Wehrpflicht führen können. Dabei ist zu beachten, dass die einzelnen Kräfte nicht unabhängig im Raum stehen, sondern sich gegenseitig beeinflussen. Als Modellannahme gilt, dass die einzelnen Faktoren zueinander unabhängig gesetzt sind.

Abbildung 5.1: Modell für die Professionalisierung der Streitkräfte: Triebkräfte und ihre Beziehungen



5.2 Hypothesen

Die Grundannahme lautet wie folgt: Die obgenannten Triebkräfte unterstützen in modernen demokratischen Staaten die Umwandlung von Massenarmeen auf Wehrpflichtbasis zu Freiwilligenstreitkräften.

Daraus lassen sich folgende Arbeitshypothesen ableiten:

Gesellschaftlich:

1. Infolge individualisiertem und pluralisiertem Lebensstil ist die (männliche) Bevölkerung nicht mehr bereit, sich der militärischen Organisation zwangsverpflichtet zur Verfügung zu stellen. Deshalb wird die wehrfähige männliche Bevölkerungsgruppe immer weniger eingezogen.
2. Steigende Wehrungerechtigkeit führt zur Aussetzung der Wehrpflicht.
3. Je geringer die öffentliche Akzeptanz der Wehrpflicht ist, desto wahrscheinlicher ist der Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft.
4. Sind die Wehrpflichtigen in den Streitkräften in der Unterzahl, verstärkt sich der Druck nach vollprofessionalisierten Strukturen. Zugleich sinkt die soziale Repräsentativität der Streitkräfte.
5. Der Frauenanteil in den Streitkräften weist auf die Professionalisierung der Streitkräfte hin.

Technologisch:

6. Der technologische Standard ist aus dem Verhältnis der Teilstreitkräfte zueinander ersichtlich insofern, als dass ein hoher Anteil der Landstreitkräfte (Heer) am Gesamtbestand als Indikator für einen tieferen Technologielevel betrachtet werden kann. Daraus folgt, je geringer der Anteil des Heeres ist, desto wahrscheinlicher ist der Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft, da diese Arbeit durch Kapital substituiert. Damit verbunden ist auch eine Verkleinerung der Streitkräfte insgesamt.
7. Im modernen Gefechtsfeld können Wehrpflichtige nicht mehr überall eingesetzt werden. Es bildet sich deshalb eine Zwei-Klassen-Armee, bestehend aus weniger gut ausgebildeten und ausgerüsteten Wehrpflichtigenverbänden einerseits und gut ausgerüsteten und spezialisierten Berufsverbänden andererseits.

Ökonomisch:

8. Sparmassnahmen oder ein Absinken der Verteidigungsausgaben erhöhen die Wahrscheinlichkeit des Überganges zu einer Freiwilligenstreitkraft.
9. Ein hohes Pro-Kopf-Einkommen weist auf einen hohen Lebensstandard mit hoher Individualisierungstendenz hin. Damit nimmt die Bereitschaft, Wehrdienst zu leisten, ab.
10. Grössere Staaten sind eher in der Lage, eine Freiwilligenstreitkraft zu unterhalten.

Geostrategisch:

11. Das Ende des Kalten Krieges beeinflusst wesentlich die Entscheidung zur Aussetzung der Wehrpflicht.
12. Die Beteiligung in friedensunterstützenden Einsätzen im Ausland (PSO) und die verstärkte Kooperation im internationalen Sicherheitssystem begünstigen den Aufbau einer Freiwilligenstreitkraft.
13. Je weiter ein Staat von der Konfliktlinie des Kalten Krieges entfernt ist, desto früher wird das Wehrsystem geändert. Deshalb dehnt sich der Freiwilligentypus von Westen nach Osten aus.

Methodischer Teil

6 Zur Methodik der Untersuchung

Im Methodenteil wird die Forschungsanlage und die Datenbasis (Abschnitt 6.1) aufgezeigt. In Abschnitt 6.2 werden die aus *The Military Balance* des Londoner Institut für Strategische Studien (IISS) abgeleiteten objektiven Indikatoren vorgestellt und auf die Operationalisierung der verwendeten Indikatoren hingewiesen. Den methodischen Teil schliessen die Erklärungen zur eigenen Expertenerhebung ab (Abschnitt 6.3).

6.1 Forschungsanlage und Datenbasis

Aus folgenden vier Gründen liegt der Fokus der Arbeit auf den europäischen Streitkräften:¹¹⁵

- Erstens ist der Trend zu Freiwilligenstreitkräften vor allem in Europa offensichtlich. Jedem interessierten Beobachter fällt die seit dem Ende des Kalten Krieges stattfindende Transformation der Wehrstrukturen europäischer Streitkräfte auf.
- Zweitens finden sich in Europa in ihren Grundzügen ähnliche Staatsbedingungen und -strukturen (Demokratie, Marktwirtschaft, gemeinsame Geschichte etc.).
- Drittens, und dies aus einer pragmatischen Sichtweise, können mit den vorhandenen Ressourcen die für die Studie notwendigen empirischen Daten nur im europäischen Raum gesammelt werden.
- Viertens, eine Ausweitung auf den aussereuropäischen Raum würde den Rahmen dieser Arbeit bei Weitem sprengen und die Vergleichbarkeit der Daten schmälern.

Um die in Kapitel 5 formulierten Hypothesen überprüfen zu können, wird sowohl auf qualitative wie auch quantitative Daten zurückgegriffen. Einerseits geht es darum, allgemeine Trends im europäischen Raum aufzuzeigen, andererseits sollte den einzelnen Staaten spezifisches Gewicht beigemessen werden. Daher muss die verwendete Datenbasis der Vergleichbarkeit zwischen den Ländern genügen. Hierbei stellt sich die Schwierigkeit, dass vergleichbare Daten über die Streitkräftestrukturen Europas nur begrenzt vorfindbar sind.

Eine Langzeitanalyse bietet sich aufgrund der theoretischen Vorüberlegungen an. Als sinnvoller Beginn der Untersuchung kann der Zeitraum ab Mitte der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts betrachtet werden. Dies, weil die USA 1973 den Schritt zur Freiwilligenstreitkraft vollzogen und dieser Entscheid aus theoretischer Perspektive weit reichende Folgen für die Wehrsysteme europäischer Länder haben könnte.

In dieser Untersuchung werden die meisten europäischen Staaten mit einer Wehrpflichtarmee analysiert. Es werden die seit der Wende 1989/91 neu gebildeten Staaten und die ehemaligen

¹¹⁵ Siehe dazu auch die Bemerkungen in Abschnitt 1.2.

kommunistischen Länder Europas mit einbezogen. Albanien, Mazedonien, Moldawien und Weissrussland werden aber aus der Untersuchung infolge unsicherer Datenlage ausgeschlossen. Grossbritannien und Irland stützen sich im gewählten Zeitrahmen nicht auf Wehrpflichtarmeen ab, werden aber zu Vergleichszwecken teilweise berücksichtigt. Kleinststaaten wie Luxemburg oder Lichtenstein finden keinen Einlass in die Untersuchung, weil sie nicht über selbstständige Streitkräfte verfügen. Insgesamt werden folgende 32 Staaten untersucht:

Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland¹¹⁶, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Türkei, Tschechien, Tschechoslowakei bis 1992, Ukraine, Ungarn.

Um die Streitkräfte dieser Staaten vergleichen zu können, greift die Untersuchung auf Zahlen des *International Institute for Strategic Studies* (IISS) zurück. Die jährlich erscheinende Ausgabe von *The Military Balance* des IISS erscheint seit den späten sechziger Jahren. Sie erfüllt die Ansprüche an die Datenbasis für den gewünschten Zeitraum.¹¹⁷ Um die aktuellen Trends und Entscheidungen in den einzelnen Ländern nachzeichnen zu können, genügen die Daten aus *The Military Balance* jedoch nicht. Eine mögliche ‚Innensicht‘ der nationalstaatlichen Streitkräfte ist nicht oder nicht im gewünschten Ausmass möglich. Um diesen Ansprüchen genügen zu können, wird die Untersuchung durch eine Erhebung bei europäischen Sozialwissenschaftlern, die Experten auf dem Gebiet der Streitkräfteforschung sind, und Angehörigen von einzelnen Verteidigungsministerien ergänzt.

6.2 Objektive Indikatoren für den Wandel der Militärstrukturen: Datensatz *The Military Balance*

Der in diesem Kapitel beschriebene Datensatz hat als Grundlage die Datenangaben aus den Ausgaben von *The Military Balance* 1975 bis 2003. Diese Daten bilden die Basis für die objektiven Indikatoren zur Überprüfung der Hypothesen. Sie zeigen die Strukturen der europäischen Streitkräfte auf Aggregatsebene. Durch die Verwendung der *The Military Balance* Daten ist es möglich, Längsschnittanalysen über die letzten 28 Jahre zu erstellen. Dies betrifft Länder, die schon vor der Wende 1989/91 bestehen. Für die neuen Nationalstaaten¹¹⁸ ergibt

¹¹⁶ Die UdSSR ist nicht in die Untersuchung eingeschlossen. Erst ab 1992 findet Russland Einlass in die Studie. Obwohl *The Military Balance* die ehemalige Sowjetunion aufführt, fehlt der Vergleich zu Russland in den neunziger Jahren, denn seit der Wende 1989/91 entstanden aus der ehemaligen Sowjetunion eigenständige Nationalstaaten, wobei in dieser Arbeit die baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen), Russland und die Ukraine als fünf Nachfolgestaaten der UdSSR berücksichtigt werden.

¹¹⁷ Zum Aufbau der jährlich erscheinenden Studie *The Military Balance* siehe Abschnitt 6.2.1.

¹¹⁸ Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine. Im strengen Sinne müsste auch die Bundesrepublik Deutschland (BRD) dazugezählt werden, da durch die Vereinigung mit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik ein neuer Staat entstanden ist. Da sich aber die Wehrstruktur weiterhin an der BRD anlehnt, scheint es zulässig, Deutschland schon seit 1975 in die Studie einzube-

sich ein Zeitraum von zehn Jahren, über den auswertbares Zahlenmaterial vorliegt. Damit wird es möglich, neben den westeuropäischen Ländern, welche Haltiner (1998a) auf ähnliche Art und Weise untersucht hat, auch die Trends in den ehemaligen kommunistischen osteuropäischen Staaten zu analysieren.

Der Terminus ‚objektive Indikatoren‘ bezieht sich auf ‚harte‘ Daten wie Bevölkerungsgrösse, demographische Zusammensetzung, die Anzahl Armeeingehöriger wie auch auf ökonomische Kennzahlen. Falls Verzerrungen im Datenmaterial auftauchen, werden diese struktureller Art sein. D.h., sie sollten den Trend insoweit nicht beeinflussen, weil davon ausgegangen werden kann, dass diese Verzerrungen alle Staaten betreffen. Dennoch ist es nötig, einzelne Zahlen aus *The Military Balance* kritisch zu hinterfragen und Korrekturen anzubringen.

6.2.1 Allgemeine Bemerkungen zu *The Military Balance*

The Military Balance wird jedes Jahr im Oktober von der Oxford University Press im Auftrag des *International Institute for Strategic Studies* (IISS) publiziert. Die Publikation gibt die militärische Stärke und die Verteidigungsausgaben aller Staaten der Erde an. Das IISS hat die Datensammlung am 1. August 2003 für die letzte Ausgabe abgeschlossen, die in dieser Arbeit verwendet wird.

Die Herausgeber weisen in der Einleitung auf verschiedene methodische Probleme hin, auf die hier in kurzer Form eingegangen wird.¹¹⁹

- Informationen früherer Ausgaben von *The Military Balance* weisen teilweise andere Zahlen als nachfolgende aus. Das kann daher rühren, dass die nationalen Streitkräfte einen substanziellen Wechsel ihrer Struktur vollzogen haben, oder aber, dass das IISS die Daten zu spät erhalten hat und die korrekten Zahlen erst ein Jahr später publizieren konnte.
- Die Herausgeber bemerken, dass bei der Konstruktion von Zeitreihenanalysen der vorhandenen Informationen Vorsicht geboten ist.¹²⁰ Deshalb wurden die vorliegenden Daten einer gründlichen Durchsicht unterzogen, um allfällige Unregelmässigkeiten im Datenmaterial ausfindig zu machen. Dies erwies sich als sinnvoll, denn einige Zahlenangaben können im Zeitvergleich als überhöht bzw. zu tief nachgewiesen werden. Die vorgenommenen Korrekturen am Datensatz sind in Abschnitt 6.2.2 speziell erläutert, da in einigen Fällen von den Referenzzahlen aus *The Military Balance* abgewichen werden muss.
- Einige Daten werden von den Herausgebern geschätzt.¹²¹ Dabei gehen sie mit grosser Vorsicht vor. Sie begründen die Zuverlässigkeit ihrer Daten damit, dass sie durch Mit-

ziehen. Bei einzelnen Berechnungen muss aber die Tatsache berücksichtigt werden, dass sich die geostrategischen, ökonomischen und demographischen Faktoren für Deutschland geändert haben.

¹¹⁹ Für weiterführende Hinweise sei auf *The Military Balance* 2001/2002 Seite 4-11 verwiesen.

¹²⁰ *The Military Balance* 2001/2002, 4.

¹²¹ Ebenda, 4.

glieder des Institutes und Fachexperten in den einzelnen Ländern verglichen und geprüft werden.

The Military Balance ist nach Regionen gegliedert und innerhalb dieser in zwei Teile geteilt. Im ersten Teil werden allgemeine Trends und Entwicklungen einer Region aufgezeigt. Dieser eher allgemeine Teil interessiert in dieser Arbeit nur marginal. Er dient vor allem dazu, Erklärungen für schwer erklärbare statistische Ausreisser zu finden, die auf den ersten Blick als Fehler erscheinen.¹²² Im zweiten Teil wird auf länderspezifische Angaben referiert. Dabei sind Informationen zu den einzelnen Staaten in standardisierter Art und Weise wiedergegeben. Jede Länderangabe beinhaltet ökonomische, demographische und militärische Daten. Sie werden unter anderem unterteilt in Mannschaftsstärke, Zahl der Wehrpflichtigen und Verteidigungsausgaben. Tabelle 6.1 listet alle für den Datensatz verwendeten Variablen auf. Erklärungen oder Präzisierungen zu den verwendeten Indikatoren sind aus *The Military Balance* übernommen.

Die Mehrzahl der in der Untersuchung verwendeten Daten kann aufgrund der Seriosität und der nachweislich guten Arbeitsweise des IISS als verlässlich eingestuft werden. Im Ganzen betrachtet kann durch die Verwendung der Zahlen dieser Institution eine solide Datengrundlage geschaffen werden, um den Wandel der Massenarmeen in Europa Richtung Freiwilligenstreitkräfte zu untersuchen.

¹²² Dazu zwei Beispiele: Durch die Abwertung der türkischen Lira Ende 2000 verminderte sich das in US-Dollar gerechnete Budget von etwa 7 Milliarden auf 5 Milliarden US-Dollar. Andererseits erhöhte Rumänien seine Ausgaben 2001 um 30% gegenüber dem Vorjahr (IISS 2001/2002, 36-37). Das IISS gibt als Begründung an, diese Erhöhung sei notwendig gewesen, um die radikalen Umstrukturierungen des Jahres 2000 finanzieren zu können. Diese Beispiele zeigen zugleich, dass durch die einheitliche Umrechnung auf den US-Dollar Kurschwankungen und Abwertungen einen Verzerrungseffekt auf die Datenangaben zu den Verteidigungsausgaben haben können.

Tabelle 6.1: Verwendete Indikatoren aus *The Military Balance*

Indikator	Beschreibung nach <i>The Military Balance</i>
GDP	Brutto Inlandprodukt (Gross Domestic Product). Angabe in US-Dollar. ¹²³ GDP-Angaben sind Nominalwerte der Marktpreise. Für die ehemaligen kommunistischen Länder wird in seltenen Fällen anstelle des marktüblichen Wechselkurses für die Dollarkonversion die Kaufkraft-Parität verwendet.
Def exp	Verteidigungsausgaben in Milliarden US-Dollar. Das IISS benützt die standardisierte Nato-Definition der Berechnung der Verteidigungsausgaben: Die Verteidigungsausgaben werden definiert als die Ausgaben der Regierungen auf nationaler wie auch föderaler Ebene für die Streitkräfte. Durch die Tatsache, dass die Definition der Verteidigungsausgaben nach IISS generell mehr beinhaltet als die Angaben nationaler Regierungen und das standardisierte UN-Format, sind die Ausgabenangaben meistens höher als nationale und UN-Vergleiche.
Population	Bevölkerung. Diese Angaben basieren auf den letzten offiziellen Census-Daten. Fehlen diese, werden von IISS die demographischen Statistiken von World Population Projections, die jährlich von der Weltbank publiziert werden, verwendet.
Men 18-22	Anzahl Männer im Alter von 18 bis 22 Jahren
Men 23-32	Anzahl Männer im Alter von 23 bis 32 Jahren
Men 18-32	Anzahl Männer im Alter von 18 bis 32 Jahren
Women 18-22	Anzahl Frauen im Alter von 18 bis 22 Jahren
Women 23-32	Anzahl Frauen im Alter von 23 bis 32 Jahren
Women18-32	Anzahl Frauen im Alter von 18 bis 32 Jahren
Total Armed Forces active	Anzahl aller aktiven Streitkräfteangehörigen. Dazu werden alle Männer und Frauen gezählt, die einen Vollzeitdienst absolvieren, inklusive Wehrpflichtige und Langzeitverpflichtete aus der Reserve. Der Begriff <i>Armed Forces</i> beinhaltet strategische, Land-, See- und Luftstreitkräfte, Administrationskräfte, Kommandostäbe und Unterstützungstruppen. Er beinhaltet auch paramilitärische Kräfte wie Gendarmerie, Zollbehörden und Grenzschutz, falls diese in militärischer Taktik trainiert und ausgerüstet sind und im Falle eines Krieges unter militärischer Befehlsgewalt operieren.
Total Armed Forces reserve	Anzahl aller Reservisten. Reservisten werden als nicht voll bemannt oder operational nicht verfügbar in Friedenszeiten beschrieben, die aber in einem Notfall mobilisiert werden können.
Conscripts	Anzahl der Wehrpflichtigen
Armed Forces women	Anzahl Frauen in den Streitkräften
Total army	Anzahl der Angehörigen im Heer
Army conscripts	Anzahl der Wehrpflichtigen im Heer
Army women	Anzahl Frauen im Heer
Total navy	Anzahl der Angehörigen der Marine
Navy conscripts	Anzahl der Wehrpflichtigen der Marine
Navy women	Anzahl Frauen der Marine
Total AirF	Anzahl der Angehörigen der Luftwaffe
AirF conscripts	Anzahl der Wehrpflichtigen der Luftwaffe
AirF women	Anzahl Frauen der Luftwaffe
UN and Peacekeeping	Anzahl Soldaten, die von Ländern für friedensunterstützende Einsätze der UNO oder Nato zur Verfügung gestellt werden. Diese Angaben wurden aus den Zahlen zu den UNO- und Peacekeeping-Operationen selber berechnet.

¹²³ Der Dollar-Wechselkurs bezieht sich auf die letzten zwei Jahre plus des aktuellen Jahres der jeweiligen Zahlenangabe.

6.2.2 Hinweise zu den korrigierten Zahlen

Neben den ausgewiesenen Schwankungen im Zahlenmaterial finden sich vereinzelt nicht plausible Angaben in den Daten von *The Military Balance*. So erscheint es zum Beispiel nicht verständlich, dass in Friedenszeiten die Mannschaftsstärke der aktiven Armeeinghörigen eines Staates innerhalb eines Jahres von 70000 auf 100000 Personen steigen kann, um im nächsten Jahr wieder auf den normalen Wert zurückzufallen.¹²⁴ Nach Durchsicht der einzelnen Daten über die Zeit werden bei 16 europäischen Staaten insgesamt 52 Zahlen korrigiert.¹²⁵ Durch die vorgenommene Korrektur wird ein positiver Effekt erwartet. Ausreisser, die über die Zeit beobachtet und nicht plausibel erklärt werden können, werden geglättet und angepasst.

Die Korrekturen beziehen sich ausschliesslich auf die Mannschaftsbestände der Streitkräfte. Zumeist muss der Bestand der aktiven Angehörigen oder der Reserve korrigiert werden, gefolgt von Anpassungen bei den Teilstreitkräften. Weiter werden auch die Wehrpflichtigenzahlen über den Zeitverlauf verglichen und, wo nötig, einer Korrektur unterzogen. Die meisten Verbesserungen werden bei osteuropäischen Staaten vorgenommen.

6.2.3 Operationalisierung der Begriffe aus *The Military Balance*

Mit den in Tabelle 6.1 aufgeführten Grunddaten werden die Indikatoren der Untersuchung gebildet:

1. Anlehnend an die Kriterien zur Messung der Grösse einer Streitkraft und der Mobilisierung der Bevölkerung für militärische Zwecke wird die Militärpartizipationsrate (MPR)¹²⁶ verwendet, die definiert ist als der Anteil Personen an der Gesamtbevölkerung, der für militärische Zwecke registriert und ausgebildet wird (sowohl aktives wie auch Reservepersonal). Die MPR sagt somit über die relative Grösse einer Streitkraft mehr aus als die absolute Zahl der Militärangehörigen ohne demographischen Bezug. Im Hinblick auf organisatorische Parameter ist folglich eine solche Verhältniszahl evidenter. Sie gibt einen Hinweis auf den Grad an Militarisierung einer Gesellschaft.¹²⁷ Dabei kann davon ausgegangen werden, dass je höher die MPR, desto stärker sind die Merkmale einer Massenarmee ausgeprägt.¹²⁸

¹²⁴ Vergleiche dazu das Beispiel von Dänemark im Jahre 1998 in Tabelle 1 Anhang C.

¹²⁵ Dies geschieht mit der Bildung des Mittelwertes der vor- und nachfolgenden Jahresangaben des fehlenden Wertes. Die korrigierten Zahlen entsprechen 0.35% aller aus *The Military Balance* verwendeten Zahlen.

¹²⁶ Eine ausführliche Beschreibung der Militärpartizipationsrate siehe bei Andreski (1968). Vergleiche dazu auch Abschnitt 3.1.

¹²⁷ Anzumerken ist, dass sich die Zahlen aus *The Military Balance* auf die Gesamtbevölkerung beziehen und keine Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern vorgenommen wird. Bei Staaten mit einem kleinen Ausländeranteil fällt dies nicht stark ins Gewicht, und die Verzerrung des Datensatzes geschieht systematisch, d.h. bei allen Staaten werden die Ausländeranteile mitgerechnet. Problematisch erscheint speziell der Fall der Schweiz zu sein, da durch die im europäischen Vergleich restriktive Einbürgerungspolitik ein sehr hoher Ausländeranteil gemessen wird (2003: 20%). Insgesamt ist die Militärpartizipationsrate bezogen auf die Inländer deshalb höher. Da wir vor allem an Trendanalysen interessiert sind, nehmen wir diese statistische Verzerrung des Datenmaterials in Kauf.

¹²⁸ Zu den Merkmalen und der Definition der Massenarmee vergleiche Abschnitt 2.2.

2. Da bei Wehrpflichtarmeen bestimmte Alterskohorten militärpflichtig sind und eingezogen werden, interessiert die Wehrgerechtigkeit. Mit der Militärpartizipationsrate der militärischen Alterskohorte lässt sich der Anteil der männlichen Bevölkerung von 18 bis 32 Jahren im Verhältnis zu den Personen, die Militärdienst leisten, errechnen. Die dafür notwendigen Angaben sind in *The Military Balance* seit 1988 wiedergegeben. Die Altersbegrenzung von 18 bis 32 Jahren erscheint dahingehend sinnvoll, als sich die meisten Staaten bei der Personalrekrutierung für ihre Streitkräfte hauptsächlich auf diese Alterskategorie stützen. Indirekt lässt sich eine Aussage über die Wehrgerechtigkeit bei Wehrpflichtarmeen machen.
3. Für die Darstellung des Wehrsystems wird die Wehrpflichtrate (WR) verwendet. Sie ist der wichtigste Indikator, um anzuzeigen, ob sich die Streitkräfte eines Landes mehr auf Wehrpflichtige oder auf Berufspersonal abstützen. Definiert ist die WR als Anteil der Wehrpflichtigen am Totalbestand der aktiven Streitkräfteangehörigen. Der Wert der WR bewegt sich zwischen 0% und 100%, wobei 0% gleichbedeutend mit einer Freiwilligenstreitkraft ist und 100% einer Streitkraft entspricht, die ausschliesslich aus Wehrpflichtigen zusammengesetzt ist.¹²⁹ Neben dieser allgemeinen Wehrpflichtrate lassen sich auch für die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine ein solche Verhältniszahl errechnen.¹³⁰ Die Wehrpflichtraten der Luftwaffe und der Marine sind Indikatoren für den technischen Stand der Streitkräfte.
4. Die Feminisierung der Streitkräfte wird ermittelt, indem die Frauenrate am gesamten aktiven Bestand der Streitkräfte errechnet wird.¹³¹ Zugleich gibt diese Verhältniszahl Aufschluss über die Organisationsstruktur der Streitkräfte. Die Frauenrate kann bis zu einem gewissen Grad auch die Stärke der Emanzipation und die Gleichbehandlung der Geschlechter in den einzelnen Staaten aufzeigen. Weiter gilt die Frauenrate als ein Indikator für den Grad der Differenzierung und Spezialisierung der militärischen Rollenstrukturen.¹³² Diese indirekten Beziehungen lassen sich auch bei den Teilstreitkräften überprüfen.
5. Um die These der Dominanz der Teilstreitkraft Heer überprüfen zu können, wird der Anteil der Heeresangehörigen an den aktiven Gesamtstreitkräften berechnet (Heeresrate, HR). Je höher dieser Anteil ist, desto stärker heerdominiert ist eine Streitkraft. Dies bezieht sich wiederum auf die im Abschnitt 2.2 beschriebenen Merkmale einer

¹²⁹ Dieser Fall kommt in Reinform nirgends vor, da jeder Staat einen minimalen Anteil an Berufskadern aufweist. Nahe an dieser Konstellation der 100%-igen Wehrpflichtarmee ist die Schweiz. Das IISS gibt für die Schweiz das Berufskader, das vorwiegend in der Ausbildung und Verwaltung tätig ist, nicht an. Aus diesem Grunde weist die Schweiz im Datensatz eine Wehrpflichtrate von 100% aus.

¹³⁰ Aufgrund methodischer Einschränkungen können nur die Teilstreitkräfte von 16 europäischen Wehrpflichtarmeen analysiert werden (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, die Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, Schweden und die Türkei). Dabei müssen fehlende Werte bei folgenden Staaten zur Kenntnis genommen werden: Wehrpflichtrate Heer bei Finnland (1977 und 1978), Portugal (1977-1979, 2001-2003), Wehrpflichtrate Marine bei Finnland (1977 und 1978), Portugal (1977-1979), Rumänien (2002 und 2003), Wehrpflichtrate Luftwaffe bei Bulgarien (2000-2003), Finnland (1977 und 1978), Portugal (1977-1979, 1997-2003), Rumänien (1985), Spanien (1980-1988).

¹³¹ Für die Berechnung der Frauenrate liegen Daten von Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Kanada, den Niederlanden, Neuseeland, Portugal, Russland, Spanien und den USA vor (16 Staaten). *The Military Balance* weist ab 1981 für mehrere Länder Angaben zur Frauenbeteiligung in den Streitkräften aus. In der letzten in dieser Arbeit verwendeten Ausgabe des IISS von *The Military Balance* (2003) wird die Anzahl Frauen nur noch für Irland und Russland angegeben. Die untersuchte Zeitspanne wird deshalb von 1981 bis 2002 eingegrenzt. Über die ganze Zeitperiode hinweg existieren komplette Datensätze für Belgien, Dänemark (1984-1986 geschätzt), Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Kanada (1985 geschätzt), die Niederlande und die USA.

¹³² Vergleiche die Ausführungen bei Haltiner (1998a, 12) zur Frauenrate.

Massenarmee. Um keine Verzerrungen zu erhalten, wird nur auf den aktiven Teil der Streitkräfte rekurriert, denn der Grossteil der Reserve besteht aus Angehörigen des Heeres. Bei Einbezug der Reservisten würde faktisch das eigentliche Verhältnis in Friedenszeiten zu einem Verhältnis im Kriegszustand umgewandelt werden.

6. Mit der Peace Support Operations-Rate, die aus den aktiven Armeeingehörigen errechnet wird, kann auf eine *Out-of-Area*-Fähigkeit der Streitkräfte geschlossen werden. Die Beteiligung in PSO macht die Aussen- oder Innenorientierung der Streitkräfte sichtbar. Für PSO werden normalerweise Berufs- oder Zeitsoldaten aufgeboten. Die Vorbereitung für und der Einsatz in PSO dauert in der Regel länger als die Dienstzeit Wehrpflichtiger. Deshalb erscheint ein PSO-Einsatz für Wehrpflichtige auf freiwilliger Basis in den meisten Fällen nicht möglich.
7. Der Human Development Index (HDI) misst den allgemeinen Lebensstandard. In dieser Arbeit wird mittels des HDI auf den Individualisierungsgrad einer Gesellschaft geschlossen.¹³³ Nach den theoretischen Ausführungen in Kapitel 3 sollten stärker individualisierte Gesellschaften zunehmend kritischer gegenüber der Zwangsrekrutierung ihrer Staatsbürger sein.¹³⁴
8. Mit der Begründung, die Verteidigungsausgaben senken zu können, entschieden sich die niederländische wie auch die belgische Regierung, die Wehrpflicht auszusetzen und eine auf Freiwilligkeit basierende Streitkraft einzuführen. Mit den Verteidigungsausgaben und dem Bruttoinlandsprodukt (GDP) wird die volkswirtschaftliche Belastung der Streitkräfte für die Gesellschaft erhoben. Die Militärausgaben pro Kopf sollen einen Hinweis darauf geben, wie viele Ressourcen in die Verteidigung investiert werden.¹³⁵

Wir verfügen mit den Verhältniszahlen, die aufgrund des Zahlenmaterials aus *The Military Balance* gebildet werden können, über ausreichende Hinweise, um den Wandel der Militärorganisationen in Europa untersuchen zu können. Durch die vom IISS vorgenommene Standardisierung der Daten können die europäischen Streitkräfte verglichen werden. Hier liegt die Stärke dieser Verhältniszahlen.

6.3 Subjektive Indikatoren für den Wandel der Militärstrukturen: Expertenerhebung *Europe's Mass Armies in Transformation*

Die in Abschnitt 6.2.3 vorgestellten Verhältniszahlen können nur einen Trendverlauf angeben. Für detaillierte Analysen sind sie nicht geeignet. Streng genommen implizieren die im empirischen Teil präsentierten Ergebnisse keine Kausalketten. Vor allem das schwer fassbare Konstrukt des sozialen Wandels und die Auswirkungen davon auf das Ende der Massenarmeen werden nur indirekt gemessen. Deshalb ist es notwendig, diese allgemeinen Trend-

¹³³ Diese Überlegungen beziehen sich auf den europäischen Raum und demokratische Gesellschaften.

¹³⁴ Für die Berechnungen werden alle Staaten ausser Serbien und die Ukraine berücksichtigt. Die Schweiz wird als Ausreisser entfernt. Die Angaben zum Human Development Index (HDI) können entnommen werden: Im Internet am 25.10.2003 unter: http://www.undp.org/hdr2003/indicator/indic_8_1_1.html. Dort finden sich auch die technischen Details der Kalkulationen des Indexes, auf die hier nicht weiter eingegangen werden.

¹³⁵ Infolge fehlender Daten müssen für Belgien (1978), Bulgarien (1977), Griechenland (1979), Russland (1993), Spanien (1977 und 1980) und für die Türkei (1980) die Jahreswerte geschätzt werden.

beobachtungen mittels subjektiven Indikatoren zu überprüfen und abzusichern. Um die Transformation der Wehrpflichtarmeen in Europa besser fassen zu können, wurde ein schriftlich auszufüllender Fragebogen an Militärexperten in ganz Europa gesandt.¹³⁶ Ziel dieser Expertenerhebung ist, die Meinungen und Vorstellungen von vor allem sozialwissenschaftlich tätigen Personen zu eruieren.¹³⁷ Die Einschätzungen der Experten geben nicht die offizielle Politik der einzelnen Staaten wieder, sondern stellen die persönlichen Meinungen der Befragten dar. Sie geben einen besseren Einblick in die nationalen Besonderheiten der jeweiligen Militärorganisationen und behandeln auch die politischen Diskurse in den einzelnen Staaten in Bezug auf die Aussetzung der Wehrpflicht.

Die Expertenerhebung dient der Überprüfung der Daten aus *The Military Balance*. Nach Durchsicht der Antworten und Kommentare und dem Vergleich zum Datensatz von *The Military Balance* kann konstatiert werden, dass beide Datensätze gegenseitig stimmig sind und grosse Kohärenz aufweisen.

6.3.1 Allgemeine Bemerkungen zum Fragebogen *Europe's Mass Armies in Transformation*

Für den zweiten empirischen Teil der Arbeit wurde ein halbstandardisierter Fragebogen entwickelt. Die in Englisch verfasste Expertenerhebung mit dem Titel *Europe's Mass Armies in Transformation* wurde an 237 ausgewählte Sozialwissenschaftler, Mitarbeitende der Verteidigungsministerien und an die in der Schweiz akkreditierten Militärattachés europäischer Staaten versandt. Für die Expertenerhebung konnten insgesamt 87 Fragebogen ausgewertet werden. 77 Experten¹³⁸ stammen aus 24 Ländern, die bis zum Zeitpunkt der Erhebung (Sommer bis Herbst 2001) ihre Rekrutierung auf der Basis der Wehrpflicht durchführten. Zehn Experten beschreiben die Situation ihrer Freiwilligenstreitkraft (6 Staaten: Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Irland, die Niederlande und Spanien). In Portugal und Italien war der Wandel von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft zum Befragungszeitpunkt noch nicht ganz vollzogen.¹³⁹

Das berufliche Umfeld der Experten wird aus Tabelle 6.2 ersichtlich.

¹³⁶ Der Fragebogen ist in Anhang B wiedergegeben.

¹³⁷ Obwohl die Experten aus verschiedenen Staaten stammen, kann davon ausgegangen werden, dass alle die vorgelegten Fragen verstehen, d.h. die Bedeutungsäquivalenz ist gegeben, da es sich um ein abgeschlossenes Themengebiet handelt, das mit dem Beruf des Befragten direkt verbunden ist. Somit sollten auch keine Verzerrungen im Antwortverhalten festgestellt werden. Vergleiche dazu auch die methodischen Bemerkungen bei Atteslander 1993, 126-200, Kromrey 1998, 335-368, Noelle 1963, 54-94, Strack, 1994.

¹³⁸ Bei der Nennung der männlichen Form ist jeweils auch die weibliche Form mitgemeint. Abgesehen davon kann aber bei dieser Expertenerhebung wirklich von einer Geschlechterdifferenz ausgegangen werden. Nur 39 der 237 verschickten Fragebogen wurden an Wissenschaftlerinnen gesandt. Die Beschäftigung mit Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Militärsoziologie ist bis anhin ein von Männern dominiertes Gebiet.

¹³⁹ Die italienische Reform 2000, die am 24.10. 2000 vom Senat bewilligt wurde, setzt sich zum Ziel, bis zum 1. Januar 2007 die Abschaffung der Wehrpflicht mit einer Personalstärke von 190000 vollzogen zu haben (Battistelli 2003a, 170). Es scheint aber, dass die Umstellung schon auf Ende 2005 geschehen wird.

Tabelle 6.2: Anzahl und berufliches Umfeld der befragten Experten nach Ländern (31 Länder)

	Mitglied der Streitkräfte	Angestellter des Verteidigungsministerium	Angestellter einer nicht-militärischen Institution (Universität etc.)	Sowohl Mitglied der Streitkräfte wie einer nicht-militärischen Institution	Anderes / keine Antwort	Total
Belgien		1				1
Estland		1				1
Irland		1				1
Polen	1					1
Portugal				1		1
Rumänien			1			1
Russland	1					1
Spanien			1			1
Dänemark	1				1	2
Frankreich	1		1			2
Griechenland	1	1				2
Grossbritannien	1		1			2
Ukraine	1		1			2
Italien	1		2			3
Kroatien		1	2			3
Litauen		1	1		1	3
Niederlande	1		2			3
Serbien			2		1	3
Slowakei	2	1				3
Türkei	3					3
Ungarn	1	1	1			3
Finnland	2	1	1			4
Österreich	2	1		1		4
Schweden	1	1	2			4
Tschechien		3	1			4
Lettland	2		2		1	5
Slowenien		1	3		1	5
Bulgarien	1	1	3	1		6
Deutschland	4		1		1	6
Schweiz	4		1	2		7
Total	31	16	29	5	6	87

Der relativ grösste Anteil stellen Militärangehörige (31 Personen). 29 Experten stammen aus einer nicht-militärischen Institution aus dem Bereich der Sozialwissenschaften. Zivile Angestellte des Verteidigungsdepartements bilden mit 16 Personen die drittgrösste Gruppe. 5 Befragte bezeichnen sich sowohl den Streitkräften wie auch einer nicht-militärischen Hochschule angehörig. Von 6 Befragten gibt es keine klare Berufsbezeichnung.

Die ausgewählten Personen stellen im europäischen Kontext einen Grossteil der forschenden Militärexperten dar. Die angeschriebenen Experten können als die führenden Wissenschaftler

der Militärsoziologie in den einzelnen Staaten betrachtet werden. Viele sind Mitglieder der *European Research Group Of Military And Society* (ERGOMAS).¹⁴⁰ Diese Organisation stellt das Netzwerk europäischer Militärsoziologen dar. Zusätzlich sind ausgewählte Forscher, die im Rahmen des *International Security Forum* (ISF) militärwissenschaftliche Forschung betreiben, angeschrieben worden.¹⁴¹ Die Qualität der Daten wird deshalb als gut beurteilt. Die Expertenerhebung dauerte von Frühling 2001 bis Herbst 2001. Die Rücklaufquote liegt bei 37%. Von allen Staaten ausser Norwegen sind Daten erhoben worden.¹⁴² Rückmeldungen zeigen, dass die Fragebogen teilweise von Teams beantwortet wurden.

In 22 von 30 Ländern wird die gesetzte Minimalvorgabe von mindestens zwei Personen erreicht (Tabelle 6.2).¹⁴³ Damit keine Verzerrungen infolge Überrepräsentierung der Experten aus einzelnen Staaten auftreten, wurden für die Analyse der Daten die Antworten und die einzelnen Indikatoren länderspezifisch zusammengefasst und gemittelt. Der Fragebogen und die Ansprüche an die gewünschten Informationen waren derart, dass das Ausfüllen erhebliche Zeit beanspruchte und detailliertes Expertenwissen voraussetzte.

6.3.2 Operationalisierung der Begriffe zur Expertenerhebung Europe's Mass Armies in Transformation

Die Erhebung ermittelt, welche Meinungen die befragten Experten zu ausgewählten Themenkreisen haben. Um die in Abschnitt 2.2 genannten Merkmale und Veränderungen der Massenarmee auf Wehrpflichtbasis darstellen zu können, sind Fragen zum gesellschaftlichen Stellenwert und der Akzeptanz der Wehrpflicht wie auch einer Freiwilligenstreitkraft integriert worden. Auch die veränderte Geschlechterrolle und die Möglichkeit, einen Alternativdienst (Zivildienst) zu leisten, interessieren.

Das Erhebungsinstrument ist so konstruiert, dass bei der Auswertung der Daten die verschiedenen Wehrsysteme miteinander verglichen werden können. Mit den Fragen zur Freiwilligenstreitkraft wird auf die Schwierigkeit der Rekrutierung der zukünftigen Soldaten eingegangen. Damit können Erfahrungen von Militärorganisationen, die zur Freiwilligenstreitkraft übergangen, wiedergegeben werden.

Den politisch-gesellschaftlichen Aspekten wird in der Erhebung grosser Raum gegeben. Dabei richtet sich der Blick einerseits auf die Entscheidungssituation auf gouvernementaler Ebene und auf die offizielle Linie der Regierung. Andererseits interessiert die öffentliche Meinung und die Ansichten der politischen Parteien. Die Rolle militärischer Entscheidungsträger zu

¹⁴⁰ Siehe zur Forschungstätigkeit dieser Vereinigung unter: www.ergomas.ch.

¹⁴¹ Siehe zu den Aktivitäten des International Security Forum (ISF) unter: www.isn.ethz/isf.

¹⁴² Auch nach mehrmaligen Nachfragen konnte leider kein norwegischer Experte zum Ausfüllen des Fragebogens motiviert werden.

¹⁴³ In Belgien, Estland, Irland, Polen, Portugal, Rumänien, Russland und Spanien konnte jeweils nur ein Experte befragt werden. Der Fragebogen aus Portugal wurde aber durch mehrere Personen ausgefüllt, dabei lieferten die einzelnen Teilstreitkräfte ihre Daten dem angefragten Experten, der diese in einem Exemplar zusammenfasste.

Beginn und im Verlaufe des Umstrukturierungsprozesses gibt zusätzlich wichtige Anhaltspunkte. Der Schwerpunkt liegt indessen bei der Einschätzung der Experten in Bezug auf die Beurteilung der Gründe für die Beibehaltung der Wehrpflicht oder den Wechsel zu einer Freiwilligenstreitkraft, wobei sich die Fragen an der in der Literatur aufgezeichneten Diskussion ausrichten (vergleiche Kapitel 4).

Ein Fragekomplex beschäftigt sich mit der sozialen Repräsentativität: Unterscheiden sich Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere in Bezug auf die Verteilung soziodemographischer Variablen (Stadt-Land, politische Orientierung, Minoritäten, Bildung) von jener der Gesamtbevölkerung? Damit kann festgestellt werden, ob einerseits zwischen den zwei verschiedenen Wehrsystemen und andererseits zwischen den verschiedenen Dienstgraden soziodemographische Unterschiede auszumachen sind.

Die Einschätzung der geostrategischen Veränderungen wird mittels Fragekomplexen zu PSO nach dem Ende des Kalten Krieges erschlossen, damit verbunden sind eine Bewertung solcher Einsätze und die Verwendbarkeit von Wehrpflichtigen. Ebenfalls werden die Mitgliedschaften in sicherheitspolitischen Allianzen aufgeführt und erfragt, ob es durch die neuen Anforderungen an die Streitkräfte eine Tendenz zu einer Zwei-Klassen-Armee gibt. Dies kann als Indikator dafür gesehen werden, dass die Streitkräftestrukturen den neuen geostrategischen und politisch-gesellschaftlichen Gegebenheiten nicht mehr entsprechen.

Tabelle 6.3 gibt die gesellschaftlichen, technologischen, ökonomischen und geostrategischen Triebkräfte und die ihnen zugewiesenen Indikatoren wieder. Zugleich ist ersichtlich, auf welche Frage in der Expertenerhebung sich der einzelne Indikator bezieht.

Tabelle 6.3: Einreihung der einzelnen Fragen der Expertenerhebung nach Triebkraft und Indikatoren

Triebkraft und Indikatoren	Frage
<i>Gesellschaftliche und politische Indikatoren</i>	
Öffentliche Meinung / Akzeptanz	3a, 4a, 4b, 19i
Militärische Meinung / Akzeptanz	3b, 15b, 15c, 17d, 24d
Rolle der Frauen	5
Ausschluss von der Wehrpflicht	2b
Wehrgerechtigkeit / Rekrutierungsquote	2a, 7e, 19a, 20a
Alternativdienst	7c, 7d
Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen	7a, 7b
Tradition- und Demokratieargument	19e, 19f, 20h, 20i, 20j
Öffentliche Diskussion	24a, 24b, 24c, 24d, 24e
Politische Parteien / Regierung	17e, 18, 24d, 24e, 24f, 24g
Verankerung der Wehrpflicht im Gesetz / Rechtsweg	13a, 13b
Regierungsstudien	16a, 16b, 17a, 17b, 17c, 21b
<i>Soziodemographische Indikatoren</i>	
Alter	1c, 1d
Bildung	8, 14d
Stadt-Land	8
politische Einstellung	8
Minderheiten	8
<i>Technologische Indikatoren</i>	
Technik / Technologisierung / Revolution in Military Affairs	6, 19g
Zwei-Klassen-Armee / Flexibilisierung	9a, 9b
<i>Ökonomische Indikatoren</i>	
Kosten / Militärausgaben / ökonomische Rahmenbedingungen	12a, 12b, 19d, 20g
Bestandesreduzierung / Wehrpflichtdauer	1a, 1b, 22a, 22b, 22c, 22d, 22e
Rekrutierung Freiwilliger	14a, 14b, 14c,
Militärische Effizienz	19b, 19c, 19g, 20k
<i>Geostrategische Indikatoren</i>	
Bedrohungsempfinden / geostrategische Veränderung / Ende Kalter Krieg	16b, 19h, 19k, 20e
Allianz-Effekt	10, 19j, 20f, 20l
Peace Support Operations (PSO) / erweitertes Anforderungsprofil	9b, 11a, 11b, 11c, 11d, 11e, 19b, 20b, 20c, 20d, 21a, 21b
<i>Zukunftseinschätzung der Experten</i>	
Wechsel Wehrpflicht zu Freiwilligenstreitkraft	4b, 14c, 15a, 15b, 15c, 17b, 22e, 23a, 23b

Der Indikator ‚Zukunftseinschätzung der Experten‘ bezieht sich nicht auf einen inhaltlichen Aspekt, sondern versucht die zeitliche Dimension in den einzelnen europäischen Staaten bei der Umgestaltung des Wehrsystems zu erfassen.

Empirischer Teil 1

7 Trends auf Grund objektiver Strukturdaten

Zu Beginn des empirischen Teils 1 werden die Bestände der europäischen Streitkräfte von 1975 bis 2003 beschrieben. Die Daten aus *The Military Balance* ermöglichen dabei Trends zu veranschaulichen und zu analysieren. Abschnitt 7.2 thematisiert die Entwicklung der Wehrpflichtsituation in Europa. Um die Wirkung gesellschaftlicher Triebkräfte zu erklären, wird eine Typologie der Wehrpflichtrate erstellt und der Verlauf der Militärpartizipationsrate dargestellt. Zudem wird die Rolle von Frauen in Streitkräften erläutert (Abschnitt 7.3). Im Verhältnis der Teilstreitkraft Heer zum Gesamtbestand der Streitkräfte schliessen wir indirekt auf den technologischen Stand (Abschnitt 7.4). In Abschnitt 7.5 wenden wir uns ökonomischen Fragen zu (GDP, Lebensstandard, Bevölkerungsgrösse). Anschliessend werden in Abschnitt 7.6 Allianzefekte, die Involvierung in PSO – d.h. geostrategische Triebkräfte – überprüft. Im letzten Abschnitt dieses Kapitels erfolgt eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse. Diese zeigt auf, wie die vier Triebkräfte die Wehrpflichtrate beeinflussen.

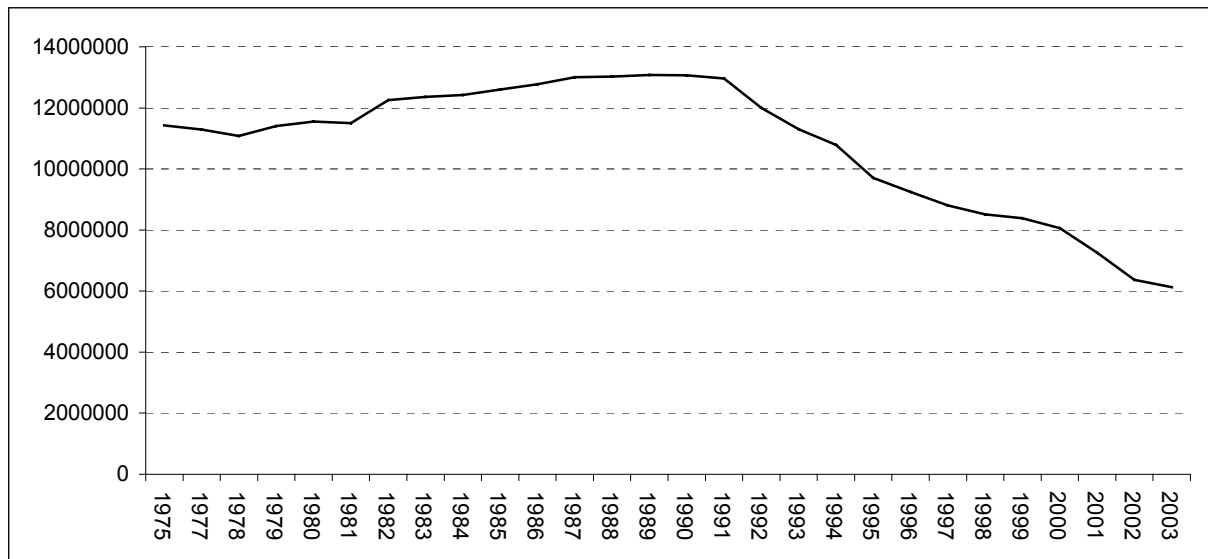
7.1 Gesamtbestand europäischer Wehrpflichtarmeen

Seit dem Ende des Kalten Krieges verringert sich der Streitkräftebestand europäischer Wehrpflichtarmeen. Zu Beginn der Messung 1975 weisen die Daten des *International Institute for Strategic Studies* (IISS) 11433900 aktive Soldaten und Reserveeinheiten in den 19 untersuchten alten europäischen Wehrpflichtarmeen aus (Abbildung 7.1).¹⁴⁴ Bis 1981 verändert sich der Gesamtbestand der Streitkräfte unwesentlich. Ab 1982 wächst er kontinuierlich auf den Höchststand von 13073600 Soldaten im Jahr 1989. Die Anzahl Soldaten verharrt in dieser Höhe; erst ab 1992 reduziert sie sich deutlich. 1993 dienen in den 19 europäischen Staaten erstmals weniger Soldaten in den Streitkräften als in der Zeitspanne von 1975 bis 1992. Zwischen 1991 und 1994 lässt sich eine *signifikante Reduzierung der Reserveeinheiten* feststellen. Bis 2003 halbiert sich der Bestand europäischer Streitkräfte auf 6124240. Die Personalabnahme zwischen 1993 und 2003 zeigt einen linearen Verlauf.¹⁴⁵ Von einer weiteren Reduzierung der europäischen Bestände kann aufgrund des beobachteten Trends ausgegangen werden.

¹⁴⁴ Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Ungarn. Der Zeitpunkt 1975 wird aus erhebungstechnischen Gründen gewählt (vergleiche Kapitel 6). Die Streitkräftereduktion beginnt aber bei einigen europäischen Streitkräften schon in den fünfziger Jahren (Manigart 1990).

¹⁴⁵ Die lineare Abnahme des Streitkräftebestandes lässt sich ebenfalls in den neuen europäischen Staaten mit Wehrpflichtarmee feststellen (ab 1993: Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, die Slowakei, Slowenien und die Ukraine; fehlend Russland (Verzerrungseffekte) und Tschechien (keine Angaben zum Reservebestand)).

Abbildung 7.1: Gesamtbestand europäischer Wehrpflichtarmeen 1975-2003 (aktive Soldaten und Reservesoldaten, 19 Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

Die Reduktion der Anzahl aktiver Soldaten verläuft im Vergleich zur Verringerung der Anzahl Reservesoldaten unterschiedlich. In einer ersten Phase (1975-1982) wird der Bestand aktiver Soldaten kontinuierlich erhöht, hingegen verharrt der Reserveanteil auf gleichem Niveau wie 1975. In einer zweiten Phase (1983-1992) bleibt der aktive Bestand auf hohem Niveau stabil, während die Reserveeinheiten kontinuierlich aufgestockt werden. Es kann angenommen werden, dass nach der politischen Wende 1989 Teile des aktiven Bestandes den Reserveeinheiten zugeführt worden sind. In einer dritten Phase ab 1993 wird vermehrt auf grosse Reserveeinheiten in Europa verzichtet. Diese werden in einem stärkeren Masse reduziert als der Bestand der aktiven Soldaten (Trend der Bestandesreduktion über Reserveeinheiten).

Neben dem rückläufigen Gesamtbestand der Streitkräfte als Indikator für das Ende der Massenarmee wird in einem weiteren Schritt die Entwicklung des aktiven Streitkräftebestandes auf der Länderebene analysiert. Zwischen 1975 und 1989 steigt insgesamt die Anzahl aktiver Soldaten in Europa um 6%. Neben dem Gesamtbestand der aktiven Soldaten zeigt Tabelle 7.1 die Veränderung des aktiven Streitkräftebestandes pro Land in Prozent.¹⁴⁶ 10 von 19 europäischen Staaten haben 1989 ihren aktiven Bestand im Vergleich zu 1975 reduziert. Am stärksten mit -23% wird dies in Bulgarien, gefolgt von Finnland (-15%) und Ungarn (-13%) beobachtet. Die Tschechoslowakei, Rumänien und Deutschland weisen 1989 beinahe den gleich hohen Bestand wie 1975 aus. In sieben Ländern ist eine Bestandserhöhung erkennbar, vor allem in der Türkei (+44%), in Polen (+41%), in Griechenland (+29%) sowie in Portugal (+25%).

¹⁴⁶ 1989 wird deshalb gewählt, weil der Umbruch in den osteuropäischen Staaten einer Zäsur entspricht und sich ab diesem Zeitpunkt die Blockkonfrontation auflöst.

Tabelle 7.1: Aktiver Streitkräftebestand europäischer Wehrpflichtarmeen: Zwei Zeitpunktvergleiche (1975 zu 1989 und zu 2003) in Prozent (19 Länder)

Land	1975	1989	2003	Bestandesunterschied 1975 zu 1989	Bestandesunterschied 1975 zu 2003
Bulgarien	152000	117500	51000	-23%	-68%
Finnland	36300	31000	27000	-15%	-26%
Ungarn	105000	91000	33400	-13%	-66%
Dänemark	34400	31600	22880	-8%	-33%
Schweden	69800	64500	27600	-8%	-60%
Niederlande	112500	103600	53130	-8%	-53%
Italien	421000	390000	200000	-7%	-52%
Frankreich	502500	466300	259050	-7%	-48%
Spanien	302300	285000	150700	-6%	-50%
Norwegen	35000	34100	26600	-3%	-24%
Rumänien	171000	171000	97200	0%	-43%
Tschechoslowakei	200000	199700	-----	0%	-----
Deutschland	495000	494300	284500	0%	-43%
Belgien	87000	92400	40800	6%	-53%
Schweiz	625000	664000	354300	6%	-43%
Österreich	37000	42500	34600	15%	-6%
Portugal	60000	75300	44900	26%	-25%
Griechenland	161200	208500	177600	29%	10%
Polen	293000	412000	163000	41%	-44%
Türkei	453000	650900	514850	44%	14%
Total	4353000	4625200	2563110	6%	-38%

Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

Von 1975 bis 2003 verringert sich in Europa der durchschnittliche aktive Streitkräftebestand um 38% (Tabelle 7.1).¹⁴⁷ Die meisten europäischen Staaten reduzieren in dieser Zeitspanne ihren Streitkräftebestand. Mit einer Reduktion von über 60% stehen Bulgarien (-68%), Ungarn (-66%) und Schweden (-60%) an der Spitze.¹⁴⁸ Von 1975 bis 2003 vergrößern nur Griechenland (+10%) und die Türkei (+14%) ihre Streitkräfte. Eine Ursache wird in den bis heute ungelösten territorialen Konflikten zwischen Griechenland und der Türkei gesehen.

Die neuen Staaten nach 1989 können einem Dekadenvergleich unterzogen werden. Tabelle 7.2 zeigt die Veränderung des aktiven Streitkräftebestandes zwischen 1993 und 2003 in Prozent. Die meisten neuen osteuropäischen Staaten haben den aktiven Streitkräftebestand innerhalb einer Dekade massiv reduziert: Werden alle neuen Staaten berücksichtigt, ergibt sich eine Verkleinerung von 50%. Besonders klar ersichtlich wird dies bei Kroatien (-80%). Nur

¹⁴⁷ Diese Werte korrespondieren gut mit der von Manigart (2003a, 331) errechneten Bestandesreduktion aller Nato-Staaten in der Zeit zwischen 1980 und 2000. Er gibt als Minimum Griechenland mit +12% und als Maximum Belgien mit -55% an.

¹⁴⁸ Bezüglich der Reduktion der aktiven Streitkräftebestände 1975 bis 2003 gibt es keinen signifikanten Unterschied zwischen europäischen Wehrpflichtarmeen und angelsächsischen Freiwilligenstreitkräften (Australien, Grossbritannien, Irland, Kanada, Neuseeland, USA). Der Tendenz nach haben Freiwilligenstreitkräfte ihre Bestände weniger stark reduziert als Wehrpflichtarmeen. Wehrpflichtarmeen verringern den Bestand um 38%, Freiwilligenstreitkräfte nur um 31%.

die baltischen Staaten haben den aktiven Streitkräftebestand erhöht oder zumindest nicht verändert (Estland +120%, Litauen +30%, Lettland -2%).

Tabelle 7.2: Aktiver Streitkräftebestand der neuen europäischen Wehrpflichtarmeen: Zeitpunktvergleich 1993 zu 2003 in Prozent (10 Länder)

	1993	2003	Prozentunterschied
Kroatien	103300	20800	-80%
Slowenien	15000	6550	-56%
Slowakei	47000	22000	-53%
Russland	2030000	960000	-53%
Tschechien	106500	57050	-46%
Serbien	136500	74500	-45%
Ukraine	438000	295500	-33%
Lettland	5000	4880	-2%
Litauen	9800	12700	30%
Estland	2500	5510	120%
Total	2893600	1459490	-50%

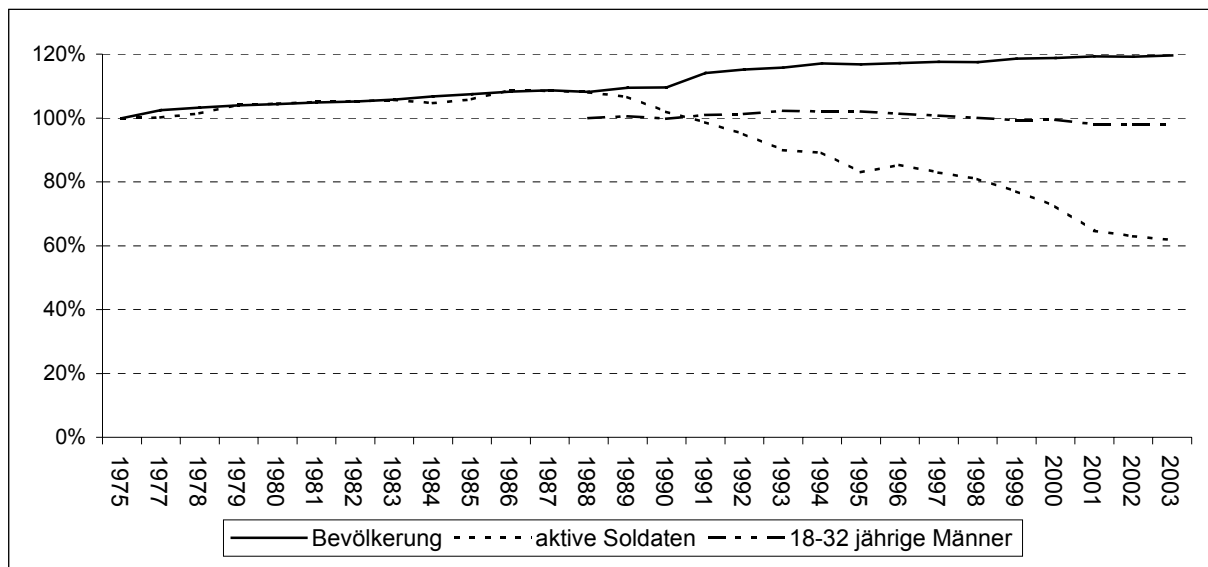
Quelle: IISS, *The Military Balance 1993-2003*

Seit dem Ende des Kalten Krieges bis 2003 hat sich der gesamteuropäische Streitkräftebestand beinahe halbiert. D.h., die Reduktion des aktiven Streitkräftebestandes in Europa beginnt erst nach dem geostrategischen Wechsel 1989. Die Gesamtabnahme der aktiven Soldaten in den untersuchten Staaten verläuft seit 1993 linear. Eine Trendwende dieses Prozesses kann bis 2001 nicht eruiert werden. Seit 2001 scheint sich die Abnahme aber zu verlangsamen.

Inwiefern die Reduktion des Bestandes europäischer Streitkräfte nicht durch demographische Faktoren beeinflusst wird, bleibt noch unbeantwortet. Faktisch könnte sich die europäische Bevölkerung insgesamt verkleinert haben. Dann wäre die Reduktion nicht auf strukturelle Streitkräfteveränderungen zurück zu führen, sondern demographische Faktoren würden die entscheidende Rolle spielen. Dem ist nicht so: Von 1975 bis 1989 kann eine konstante Zunahme sowohl der Bevölkerung (+9.5%) wie auch des aktiven Streitkräftebestandes (+6.6%) in Europa beobachtet werden (Abbildung 7.2).

Abbildung 7.2: Anteil aktiver Soldaten im Vergleich zur Bevölkerung 1975-2003 und Anteil der 18 bis 32-jährigen Männer 1988-2003 bei europäischen Wehrpflichtarmeen

(Bevölkerung + aktive Soldaten: Basisjahr 1975=100%, 18 bis 32-jährige Männer: Basisjahr 1988=100%; 19 Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

Die europäische Gesamtbevölkerung steigt bis 2003 weiterhin kontinuierlich an, um einen Höchststand von 119% gegenüber dem Basisjahr 1975 zu erreichen. Gleichzeitig verringert sich der Anteil aktiver Soldaten ab 1990 stark. Die 19 europäischen Wehrpflichtarmeen weisen 2003 noch einen Anteil von 62% an aktiven Soldaten im Vergleich zu 1975 aus. Ab 1988 wird der Anteil der 18 bis 32-jährigen Männer, d.h. die militärtragende Alterskohorte, in der Abbildung aufgeführt. Es wird ersichtlich, dass sich dieser Anteil über die Zeit faktisch nicht ändert (1988= 100%, 2003= 98%). Dies bedeutet, dass die Anzahl der aktiven Soldaten in den neunziger Jahren kontinuierlich sinkt, aber die Anzahl verfügbarer junger Männer für die Streitkräfte über die Zeit stabil bleibt. Nicht demographische Veränderungen induzieren den Streitkräftewandel, sondern andere Gründe müssen für die Reduktion ausschlaggebend sein.

Der Effekt des sinkenden Bestandes bei gleichzeitig konstanter Kohortenzahl bleibt bestehen, wenn zu den untersuchten 19 alten europäischen Ländern die neuen Staaten mitgerechnet werden. Der Effekt für die neuen Länder ist leicht zeitverzögert und beginnt ab 1996. Erst mit der strategischen Zukunftsperspektive einer Annäherung an die Nato mit dem *Partnership for Peace*-Angebot¹⁴⁹ reduzieren die meisten von ihnen den aktiven Streitkräftebestand.

Die Annahme vom Ende der Massenarmeen auf Wehrpflichtbasis, die in den siebziger Jahren Janowitz, Doorn und Martin (Abschnitt 2.5) formulierten, hat sich zumindest für die Zeitspanne 1975 bis 1989 als falsch erwiesen. Eine Reduktion des Streitkräftebestandes ist nicht ersichtlich. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein, stieg doch die Gesamtzahl europäischer

¹⁴⁹ Die neun neuen Staaten haben ihre Unterschrift für das *Partnership for Peace*-Abkommen (PfP) wie folgt eingereicht: Litauen 27.1. 1994, Estland 3.2. 1994, Ukraine 8.2. 1994, Slowakei 9.2. 1994, Lettland 14.2. 1994, Tschechien 10.3. 1994, Slowenien 30.3. 1994, Kroatien 25.5. 2000, Serbien ist nicht Mitglied des *Partnership for Peace*-Abkommens, Quelle: <http://www.nato.int/pfp/sig-cntr.htm> (Stand: 19. Januar 2004). Eine gute Darstellung der Anfänge und Entstehungsgeschichte der PfP siehe in Wenger, Breitenmoser, Lehmann (1998).

aktiver Soldaten um mehr als 6% und nur 10 von 19 Staaten reduzierten in dieser Zeit ihre Bestände moderat. Erst seit dem Ende des Kalten Krieges verkleinern die europäischen Streitkräfte ihre Bestände deutlich.

7.2 Die quantitative Bedeutung der Wehrpflicht in Europa

In der Zeitspanne von 1975 bis 1989 verändert sich die absolute Wehrpflichtigenzahl gesamt-europäisch nicht. Tabelle 7.3 gibt Auskunft über die länderbezogene Veränderung des Anteils Wehrpflichtiger. Wird die Türkei ausgeschlossen, wächst der Anteil Wehrpflichtiger in Europa nicht um 11%, sondern bleibt konstant über die Zeit ($\pm 0\%$ Veränderung).

Tabelle 7.3: Anzahl Wehrpflichtiger 1975-1989 und Veränderung in Prozent in europäischen Streitkräften (19 Länder)

Land	1975	1989	Veränderung in Prozent
Dänemark	12270	9215	-25%
Ungarn	62000	48000	-23%
Finnland	28000	23700	-15%
Frankreich	271300	240100	-12%
Norwegen	24000	21800	-9%
Italien	299000	272500	-9%
Tschechoslowakei	128000	118000	-8%
Niederlande	52900	49600	-6%
Bulgarien	97000	91000	-6%
Schweden	51700	49000	-5%
Deutschland	227000	222300	-2%
Spanien	213400	210000	-2%
Österreich	20000	20500	2%
Rumänien	104000	107500	3%
Schweiz	625000	664000	6%
Belgien	34100	36700	8%
Portugal	40000	47200	18%
Polen	194000	231000	19%
Griechenland	112000	143500	28%
<i>Türkei</i>	<i>261000</i>	<i>575800</i>	<i>121%</i>
Total	2856670	3181415	11%
Total ohne Türkei	2597645	2607604	0%

Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

Eine starke Reduktion (mehr als -10%) des Wehrpflichtanteils kann in Dänemark, Ungarn, Finnland und Frankreich konstatiert werden. Eine moderate Senkung (-2% bis -9%) findet in den Streitkräften Norwegens, Italiens, der Tschechoslowakei, der Niederlanden, Bulgariens, Schwedens, Deutschlands und Spaniens statt. Hingegen erhöhen Österreich, Rumänien, die Schweiz und Belgien die Anzahl Wehrpflichtiger leicht (2% bis 8%). Einen erheblichen Anstieg verzeichnen Portugal ($+18\%$), Polen ($+19\%$), Griechenland ($+28\%$) und die Türkei

(+121%). Es kann gesamteuropäisch für die 15 Jahren vor dem Ende des Kalten Krieges weder von einer Reduzierung noch einer Aufstockung der Wehrpflichtigen gesprochen werden. Trotz dem sich abzeichnenden Wertewandel und den politischen Protesten in den siebziger und achtziger Jahren gegen die Wehrpflicht scheinen diese gesellschaftlichen Kräfte auf die Zahl Wehrpflichtiger keinen wesentlichen Einfluss ausgeübt zu haben. Erst ab 1989, bedingt durch das Ende des Kalten Krieges, sinkt die Zahl der Wehrpflichtigen.

Tabelle 7.4 zeigt die prozentuale Veränderung der Wehrpflichtigen zwischen 1993 und 2003 in den europäischen Streitkräften. 1993 stehen den 28 untersuchten Staaten 3617200 Wehrpflichtige zur Verfügung, 2003 noch 1645131. Dies entspricht einer Reduktion von 55%. Fast alle Staaten verringern den Anteil Wehrpflichtiger. Belgien, Frankreich, die Niederlande und Spanien reduzieren den Anteil um 100%, d.h. sie haben innerhalb dieser zehn Jahren die Wehrpflicht ausgesetzt. In Ländern, die ihren Bestand an Wehrpflichtigen um 50% oder mehr vermindert haben und weiterhin an der Wehrpflicht festhalten, fällt auf, dass es sich vor allem um osteuropäische Staaten handelt (Estland, Kroatien, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn). Gleichbleibende Anteile Wehrpflichtiger weisen Serbien und die Türkei aus. Nur Litauen erhöht den Bestand stark (+135%).

Die europäischen Staaten lassen sich aufgrund der Veränderungen ihres Anteils Wehrpflichtiger in drei Gruppen einteilen. Erstens die westeuropäischen Staaten Belgien, Frankreich, die Niederlande, Spanien und Italien, die den Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft im Zeitraum von 1992 bis 2003 (fast) vollzogen haben und daher einen Wehrpflichtanteil von (fast) 0% aufweisen. Eine zweite Gruppe bilden osteuropäische Staaten, welche die Zahl Wehrpflichtiger massiv reduziert, aber in den meisten Fällen den Schritt zur definitiven Aussetzung der Wehrpflicht noch nicht gefällt haben. Die dritte Gruppe besteht hauptsächlich aus westeuropäischen Streitkräften, die eine moderate Verkleinerung des Wehrpflichtanteils vorgenommen haben.

Tabelle 7.4: Anzahl Wehrpflichtiger 1993-2003 und Veränderung in Prozent in europäischen Streitkräften (28 Länder)

Land	1993	2003	Veränderung in Prozent
Belgien	28600	0	-100%
Frankreich	190400	0	-100%
Niederlande	30050	0	-100%
Spanien	133500	0	-100%
Italien	207900	20100	-90%
Kroatien	65000 (1994)	7000	-89%
Slowakei	30000 (1997)	3500	-88%
Rumänien	125000	29600	-76%
Slowenien	4500 (1994)	1200	-73%
Schweden	36600	12300	-66%
Russland	950000	330000	-65%
Ungarn	52000	22900	-56%
Estland	2650 (1995)	1310	-51%
Polen	162400	81000	-50%
Tschechien	40400	20400	-50%
Portugal	17600	9100	-48%
Lettland	3000 (1996)	1600	-47%
Deutschland	176300	94500	-46%
Schweiz	650000	351000	-46%
Dänemark	9100	5700	-37%
Österreich	25000	17200	-31%
Finnland	24100	18500	-23%
Griechenland	122300	98321	-20%
Norwegen	18800	15200	-19%
Bulgarien	60000	49000	-18%
Serbien	60000	60000 (2002)	0%
Türkei	390000	391000	0%
Litauen	2000 (1996)	4700	135%
Total	3617200	1645131	-55%

Quelle: IISS, The Military Balance 1993-2003

Zwischen 1993 und 2003 wird der Bestand aller aktiven Soldaten, d.h. Freiwilligdienende, Wehrpflichtige und länger dienende Berufssoldaten um 39% reduziert. Die Anzahl des Berufspersonals und der auf Zeit angestellten Freiwilligen verringert sich um 19%, die Anzahl Wehrpflichtiger um 55%: Das Absinken des europäischen Streitkräftebestands erfolgt demzufolge schwergewichtig über die Wehrpflichtigen.

Die Daten weisen darauf hin, dass durch den Wegfall der biopolaren Bedrohung in Europa eine Abbaudynamik eingeleitet worden ist. Die Analyse zeigt einen ersten Beleg für die These des Auslaufens der Massenarmeen und der zunehmenden Professionalisierung europäischer Streitkräfte: Insgesamt nimmt vor allem die Zahl der Wehrpflichtigen in Europa ab, hingegen sinkt die Zahl an Berufspersonal weniger stark. Der ‚Bürger in Uniform‘ wird wegrationalisiert. Professionelle Kräfte sind zunehmend gefragt.

7.3 Gesellschaftliche Triebkräfte

Folgewirkungen der gesellschaftlichen Triebkräfte in den letzten 30 Jahren sind u.a. eine sinkende Wehrpflichtrate, eine sinkende Militärpartizipationsrate sowie eine steigende Frauenrate in Streitkräften.¹⁵⁰ Die Beziehung zwischen gesellschaftlichen Triebkräften und der Wehrpflichtrate wird in den Abschnitten 7.3.1 bis 7.3.5 verdeutlicht. Im Anschluss an die Analyse der Wehrpflichtrate folgt in Abschnitt 7.3.6 die Beschreibung der Militärpartizipationsrate. Die Veränderung der Frauenrate als dritte Folgewirkung wird in Abschnitt 7.3.7 dargelegt.

7.3.1 Die Wehrpflichtrate in Europa während des Kalten Krieges

Die Wehrpflichtrate – verstanden als Anteil Wehrpflichtiger am aktiven Streitkräftebestand – ist von grosser Bedeutung, um eine Streitkraft als Massenarmee bezeichnen zu können.¹⁵¹ Nicht nur die Bestimmung des wohl wichtigsten Merkmals einer Massenarmee ist damit möglich, sondern auch die allgemeinere Unterscheidung zwischen einer Freiwilligenstreitkraft und einer Wehrpflichtarmee. Es macht aber wenig Sinn, dichotom zwischen Wehrpflichtarmeen und Freiwilligenstreitkräften zu unterscheiden. Die Übergänge sind fließend. Deshalb wird als Instrument für die weitere Analyse eine Typologie der Wehrpflichtrate konstruiert.

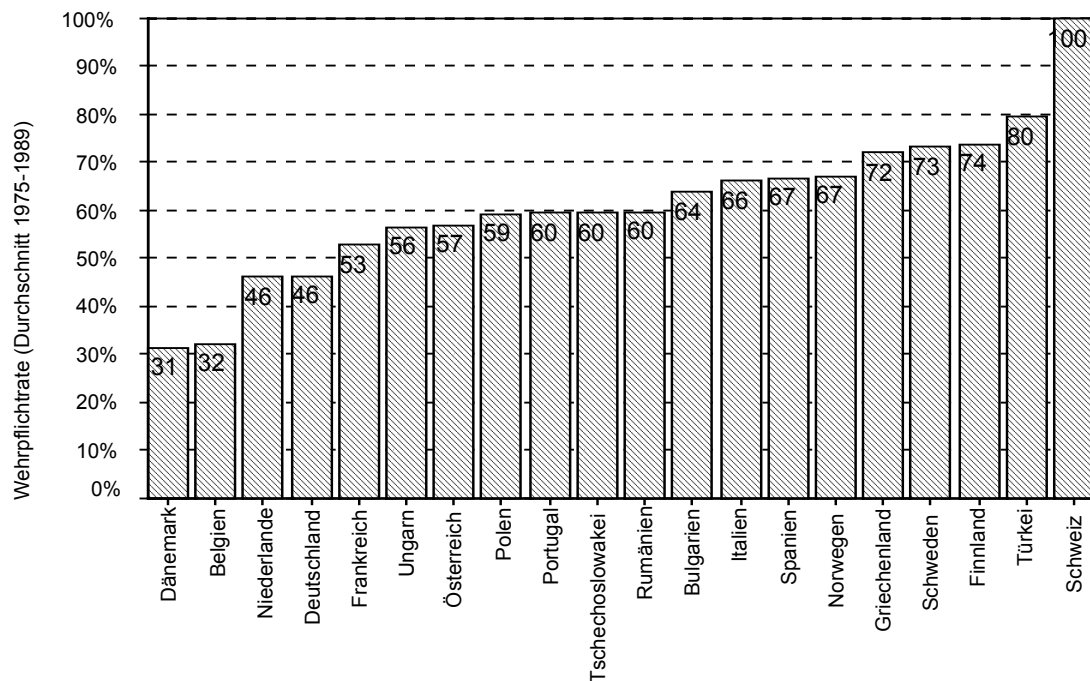
Um eine Typologie der Wehrpflichtrate bilden zu können, müssen zuerst klare Unterscheidungskriterien erarbeitet werden. In einem ersten Schritt gilt es, eine Abgrenzung hinsichtlich der zeitlichen Dimension zu ziehen. Da seit dem Ende des Kalten Krieges in Europa neue Staaten gegründet oder wieder neu konstituiert worden sind, muss dies in der Analyse berücksichtigt werden. Es ist daher naheliegend, zwei Zeiträume zu unterscheiden: vor dem Ende des Kalten Krieges 1975 bis 1989 und nach dem Ende des Kalten Krieges 1992 bis 2003. Eine ähnliche Unterscheidung nimmt ebenfalls Haltiner (1998a) vor. Analog zu Haltiner werden die Wehrpflichtraten in diesem Zeitraum zusammengefasst und Länderdurchschnitte berechnet.

Abbildung 7.3 zeigt die durchschnittliche Wehrpflichtrate 1975 bis 1989 in 20 europäischen Staaten.

¹⁵⁰ Vergleiche Kapitel 3, insbesondere Tabelle 3.1.

¹⁵¹ Vergleiche Abschnitt 2.2 und siehe bei Burk 1990, Doorn 1975a, Feld 1975, Janowitz 1972a, Haltiner 1998a.

Abbildung 7.3: Durchschnittliche Wehrpflichtrate europäischer Streitkräfte 1975-1989 (20 Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-1989*

Die meisten europäischen Streitkräfte weisen in der Zeit des Kalten Krieges eine Wehrpflichtrate zwischen 50% und 67% aus. Noch stärker verlassen sich die skandinavischen Staaten Schweden und Finnland sowie Griechenland und die Türkei auf Wehrpflichtige. Als klassisches Beispiel einer (fast) reinen Wehrpflichtarmee steht die Schweiz (100%).¹⁵² In Deutschland und in den Niederlanden sind die Wehrpflichtigen leicht in der Minderheit (46%). In Dänemark und Belgien machen die Wehrpflichtigen am Gesamtbestand der aktiven Streitkräfte weniger als ein Drittel aus.¹⁵³ Aufgrund dieser durchschnittlichen Wehrpflichtraten wird in Anlehnung an das Vorgehen Haltiners (1998a) eine Typologie der Wehrpflichtrate erstellt.

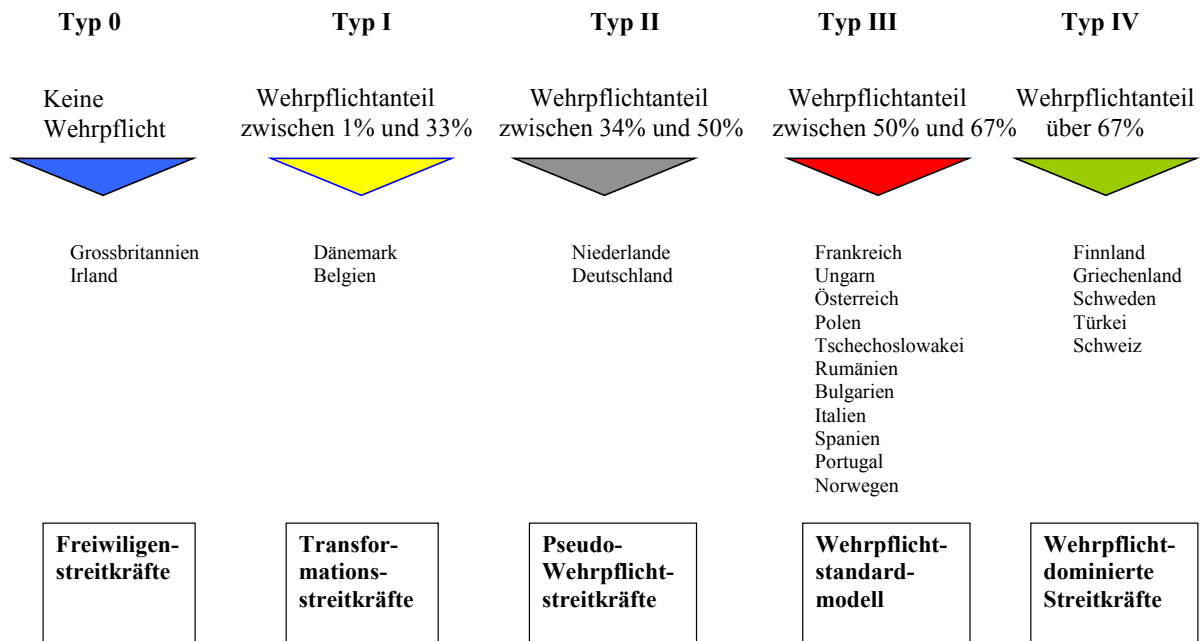
Im Gegensatz zu Haltiner, der in seiner Typologie von drei Wehrpflichttypen (siehe Abschnitt 2.5.5) ausgeht, wird hier die Typologie um eine Wehrpflichtkategorie erweitert. Es stehen, mit der Freiwilligenstreitkraft, insgesamt fünf Typen zur Auswahl (Abbildung 7.4).¹⁵⁴

¹⁵² Die in der Instruktion tätigen Berufssoldaten werden von *The Military Balance* nicht separat erwähnt. Dies macht insofern Sinn, als in der Schweiz auch die Berufssoldaten ihre Milizfunktionen in den Streitkräften wahrnehmen müssen, also in erster Linie Wehrpflichtige sind/waren.

¹⁵³ Auch Sorensen (1999) bestätigt diesen Befund. Den tiefen Wert für Belgien weisen auch Deheyder (1999) und Manigart (1990) in ihren Untersuchungen nach. Deheyder (160) gibt für 1960 bis 1991 eine Wehrpflichtrate von 30 bis 40% an, Manigart (49) für 1985 34%. Dies induziert, dass in nordischen Staaten das Auslaufen der Wehrpflicht dominierten Massenarmeen schon vor dem Ende des Kalten Krieges beginnt.

¹⁵⁴ Unsere Abbildung differiert in mehreren Punkten von Haltiners Darstellung (1998a, 18). 1. Aus methodischen Gründen wird in dieser Arbeit die Wehrpflichtrate erst ab 1975 verwendet. Nur Österreich, Italien, Portugal und die Schweiz weisen in *The Military Balance* die Zahl der Wehrpflichtigen in den Jahren 1970 bis 1974 aus. Durch die Verschiebung des Messzeitpunktes werden die Berechnungen optimiert. 2. Während Frankreich bei Haltiner den Pseudo-Wehrpflichtstreitkräften zugeteilt wird, d.h. die französischen Streitkräfte in seinem Modell eine Wehrpflichtrate unter 50% aufweisen, ergeben unsere Berechnungen einen Wert für Frankreich von 53%.

Abbildung 7.4: Typologie I der europäischen Streitkräfte nach Anteil Wehrpflichtiger (Durchschnittswert der Zeitspanne 1975-1989, 22 Länder)



- *Freiwilligenstreitkräfte (Typ 0)*: Dieser Typ zeichnet sich dadurch aus, dass die Rekrutierung ausschliesslich auf Freiwilligkeit basiert und keine Wehrpflicht existiert. Die Anwerbung von Soldaten geschieht über den Arbeitsmarkt.
- *Transformationsstreitkräfte (Typ I)*: Die Wehrpflichtigen sind in diesem Typ marginalisiert. Ihr Anteil variiert zwischen 1% und 33%. Oft werden sie nur noch für Hilfsfunktionen oder in logistischen Verbänden eingesetzt. Ein hoher Professionalisierungsgrad kennzeichnet diese Streitkräfte. Streitkräfte dieses Typs befinden sich in einer Transformationsphase hin zu einer Freiwilligenstreitkraft. Die Frage der Wehrgerechtigkeit stellt sich bei Transformationsstreitkräften in zunehmendem Masse.
- *Pseudo-Wehrpflichtstreitkräfte (Typ II)*: Auch bei diesem Typ sind die Wehrpflichtigen in der Minderheit. Am Gesamtbestand der aktiven Streitkräfte machen sie zwischen 34% und 50% aus. Deshalb kann nicht mehr von einer eigentlichen Wehrpflichtarmee gesprochen werden. Die Organisationsabläufe sind stark professionalisiert.
- *Wehrpflichtstandardmodell (Typ III)*: Typ III ist das klassische Modell einer Wehrpflichtarmee. Die Führungsfunktionen werden von Berufs- oder Zeitsoldaten eingenommen, die Mannschaft besteht hauptsächlich aus Wehrpflichtigen, die einen Anteil von 50% bis 67% einnehmen. Diese bilden das Rekrutierungspotenzial für das (zukünftige) Berufspersonal. Eine Anwerbung über den Arbeitsmarkt wird in der Regel nur für spezialisierte Funktionen in Betracht gezogen. Die Struktur der Streitkräfte

was auch eine Einteilung in einen anderen Typ zur Folge hat. Ebenfalls gibt Haltiner für Schweden eine tiefere Wehrpflichtrate an, was Auswirkungen auf die Typeneinteilung hat. 3. Haltiner untersucht nur westeuropäische Wehrpflichtarmeen, Grossbritannien und Irland. In diese Untersuchung finden die osteuropäischen Staaten Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien zusätzlich Einlass.

muss auf die Bedürfnisse der Wehrpflichtigen ausgerichtet sein. Dennoch, Spezialverwendungen werden hauptsächlich durch Berufs- oder Zeitsoldaten wahrgenommen.

- *Wehrpflicht dominierte Streitkräfte (Typ IV)*: Die als klassische Massenarmeen zu bezeichnenden Streitkräfte bestehen zu mindestens zwei Dritteln aus Wehrpflichtigen. Die Organisationsstrukturen müssen daher Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wehrpflichtigen nehmen. Ein Grossteil der militärtragenden Alterskohorte leistet Dienst. Die Streitkräfte sind stark auf die territoriale Verteidigung ausgerichtet.

Werden die Wehrpflichtraten der europäischen Staaten in Abbildung 7.3 betrachtet, gewinnt die Unterscheidung in vier Typen an hoher empirischer Plausibilität. Zwischen Belgien, dem Land mit der höchsten Wehrpflichtrate in Typ I und den Niederlanden, dem Staat mit der tiefsten Wehrpflichtrate in Typ II, besteht eine Differenz von 14%-Punkten. Ebenfalls unterscheiden sich Deutschland (Typ II) und Frankreich (Typ III) um 7%-Punkte. Auch zu den Wehrpflicht dominierten Streitkräften (Typ IV) grenzt sich Typ III (Norwegen als Land mit der höchsten Wehrpflichtrate mit 67%) um 5%-Punkte zu Griechenland ab. Die Abgrenzung der Typen korrespondiert gut mit den empirisch feststellbaren Unterschieden in Bezug auf die Wehrpflichtigensituation zwischen den verschiedenen Streitkräften. Die Typologie I kann auch als Typologie der alten europäischen Länder bezeichnet werden.

Typ III, das Wehrpflichtstandardmodell, ist in der Zeit des Kalten Krieges das dominierende Strukturmodell. Als eigentliche Massenarmeen können die Streitkräfte des Typs IV betrachtet werden. Vor allem neutrale Staaten (Finnland, Schweden, Schweiz) beziehen grosse Teile ihrer männlichen Bürger in die Verteidigung des Landes ein. Die Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei veranlasst diese beiden Staaten zur Bildung grosser Massenarmeen mit dem Einbezug weiter Teile der Gesellschaft. Länder, die Typ IV zugeordnet werden können, sind entweder bündnisfreie Staaten, oder Nationen, die in einem virulenten Konflikt stehen und gemeinsame Grenzen aufweisen.

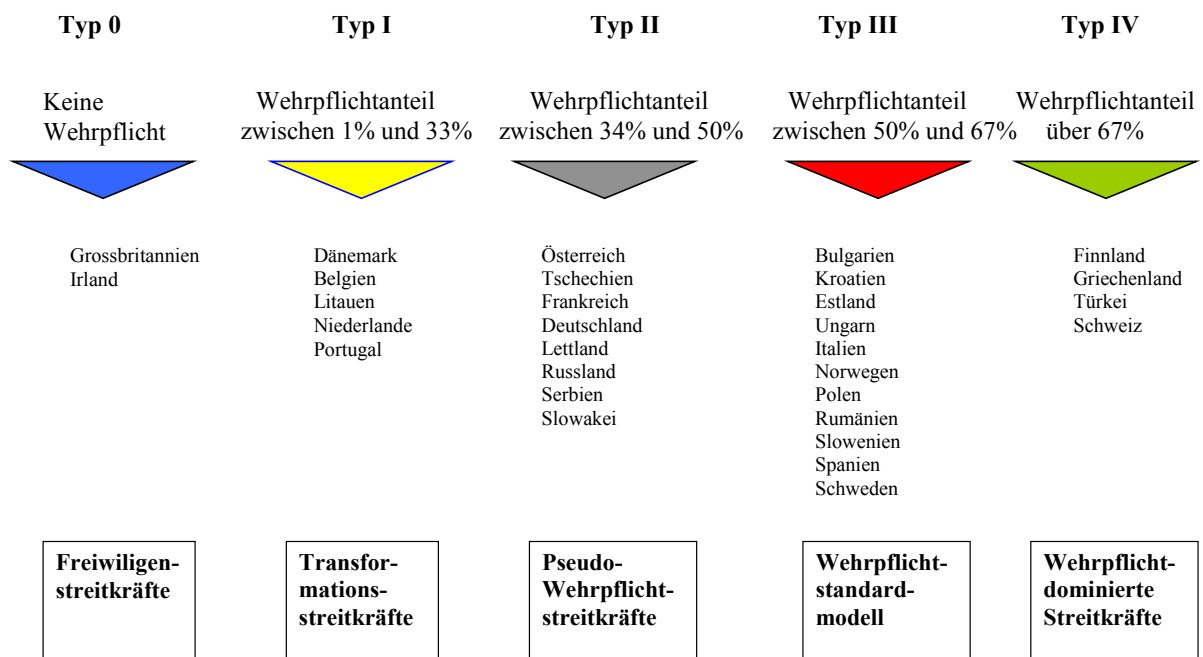
Es fällt auf, dass die ehemaligen osteuropäischen kommunistischen Staaten alle dem Typ III angehören. Das kann als Indiz dafür gelten, dass im Osten Europas zur Zeit des Kalten Krieges eine einheitliche Wehrstruktur vorherrschte (siehe Abschnitt 3.4.4). Es lässt sich deshalb aufgrund der empirischen Befunde ableiten, dass durch die einheitliche politische Struktur der kommunistischen Regierungssysteme ähnliche Streitkräfte entstanden sind. Im Gegensatz zu Demokratien scheinen kommunistische Regime nicht eine so grosse Variation an Militärstrukturen und Rekrutierungsmöglichkeiten aufzuweisen.¹⁵⁵

7.3.2 Die Wehrpflichtrate in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges

Um die neuen Staaten in Europa ab 1992 in der Analyse berücksichtigen zu können, wird die durchschnittliche Wehrpflichtrate aller europäischer Streitkräfte von 1992 bis 2000 berechnet und die Länder den fünf Typen zugewiesen (Abbildung 7.5, Tabelle 1 Anhang A).

¹⁵⁵ Vergleiche dazu auch bei Ulrich (2004).

Abbildung 7.5: Typologie II der europäischen Streitkräfte nach Anteil Wehrpflichtiger (Durchschnittswert der Zeitspanne 1992-2000, 30 Länder)



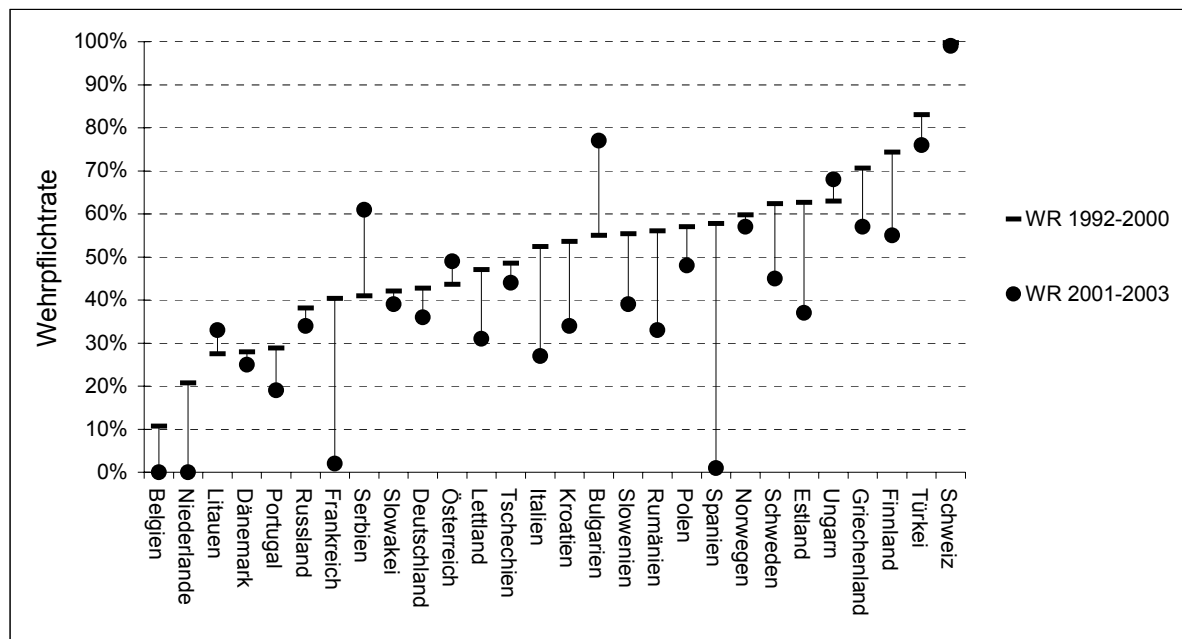
Das Wehrpflichtstandardmodell ist nach wie vor die dominierende Strukturform europäischer Streitkräfte. Vermehrt lassen sich aber auch Staaten in Typ II finden. Während die alten osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn) in den neunziger Jahren weiterhin dem Wehrpflichtstandardmodell (Typ III) angehören, verteilen sich die neuen osteuropäischen Staaten auf Typ I (Litauen), Typ II (Lettland, Russland, Serbien, Slowakei, Tschechien) und auf Typ III (Estland, Kroatien, Slowenien). Es lässt sich zugleich konstatieren, dass eine Massenarmee im engeren Sinne der Definition (siehe Abschnitt 2.2) in Osteuropa nicht existiert. Auch in Westeuropa ist die Abkehr von Massenarmeen hin zu stärker professionalisierten Streitkräften ersichtlich (z.B. Schweden). Die Niederlande wie auch Portugal wechseln im Verlaufe der neunziger Jahre zu den Transformationsstreitkräften.

Anhand dieser zwei Klassifizierungen gemäss Abbildungen 7.4 und 7.5 wird die Analyse vertieft.

- Einerseits steht uns eine Typologie zur Verfügung, die es erlaubt, die alten Staaten, die vor 1989 existieren, im Zeitverlauf 1975 bis 2003 (28 Jahre) zu vergleichen. Diese Typologie (Abbildung 7.4) bezieht sich auf die Durchschnittswerte der Wehrpflicht-rate der Jahre 1975 bis 1989 und umfasst 22 Länder. Die Typologie I kann längerfris-tige Trends ausmachen.
- Andererseits können mit der Typologie II gemäss Abbildung 7.5 die neuen osteuropäi-schen Staaten anhand der durchschnittlichen Wehrpflichtrate der Jahre 1992 bis 2000 zusätzlich in die Untersuchung miteinbezogen werden. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Länder steigt auf 30.

Um die Wehrpflichtsituation in Europa zu Beginn des neuen Jahrtausends im Zeitvergleich darstellen zu können, wird die durchschnittliche Wehrpflichtrate von 2001 bis 2003¹⁵⁶ der europäischen Staaten berechnet und mit der durchschnittlichen Wehrpflichtrate der Länder aus Typologie II verglichen (Abbildung 7.6, Tabelle 1 Anhang A).

Abbildung 7.6: Veränderung der durchschnittlichen Wehrpflichtrate (WR) 1992-2000 zur durchschnittlichen Wehrpflichtrate 2001-2003 europäischer Streitkräfte (28 Staaten)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1992-2003*

Während im Zeitraum 1992 bis 2000 eine Mehrheit der europäischen Wehrpflichtländer (15 von 28) eine Wehrpflichtrate von über 50% aufweist, zeichnet sich 2001/2003 ein eigentlicher gesamteuropäischer Paradigmenwechsel ab. Nur noch acht der untersuchten Staaten rekrutieren die Mehrheit ihrer Armeeeingehörenden mittels Wehrpflicht.¹⁵⁷ In acht Staaten stellen, im Gegensatz zu früher, die Wehrpflichtigen nur noch die Minderheit (Wehrpflichtrate unter 50% in Estland, Italien, Kroatien, Rumänien, Polen, Schweden, Slowenien, Spanien). Ohne das Wehrsystem zu ändern, bauen die meisten europäischen Streitkräfte den Anteil Wehrpflichtiger teilweise massiv ab. Dänemark, Norwegen, die Schweiz und die Slowakei weisen eine stabile oder höchstens minimal geringere Wehrpflichtrate über die Zeit auf. Im Zeitvergleich 1992 bis 2000 zu 2001/2003 erhöhen gemäss den Angaben aus *The Military Balance* Litauen, Österreich und Ungarn die Wehrpflichtrate leicht, Bulgarien und Serbien diese sogar massiv. Die Zunahme der Wehrpflichtrate in Serbien (von 41% auf 61%) und Bulgarien (von 55% auf 77%) kann mit der angespannten ökonomischen Situation dieser Staaten erklärt werden. Zugleich stellen die Angaben in *The Military Balance* zur Zahl Wehrpflichtiger in Ser-

¹⁵⁶ Um im Datenmaterial Schwankungen in der Wehrpflichtrate zu vermeiden, werden die Jahre 2001 bis 2003 zusammengefasst und als Referenzwert verwendet.

¹⁵⁷ Wehrpflichtrate Schweiz: 99%, Bulgarien: 77%, Türkei: 76%, Ungarn: 68%, Serbien: 61%, Griechenland: 57%, Norwegen: 57%, Finnland: 55%.

bien und Bulgarien Schätzwerte dar (IISS, 2002/2003, 68, 83). Belgien und die Niederlande weisen 2001/2003 eine Wehrpflichttrate von 0% auf. Ebenfalls sind in Spanien und Frankreich die Raten von 58% bzw. 40% (Durchschnitt 1992-2000) auf 1% bzw. 2% im Mittel 2001/2003 gesunken. Die Reduzierung der Zahl Wehrpflichtiger geht in den vier Staaten mit einer Änderung des Wehrsystems einher.

Wenn die Zeitspannen 1975 bis 1989 und 2001/2003 verglichen werden, zeichnen sich die Unterschiede noch deutlicher ab (Tabelle 1 Anhang A). Nur wenige Staaten weisen 2001/2003 dieselbe Wehrpflichttrate wie vor dem Ende des Kalten Krieges aus. In der Schweiz (-1%), in der Türkei (-4%) und in Dänemark (-6%) verändert sich die entsprechende Rate jedoch nur minimal. Auch Deutschland (-10%), Norwegen (-10%) und Österreich (-8%) reduzieren den Anteil Wehrpflichtiger über die Zeit nur unwesentlich. Ungarn und Bulgarien hingegen erhöhen den Anteil Wehrpflichtiger am Gesamtbestand der Dienstleistenden (+12% bzw. +13%).

Tabelle 7.5 zeigt die Anzahl Länder pro Wehrpflichttyp in allen drei untersuchten Zeitspannen.

Tabelle 7.5: Anzahl europäischer Länder in den einzelnen Wehrpflichttypen in den Zeiträumen 1975-1989, 1992-2000 und 2001-2003

<i>Zeitraum</i>	<i>Anzahl Länder in Typ 0</i>	<i>Anzahl Länder in Typ I</i>	<i>Anzahl Länder in Typ II</i>	<i>Anzahl Länder in Typ III</i>	<i>Anzahl Länder in Typ IV</i>
1975-1989 (22 Länder)	2	2	2	11	5
1992-2000 (30 Länder)	2	5	8	11	4
2001-2003 (30 Länder)	4	6	12	4	4

Eine klare Verlagerung von Typ IV zu Typ 0 über die Zeit kann konstatiert werden. Diese Verlagerung tritt aber erst zu Beginn des neuen Jahrtausends deutlich zu Tage. Die dabei zu beobachtenden Hauptmerkmale sind einerseits eine Zunahme in Typ 0, d.h. eine fortschreitende Professionalisierung europäischer Streitkräfte, andererseits eine Verschiebung vom bis anhin dominanten Wehrpflichtstandardmodell (Typ III) hin zum Typ II der Pseudo-Wehrpflichtstreitkräfte. In 22 von 30 Ländern sind 2001/2003 die Wehrpflichtigen zunehmend marginalisiert oder gar nicht mehr vorhanden. In nur noch 8 Staaten stellen die Wehrpflichtigen die Mehrheit des aktiven Streitkräftebestandes.

7.3.3 Die Typologie der Wehrpflichttrate

Die Typologie der Wehrpflichttrate ist an und für sich kein Instrument der Trendmessung. Vielmehr scheint sie ein grösseres Beharrungsvermögen einzelner Typen (vor allem Typ IV) zu belegen: In der Schweiz spielt die Miliztradition und das Selbstverständnis des Bürgers in

Uniform eine entscheidende Rolle. Die Neutralität des Landes beeinflusst das Wehrsystem ebenfalls. Dies scheint auch in Finnland der Fall zu sein. Zugleich ist Finnland der Nachbar der grössten europäischen Landmacht. Geschichtliche Erfahrungen scheinen die Finnen zur Vorsicht zu mahnen. Für die Verteidigung ihres Landes erachten sie die Wehrpflicht als adäquates Mittel. Über die Zeit sinkt deshalb in Finnland die Wehrpflichttrate nur minimal. Griechenland und die Türkei haben bis heute territoriale Konflikte (z.B. um Zypern). Diese scheinen durch die Mitgliedschaft beider Staaten in der Nato mühsam gezähmt worden zu sein. Um sich aber auch bei Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen alle Möglichkeiten offen zu lassen, halten sie an der Wehrpflicht fest.

Aus Tabelle 7.6 wird ersichtlich, dass die einzelnen Wehrpflichttypen über die Zeit hinweg eine hohe Konstanz aufweisen. Die Validität der Typologie ist nach einem Mittelwertvergleich nach Scheffé¹⁵⁸ gegeben. Die vier Typen unterscheiden sich signifikant ($p < 0.001$, siehe Anhang A Tabellen 2 und 3). Die Durchschnittswerte der Wehrpflichttrate der einzelnen Typen bewegen sich zwischen 26% (Typ I) und 78% (Typ IV).¹⁵⁹

Typ I und Typ II sind sich nach der zeitlichen Verlaufsform der Wehrpflichttrate ähnlich. Von 1975 bis 1993 ändert sich die durchschnittliche Wehrpflichttrate dieser beiden Typen nur unwesentlich. Auffallend ist, dass Typ I zwischen 1989 bis 1993 gar einen Anstieg der Wehrpflichttrate verzeichnet. Seit 1993 halbiert sich die Wehrpflichttrate bei beiden Typen innerhalb von zwei bis fünf Jahren, um ab 1994 respektive 1997 auf tiefem Niveau zu stagnieren. Die Streitkräfte des Typ III (Wehrpflichtstandardmodell) beginnen nach einer von 1975 bis 1990 fast gleich hohen durchschnittlichen Wehrpflichttrate, diese seit 1991 kontinuierlich zu reduzieren. Ab 2001 bleibt die Wehrpflichttrate stabil. Die Wehrpflicht dominierten Streitkräfte des Typ IV bewegen sich seit 1975 auf dem Niveau von 80%. Erst zu Beginn des neuen Jahrtausends sinkt die Wehrpflichttrate ab.

¹⁵⁸ Der Scheffé-Test ist ein sogenannter *a posteriori* Vergleichstest. Der Scheffé-Test erweist sich gegenüber Verletzungen von Voraussetzungen als relativ robust. Er entscheidet zudem auch tendenziell eher konservativ (d.h. die H_0 wird stärker unterstützt). Zudem wird nicht die gleiche Teilgruppengrösse verlangt, vergleiche dazu bei Bortz (1993, 250-253). Aufgrund der Zusammensetzung unseres Datensatzes scheint deshalb der Scheffé-Test besonders geeignet zu sein, gesicherte statistische Kennwerte errechnen zu können. Eine genauere Beschreibung des Scheffé-Tests ist in Anhang C ersichtlich.

¹⁵⁹ Die Wehrpflichttrate für Typ II beträgt 38%, für Typ III 56%. Auch bei Überprüfung der Typologie mit Einbezug der neuen osteuropäischen Staaten differieren die vier Typen signifikant.

Tabelle 7.6: Durchschnittliche Wehrpflichtrate der Typologie I der alten europäischen Länder 1975-2003 in Prozent (20 Länder)

	Typ I	Typ II	Typ III	Typ IV
1975	37	46	64	76
1977	33	46	62	79
1978	33	47	60	81
1979	29	45	60	80
1980	30	44	62	78
1981	31	47	61	81
1982	32	47	61	81
1983	32	48	61	79
1984	32	46	60	80
1985	33	47	59	79
1986	28	47	61	80
1987	31	46	59	80
1988	29	46	60	80
1989	34	46	62	82
1990	38	44	62	83
1991	38	44	59	83
1992	37	46	59	81
1993	34	42	56	78
1994	26	42	55	78
1995	13	39	52	77
1996	12	33	52	77
1997	12	22	49	81
1998	12	21	48	78
1999	16	21	47	77
2000	12	20	43	77
2001	13	19	38	66
2002	13	18	38	65
2003	13	17	38	69

Typ II und Typ III verändern ab 1997 ihre Wehrpflichtrate besonders stark. Ab diesem Zeitpunkt kann bei Typ III nicht mehr vom europäischen Standardwehrpflichtmodell ausgegangen werden, da der Wehrpflichtanteil unter 50% sinkt. Auch der Mittelwert des Typs II unterschreitet die 33%-Marke im Jahr 1997.

7.3.4 Die Entwicklung der durchschnittlichen europäischen Wehrpflichtrate

Die Wehrpflichtrate nimmt seit Messbeginn 1975 in den europäischen Staaten ab. Sie sinkt in den alten europäischen Staaten von 62% im Jahre 1975 auf 41% im Jahre 2003 (Tabelle 7.7 und Abbildung 7.7).¹⁶⁰ Die höchste Wehrpflichtrate weist das Jahr 1990 mit 63% aus, in einer Zeit, in der sich die Staaten auf die neuen geostrategischen Begebenheiten einstellen müssen und Reformen der Streitkräfte noch nicht eingeleitet sind. Die tiefste Wehrpflichtrate wird 2002 gemessen (40%). Der Gesamtdurchschnittswert der europäischen Wehrpflichtrate 1975 bis 2003 beträgt 57%.

¹⁶⁰ In Tabellen 4 und 5 Anhang A werden die Wehrpflichtraten der einzelnen Länder von 1975 bis 2003 wiedergegeben.

Tabelle 7.7: Durchschnittliche Wehrpflichtrate der alten europäischen Länder 1975-2003 (N=20), der neuen europäischen Länder 1992-2003 (N=8) und aller europäischen Länder 1975-2003 (N=28) in Prozent

Jahr	WR der alten Länder	WR der neuen Länder	WR aller Länder
1975	62	.	62
1977	61	.	61
1978	61	.	61
1979	60	.	60
1980	61	.	61
1981	62	.	62
1982	62	.	62
1983	61	.	61
1984	61	.	61
1985	60	.	60
1986	61	.	61
1987	60	.	60
1988	61	.	61
1989	63	.	63
1990	63	.	63
1991	61	.	61
1992	61	55	60
1993	58	43	56
1994	57	53	56
1995	53	54	53
1996	52	48	51
1997	51	48	50
1998	49	46	48
1999	49	39	46
2000	46	41	44
2001	41	42	41
2002	40	43	41
2003	41	29	38

Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

Von 1975 bis 1991 liegt die Wehrpflichtrate konstant bei ungefähr 60%. Die damalige sicherheitspolitische Konstellation in Europa scheint zu stabilisierenden Strukturen in den Wehrpflichtarmeen geführt zu haben. Während dieser Zeitspanne stellen gesamteuropäisch die Wehrpflichtigen die Mehrheit der Dienstleistenden. Die vertikale gestrichelte Linie in Abbildung 7.7 markiert den Zusammenbruch der osteuropäischen kommunistischen Regime 1989. Dieser Umbruch der politischen Ordnung in Europa beeinflusst die Wehrstrukturen der europäischen Streitkräfte. Seine Auswirkungen machen sich drei Jahre später in einer sinkenden Wehrpflichtrate bemerkbar. Die veränderte geostrategische Lage und die verminderte Gefahr eines Konfliktes zwischen Ost- und Westeuropa führen dazu, dass

- erstens der Militärbestand in den einzelnen Staaten stark reduziert und
- zweitens immer mehr auf Wehrpflichtige verzichtet wird.

Unter dem Stichwort ‚Friedensdividende‘ laufen diese zwei wehrstrukturverändernden Prozesse ab Beginn der neunziger Jahre. Nicht nur die Erkenntnis, dass im europäischen Raum kein Bedarf nach grossen Massenarmeen mehr gegeben ist, sondern auch die militärtechnologischen Erfahrungen aus dem Golfkrieg 1991 führen dazu, die Strukturen der europäischen Wehrpflichtarmeen den neuen sicherheitspolitischen Erfordernissen anzupassen.

Abbildung 7.7: Durchschnittliche Wehrpflichtrate 1975-2003 in Prozent (20 europäische Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

Ab 1998 kehrt sich das Verhältnis der Wehrpflichtigen zu den Freiwilligdienenden. Zum ersten Mal stellen letztere die Mehrheit. Gesamteuropäisch kann dieser Zeitpunkt als Abkehr von den Wehrpflichtarmeen im klassischen Sinne verstanden werden. Abbildung 7.7 zeigt, dass ab 2001 die Wehrpflichtrate in den alten europäischen Streitkräften stagniert (ca. bei 40%). Dies wird als Konsolidierungsphase gedeutet, die ähnlich in der Zeitspanne 1997 bis 1999 zu beobachten ist. Im Vergleich zu den alten europäischen Streitkräften scheinen die Streitkräfte in den neuen Staaten weniger stark auf Wehrpflichtige zurückzugreifen (Tabelle 7.6). Während der ganzen Zeitperiode 1992 bis 2003 liegt die durchschnittliche Wehrpflichtrate in den alten europäischen Streitkräften bei 49%, jene in den neuen osteuropäischen Streitkräften bei 44%. Die Wehrpflichtraten der alten und neuen Staaten unterscheiden sich nicht signifikant ($t=1.81$, $df=291$, $p=0.07$).

Fazit: In Europa dominieren zur Zeit des Kalten Krieges Wehrpflichtarmeen mit hoher Wehrpflichtrate. In der Phase des Kalten Krieges und der Übergangsphase der Jahre 1989/91 bleibt die durchschnittliche Wehrpflichtrate europäischer Streitkräfte überaus stabil. Sie bewegt sich bei rund 60%. Mit dem Ende des Kalten Krieges verändert sich gesamteuropäisch die durchschnittliche Wehrpflichtrate der Streitkräfte innerhalb kürzester Zeit. Von 1990 bis 2003 sinkt sie von 63% auf 38%. Es liegt daher nahe, einen der Hauptgründe dafür im Ende des Kalten Krieges zu sehen. Die damit verbundene gesellschafts-politische Dynamik hat zu einer Neubewertung der Wehrpflicht geführt.

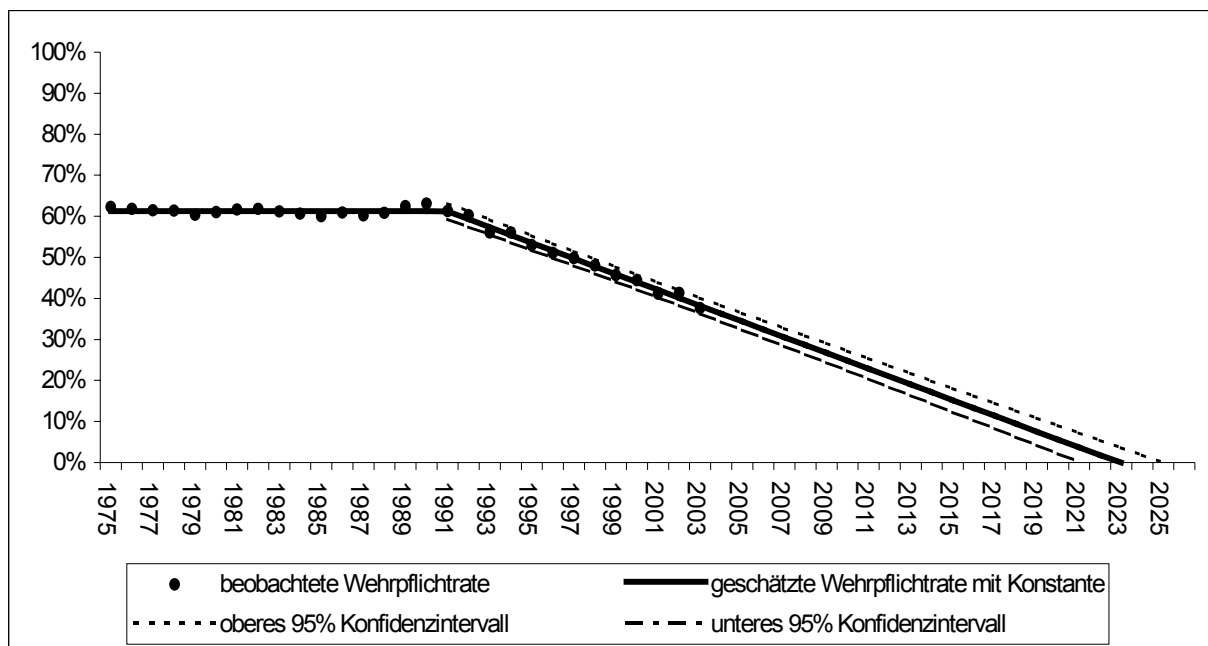
7.3.4 Die europäische Wehrpflichtrate in der Zukunft

Vordergründig scheinen Militärorganisationen auf Veränderungen ihres Umfeldes zu reagieren. Dieser Dominoeffekt wird wie folgt beschrieben: Wenn einige Streitkräfte ihre Rekrutierungsart ändern, hat dies Auswirkungen auf die Rekrutierungsart anderer Streitkräfte.

- Falls diese Annahme stimmt, stellt sich die Frage, ob Gesetzmässigkeiten darin erkennbar sind,
- und welche Entwicklungen für die Rekrutierungsart europäischer Streitkräfte erwartet werden können.

Um diese Fragen beantworten zu können, wird mittels einer Kurvenanpassung die zukünftige gesamteuropäische Wehrpflichtrate dargestellt. Bei der folgenden Trendberechnung werden die Parameter einer Regressionsgleichung mit der zu erklärenden Variable y (Wehrpflichtrate) und der unabhängigen Variable x (Zeit) geschätzt. Interessant gestalten sich die Voraussagewerte zum Ende der Wehrpflicht in Europa. Wird die Wehrpflichtrate in die Zukunft extrapoliert, kann folgendes konstatiert werden (Abbildung 7.8):¹⁶¹

Abbildung 7.8: Durchschnittliche beobachtete und geschätzte Wehrpflichtrate bis 2025 auf der Basis eines linearen Modells mit Konstante (1975-1991) (28 europäische Länder)



Die Darstellung der Wehrpflichtrate im Zeitverlauf zeigt einen klaren Trend. Bis 1991 verläuft sie relativ konstant, um dann gleichmässig abzufallen. Es scheint deshalb sinnvoll, daraus zwei Verlaufsformen abzuleiten. Der erste Trend 1975 bis 1991 wird dabei gleich blei-

¹⁶¹ Tabelle 4 Anhang A gibt die Voraussagewerte für die geschätzte Wehrpflichtrate und das obere und untere 95% Konfidenzintervall an.

bend gehalten und als Konstante von 61.31% der Wehrpflichtrate verwendet.¹⁶² Ab 1991 kann der Trend mittels einer linearen Regression berechnet werden, wobei diese nach der Form $\alpha + \beta \cdot (\text{Jahr} - 1991)$ modelliert wird, wobei α der geschätzte Wert für 1991 und β die jährliche Abnahme der Wehrpflichtrate ab 1991 darstellt. Der Parameter für die geschätzte lineare Gleichung ist $\alpha = 61.18$, die jährliche Abnahme $\beta = -1.916$ (Standardfehler 0.057, $p < 0.001$).

Abbildung 7.8 zeigt, dass gemäss diesen Schätzwerten die Wehrpflicht in Europa zwischen 2021 bis 2025 auslaufen wird. Es ist allerdings zu beachten, dass dieser Prognose eine starke Extrapolation zugrunde liegt. Sie wird nur dann zutreffen, wenn der lineare Abwärtstrend bestehen bleibt. Dies bedeutet, dass die im Modell geschätzte Wehrpflichtrate in Europa aus zeitlicher Perspektive verstanden werden muss. Nachfolgende Jahre werden im Modell zu einem wesentlichen Teil von den vorhergehenden Jahren beeinflusst.¹⁶³ Es scheint, dass Militärorganisationen eng an ihr (militärisches) Umfeld gekoppelt sind. Änderungen der Wehrstruktur in einzelnen Streitkräften beeinflussen die Wehrstruktur anderer Streitkräfte.¹⁶⁴

Als Erklärung für diesen Dominoeffekt drängt sich ein Satz dritter, dahinterliegender Variablen auf: Für alle europäischen Staaten gilt gleichermassen, dass

1. die Bedrohungswahrnehmung gesunken ist, deshalb
2. geringere Ressourcenzuteilungen stattfinden und
3. infolge neuer Technologien die Bestände reduziert werden.

Staaten, welche die Wehrpflicht bis 2003 ausgesetzt haben, weisen schon 1975 bis 1989 eine geringere Wehrpflichtrate auf als die Streitkräfte anderer Staaten. Die Prädisposition zur Aussetzung der Wehrpflicht scheint in diesen Staaten schon vor der eigentlichen politischen Entscheidung vorhanden gewesen zu sein.¹⁶⁵ Nicht nur das Ende des Ost-Westkonfliktes kann somit die einzige treibende Kraft hinter der sinkenden Wehrpflichtrate sein. Der Wertewandel, der seit den sechziger Jahren zu beobachten ist, sollte an dieser Stelle als gesellschaftliche Triebkraft ebenfalls genannt werden.

Je tiefer die Wehrpflichtrate einzelner Streitkräfte vor dem Ende des Kalten Krieges ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Wehrpflicht zu Beginn des neuen Jahrtausends

¹⁶² Dabei wird von dem einfachen Modell ausgegangen, bei dem die Konstante gleich dem Mittelwert der Daten 1975 bis 1991 ist.

¹⁶³ In unserem Modell kann zusätzlich eine verzögernde Richtungsänderung erkannt werden (Bortz und Döring 2002, 578). Eine Intervention, der Zusammenbruch des Kommunismus und der Sowjetunion sowie die Entstehung neuer Staaten in Osteuropa, löst eine allmählich einsetzende Trendänderung 1990 bis 1993 in der Wehrpflichtrate in Europa aus.

¹⁶⁴ Ob der zweite Golfkrieg 2003 eine Intervention mit beschleunigter Wirkung darstellt, kann nur vermutet werden. Auf jeden Fall wird in diesem Konflikt auf eindruckliche Art und Weise die technische und militärische Überlegenheit einer gut ausgerüsteten Freiwilligenstreitkraft demonstriert. Die mit Wehrpflichtigen kämpfenden irakischen Streitkräfte konnten dem nichts entgegensetzen. Aber der ‚Krieg nach dem Krieg‘ zeigt ein anderes Bild. Die professionalisierten alliierten Streitkräfte geraten zusehends in Bedrängnis und müssen immer mehr Verluste in Kauf nehmen.

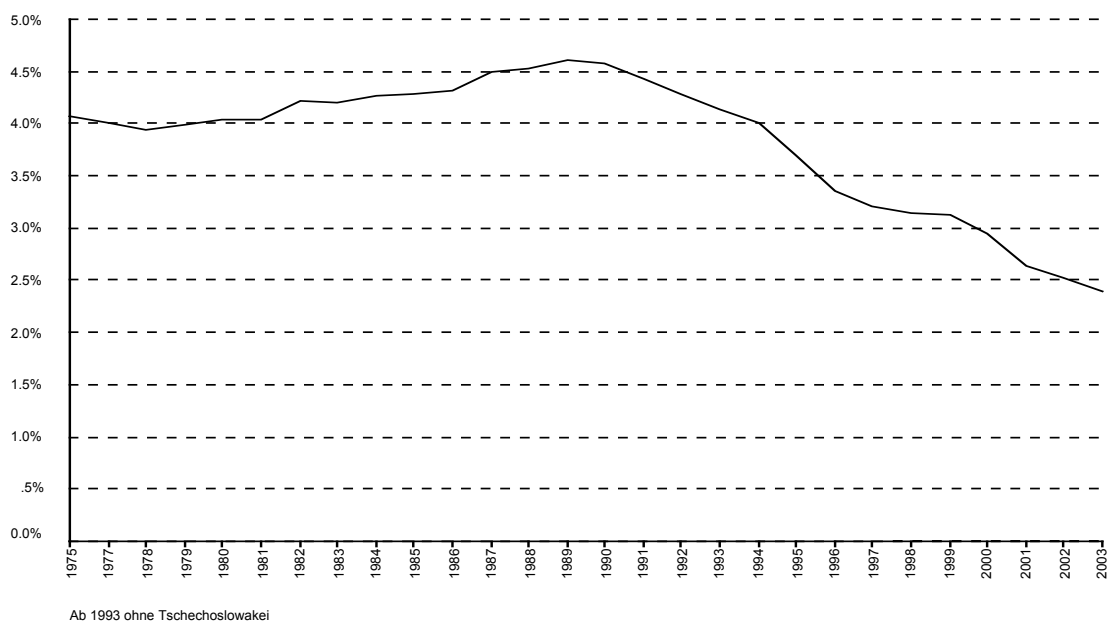
¹⁶⁵ Der statistische Vergleich zeigt, dass Länder, welche die Wehrpflicht abgeschafft haben, sich zwischen 1975 bis 1989 von anderen Staaten signifikant unterscheiden in Bezug auf die Wehrpflichtrate ($t=5.20$, $df=278$, $p < 0.001$).

ausgesetzt wird. Vielleicht spielt die räumliche Distanz zur möglichen Ost-West-Frontlinie eine wichtige Rolle. Indizien dazu lassen sich finden (Abschnitt 7.6.4). Es wird geschätzt, dass zwischen 2021 und 2025 alle untersuchten europäischen Staaten die Wehrpflicht ausgesetzt haben.

7.3.6 Die Militärpartizipationsrate in Europa

Die Militärpartizipationsrate (MPR) kann als Indikator für die Militarisierung einer Gesellschaft betrachtet werden (siehe Abschnitt 3.1). Über die Zeit 1975 bis 2003 beträgt die durchschnittliche MPR europäischer Wehrpflichtarmeen 3.81% (Minimum: 0.46%, Maximum: 15.48%). Den Verlauf der MPR der alten europäischen Staaten mit Wehrpflicht zeigt Abbildung 7.9, die Werte in Tabelle 7.8 referieren auf die entsprechenden Militärpartizipationsraten bei Wehrpflichtarmeen und Freiwilligenstreitkräften.

Abbildung 7.9: Durchschnittliche Militärpartizipationsrate 1975-2003 in Prozent (20 europäische Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

Tabelle 7.8: Durchschnittliche Militärpartizipationsrate 1975-2003 für 20 europäische Länder mit Wehrpflicht (ab 1993 ohne Tschechoslowakei), für sechs angelsächsische Freiwilligenstreitkräfte und für 28 europäische Länder mit Wehrpflicht 1993-2003

	Militärpartizipationsrate 20 europäische Länder	Militärpartizipationsrate 6 angelsächsische Länder	Militärpartizipationsrate 28 europäische Länder
1975	4.07	.89	.
1977	4.01	.89	.
1978	3.95	.86	.
1979	3.99	.86	.
1980	4.04	.86	.
1981	4.04	.88	.
1982	4.22	.89	.
1983	4.21	.87	.
1984	4.26	.87	.
1985	4.28	.85	.
1986	4.31	.87	.
1987	4.50	.83	.
1988	4.52	.86	.
1989	4.61	.86	.
1990	4.57	.85	.
1991	4.44	.84	.
1992	4.28	.82	.
1993	4.13	.80	4.27
1994	4.01	.75	4.14
1995	3.69	.71	3.90
1996	3.35	.68	3.52
1997	3.21	.65	3.43
1998	3.14	.63	3.40
1999	3.12	.61	3.41
2000	2.95	.58	3.29
2001	2.64	.56	2.51
2002	2.52	.57	2.41
2003	2.40	.59	2.17

Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

Im Zeitverlauf ist zu erkennen, dass in Europa zwei Trends beobachtet werden können. Einerseits steigt die MPR in den alten europäischen Staaten zwischen 1975 und 1990 kontinuierlich an. Andererseits sinkt ab 1990 die MPR stetig. Spezifischer lässt sich feststellen: Von 1975 bis 1981 bewegt sich die MPR um die 4%, ab 1980 steigt sie in Europa. Zwei Gründe können genannt werden: Erstens der Ausbruch des Afghanistan-Krieges und die damit verbundene Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den beiden Blöcken Nato und Warschauer Pakt. Zweitens beginnt mit der Präsidentschaft Ronald Reagans in den USA ein ‚zweiter Kalter Krieg‘ und ein nochmaliges Wettrüsten der Supermächte. Der Nato-Nachrüstungsbeschluss anfangs der achtziger Jahren zeigt dies. Der Anstieg der MPR endet 1989 mit einem Maximum von 4.61%. Bis 2003 sinkt die MPR auf den tiefsten Wert von 2.40% in der Beobachtungsperiode. Der Hauptgrund dabei dürfte im Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa und dem Verschwinden der ehemaligen UdSSR zu suchen sein.

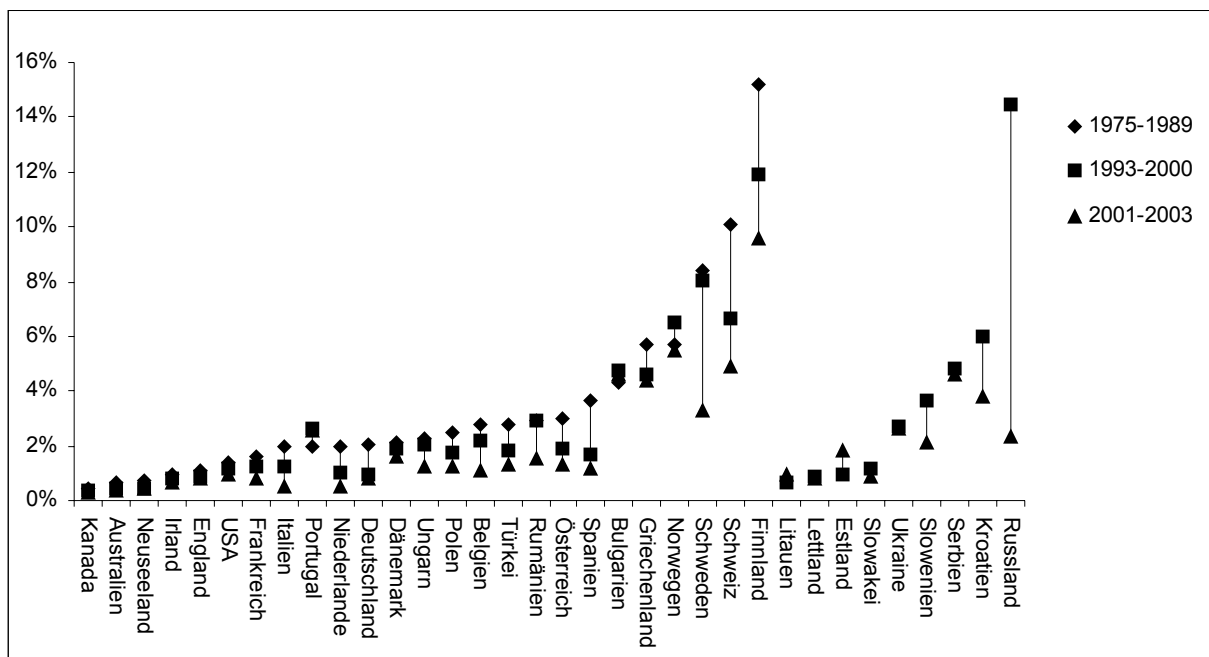
Auch mit Einbezug der neuen Länder mit Wehrpflicht sinkt die MPR innerhalb des letzten Jahrzehntes in Europa stark (Tabelle 7.8). Beträgt die MPR 1993 noch 4.27%, so sinkt sie bis 2003 auf 2.17%. Die neuen Staaten unterscheiden sich nicht von den alten Ländern (durchschnittliche MPR 1993 bis 2003 neue Länder: 3.58%, alte Länder: 3.20%; $t=-.93$, $df=292$, $p=0.35$). Die baltischen Staaten weisen die geringste MPR aus, während Länder auf

dem Balkan – Serbien und Slowenien – Gesellschaften sind, die einen grösseren Teil der Bevölkerung in die militärischen Strukturen eingebunden haben.¹⁶⁶

Für Vergleiche mit der MPR der europäischen Wehrpflichtarmeen werden die angelsächsischen Freiwilligenstreitkräfte beigezogen.¹⁶⁷ Durch das andere Wehrsystem liegt der Militarisierungsgrad dieser Staaten allgemein tiefer. Die MPR schwankt in Freiwilligenstreitkräften 1975 bis 1993 zwischen 0.89% und 0.80% (siehe Tabelle 7.8). 2003 beträgt die MPR bei Staaten mit einer Freiwilligenstreitkraft durchschnittlich noch 0.59% der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 7.10 zeigt die Veränderungen der MPR über drei Zeitspannen für alle Staaten. In Freiwilligenstreitkräften sind über die Jahre keine grossen Unterschiede in der MPR festzustellen. Hingegen verändert sich bei Ländern mit hoher MPR diese im Zeitverlauf wesentlich. Nur Bulgarien, Estland und Portugal, in geringerem Masse Norwegen und Litauen, folgen diesem Trend nicht (siehe Tabelle 9 Anhang A). Bulgarien und Portugal weisen 2001 bis 2003 durchschnittlich eine höhere MPR aus als zu Zeiten des Kalten Krieges. Grosse Verschiebungen finden insgesamt in Finnland, Russland, der Schweiz, Schweden und Spanien statt.

Abbildung 7.10: Militärpartizipationsrate der einzelnen Länder bei drei (alte Länder) und zwei (neue Länder) Messzeitpunkten (35 europäische und angelsächsische Staaten)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

Staaten, in denen die Wehrpflicht schon seit längerem Gegenstand öffentlicher Diskussion ist (Belgien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Portugal und Spanien), weisen im Vergleich zu anderen Staaten schon Mitte der siebziger Jahren eine deutlich geringere Militärpartizipati-

¹⁶⁶ Siehe Daten für die einzelnen Staaten in Tabelle 7 Anhang A.

¹⁶⁷ Australien, Kanada, Irland, Neuseeland, Grossbritannien, USA.

onsrate auf. In Staaten, die keine jungen Männer zum Dienst zwingen, liegt die MPR 2001 bis 2003 unter 1%, mit Ausnahme Belgiens (MPR: 1.09%).

7.3.6.1 Die Militärpartizipationsrate der aktiven Militärangehörigen

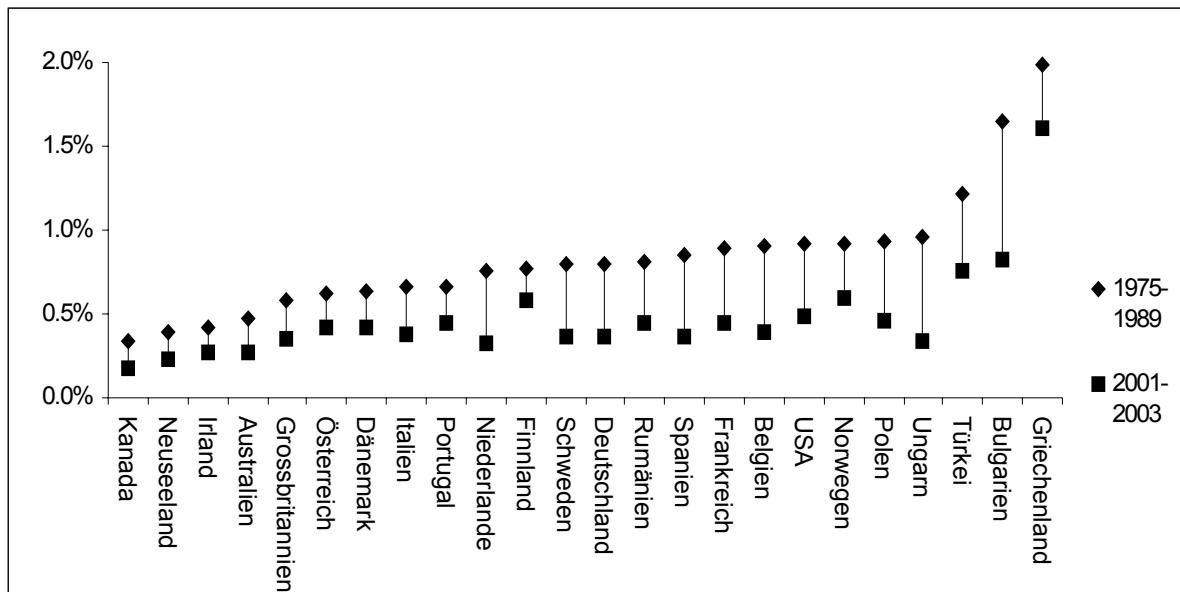
Die Militärpartizipationsrate der aktiven Militärangehörigen zeigt die faktische, durch die Streitkräfte entstehende Belastung für die Gesellschaft. In Europa ist 1975 eine von hundert Personen aktiver Soldat.¹⁶⁸ Dieses Verhältnis bleibt über die folgenden 15 Jahre stabil, sinkt dann ab 1989 in zwei Wellen. Die erste Abbauwelle dauert von 1989 bis 1993. Die folgenden drei Jahre stagniert die MPR der aktiven Militärangehörigen. Die Unsicherheiten Mitte der neunziger Jahre (Balkankrise) scheinen den Reformprozess und den Abbau der aktiven Soldaten in den europäischen Wehrpflichtarmeen zu verlangsamen. Ab 1996 setzt die zweite Reduktionswelle ein. 2003 sind im Durchschnitt noch 0.48% der gesamten europäischen Bevölkerung aktive Soldaten. Die gesellschaftliche Belastung infolge des Militärdienstes halbiert sich innerhalb von drei Jahrzehnten gesamteuropäisch.

Werden nur die angelsächsischen Freiwilligenstreitkräfte betrachtet, kann seit 1975 ein kontinuierlicher und linearer Abstieg der Anzahl aktiver Soldaten konstatiert werden: vom Höchstwert 1975 (0.54%) auf den niedrigsten Wert 2001 (0.30%). Die MPR der aktiven Militärangehörigen in Freiwilligenstreitkräften und in Wehrpflichtarmeen unterscheiden sich signifikant ($t=-13.41$, $df=687$, $p<0.001$).

Werden die alten europäischen und angelsächsischen Staaten im Zeitvergleich betrachtet, zeigt sich erstens, dass die fünf Länder mit der tiefsten Militärpartizipationsrate aller Staaten mit einer Freiwilligenstreitkraft sind, und zweitens, dass die durchschnittliche MPR der aktiven Armeeingehörigen 1975 bis 1989 in allen untersuchten Ländern höher ist als 2001 bis 2003 (Abbildung 7.11, Tabelle 10 Anhang A).

¹⁶⁸ Vergleiche dazu auch Tabelle 8 Anhang A. Aufgrund des Milizsystems ist es nicht möglich, für die Schweiz eine sinnvolle Differenz zwischen aktiven Armeeingehörigen und Reserveeinheiten zu bilden. Deshalb wird die Schweiz ausgeschlossen.

Abbildung 7.11: Militärpartizipationsrate der aktiven Militärangehörigen im Zeitvergleich (24 Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

Vor allem Staaten, die eine Freiwilligenstreitkraft einführen werden oder schon eingeführt haben, senken ihren Anteil aktiver Soldaten deutlich (Belgien, Frankreich, Niederlande, Spanien, Ungarn), aber auch Deutschland¹⁶⁹ und Schweden weisen eine ähnlich tiefe MPR wie in klassischen Freiwilligenstreitkräften aus.

Innerhalb von etwas mehr als zehn Jahren hat eine Vielzahl von Staaten den Bestand ihrer aktiven Armeeinghörigen um knapp die Hälfte gekürzt. Dabei ist die Regel, dass je höher die MPR 1975 bis 1989 ist, desto stärker wird der Bestand im Verhältnis reduziert. Eine Angleichung der MPR aktiver Soldaten aller Streitkräfte findet zu Beginn des neuen Jahrtausends statt. Ausnahmefälle sind dabei Griechenland, Bulgarien und die Türkei.

7.3.6.2 Die Militärpartizipation der militärtragenden Alterskohorte

Ein weiterer Indikator, der den Zusammenhang zwischen der Zivilbevölkerung und ihrer militärischen Verbundenheit misst, wird in der Militärpartizipation der militärtragenden Alterskohorte gesehen. Damit ist der Anteil der 18 bis 32-jährigen Männer an den aktiven Militärangehörigen gemeint.¹⁷⁰ Hier geht es um die politisch wichtige Frage der

¹⁶⁹ Das deutsche Bundesministerium (2002) gibt für die Bundeswehr eine MPR von 0,34% an. Unsere Berechnungen ergeben eine MPR von 0,36%. An diesem Beispiel kann die Zuverlässigkeit des verwendeten Zahlenmaterials verdeutlicht werden.

¹⁷⁰ Haltiner (1998a) berücksichtigt auch die Anzahl der Reservesoldaten. Wir gehen indes nur von den aktiven Soldaten aus. Werden die Reserveeinheiten miteinbezogen, ergeben sich nach unserer Meinung Verzerrungen der Ergebnisse. Die von Haltiner aufgestellte Verhältniszahl in direkten Bezug zur Wehrgerechtigkeit zu setzen, scheint schwierig. Sie berücksichtigt nicht die unterschiedliche Dauer der Wehrpflicht in den einzelnen Ländern. Zugleich ist die Wehrpflicht auch je nach Teilstreitkraft verschieden. Es ist für die Berechnung nach Haltiner deshalb entscheidend, ob der Militärdienst z.B. ein oder zwei Jahre dauert. Nur wenn die Wehrpflicht exakt in

Wehrgerechtigkeit. Wie viele junge Männer müssen noch Dienst leisten, wie viele werden befreit? Daraus kann politischer Druck zur Aufhebung der Wehrpflicht entstehen. Mit der MPR der militärtragenden Alterskohorte nähern wir uns der Wirklichkeit nur an. Es gibt selbstverständlich auch Militärpersonen, die älter als 32 Jahre sind. Doch in den meisten Staaten haben die Wehrpflichtigen mit 32 Jahren ihren aktiven Dienst beendet, werden der Reserve zugeteilt oder sind ausgemustert.

Wenn die allgemeine Militärpartizipationsrate abnimmt, sollte dies für die MPR der militärtragenden Alterskohorte ähnlich sein. Ein erster allgemeiner Überblick über die alten europäischen Staaten bestätigt dies. Entspricht 1985¹⁷¹ der Gesamtbestand der aktiven europäischen Streitkräfte 9.3% aller 18 bis 32-jährigen Männer in Europa, fällt dieser Anteil bis 2003 auf über die Hälfte (4.4%). Aufgrund dieses Resultates kann angenommen werden, dass in den europäischen Staaten zu Beginn des neuen Jahrtausends durchschnittlich jeder 25. junge Mann im Alter von 18 bis 32 Jahren in die militärische Organisation eingebunden ist. Hier kommt indirekt der Aspekt der Wehrgerechtigkeit ins Spiel. Wenn nur noch ein Bruchteil der jungen Männer ins Militär muss, dann fühlen sich die noch Dienst leistenden Personen mehr und mehr benachteiligt.

Die allgemeine Reduzierung des Streitkräftebestandes zeigt sich in einer sinkenden Militärpartizipationsrate und einem möglichen veränderten Verhältnis der Streitkräfte zur Zivilbevölkerung. Immer weniger Personen in europäischen Gesellschaften stehen in direktem Kontakt zum staatlichen ‚Machtmittel Militär‘. Es scheint, dass sich deshalb der gegenseitige Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Streitkräften vermindert. Nur noch ein kleiner Teil der militärtragenden Alterskohorte wird in Wehrpflichtarmeen für den Dienst aufgeboten. Dies kann eine Diskussion über die Wehrgerechtigkeit in den betreffenden Staaten auslösen.

7.3.7 Die Frauenrate europäischer Streitkräfte

Eine steigende Frauenrate in den Streitkräften Europas kann als Begleiterscheinung von mindestens drei Ursachen gesehen werden.

1. Mit dem gesellschaftlichen Wandel verändern sich die Rollenverständnisse der Geschlechter. Der Wandel zeigt sich unter anderem in der Wahl des Berufes. Berufe, die früher entweder nur von Männern (z.B. Jetpilot) oder Frauen (z.B. Kindergärtnerin) ausgeübt wurden, öffnen sich für das andere Geschlecht. Stark männerdominierte Berufsbereiche wie das Militär können sich diesem Wandel nicht entziehen. Höchstens eine zeitliche Verzögerung tritt ein.
2. Die Arbeit in Streitkräften basiert in der Moderne nicht mehr (nur) auf rein physischer Muskelkraft. Durch die technologische Entwicklung (Computer, Digitalisierung etc.)

jedem Land ein Jahr dauern würde, könnte mit den Daten aus *The Military Balance* eine Wehrgerechtigkeitsvariable gebildet werden. Dies ist aber nicht der Fall.

¹⁷¹ Der Messzeitpunkt kann erst ab 1985 angesetzt werden, da *The Military Balance* Daten zu den 18 bis 32-Jährigen erst ab dann erfasst.

entstehen immer mehr geschlechtsneutrale Berufsbereiche in den Streitkräften. Vor allem in der Logistik, Führung und im Support spielen Geschlechterfragen zusehends keine Rolle mehr. Frauen erhalten dadurch grössere *Zugangschancen* zu militärischen Berufen.

3. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht und durch die Professionalisierung der Streitkräfte versiegt der automatische Zufluss junger (zwangsverpflichteter) Männer. Den professionalisierten Streitkräften gelingt es nicht mehr, eine genügend grosse Anzahl an männlichem Personal auf dem Arbeitsmarkt zu rekrutieren. Der Rückgriff auf Frauen wird dabei zwingend.¹⁷² In diesem Fall scheinen Frauen aufgrund einer Negativentwicklung (Druck des Arbeitsmarktes, zu wenig dienstbereite Männer) Zugang zu den Streitkräften zu erhalten.

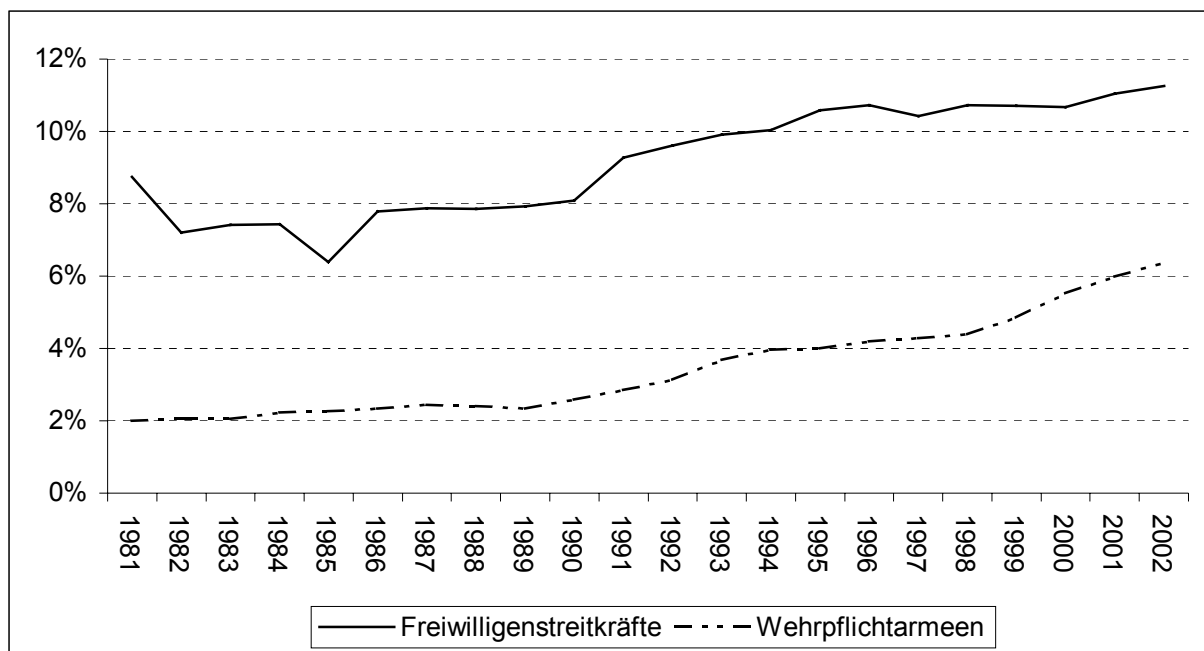
Eine steigende Frauenrate wird als Folgewirkung der drei oben beschriebenen Phänomene betrachtet. Wenn an dieser Stelle über die Beteiligung von Frauen in europäischen Wehrpflichtarmeen geschrieben wird, muss berücksichtigt werden, dass aufgrund der nicht breit abgestützten Datenlage in *The Military Balance* nur eine begrenzte Anzahl Staaten analysiert werden kann. Deshalb werden zu Vergleichszwecken die aussereuropäischen angelsächsischen Freiwilligenstreitkräfte und die beiden klassischen europäischen Freiwilligenstreitkräfte Irland und Grossbritannien hinzugezogen, um die Verlässlichkeit der Resultate zu steigern (siehe Abschnitt 6.2.3).

Die durchschnittliche Frauenrate in den Streitkräften von acht Ländern (Tabelle 11 Anhang A) steigt zwischen 1981 und 2002 von 4.5% aller Dienstleistenden auf 8.2%. Zur Zeit des Kalten Krieges verharrt die Frauenrate auf etwa gleichem Niveau, steigt dann 1990/91 kontinuierlich. Ein klarer linearer Aufwärtstrend lässt sich konstatieren. Aus Abbildung 7.12 wird ersichtlich, dass Länder mit einer Freiwilligenstreitkraft einen grösseren Frauenanteil haben, wohingegen Staaten, die noch an der Wehrpflicht festhalten oder bis vor kurzem noch festhielten,¹⁷³ eine geringere Frauenrate aufweisen. Durchschnittlich ist 2002 in den Streitkräften Grossbritanniens, Kanadas und der USA beinahe jede achte Person weiblich.

¹⁷² Der Begriff ‚Rückgriff‘ wird bewusst gewählt. In früheren Zeiten wurden Frauen nur in Kriegen in die Streitkräfte eingebunden. Dies geschah normalerweise bei einem Mangel an wehrfähigen Männern. Erst dann wurde auf Frauen ‚zurückgegriffen‘. Nach Beendigung eines Krieges hatten Frauen die ihnen zugewiesenen militärischen Arbeitsplätze wieder zu verlassen und wurden zu ihren vermeintlich traditionellen Aufgaben zurück geschickt.

¹⁷³ Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Niederlande.

Abbildung 7.12: Durchschnittliche Frauenrate am aktiven Streitkräftebestand 1981-2002 nach Wehrpflichtarmee (Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Niederlande) und Freiwilligenstreitkraft (Grossbritannien, Kanada, USA)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1981-2002*

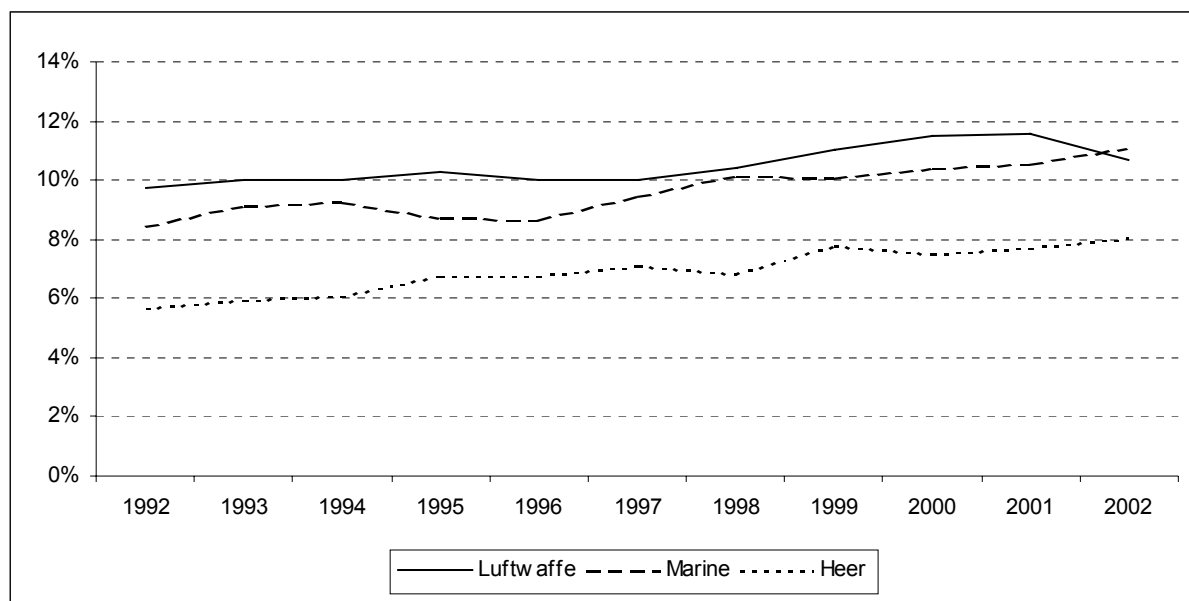
Um den Zusammenhang zwischen der Wehrpflicht- und der Frauenrate in den europäischen Streitkräften aufzuzeigen, wird die durchschnittliche Wehrpflichttrate von 1999 bis 2002 mit der durchschnittlichen Frauenrate korreliert. Belgien und die Niederlande, obwohl zu diesem Zeitpunkt schon auf eine Freiwilligenstreitkraft umgestellt, werden weiterhin im europäischen Wehrpflicht-Kontext untersucht.

Zwischen der Wehrpflicht- und der Frauenrate in Streitkräften besteht ein starker negativer Zusammenhang ($r^2=0.74$). Je grösser der Anteil Wehrpflichtiger in den Streitkräften ist, desto kleiner die Frauenrate. In Wehrpflichtarmeen scheinen die männlichen Wehrpflichtigen als gute Rekrutierungsbasis für Freiwilligdienende gesehen zu werden.¹⁷⁴ Streitkräfte mit tiefer Wehrpflichttrate müssen vermehrt ihr Personal über den Arbeitsmarkt beschaffen und stellen dabei mehr Frauen ein. 6.2% des Berufspersonals werden durchschnittlich von Frauen gestellt (ohne Belgien und die Niederlande 5.9%). Am Gesamtbestand aller aktiver Soldaten, d.h. inklusive Wehrpflichtiger, sinkt die Frauenrate auf 4.7% (ohne Belgien und die Niederlande 3.8%). Es gilt aber zu differenzieren: Die Frauenrate mit der Wehrpflichttrate in direkten Zusammenhang zu setzen, kann eine Scheinkorrelation erzeugen, da die Wehrpflicht nur für Männer gilt und somit der Frauenanteil strukturell bedingt niedriger ist. Wird der Wehrpflichtanteil statistisch kontrolliert, kann nur ein schwacher Effekt nachgewiesen werden ($r^2=0.09$).

¹⁷⁴ Dies wird z.B. für Deutschland als einer der Hauptgründe für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht genannt. Siehe bei Dandeker 2002, 12.

The Military Balance weist die Frauenrate auch für die Teilstreitkräfte aus. Die Anteile des Heeres, der Luftwaffe und der Marine können mit dem vorliegenden Datenmaterial in acht Ländern ab 1992 verglichen werden. Die Frauenrate im Heer ist tiefer als in den anderen Teilstreitkräften (Abbildung 7.13, Tabelle 12 Anhang A). Die höchste durchschnittliche Rate in den neunziger Jahren weist die Luftwaffe mit 10.47% aus.

Abbildung 7.13: Durchschnittliche Frauenrate in den Teilstreitkräften 1992-2002 (acht Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1992-2002*

In der Luftwaffe lässt sich der grösste Unterschied in der Frauenrate über die Zeit zwischen Freiwilligenstreitkräften (14.6%) und Wehrpflichtarmeen (6.3%) feststellen. Unterschiede sind auch im Heer klar erkennbar. Ist bei Freiwilligenstreitkräften beim Heer im Durchschnitt noch jede 10. Person weiblich (9.6%), gilt dies bei europäischen Wehrpflichtarmeen noch für jede 28. Person (3.6%). Auch bei der Marine bestehen Differenzen zwischen den beiden Wehrsystemen. In Freiwilligenstreitkräften leisten in der Marine im Verhältnis doppelt so viele Frauen Dienst als in Wehrpflichtarmeen (12.4% versus 6.9%). In den letzten Jahren stützen sich Freiwilligenstreitkräfte bei allen Teilstreitkräften deutlich stärker auf weibliches Personal. Sobald sich Staaten auf eine Freiwilligenstreitkraft verlassen, steigt die Frauenrate. Die Aussetzung der Wehrpflicht begünstigt die Eingliederung von Frauen in das Sozialsystem ‚Militär‘, aber scheinbar unterschiedlich nach Teilstreitkräften.

Für alle Teilstreitkräfte gilt: Seit 1992 steigen die Anteile des weiblichen Personals in den drei Bereichen Heer, Luftwaffe und Marine. Trotz mangelnder Datenlage kann davon ausgegangen werden, dass die Frauenrate vor allem seit 1989 stark gestiegen ist. Die präsentierten Ergebnisse unterstützen diese Vermutung. Eine Feminisierung der Streitkräfte lässt sich vor allem in den neunziger Jahren konstatieren. In Wehrpflichtarmeen verändert sich der Frauenanteil in dieser Dekade wesentlich stärker als in Streitkräften mit freiwillig dienenden Soldaten. Unterstützt wird diese Entwicklung mit den grösseren Verwendungschancen für Frauen.

Streitkräfte, welche die Wehrpflicht aussetzen, weisen eine höhere Frauenrate auf. Freiwilligkeit der Dienstleistung und hoher Frauenanteil hängen eng zusammen. Während früher in Wehrpflichtarmeen (fast) nur die männliche Bevölkerung (dafür in einer hohen Masse) in die Militärorganisation eingebunden wurde, zeichnet sich ein gesellschaftlich relevanter Wandel ab. Verlieren Wehrpflichtarmeen einerseits bei der Umstellung auf Freiwilligenstreitkräfte zusehends den Kontakt zu den jungen Männern, gewinnen sie andererseits vermehrt Zugang zu den bis anhin nur schwach vertretenen Frauen. Durch die Feminisierung der Streitkräfte kann die zivil-militärische Beziehung qualitativ verstärkt werden, da sich Austauschprozesse zwischen Zivilgesellschaft und Militär nicht nur auf die männliche Bevölkerung konzentrieren, sondern zunehmend die weibliche Bevölkerung involvieren.

7.4 Technologische Triebkräfte

Mit den Daten aus *The Military Balance* können technologische Triebkräfte im Hinblick auf das Ende der Massenarmee indirekt gemessen werden. Zwei Indikatoren, die Heeresrate und die Wehrpflichttrate der Teilstreitkräfte, geben dazu Auskunft. Sie stellen Begleiterscheinung und Folgewirkung des Streitkräftewandels dar.

7.4.1 Die Heeresrate in Europa

Die Teilstreitkraft Heer wird mit einem geringeren Technologielevel verbunden. Dominanzverlust des Heeres – bemerkbar durch eine sinkende Heeresrate – ist demzufolge eine Begleiterscheinung der technologischen Triebkräfte, basierend auf der Modernisierung der Streitkräfte und dem Trend zu komplexen Waffensystemen. Mit dem Auslaufen der Massenarmee seit Beginn der siebziger Jahre und der weiter fortschreitenden Technisierung und Modernisierung der Streitkräfte wird – so die These – die Heeresrate kontinuierlich abnehmen (Klein 1999, 16, Haltiner 1998a, siehe Abschnitt 3.2.3).

In einem ersten Schritt wird die These anhand des Verlaufs der Heeresrate in den alten europäischen Wehrpflichtarmeen überprüft. Als Referenzwert wird die durchschnittliche Heeresrate der angelsächsischen Freiwilligenstreitkräfte beigezogen. In einem zweiten Schritt werden die in den neunziger Jahren neu gegründeten Staaten in die Auswertung integriert.

Im Zeitverlauf kann erkannt werden, dass die Heeresrate in den letzten 28 Jahren in Wehrpflichtarmeen gesunken ist. Sind 1975 knapp drei Viertel aller Soldaten im Heer eingeteilt, so beträgt dieser Wert 2003 knapp 64% (Abbildung 7.14). In Freiwilligenstreitkräften bleibt die Heeresrate über die Zeit konstant.

Abbildung 7.14: Durchschnittliche Heeresrate 1975-2003 (26 Länder mit und ohne Wehrpflicht)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2003*

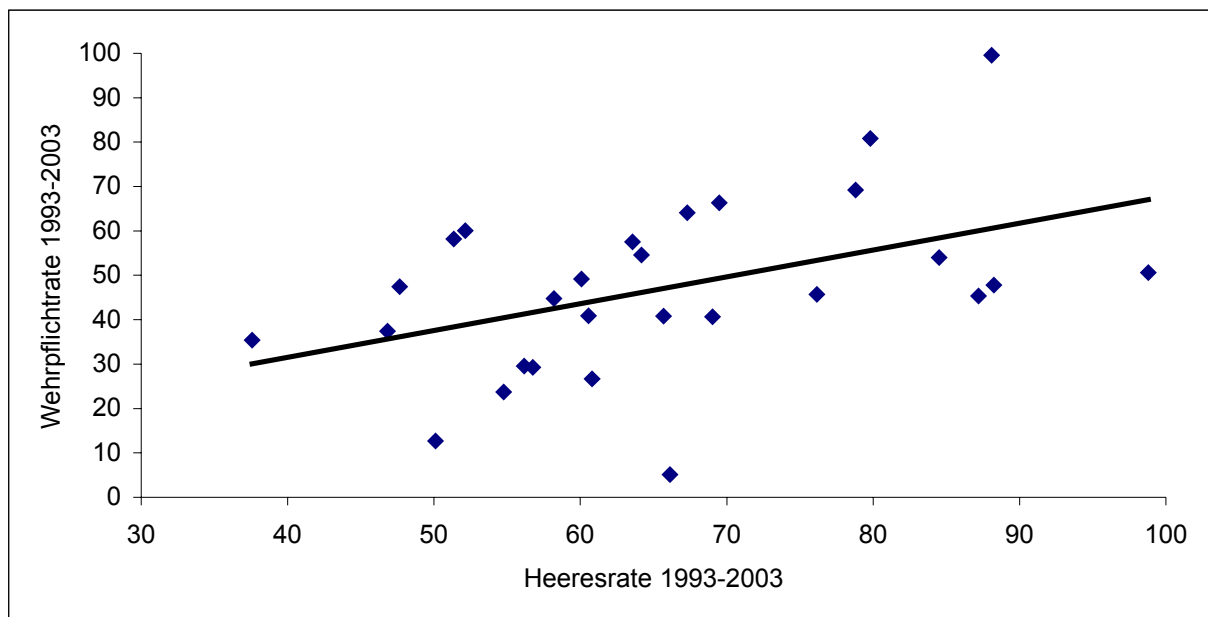
Das allmähliche Absinken der Heeresrate in Wehrpflichtarmeen verläuft seit Messbeginn (1975) kontinuierlich. Dieser Vorgang scheint in keiner direkten Beziehung zum Ende des Kalten Krieges zu stehen. Es lässt sich vielmehr ein langfristiger Trend über die letzten drei Dekaden in der Umstrukturierung europäischer Wehrpflichtarmeen erkennen. Der Trend scheint klar: Weg von der infanterielastigen Heeresdominanz hin zu technologisch besser ausgerüsteten Einheiten der Luftwaffe oder der Marine. Diese Tendenz der abnehmenden Heeresrate scheint sich mit der zunehmenden Professionalisierung europäischer Streitkräfte fortzusetzen.

Europäische Streitkräfte (auf Wehrpflichtbasis) sind noch weit davon entfernt, ähnliche Strukturen wie Freiwilligenstreitkräfte vorzuweisen (Abbildung 7.14). Diese zeichnen sich dadurch aus, dass nur zirka die Hälfte der aktiven Armeeangehörigen dem Heer zugeordnet werden kann. Auffallend ist weiter, dass sich die Heeresrate seit 1975 in Freiwilligenstreitkräften nicht verändert hat. Sie schwankt in der untersuchten Zeitperiode in nur geringem Masse. Es kann davon ausgegangen werden, dass die periphere Lage und die Insellage der angelsächsischen Staaten diese Struktur unterstützen. In Kontinentaleuropa sind Streitkräftestrukturen mit tiefer Heeresrate aus geografischen Gründen nicht so gut umsetzbar, da Binnenländer keine Marine unterhalten. Eine 50%-Rate wird wahrscheinlich nicht erreicht. Dennoch, die Heeresrate wird in den kommenden Jahren auch in Wehrpflichtarmeen weiterhin sinken. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich auf gesamteuropäischer Basis die Heeresrate bei ca. 60% einpendeln wird.

Die neuen Länder ab 1993 unterscheiden sich in dieser strukturellen Frage nicht von den alten europäischen Wehrpflichtarmeen. Im Mittel 1993 bis 2003 weisen die neuen Streitkräfte wie auch die alten Streitkräfte eine Heeresrate von etwa 65% aus.

Zwischen der Wehrpflichtrate und der Heeresrate besteht ein signifikanter Zusammenhang ($r=0.42$, $p<0.001$). Je höher die Heeresrate, desto höher ist auch die Wehrpflichtrate (Abbildung 7.15).

Abbildung 7.15: Beziehung zwischen Wehrpflicht- und Heeresrate in Europa (28 Länder, Zeitraum 1993-2003)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1993-2003*

Werden Nato-Staaten mit Nicht-Nato-Staaten in Bezug auf ihre Heeresrate mittels t-Tests verglichen, ist folgendes festzustellen: Eine Mitgliedschaft in einer Allianz – in unserem Fall die Nato – scheint die Heeresrate zu beeinflussen. In einem Bündnis involvierte Streitkräfte besitzen eine tiefere Heeresrate. Der grösste statistische Unterschied findet sich in der Zeit von 1975 bis 1989 (Nato-Staaten: Heeresrate: 68%, Nicht-Nato-Staaten: Heeresrate: 78%, $t=9.99$, $df= 277$, $p<0.001$). Dieser Effekt schwächt sich in den neunziger Jahren zunehmend ab, bleibt aber auch im neuen Jahrtausend (2000-2003) bestehen (Nato-Staaten: Heeresrate: 62%, Nicht-Nato-Staaten: Heeresrate: 69%, $t=3.01$, $df= 74$, $p=0.004$).

Die Heeresrate kann als Indikator des technologischen Fortschrittes betrachtet werden. Scheinbar erleichtert es die Umstellung von einer Wehrpflichtarmee zu einer Freiwilligenstreitkraft, wenn die Heeresrate schon immer unterdurchschnittlich tief war. Dies bedeutet: Je technologischer eine Streitkraft ist, und vor allem schon zuvor war, desto eher wird der Entscheid fallen, das Wehrsystem zu ändern.

7.4.2 Die Wehrpflichtrate in den Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe und Marine

Neben der allgemeinen Wehrpflichtrate lässt sich mittels der Daten aus *The Military Balance* eine zusätzliche Einteilung nach den Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe und Marine vornehmen. Während die allgemeine Wehrpflichtrate als Indikator eines allgemeinen Wertewandels verstanden werden kann, dient die Wehrpflichtrate in den Teilstreitkräften als Folgewirkung der technologischen Triebkräfte. Die dahinterstehende Frage lautet, ob bei steigender Technizität von Teilstreitkräften Wehrpflichtige noch eingesetzt werden können (siehe Abschnitt 3.2).

Zwischen den einzelnen Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe und Marine gibt es verschiedene Grade der Technizität. Während das Heer im Verhältnis zu den beiden anderen Teilstreitkräften weniger modern ausgerüstet ist, sind die Luftwaffe und die Marine in Bezug auf die Ausrüstung an Hochtechnologie besser bestückt. Aufgrund der theoretischen Annahmen müssen sich diese verschiedenen Grade der Technizität oder der Modernität anhand der Wehrpflichtrate indirekt manifestieren. Das Heer verfügt über mehr Funktionen, die keine hochspezialisierte Mannschaft benötigen. Dort lassen sich am ehesten die zwangsrekrutierten Wehrpflichtigen einsetzen, d.h. die Wehrpflichtrate im Heer sollte generell höher sein als in der Luftwaffe und in der Marine. Zwischen der Luftwaffe und der Marine sollte es keine unterschiedlichen Wehrpflichtraten geben, da davon ausgegangen wird, dass beide Teilstreitkräfte technologisch mit modernen Geräten ausgerüstet sind. Die These lautet für beide Teilstreitkräfte: Der Grad der Professionalisierung ist hoch, Wehrpflichtige können nur für einfache Arbeiten zugezogen werden.

In der Analyse werden – um Verzerrungseffekte ausschliessen zu können – nur Streitkräfte verglichen, die über alle drei Teilstreitkräfte verfügen. Aufgrund dieser Einschränkung kommen 16 Staaten in Betracht (siehe Abschnitt 6.2.3).

Abbildung 7.16: Durchschnittliche Wehrpflichtrate der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine 1977-2003 in Prozent (16 europäische Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1977-2003*

Abbildung 7.16 (siehe auch Tabelle 13 Anhang A) zeigt deutlich, dass die Wehrpflichtrate des Heeres höher ist als die Wehrpflichtraten der Marine und der Luftwaffe. Während sich die Wehrpflichtrate des Heeres hoch signifikant von den beiden anderen Teilstreitkräften unterscheidet (Heer zu Luftwaffe $t=31.97$, $df=405$, $p<0.001$; Heer zu Marine: $t=28.97$, $df=420$, $p<0.001$), besteht zwischen der Luftwaffe und der Marine keine statistisch relevante Differenz ($t=1.73$, $df=403$, $p=0.085$). Seit dem Ende des Kalten Krieges nähert sich die Wehrpflichtrate des Heeres den beiden anderen Raten stärker an. Nicht nur in den beiden technologisch besser ausgerüsteten Teilstreitkräften scheinen die Wehrpflichtigen zunehmend obsolet zu werden, der Trend weitet sich ebenfalls auf das Heer aus.

Im Durchschnitt hat das Heer von 1977 bis 2003 einen Wehrpflichtanteil von 62%, die Marine 40% und die Luftwaffe 38%. Die postulierte Hypothese lässt sich somit verifizieren: Durch die höhere Technizität der Luftwaffe und Marine können weniger Wehrpflichtige eingesetzt werden; der Anteil professioneller Soldaten ist höher als beim Heer.

Die 16 analysierten europäischen Staaten weisen schon Mitte der siebziger Jahre eine tiefe Wehrpflichtrate der Marine aus. Seit Beginn der achtziger Jahre sinkt die Rate stetig, unterbrochen von einer leichten Zunahme 1991 und 1992. Einen Einfluss geostrategischer Art kann nicht erkannt werden. Die Wehrpflichtrate der Marine wird nicht hauptsächlich durch das Ende des Kalten Krieges 1989 beeinflusst. Es kann schon zu Beginn der achtziger Jahre ein linearer Abstieg festgestellt werden.

Die Wehrpflichtrate der Luftwaffe verharrt zwischen 1977 und 1992 auf gleich hohem Niveau (45%). Von 1992 bis 2003 reduziert sie sich um 18%. Die Wehrpflichtrate der Luftwaffe

überschreitet zu keinem Zeitpunkt die 50%-Marke. Die Luftwaffe wurde folglich schon immer mehrheitlich von Berufspersonal besetzt. Die theoretisch postulierte tiefe Wehrpflicht-rate der Luftwaffe ist damit empirisch nachweisbar. Aus den Daten kann zugleich geschlossen werden, dass neben dem geostrategischen Wandel 1989/91 auch die Intervention der Nato in Kosovo 1999 – ein technologisches Ereignis, bei dem die Luftüberlegenheit in der Kampffüh-rung klar zu Tage trat – einen möglichen Einfluss auf das Absinken der Wehrpflichtrate in europäischen Streitkräften ausübt. Aufgrund der Erfahrungen des Kosovo-Einsatzes scheinen die europäischen Staaten ihre Luftwaffe noch stärker zu professionalisieren und den Wehr-pflichtanteil zu senken.

Die Wehrpflichtrate gilt als ein indirekter Indikator für die Technizität der einzelnen Teil-streitkräfte. Wehrpflichtige scheinen für technologisch besser ausgerüstete Teilstreitkräfte nicht geeignet zu sein. Sie können die geforderten Aufgaben und an sie gestellten Ansprüche weniger gut bewältigen. Ein Indiz für diese These kann in der tieferen Wehrpflichtrate der Luftwaffe und der Marine im Vergleich zur Wehrpflichtrate des Heeres gesehen werden.

7.5 Ökonomische Triebkräfte

Sinkende Verteidigungsausgaben (Abschnitt 7.5.1) bezogen auf das Bruttoinlandprodukt (GDP) und die Verteidigungsausgaben pro aktiver Soldat werden als Folgewirkungen des vermehrt dominierenden Kosten-Nutzen-Denkens im Verteidigungsbereich betrachtet (siehe Kapitel 3). Der gestiegene Lebensstandard – gemessen mit dem Human Development Index (HDI) als ökonomisch-gesellschaftlicher Indikator – kann als eine mögliche Ursache vom Ende der Massenarmee interpretiert werden (z.B. Individualisierungstendenzen; Abschnitt 7.5.2). Im theoretischen Teil wird als möglicher Einflussfaktor die Bevölkerungsgröße eines Landes genannt. Diese These wird in Abschnitt 7.5.3 untersucht.

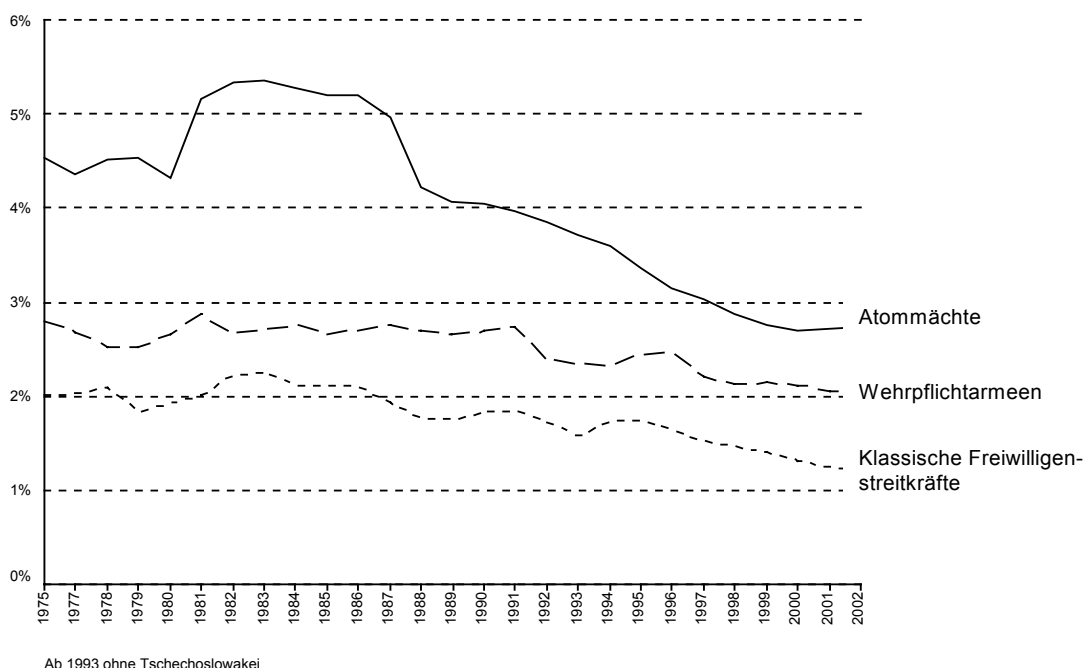
7.5.1 Die Verteidigungsausgaben

Welche Beziehungen existieren zwischen der Wehrpflicht und den Verteidigungsausgaben eines Landes? Die theoretischen Vorgaben zu dieser Frage sind gegensätzlich. Es wird behauptet, durch die Einführung einer Freiwilligenstreitkraft, die zugleich mit einer Verringerung des Personalbestandes verbunden ist, könnten Kosten gespart werden. Zudem werden bei Wehrpflichtarmeen von verdeckten Kosten und Opportunitätskosten gesprochen. Diese verdeckten Kosten seien bei Wehrpflichtarmeen nicht in den Verteidigungsausgaben aufgeführt. Die Kosten eines Wehrpflichtigen würden verzerrt, bzw. zu tief veranschlagt (siehe Abschnitt 3.3). Ein aktiver Soldat einer Wehrpflichtarmee verursache deshalb geringere Kosten als ein aktiver Soldat einer Freiwilligenstreitkraft.

Um die beiden divergierenden Vorstellungen zu prüfen, werden die Verteidigungsausgaben am GDP der Wehrpflichtarmeen mit denen der Freiwilligenstreitkräften verglichen. Europäische Wehrpflichtarmeen können aber nicht problemlos angelsächsischen Freiwilligenstreitkräften gegenübergestellt werden. Eine Einschränkung muss dabei vorgenommen werden: Die USA, Grossbritannien und Frankreich sind Nuklearmächte und verteidigen globale Interessen.¹⁷⁵ Als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der Uno bekleiden sie im sicherheitspolitischen Diskurs eine besondere Stellung. Die internationalen Verpflichtungen und der Unterhalt atomarer Waffen wirken sich finanziell auf die Verteidigungsausgaben aus. Deshalb werden die USA, Grossbritannien und Frankreich als ‚Atomkräfte‘ zusammengefasst und speziell analysiert (Abbildung 7.17).

Klassische Freiwilligenstreitkräfte haben signifikant tiefere Verteidigungsausgaben als europäische Wehrpflichtarmeen, und Atomkräfte wenden prozentual zum GDP am meisten für die Verteidigung auf.¹⁷⁶

Abbildung 7.17: Durchschnittliche Verteidigungsausgaben am GDP 1975-2002 nach Atomkräften, Wehrpflichtarmeen und klassischen Freiwilligenstreitkräften in Prozent (26 Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2002*

Gesetzmässigkeiten in Verbindung mit historischen Gegebenheiten lassen sich herauskristallisieren. Mit dem Beginn des ‚zweiten Kalten Krieges‘, der durch den ‚Nachrüstungsbe-

¹⁷⁵ Russland als weitere Atomkraft wird in den langfristigen Trends nicht berücksichtigt.

¹⁷⁶ Durchschnittliche Verteidigungsausgaben am GDP bei Freiwilligenstreitkräften: 1.79%, europäische Wehrpflichtarmeen: 2.51%, Atomkräfte: 4.06%, Zeitraum 1975 bis 2002 ohne die neuen Staaten ($t=-6.68$, $df=608$, $p<0.001$). Siehe auch die Zahlenangaben für die einzelnen Länder in Tabelle 14 Anhang A.

schluss' der Nato (Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa) und dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan beginnt, steigen die Verteidigungsausgaben der drei Atommächten deutlich. Auch der Falklandkrieg (Grossbritannien gegen Argentinien) spielt eine entscheidende Rolle. Die geostrategischen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges lassen sich besonders deutlich in Bezug auf die Atommächte ablesen. Ab 1988 sinken die Verteidigungsausgaben gemessen am GDP bei ihnen stark. In Ländern mit Wehrpflichtarmeen und Freiwilligenstreitkräften verharren die Verteidigungsausgaben zwischen 1975 und 1991 auf gleich hohem Niveau. Nach dem Ende des Kalten Krieges scheint die sogenannte Friedensdividende sowohl in Staaten mit Wehrpflichtarmeen wie auch in Staaten mit klassischen Freiwilligenstreitkräften eingefordert zu werden (ca. 1992-1994). Mit den Staatsbildungsprozessen zu Beginn der neunziger Jahre, den kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan und dem vermehrten Engagement europäischer Staaten in friedenserhaltenden und friedens erzwingenden Einsätzen steigen zwischenzeitlich die Verteidigungsausgaben an, um ab 1997 kontinuierlich zu sinken.

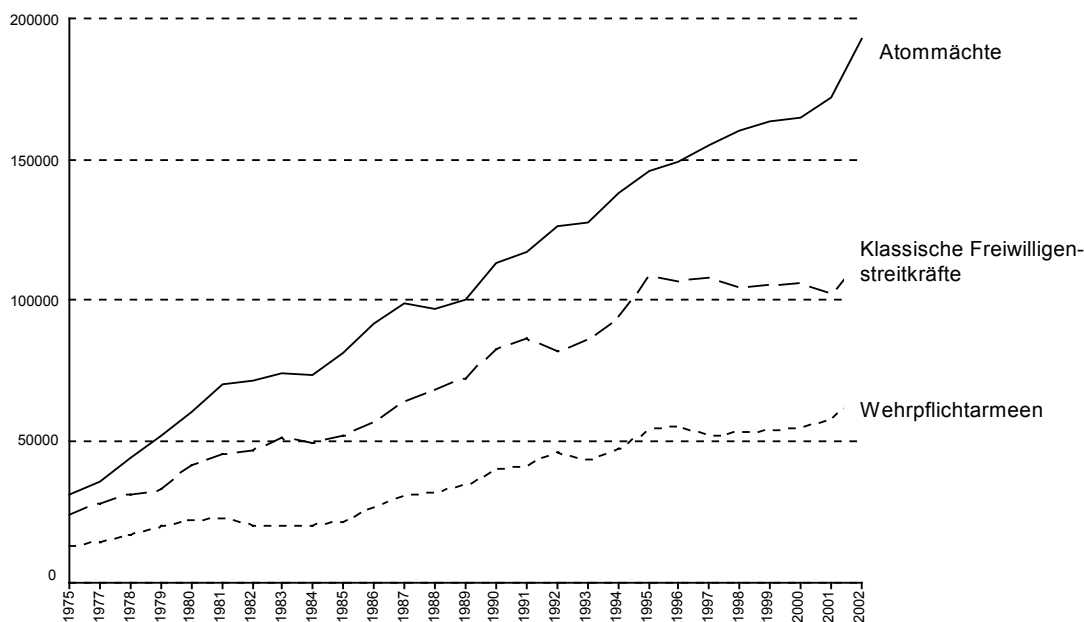
Werden die Wehrpflichttypen auf ihre Verteidigungsausgaben hin untersucht, kann folgendes festgestellt werden: Staaten mit höherer Wehrpflichttrate wenden für die Verteidigung tendenziell mehr finanzielle Mittel auf. Typ IV und Typ III (Staaten mit einer WR über 50%) haben höhere Verteidigungsausgaben als Typ I und Typ II. Die Länder des Typ I und II beginnen ab 1996 durch die einsetzende Professionalisierung der Streitkräfte, der Sistierung der Wehrpflicht sowie des Einziehens der Friedensdividende die Verteidigungsausgaben zu senken. Typ III zieht zeitverzögert nach. Die Staaten des Typ IV senken ihre Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum GDP über die Zeit nicht. Durchschnittlich geben die Länder zwischen 1993 und 2002 in Typ I 2.00% und im Typ II 1.87% des GDP für die Verteidigung aus. Staaten des Typs III zeigen leicht gesteigerte Ausgaben (2.48%), wohingegen Wehrpflicht dominierte Streitkräfte höhere Sicherheitskosten in Kauf nehmen (3.07%). Signifikant unterscheidet sich nur Typ IV von allen anderen Typen. Der Anteil der Verteidigungsausgaben scheint kein guter Indikator zu sein, um zwischen den verschiedenen Wehrpflichtarmeen Unterschiede aufzeigen zu können.

Die ausgewiesenen Kosten pro aktiven Soldat hängen mit dem Wehrsystem zusammen. Der Indikator ‚Ausgaben pro aktiver Soldat‘ muss als grobes Schätzinstrument verstanden werden. Es ist klar, dass neben den Ausgaben pro Soldat die Verteidigungsausgaben noch Rüstungsinvestitionen, Unterhalt etc. beinhalten. Auch die Bewaffnungsart (Atommacht versus Nicht-Atommacht) spielt eine Rolle bei den Ausgaben pro aktiver Soldat. Abbildung 7.18 verdeutlicht, dass erstens die Ausgaben pro aktiver Soldat in den letzten Jahrzehnten real stetig gestiegen sind,¹⁷⁷ zweitens, dass professionalisierte Streitkräfte und in besonderem Masse Atomstreitkräfte höhere Ausgaben pro aktiver Soldat tätigen als europäische Wehrpflichtarmeen. Diese können in zwei Gruppen unterteilt werden: Einerseits in eine Gruppe mit einem Wehrpflichtanteil unter 50%, die hohe Ausgaben pro aktiver Soldat hat, andererseits in

¹⁷⁷ Hartley (2000, 13) berechnet z.B. für Grossbritannien einen Anstieg der Ausgaben pro Person von 26% in der Zeitspanne 1990 bis 2000.

eine Gruppe mit Streitkräften, die zur Mehrheit aus Wehrpflichtigen zusammengesetzt sind und im Verhältnis geringere Kosten pro Soldat ausweisen.

Abbildung 7.18: Durchschnittliche Verteidigungsausgaben pro aktiver Soldat in Dollar 1975-2002 (26 europäische und angelsächsische Länder)



Ab 1993 ohne Tschechoslowakei

Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-2002*

Es besteht zwischen den Verteidigungsausgaben und der Militärpartizipationsrate der aktiven Soldaten ein Zusammenhang: Je höher der Militarisierungsgrad einer Gesellschaft ist, desto höher sind auch die Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum GDP ($r^2=0.55$). Dass höher technisierte Streitkräfte zugleich höhere Verteidigungsausgaben generieren, kann nicht bestätigt werden. Es besteht kein statistischer Zusammenhang zwischen den Verteidigungsausgaben und der Heeresrate, auch unter Beizug aller Streitkräfte, d.h. auch der klassischen angelsächsischen Freiwilligenstreitkräfte ($r^2=0.004$).

Wenden wir uns für die Betrachtung der ökonomischen Indikatoren nur den europäischen Streitkräften zu, ist es sinnvoll, für die weitere Analyse zwei Gruppen zu bilden: Solche Länder, die bis 2003 entweder die Wehrpflicht abgeschafft oder die Aussetzung offiziell beschlossen haben,¹⁷⁸ und Staaten, die bis 2003 noch keine definitive Entscheidung zur Aussetzung der Wehrpflicht getroffen haben oder weiterhin an der Wehrpflicht festhalten wollen. Staaten mit einer Freiwilligenstreitkraft oder der baldigen Umstellung darauf weisen tendenziell tiefere Verteidigungsausgaben aus als Staaten mit Wehrpflicht (1993-2002: 2.11% versus 2.81% des GDP; $t=-4.05$, $df=278$, $p<0.001$).

¹⁷⁸ Belgien, Bulgarien, Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn.

Während des Ost-West-Konfliktes scheint die Mitgliedschaft in einer militärischen Allianz die Verteidigungsausgaben zu beeinflussen. Neutrale (westeuropäische) Länder wenden 1975 bis 1989 knapp 1.91% des GDP für Verteidigungszwecke auf, die Anteile in den Nato-Staaten (3.03%) und in den Warschauer Pakt Staaten (2.69%) liegen höher. Zu Beginn der Datenmessung 1975 sind die durchschnittlichen Ausgaben europäischer Nato-Streitkräfte mit Wehrpflichtigen deutlich höher als jene der Warschauer Pakt Staaten (exklusive der ehemaligen Sowjetunion, siehe Tabelle 15 Anhang A). Die Ausgaben gemessen am GDP gleichen sich in den achtziger Jahren an. Ab 1986 wenden die Warschauer Pakt Staaten prozentual mehr finanzielle Mittel auf als die Nato-Staaten. Inwiefern das *Overstretching* der Verteidigungsausgaben in den ehemaligen kommunistischen Staaten den Zusammenbruch des Ostblockes mitbedingt und beschleunigt hat, kann aufgrund der Datenlage als These aufgestellt werden. Indizien dazu gibt es. Statistisch unterscheiden sich neutrale Wehrpflichtarmeen signifikant von den beiden Allianz-Typen. Nato-Länder und ehemalige Warschauer Pakt Staaten hingegen differieren knapp nicht nach einem Mittelwertvergleich ($p=0.056$).

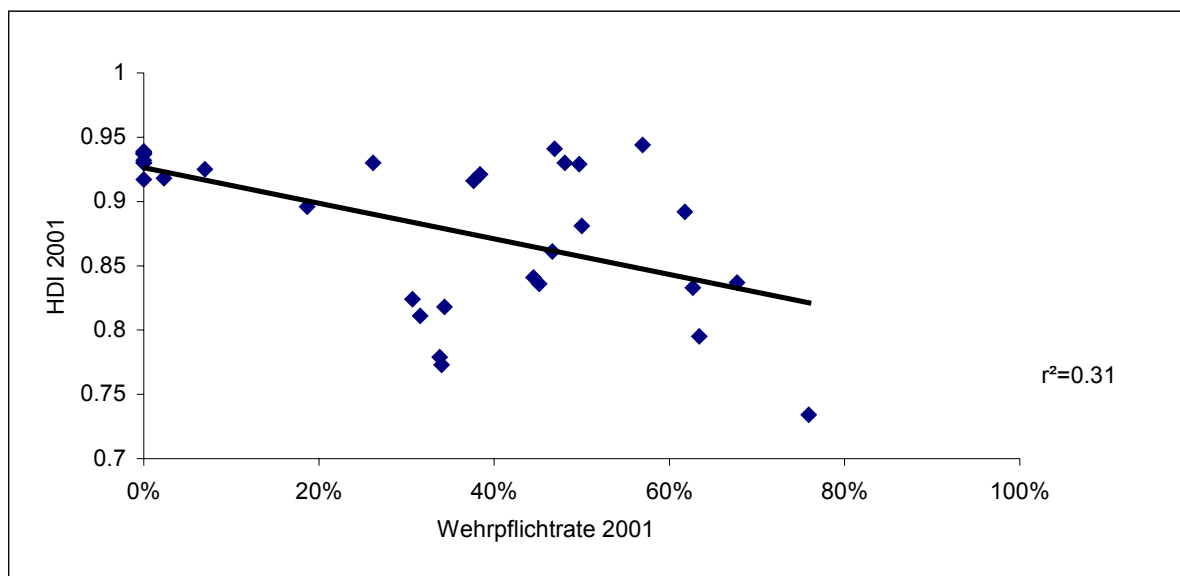
Sowohl europäische Staaten mit Wehrpflichtarmeen wie auch angelsächsische Staaten mit Freiwilligenstreitkräften gaben 2002 im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt noch nie so wenig wie zuvor für die militärische Verteidigung aus. Ebenfalls kann konstatiert werden, dass Freiwilligenstreitkräfte im Vergleich zu Wehrpflichtarmeen einen kleineren Anteil des GDP für die militärische Sicherheit aufwenden. Staaten mit höherer Wehrpflichttrate und einem höheren Militärisierungsgrad der Gesellschaft wenden für die Verteidigung tendenziell mehr finanzielle Mittel auf.

7.5.2 Wehrpflichttrate und Lebensstandard

Zur Darstellung ökonomischer Einflüsse auf die Wehrpflichttrate verwendet Haltiner (1998a) das Bruttoinlandprodukt (GDP) als Indikator für den Lebensstandard eines Landes. Dabei lässt er sich von der Hypothese leiten, dass eher ärmere Länder Wehrpflichtige rekrutieren, reichere Länder hingegen stärker auf Freiwilligenstreitkräfte bauen. Er kann nur einen ganz geringen Effekt nachweisen ($r^2=0.09$), und dies nur, wenn die Schweiz als der Staat mit dem höchsten GDP ausgeschlossen wird (Haltiner 1998a, 26). In der Studie von Werkner (2003) werden die Befunde Haltiners auf leicht abgeänderte Weise repliziert. Werkner verwendet zur Messung des Lebensstandards nicht nur das GDP eines Landes, sondern bedient sich des breiter gefassten Human Development Index (HDI). Dabei gibt der HDI Auskunft über die Lebenserwartung, über den Alphabetisierungsgrad Erwachsener sowie auch über das Bruttoinlandprodukt pro Kopf, also die Kaufkraft. „Damit berücksichtigt der Human Development Index auch soziale Komponenten bei der Beurteilung der Lebensqualität in einem Land“ (Werkner 2003, 38). In diesem Sinne ist der HDI nicht nur ein ökonomischer, sondern vielmehr auch ein kultureller Faktor. In dieser Arbeit, und in Anschluss an Werkner, dient der HDI als ökonomische Kraft, erweitert durch kulturelle Einflüsse. Im Gegensatz zu Haltiner stellt Werkner eine Beziehung zwischen dem Wehrsystem und dem Lebensstandard eines

Landes fest. Für Europa, exklusive der Schweiz, weist sie einen statistisch signifikanten negativen Zusammenhang nach ($r^2=0.32$, $p<0.001$).¹⁷⁹ Auf unsere Länderauswahl repliziert erhalten wir ein ähnliches Resultat wie Werkner (Abbildung 7.19). Wir können die These Haltiners, dass ökonomische Kräfte für das Auslaufen der Massenarmee keine grossen Erklärungswerte haben, differenzieren. Wird das GDP mit kulturellen Faktoren (Alphabetisierungsgrad etc.) in Bezug gesetzt, kann von einem *ökonomisch-kulturellen* Einfluss ausgegangen werden.

Abbildung 7.19: Human Development Index (HDI) und Wehrpflichtrate 2001 (33 Länder ohne Schweiz, Serbien und Ukraine)



Quelle: http://www.undp.org/hdr2003/indicator/indic_8_1_1.html

Obwohl Werkner nur europäische Länder in ihre Analyse einschliesst, somit die wichtige Kontrollgruppe der angelsächsischen Staaten nicht berücksichtigt, komme ich auf sehr ähnliche Resultate ($r^2=0.31$; $p<0.001$).¹⁸⁰ Wird die Abbildung 7.19 genauer analysiert, fällt auf, dass Staaten mit einer Freiwilligenstreitkraft ausschliesslich einen hohen HDI aufweisen, während Staaten mit hoher Wehrpflichtrate (über 60%) einen deutlich tieferen Lebensstandard besitzen.

Es scheint, dass nur Staaten mit einem sehr hohen HDI Freiwilligenstreitkräfte unterhalten, während Wehrpflicht dominierte Streitkräfte (ohne die Schweiz) in Ländern mit einem geringeren HDI zu finden sind. Hingegen kann kein eindeutiges Muster bei Staaten mit einer mittleren Wehrpflichtrate erkannt werden. Die These, dass nur ökonomisch gut gestellte Staaten sich eine Freiwilligenstreitkraft leisten können, kann aufgrund des Datenmaterials knapp verifiziert werden.

¹⁷⁹ Unter Einbezug der Schweiz verringert sich dieser Wert, bleibt aber weiterhin statistisch signifikant ($r^2=0.22$, $p=0.006$) (Werkner 2003, 39).

¹⁸⁰ Wenn die Schweiz als Ausreisser mitberücksichtigt wird, beträgt das $r^2=0.19$, $p=0.009$.

7.5.3 Wehrpflichtrate und Bevölkerungszahl

Die Bevölkerungszahl eines Staates kann als Indikator für die Mobilisierungsstärke der Streitkräfte verwendet werden. Die europäischen Staaten werden unter diesem Merkmal in drei Gruppen eingeteilt:

1. Länder mit weniger als fünf Millionen Einwohnern (Kleinststaaten: Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Norwegen, Slowakei, Slowenien).
2. Länder mit einer Bevölkerungsgrösse zwischen sieben bis elf Millionen Einwohnern (mittelgrosse Staaten: Österreich, Belgien, Bulgarien, Griechenland, Portugal, Schweden, Schweiz, Serbien, Tschechien, Ungarn).
3. Länder mit mehr als 15 Millionen Einwohnern (Grossstaaten: Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Polen, Rumänien, Russland, Spanien, Türkei, Ukraine).

Im Zeitvergleich 1993 bis 2003 sind es vor allem mittelgrosse Staaten, die eine hohe Wehrpflichtrate aufweisen (durchschnittliche Rate: 52%, Tabelle 16 Anhang A). Die zweithöchste Rate haben Kleinststaaten mit 47%. Den tiefsten Anteil an Wehrpflichtigen zeigen Grossstaaten (43%).¹⁸¹ Interessanterweise hatten 1993 alle drei Gruppen die gleich hohe Wehrpflichtrate. Gross- wie auch Kleinststaaten senken seit 1995 kontinuierlich ihre Wehrpflichtrate. Grossstaaten haben innerhalb einer Dekade den Anteil Wehrpflichtiger halbiert. Mittelgrosse Staaten hingegen verbleiben seit 1995 in etwa auf dem gleich hohen Niveau. In dieser Gruppe lässt sich insgesamt kein Absinken der Wehrpflichtrate mehr feststellen.

Mittelgrosse Staaten besitzen neben dem höchsten Anteil an Wehrpflichtigen auch die höchste Militärpartizipationsrate über die Zeit.¹⁸² Von 1993 bis 2003 beträgt bei den mittelgrossen Ländern die MPR 3.84%. Kleinststaaten weisen eine MPR von 3.60% auf, während Grossstaaten die Bevölkerung am wenigsten einbeziehen (2.51%). Tendenziell kann davon ausgegangen werden, dass Nationen mit einer mittelgrossen Bevölkerung am stärksten militarisiert sind. Grossstaaten hingegen scheinen es weniger nötig zu haben, einen wesentlichen Teil der Bevölkerung für militärische Zwecke einzubinden.¹⁸³

Der technologische Standard der Streitkräfte, gemessen an der Heeresrate, scheint mit der Bevölkerungsgrösse in Zusammenhang zu stehen. Die Heeresrate beträgt in Grossstaaten 59%, in mittelgrossen Staaten 67% und in Kleinststaaten 70%. Aufgrund des technologischen Indikators ‚Heeresrate‘ kann angenommen werden, dass Streitkräfte von Grossstaaten den

¹⁸¹ Signifikante Unterschiede bestehen zwischen den Grossstaaten und mittelgrossen Staaten ($p=0.029$).

¹⁸² Mulligan und Shleifer (2004) vergleichen weltweit die Bevölkerungsgrösse der Staaten mit dem Vorhandensein der Wehrpflicht. Sie stellen fest, dass bei Staaten mit einer grösseren Population die Wahrscheinlichkeit grösser sei, dass sie den Mannschaftsbestand der Streitkräfte mittels der Wehrpflicht aufbauen. Sie argumentieren, dass bei bevölkerungsreichen Staaten die anfallenden Fixkosten der Wehrpflicht ökonomisch sinnvoller verteilt werden als bei kleineren Staaten. Konkret sehen sie durch die grössere Anzahl Wehrpflichtiger die Fixkosten der Wehrpflicht besser amortisiert (12). Auf weltweiter Basis finden sie zudem heraus, dass Demokratien keines der beiden Wehrsysteme (Wehrpflicht oder Freiwilligenstreitkraft) bevorzugen. Ihre Analysen beziehen sich ebenfalls auf das Datenmaterial aus *The Military Balance*.

¹⁸³ Zu Zeiten des Kalten Krieges weisen die Kleinststaaten die höchste Militärpartizipationsrate auf (Durchschnitt 7.5% für Dänemark, Finnland und Norwegen). Erst mit dem Beizug der neuen Staaten, vor allem den kleinen baltischen Staaten, senkt sich die MPR. Grossstaaten haben schon zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes eine signifikant tiefere Militarisierung der Gesellschaft.

höchsten Technologielevel aufweisen. Dabei unterscheidet sich die Gruppe der Grossstaaten hoch signifikant von den beiden anderen Gruppen. Eine moderne, auf die Luftwaffe und die Marine ausgerichtete Streitkraft können sich scheinbar (nur) Grossstaaten leisten.

Die Verteidigung eines Landes setzt eine bestimmte Bevölkerungsgrösse voraus. Für einen Kleinstaat lohnt es sich nicht, grosse Verteidigungsausgaben zu tätigen, da grosse Staaten militärisch zahlenmässig wie auch finanziell den kleinen Staaten überlegen sind.¹⁸⁴ Es lohnt sich rational für Kleinstaaten nicht, massive Geldmittel und Ressourcen in die Militärorganisation zu investieren. Hohe Verteidigungsausgaben sind in diesem Falle für Kleinstaaten nicht sinnvoll, da sie im Hinblick auf ihre militärischen Möglichkeiten nicht mit grossen und mittelgrossen Staaten konkurrieren können. Deshalb wird davon ausgegangen, dass Kleinstaaten geringere direkte Verteidigungsausgaben tätigen. Dies kann bestätigt werden. Die tiefsten Verteidigungsausgaben in Bezug auf das GDP haben Kleinstaaten (Durchschnitt: 1993-2002: 2.47%, Grossstaaten: 2.69%, mittelgrosse Länder: 3.30%) Die drei Gruppen unterscheiden sich statistisch allerdings nicht signifikant.

Mittelgrosse Staaten scheinen für den militärischen Bereich am meisten ökonomische und gesellschaftliche Ressourcen aufzuwenden. So verfügen sie im Verhältnis über die meisten Zwangsverpflichteten und die höchste Militärpartizipationsrate. Zugleich geben sie am meisten Geld für die Streitkräfte aus. Auch sind sie eher heerdominiert, mithin auf einen Verteidigungsfall konzipiert. Mittelgrosse Staaten scheinen sich aus eigener Kraft militärisch verteidigen zu können (oder zu wollen), dies aber verglichen mit den beiden anderen Gruppen zu einem relativ hohen gesellschaftlichen Preis. Kleinstaaten hingegen setzen am wenigsten auf die militärische Karte. Sie ziehen weniger Wehrpflichtige ein, haben eine tiefere Militärpartizipation und geben den kleinsten Anteil des GDP für ihre Verteidigung aus.

Die Aussetzung der Wehrpflicht haben vor allem Grossstaaten vorgenommen. Das Rekrutierungspotenzial auf dem Arbeitsmarkt wird in diesen Staaten als genügend gross betrachtet. Kleinstaaten diskutieren intensiv über Nutzen und Kosten der Wehrpflicht. Mittelgrosse Staaten sind entweder in der Frage der Sistierung der Wehrpflicht unschlüssig, oder aber sie haben den Beschluss zur Aussetzung schon vorgenommen. Mittelgrosse Staaten gehören zu derjenigen Gruppe, die in den neunziger Jahren am stärksten an der Wehrpflicht festhält.

7.6 Geostrategische Triebkräfte

Geostrategische Triebkräfte werden als die Hauptursachen des Auslaufens der Wehrpflicht betrachtet (vergleiche Kapitel 3). Das Ende des Kalten Krieges als zeitliche Komponente

¹⁸⁴ Siehe zur allgemeinen Problematik der Kleinstaaten im internationalen System auch bei Handel 1981, Geser 1992 und 1993. Dazu zur Verteidigungsfähigkeit von Kleinstaaten: „Die defensive Verteidigungsfähigkeit kleiner Staaten ist deshalb nicht bloss proportional, sondern überproportional geringer als diejenige grösserer Nationen: denn zum geringen absoluten Umfang ihrer Verteidigungskräfte tritt hinzu, dass diese eine relativ umfangreiche Grenze zu bewachen haben“ (Geser 1993, 48).

wurde in den Abschnitten 7.1-7.5 jeweils mitdiskutiert und als äusserst wichtig eingestuft. In diesem Abschnitt gilt es drei weitere strukturbildende Faktoren des geostrategischen Wandels zu analysieren, d.h. strategische Kräfte (Allianzen, Abschnitte 7.6.1 und 7.6.2), geografische Besonderheiten (Positionierung im europäischen Raum, Abschnitt 7.6.3), sicherheitspolitische Implikationen (friedensunterstützende Einsätze im Ausland, Abschnitt 7.6.4).

7.6.1 *Allianzeffekte*

In diesem Abschnitt werden Zusammenhänge zwischen Allianzen und anderen Indikatoren betrachtet. Allianzen sind so definiert, dass sie entweder eine Mitgliedschaft in der EU, der Nato oder der WEU voraussetzen. Zu den theoretischen Annahmen des Allianzeffektes und den daraus abgeleiteten Thesen wird auf Abschnitt 3.4.3 verwiesen. Kurz zusammengefasst lauten sie wie folgt: Allianzlose Staaten sollten eine höhere Wehrpflichtrate, eine höhere MPR, grössere Verteidigungsausgaben und eine geringere Peace Support Operations-Rate (Anteil aktiver Soldaten in PSO) vorweisen als Staaten mit Allianzzugehörigkeit. Weil verhältnismässig viele Soldaten Dienst leisten, müssten die Ausgaben pro aktiver Soldat in allianzlosen Staaten niedriger sein.

30 europäische Staaten¹⁸⁵ werden aufgrund ihrer Allianzanzahl (Basis 2001) in drei Gruppen eingeteilt. Staaten, die der EU, der WEU und der Nato angehören,¹⁸⁶ Staaten, die in eine Allianz involviert sind¹⁸⁷ und Länder, die ihre Verteidigung autonom angehen.¹⁸⁸ Tabelle 7.9 zeigt den Einfluss der drei Allianzausprägungen auf die verschiedenen oben genannten Indikatoren. Angegeben werden die durchschnittlichen Raten von 2001 bis 2003 jedes Indikators für die einzelnen Gruppen. Mittels einer Varianzanalyse nach einem Scheffé-Test werden mögliche Unterschiede zwischen den drei Gruppen berechnet und das Signifikanzniveau angezeigt.

Die Wehrpflichtrate unterscheidet sich nicht zwischen allianzfreien Staaten und Staaten mit Allianzen. Differenzen bestehen aber zwischen Staaten mit keiner oder einer Allianzverbindung und Staaten mit mehreren Allianzverpflichtungen. Sowohl bei der allgemeinen Wehrpflichtrate wie auch bei der Wehrpflichtrate für Heer und Luftwaffe treten hoch signifikante Unterschiede auf.¹⁸⁹ In Staaten mit drei Allianzen ist die Wehrpflichtrate bedeutend geringer (allgemeine Rate: 16%, Heer: 23%, Luftwaffe: 10%) als in Staaten mit keiner Allianz (allgemeine Rate: 47%, Heer: 52%, Luftwaffe: 43%) oder in Staaten mit einer Allianzverbindung (allgemeine Rate: 49%, Heer: 61%, Luftwaffe: 48%).

¹⁸⁵ Mit Ausnahme Dänemarks (als einziges Land mit zwei Allianzbeziehungen) werden alle in der Untersuchung integrierten Staaten berücksichtigt (siehe Abbildung 3.1).

¹⁸⁶ Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Portugal, Spanien.

¹⁸⁷ Finnland, Irland, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Tschechien, Türkei, Ungarn.

¹⁸⁸ Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Rumänien, Russland, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Ukraine.

¹⁸⁹ Aus methodischen Gründen kann die Marine nicht berücksichtigt werden.

Tabelle 7.9: Einfluss der Allianzzugehörigkeit auf ausgewählte Indikatoren (Mittelwerte M 2001-2003, 30 europäische Länder, Varianzanalyse nach einem Scheffé-Test)

Indikator	0 Allianz	1 Allianz	3 Allianzen
<i>Wehrpflichtrate</i> Scheffé-Test: F=19.40, df=2, p<0.001 0 zu 1: p=0.91; 0 zu 3: p<0.001; 1 zu 3: p<0.001	M= 47% (MD= 24.59) n= 32 Länder	M= 49% (MD= 20.87) n= 27 Länder	M= 16% (MD= 20.38) n= 27 Länder
<i>Wehrpflichtrate Heer</i> Scheffé-Test: F=18.98, df=2, p<0.001 0 zu 1: p=0.386; 0 zu 3: p<0.001; 1 zu 3: p<0.001	M= 52% (MD= 23.71) n= 29 Länder	M= 61% (MD= 11.85) n= 23 Länder	M= 22% (MD= 27.67) n= 21 Länder
<i>Wehrpflichtrate Luftwaffe</i> Scheffé-Test: F=21.27, df=2, p<0.001 0 zu 1: p=0.806; 0 zu 3: p<0.001; 1 zu 3: p<0.001	M= 43% (MD= 32.07) n= 14 Länder	M= 48% (MD= 15.93) n= 20 Länder	M= 10% (MD= 26.40) n= 21 Länder
<i>Militärpartizipationsrate</i> Scheffé-Test: F=4.31, df=2, p=0.017 0 zu 1: p=0.74; 0 zu 3: p=0.091; 1 zu 3: p=0.024	M= 2.52% (MD= 1.53) n= 35 Länder	M= 2.92% (MD= 2.94) n= 25 Länder	M= 1.40% (MD= 1.23) n= 27 Länder
<i>Militärpartizipationsrate 18-32 Jährige</i> Scheffé-Test: F=2.66, df=2, p=0.076 0 zu 1: p=0.123; 0 zu 3: p=0.198; 1 zu 3: p=0.971	M= 8.95% (MD= 13.56) n= 35 Länder	M= 4.30% (MD= 1.28) n= 27 Länder	M= 4.87% (MD= 3.40) n= 27 Länder
<i>Verteidigungsausgaben am GDP</i> Scheffé-Test: F=1.14, df=2, p=0.326 0 zu 1: p=0.333; 0 zu 3: p=0.714; 1 zu 3: p=0.820	M= 2.47% (MD= 1.35) n= 24 Länder	M= 1.90% (MD= 1.26) n= 18 Länder	M= 2.16% (MD= 1.02) n= 18 Länder
<i>Verteidigungsausgaben pro aktiver Soldat (in Dollar)</i> Scheffé-Test: F=28.41, df=2, p<0.001 0 zu 1: p=0.004; 0 zu 3: p<0.001; 1 zu 3: p=0.002	M= 18651 (MD= 14910) n= 24 Länder	M= 55885 (MD= 40185) n= 18 Länder	M= 99310 (MD= 45150) n= 18 Länder
<i>Aktive Soldaten in PSO</i> Scheffé-Test: F=33.22, df=2, p<0.001 0 zu 1: p<0.001; 0 zu 3: p<0.001; 1 zu 3: p=0.589	M= 0.61% (MD= 0.80) n= 35 Länder	M= 2.56 % (MD= 1.60) n= 27 Länder	M= 2.90% (MD= 1.20) n= 27 Länder

Quelle: IISS, *The Military Balance 2001-2003*

Die These, dass Staaten, die ihre Verteidigung autonom organisieren müssen – also keine Allianz eingehen – einen höheren Anteil der Bevölkerung für diesen Zweck zur Verfügung stellen, wird nicht bestätigt. Die Militärpartizipationsrate allianzfreier Staaten (2.52%) und Staaten mit einer Allianzverpflichtung (2.92%) unterscheiden sich nicht signifikant (p=0.74). Auch die MPR der 18 bis 32-Jährigen – die wehrtragende Alterskohorte – differiert zwischen den drei Gruppen nicht. Ein schwach signifikanter Unterschied kann nur bei der allgemeinen MPR zwischen Staaten mit einer Allianz und Staaten mit drei Allianzen festgestellt werden (M=2.92 bzw. M=1.40; p=0.024).

Allianzfreiheit geht nicht mit höheren Verteidigungsausgaben einher. Auch wenn allianzfreie Staaten mit 2.47% des GDP durchschnittlich am meisten Ressourcen, und Staaten mit drei Allianzen durchschnittlich 2.16% des GDP für Verteidigungszwecke aufwenden, sind keine statistische Unterschiede vorhanden. Die geringsten Ausgaben für ihre Streitkräfte wenden Länder in der Gruppe mit einer Allianzverbindung auf (1.90%).

Die drei Gruppen der Allianzzugehörigkeit weisen signifikant unterschiedlich hohe Verteidigungsausgaben pro aktiven Soldat aus. Allianzfreie Staaten tätigen dabei Ausgaben von

18651 Dollar. Es muss berücksichtigt werden, dass in dieser Gruppe osteuropäische Staaten vertreten sind, die infolge einer geringeren Wirtschaftskraft nur bescheidene Verteidigungsausgaben tätigen können. In dieser Gruppe geben Russland und Slowenien überdurchschnittlich viel Geld für die Verteidigung pro aktiven Soldat aus. Staaten mit einer Allianz und Länder mit drei Verpflichtungen lassen sich ihre Verteidigung wesentlich mehr kosten. Alle drei Gruppen unterscheiden sich gemäss einem Scheffé-Mittelwertvergleich signifikant (Tabelle 7.9). Dieser Zusammenhang tritt aber mehr aufgrund des ökonomischen Gefälles zwischen West- und Osteuropa als aufgrund einer möglichen Allianzzugehörigkeit auf. Es scheint allerdings auch der Fall zu sein, dass nur mit genügend hohen Ausgaben pro aktiven Soldat eine *Allianzfähigkeit* erreicht werden kann.

Auch die Beteiligung in Peace Support Operations zeigt kein einheitliches Bild. Für PSO werden von allianzfreien Staaten deutlich weniger Soldaten am Gesamtbestand der Streitkräfte zur Verfügung gestellt. Allianzlose Staaten (0.61%) senden proportional vier bis fünf mal weniger aktive Soldaten in Friedenseinsätze als Staaten mit einer Allianz (2.56%) und Staaten mit drei Allianzen (2.90%). Es scheint aber für den Einsatz von Soldaten in PSO keine Rolle zu spielen, ob eine oder mehrere Allianzverpflichtungen vorhanden sind ($p=0.59$).

Der Einfluss der Allianzzugehörigkeit auf Indikatoren der Wehrorganisation wird als gering betrachtet. Im Hinblick auf die Wehrpflichtfrage bestätigt sich hingegen die Vermutung, dass mit zunehmender Allianzzahl die Wehrpflichtrate sinkt. Dies kann als Indikator dafür gedeutet werden, dass Staaten in Allianzen vermehrt auf professionelle Zusammenarbeit angewiesen sind und dadurch auch die Wehrstruktur ihrer Streitkräfte anpassen müssen. Vermehrte Kooperation mit anderen Streitkräften scheint zu einer Reduktion der Wehrpflichtigen zu führen. Noch in zwei weiteren Bereichen kann ein Zusammenhang festgestellt werden: Einerseits ist die Zugehörigkeit zu Allianzen mit höheren Kosten pro aktiven Soldat verknüpft, und andererseits setzen allianzfreie Staaten signifikant weniger Soldaten für PSO ein. Diese beiden Merkmale werden aber zugleich stark beeinflusst durch das wirtschaftliche Gefälle zwischen West- und Osteuropa, wobei vor allem osteuropäische Staaten allianzfrei (Stand 2001) und westeuropäische Streitkräfte stärker in Allianzen eingebunden sind.

7.6.2 Spezielle Allianzsituationen: Nato und Warschauer Pakt

Die Nato stellt das in Europa dominierende Sicherheitsbündnis dar. Diese Allianz, die sich sicherheits- und verteidigungspolitisch definiert, ist für die Organisation der Streitkräfte bestimmend. Obwohl in Abschnitt 7.6.1 *nur ein sehr schwacher allgemeiner Allianzeffekt* nachgewiesen werden konnte, wird die Vermutung geäußert, dass die *Nato-Mitgliedschaft* entscheidenden Einfluss auf die Wehrpflichtrate wie auch auf die Militärpartizipationsrate ausübt. Die Nato erscheint qualitativ als die wichtigste Allianzverbindung. Als weitere Differenzierung wird die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt berücksichtigt. Dabei steht die These im Vordergrund, dass einerseits im westeuropäischen Kontext die Mitgliedschaft in der Nato

strukturbeeinflussend war und ist, andererseits früher die Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt ähnliche Organisationsstrukturen implizieren konnte (vergleiche Abschnitt 3.4.3).¹⁹⁰

Ausgehend von dieser These, dass sich ein qualitativer Allianzeffekt auf die Wehrpflichttrate wie auch auf die Militarisierung eines Staates auswirkt, sollten Staaten mit Nato- oder Warschauer Pakt-Mitgliedschaft von 1975 bis 1989 im Vergleich zu allianzlosen Staaten

- a) eine tiefere Wehrpflichttrate und
- b) eine geringere Militärpartizipationsrate aufweisen.¹⁹¹

Zugleich, falls ein qualitativer Bündniseffekt bestätigt werden kann, sollten sich die Durchschnittswerte beider europäischer Militärbündnisse nicht unterscheiden, d.h. die Mitgliedschaft in einem *Militärbündnis* beeinflusst die Wehrstruktur auf ähnliche Art und Weise.

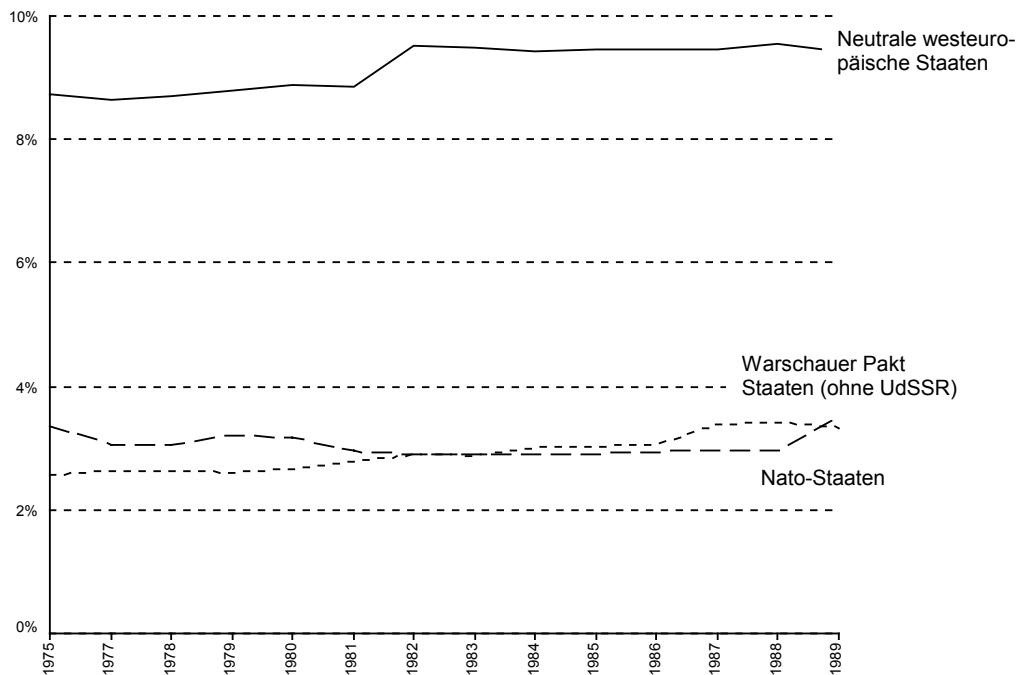
Der Nato- oder Warschauer Pakt-Effekt zeigt seine Hauptwirkung sowohl in der Wehrpflichttrate wie auch in der MPR. Von 1975 bis 1989 bleibt die Wehrpflichttrate bei den neutralen Staaten weitgehend konstant (durchschnittlich 76%, Tabelle 18 Anhang A). Ebenfalls stabil zeigt sich die durchschnittliche Wehrpflichttrate der Nato-Mitglieder (56%) wie auch der Mitgliedsländer des Warschauer Paktes (60%). Die Wehrpflichtraten der beiden Militärbündnisse unterscheiden sich bezüglich der Personalbeschaffung nur unwesentlich. Hingegen differieren die Mittelwerte der Wehrpflichtraten der beiden Bündnisse hoch signifikant von der Wehrpflichttrate neutraler Staaten. Militärbündnisse scheinen einen Einfluss auf die Wehrstruktur von Streitkräften auszuüben. Die Notwendigkeit, einen Grossteil der Wehrpflichtigen einzuberufen, ist weniger gegeben.

Abbildung 7.20 zeigt, dass die Militärpartizipationsraten im Zeitraum 1975 bis 1989 in Nato-Staaten und in Warschauer Pakt Staaten wesentlich tiefer liegen als in den neutralen westeuropäischen Staaten.

¹⁹⁰ In der Untersuchung sind berücksichtigt: Warschauer Pakt Staaten: Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn; Nato-Staaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Norwegen, Spanien, Portugal, Türkei; neutrale westeuropäische Staaten: Finnland, Österreich, Schweden, Schweiz.

¹⁹¹ Die Jahresdurchschnittswerte sind in Tabellen 17 und 18 Anhang A ersichtlich.

Abbildung 7.20: Durchschnittliche Militärpartizipationsrate Warschauer Pakt Staaten, Nato-Staaten, neutrale westeuropäische Staaten 1975-1989 (20 europäische Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-1989*

Nato-Staaten weisen eine durchschnittliche MPR von 2.93% aus, Warschauer Pakt Staaten eine nur minimal höhere Rate (3.06%). Statistisch signifikante Unterschiede bestehen nicht. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung in beiden Bündnissen ähnlich stark ins Militärische miteinbezogen wurde. Die neutralen westeuropäischen Staaten weisen zwischen 1975 und 1989 eine durchschnittliche MPR von 9.17% aus. Dies bedeutet, dass Länder, die zu dieser Zeit nicht Mitglied der Nato oder des Warschauer Paktes sind, für die Verteidigung ihres Staates einen stärkeren Rückgriff auf die Bevölkerung vornehmen. Es werden mehr Personen direkt in die Landesverteidigung miteinbezogen. Neutrale Staaten unterscheiden sich bei der MPR hoch signifikant, sowohl gegenüber der Gruppe der Nato-Staaten wie auch gegenüber der Warschauer Pakt Staaten.

Der Bündniseffekt scheint sich sowohl in der Militärpartizipationsrate als auch in der Wehrpflichtrate niederzuschlagen und eine dominierende Rolle zu spielen. Wird die Entwicklung in die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts weiter verfolgt, kommen Nato beitrittswillige osteuropäische Staaten hinzu.¹⁹² Im Vergleich zu anderen Wehrpflichtarmeen lässt sich feststellen, dass Nato-Anwärter der neunziger Jahre ähnliche Militärstrukturen aufweisen wie Nato-Mitglieder. Dies ist sowohl in der Rekrutierungsart wie auch in der Militarisierung der Gesellschaft ersichtlich (Tabelle 7.10). Sie scheinen ihre Streitkräftestruktur an der zukünft-

¹⁹² Dies sind für unsere Analyse Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien. Für die Berechnung werden Ungarn, Polen und Tschechien schon zu den Nato-Länder gezählt, obwohl ihr Beitritt zum Bündnis erst 1999 erfolgte. Staaten, die nicht zu den Nato-Anwärtern gezählt werden, sind Finnland, Österreich, Schweden und die Schweiz, neu Kroatien, Russland, Serbien und die Ukraine.

gen Nato-Partnerschaft auszurichten. Nato orientierte Staaten differieren hoch signifikant von den anderen, neutralen Staaten.

Tabelle 7.10: durchschnittliche Militärpartizipations- und Wehrpflichtrate von Nato-Ländern 1999, Nato-Anwärtern 2003 und anderen europäischen Wehrpflichtländern (1993-2003)

		Anzahl Länder	Durchschnittliche Rate
andere Wehrpflichtländer	Militärpartizipationsrate	8	6.25%
Nato-Anwärter 2003	Militärpartizipationsrate	7	2.08%
Nato Stand 1999	Militärpartizipationsrate	14	2.11%
Total	Militärpartizipationsrate	29	3.29%
andere Wehrpflichtländer	Wehrpflichtrate	7 (ohne Ukraine)	58%
Nato-Anwärter 2003	Wehrpflichtrate	7	47%
Nato Stand 1999	Wehrpflichtrate	14	43%
Total	Wehrpflichtrate	28	47%

Quelle: IISS, *The Military Balance 1993-2003*

Neben der sicherheitspolitischen Allianz Nato, die sich seit den neunziger Jahren als die dominierende sicherheitsstiftende Organisation im europäischen Raum auszeichnet, übt auch die politische Allianz der EU einen Einfluss auf die Wehrpflichtrate aus. Im Zeitraum 1993 bis 2003 weisen EU-Länder im Durchschnitt eine geringere Wehrpflichtrate auf, als dies in anderen europäischen Staaten der Fall ist (39% bzw. 55%).¹⁹³ Der Militarisierungsgrad der Gesellschaften variiert nicht zwischen EU-Ländern (3.01%) und Nicht-EU-Ländern (3.50%).

Quantitative Allianzeffekte, wie sie Haltiner (2003a) postuliert, können in dieser Art nicht bestätigt werden. Nicht die Anzahl Allianzen ist für die Struktur der Militärorganisation und für die Einbindung der Bevölkerung in sicherheitspolitische Aspekte ausschlaggebend, vielmehr beeinflusst die Qualität der Allianz die Wehrstruktur und die Militarisierung. Die Nato wird als Hauptursache von Strukturdifferenzen betrachtet. Aber auch die Mitgliedschaft in der EU (und früher im Warschauer Pakt) kann entscheidend sein. Nicht die Nato-Staaten und die Warschauer Pakt Staaten haben die höchste Involvierung der Bevölkerung in militärische Bereiche, sondern neutrale, bündnisfreie Staaten. Diese integrieren einen grösseren Teil der Bevölkerung in die Streitkräfte, damit sie die Möglichkeit einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten können.

7.6.3 Geostrategische Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa

Geostrategische Aspekte lassen sich auch im geografischen Raum festmachen (siehe Abschnitt 3.4.3). Zwischen 1975 und 1989 scheinen sich westeuropäische Staaten (Deutschland, Finnland, Griechenland, Norwegen, Österreich, Türkei) mit direktem Grenzverlauf zum ehe-

¹⁹³ In diesem Beispiel werden auch Belgien und die Niederlande auf der Seite der EU-Länder mitgerechnet. Es kann eingewendet werden, dass diese beiden Staaten zum Messzeitpunkt keine Wehrpflichtarmeen mehr sind. Bei Ausschliessung der Niederlanden und Belgien klettert zwar die Wehrpflichtrate der EU-Länder auf 44%, doch es bleibt weiterhin ein deutlicher Unterschied bestehen.

maligen Einflussgebiet des Warschauer Paktes durch die vermutete östliche Bedrohung eher auf grosse Massenarmeen zu verlassen als Staaten, die keine direkten Grenzen zum Warschauer Pakt aufweisen. Dies zeigt sich jeweils in einer höheren Wehrpflichtrate, Militärpartizipationsrate und Heeresrate (Tabelle 7.11).

Tabelle 7.11: Wehrpflichtrate, Militärpartizipationsrate und Heeresrate im Vergleich: westeuropäische Staaten, die an Warschauer Pakt Staaten grenzen und andere westeuropäische Staaten (15 Staaten 1975-1989)

		Anzahl Länder	Durchschnittliche Rate
Wehrpflichtrate	Keine Grenzländer	9	59%
	Grenzländer	6	66%
Militärpartizipationsrate	Keine Grenzländer	9	3.56%
	Grenzländer	6	5.74%
Heeresrate	Keine Grenzländer	9	71%
	Grenzländer	6	76%

Quelle: IISS, *The Military Balance 1975-1989*

Über die Zeit ist die Wehrpflichtrate der Grenzländer signifikant höher (66%) als in anderen westeuropäischen Staaten (59%). Ebenfalls unterscheidet sich die MPR der Grenzländer Westeuropas (5.74%) von den anderen westeuropäischen Staaten deutlich (3.56%). Auch zeigen sich die Grenzländer in stärkerem Masse heerdominiert (76% zu 71%).

Im Vergleich zwischen West- und Osteuropa kann konstatiert werden, dass

- die durchschnittliche Wehrpflichtrate 1975 bis 2003 praktisch gleich hoch ist (Westeuropa: 56%, Osteuropa: 53%).¹⁹⁴
- osteuropäische Staaten eine höhere Militarisierung der Gesellschaft zeigen als westeuropäische Staaten mit Wehrpflicht, aber dies nur zur Zeit des Kalten Krieges.

Während in Europa zwei sich konkurrenzierende politische Systeme existieren, differiert auch der Grad der Militarisierung der jeweiligen Gesellschaften signifikant. Nach dem Kalten Krieg integrieren beide bis anhin feindlich gesinnten Blöcke im Verhältnis zur Bevölkerung gleich viele aktive Soldaten in die Streitkräfte. Es scheint, dass in osteuropäischen Ländern die Wehrpflicht früher umfassender angewendet wurde, müssen doch zwischen 1985 bis 1989 prozentual mehr junge Männer im Alter von 18 bis 32 Jahren in die Streitkräfte einrücken als in Westeuropa. Im Durchschnitt leisten in Westeuropa (ohne die Schweiz) in dieser Zeitspanne 8.12% aller 18 bis 32-jährigen Männer aktiv Militärdienst, in Osteuropa sind es 11.31% ($t=-3.78$, $df=93$, $p<0.001$).

Streitkräfte westeuropäischer Staaten, die einen direkten Grenzverlauf zu Warschauer Pakt Staaten haben, zeigen im Zeitverlauf 1975 bis 1989 stärkere Ausprägungen einer Massenarmee. Es kann vermutet werden, dass die geografische Nähe zum östlichen Militärbündnis als bedrohlich aufgefasst und dementsprechend eine auf Verteidigung ausgerichtete Streitkraft bevorzugt wird. Ost- und westeuropäische Streitkräfte differieren, zumindest nach dem

¹⁹⁴ Die Werte der einzelnen Jahre sind in Tabelle 19 Anhang A wiedergegeben.

Ende des Kalten Krieges, in Bezug auf die Wehrpflichtrate und die Militärpartizipationsrate nicht.

7.6.4 Friedensunterstützende Einsätze im Ausland (PSO)

Ein Anstieg der in PSO beteiligten Soldaten lässt sich in den europäischen Wehrpflichtarmeen im Zeitraum 1993 bis 2003 konstatieren. Während zu Beginn der neunziger Jahre knapp 1% aller aktiven europäischen Soldaten in friedensunterstützenden Einsätzen involviert sind, wächst der Anteil im Verlaufe des letzten Jahrzehntes deutlich an (Tabelle 7.12).¹⁹⁵ 2003 werden fast 2% aller Soldaten europäischer Streitkräfte für PSO eingesetzt.

Tabelle 7.12: durchschnittlicher Anteil aktiver Soldaten in PSO am Gesamtbestand der europäischen Streitkräfte 1993-2003 in Prozent (27 Länder)

1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
0.99	1.07	1.05	1.28	1.21	0.94	1.37	1.99	2.02	2.08	1.80

Quelle: IISS, The Military Balance 1993-2003

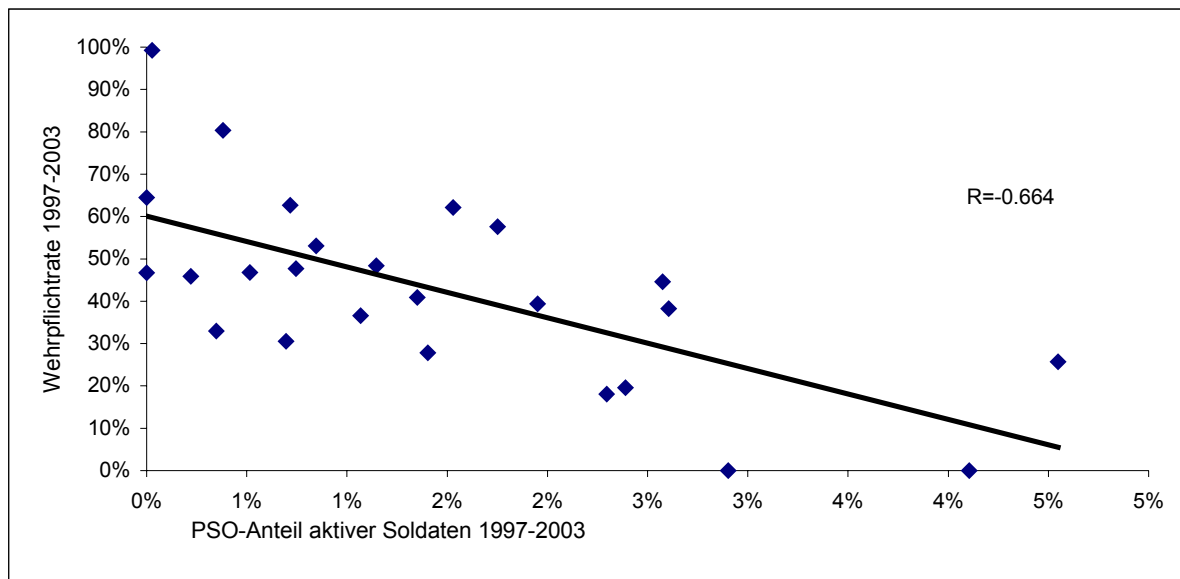
Der stärkste Anstieg findet zwischen 1998 und 2001 statt. Dies ist plausibel, reduzieren in dieser Zeit viele Streitkräfte ihren Personalbestand, schicken aber mehr Soldaten in PSO, z.B. wegen des Kosovo-Konfliktes ab 1999.

Peace Support Operations scheinen eine massgebliche Triebkraft bei der Aussetzung der Wehrpflicht zu sein (siehe Abschnitt 3.4.2), denn zwischen der Wehrpflichtrate und der PSO-Rate besteht ein starker negativer Zusammenhang (Abbildung 7.21).¹⁹⁶ Staaten mit hoher Wehrpflichtrate schicken einen geringeren prozentualen Anteil an Soldaten in PSO. Es scheint, dass das Aufgabenfeld der Streitkräfte die Wehrpflichtrate beeinflusst. Dies kann mit dem für PSO erforderlichen höheren Professionalisierungsgrad zusammenhängen. Ein weiterer, aber hier nicht untersuchter Grund kann sein, dass infolge juristischer Hindernisse bei der Verwendung von Wehrpflichtigen in PSO der Anteil Soldaten von Wehrpflicht dominierten Streitkräften kleiner ist.

¹⁹⁵ Serbien und Kroatien sind ausgeschlossen, weil beide Länder in jener Zeit selbst in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt und deshalb mit ein Grund für PSO sind. Weiter werden die Daten von Irland und Grossbritannien nicht verwendet.

¹⁹⁶ In Abbildung 7.21 sind zusätzlich Norwegen und Finnland nicht berücksichtigt. Die beiden Länder erklären als Ausreisser mehr als 20% der Varianz. Mit Norwegen und Finnland erhalten wir $r=-.45$, ohne diese beiden Staaten $r=-.66$. Ein Grund liegt darin, dass Norwegen und Finnland traditionellerweise stark in UNO-Missionen involviert sind.

Abbildung 7.21: Durchschnittliche Wehrpflichtrate und PSO-Anteil aktiver Soldaten europäischer Streitkräfte 1997-2003 (26 Länder)



Quelle: IISS, *The Military Balance 1997-2003*

Zusammenfassend lassen sich aus den geostrategischen Indikatoren und den dahinterliegenden Triebkräften drei Gruppen herauskristallisieren:

- Zur ersten Gruppe gehören Streitkräfte mit einem kleinen Anteil Wehrpflichtiger, einer geringen Militärpartizipationsrate und einer hohen Technizität (kleine Heeresrate). Sie sind in mehrere Allianzen eingebunden und zeigen eine stärkere Beteiligung in PSO.
- Die zweite Gruppe weist von allen Ausprägungen eine mittlere Betroffenheit aus, d.h. eine mittlere Wehrpflichtrate, eine mittlere Beteiligung in PSO, die Einbindung in nur eine Allianz und eine durchschnittliche Militarisierung der Gesellschaft.
- Die dritte Gruppe zeichnet sich durch eine hohe Wehrpflicht- und Militärpartizipationsrate und durch eine grosse Teilstreitkraft Heer aus. Gleichzeitig sind diese Länder allianzlos und beteiligen sich nur schwach in PSO. Geringe Beteiligung in PSO geht also einher mit einer hohen Militärpartizipationsrate, einer sehr hohen Wehrpflichtrate und einer Dominanz der Teilstreitkraft Heer.

7.7 Zusammenfassende Darstellung der Wehrpflichtrate

Abschliessend wird die Beziehung der vier in der Theorie genannten Triebkräfte auf die Wehrpflichtrate in einem Gesamtmodell dargestellt. Es zeigt auf, welchen Einfluss die gesellschaftlichen, ökonomischen, technologischen und geostrategischen Kräfte auf den Wandel der europäischen Wehrpflichtarmeen und die Wehrpflichtrate ausüben.

Hierbei wird für die grafische Darstellung eine Korrespondenzanalyse verwendet.¹⁹⁷ In die Korrespondenzanalyse werden alle europäischen Staaten mit Wehrpflicht einbezogen (insgesamt 28 gültige Länder). Der Zeitraum 1993 bis 2003 mit insgesamt 308 untersuchten Fällen wird analysiert (pro Jahr und Land= ein Fall). Betrachtet werden auch Staaten, welche die Wehrpflicht in den neunziger Jahren ausgesetzt haben, z.B. Belgien und die Niederlande.

Geostrategische Triebkräfte können exemplarisch mit der Allianzmitgliedschaft und der Beteiligung in friedensunterstützenden Einsätzen gemessen werden. Mit der Bevölkerungsgrösse wird ein Indikator für die ökonomischen Triebkräfte verwendet: Eher grössere Staaten scheinen die Fähigkeit zu haben, eine Freiwilligenstreitkraft zu bilden, da auf dem Arbeitsmarkt mehr junge Männer und Frauen zur Verfügung stehen. Klassisch werden zudem die Verteidigungsausgaben am GDP beigezogen. Mit der Heeresrate wird eine Begleiterscheinung technologischer Kräfte eingeführt. Ebenfalls wird die Auffassung vertreten, dass die Verteidigungsausgaben pro aktiver Soldat einen Indikator der Technisierung darstellen können. Die Militärpartizipationsrate (MPR) und die Frauenrate gelten als Folgewirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf das Wehrsystem in den jeweiligen Staaten. Die Ausprägungen dieser acht erklärenden Variablen werden jeweils in drei Kategorien (tief, mittel, hoch) eingeteilt. Die Wehrpflichtrate kann analog der Typologie in Abschnitt 7.3 durch vier Wehrpflichttypen dargestellt werden und wird als neunte Variable ins Modell integriert.

Die Dimension 1 des Modells hat einen Eigenwert von 0.405, die Dimension 2 einen solchen von 0.235 (Tabelle 7.13).

Tabelle 7.13 Variablen der Korrespondenzanalyse mit Dimensionswerten

	Dimension	
	1	2
Frauenrate	.280	.197
Bevölkerungsgrösse	.240	.186
Heeresrate	.483	.203
Ausgaben pro aktiver Soldat	.521	.104
PSO aktive Soldaten	.569	.181
Allianzen	.696	.649
Verteidigungsausgaben	.124	.094
Militärpartizipationsrate	.330	.202
Wehrpflichtrate nach Typenbildung	.404	.296

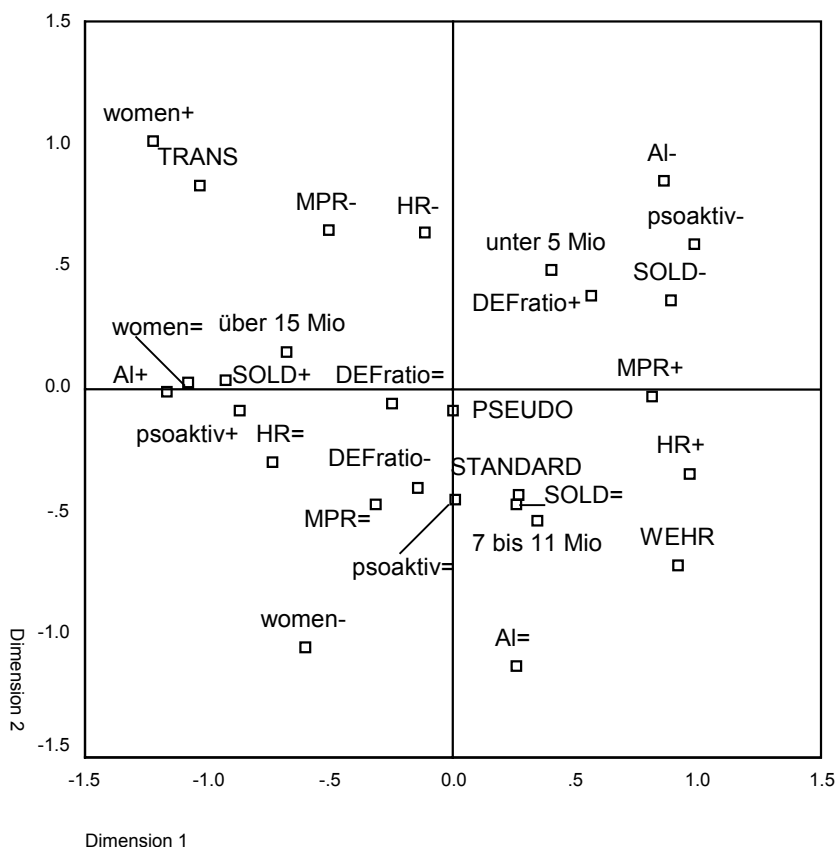
Mit diesen zwei Dimensionen werden 64% der Varianz erklärt. Die Dimension 1 weist den grösseren Erklärungswert auf. Dominierend gestalten sich dabei die geostrategischen Kräfte (Allianzen, PSO aktive Soldaten), wobei die Zugehörigkeit zu Allianzen einen höheren Erklärungswert aufweist als die Beteiligung in friedensunterstützenden Massnahmen.

Als zweitwichtigste Triebkraft für die Aussetzung oder für die Verminderung der Wehrpflicht zeigt sich die Technizität der Streitkräfte verantwortlich (Ausgaben pro Soldat und Heeresrate). Auch hier erklärt die Dimension 1 am meisten. Gesellschaftliche Aspekte, hier anhand

¹⁹⁷ Siehe zur Korrespondenzanalyse in Anhang C.

der Militärpartizipationsrate und der Frauenrate gemessen, sind zwar wichtig, erklären aber weniger. Dies erstaunt insofern wenig, weil die MPR und die Frauenrate Folgen und nicht Ursachen des Streitkräftewandels darstellen. Ökonomische Aspekte scheinen geringen Einfluss im Modell zu haben.¹⁹⁸ Vor allem die Höhe der Verteidigungsausgaben als Folgewirkung ökonomischer Triebkräfte erklärt nur einen kleinen Anteil der Varianz.

Abbildung 7.22: Korrespondenzanalyse für die Wehrpflichtrate basierend auf acht Variablen für die gesellschaftlichen, technologischen, ökonomischen und geostrategischen Triebkräfte



Legende: TRANS= Wehrpflichtrate gemäss Typ I, PSEUDO= Wehrpflichtrate gemäss Typ II, STANDARD= Wehrpflichtrate gemäss Typ III, WEHR= Wehrpflichtrate gemäss Typ IV; women+= hohe Frauenrate, women== mittlere Frauenrate, women-= kleine Frauenrate, MPR+= hohe Militärpartizipationsrate, MPR== mittlere Militärpartizipationsrate, MPR-= tiefe Militärpartizipationsrate, HR+= hohe Heeresrate, HR== mittlere Heeresrate, HR-= tiefe Heeresrate, Al+= drei Allianzen, Al== eine Allianz, Al= keine Allianz, über 15 Mio= Grossstaaten, 7 bis 11 Mio= mittelgrosse Staaten, unter 5 Mio= Kleinstaaten, DEFratio+= hohe Verteidigungsausgaben, DEFratio== mittlere Verteidigungsausgaben, DEFratio-= tiefe Verteidigungsausgaben, psoaktiv+= hohe Beteiligung an PSO, psoaktiv== mittlere Beteiligung an PSO, psoaktiv-= tiefe oder keine Beteiligung an PSO, SOLD+= hohe Ausgaben pro Soldat, SOLD== mittlere Ausgaben pro Soldat, SOLD-= tiefe Ausgaben pro Soldat

¹⁹⁸ Der Human Development Index (HDI) (siehe Abschnitt 7.5.2) kann nicht in die Analyse miteinbezogen werden. In der ökonomischen Einzelbetrachtung kann dennoch mittels des Lebensstandards ein Einfluss auf die Wehrpflichtrate gemessen werden. Da sich der HDI aber nicht nur alleine an ökonomischen Parametern orientiert, scheint es zulässig zu sein, in der Korrespondenzanalyse diese Variable auszuschliessen, da es darum geht, die direkten ökonomischen Einflüsse zu messen.

In Abbildung 7.22 lassen sich vier Quadranten erkennen. Im unteren rechten Quadranten befinden sich Wehrpflicht dominierte Streitkräfte (WEHR) und klassische Wehrpflichtstandardstreitkräfte (STANDARD). Sie weisen eine hohe Militärpartizipationsrate aus und die Streitkräfte sind heerdominiert. Zugleich haben sie mittlere Verteidigungsausgaben pro Soldat und weisen eine mittlere Allianzgebundenheit auf. Ebenfalls beteiligen sie sich in einem durchschnittlichen Masse in friedensunterstützenden Einsätzen. Vor allem mittelgrosse Staaten gruppieren sich in diesem Quadranten. Im linken unteren Quadranten kann kein klares Muster erkannt werden. Auffallend ist aber die tiefe Frauenrate, die mit einer mittleren Militärpartizipationsrate einhergeht. Im Quadranten rechts oben können Streitkräfte beschrieben werden, die in keiner Allianz integriert sind, sich wenig in PSO beteiligen, geringe Ausgaben pro Soldat haben, somit eine eher tiefe Technizität aufweisen aber zugleich gemessen am GDP hohe Verteidigungsausgaben tätigen. Vor allem Kleinstaaten weisen diese Merkmale auf. Im letzten Quadranten oben links bündelt sich eine Gruppe, welche scheinbar eine von der Zivilgesellschaft am autonomsten geführte Militärorganisation besitzt. Die Wehrpflicht ist sehr tief (Transformationsstreitkräfte, TRANS) oder die Wehrpflicht ist im Verlaufe der neunziger Jahre ausgesetzt worden. Die Streitkräfte verfügen über einen hohen technischen Standard. Die Beteiligung der Gesellschaft in der Organisation Militär ist gering. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung ist direkt mit dem staatlichen Organ der äusseren Sicherheit verbunden. Dafür ist die Frauenrate hoch. Eher bevölkerungsreichere Staaten lassen sich diesem Quadranten zuordnen.

Das in den siebziger Jahren postulierte allmähliche Aussterben der Massenarmeen und das Ende der Wehrpflicht in Europa können nicht nur auf gesellschaftliche, technologische und ökonomische Kräfte zurückgeführt werden. Vielmehr wird die These vertreten, dass ohne das Ende des Kalten Krieges die Aussetzung der Wehrpflicht in Europa nicht oder zumindest nicht in diesem schnellen Masse stattgefunden hätte, d.h., dass vor allem die neue sicherheitspolitische Lage das Wehrsystem europäischer Streitkräfte beeinflusst. Dass seit den neunziger Jahren Staaten die Wehrpflicht aussetzen und andere daran festhalten, kann unter anderem auf die Allianzzugehörigkeit, auf Einsätze im Ausland, auf die Militarisierung der Gesellschaft und auf die Integration von Frauen in die Streitkräfte zurückgeführt werden. Zugleich scheint auch die absolute Bevölkerungszahl massgebend zu sein.

Empirischer Teil 2

8 Resultate der Expertenerhebung Europe's Mass Armies in Transformation

*The change of the security environment after the end of the Cold War required a structural change of the armed forces.
(Experte aus Deutschland)*

In Europa existieren zu Beginn des Jahrtausends verschiedene Wehrsysteme (Tabelle 8.1). Zu Beginn 2005 verlassen sich 11 von 31 Staaten auf Freiwilligenkräfte. 3 weitere Staaten befinden sich in einer Umstrukturierungsphase der Streitkräfte und werden auf 2007 nur noch Freiwillige anwerben. 17 Staaten stützen sich auf die Wehrpflicht als Personalgewinnungsart. Bei Wehrpflichtarmeen bestehen unterschiedlich lange Pflichtzeiten für Wehrpflichtige auf drei Ebenen:

1. Zwischen den Staaten: Z.B. leisten in der Ukraine Marinesoldaten zwei Jahre Dienst, in Dänemark werden einige Rekruten nur vier Monate lang eingezogen.
2. Innerhalb eines Staates nach Grad und Funktion: In einigen Staaten variiert die Wehrpflichtdauer nach der Funktion, so dienen z.B. in Finnland normale Soldaten sechs, Spezialisten zwölf Monate.
3. Zwischen den drei Teilstreitkräften: In Griechenland werden z.B. zum Zeitpunkt der Expertenerhebung im Jahr 2001 Soldaten des Heeres zu 12 Monaten, der Luftwaffe zu 14 Monaten und der Marine zu 16 Monaten aufgeboten.

Eine oberste Alterslimite für Dienstpflichtige scheint sich europaweit um die 55 Jahre etabliert zu haben (Tabelle 8.1). Dabei muss beachtet werden, dass sich die Angaben sowohl auf aktive Soldaten (Ukraine, Kroatien) wie auch auf Reserveeinheiten und die mobilisierungsfähige Bevölkerung beziehen (z.B. die baltischen Staaten mit einer Alterslimite von 55 Jahren).

Tabelle 8.1: Rekrutierungsart in Europa (31 Länder)

(Basis: Daten aus der Expertenerhebung 2001, ergänzt durch neuere Entwicklungen bis anfangs 2005)

Land	Rekrutierungsart	Alterslimite bei Wehrpflichtarmee
Belgien	Freiwilligenstreitkraft seit 1992 (auch andere EU-Bürger können Dienst leisten seit 2004)	
Bulgarien	Wehrpflicht: 9 Monate (Freiwilligenstreitkraft ab 2007)	30
Dänemark	Wehrpflicht: 4-12 Monate, meistens 9 Monate; selektiv mit Losverfahren	30
Deutschland	Wehrpflicht: 9 Monate	25, 28-32
Estland	Wehrpflicht: 8 Monate	41-55
Finnland	Wehrpflicht mit Milizkomponenten: 6-12 Monate, durchschnittlich 8 Monate	30
Frankreich	Freiwilligenstreitkraft seit 2001	
Griechenland	Wehrpflicht: 12 bis 16 Monate	50
Grossbritannien	Freiwilligenstreitkraft seit 1962	29
Irland	Traditionell Freiwilligenstreitkraft	
Italien	Wehrpflicht: 10 Monate; ausgesetzt 2005	41-55
Kroatien	Wehrpflicht: 6 Monate	27, 30
Lettland	Wehrpflicht: 12 Monate	41-55
Litauen	Wehrpflicht: 12 Monate	41-55
Niederlande	Freiwilligenstreitkraft seit 1996	29
Norwegen	Wehrpflicht: 6-12 Monate, gewöhnlich 12 Monate	44
Österreich	Wehrpflicht mit Milizkomponente: 7 Monate plus 1 Monat	35
Polen	Wehrpflicht: 12 Monate	41-55
Portugal	Wehrpflicht: 4-12 Monate, ausgesetzt 2003	35
Rumänien	Wehrpflicht: 8-12 Monate (Freiwilligenstreitkraft ab 2007)	35
Russland	Wehrpflicht: 18-24 Monate, ab 2008: 12 Monate	27
Schweden	Wehrpflicht mit Milizkomponenten: 7-15 Monate, im Durchschnitt nicht mehr als 12 Monate	47
Schweiz	Wehrpflicht (Milizsystem): 9-10 Monate	32-42
Serbien	Wehrpflicht: 12-15 Monate	41-55
Slowakei	Wehrpflicht: 9 Monate (Freiwilligenstreitkraft ab 2007)	30
Slowenien	Wehrpflicht: 7 Monate, ausgesetzt 2003	27, 30
Spanien	Freiwilligenstreitkraft seit 2001	34-40
Tschechien	Wehrpflicht: 12 Monate (Freiwilligenstreitkraft ab 2005)	28
Türkei	Wehrpflicht: 18 Monate	46
Ukraine	Wehrpflicht: 18 Monate / Marine 24 Monate	26
Ungarn	Wehrpflicht: 9 Monate (Freiwilligenstreitkraft ab 2004)	41-55

In den meisten Staaten (20 von 27) ist oder war die Wehrpflicht in der Verfassung verankert (siehe dazu auch Tabelle 8.21). In sieben Ländern wird diese auf Gesetzesebene geregelt. Um eine Aussetzung der Wehrpflicht erwirken zu können, sind verschiedene Verfahrenswege möglich. Wenn die Wehrpflicht in der Verfassung festgeschrieben ist, braucht es für eine Änderung die Mehrheit des Parlaments oder eine Volksabstimmung.¹⁹⁹ Dabei muss in der

¹⁹⁹ An dieser Stelle sei auf die Dissertation von Klümper (2002) verwiesen, der die Wehrpflicht in Deutschland aus verfassungsrechtlicher Sicht betrachtet. Durch die Wehrpflicht, wie sie das Grundgesetz in Art. 12a Abs. 1 vorsieht, wird nach Klümper in unterschiedliche Grundrechte der Wehrpflichtigen eingegriffen (39-43). Er sieht die Grundrechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Freiheit der Person, Schutz von Ehe und Familie und auf Berufsfreiheit verletzt. Klümper kommt für Deutschland zum Schluss, „dass diese [die Wehrpflicht] aufgrund der geänderten sicherheitspolitischen Lage seit Wegfall des Ost-West-Konflikts seit 1990 nicht mehr als ein erforderlicher Eingriff und daher als verfassungswidrig anzusehen ist“ (168). Die Wehrpflicht wird dabei nicht als eine Notwendigkeit betrachtet; deshalb müsse der Gesetzgeber bei der Frage der Verfassungsmässigkeit der Wehrpflicht auch den allgemeinen Grundsatz der Verhältnismässigkeit beachten.

Hälfte der Staaten das Parlament eine qualifizierte Mehrheit der Stimmen erreichen, um die Wehrpflicht aussetzen zu können. In den anderen Staaten genügt die einfache Mehrheit des Parlaments.

8.1 Gesellschaftliche Triebkräfte

*Once introduced, volunteer forces would be highly accepted.
(Experte aus Deutschland)*

Als gesellschaftliche Triebkräfte können die Akzeptanz der Wehrpflicht betrachtet (Abschnitt 8.1.1), die Wehrgerechtigkeit und allfällige Ersatzdienste thematisiert (Abschnitt 8.1.2) wie auch die Rolle von Frauen in den Streitkräften analysiert werden (Abschnitt 8.1.3). Weiter werden die Experteneinschätzungen zur sozialen Repräsentativität (Bildung, politische Orientierung, Stadt-Land, Minoritäten) von Wehrpflichtarmeen und Freiwilligenstreitkräften einbezogen (Abschnitt 8.1.4).

8.1.1 Die Akzeptanz der Wehrpflicht

*The level of public acceptance of conscription declines gradually during the last ten years. This trend is very rapid regarding the attitudes of the military.
(Experte aus Bulgarien)*

*This number is very changing: at some events the acceptance diminishes rapidly, e.g. meningitis epidemic 2000, political campaign against military by parties. The government and its experts continuously warn the 'horrible high costs' of voluntary army, that is the main reason of acceptance. Among the conscripts the acceptance is almost zero.
(Experte aus Ungarn)*

Der Indikator Akzeptanz(-verlust) der Wehrpflicht wird als Begleiterscheinung des übergeordneten Wertewandels gedeutet (vergleiche Kapitel 3). In 16 von 25 europäischen Staaten ist die öffentliche Akzeptanz der Wehrpflicht bei einer Mehrheit der Bevölkerung gegeben (Jahr 2001). Die öffentliche Akzeptanz der Wehrpflicht ist nach Angaben der Experten vor allem in Ländern, die sich als neutral oder allianzfrei bezeichnen, besonders hoch (zwischen 66% und 90%).²⁰⁰ Weiter gesellen sich Staaten hinzu, die sich aufgrund einer aus ihrer Sicht möglichen militärischen Bedrohung auf eine grosse Anzahl von Wehrpflichtigen abstützen (z.B. Türkei,

Gemäss eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg verstösst die Wehrpflicht *nur* für Männer nicht gegen EU-Recht. Mit diesem Befund hat der Gerichtshof das Begehren eines deutschen Wehrpflichtigen um Dienstbefreiung abgelehnt mit der Begründung, dass eine mögliche Verzögerung in der beruflichen Laufbahn eine unvermeidbare Konsequenz der nationalstaatlichen Kompetenz hinsichtlich der militärischen Organisation sei. Siehe dazu: Neue Zürcher Zeitung, Mittwoch, 12. März 2003, Nr. 59, 9.

²⁰⁰ Finnland, Österreich, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Ukraine.

Griechenland). Eine durchschnittliche öffentliche Akzeptanz (zwischen 50% und 66%) weisen nach Einschätzung der Experten die in den neunziger Jahren neu konstituierten Staaten (Kroatien, Slowenien und Slowakei) in Mittel- und Südosteuropa auf, wie auch Staaten, bei denen die Wehrpflicht entweder stark mit dem Zivildienst verbunden ist (Deutschland) oder Wehrpflichtige per Los rekrutiert werden (Dänemark).

Eine öffentliche Akzeptanz der Wehrpflicht unter 50% haben vor allem osteuropäische Staaten nach Angaben der Experten. Am Geringsten aber wird die Akzeptanz der Wehrpflicht in Spanien und Italien bewertet. Die geringe Akzeptanz in diesen beiden Ländern hat – mit anderen Gründen – dazu beigetragen, dass zu einer Freiwilligenstreitkraft gewechselt wurde.

Mittels den Angaben der Experten unterscheiden wir drei Gruppen: Länder mit einer tiefen Akzeptanz (9 Staaten), Länder mit einer mittleren Akzeptanz (6 Staaten) und Länder mit einer hohen Akzeptanz der Wehrpflicht (10 Staaten). Obwohl europaweit ein Trend Richtung Freiwilligenstreitkraft zu beobachten ist, scheint die Akzeptanz der Wehrpflicht 2001 in erstaunlich vielen Staaten noch gegeben zu sein. Untersuchungen zeigen aber, dass die Akzeptanz der Wehrpflicht schnell erodiert, vor allem wenn die politische Entscheidung zur Einführung einer Freiwilligenstreitkraft gefallen ist.²⁰¹

Für die Mehrheit der Länder (17 von 29) wird angegeben, es sei ein Akzeptanzschwund im Zeitraum von 1990 bis 2001 zu verzeichnen (Tabelle 8.2). Nur wenige Staaten – Finnland²⁰², Russland, Türkei und Estland – machen eine steigende Bedeutung der Wehrpflicht aus.²⁰³ Bei acht Ländern können die Experten keine Veränderung in den Akzeptanzwerten im Zeitverlauf 1990 bis 2001 konstatieren.

Tabelle 8.2: Akzeptanz der Wehrpflicht 1990 bis 2001 in Prozent (29 Länder)

Akzeptanz	Länder
gestiegen	Estland, Finnland, Russland, Türkei
gleich	Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Lettland, Litauen, Österreich, Slowakei
gesunken	Belgien, Bulgarien, Dänemark, Italien, Kroatien, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ukraine, Ungarn

²⁰¹ In der Literatur weisen auch van der Meulen und Manigart (1997) im Falle der Niederlanden auf diesen Effekt hin. Zu Beginn der neunziger Jahre halten sich die Zustimmungsraten für eine Freiwilligenstreitkraft und für die Beibehaltung der Wehrpflicht die Waage. Nach der Entscheidung der Regierung, die Wehrpflicht auszusetzen, gewinnt die Idee einer Freiwilligenstreitkraft 1992 eine Zustimmung von 70% (siehe dazu auch Vijver 1993).

²⁰² Visuri (2002, 11) ermittelt, dass 76% der Bevölkerung eine allgemeine Wehrpflicht unterstützen und 13% eine selektive. Insgesamt wird die Wehrpflicht somit von 89% der Bevölkerung getragen.

²⁰³ Da, ausser in Finnland mit vier Experten, in den anderen drei genannten Ländern nur jeweils ein Experte diese Frage beantwortet hat, muss dieser Befund mit Vorsicht zur Kenntnis genommen werden.

Wenn die Wehrpflicht ausgesetzt wird, erachten 14 von 23 Experten die öffentliche Meinung als einen sehr wichtigen (3) oder wichtigen Faktor (11) bei einer (möglichen) Einführung einer Freiwilligenstreitkraft. Neben Staaten, welche die Wehrpflicht schon abgeschafft haben und die öffentliche Meinung als einen der wichtigeren Faktoren betrachten (Belgien, Italien, Portugal, Spanien), vermuten die Experten aus Bulgarien, Kroatien, Lettland, Rumänien und der Türkei ebenfalls, dass in der Frage der Änderung des Wehrsystems die öffentliche Meinung bei der Entscheidungsfindung eine wichtige Rolle spielen würde.²⁰⁴ Nur vier Experten (aus der Ukraine, Frankreich und England) sehen die öffentliche Meinung als irrelevant für die Entscheidung zur Änderung des Wehrsystems. In den Niederlanden und Russland wird die öffentliche Meinung nur bedingt als wichtig betrachtet.

Wird die Relevanz der öffentlichen Meinung mit der allgemein schwindenden Akzeptanz der Wehrpflicht in Europa in Zusammenhang gebracht, kann davon ausgegangen werden, dass der öffentliche Druck auf die Regierungen vermehrt spürbar sein wird bei der Entscheidung für oder gegen die Wehrpflicht. Bei zwei Staaten, Bulgarien und Lettland, korrespondieren die beiden erhobenen Variablen in besonderer Weise. Die Experten erachten die öffentliche Meinung in Bezug auf die Entscheidungsfindung für eine Freiwilligenstreitkraft als wichtig. Gleichzeitig akzeptiert nur eine Minderheit der Bevölkerung gemäss den Experten die Wehrpflicht. Somit wären diese beiden Staaten prädestiniert, die Wehrpflicht in absehbarer Zeit auszusetzen und eine Freiwilligenstreitkraft aufzubauen. Dies setzt natürlich voraus, dass die öffentliche Meinung stärker gewichtet wird als geostrategische, wirtschaftliche oder technologische Aspekte.

Die Expertenangaben zur Akzeptanz der Wehrpflicht korrespondieren nur bedingt mit den vorfindbaren Resultaten aus aktuellen Meinungsumfragen in Europa (Tabelle 2 Anhang B). Werden Wehrpflichtarmee und Freiwilligenstreitkraft gegenübergestellt, ist offensichtlich, dass in den meisten Ländern der Freiwilligenstreitkraft der Vorzug gegeben wird oder eine Pattsituation herrscht. Nur in wenigen Staaten (Finnland, Griechenland, Serbien) entscheidet sich die Bevölkerung gemäss den Meinungsumfragen weiterhin klar für die Wehrpflicht.

Das militärische Berufspersonal akzeptiert die Wehrpflicht in den einzelnen Staaten deutlich. Im Allgemeinen scheint die militärische Akzeptanz der Wehrpflicht gemäss den Experten höher zu sein als die Akzeptanz in der Zivilbevölkerung. In 13 von 22 Ländern ist die militärische Akzeptanz hoch (zwischen 70% bis 95% Akzeptanzrate des Berufsmilitärs zur Wehrpflicht). In drei Staaten (Dänemark, Deutschland und Ungarn) bewegt sich die Rate zwischen 40% und 50%. Eine sehr schwache Anerkennung des Berufspersonals zur Wehrpflicht (zwi-

²⁰⁴ Interessant in diesem Zusammenhang ist die Bemerkung von Manigart (2003b, 37), dass die Frage nach dem Wehrsystem in Meinungsumfragen in Belgien nicht mehr miteinbezogen wird. Er geht davon aus, dass die Debatte über die Wehrpflicht vorbei und die Antwort der Bevölkerung eindeutig sei: Die Wehrpflicht gehöre der Vergangenheit an.

schen 5% und 40%) findet sich in sechs vor allem osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Polen, Russland, Slowakei, Tschechien und als westeuropäisches Land Italien).²⁰⁵

In der Diskussion zur Aussetzung der Wehrpflicht ist es interessant, das Meinungsbild des Militärs zu betrachten. Zu vermuten wäre, dass sich aufgrund der hohen Akzeptanzwerte die militärischen Führer in den einzelnen Staaten gegen die Aussetzung der Wehrpflicht aussprechen würden, wenn auf der politischen Bühne eine Debatte zur Aussetzung der Wehrpflicht beginnt. In zehn Staaten kann davon ausgegangen werden, dass die Streitkräfte eine mögliche Wehrsystemänderung eher skeptisch beurteilen.²⁰⁶ Sie sehen in der Aussetzung der Wehrpflicht negative Aspekte wie kleinere Rekrutierungsmöglichkeiten für Kaderpositionen, schwierige Anwerbung neuer Soldaten auf dem Arbeitsmarkt etc.. Bei neun weiteren Staaten kann keine eindeutige Tendenz im Verhalten der militärischen Führer erkannt werden. In Bulgarien und Tschechien befürworteten die Angehörigen der Streitkräfte klar die Aussetzung zum Zeitpunkt der Erhebung.

Zwischen 1990 und 2001 wird in 15 von 22 Ländern eine Diskussion über die Aussetzung der Wehrpflicht geführt, die nicht nur in einem kleinen Expertenkreis, sondern in der Öffentlichkeit stattfindet. Politische Parteien, einzelne Politiker, Teile der Massenmedien wie auch einflussreiche Persönlichkeiten nehmen an dieser Diskussion teil. Besonders Mitte der neunziger Jahre setzt sie in verschiedenen Staaten ein, die zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2001 noch teilweise im Gange ist. Keine breite öffentliche Diskussion über die Wehrpflicht findet bis zum Sommer 2001 gemäss den Experten in folgenden sieben Ländern statt: Estland, Griechenland, Serbien, Schweden, Schweiz,²⁰⁷ Türkei und Ukraine.

Als Auslöser der öffentlichen Diskussion über die Wehrpflicht rangiert an erster Stelle der Wechsel des strategischen Umfeldes wie auch die veränderten Militärstrukturen. Der Nato-Beitritt kann ebenfalls als Startschuss der Diskussion eruiert werden (Tschechien). In Russland bricht sie infolge der verschiedenen kriegerischen Auseinandersetzungen im Kaukasus aus. Neben diesen strategisch-militärischen Überlegungen führt in verschiedenen Staaten auch eine Wahlkampagne zur Auseinandersetzung mit der Wehrpflicht. Dabei wollen die involvierten Parteien Stimmengewinne bei jungen erwachsenen Männern erringen, welche den Streitkräften gegenüber negativ eingestellt sind. Weitere Gründe für den Beginn der öffentlichen Diskussion sind die fehlende Akzeptanz der Wehrpflicht wie auch die nachlassende Motivation der Wehrpflichtigen. Kostenaspekte gehören ebenfalls zu den Faktoren, welche die Diskussion auslösen können.

²⁰⁵ Dies wird z.B. in Tschechien dadurch bestätigt, dass bei einer im August 2000 durchgeführten Umfrage bei Berufssoldaten 70% die weitere Professionalisierung der tschechischen Streitkräfte befürworteten (Vlachova 2003, 21)

²⁰⁶ Dies sind nach Expertenangaben folgende Länder: Belgien, Deutschland, Finnland (siehe auch Nokkala 2002), Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Portugal und Russland.

²⁰⁷ Abgesehen von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die eine kleine, 15000 Mann starke Freiwilligenstreitkraft fordert, wird die Thematik nur in wissenschaftlich und sicherheitspolitisch interessierten Kreisen diskutiert. Auch die zwei Armeeformen (Armee 95 und Armee XXI) klammern dieses Thema aus.

8.1.2 Diensttauglichkeit, Wehrgerechtigkeit und die Möglichkeit eines Alternativdienstes

*Relatively significant numbers of young males avoid conscription because of living abroad, studies, or bribing military or medical officials to delete them from the recruitment lists.
(Experte aus Bulgarien)*

*Zivildienst: keine frei wählbare Alternative zum Militärdienst. Besondere Form der Erfüllung der Wehrpflicht.
(Experte aus der Schweiz)*

Dass ein Wehrpflichtiger von seiner Dienstverpflichtung befreit werden kann, wird in den einzelnen Staaten zumeist nach ähnlichen Kriterien gehandhabt. Den Hauptgrund für die Befreiung von der Wehrpflicht sehen die Experten in gesundheitlichen Problemen, seien diese physischer oder psychischer Art. Auch familiäre Gründe, z.B. eigene Kinder wie auch Pflegeleistungen für Familienangehörige, können dazu führen, dass männliche Wehrpflichtige vom Dienst befreit werden. Ebenfalls können ethische Argumente für die Dispensation angeführt werden. In einigen Staaten werden Studenten oder Personen, die eine höhere Ausbildung anstreben, nicht rekrutiert. Ein weiterer Grund zur Befreiung von der Wehrpflicht kann der Beruf des Dienstpflichtigen sein: Polizisten oder Feuerwehrleute leisten in den meisten Staaten keinen Dienst.²⁰⁸

Die Experten gaben Auskunft über den Anteil an Personen einer Alterskohorte, die militärdiensttauglich waren/sind und auch eingezogen wurden/werden.²⁰⁹ Aus diesen Angaben der tatsächlich Wehrdienstleistenden einer Alterskohorte wird die Variable Wehrgerechtigkeit/Wehrungerechtigkeit konstruiert. Es wird davon ausgegangen, dass nur bei einer Rekrutierungsrate von über 50% der dienstfähigen Personen von einer gerechten Einberufungspraxis gesprochen werden kann. Wenn nur eine Minderheit (<50%) der fähigen jungen Männer in den obligatorischen Dienst einrücken muss, wird von Wehrungerechtigkeit ausgegan-

²⁰⁸ Neben den aufgeführten Gründen zur Befreiung von der Wehrpflicht (medizinische, psychologische, soziale, ethische Gründe etc.) gibt es in einzelnen Staaten gemäss den Expertenangaben spezielle Ausnahmefälle, die ebenfalls erwähnenswert sind. Wer z.B. in Österreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Lettland oder Litauen ein wichtiger Funktionsträger einer anerkannten Kirche oder einer Religionsgemeinschaft ist, wird von der Wehrpflicht befreit. In Bulgarien muss bei einem Zwillingsspaar nur eine Person Dienst leisten, ebenfalls müssen junge Männer, deren Bruder im Dienst gestorben ist, nicht ins Militär. In Frankreich waren Unternehmer mit weniger als zwei Angestellten ebenfalls vom Dienst befreit. Als einziger Sohn einer Witwe musste man in Italien nicht einrücken. In Finnland müssen Einheimische der demilitarisierten Provinz Aaland Islands nicht Dienst leisten. Grossbritannien kannte z.B. für Bergwerksarbeiter und für Fischer keine Wehrpflicht. Einzelne Berufssparten werden von der Wehrpflicht selektiv befreit. Alles in allem gab und gibt es in Europa verschiedenste Gründe, nicht Militärdienst leisten zu müssen.

²⁰⁹ Experten desselben Landes geben teilweise unterschiedliche Antworten. Mit der Verwendung des Mittelwertes scheinen die Angaben dennoch annähernd die Situation in den einzelnen Staaten widerzuspiegeln. Aus Plausibilitätsgründen können Spanien (der Experte gibt einen Wert von 100% an) wie auch von Serbien (1%) nicht berücksichtigt werden. In der Literatur lassen sich vereinzelt Angaben zur Wehrgerechtigkeit finden: Deheyer (1999, 160) geht in Belgien von einer Einberufungsrate von 15 bis 20% aus. In den Niederlanden schätzen Soeters und Bos-Bax (2002, 68) den Anteil auf 33%, Dort (2004, 65) gibt 37.5% an. In Tschechien sind es zwischen 30 bis 40% (Vlachova 2003, 19). Jehn und Selden (2002, 96) geben für Schweden einen Anteil von ca. 20% an. Die Schweiz weist eine Quote von ca. zwei Dritteln auf. In Deutschland lässt sich nach Nachtwei (2002) eine Dreiteilung feststellen: 23% einer Kohorte leisten Militärdienst, 38% leisten andere Dienste (Zivildienst, Grenzschutz, Polizei) und 39% absolvieren gar keinen Dienst.

gen.²¹⁰ Gemäss dieser Definition und den Angaben der Experten können folgende zwei Ländergruppen gebildet werden:

- 12 Länder mit bestehender mehr oder weniger grosser Wehrgerechtigkeit (>50%): Bulgarien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Österreich, Rumänien, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Türkei.
- 13 Länder mit Wehrungerechtigkeit (<50%): Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Niederlande, Polen, Russland, Schweden, Tschechien, Ukraine, Ungarn.

In den Tabellen 8.3 und 8.4 wird diese Wehrgerechtigkeitsvariable mit der öffentlichen und der militärischen Akzeptanz der Wehrpflicht kreuztabelliert. Die dahinterliegende These lautet wie folgt: Es wird vermutet, dass in Staaten, in denen Wehrgerechtigkeit vorhanden ist, die öffentliche wie auch die militärische Meinung die Wehrpflicht stärker akzeptieren als in solchen Ländern mit Wehrungerechtigkeit. Diese Vermutung lässt sich durch die Daten stützen. Während in Ländern mit Wehrgerechtigkeit die Wehrpflicht bei 7 von 12 Staaten eine hohe öffentliche Akzeptanz geniesst, ist dies bei Staaten mit Wehrungerechtigkeit nur bei 2 von 11 Staaten der Fall. Umgekehrt weisen 4 von 11 Ländern mit Wehrungerechtigkeit eine tiefe öffentliche Akzeptanz aus und nur in 1 von 12 Staaten mit Wehrgerechtigkeit beurteilen die Experten die öffentliche Akzeptanz als tief.

Tabelle 8.3: Wehrgerechtigkeit und öffentliche Akzeptanz der Wehrpflicht (23 Länder)

	Öffentliche Akzeptanz tief	Öffentliche Akzeptanz mittel	Öffentliche Akzeptanz hoch
Länder mit Wehrgerechtigkeit	Italien	Bulgarien, Kroatien, Slowakei, Slowenien	Finnland, Frankreich, Griechenland, Österreich, Rumänien, Schweiz, Türkei
Länder mit Wehrungerechtigkeit	Litauen, Polen, Russland, Tschechien	Dänemark, Deutschland, Lettland, Niederlande, Ungarn	Schweden, Ukraine

Bei der militärischen Akzeptanz der Wehrpflicht lässt sich ein ähnlicher Befund konstatieren (Tabelle 8.4). 8 von 11 Staaten mit Wehrgerechtigkeit weisen eine hohe militärische Akzeptanz der Wehrpflicht aus. Aber nur in 4 von 10 Staaten mit Wehrungerechtigkeit findet die Wehrpflicht bei den Militärs eine hohe Zustimmung. Interessanterweise sind in Ländern, die eine Wehrgerechtigkeit vorweisen, die militärischen Führer entweder sehr für die Wehrpflicht oder sie sind ihr gegenüber negativ eingestellt.

²¹⁰ Siehe zur Begründung in Abschnitt 3.1.3

Tabelle 8.4: Wehrgerechtigkeit und militärische Akzeptanz der Wehrpflicht (21 Länder)

	Militärische Akzeptanz tief	Militärische Akzeptanz mittel	Militärische Akzeptanz hoch
Wehrgerechtigkeit über 50%	Bulgarien, Italien, Slowakei		Finnland, Frankreich, Griechenland, Kroatien, Österreich, Rumänien, Schweiz, Slowenien
Wehrgerechtigkeit unter 50%	Polen, Russland, Tschechien	Dänemark, Deutschland, Ungarn	Lettland, Litauen, Niederlande, Ukraine

Aus den Daten lässt sich schliessen, dass ein Zusammenhang zwischen der Wehrgerechtigkeit und dem Akzeptanzwert der Wehrpflicht besteht. Bei vorhandener Wehrgerechtigkeit stehen die Bevölkerung und die militärischen Führer mehrheitlich hinter dem System der obligatorischen Verpflichtung, bei Wehrgerechtigkeit sinkt die öffentliche und militärische Akzeptanz deutlich.

Die Wehrgerechtigkeit ist eine wichtige Variable bei der Suche nach den Gründen für die Aussetzung bzw. Aufrechterhaltung der Wehrpflicht.

Wehrtaugliche Personen leisten Dienst. Auch der Alternativdienst – oder auch Zivildienst genannt – ist eine Möglichkeit, um die Wehrpflicht einzulösen. Ausser in Russland, in der Türkei und in Estland können im Jahr 2001 Wehrpflichtige den Dienst aus Gewissensgründen verweigern und alternativ dazu Zivildienst leisten. Europaweit wird die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen hauptsächlich nach dem Ende des Kalten Krieges akzeptiert. Der militärische Alternativdienst ist in Westeuropa wesentlich früher als in Osteuropa eingeführt worden (Tabelle 8.5). Meistens ist das Recht auf Ableisten eines Alternativdienstes in der Verfassung festgeschrieben.

Protestantisch geprägte Länder erlaubten die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen schon seit Beginn des letzten Jahrhunderts (Norwegen, Dänemark, Grossbritannien, Schweden, Finnland). Eine weitere Welle kann in den siebziger Jahren beobachtet werden (Italien, Österreich, Portugal, Spanien). Alles in allem scheint die Einführung eines Alternativdienstes auch mit dem Akzeptanzverlust des Militärs allgemein und der steigenden Wehrdienstverweigerung im Besonderen in der westlichen Hemisphäre zu korrespondieren.²¹¹

Osteuropäische Staaten führten mehrheitlich zu Beginn der neunziger Jahre einen Alternativdienst ein. Bei der Transformation der ehemaligen kommunistischen Gesellschaften zu modernen demokratischen Staaten gehört die Implementierung eines Zivildienstes zweifellos zu den neu gewonnenen demokratischen Errungenschaften und Freiheiten dieser Länder.

²¹¹ In der baskischen Provinz Spaniens konnte jeweils eine Wehrpflichtverweigerungsquote von 80 bis 90% festgestellt werden. Die Antipathie gegenüber dem spanischen Staat und die Erinnerungen an die frühere Militärdiktatur dürften hier eine wesentliche Rolle gespielt haben. Spanien besass auch eine starke Anti-Wehrpflicht-Bewegung (*insurgencia*) bis zur Aussetzung der Wehrpflicht (FriedensForum 3/1998).

Tabelle 8.5: Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen und Alternativdienst in Europa (31 Länder)

Land	Seit (in Klammern Angebot eines Alternativdienstes)	Verfassung oder Recht (nur bei Wehrpflicht)	Dauer des Alternativdienstes	Bemerkungen
Belgien	1964	Freiwilligenstreitkraft	8 Monate	Ab 1995 Aufhebung infolge Aussetzung der Wehrpflicht
Bulgarien	1999	Verfassung	24 Monate	
Dänemark	1917	Gesetz	4-12 Monate	
Deutschland	1956	Verfassung	10 Monate	Ab Oktober 2004 nur noch 9 Monate
Estland	1991	Verfassung	12 Monate	Nur waffenloser Dienst im Militär
Finnland	1931	Verfassung	395 Tage	
Frankreich	1963, (1983)	Freiwilligenstreitkraft	20 Monate	Ab 2001 Aufhebung infolge Aussetzung der Wehrpflicht
Griechenland	1997	Gesetz	30 Monate	
Grossbritannien	1916	Freiwilligenstreitkraft		
Irland	-	Freiwilligenstreitkraft		Noch nie Wehrpflicht eingeführt
Italien	1972	Gesetz	10 Monate	Ab 2005 Aufhebung infolge Aussetzung der Wehrpflicht
Kroatien	1992	Verfassung	8 Monate	
Lettland	1992	Gesetz	24 Monate	
Litauen	1990, (1996)	Verfassung	18 Monate	
Niederlande	1922	Freiwilligenstreitkraft		Ab 1996 Aufhebung infolge Aussetzung der Wehrpflicht
Norwegen	1900	Gesetz	24 Monate	
Österreich	1975	Verfassung	12 Monate	
Polen	1988, (1992)	Gesetz	18 Monate	
Portugal	1976, (1992)	Verfassung	4-7 Monate	Ab 2006 Aufhebung infolge Aussetzung der Wehrpflicht
Rumänien	1997	Verfassung	24 Monate	
Russland		Verfassung		
Schweden	1920	Gesetz	7.5 Monate	
Schweiz	1996	Verfassung	15 Monate	
Serbien	2003	Verfassung	24 Monate	
Slowakei	1990	Verfassung	24 Monate	
Slowenien	1991	Gesetz	7 Monate	Ab 2003 Aufhebung infolge Aussetzung der Wehrpflicht
Spanien	1978, (1984)	Verfassung (bis 2002)	9 Monate	Ab 2001 Aufhebung infolge Aussetzung der Wehrpflicht
Tschechien	1990	Verfassung	18 Monate	
Türkei	Kein Recht auf Verweigerung			
Ukraine	1996	Verfassung	36 Monate	
Ungarn	1989	Gesetz	18 Monate	

Quellen: Daten aus der Expertenerhebung, Biesemans 2004, Flynn 1998, Schneider 2004, Watts 2003

Das Recht auf Wehrdienstverweigerung wird vom Recht der garantierten Gewissensfreiheit abgeleitet, wie dies z.B. 1994 das Europaparlament begründet. Dabei müssen verschiedene Kriterien erfüllt sein:

- Nur ethische, religiöse, humanitäre oder ähnliche Motive und Gründe sollten anerkannt werden.
- Der Alternativ- oder auch Zivildienst sollte ein waffenloser Dienst mit zivilem Charakter sein und keinen Strafcharakter aufweisen.
- Ein Antrag sollte jederzeit gestellt werden können, auch von Militärangehörigen, und die Informationen über eine solche Antragsstellung sollte für alle frei zugänglich und transparent sein.²¹²
- Falls ein Alternativdienst angeboten wird, dann stehen den Zivildienstleistenden verschiedenste Gebiete offen.²¹³

Die Prozeduren, um als Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt zu werden, variieren von Land zu Land: In den meisten Fällen werden die Gesuchsteller von einer Kommission angehört und müssen ihre Gründe vortragen. Eine Anhörung wird öfters in Osteuropa verlangt. In den selteneren Fällen gibt es eine freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst.

8.1.3 Die Rolle von Frauen in den Streitkräften

*Officially women have access to combat functions, but in reality they are predominantly in non-combatant positions.
(Experte aus Slowenien)*

*Officially "yes, absolutely"; in practice many "glass ceiling" restrictions exist.
(Experte aus Tschechien)*

2001 können Frauen offiziell in 18 von 29 europäischen Staaten alle Funktionen in den Streitkräften übernehmen, d.h. auch solche, die mit einer Kampffunktion verbunden sind. Vor allem in Freiwilligenstreitkräften und in Streitkräften mit geringer Wehrpflichtrate²¹⁴ scheinen Frauen ungehinderten Zugang zu allen Funktionen zu haben (Tabelle 8.6). Litauen bietet trotz der tiefen Wehrpflichtrate Frauen nicht den vollumfänglichen Zugang zu allen Funktionen an. Kämpfende Funktionen dürfen sie nicht ausführen. Bei den Pseudowehrpflichtstreitkräften gewähren fünf Länder vollen Zugang, zwei Staaten kennen Beschränkungen für Frauen. Ein

²¹² Siehe bei Friedrich (2004). Die Möglichkeit auf Kriegsdienst- / Wehrdienstverweigerung ist in einigen Fällen für Militärangehörige oder Berufssoldaten nicht möglich oder teilweise nur auf Friedenszeiten beschränkt, so in Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Norwegen, Österreich, Polen, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn.

²¹³ Verschiedene Arten, um Zivildienst bzw. Alternativdienst zu leisten: Gesundheitssystem (Spital, Ambulanz, Altersheim), Museum, Jugendgruppen, Poststelle, öffentliche Institutionen, Zivilschutz, Ausbildung, Dienst in den Streitkräften ohne Waffe, Umweltschutz, Katastrophenschutz, Feuerwehr, Kooperation mit Entwicklungsländern, Wohlfahrt, Kultur, Polizei, Kirchenorganisationen etc.. Nur in den baltischen Staaten scheint gemäss den Experten eine enge Eingrenzung der Möglichkeiten zu herrschen. Der Alternativdienst wird innerhalb der Streitkräfte oder der Polizei geleistet. Normalerweise dauert der Zivildienst im Durchschnitt 1.5 mal länger als der Militärdienst. Nur in Italien, Lettland, Portugal, Rumänien und Slowenien dauert(e) der Zivil- oder Alternativdienst gleich lang wie der Militärdienst.

²¹⁴ Siehe zur Wehrpflichttypologie Abschnitt 7.3.

gemischtes Bild zeigt sich bei Typ III. Bei Staaten mit hoher Wehrpflichtrate (Typ IV) haben Griechenland, die Schweiz und die Türkei Funktionseinschränkungen und Finnland steht für eine absolute Öffnung der Streitkräfte für Frauen ein.

Tabelle 8.6: Gleichberechtigung der Frauen in den Streitkräften und Einteilung der Länder nach Wehrpflichttypologie II (29 Länder)

Gleichberechtigung der Frauen in den Streitkräften	Freiwilligenstreitkräfte	Typ I Transformationsstreitkräfte	Typ II Pseudo Wehrpflichtstreitkräfte	Typ III Wehrpflicht Standardmodell	Typ IV Wehrpflicht dominierte Streitkräfte
Ja, auch kombattante Funktionen	Grossbritannien Irland	Belgien Dänemark Niederlande Portugal	Deutschland Frankreich Lettland Österreich Tschechien	Estland Italien Norwegen Schweden Slowenien Spanien Ungarn	Finnland
Ja, aber keine kombattante Funktionen		Litauen	Russland Slowakei	Bulgarien Kroatien Polen Rumänien	Griechenland Schweiz Türkei

In Österreich dürfen Frauen seit 1998, in Spanien seit 1999 alle Funktionen besetzen. In Deutschland haben Frauen seit dem 1.1. 2001 die gleichen Rechte bei der Funktionsauswahl wie männliche Soldaten. In anderen Streitkräften wie z.B. Bulgarien werden Frauen zu gefährlichen, d.h. gesundheitsgefährdenden Aufgaben nicht zugelassen. Frauen werden weiterhin mehrheitlich in der Logistik, Ausbildung und nicht in Kampfverbänden eingesetzt. Auch der Zugang zu Unterseebooten und der Zugang zu anderen Teilen der Marine bleiben für Frauen verboten, wie ein Experte aus den Niederlanden anmerkt.²¹⁵

Theoretisch stehen Frauen in den meisten europäischen Staaten alle Posten und Funktionen in den Streitkräften offen. Obwohl rechtlich zugelassen, herrscht nach Aussagen der Experten teilweise mangelnde Akzeptanz für die volle Integration der Frauen von Seiten der männlichen Soldaten, vor allem was schwere körperliche Arbeit betrifft. In der Praxis zeigt sich dies weiterhin im (informellen) beschränkten Zugang zu besonderen Funktionen. In der Regel sind dies Funktionen, die hohe körperliche Anforderungen voraussetzen und im kombattanten Bereich liegen. Die meisten weiblichen Militärangehörigen finden sich weiterhin in logistischen

²¹⁵ In den USA wurde die Ausschliessung von Frauen an Kampfhandlungen 1993 durch den Kongress beseitigt (Kennedy-Pipe 2000). Nach Ansicht der Autorin werden weibliche Soldaten erst als *first class citizens* wahrgenommen, wenn sie auch die Verantwortung als Kämpferinnen übernehmen können. In Deutschland sind Frauen eher in den Offiziersrängen vertreten und haben eine höhere durchschnittliche Bildung als Männer. Zugleich sind Frauen im Heer untervertreten (Kümmel 2002, 560). In Frankreich können Frauen seit 1985 alle Funktionen übernehmen (Boulègue 1991, 343). In Portugal nahmen die ersten Frauen schon 1961 bei Assistenz-einsätzen in den Konflikten in Afrika teil (Carreiras 2001). Norwegen hat als erster Nato-Staat Frauen zum Militärdienst auf U-Booten zugelassen, und zu den anderen Kampfverwendungen haben Frauen seit 1985 Zugang. Dänemark öffnete alle Funktionen und Einheiten der Streitkräfte für Frauen 1988 (Nielsen 2001, 30). Italien ist in dieser Beziehung ein Sonderfall. Erst 1999 erlaubte ein Gesetz, dass Frauen überhaupt den Streitkräften beitreten dürfen.

Einheiten wie Sanitätsdienst und in der Kampfunterstützung (Boëne 2002, Nielsen 2001). Um im militärischen Umfeld akzeptiert zu werden, müssen Frauen eine deutlich höhere Arbeitsleistung und Motivation zeigen als Männer (Miller 2003). Dies hängt teilweise auch mit der Einstellung der Bevölkerung zusammen, die gegenüber der Beteiligung von Frauen in den Streitkräften eher skeptisch eingestellt ist, wie dies Čukan (2003, 121) im Falle der Slowakei aufzeigt.

Die Analyse zeigt, dass zwischen der Wehrpflichttrate und dem vollen Zugang von Frauen in die Streitkräfte ein Zusammenhang besteht. Je tiefer der Wehrpflichtanteil, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen auch zu kombattanten Funktionen zugelassen werden. Dies ermöglicht ihnen bessere Berufschancen und vielseitigere militärische Tätigkeiten. In der Praxis scheinen aber weiterhin informelle Zugangsschranken für Frauen zu herrschen.

8.1.4 Die soziale Repräsentativität von Wehrpflichtarmeen und Freiwilligenstreitkräften

*There are many high educated men doing a national service. Almost all officers are university degree holders; some ethnic minorities (Gypsies) are underrepresented, some are over represented (e. g. Czechs).
(Experte aus der Slowakei)*

Die soziale Repräsentativität von Freiwilligen- und Wehrpflichtsystemen wird durch die Herkunft (Stadt-Land), die politische Einstellung, den Minoritätenstatus und die Bildung der Angehörigen der Streitkräfte gemessen. Aus der Theorie wird abgeleitet, dass eine fehlende soziale Repräsentativität als Folgeerscheinung der Aussetzung der Wehrpflicht verstanden werden kann (ähnlich bei Doorn 1975a).

8.1.4.1 Stadt-Land Unterschiede

Sowohl in Wehrpflichtarmeen wie auch in Freiwilligenstreitkräften besteht nach Ansicht der Experten eine Überrepräsentierung von militärischen Angehörigen aus ländlichen Gebieten im Vergleich zur Gesamtpopulation (Tabelle 8.7).

Tabelle 8.7: Ländliche Herkunft von Militärangehörigen im Vergleich zur Zivilbevölkerung (27 Länder)

Soldaten: Ländliche Herkunft	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Türkei, Ukraine, Ungarn	Niederlande, Spanien
proportional repräsentiert	Bulgarien, Dänemark	Grossbritannien, Irland
ziemlich unterrepräsentiert	Österreich	Frankreich
Unteroffiziere: Ländliche Herkunft	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Bulgarien, Deutschland, Finnland, Italien, Kroatien, Lettland, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn	Niederlande, Spanien
proportional repräsentiert	Dänemark, Estland, Serbien, Türkei	Grossbritannien, Irland
ziemlich unterrepräsentiert	Litauen	Frankreich
Offiziere: Ländliche Herkunft	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Bulgarien, Deutschland, Finnland, Kroatien, Österreich, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Ungarn	Grossbritannien, Niederlande, Spanien
proportional repräsentiert	Estland, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Schweiz, Tschechien	Irland
ziemlich unterrepräsentiert	Dänemark, Serbien, Türkei, Ukraine	Frankreich

Am ehesten nähern sich Offiziere der Gesamtbevölkerung in Bezug auf die regionale Herkunft an. Hingegen weichen nach Meinung der Experten Soldaten und Unteroffiziere nach ihrer regionalen Herkunft stärker von der Zivilbevölkerung ab. Soldaten und Unteroffiziere werden häufiger aus ländlichen Gebieten rekrutiert, wobei die einfache Mannschaft am stärksten von der Gesamtgesellschaft abzuweichen scheint.

Generell weisen die Daten darauf hin, dass unabhängig vom Wehrsystem eine Überrepräsentierung von Angehörigen der Streitkräfte aus ländlichen Gebieten besteht. Sowohl Wehrpflichtarmeen als auch Freiwilligenstreitkräfte stellen somit keinen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung dar in Bezug auf die soziodemographische Variable Stadt-Land. Dieser Befund erstaunt nicht, scheinen doch im ländlichen Umfeld aufgewachsene Personen allgemein positiver dem Militär gegenüber eingestellt zu sein (Haltiner et al. 2003). Das Resultat widerspricht aber der Meinung, dass eine Wehrpflichtarmee ein Abbild der Gesellschaft sei.

8.1.4.2 Politische Orientierung

Die Experten schätzen die politische Einstellung der Angehörigen der Streitkräfte der verschiedenen Gradstufen sehr ähnlich ein (Tabelle 8.8). Allgemein wird angenommen, dass Angehörige der Streitkräfte stärker politisch rechts orientiert sind. Die politische Einstellung von Soldaten wird am wenigsten politisch rechts von der Bevölkerung eingestuft, wohingegen

Unteroffiziere als am stärksten politisch rechts orientiert angesehen werden müssen. Offiziere befinden sich in ihrer politischen Einstellung zwischen Soldaten und Unteroffizieren.

Tabelle 8.8: Politische Orientierung von Militärangehörigen zur Zivilbevölkerung (24 Länder)

Soldaten: rechte politische Einstellung	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Deutschland, Rumänien, Schweiz, Tschechien, Türkei	Niederlande
proportional repräsentiert	Bulgarien, Dänemark, Finnland, Italien, Kroatien, Litauen, Schweden, Serbien, Ukraine, Ungarn	Frankreich, Grossbritannien, Spanien
ziemlich unterrepräsentiert	Lettland, Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien	
Unteroffiziere: rechte politische Einstellung	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Dänemark, Deutschland, Finnland, Italien, Kroatien, Rumänien, Schweiz, Tschechien, Türkei	Frankreich, Niederlande
proportional repräsentiert	Lettland, Litauen, Österreich, Schweden, Serbien, Ungarn	Spanien, Grossbritannien
ziemlich unterrepräsentiert	Bulgarien, Polen, Slowakei, Slowenien, Ukraine,	
Offiziere: rechte politische Einstellung	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Deutschland, Griechenland, Italien, Kroatien, Rumänien, Schweden, Schweiz, Türkei	Frankreich, Niederlande, Spanien
proportional repräsentiert	Dänemark, Finnland, Litauen, Serbien, Ungarn	Grossbritannien
ziemlich unterrepräsentiert	Bulgarien, Lettland, Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine	

Nach Einschätzung der Experten bestehen Unterschiede zwischen der politischen Orientierung der Angehörigen von Wehrpflichtarmeen und Angehörigen von Freiwilligenstreitkräften. Die Experten geben an, dass in Wehrpflichtarmeen die politische Orientierung in etwa gleich verteilt ist wie in der Gesamtbevölkerung. Dies ist vor allem bei Soldaten und Offizieren der Fall. Einen ganz leicht erhöhten Anteil politisch rechts orientierter Personen zur Gesamtbevölkerung weisen Unteroffiziere aus. Bei Freiwilligenstreitkräften finden sich hingegen mehr politisch rechts stehende Personen, als dies im Bevölkerungsmittel der Fall ist. Vor allem sehen die Experten diesen Sachverhalt bei Offizieren als sehr ausgeprägt. In 3 von 4 Ländern mit einer Freiwilligenstreitkraft sind Offiziere mit rechter politischer Einstellung überrepräsentiert. In Freiwilligenstreitkräften scheinen am ehesten Soldaten proportional zum Bevölkerungsmittel verteilt.

Aufgrund der kleinen Fallzahl bei den Freiwilligenstreitkräften können diese Aussagen nur als allgemeine Tendenz verstanden werden. Neuere Forschungsergebnisse bestätigen aber, dass

sich angehende Berufsoffiziere häufiger am rechten politischen Spektrum ansiedeln als zivile Universitätsstudenten (Szvircsev Tresch et al. 2004).²¹⁶

8.1.4.3 Minoritäten

Neben der Frage, ob Angehörige der Streitkräfte sich in ihren politischen Einstellungen und in ihrer Herkunft zur Gesamtpopulation unterscheiden, fokussiert die Forschung auch auf die Integration ethnischer und sprachlicher Minderheiten.²¹⁷ Alle drei Gradstufen weichen von einer proportionalen Verteilung in Bezug auf Minoritäten ab. Ethnische und sprachliche Minoritäten sind in den Streitkräften nicht genügend vertreten. Nach Einschätzung der Experten scheinen am ehesten die Mannschaftsgrade repräsentativ vertreten, wohingegen Unteroffiziere und Offiziere stark von einer proportionalen Verteilung zur Gesamtbevölkerung abweichen (Tabelle 8.9).

²¹⁶ Die Resultate beziehen sich auf ein internationales Forschungsprojekt der *European Research Group on Military and Society (ERGOMAS)* mit 13 beteiligten Staaten, das den Wandel zivil-militärischer Beziehungen in demokratischen Gesellschaften untersucht. Es fokussiert unter anderem die veränderte gesellschaftliche und politische Position von Streitkräften seit dem Ende des Kalten Krieges.

²¹⁷ Dieses Forschungsfeld wird besonders stark in den USA untersucht. Es geht vor allem darum, die afrikanisch-stämmigen und die südamerikanisch-stämmigen Bevölkerungsteile in den Streitkräften zum Anteil der weissen Bevölkerung zu messen. Vergleiche dazu bei Bachmann, Blair und Segal (1978), Cohen (1985), Cooper (1977), Segal und Verdugo (1994), Shields (1980), zusammenfassend Battistelli (2003b, 232). All diesen Forschungen ist gemeinsam, dass sie eine Übervertretung der schwarzen Bevölkerung in den Streitkräften feststellen auf der Stufe der Mannschaft, aber zugleich eine Unterrepräsentierung von Hispanics und Schwarzen in den Offiziersrängen erkennen.

Tabelle 8.9: Ethnische oder sprachliche Minorität von Militärangehörigen im Vergleich zur Zivilbevölkerung (25 Länder)

Soldaten: ethnische oder sprachliche Minorität	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Lettland, Türkei, Ungarn	
proportional repräsentiert	Bulgarien, Estland, Litauen, Slowenien, Ukraine	Belgien, Frankreich
ziemlich unterrepräsentiert	Dänemark, Deutschland, Finnland, Italien, Kroatien, Österreich, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Tschechien	Grossbritannien, Irland, Niederlande, Spanien
Unteroffiziere: ethnische oder sprachliche Minorität	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Türkei	
proportional repräsentiert	Lettland, Litauen, Slowakei	Belgien
ziemlich unterrepräsentiert	Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Italien, Kroatien, Österreich, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn	Frankreich, Grossbritannien, Irland, Niederlande, Spanien
Offiziere: ethnische oder sprachliche Minorität	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert		
proportional repräsentiert	Litauen, Slowakei, Slowenien, Ukraine, Türkei	Belgien
ziemlich unterrepräsentiert	Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Italien, Kroatien, Lettland, Österreich, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Tschechien, Ungarn	Frankreich, Grossbritannien, Irland, Niederlande, Spanien

Freiwilligenstreitkräfte scheinen sich nicht von Wehrpflichtarmeen zu unterscheiden. *Minoritäten sind im gesamteuropäischen Vergleich in den Streitkräften unabhängig des Wehrsystems untervertreten.* Das Argument, dass eine Wehrpflichtarmee eher ein Abbild der Gesellschaft darstelle, muss in diesem Fall ebenfalls zurückgewiesen werden. Diese Resultate überraschen im europäischen Raum. Forschungen aus den USA zeigen, dass vor allem beim Mannschaftsbestand Minoritäten stark übervertreten sind. Dieser Trend scheint in Europa nicht beobachtbar zu sein.

8.1.4.4 Bildung

Soldaten weisen gemäss den Experten eine tiefere Bildung als das Bevölkerungsmittel aus (Tabelle 8.10). Hingegen sind Offiziere besser gebildet als das Bevölkerungsmittel. Unteroffiziere repräsentieren das durchschnittliche Bildungsniveau eines Staates.

Tabelle 8.10: Tiefere Bildung von Militärangehörigen im Vergleich zur Zivilbevölkerung (28 Länder)

Soldaten: tiefere Bildung	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Türkei, Ukraine, Ungarn	Frankreich, Grossbritannien, Spanien
proportional repräsentiert	Bulgarien, Österreich	Irland, Niederlande
ziemlich unterrepräsentiert	Schweden, Tschechien	Belgien
Unteroffiziere: tiefere Bildung	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Deutschland, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Ungarn	
proportional repräsentiert	Dänemark, Estland, Österreich	Frankreich, Grossbritannien, Irland, Spanien
ziemlich unterrepräsentiert	Bulgarien, Finnland, Litauen, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechien, Türkei, Ukraine	Niederlande
Offiziere: tiefere Bildung	Wehrpflicht	Freiwilligenstreitkraft
ziemlich überrepräsentiert	Kroatien, Rumänien, Slowenien, Ukraine	
proportional repräsentiert	Litauen	Spanien
ziemlich unterrepräsentiert	Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Italien, Lettland, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Tschechien, Türkei, Ungarn	Frankreich, Grossbritannien, Irland, Niederlande

Gemäss den Experten gibt es kleine, aber statistisch nicht signifikante Unterschiede zwischen Wehrpflichtarmeen und Freiwilligenstreitkräften in Bezug auf die Bildung. Allgemein schätzen die Experten den Bildungsstand bei Wehrpflichtarmeen tiefer ein als bei Freiwilligenstreitkräften, dies auch bei wehrpflichtigen Soldaten, die als bildungstiefer betrachtet werden als professionelle Soldaten. Unteroffiziere sind bei Wehrpflichtarmeen repräsentativ zum Bevölkerungsmittel vertreten, während bei Freiwilligenstreitkräften ein leichter Überhang an besser Gebildeten beobachtbar ist. Offiziere sind sowohl bei Wehrpflichtarmeen wie auch bei Freiwilligenstreitkräften besser als der Bevölkerungsschnitt gebildet. In Freiwilligenstreitkräften wird der Bildungsgrad der Freiwilligen im Vergleich zu den ehemaligen Wehrpflichtigen als tiefer beurteilt.²¹⁸

²¹⁸ Diese Resultate der Experten korrespondieren gut mit vorfindbaren Studien zum Bildungsniveau der Streitkräfte vor und nach Aussetzung der Wehrpflicht. Zu den belgischen Streitkräften belegen empirische Studien, dass das Bildungsniveau der Freiwilligen gegenüber den Zwangsverpflichteten teils drastisch gesunken ist (Kerstens und Meyerhans 1993, Richter und Schleicher 1996, van der Meulen und Manigart 1997). Zur Veranschaulichung dazu eine Tabelle mit Resultaten aus der Untersuchung von Abbondanza (1997,18): Bildungsniveau der Wehrpflichtigen im Vergleich zu den Freiwilligen in den belgischen Streitkräften

Bildungsniveau	Wehrpflicht (1992)	Freiwillige (1995)
Ohne Schulbildung	0.08%	0.1%
Primarschule	4.3%	8.4%
Sekundarschule	28.1%	55.6%
Berufsschule	15.5%	18.1%
Technikum	15.2%	11.7%
Hochschulstudium	10.7%	0.06%

Gemäss den Expertenangaben repräsentiert weder eine Wehrpflichtarmee noch eine Freiwilligenstreitkraft die Zivilgesellschaft. Neben Verschiedenheiten wie der Geschlechter- und Altersverteilungen, auf die nicht speziell eingegangen werden, weil offensichtlich, differieren Streitkräfte bei weiteren soziodemographischen Ausprägungen. Über alle Mannschaftsgrade und Wehrsysteme hinweg rekrutieren sich Armeeangehörige eher aus ländlichen Regionen, und ethnische und sprachliche Minderheiten sind untervertreten. Soldaten verfügen zusätzlich über eine unterdurchschnittliche Bildung, weichen aber in ihren politischen Ansichten nicht von der Zivilbevölkerung ab. Anders bei den Unteroffizieren und den Offizieren: Sie scheinen politisch eher rechts vom Bevölkerungsmittel zu stehen. Dafür wird ihr Bildungsstand als leicht überdurchschnittlich eingeschätzt.

Die These, dass Freiwilligenstreitkräfte kein Abbild der Gesellschaft darstellen, ist auf Grund der Daten richtig, aber wie es scheint, kann eine Wehrpflichtarmee auch keine soziale Repräsentativität vorweisen.

8.2 Technologische Triebkräfte

Technologische Modernisierungseffekte können mit der Frage nach dem technologischen Standard der drei Teilstreitkräfte ermittelt werden (Abschnitt 8.2.1). Als Begleiterscheinung einer zunehmend technologisch differenzierten Streitkraft scheint eine (nicht intendierte) Aufgabenteilung stattzufinden: gut ausgerüstete, speziell für Auslandseinsätze trainierte professionelle Einheiten stehen den (schlechter ausgerüsteten) Territorialverteidigungskräften gegenüber. Die letzteren greifen oft auf Wehrpflichtige zurück (Abschnitt 8.2.2).

8.2.1 Technologisierungsgrad

*In some areas the equipment is very modern; i.e. air force and marine.
(Experte aus Schweden)*

*The isolation of the country and shortage of financial resources caused the equipment to become obsolete.
(Experte aus Serbien)*

Die Einschätzung der Experten über die Modernität der Ausrüstung teilt die europäischen Streitkräfte in zwei Gruppen. Einen eher modernen bis sehr modernen Standard der Teilstreitkraft Heer attestieren die Experten in 11 Staaten (Tabelle 8.11). Diese Einschätzung teilen vor allem Experten westeuropäischer Staaten. Nur für Slowenien und in einer geringeren Masse für die Ukraine als osteuropäische Länder wird beim Heer die Ausrüstung als nicht veraltet eingeschätzt. Veraltete Ausrüstung orten die Experten in den anderen osteuropäischen Staaten wie auch in Deutschland, Portugal und Spanien. In Freiwilligenstreitkräften wird die Ausrüstung eher als modern angesehen.

Tabelle 8.11: Experteneinschätzung der technischen Ausrüstung bei der Teilstreitkraft Heer (30 Länder)

Technische Ausrüstung	Anzahl Länder	
Sehr modern	3	Griechenland, Grossbritannien, Niederlande
Ziemlich modern	8	Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Schweiz, Türkei
Weder noch	4	Österreich, Schweden, Slowenien, Ukraine
Ziemlich veraltet	10	Deutschland, Estland, Litauen, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Serbien, Spanien, Ungarn
Sehr veraltet	5	Bulgarien, Kroatien, Lettland, Slowakei, Tschechien

Bei der Luftwaffe zeigt sich ein ähnliches Bild. In 13 Staaten erachten die Experten die Ausrüstung als veraltet (in 13 als modern, 4 Staaten weder noch). Wiederum zieht sich die Trennungslinie durch West- und Osteuropa. Länder mit einer Freiwilligenstreitkraft oder mit einer geringen Wehrpflichtrate (Typ I) scheinen in der Luftwaffe eher über eine modernere Ausrüstung zu verfügen als Streitkräfte mit einer hohen Wehrpflichtrate. Die Einschätzung des technologischen Standards in der Marine wird in 12 Staaten als modern und in 10 Ländern als veraltet betrachtet (3 weder noch). Wiederum herrscht im Grade der Modernitätseinschätzung ein Unterschied zwischen Westeuropa (modern) und Osteuropa (veraltet), mit Ausnahme Portugal, wo die Ausrüstung der Marine als veraltet betrachtet wird.

Ein signifikanter Unterschied zwischen Freiwilligenstreitkräften und Streitkräften mit geringer Wehrpflichtrate gegenüber Ländern mit höherem Wehrpflichtanteil existiert nicht. Indizien, dass sich vor allem Wehrpflichtarmeen auf ziemlich bis sehr veraltete Ausrüstung abstützen müssen, können dennoch erkannt werden. Einen grösseren Differenzierungsgrad als das Wehrsystem besitzt aber die geografische Positionierung: Westeuropäische Staaten scheinen über weitaus modernere Streitkräfte zu verfügen als osteuropäische Staaten.

8.2.2 Tendenz zu einer Zwei-Klassen-Armee

*The units assigned to the missions abroad have got better equipment, training and financial support than the units assigned for the defence territory (so called territorial troops).
(Experte aus Polen)*

Auf der Makroebene der euro-atlantischen Streitkräfte lässt sich eine deutliche Herausbildung zweier unterschiedlicher Klassen von Streitkräften erkennen. Einerseits stehen professionalisierte High-Tech-Armeen mit globaler Interventionsfähigkeit wie die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte bereit, andererseits lassen sich weiterhin traditionell ausgestattete und meist mittels der Wehrpflicht ihr Personal rekrutierende, klassisch auf den Verteidigungsfall ausgerichtete Streitkräfte erkennen. Daneben erleben aber die meisten Militärorganisationen auch *innerhalb* der Streitkräfte eine Zweiteilung.

Auf die Frage, ob die Experten innerhalb ihres Landes eine Tendenz Richtung einer Zwei-Klassen-Armee sehen, in der Hinsicht, dass schwierige Aufgaben durch professionelles Per-

sonal, einfachere Aufgaben durch Wehrpflichtige gelöst werden, zeichnet sich ein differenziertes Bild in Bezug auf die Teilstreitkräfte. Für das Heer teilen die Experten aus 13 Staaten die These einer Zwei-Klassen-Armee, hingegen die Experten aus neun Ländern nicht.²¹⁹ Ähnliche Werte erhält die Einschätzung für die Marine. In 13 von 20 Staaten wird eine Zweiteilung erkannt. Überaus deutlich fällt das Verdikt für die Luftwaffe aus. Hier sehen die Experten aus 21 von 25 Staaten eine Marginalisierung der Wehrpflichtigen. Nur die Experten aus Schweden und Kroatien teilen diese Meinung nicht. Es scheint, je moderner eine Streitkraft ausgerüstet ist, desto mehr tritt eine Arbeitsteilung ein, bei der die Wehrpflichtigen eher untergeordnete Aufgaben erfüllen.

Im Hinblick auf die Aufstellung von Krisenreaktionskräften, die schnell im Ausland intervenieren können und solchen Truppen, welche primär für die territoriale Verteidigung eingesetzt werden, sieht die Mehrheit der Länderexperten eine klare Tendenz zu einer Zwei-Klassen-Armee für die Teilstreitkraft Heer. Die Experten aus 19 Staaten bejahen dies, in fünf Streitkräften wird diese Tendenz nicht gesehen (Dänemark, Niederlande, Serbien, Tschechien und Ukraine). Für die beiden anderen Teilstreitkräfte zeigt sich dieser Unterschied indes nicht so stark, da die Luftwaffe wie auch die Marine einen höheren Bereitschaftsgrad aufweisen und deshalb eine Zweiteilung eher schwieriger wird. Am wenigsten stark wird für die Marine die Zwei-Klassen-Armee-These gesehen. Nur in 6 von 26 Staaten wird in Einsätzen ausserhalb des eigenen Territoriums eine mögliche Zweiteilung erkannt.

Durch die verstärkte Professionalisierung der europäischen Streitkräfte und dem höheren technologischen Standard der Teilstreitkräfte Luftwaffe und Marine scheinen die Wehrpflichtigen in Nebenrollen verbannt zu werden. Vor allem die auch in Zukunft vermehrten Einsätze im Ausland verstärken diese Tendenz. Die These einer Zwei-Klassen-Armee wird mehrheitlich von den Länderexperten gestützt.

8.3 Ökonomische Triebkräfte

Ökonomische Triebkräfte und deren Begleiterscheinungen und Folgewirkungen zeigen sich auf vielfältige Art und Weise. Um die Opportunitätskosten für die Wehrpflichtigen senken zu können, wird die Dienstzeit Wehrpflichtiger zunehmend gekürzt (Abschnitt 8.3.1). Begleitet wird dieser Trend mit einer zusätzlichen Anwerbung Freiwilliger auf dem Arbeitsmarkt. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten stehen in Abschnitt 8.3.2 im Vordergrund. In Abschnitt 8.3.3 sind die Experteneinschätzungen zu den Verteidigungsausgaben wiedergegeben. Vermutet wird, dass sinkende Verteidigungsausgaben Folgewirkungen der dahinterliegenden

²¹⁹ Tendenzen zu einer Zwei-Klassen-Armee können in folgenden Ländern festgestellt werden: Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Italien, Lettland, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Spanien, Türkei, Ukraine und Ungarn. Hingegen verneinen die Experten aus folgenden Ländern eine Zweiteilung: Estland, Finnland, Frankreich, Kroatien, Niederlande, Russland, Schweden, Schweiz, Slowenien.

ökonomischen Triebkräfte für die Aussetzung der Wehrpflicht darstellen (vergleiche Kapitel 3).

8.3.1 Verkürzung der Dienstzeit für Wehrpflichtige

Eine Reduzierung der Wehrpflichtdauer setzt nach 1989 ein. Am stärksten davon sind die osteuropäischen Staaten betroffen.²²⁰ Eine Verlängerung der Wehrpflichtdauer seit dem Ende des Kalten Krieges kann mit Ausnahme Finnlands (von 11 auf 12 Monate für Reserveoffiziere) in ganz Europa nicht festgestellt werden.

Mittels der Expertenangaben wird die Dauer der Wehrpflicht in drei Gruppen eingeteilt (Tabelle 8.12). Es wird davon ausgegangen, dass eine minimale Verweildauer in den Streitkräften notwendig ist, um sich das militärische Handwerk aneignen zu können. Dabei betrachten wir die Dauer eines Jahres für die militärische Ausbildung als genügend lang, um von einer prägenden Sozialisierung innerhalb der Organisation ausgehen zu können. Es wird vermutet, dass Streitkräfte mit einer geringen Wehrpflichtrate ihr zwangsrekrutiertes Personal weniger lang einberufen, da ihr militärischer Wert bei einem grossen Bestand professioneller Soldaten gering erscheint. Zugleich gehen wir davon aus, dass Wehrpflicht dominierte Streitkräfte die fehlenden professionellen Soldaten durch Wehrpflichtige substituieren, diese deshalb auch länger Dienst leisten müssen. Weiter kann eine kurze Wehrpflichtdauer eine gute Voraussetzung für die Aussetzung der Wehrpflicht bedeuten, da die Rekruten nur noch für militärische Nebendienstleistungen verwendet werden und dadurch auch die Akzeptanz der Wehrpflicht in der Öffentlichkeit sinken kann.

Tabelle 8.12: Einteilung der Länder nach Wehrpflichtdauer (25 Länder)

Art der Wehrpflicht	Länder
Echte Wehrpflichtdauer	Griechenland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Tschechien, Türkei
Wehrpflichtdauer light	Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Schweiz, Slowakei, Spanien, Ungarn
Pseudo-Wehrpflichtdauer	Estland, Kroatien, Österreich, Portugal, Schweden, Slowenien

9 Staaten haben im Sommer 2001 eine mindestens einjährige Wehrpflichtzeit. Eine vertiefte Ausbildung der Wehrpflichtigen sollte in diesen Streitkräften möglich sein. Daher kann von einer echten Wehrpflicht, was die Dauer betrifft, gesprochen werden. Bei 10 von 25 Staaten, die eine Zeitdauer von 9 bis 10 Monaten für die Dienstleistung in Anspruch nehmen, kann argumentiert werden, dass zumindest eine Ausbildung *light* stattfinden kann (Wehrpflicht-

²²⁰ Früher mussten junge Erwachsene in Bulgarien bis zu drei Jahren in den Streitkräften dienen. Heute dauert der Dienst neun, und für Studierende nur noch sechs Monate. In den baltischen Staaten, noch als Teil der ehemaligen Sowjetunion, leistete der Wehrpflichtige mindestens zwei Jahre, heute noch 12 Monate Dienst. In Rumänien reduzierte die Regierung Ende 2001 die Wehrpflichtdauer von 12 auf 8 Monate (Watts 2003).

dauer *light*). Hingegen kann bei 6 Streitkräften davon ausgegangen werden, dass in Folge der kurzen Wehrdienstzeit von vier bis acht Monaten die Wehrpflichtigen nur eine minimale militärische Ausbildung geniessen und nur noch in eher zweitklassigen Verwendungen gebraucht werden können (Pseudowehrpflichtdauer).

Wird die Wehrpflichtdauer mit der Wehrpflichttypologie aus Abschnitt 7.3 verglichen, besteht kein Zusammenhang zwischen der Wehrpflichtrate einer Streitkraft und der Dauer der Dienstpflicht (Tabelle 8.13). Typ I der Wehrpflichttypologie vereinigt alle drei unterschiedlich langen Ausprägungen der Wehrpflicht. Dies ist ebenfalls in Typ II mit einem Schwergewicht auf einer langen Wehrpflichtdauer wie auch in Typ III (Standardwehrpflichtmodell) der Fall, hier aber eher mit der Tendenz zu einer kürzeren Wehrpflichtdauer. Nur in Typ IV, den Wehrpflicht dominierten Streitkräften, findet sich kein Staat, der nur eine sehr kurze Verweildauer für die Wehrpflichtigen in den Streitkräften kennt.

Tabelle 8.13: Einteilung der Länder nach Wehrpflichttypologie II mit der Wehrpflichtdauer in drei Gruppen (25 Länder)

		Pseudo-Wehrpflichtdauer	Wehrpflichtdauer light	Echte Wehrpflichtdauer	Total
Wehrpflichttypologie	Typ I	1	1	1	3
	Typ II	1	3	4	8
	Typ III	4	4	2	10
	Typ IV	0	2	2	4
Total		6	10	9	25

Es kann festgestellt werden, dass der aufgrund ökonomischer Triebkräfte postulierte Zusammenhang zwischen Wehrpflichtdauer und Wehrpflichtrate nicht existiert. Diese Unabhängigkeit der beiden Variablen erstaunt, musste doch angenommen werden, dass Wehrpflicht basierte Streitkräfte die fehlenden professionellen Armeemitglieder durch Wehrpflichtige wett machen würden, und diese deshalb aus strukturellen Gründen länger in der Organisation Militär verweilen müssten.

Gemäss den Expertenangaben verringern 75% der Länder die Dauer der Wehrpflicht in der Periode 1990 bis 2001 bezogen auf die Teilstreitkraft Heer.²²¹ Eine einmalige Reduzierung der Wehrpflichtdauer scheint in dieser Zeitperiode der Normalfall gewesen zu sein (15 Staaten). Eine mehrmalige Verkürzung der Wehrpflichtdauer lässt sich in den Streitkräften ehemaliger Ostblockstaaten feststellen (Bulgarien, Slowakei und Tschechien). Es sind dies Staaten, die eine generell längere Wehrpflichtdauer haben und sich mit den Reduzierungen an den europäischen Durchschnitt angleichen. Vor allem westeuropäische Streitkräfte ändern in dieser Dekade die Dauer der Wehrpflicht nicht.²²²

²²¹ Auf der Länderaggregatsebene können von 24 Staaten die Antworten ausgewertet werden. Neben den Freiwilligenstreitkräften Grossbritannien, Irland und den Niederlanden können die Experten aus Deutschland, Polen und Russland keine eindeutige Stellungnahme abgeben.

²²² Dies sind Belgien, Dänemark, Österreich und Schweden. Bei Belgien wird somit der Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft ohne vorgängige Reduktion der Wehrpflichtdauer vollzogen. Neben diesen westeuro-

Wie Tabelle 8.14 zu entnehmen ist, gehen vor allem jene Staaten daran, den Anteil Wehrpflichtiger zu verkleinern, die schon die Dauer der Wehrdienstzeit einmal oder mehrmals verkürzt haben. Länder, welche in der letzten Dekade die Dauer des Wehrdienstes nicht geändert haben, planen in der Regel auch keine Reduktion der Anzahl Wehrpflichtiger.²²³

Tabelle 8.14: Reduzierung der obligatorischen Dienstzeit und Verringerung der Anzahl Wehrpflichtiger beim Heer (17 Länder)

	Pläne für die weitere Reduzierung der Anzahl Wehrpflichtiger		Total
	Ja	Nein	
2-3 mal reduziert	3	0	2
1 mal reduziert	9	2	11
Keine Reduktion	0	3	3
Total	12	5	17

Europa weit können wir zwei klare Trends hin

- zu einer Reduzierung der Wehrdienstdauer und
- einer Verminderung der Anzahl Wehrpflichtiger ausmachen.

Es scheint plausibel, dass diese beiden Aspekte miteinander in Verbindung stehen. Der Bedarf an Wehrpflichtigen in modernen, auf Krisenprävention und –intervention ausgerichteten Streitkräften wird immer geringer. Gefragt scheinen vermehrt professionelle Soldaten, die diese Aufgaben auch *längerfristig* übernehmen und auf die neuen Herausforderungen gezielt beübt werden können.

Den Hauptgrund für eine weitere Reduzierung des Wehrpflichtbestandes sehen 20 von 44 Experten in einer gleichzeitigen Erhöhung des Berufspersonals der Streitkräfte. Am zweitstärksten wird generell der Bedarf an Streitkräftereformen genannt (12 Experten). Diese beinhalten ebenfalls ein Herunterfahren des Personalbestandes und eine Überprüfung der Strukturen. 83% der Experten äussern somit eine im Verbund mit allfälligen Reformen verbundene Professionalisierung als Grund für den sinkenden Bedarf an wehrpflichtigen Armeeingehörigen. Ökonomische Kostengründe nennen sieben Experten als Hauptgrund. Fünf Experten erwähnen explizit die Nato und die damit gestiegene Technologisierung der Streitkräfte (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn). Die im Vergleich zu westeuropäischen Streitkräften eher veralteten Streitkräfte des ehemaligen Ostblockes scheinen einen Nachholbedarf an modernerer Technologie zu erkennen und sehen die Verwendung Wehrpflichtiger in diesem Zusammenhang kritisch.

päischen Staaten haben gemäss Expertenangaben Serbien und Litauen keine Änderung der Wehrpflichtdauer vorgenommen.

²²³ Das im Heer vorgefundene Resultat lässt sich auch in der Luftwaffe und in der Marine nachweisen. Die Tendenz zur Reduzierung der Wehrpflichtdauer ist aber bei diesen Teilstreitkräften nicht so stark ausgeprägt. Ein möglicher Grund dafür kann sein, dass die anspruchsvollere Ausbildung in der Luftwaffe und in der Marine länger dauert als im Heer. Eine zu starke Verringerung der Wehrdienstdauer würde es Wehrpflichtigen verunmöglichen, weiterhin in diesen Teilstreitkräften Dienst leisten zu können.

Warum die Wehrpflichtigenzahl nicht gekürzt wird, kann auf zwei Ebenen erklärt werden.²²⁴

1. Wehrpflichtige werden weiterhin benötigt, um auf Stufe Soldat den Bestand zu sichern und dienen für die Kaderrekrutierung 2. Die limitierten finanziellen Mittel, vor allem im Hinblick auf die weitere Professionalisierung der Streitkräfte, werden aufgeführt. Nach Meinung der Experten kommen Wehrpflichtige den Staatshaushalt günstiger zu stehen als professionelle Soldaten, da ein Teil der anfallenden Kosten für Wehrpflichtige auf die Gesellschaft überwälzt und nicht in den Verteidigungsausgaben erscheinen würden.

8.3.2 Rekrutierung Freiwilliger

Positive Effekte: *Good image of military forces & employment.*
(Experte aus Frankreich)

Increase of payment and other incentives and improvement of living conditions.
(Experte aus Griechenland)

Negative Effekte: *The growth of the Irish economy makes it more difficult for the Defence Forces to complete for recruits in a highly competitive job market.*
(Experte aus Irland)

Economic boom; many other Bodies fishing in the same pond. (Experte aus der Niederlande)

Lack of 'military culture'. Structural variables of labour market: military profession in rank and file is chosen as a 'last solution' for unemployment.
(Experte aus Italien)

Die Motivation für eine freiwillige militärische Dienstleistung lässt sich auf zwei Ebenen erklären (siehe Abschnitt 3.3.3). Einerseits spielen intrinsische Beweggründe wie Anerkennung im sozialen Umfeld, Akzeptanz der geleisteten Arbeit, das Ausleben kollektiver Solidarität und Stärkung des Selbstwertgefühles eine Rolle (Meyer und Schneider 1988, 117). Nur wenige Autoren sehen aber in Freiwilligenstreitkräften die intrinsische Motivation der Angestellten als den Hauptgrund, sich der Organisation zu verpflichten (Jans 1990, 228). Viel mehr werden andererseits extrinsische Anreize zur Ausübung des Militärberufes genannt. So stehen das Streben nach ökonomischer Sicherheit, angemessene Bezahlung (Fleckenstein 1988, 187, Meyer und Schneider 1988, 117), Hoffnung auf bessere spätere Berufs- und Aufstiegschancen (Wachtler 1983b, 67), Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung (Sarvas und Hodny 1998) und das Vermeiden von Arbeitslosigkeit (Sehmsdorf 1998, 35) im Vordergrund. Aber auch die Möglichkeiten von „*educational benefits*“ (Janowitz und Moskos 1974, 120) werden genannt. Es scheint, dass die Motive zur freiwilligen Verpflichtung nicht idealistischer Art und Weise sind, sondern analog zur zivilen Wirtschaft extrinsische Anreize eine immer dominantere Rolle spielen.

²²⁴ Auswertung der Antworten von sieben Experten.

Staaten, die eine Freiwilligenstreitkraft unterhalten oder bald zu diesem Wehrsystem übergehen und Arbeitskräfte auf dem Markt suchen müssen, haben in der Rekrutierung Freiwilliger Mühe. Nach Meinung der Experten aus Grossbritannien, den Niederlanden, Portugal, Spanien und der Ukraine ist die Rekrutierung Freiwilliger nicht erfolgreich. Als Hauptgrund für die negative Entwicklung in der Rekrutierung wird die wirtschaftliche Situation, die Arbeitsbedingungen und die tiefen Löhne genannt.²²⁵ Nur die Experten aus Frankreich und Bulgarien geben an, keine Schwierigkeiten zu haben.²²⁶ In Belgien, Irland und zu einem geringeren Teil in Italien könnten – mit Schwierigkeiten – genügend junge Soldaten rekrutieren werden.

Wird die Frage der Rekrutierung Freiwilliger auf die bestehenden Wehrpflichtstreitkräfte ausgedehnt – denn diese benötigen zumindest für Führungsfunktionen wie auch für Spezialaufgaben Berufspersonal – kann folgendes Bild gezeichnet werden: 8 Experten geben an, ohne Schwierigkeiten das Sollziel zu erreichen. Die relative Mehrheit (14 Experten) teilt die Meinung, dass das Rekrutierungsziel erreicht werden könne, aber nur mit Schwierigkeiten. 9 von 31 Experten schätzen die Rekrutierungsquote für das Berufspersonal als nicht erfüllt ein.

Um eine genügend grosse Zahl Freiwilliger zu rekrutieren, wird als Hauptmassnahme eine gute Informations- und Kommunikationskampagne gesehen (Tabelle 8.15).²²⁷ ‚Sichtbar werden‘ in der Öffentlichkeit kann hier als Devise genannt werden. An zweiter Stelle stehen die monetären Anreize mittels eines überdurchschnittlichen Lohnes gegenüber dem zivilen Sektor. Weitere wichtige Massnahmen bestehen in der Möglichkeit von Ausbildungs- und Wei-

²²⁵ Diese Einschätzung wird auch von anderen Forschenden geteilt. In den Niederlanden ist vor allem die Rekrutierung für das Heer schwierig. Dort fehlt Personal für Kampffunktionen wie Infanterie und Artillerie. Bei der Luftwaffe und der Marine entstehen Engpässe beim technischen Personal. Eine Aufstellung der Rekrutierungsergebnisse 1994 bis 1999 in den Niederlanden zeigt den teilweisen Erfolg der Rekrutierung: 1994: 93%, 1995: 91%, 1996: 92%, 1997: 85%, 1998: 87%, 1999: 85% (Soeters und Bos-Bax 2002, 70). In den USA muss seit 1999 mit massiven Rekrutierungsproblemen gerechnet werden, die nur durch substanzielle Erhöhung der Besoldung gelöst werden können. Es bedarf 27 Kontaktaufnahmen pro Person, bis es zu einer Vertragsunterzeichnung kommt (Starlinger 2001, 446-448, siehe auch bei Sommer 2003, 62, Dietz und Stone 1975). Segal und Verdugo (1994) beschreiben vier Phasen der Anwerbung von Personal in den USA von 1973 bis 1990, wobei zusammenfassend eher eine durchmischte Erfolgsbilanz der Rekrutierung gezogen werden muss. Die Situation in Grossbritannien wird ähnlich beschrieben und sogar die Befürchtung geäussert, dass die Weiterführung der Freiwilligenstreitkraft gefährdet sei (Dandeker 2002). Dandeker fordert deshalb eine forcierte Erweiterung der Rekrutierung, die Frauen mehr berücksichtigen sollte. Richter und Schleicher (1996, 93) geben für Belgien an, dass zwischen 1987 und 1995 durchschnittlich nur 90% der Offiziersstellen besetzt werden konnten (siehe zu Belgien auch van der Meulen und Manigart 1997). Nur in Frankreich scheinen die Rekrutierungsziele zu 99% erfüllt worden zu sein, und die im Dienst verbleibende Zeit sei im Durchschnitt länger als zuvor angenommen (Boëne 2002, 113, Boëne 2003b, 131).

²²⁶ Nach Aussetzung der Wehrpflicht ist es nach anderen Quellen aber nicht gelungen, alle Stellen in Frankreich zu besetzen. Es fehlen etwa 10000 Militäranghörige und Zivilisten für den regulären Dienstbetrieb des Heeres (Murren in Frankreichs Armee. Klagen über Sold, Dienstzeit und Einsatzlast. Neue Zürcher Zeitung, Donnerstag, 7. Februar 2002, Nr. 31, 3). Frankreich hat obligatorisch die Registrierung aller Franzosen und Französischen im Alter von 16 Jahren und eine Beteiligung am ‚Appelltag zur Verteidigungsvorbereitung‘ (Vorträge und psychologisch-medizinische Tests) an Stelle der Wehrpflicht eingeführt. Dies mit dem Gedanken, dass so Jugendliche für den Militärdienst motiviert werden könnten.

²²⁷ Massnahmen alleine können nicht zum Erfolg führen. Wichtig ist vielmehr, dass eine gesellschaftlich positive Grundstimmung gegenüber den Streitkräften besteht. In diesem Zusammenhang weisen Moskos und Glasstris (2001, 10) darauf hin, dass in den USA der Anteil an jungen Menschen, die sicher keinen freiwilligen Militärdienst leisten würden, in der Zeit von 1980 bis 2000 von 40% auf 64% angestiegen sei.

terbildungsangeboten wie auch in der Aussicht auf Karrieremöglichkeiten.²²⁸ Eine Verknüpfung von monetären Anreizen und Weiterbildungsangeboten kann in Auslandseinsätzen gesehen werden. Dabei werden überdurchschnittliche Löhne bezahlt und zugleich erhalten die teilnehmenden Soldaten die Möglichkeit, Sprachen zu lernen und fremde Länder kennen zu lernen. Der spanische Experte bringt das Argument einer bewussten Verringerung der Qualitätsanforderungen für die zu Rekrutierenden in die Diskussion ein.²²⁹ Die Streitkräfte setzen die Zulassungsbestimmungen tiefer, um genügend Personal zu finden. Damit sich Personen überhaupt für den Dienst interessieren und sich melden, müssen die Streitkräfte einen guten Ruf in der Bevölkerung vorweisen.²³⁰

Tabelle 8.15: Wichtigste Massnahmen zur erfolgreichen Rekrutierung Freiwilliger nach Experten und Land (25 Experten aus 17 Länder)

<i>Massnahmen</i>	<i>Länderexperten</i>
Informationskampagne	2x Bulgarien, 2x Frankreich, Grossbritannien, Irland, Italien,
Kommunikationskampagne	Schweden, Ukraine
Anreize durch Lohn	Griechenland, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Portugal, Russland,
Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme	Italien, Litauen, 2x Niederlande
Karrieremöglichkeiten	
Aussicht auf PSO mit entsprechender Entlohnung	Deutschland, Ukraine, Ungarn
Keine speziellen Anreize	Belgien, Lettland
Geringere Qualitätsanforderungen an die Rekrutierten	Spanien

Diese Massnahmen korrespondieren gut mit den in der Literatur genannten. Caforio und Nuciari (1996a) geben für italienische Offiziere als Hauptgründe die Arbeitsplatzsicherheit, militärisches Interesse und die Vermeidung von Arbeitslosigkeit an. Das Bundesministerium für Landesverteidigung in Österreich (2001) nennt im Zwischenbericht der Expertenkommission eine arbeitsgerechte Entlohnung, Förderung der beruflichen Reintegration nach Beendigung des Militärdienstes, Sicherstellung der Wohnversorgung sowie eine Imagesteigerung des Soldatenberufes als unabdingbar für die Rekrutierung Freiwilliger. Boëne et al. (2000) heben die Bildungsmöglichkeiten – vor allem den Zugang zu universitärer Bildung – hervor, sowie die mögliche Mobilität des Offiziers, d.h. zwischen den einzelnen Diensten wechseln zu kön-

²²⁸ Zahlreiche Bildungsangebote und die Unterstützung bei der Arbeitssuche nach dem Verlassen der Streitkräfte sind nach Bos-Bax und Soeters (2003) notwendige Bedingungen für die Attraktivitätssteigerung. Zugleich nennen sie eine relativ kurze Erstverpflichtungszeit als wichtig, welche verlängert werden kann. Siehe zu den Anreizen auch bei Vlachova (2003, 8).

²²⁹ In Spanien mussten die Anforderungen auf ein Minimum reduziert werden. Der minimale Intelligenzquotient für die Einstellung wurde auf 70 IQ-Punkte gesetzt, um überhaupt noch genügend Personal rekrutieren zu können (Neue Luzerner Zeitung. Wie dumm dürfen Soldaten sein? NLZ, Samstag, 19. Februar 2000, Nr. 42, 42).

²³⁰ Den Zeitpunkt einer Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft sieht das Bundesministerium der Landesverteidigung (2001) vorzugsweise bei einem Überschuss an Arbeitskräften auf dem zivilen Arbeitsmarkt. Den Umstellungszeitraum wird aufgrund internationaler Erfahrungen auf eine Dekade angesetzt. Van der Meulen und Manigart (1997, 325) sprechen in diesem Zusammenhang bei der Rekrutierung für eine Freiwilligenstreitkraft von einem ‚Dilemma of Transition‘, falls kein genügend grosses Intervall für den Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft bestehe.

nen. Starlinger (2001) sieht als Grund das militärische Umfeld (Ausbildung – Tätigkeit – Karriere – Führungspersonal), gefolgt von wirtschaftlichen Aspekten (Bezahlung – soziale Absicherung beim Ausstieg). Ebenfalls betont er das Image der Streitkräfte in der Öffentlichkeit (Akzeptanz – moderne Bewaffnung /Ausrüstung).

Bei monetären Anreizen wird in Österreich davon ausgegangen, dass die Entlohnung im Vergleich zur Privatwirtschaft um 15% bis 20% höher sein müsste, um Unteroffiziersanwärter gewinnen zu können (Starlinger 2001). In den Niederlanden spielt die Länge des Vertrages, mithin die Arbeitsplatzsicherheit eine wichtige Rolle. Daneben ist auch das Angebot an (Weiter-)Bildung erwünscht (Soeters und Bos-Bax 2002). In der Untersuchung von Moore (2002, 258) über Frauen in den US-Streitkräften werden monetäre Anreize (Geld sparen für das College) sowie Job-Training als die wichtigsten Motivatoren betrachtet.

Beide Motivationsebenen, intrinsische wie extrinsische, sind wichtig für die Rekrutierung freiwilliger Soldaten. Allgemein werden aber extrinsische Anreize zur Ausübung des Militärbetriebes öfter genannt. Obwohl ökonomische Gründe eine wichtige Rolle spielen, scheint auf einer Metaebene das positive Prestige der Streitkräfte im Allgemeinen am wichtigsten zu sein. In Staaten, in denen das nicht der Fall ist, treten zum Teil massive Rekrutierungsschwierigkeiten auf.

8.3.3 Einschätzung der Verteidigungsausgaben

*In the recent three years sharp increase of military budget was realized. There was a year in which 40 percent increase took place. Referring to GDP percent, the official date is 1.8 percent. However, this is false. During the communist regime, the official data were artificially kept low, and the expenses were hidden in other areas. Economist A. Brody made a long list of hidden cost of defence. Due to conscription, the actual data are much higher than the official data.
(Experte aus Ungarn)*

In der Dekade 1990 bis 2001 sinken, trotz der gegenteiligen Beschreibung des ungarischen Experten im Zitat, die Verteidigungsausgaben in den meisten Staaten zum Teil massiv (vergleiche Abschnitt 7.5). Die sogenannte Friedensdividende nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatensysteme wird eingelöst. 19 von 27 Ländern reduzieren die Verteidigungsausgaben aufgrund der neuen geostrategischen Lage in diesem Zeitraum. Steigerungen in den Verteidigungsausgaben nehmen vor allem osteuropäische Staaten im Hinblick auf die Annäherung oder den Beitritt zur Nato vor. Dies sind gemäss Expertenangaben Estland, Lettland, Litauen, Tschechien und Ungarn.

Das Argument „Eine Freiwilligenstreitkraft verringert die Kosten der nationalen Ökonomie im Ganzen“ wird nicht als ein ausschlaggebender Punkt bei der Umstellung betrachtet. Nur die Experten aus 10 Staaten betrachten dies als sehr oder eher wichtiges Argument. In 6 Staaten wird die ökonomische Vorgabe als eher unwichtig oder komplett unwichtig (Italien

und Spanien) gewichtet. Hingegen scheint für die *Beibehaltung* der Wehrpflicht das ökonomische Argument stärker zu zählen. So sind die Experten von 17 Staaten der Meinung, dass das Argument „In den Augen der Politiker und der öffentlichen Meinung ist eine Wehrpflichtarmee günstiger als eine Freiwilligenstreitkraft“ eine sehr oder eher wichtige Rolle für die Entscheidung zur Beibehaltung der Wehrpflicht gespielt habe. In zwei Staaten ist dieses Argument eher untergeordnet (Schweden, Ungarn) und nur in zwei Staaten ist dies kein Thema gewesen (Türkei und Portugal).

Es scheint, dass den ökonomischen Überlegungen vor allem für die Beibehaltung der Wehrpflicht stärkeres Gewicht beigemessen wird.

8.4 Geostrategische Triebkräfte

No more need for mass armed forces according to the strategic situation in Europe.

(Experte aus Frankreich)

Readiness and military effectiveness, switch in missions: more peacekeeping less direct threat.

(Experte aus der Slowakei)

Drei ursächliche geostrategische Triebkräfte des Streitkräftewandels im Allgemeinen und die Aussetzung der Wehrpflicht im Besonderen werden in Abschnitt 8.4.1 bis Abschnitt 8.4.3 thematisiert: Das Ende des Kalten Krieges und die damit verschwindende Gefahr eines konventionellen Konfliktes in Europa, die Bedeutung von Allianzen und die Auswirkungen friedensunterstützender Einsätze im Ausland.

8.4.1 Das Ende des Kalten Krieges und das Verschwinden konventioneller Gefahren

Mit dem Ende des Kalten Krieges treten in Europa geostrategische Veränderungen zu Tage. Das Bedrohungsempfinden weiter Bevölkerungskreise wie auch der zivilen und militärischen Führung verlagert sich vom konventionellen militärischen Verteidigungs- und Angriffsszenario hin zu einer breiteren Bedrohungsanalyse. Neue Gefahren wie die organisierte Kriminalität, Terrorismus, Umweltverschmutzung, Proliferation, Migration und Angriffe auf Computersysteme rücken stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Die nationale Verteidigung wird zweitrangig.

Europaweit werden in fast allen Staaten explizit Studien über die vorhandenen Gefahrenpotenziale verfasst (Tabelle 1 Anhang B). Von Interesse für unsere Fragestellung ist, welchen Stellenwert die konventionelle militärische Bedrohung nach dem Ende des Kalten Krieges in offiziellen Regierungsberichten noch hat. Dies kann als Indikator dafür gewertet werden, welches Bedrohungsempfinden in den jeweiligen Staaten am ausgeprägtesten ist. 10 von 29 Län-

derstudien geben gemäss den Experten den konventionellen Gefahren einen breiten Raum und grosse Aufmerksamkeit (Tabelle 8.16). 12 von 29 Staaten scheinen die konventionellen Gefahren durchschnittlich zu thematisieren und in 7 von 29 Studien erhalten konventionelle Gefahren eine nur kleine Aufmerksamkeit neben den anderen aufgeführten Gefahren. Während Staaten in unmittelbarer Nähe eines Gefahrenherdes oder Staaten, die sich früher bedroht fühlten, stärkere Akzente auf die konventionellen Gefahren setzen, integrieren vor allem Nato-Staaten konventionelle Gefahrenanalysen unterdurchschnittlich stark in ihre Berichte.

Tabelle 8.16: Regierungsstudien und deren Beachtung konventioneller militärischer Gefahren für den Staat (29 Länder)

Konventionelle militärische Bedrohung	Länder
Grosse Beachtung	Finnland, Griechenland, Lettland, Litauen, Niederlande, Portugal, Russland, Serbien, Slowakei, Türkei
Mittlere Beachtung	Bulgarien, Estland, Frankreich, Italien, Kroatien, Österreich, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowenien, Tschechien, Ukraine
Kleine Beachtung	Dänemark, Deutschland, Grossbritannien, Irland, Polen, Spanien, Ungarn

Die Bedrohungsempfindung hat gemäss den Experten einen Einfluss auf die Entscheidung, die Wehrpflicht auszusetzen. In 5 von 10 Staaten werden die Gründe „Die nationale Verteidigung ist sekundär geworden“ und „Es existiert keine direkte Bedrohung mehr“ für die Aussetzung der Wehrpflicht als ziemlich wichtig erachtet, wobei es sich ausschliesslich um westeuropäische Staaten handelt.²³¹

Geostrategische Überlegungen verändern somit die Wahrnehmung des Gefahrenpotenzials und beeinflussen das Wehrsystem. Wenn keine direkte Bedrohung ersichtlich ist, steigt die Bereitschaft, die Wehrpflicht auszusetzen und die Armeeaufgaben Freiwilligen zu überlassen. Wird hingegen weiterhin eine militärische Bedrohung wahrgenommen, verzögert dies die Aussetzung der Wehrpflicht und ist mit ein Grund, die militärische Landesverteidigung weiterhin mit Wehrpflichtigen zu gewährleisten. Gemäss den Expertenantworten aus 9 von 21 Ländern ist eine mögliche militärische Bedrohung ein sehr oder eher wichtiger Grund für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Dies betrifft Griechenland und die Türkei wie auch die baltischen Staaten Estland und Litauen in besonderem Masse. Ebenfalls eine mögliche militärische Bedrohung können Finnland, Polen, die Slowakei, und in geringerem Masse Serbien und Bulgarien nicht ausschliessen.

²³¹ Belgien, Italien, Niederlande, Portugal, Spanien.

8.4.2 Allianzeffekte

14 Staaten sind zum Zeitpunkt der Erhebung Mitglieder der EU oder der Nato und weitere sieben streben den Anschluss an. Für sie scheint ihre (zukünftige) Involvierung in eine Allianz ein wichtiger Grund für den Aussetzungsentscheid darzustellen.²³² In 14 Ländern ist die Allianzlosigkeit ein wichtiger Grund, weiterhin an der Wehrpflicht festzuhalten (alle Staaten, die nicht der Nato angehören, teilen diese Meinung). Nato-Staaten sind stärker in PSO eingebunden. Während allianzfreie Staaten keine oder fast keine Auslandseinsätze (9 von 16 Staaten) oder nur in einem mittleren Masse (4 von 16 Staaten) unterstützen, beteiligen sich 12 von 14 Nato-Staaten stark oder in mittlerem Masse in PSO. In Bezug auf die internationale Kooperationsfähigkeit und –willigkeit zeigt sich, dass vor allem Nato-Staaten ihr PSO-Engagement im letzten Jahrzehnt erhöht haben (Tabelle 8.17). Bei allianzfreien Staaten kann zwar auch eine Erhöhung des Engagements festgestellt werden, aber in wesentlich geringerem Masse.

Tabelle 8.17: Allianzmitgliedschaft und Beteiligung in PSO 1990-2001 (28 Länder; ohne Serbien und Kroatien)

		Nato		Total
		Nein	Ja	
PSO 1990-2001 Zunahme	stark	2	9	11
	gering	8	5	13
	gleich	4	0	4
Total		14	14	28

In Nato-Staaten erkennen die Experten in neun Fällen eine starke und in fünf Fällen eine geringe Zunahme der PSO. Kein Nato-Mitglied erhöht sein Engagement in diesem Zeitraum nicht. Hingegen verharrt die Beteiligung von vier Nicht-Nato-Staaten in PSO auf ähnlichem Niveau (Estland, Finnland, Irland, Ukraine). Von den allianzfreien Staaten erhöhen nur zwei – Lettland und Russland – ihr Engagement in starkem Masse. Auffallend ist, dass die militärische Akzeptanz der Wehrpflicht zwischen allianzgebundenen und keiner Allianz angehörenden Ländern signifikant unterschiedlich ist: In 10 von 13 allianzlosen Staaten haben die militärischen Führer eine hohe Akzeptanz der Wehrpflicht (Tabelle 8.18). Hingegen unterstützen sie gemäss den Experten in nur 3 von 9 Nato-Staaten die Wehrpflicht in einem hohen Grade. In drei Ländern ist die militärische Akzeptanz der Wehrpflicht nur schwach vorhanden.

Tabelle 8.18: Akzeptanz der Wehrpflicht durch die militärischen Führer nach Nato-Zugehörigkeit (22 Länder)

Akzeptanz Wehrpflicht durch Militär	Nato: Nein	Nato: Ja
tief	Bulgarien, Russland, Slowakei	Italien, Polen, Tschechien
mittel		Dänemark, Deutschland, Ungarn
hoch	Finnland, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Rumänien, Schweiz, Serbien, Slowenien, Ukraine	Frankreich, Griechenland, Niederlande

²³² 7 von 10 Staaten, von denen Antworten vorliegen: Belgien, Bulgarien, Italien, Portugal, Rumänien, Spanien und Tschechien.

Es gibt Indizien dafür, dass die Mitgliedschaft in der Nato die Aussetzung der Wehrpflicht beschleunigt. Vor allem osteuropäische Länder wechseln nach erfolgreichem Beitritt schnell zu einer Freiwilligenstreitkraft. Als Beispiele in neuster Zeit gelten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

8.4.3 Friedensunterstützende Massnahmen und Auslandengagement

*Experiences of conscripts: Depends on the personal background, in general, very good experience among officers.
(Experte aus Österreich)*

*Good, they are 'citizens in uniform' and have therefore a better understanding of the situation of the local population than that professional soldiers would have.
(Experte aus Dänemark)*

Die Streitkräfte stehen einem gewandelten Umfeld mit neuen Anforderungsprofilen gegenüber (vergleiche Kapitel 3). Vor allem die seit Beginn der neunziger Jahre vermehrt auftretenden Auslandseinsätze (PSO) verändern auch die (Wehr-)Struktur der Streitkräfte. Die Experten wurden deshalb nach der Intensität der PSO gefragt.

Im Jahr 2001 ist europaweit etwas mehr als ein Drittel der Staaten nicht oder sehr wenig in PSO involviert (Tabelle 8.19). Hauptsächlich, neben der Schweiz, Irland und der Türkei, sind dies osteuropäische Staaten. Zumeist standen sie selber bis vor kurzem in einer Konfliktsituation (Kroatien, Serbien) oder die finanziellen Mittel reichen nicht aus, sich in PSO zu beteiligen (z.B. Bulgarien). Ausser Irland mit einer Freiwilligenstreitkraft beteiligen sich nur Staaten mit Wehrpflicht in geringem Masse in PSO. Auf der anderen Seite ist ein gutes Drittel der europäischen Streitkräfte stark in PSO involviert. Dazu gehören vor allem Länder, die entweder eine Freiwilligenstreitkraft eingeführt haben (Belgien, Frankreich, Niederlande) oder eine Wehrpflichtrate unter 50% aufweisen. Ebenfalls fällt auf, dass nordische Staaten (Dänemark, Finnland, Schweden) starke Beteiligungen in PSO vorweisen. Ein weiteres Drittel der Streitkräfte weist eine mittlere Involvierung aus. In dieser Gruppe kommen auffallend viele Staaten vor, welche die Wehrpflicht zu Beginn des neuen Jahrtausends ausgesetzt haben oder dies in den nächsten Jahren definitiv vollziehen werden. Es scheint, dass sich nur professionalisierte Streitkräfte und Streitkräfte mit einem geringen Wehrpflichtanteil stark in PSO beteiligen. Hingegen sind Staaten mit hoher Wehrpflichtrate weniger stark in PSO involviert.

Tabelle 8.19: Involvierung in PSO (30 Länder)

Involvierung in PSO	Länder
keine oder wenig	Bulgarien, Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Russland, Schweiz, Serbien, Slowenien, Türkei
mittel	Estland, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Rumänien, Slowakei, Spanien, Tschechien, Ukraine, Ungarn
gross	Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden

Es zeigt sich, dass Staaten mit einer Freiwilligenstreitkraft zahlenmässig eher mehr Einsätze leisten als Staaten mit Wehrpflichtstreitkräften. Zugleich bemerkt ein Grossteil der Experten, dass in der Zeitspanne 1990 bis 2001 der Anteil der Missionen zugenommen habe. 11 von 28 Staaten registrieren einen starken Zuwachs von PSO, 13 von 28 Staaten einen zumindest kleinen Anstieg. Nur in vier Staaten bleibt die Anzahl der Missionen in den letzten zehn Jahren auf gleichem Niveau. In Europa zeichnet sich ab den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine quantitativ stärkere Involvierung in PSO ab.

Wenn ein Staat Soldaten ins Ausland schickt, setzen sich die Mannschaften aus zwei verschiedenen Soldatentypen zusammen. Entweder sind es nur Zeit- oder Berufssoldaten, die auch in seltenen Fällen gegen ihren Willen in PSO geschickt werden können (in 11 von 27 Ländern).²³³ Oder, wie in 16 Staaten, werden auch Wehrpflichtige berücksichtigt, aber nur auf freiwilliger Basis,²³⁴ d.h., Wehrpflichtige werden nicht gegen ihren Willen in Auslandeinsätzen verwendet.²³⁵ Die Erfahrungen mit Wehrpflichtigen, die sich auf freiwilliger Basis für einen Auslandeinsatz gemeldet haben, sind gut bis sehr gut (sehr gut: Finnland, Griechenland, Österreich und in früheren Zeiten die Niederlande, gut: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden und die Schweiz). Der Experte aus Dänemark meint, da Wehrpflichtige Bürger in Uniform seien, hätten sie für die lokale Bevölkerung ein besseres Verständnis als Berufssoldaten. In Tschechien konnten ziemlich gute Erfahrungen in der Mediation, aber eher schlechte Erfahrungen in Kampfsituationen beobachtet werden. Nur in der Slowakei wird der Einsatz von Wehrpflichtigen nicht als die beste Option bewertet.

Auslandeinsätze beeinflussen die öffentliche Meinung über die Streitkräfte in 24 von 27 europäischen Ländern positiv. Dabei kann in zehn Staaten sogar ein sehr positiver Effekt ausgemacht werden. Nur drei Länderexperten (Bulgarien, Russland, Ukraine) können keinen oder fast keinen Einfluss feststellen. In allen Fällen sind sich die europäischen Experten einig, dass PSO nicht negativ auf die öffentliche Meinung über die Streitkräfte wirken. Das Gegenteil ist der Fall: Auslandeinsätze, vor allem wenn sie noch an humanitäre Vorgaben geknüpft sind, geniessen in europäischen Gesellschaften eine hohe Akzeptanz und steigern auch das Ansehen der Streitkräfte.

²³³ Belgien, Bulgarien, Estland, Grossbritannien, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

²³⁴ Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, Türkei, Ukraine.

²³⁵ Siehe dazu auch die damit verbundene Diskussion über die Nato-Mitgliedschaft, wie sie z.B. in Österreich geführt wird (Kernic und Callaghan 2002, 182).

Dass nur Freiwillige fähig seien für PSO ist gemäss den Experten der wichtigste Grund für die Aussetzung der Wehrpflicht und für die Einführung einer Freiwilligenstreitkraft (siehe Abschnitt 8.5.2). Als eher unwichtig in der Diskussion über die Beibehaltung der Wehrpflicht wird das Argument betrachtet, dass auch Wehrpflichtige in friedensunterstützenden Einsätzen beteiligt werden können. Noch weniger Gewicht vermag der Grund „Mein Land hat nur ein kleines Engagement in PSO“ auf die Beibehaltung der Wehrpflicht auszuüben.

8.5 Wechsel von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft: Ein Resumée

*Financial reasons; political reasons; future Nato membership.
(Experte aus Kroatien)*

*Cost of defence have caused a superficial or mild discussion/consideration.
(Experte aus Finnland)*

Zwischen 1990 und 2001 wird die Frage der Aussetzung der Wehrpflicht auf offizieller Ebene in den meisten Staaten diskutiert. Nur in Dänemark, Estland, Finnland,²³⁶ Schweden, der Schweiz, Serbien und der Ukraine findet auf Regierungs- noch auf Parlamentsebene eine substantielle Diskussion statt.

In Staaten, in denen eine Diskussion geführt wird, wird sowohl in parlamentarischen Debatten, Regierungsstatements sowie in Studien und Berichten der möglichen Aussetzung der Wehrpflicht nachgegangen. Die Position der Streitkräfte wird dabei in unterschiedlichem Masse in die Entscheidungsfindung miteinbezogen. Sehr oder ziemlich stark wird die Meinung der militärischen Führer in 10 von 22 Ländern berücksichtigt.²³⁷ Ebenfalls in 10 von 22 Staaten spielt die Position der Streitkräfte eine eher untergeordnete Stelle.²³⁸ Parteienmeinungen lassen sich in Bezug auf die Aussetzung der Wehrpflicht gemäss dem Links-rechts-Schema nicht zuordnen. Wenn die Abschaffung zum Thema avanciert, dann sind es aber zumeist politisch links positionierte Parteien, die dies öffentlich machen.²³⁹ Die Aussetzung oder Beibehaltung der Wehrpflicht scheint in Europa keine dominierende Angelegenheit in Wahlkampagnen zu spielen. Nur in acht Ländern geben die Experten an, dass die Frage der Aussetzung der Wehrpflicht durch einzelne Parteien in den nächsten Wahlen ein Wahlkampfthema sein würde.

²³⁶ Zeitgleich mit der Durchführung der Expertenerhebung segnete die Regierung in Finnland einen Bericht zuhanden des Parlamentes ab, in dem sie explizit die Wehrpflicht als das einzig mögliche Wehrsystem für die finnischen Streitkräfte bezeichnete, siehe dazu Finnish Security and Defence Policy 2001.

²³⁷ Bulgarien, Deutschland, Finnland, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Lettland, Litauen, Russland, Rumänien.

²³⁸ Frankreich, Kroatien, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien.

²³⁹ Auch van der Meulen und Manigart (1997, 323) weisen darauf hin, dass in Belgien und den Niederlanden eine Mitte-links-Regierung die Aussetzung der Wehrpflicht beschlossen hat. Auch in Ungarn unterstützt die 2002 neu gewählte sozialistische Regierung die Modernisierung der ungarischen Streitkräfte ab 2006 (Kiss 2003, 140).

Die erste Initiative zur Aussetzung der Wehrpflicht geht oder ging in der Regel von politischen Parteien oder politischen Führern aus (in 9 von 11 Ländern). Nach Angaben der Experten wird die Diskussion in keinem Fall zuerst von den militärischen Führern lanciert. Es scheint, dass die Auseinandersetzung mit der Wehrpflicht in erster Linie politisch und weniger militärisch geführt werden muss.²⁴⁰

Beim Wechsel von der Wehrpflicht zu einer Freiwilligenstreitkraft treten Schwierigkeiten auf. Vor allem in der Transformationsphase der Streitkräfte kann dies festgestellt werden. Gemäss den Experten liegen die Hauptgründe bei folgenden Punkten:

- Lohnsystem (Ukraine),
- Fluktuation des Personals (Belgien, Grossbritannien, Portugal),
- Reorganisation der Streitkräfte im Allgemeinen (Niederlande, Italien) und
- fehlende Karrieremöglichkeiten (Bulgarien, Spanien).

Auf die offene Frage „Was waren die unmittelbaren Gründe für die Überlegungen zur Aussetzung der Wehrpflicht?“ wird an erster Stelle das Ende des Kalten Krieges und die Professionalisierung und Modernisierung der Streitkräfte genannt (Tabelle 8.20). Damit verbunden ist auch das Aufkommen neuer Technologien in der Kriegsführung. An zweiter Stelle treten finanzielle Überlegungen in den Vordergrund. Man erhofft sich durch den Wechsel auf eine kleinere professionalisierte Streitkraft Kosteneinsparungen. Weiter werden zwei politische Gründe – die Frage der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen sowie eine bevorstehende politische Wahlkampagne – genannt.

Tabelle 8.20: Wichtigster Grund für die Aussetzung der Wehrpflicht (41 Experten)

Grund	Häufigkeit	Prozent
Ende des Kalten Krieges / Professionalisierung und Modernisierung der Streitkräfte	16	39
Politische Gründe: Wahlkampagnen (z.B. in Zusammenhang mit der Frage der Wehrdienstverweigerung)	8	19
Beitritt und Partizipation zur Nato und Verpflichtungen in Auslandeinsätzen (PSO)	6	15
Finanzielle Gründe	6	15
Demographische Gründe	3	7
Neue Technologien	2	5
<i>Total gültige Fälle</i>	<i>41</i>	<i>100</i>

Auf einer allgemeineren Ebene, d.h. mit Einbezug aller Experten sowohl aus Staaten mit Wehrpflichtarmeen wie mit Freiwilligenstreitkräften, können noch weitere Gründe genannt werden. Neben den oben schon ausgeführten Überlegungen kommen noch die Partizipation oder ein möglicher Beitritt zur Nato und die Verpflichtungen in internationalen Einsätzen wie

²⁴⁰ Es wird ersichtlich, dass eine eigentliche, vor allem auch offizielle Diskussion auf Regierungs- und Parlamentsebene erst zu Beginn der neunziger Jahre stattfindet. Die schon in den siebziger Jahren akademisch geführte Diskussion zum Ende der Massenarmee ist nicht ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, und die Aussetzung der Wehrpflicht in den USA scheint nicht den in der Literatur angezeigten Dominoeffekt in Europa erzeugt zu haben.

auch demographische Aspekte zum Tragen. Generell ist auf europäischer Ebene eine Ausweitung der professionellen Komponente der Streitkräfte zu beobachten. 19 von 21 Ländern haben im Sinn, die Anzahl des freiwilligen Personals zu vergrössern.

In welcher Zeitspanne wird ein Wechsel zur Freiwilligenstreitkraft in den einzelnen Ländern erwartet (vergleiche Tabelle 8.21)? Den Experten wurden zwei Zeitpunkte (2005 und 2010) angegeben mit der Vorgabe, die Wahrscheinlichkeit der Aussetzung der Wehrpflicht zu bestimmen. Die Experten aus 10 von 22 Staaten sind der Überzeugung, dass die Wehrpflicht bis zum Jahr 2005 nicht abgeschafft werde. In neun weiteren Staaten wird eine Aussetzung der Wehrpflicht bis zum Jahre 2005 mit einer Eintretenswahrscheinlichkeit um die 25% geschätzt. Wesentlich interessanter gestaltet sich die Einschätzung der Experten auf einen Zeitraum über zehn Jahre:

- In vier Staaten ist man überzeugt, dass die Wehrpflicht im Jahre 2010 mit grösster Wahrscheinlichkeit weiterhin existiert (Estland, Finnland, Griechenland, Schweiz).
- In fünf weiteren Staaten wird die Aussetzung der Wehrpflicht mit einer Wahrscheinlichkeit von 25% bis 49% gesehen (Litauen, Russland, Schweden, Serbien, Türkei).
- Neun Staaten werden nach Ansicht der Experten die Wehrpflicht im Jahr 2010 mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% bis 74% nicht mehr anwenden (Bulgarien, Dänemark, Lettland, Österreich, Polen, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn).
- Die Experten aus sechs Staaten sind der Ansicht, dass mit grösster Wahrscheinlichkeit die Wehrpflicht bis 2010 ausgesetzt sein wird (Deutschland, Italien, Kroatien, Portugal, Rumänien, Slowakei).

Es kann davon ausgegangen werden, dass 2010 in Europa die Freiwilligenstreitkraft das Standardwehrsysteem sein wird.²⁴¹ Vor allem Staaten, die eine Wehrpflicht unter 50% aufweisen, werden vermutlich 2010 die Wehrpflicht ausgesetzt haben. Ebenso gehören jene Länder dazu, in denen die öffentliche Akzeptanz der Wehrpflicht in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat.

In der Literatur finden sich zur Aussetzung der Wehrpflicht ähnliche Resultate, wie sie von den Experten geschildert werden. Nach Tkatschenko (2001) sollte in der Ukraine der Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft bis zum Jahr 2015 vollzogen sein. Schwierigkeiten dabei werden in erster Linie auf der finanziellen Seite gesehen, da die direkten Kosten wesentlich ansteigen würden. Am 1. März 2002 unterbreitete das rumänische Verteidigungsministerium einen Vorschlag, dass in der rumänischen Verfassung die Wehrpflicht ab 2003 nicht mehr festgeschrieben sein sollte (Watts 2003, 279). In Slowenien entschied die Regierung im April 2002 die Aussetzung der Wehrpflicht. Die Aussetzung wurde aufgrund des grossen öffentli-

²⁴¹ Im Jahr 2001 beurteilten die Experten in Bulgarien eine mögliche Abschaffung der Wehrpflicht auf 2015. Somit haben sie einen längeren Zeithorizont in Aussicht gestellt. Sie geben als Gründe für einen solch langen Zeithorizont die Kosten wie auch die ungünstige demographische Entwicklung an. Tschechische Experten sehen die Aussetzung der Wehrpflicht zwischen 2004 bis 2006. Die Experten aus Slowenien setzen das Ende der Wehrpflicht zwischen 2006 bis 2010 an. Werden die seit 2001 in Slowenien gefällten Regierungsentscheidungen mit diesen Einschätzungen verglichen, wird ersichtlich, dass die politischen Entscheidungsträger schneller die Umwandlung der Wehrpflichtarmee in eine Freiwilligenstreitkraft beschlossen haben, als dies für die Experten voraussehbar war.

chen Druckes vollzogen. Im Juni 2004 wurden die letzten Rekruten eingezogen und die Umstellung der Reserveeinheiten bis zum Jahr 2010 wird vollzogen sein (Jelušič 2003, Jazbec 2003).

8.5.1 Argumente für die Beibehaltung der Wehrpflichtarmee

*Conscripts provide an excellent base for recruiting professionals.
(Experte aus Dänemark)*

Zusammenfassend werden hier die teils schon diskutierten Resultate der Expertenerhebung in Kurzform dargestellt. Die Befragten bewerteten anhand einer Batterie von Vorgaben die Wichtigkeit verschiedener Argumente für die Wehrpflicht in ihrem Land (Abbildung 8.1).

Abbildung 8.1: Gründe für die Beibehaltung der Wehrpflicht (Mittelwerte, 61 Experten)



Die wichtigste Rolle in der Debatte um die Wehrpflicht spielt die Frage der Tradition. In 17 von 22 Staaten genießt die Tradition einen hohen Stellenwert in der Diskussion über die Bei-

behaltung der Wehrpflicht.²⁴² Nur in fünf Ländern, Estland, Lettland, Litauen, Ukraine und Ungarn, wird dies verneint. Die Annahme, dass eine enge Beziehung zwischen der Wehrpflicht und der Demokratie existiere, ist ein gewichtiges Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Wenn die Wehrpflicht als eine alte nationale Institution empfunden wird und man glaubt, dass sie die Funktion der politischen Kohäsion und/oder der Erziehung erfülle, wird es nicht einfach sein, sie auszusetzen. Solche gesellschaftlichen Überlegungen scheinen wichtiger zu sein als solche ökonomischer Natur, nämlich die Annahme, dass eine Wehrpflichtarmee weniger kostet als eine Freiwilligenstreitkraft. Der ökonomische Faktor wird indes auch hoch bewertet, was sich neben dem Kostenargument darin zeigt, dass nach Meinung der Experten auch Wehrpflichtige weiterhin effizient in den Streitkräften eingesetzt werden könnten.

Ein sehr wichtiger Aspekt in vielen Ländern scheint die Wehrgerechtigkeit zu sein. Experten aus 15 von 22 Staaten bewerten die vorhandene Wehrgerechtigkeit als ein sehr oder eher wichtiges Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Besonders stark heben Griechenland, die Schweiz, Serbien und die Türkei die Wehrgerechtigkeit hervor. Kann ein gewisses Mass an Gerechtigkeit bei Ländern mit Wehrpflicht nicht aufrechterhalten werden, so wird sich der politische Druck zur Aussetzung der Wehrpflicht deutlich verstärken.

Ob sich ein Staat wenig oder gar nicht in PSO engagiert, scheint nach Ansicht der Befragten keinen Einfluss auf die Beibehaltung der Wehrpflicht auszuüben. Auch die Zugehörigkeit zu einem Militärbündnis – im Sinne, dass die Verpflichtung nur mittels Wehrpflichtigen gewährleistet werden kann – beeinflusst nicht die Entscheidung, die Wehrpflicht aufrechtzuerhalten. Wenn schon wird eher ein Zusammenhang dahingehend gesehen, dass das Abseitsstehen von jeglichen Bündnissen eine wichtigere Rolle spielt als die Mitwirkung in einem Bündnis, um die Wehrpflicht auch in Zukunft weiterhin als Rekrutierungssystem zu nutzen.

Der Grund, dass eine mögliche gegen ihr Land gerichtete Bedrohung in der näheren Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann, spielt nur für einzelne Experten eine wichtige Rolle. Die Experten aus den baltischen Staaten wie auch aus Finnland stufen eine solche Gefahr als möglich ein. Zu vermuten ist, dass diese Länder gegenüber ihrem mächtigen Nachbarn Russland noch Ängste hegen. Auch die Experten aus Polen und der Slowakei scheinen die internationale Situation als noch nicht befriedet zu betrachten, da sie eine gegen ihr Land gerichtete Gefahr nicht ausschliessen können. Ebenfalls bestehen zwischen Griechenland und der Türkei Spannungen, die gemäss den Experten das Wehrpflichtsystem als notwendig erscheinen lassen.

Von einigen Experten werden in der Erhebung weitere Gründe für die Beibehaltung der Wehrpflicht aufgeführt: So betonen vor allem die Experten aus Dänemark und Deutschland den Wert der Wehrpflichtigen als Rekrutierungsgefäss für angehende Berufssoldaten. Dabei schwingt die Sorge mit, dass ohne zwangsverpflichtete Rekruten nie die erforderliche Anzahl

²⁴² Sehr wichtig: Finnland, Polen, Portugal, Russland, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei; eher wichtig: Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Kroatien, Österreich, Portugal, Tschechien, Türkei.

an professionellen Soldaten angeworben werden könnte. Weiter wird darauf hingewiesen, dass bei Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland zugleich der Zivildienst verschwinden würde, was grosse Auswirkungen auf das System der Kranken- und Betreuungspflege haben würde.

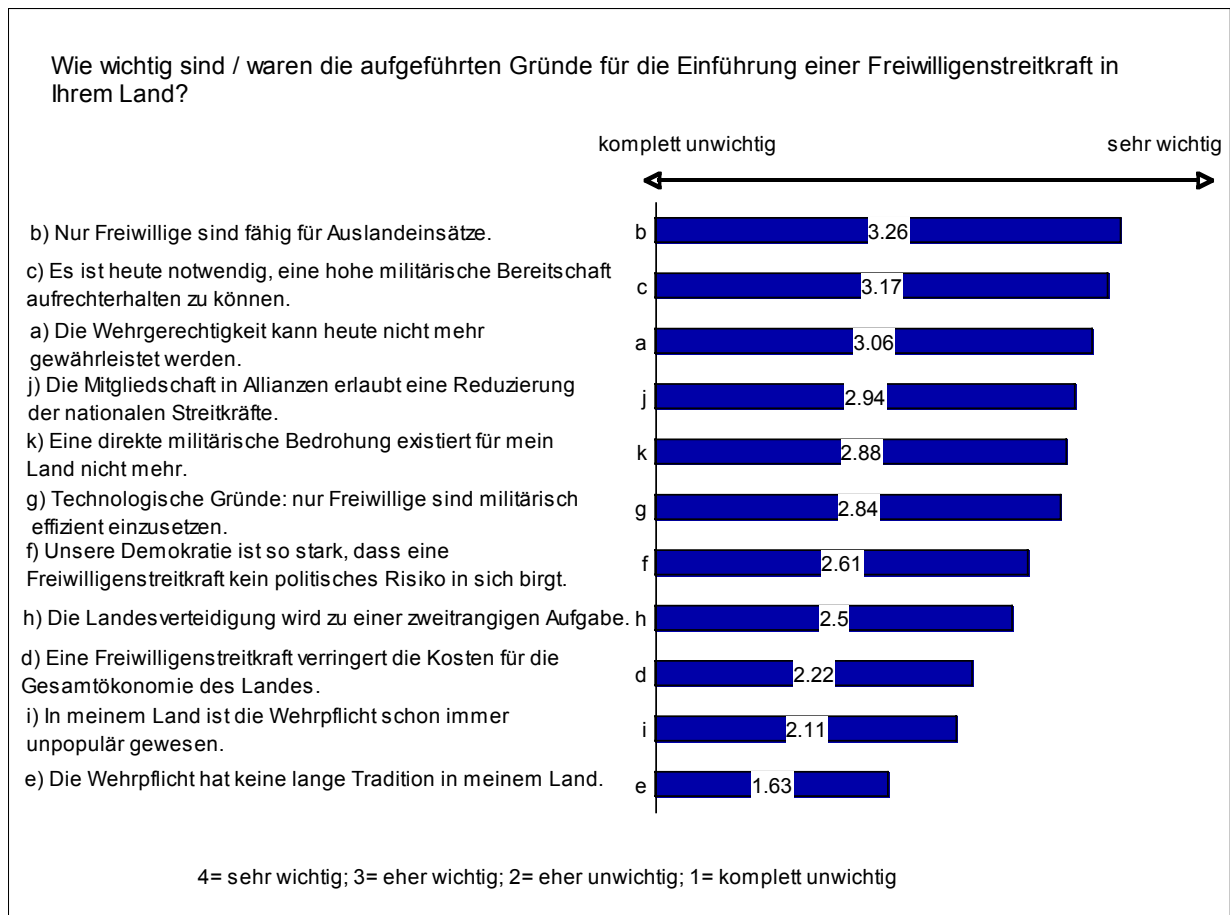
Das Bild des professionalisierten Militärs als ‚Staat im Staat‘, welches sich verselbstständigen kann und für die Zivilgesellschaft eine Gefahr darstellt, wird als Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht von den Experten als ziemlich unwichtig betrachtet. Nicht Negativbewertungen des Berufsmilitärs begünstigen die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht, sondern die positiv empfundene Wirkung aus der Verbindung von Gesellschaft und Militär.

8.5.2 Gründe für den Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft

*The end of the cold war; the new missions for the armed forces; efficiency of the conscripts; popularity of conscription.
(Experte aus Frankreich)*

Im Gegensatz zu den in Abschnitt 8.5.1 dargestellten Befunden stützen sich Staaten, die eine Freiwilligenstreitkraft favorisieren, fast ausschliesslich auf Argumente, die auf militärischer, technologischer oder geostrategischer Natur beruhen. Als Beispiel dienen hierbei die gestiegene Zahl an auswärtigen Militärmissionen, das Bedürfnis nach einem erhöhten Bereitschaftsgrad und nach einer grösseren militärischen Effizienz (Abbildung 8.2). Dabei ist gemäss den Experten der wichtigste Grund für die Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft die Überzeugung, dass nur Berufssoldaten fähig genug seien für Auslandseinsätze. Dies korrespondiert mit den in den neunziger Jahren zahlenmässig stark gestiegenen internationalen Einsätzen.

Abbildung 8.2: Gründe für die Einführung einer Freiwilligenstreitkraft (Mittelwert, 19 Experten)



Die Notwendigkeit eines erhöhten Bereitschaftsgrades wird für die Streitkräfte zunehmend unerlässlich auf der internationalen Bühne der Konfliktbewältigung. Nur so, und im Verbund mit der technologischen Überlegenheit der Berufssoldaten gegenüber den Wehrpflichtigen, könne den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen mit militärischer Effizienz begegnet werden, sind die Experten überzeugt. Die internationale Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (z.B. Nato) erlaubt zusätzlich als wahrgenommener Allianzefekt die Reduzierung der nationalen Streitkräfte.

Die Wahrnehmung einer kleiner werdenden militärischen Bedrohung scheint ein wichtiger, aber kein dominanter Grund für den Wechsel zum Freiwilligenystem zu sein. Ebenso, dass die Landesverteidigung zu einer zweitrangigen Aufgabe verkommen sei.

Auf gesellschaftlicher Ebene führt die zunehmende Wehrgerechtigkeit unter den jungen Männern zu Diskussionen. Dieser davon ausgehende politische Druck scheint ebenfalls die Einführung einer Freiwilligenstreitkraft zu begünstigen. So geben die Experten aus den Niederlanden und Tschechien an, dass die ungerechte Verteilung der Dienstpflicht auf die männliche dienstleistende Alterskohorte ein wichtiger bis sehr wichtiger Grund für die Aussetzung der Wehrpflicht in ihrem Land darstelle. Belgien, Portugal und Spanien betrachten die Wehrgerechtigkeit als ziemlich wichtig. Gemäss Expertenangaben scheint nur in Bulgarien

und Frankreich die Wehrgerechtigkeit in der Diskussion über die Aussetzung der Wehrpflicht eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Weiter wird das Demokratieargument als (schwacher) Grund für die Aussetzung der Wehrpflicht verwendet. Dabei gehen die Experten von der Annahme aus, dass die Tradition der Demokratie in ihrem Land so stark verankert sei, dass eine Freiwilligenstreitkraft kein politisches Risiko in sich berge (sehr oder eher wichtig: 6 von 10 Staaten).²⁴³ Hingegen beurteilen die Experten aus Bulgarien, Frankreich, den Niederlanden und Rumänien diesen Grund für eine mögliche Aussetzung der Wehrpflicht als eher unwichtig. Es scheint, dass ein während des zwanzigsten Jahrhunderts immer wieder eingebrachter Vorbehalt gegenüber einer Freiwilligenstreitkraft in der heutigen gesellschaftspolitischen Diskussion zweitrangig geworden ist.²⁴⁴ Die Unpopularität der Wehrpflicht beeinflusst die Entscheidung eines Wehrsystemwechsels fast nicht.

Bei der Aussetzung der Wehrpflicht fliessen Effizienzgründe und technische Gründe in hohem Masse in die Überlegungen ein, wohingegen bei der Festhaltung an der Wehrpflicht Effizienzgedanken nur von der Hälfte der Staaten als wichtig erachtet werden. Militärische und technologische Überlegungen, die sich vor allem an der Einsatzfähigkeit der Streitkräfte im Ausland aber auch im Inland orientieren, beschleunigen den Wandel weg von einer Wehrpflichtarmee hin zu einer Freiwilligenstreitkraft. Dass Freiwilligenstreitkräfte die Kosten für die Gesamtökonomie verringern, mögen die Experten – trotz den theoretisch postulierten Thesen der Ökonomie – nicht so recht glauben.

Abschliessend fasst Tabelle 8.21 anhand der Wehrpflichttypologie (siehe Abschnitt 7.3) die wichtigsten Resultate der Expertenerhebung zusammen:

- In Staaten mit Transformationsstreitkräften (Typ I) ist eine geringe öffentliche Zustimmung zur Wehrpflicht vorhanden und eine breite politische und öffentliche Debatte hat schon stattgefunden. Militärisch sind sie stark in PSO involviert, und – dies erstaunt – hohe Militärs sprachen oder sprechen sich gegen die Aussetzung der Wehrpflicht aus. Grossmehrheitlich schätzen die Experten, dass bis 2010 die Wehrpflicht ausgesetzt wird.
- Staaten mit Pseudo-Wehrpflichtstreitkräften (Typ II) zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine mittlere PSO-Involvierung wie auch eine mittlere bis hohe öffentliche Akzeptanz der Wehrpflicht vorweisen. In den meisten Staaten hat die Aussetzung der Wehrpflicht in Politik und Gesellschaft zu Diskussionen geführt. Die militärische Führung wehrt sich aber eher gegen eine Aussetzung. Klar ist hingegen, dass eine weitere Reduzierung des Wehrpflichtanteils vorgesehen ist. Die Wahrscheinlichkeit der Aussetzung der Wehrpflicht bis zum Jahr 2010 wird von den Experten bei 6 der 8 Staaten mit mindestens 50% angegeben.

²⁴³ Belgien, Grossbritannien, Italien, Portugal, Spanien, Tschechien.

²⁴⁴ Wahrscheinlich wird auch das Gewicht der Wehrpflicht als Integrationsfaktor überschätzt, denn die politische und gesellschaftliche Ausrichtung der Streitkräfte ist mehr vom Offizierskorps beeinflusst als durch die einberufenen Rekruten. Eine Demokratieadäquanz, d.h. ein besonders enges Verhältnis von Wehrpflicht und demokratischer Staatsform, lasse sich z.B. in Deutschland nicht nachweisen (Klümper 2002, 167).

- Länder mit einem Wehrpflichtstandardmodell (Typ III) haben eine kleine bis mittlere Involvierung in PSO, zeigen aber dennoch eine Tendenz zu einer Zwei-Klassen-Armee. Die militärische Führung scheint sich in der Bewertung der Aussetzung der Wehrpflicht noch im Unklaren zu sein. Hingegen ist die öffentliche Akzeptanz der Wehrpflicht eher mittelmässig und wird auch öffentlich diskutiert. Ebenfalls setzt sich die Regierung und das Parlament mit dieser Frage auseinander. Eine weitere Reduzierung des Wehrpflichtanteils wird klar bejaht. Auch hier äussert die grosse Mehrheit der Experten die Meinung, dass die Wehrpflicht bis zum Jahr 2010 mit grosser Wahrscheinlichkeit ausgesetzt werde.
- Länder mit Wehrpflicht dominierten Streitkräften (Typ IV) zeichnen sich in ihren Merkmalen weiterhin als Träger klassischer Wehrpflichtarmeen aus. Die öffentliche Akzeptanz scheint in hohem Masse noch vorhanden zu sein. Regierung und Parlament haben noch nicht offiziell die Aussetzung der Wehrpflicht diskutiert, und wenn, dann stellen sie sich hinter die Wehrpflicht. Unterstützung erhalten sie von hohen Militärs, die sich gegen eine Aussetzung wehren. Einhellig sind die Experten auch der Meinung, dass eine Aussetzung der Wehrpflicht bis 2010 nur mit geringer Wahrscheinlichkeit stattfinden würde.

Tabelle 8.21: Die Zukunft europäischer Streitkräfte – Expertenbefragung Stand 2001 in Verbindung mit der Wehrpflichttypologie (27 Länder)

Wehrpflichttyp 1992-2000 nach Länder*	Öffentliche Zustimmung zur Wehrpflicht	Rechtsgrundlage Wehrpflicht**	Aussetzung durch folgende Instanz(en)***	Regierung			Parlament			Öffentlichkeit	Meinung der Streitkräfte zur Aussetzung	Weitere Reduzierung des Wehrpflichtanteils in Prozent	Tendenz zu einer Zwei- Klassen- Armee	Involvierung in friedens- unterstützende Einsätze	Wahrscheinlichkeit der Aussetzung der Wehrpflicht bis 2010
				Debatte zur Aussetzung	ja	nein	ja	nein	ja						
Typ I: Transformationsstreitkräfte															
Belgien (1)	-	G	P+G	ja	ja	ja	ja	ja	ja	dagegen	-	-	gross	abgeschafft	
Niederlande (3)	ca. 50%	V	P+G	ja	ja	ja	ja	ja	ja	dagegen	-	-	mittel-gross	abgeschafft 100%	
Portugal (1)	-	G	PP	ja	ja	ja	ja	ja	ja	dagegen	ja (100%)	ja	gross	50-74%	
Dänemark (2)	ca. 50%	V	P+Ref	nein	nein	nein	nein	nein	nein	-	unklar	unklar	gross	50-74%	
Litauen (3)	ca. 30%	V	PP	nein	nein	nein	nein	nein	nein	dagegen	nein	unklar	klein-mittel	25-49%	
Typ II: Pseudo-Wehrpflichtstreitkräfte															
Frankreich (2)	ca. 70% (?)	G	P	ja	ja	ja	ja	ja	ja	unklar	-	nein	gross	abgeschafft	
Lettland (5)	ca. 40%	G	P	nein	nein	nein	nein	nein	nein	dagegen	nein	ja	klein	50-74%	
Österreich (4)	ca. 70%	V	PP	ja	ja	ja	ja	ja	ja	dagegen/unklar	ja (ca. 80%)	unklar	gross	50-74%	
Tschechien (4)	ca. 40%	V	PP	ja	ja	ja	ja	ja	ja	dafür	ja (ca. 40%)	unklar	mittel	50-74%	
Deutschland (6)	ca. 60%	V	PP	ja	ja	ja	ja	ja	ja	dagegen	ja (ca. 80%)	ja	mittel	75-100%	
Russland (1)	ca. 30%	V	PP	ja	ja	ja	ja	ja	ja	dagegen	ja (ca. 35%)	nein	klein	25-49%	
Serbien (3)	ca. 90% (?)	V	P	nein	nein	nein	nein	nein	nein	-	nein	unklar	keine	25-49%	
Slowakei (3)	ca. 60%	V	PP	ja	ja	ja	ja	ja	ja	unklar	ja (ca. 40%)	ja	mittel	75-100%	
Typ III: Wehrpflichtstandardmodell															
Bulgarien (6)	ca. 40%	V	P	ja	ja	ja	ja	ja	ja	dafür	ja (ca. 50%)	ja	klein-mittel	50-74%	
Estland (1)	-	V	P	nein	nein	nein	nein	nein	nein	-	ja (ca. 80%)	nein	mittel	0-24%	
Kroatien (3)	ca. 60%	V	PP	ja	ja	ja	ja	ja	ja	dagegen	unklar	unklar	klein	75-100%	
Ungarn (3)	ca. 50%	V	PP	ja	ja	ja	ja	ja	ja	unklar	ja (ca. 25%)	ja	mittel	50-74%	
Italien (3)	ca. 10%	G	P	ja	ja	ja	ja	ja	ja	dafür/unklar	ja (100%)	ja	mittel	abgeschafft	
Polen (1)	ca. 35%	V	P	ja	ja	ja	ja	ja	ja	-	ja (ca. 50%)	ja	klein	50-74%	
Rumänien (1)	ca. 70%	V	Ref	nein	nein	nein	nein	nein	nein	unklar	ja (ca. 60%)	ja	mittel	75-100%	
Slowenien (5)	ca. 50%	V	PP	ja	ja	ja	ja	ja	ja	unklar	ja (ca. 40%)	unklar	klein-mittel	50-74%	
Spanien (1)	ca. 20%	V	PP	ja	ja	ja	ja	ja	ja	unklar	-	ja	mittel	abgeschafft	
Schweden (4)	ca. 70%	G	-	nein	nein	nein	nein	nein	nein	-	unklar	nein	mittel	25-49%	
Typ IV: Wehrpflicht dominierte Streitkräfte															
Finnland (4)	ca. 90%	V	PP	nein	nein	nein	nein	nein	nein	dagegen	nein	nein	gross	0-24%	
Griechenland (2)	ca. 80%	V	-	nein	nein	nein	nein	nein	nein	dagegen	ja (ca. 35%)	ja	mittel	0-24%	
Türkei (3)	ca. 90%	G	P	nein	nein	nein	nein	nein	nein	unklar	ja (ca. 50%)	ja	mittel	25-49%	
Schweiz (7)	ca. 70%	V	Ref	nein	nein	nein	nein	nein	nein	dagegen/unklar	ja (ca. 60%)	unklar	klein	0-24%	

* In Klammern Anzahl der Experten pro Land, die den Fragebogen beantwortet haben.

** V= Verfassung; G= Gesetz

*** P= Parlament mit qualifizierter Mehrheit; R= Regierung; Ref= Referendum

9 Zusammenfassung

Zusammenfassend wird auf die in Abschnitt 1.1 aufgeworfenen Fragen zum Wandel europäischer Wehrsysteme und dem Auslaufen der Massenarmeen eingegangen:

- *Warum beginnt in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg das Ende der Massenarmeen?*

Für das Ende der Massenarmeen werden in der Literatur verschiedene Gründe aufgeführt. In den siebziger Jahren versuchten vor allem angelsächsische Militärwissenschaftler das Verschwinden der Massenarmeen mit soziologisch-technologisch-ökonomischen Ansätzen zu erklären. So heben Bachmann, Blair und Segal (1978) die technologischen Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Aufkommen von Nuklearwaffen hervor. Janowitz (1972a, 10) sieht die fortschreitende Industrialisierung und die geänderten technologischen wie soziopolitischen Faktoren als ausschlaggebend an. Gleichzeitig ist er überzeugt, dass die Aussetzung der Wehrpflicht in den USA einen starken Einfluss auf die Wehrsysteme westeuropäischer Streitkräfte haben würde. Doorn (1975a, 150) erwähnt die fortschreitende Spezialisierung und Bürokratisierung als Indikatoren des Verschwindens der Massenarmee. Ebenfalls nennt er die gesteigerte Feuerkraft, die neuen Kommunikationstechnologien und Transportmöglichkeiten, die höher qualifizierte und spezialisierte Personen benötigen. Ganz generell sahen die Wissenschaftler in den siebziger Jahren die damals gültige Form der Wehrpflicht als nicht mehr zeitgemäss und dem Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung widersprechend an.

Während in den früheren Diskussionen der gesellschaftliche Wandel, technologische Veränderungen oder ökonomische Einflussfaktoren als Hauptgründe des Strukturwandels von Militärorganisationen hervorgehoben werden, wird in dieser Arbeit die Hauptthese vertreten, dass vor allem geostrategische Triebkräfte ausschlaggebend für die Aussetzung der Wehrpflicht in Europa sind. Im Gegensatz zur USA, die nach den massiven Anti-Kriegsdemonstrationen und der sinkenden Akzeptanz der Wehrpflicht vor allem aus gesellschaftspolitischen wie auch ökonomischen Gründen die Aussetzung verfügten,²⁴⁵ kommt im europäischen Umfeld die neue Komponente des geostrategischen Wandels hinzu. Mit dem Ende des Kalten Krieges treten zwei nachfolgende Implikationen auf, welche ihre Auswirkungen bis in die Gegenwart haben. Zum einen wird der Beitritt zu Allianzen für viele Staaten wichtiger, d.h. in der Praxis der Anknüpfungspunkt an die Nato,²⁴⁶ zum anderen erfordern die vermehrten friedensunterstützenden Einsätze im Ausland professionellere Strukturen und eine grössere Interoperabilität der Streitkräfte. Zu Beginn des neuen Jahrtausends scheint sich wiederum der technologische Aspekt in der Diskussion um die *Revolution in Military Affairs* niederzuschlagen.

²⁴⁵ Siehe dazu Kapitel 2.

²⁴⁶ Dies kann exemplarisch an den baltischen Staaten verdeutlicht werden, welche den Nato-Beitritt als Sicherheitsgarantie gegenüber Russland betrachten.

- *Wie verändert sich die Struktur europäischer Streitkräfte seit den siebziger Jahren?*

Allgemein wird davon ausgegangen, dass moderne Streitkräfte kleine, hochmobile, technisch gut ausgerüstete und multifunktional agierende Einheiten sein müssen, welche innert kurzer Zeit in Krisenregionen verlegt werden können. Dies sei aber nur mit professionalisiertem Personal möglich. Diese Ansicht wird in den neuen Strukturen europäischer Streitkräfte sichtbar. Seit den siebziger Jahren, aber vor allem seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, unterziehen sich die Streitkräfte einem grundlegenden Wandel. Es gilt zunehmend: starke Reduzierung des aktiven Bestandes, Verringerung der Militärpartizipationsrate, sinkende Wehrpflichtrate, kleinere Heeresrate, stärkere Einbindung von Frauen, wachsende Komplexität und Arbeitsteilung, weg von hierarchischen Befehlswegen hin zu einer diamantenen Befehlskette. Die Transformationsprozesse europäischer Streitkräfte können aufgrund des Technologiewandels und der knapper werdenden nationalen Verteidigungsbudgets scheinbar nur im internationalen Verbund gelingen.

Die Unterscheidung ‚Wehrpflichtarmee versus Freiwilligenstreitkraft‘ genügt nicht, um der empirischen Wirklichkeit Rechnung zu tragen. Es zeigt sich, dass nur Streitkräfte mit einer Wehrpflichtrate von 50% und mehr als eigentliche Wehrpflichtarmeen betrachtet werden können und weiterhin Merkmale einer Massenarmee in sich vereinigen. Streitkräfte, die eine tiefere Wehrpflichtrate aufweisen, scheinen eine andere Organisationsform zu haben und verändern eher ihre Struktur wie oben beschrieben.

- *Welchen Einfluss üben gesellschaftliche Kräfte (z.B. Wertewandel, Wehrgerechtigkeit), technologische Kräfte (z.B. komplexe Waffensysteme), ökonomische Kräfte (z.B. Kosten, Lebensstandard) und geostrategische Kräfte (z.B. Ende des Kalten Krieges, Einsatz von Streitkräften im Ausland, Allianzen) auf die Aussetzung der Wehrpflicht aus?*

Vier verschiedene Kräfte, von mir als Triebkräfte definiert, werden in der Diskussion über das Ende der Massenarmeen und über die Aussetzung der Wehrpflicht in den letzten vierzig Jahren erwähnt. Die dominierenden Einflüsse in den sechziger bis anfangs der achtziger Jahre sind bei gesellschaftlichen Veränderungen, ökonomischen Aspekten rund um die Wehrpflicht und Aspekten technischer Art zu suchen. Ab Beginn der neunziger Jahre dominiert der geostrategische Aspekt. Anknüpfend an diese Fragestellung werden die in Kapitel 5 aufgestellten Thesen nochmals erwähnt und beantwortet.

Gesellschaftliche Triebkräfte:

These 1:

Infolge individualisiertem und pluralisiertem Lebensstil ist die (männliche) Bevölkerung nicht mehr bereit, sich der militärischen Organisation zwangsverpflichtet zur Verfügung zu stellen. Deshalb wird die wehrfähige männliche Bevölkerungsgruppe immer weniger eingezogen.

Obwohl aus den Daten kein kausaler Zusammenhang zwischen einem individualisierten und pluralisierten Lebensstil und der Militärpartizipation der Bevölkerung (MPR) abgeleitet werden kann, zeigen die Auswertungen einen klaren Trend: *Ein immer kleinerer Teil der Bevölkerung ist in die Landesverteidigung involviert.* So kann die erste These der schwindenden Beteiligung der Bevölkerung an der Verteidigung in ihren Grundzügen verifiziert werden. Wie aus Abschnitt 7.3 ersichtlich, nimmt die MPR vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges kontinuierlich ab. Dabei wird die Reduktion des Personalbestandes in der letzten Dekade hauptsächlich durch Wehrpflichtige vollzogen. Der Wehrpflichtbestand wird gesamteuropäisch im Zeitvergleich 1993 bis 2003 um 55% verkleinert, der Anteil der Berufssoldaten hingegen nur um 19%. Im Zeitraum 1996 bis 2003 steigt der Anteil Freiwilligdienender gar um 1.8% bei den alten europäischen Staaten, gleichzeitig verkleinert sich der Bestand an Wehrpflichtigen um 46%. Mit anderen Worten bedeutet dies, dass die (alten) europäischen Staaten das Absinken des Bestandes der Streitkräfte durch die Reduzierung der Wehrpflichtigen erreichen, hingegen bleibt die Anzahl professioneller Soldaten konstant. Zugleich ist die Streitkräftereduktion auf europäischer Ebene unabhängig von demographischen Einflüssen. Es kann weiter gezeigt werden, dass zwischen 1975 und 1989 entgegen den theoretischen Annahmen aus den siebziger Jahren die Gesamtzahl aller europäischer Soldaten nicht sinkt, sondern um 6% steigt. Von einem ‚Ende der Massenarmeen in Europa‘ kann deshalb in dieser Zeitspanne nicht gesprochen werden.

These 2:

Steigende Wehrungerechtigkeit führt zur Aussetzung der Wehrpflicht.

In den meisten Staaten führt der politische und gesellschaftliche Druck infolge der Wehrungerechtigkeit längerfristig zum Überdenken der Wehrpflicht. Die Experten messen deshalb der Wehrungerechtigkeit ein hohes Gewicht bei der Aussetzungsentscheidung zu. Die Frage der Gerechtigkeit eignet sich besonders gut für politische Diskussionen und Wahlkämpfe. Vor allem in Staaten, in denen immer weniger Wehrpflichtige tatsächlich aufgeboden werden, löst die damit verbundene steigende Wehrungerechtigkeit einen Akzeptanzverlust der Wehrpflicht aus.

These 3:

Je geringer die öffentliche Akzeptanz der Wehrpflicht ist, desto wahrscheinlicher ist der Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft.

Die öffentliche Meinung spielt bei der Aussetzung der Wehrpflicht eine wichtige Rolle. Wird in der Öffentlichkeit die Wehrpflicht auf der Basis tiefer Akzeptanz diskutiert, ist die Wahrscheinlichkeit zur Aussetzung hoch. Zugleich kann davon ausgegangen werden, dass bei vorhandener hoher Wehrungerechtigkeit und hoher öffentlicher Akzeptanz normalerweise an der Wehrpflicht (noch) festgehalten wird.

These 4:

Sind die Wehrpflichtigen in den Streitkräften in der Unterzahl, verstärkt sich der Druck nach vollprofessionalisierten Strukturen. Zugleich sinkt die soziale Repräsentativität der Streitkräfte.

Mit einer Wehrpflichttypologie konnte der erste Teil der These 4 bestätigt werden: Streitkräfte des Typ I und Typ II tendieren eher zur Aussetzung der Wehrpflicht als Streitkräfte, in denen die Wehrpflichtigen klar die Mehrheit des Personals stellen. Die Wehrpflichtrate wirkt als wichtigster Indikator des Auslaufens der Massenarmeen. Sie zeigt im Allgemeinen die Folgewirkungen aller Triebkräfte, nicht nur der gesellschaftlichen. Der Trend nach Reduzierung der Wehrpflichtrate kann vor allem seit dem Ende des Kalten Krieges festgestellt werden.

Einerseits repräsentieren Freiwilligenstreitkräfte nach Einschätzung der befragten Experten die Zivilgesellschaft nicht. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass die soziale Repräsentativität bei Einführung vollprofessionalisierter Strukturen sinkt. Andererseits vertreten die Experten die Auffassung, dass auch eine Wehrpflichtarmee nicht ein Abbild der zivilen Gesellschaft sei. Die Daten weisen aber darauf hin, dass Wehrpflichtarmeen soziodemographisch stärker dem Bevölkerungsmittel entsprechen als Freiwilligenstreitkräfte.

These 5:

Der Frauenanteil in den Streitkräften weist auf die Professionalisierung der Streitkräfte hin.

Zwischen der Wehrpflichtrate und dem Anteil Frauen an den Streitkräften besteht ein starker negativer Zusammenhang ($r^2=0.74$). Es bestätigt sich, dass die Integration von Frauen in die Streitkräfte einen zuverlässigen Indikator der Professionalisierung von Streitkräften darstellt. Eine *steigende* Frauenrate wird als Begleiterscheinung der stattfindenden Transformationen europäischer Streitkräfte gedeutet. Transformationen im militärischen wie auch im zivilen Bereich finden prinzipiell kein Ende.²⁴⁷ Deshalb kann auch nicht ein ‚idealer‘ Frauenanteil an den Streitkräften definiert werden. Es scheint aber klar zu sein, dass in den kommenden Jahren die Frauenrate in europäischen Streitkräften weiter steigen wird.

Entgegen den in den siebziger Jahren aufgestellten Theorien zum Ende der Massenarmee und den aus der Theorie postulierten Thesen scheinen gesellschaftliche Kräfte nicht die zentralsten Gründe für die Aussetzung der Wehrpflicht zu sein. Vielmehr werden gesellschaftspolitische Gründe zu Beginn des neuen Jahrtausends zur *Legitimierung der Wehrpflicht* herbeigezogen. Argumente, die für die Beibehaltung der Wehrpflicht eingebracht werden, sind fast ausnahmslos rein gesellschaftspolitischer Natur und basieren nicht auf militärischen und strategi-

²⁴⁷ Im Gegensatz dazu sind Umstrukturierungen oder Reformen von Organisationen zeitlich begrenzt und abschliessbar.

schen Überlegungen. Die nationale politische Kultur und die Frage der Tradition dominieren die Debatte. Weiter spielen innenpolitische Gründe eine wichtige Rolle. Der Vorteil von Wehrpflichtigen wird in der Lösung von nicht-militärischen Gefahren gesehen (z.B. Hilfe bei Naturkatastrophen, subsidiäre Unterstützungseinsätze für zivile Behörden usw.).

Obwohl die Thesen zu den gesellschaftlichen Kräften für die Aussetzung der Wehrpflicht im Grossen und Ganzen bestätigt werden können, sind sie in den neunziger Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends im Vergleich zu den anderen Triebkräften eher zweitrangig geworden. Vielmehr haben sie ein überaus grosses Gewicht in der Argumentation für die Beibehaltung der Wehrpflicht erhalten.

Technologische Triebkräfte:

These 6:

Der technologische Standard ist aus dem Verhältnis der Teilstreitkräfte zueinander ersichtlich insofern, als dass ein hoher Anteil der Landstreitkräfte (Heer) am Gesamtbestand als Indikator für einen tieferen Technologielevel betrachtet werden kann. Daraus folgt, je geringer der Anteil des Heeres ist, desto wahrscheinlicher ist der Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft, da diese Arbeit durch Kapital substituiert. Damit verbunden ist auch eine Verkleinerung der Streitkräfte insgesamt.

Einerseits kann mittels der Heeresrate der Streitkräfte auf den Grad an Technizität einer Streitkraft geschlossen werden. Andererseits ist eine hohe Heeresrate ein Indikator für die Bedeutung, die man weiterhin der Aufgabe ‚Landesverteidigung‘ zumisst. Sind 1975 noch knapp drei Viertel aller Soldaten in Europa im Heer eingeteilt, beträgt dieser Wert 2003 weniger als zwei Drittel. Länder, welche sich stark auf Wehrpflichtige abstützen, sind in stärkerem Masse heerdominiert als Staaten mit einem geringen Anteil an Wehrpflichtigen. Wehrpflicht dominierte Streitkräfte weisen über die Zeit eine Heeresrate um die 80% aus. Bei Staaten mit einer Freiwilligenstreitkraft oder mit einer geringen Wehrpflichttrate ist hingegen der Anteil der Luftwaffe und der Marine gross. Vor allem in diesen beiden hochtechnisierten Bereichen der Militärorganisation verbindet sich der organisatorisch-technische Wandel mit dem Ende der Massenarmee (Manigart 1990, 55). Dies hängt damit zusammen, dass die Kampffunktionen, welche im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Hauptteil der Soldaten absorbierten, vermehrt von Unterstützungsaufgaben, Logistik und technischen Funktionen verdrängt werden. Ebenfalls kann grundsätzlich angenommen werden, dass mit der Aussetzung der Wehrpflicht und damit einhergehend der Reduzierung der Heeresrate der sinkende Personalumfang durch Kapital ersetzt wird. Gesamteuropäisch sinkt der Streitkräftebestand innerhalb von 10 Jahren um knapp die Hälfte (1993-2003).

Auch hier kann kein kausaler Beweis erbracht werden, dass sich der technologische Stand der Streitkräfte durch die Heeresrate einwandfrei ableiten lässt. Doch zwischen der Wehrpflichttrate und der Heeresrate besteht ein signifikanter Zusammenhang: Je tiefer die Heeresrate, desto tiefer ist in der Regel auch die Wehrpflichttrate. Eine tiefe Wehrpflichttrate kann mit einer Tendenz zur Aussetzung der Wehrpflicht in Zusammenhang gebracht werden.

These 7:

Im modernen Gefechtsfeld können Wehrpflichtige nicht mehr überall eingesetzt werden. Es bildet sich deshalb eine Zwei-Klassen-Armee, bestehend aus weniger gut ausgebildeten und ausgerüsteten Wehrpflichtigenverbänden einerseits und gut ausgerüsteten und spezialisierten Berufsverbänden andererseits.

These 7 muss differenziert betrachtet werden. Erstens ist sich die Mehrheit der Experten einig, dass Wehrpflichtige im modernen Gefechtsfeld nicht mehr überall eingesetzt werden können. Dies bewirkt ihrer Meinung nach eine Zweiteilung der Streitkräfte in gut ausgerüstete, professionelle Einheiten und weniger gut ausgebildete Wehrpflichtverbände. Zweitens zeigen sich innerhalb der einzelnen Teilstreitkräfte Unterschiede. Die Tendenz zu einer Zwei-Klassen-Armee kann vor allem im Heer beobachtet werden. In den anderen Teilstreitkräften zeigt sich dieser Unterschied nicht so stark, weil die Luftwaffe wie auch die Marine einen höheren Bereitschaftsgrad aufweisen und dadurch eine Zweiteilung eher verhindert wird. Am wenigsten stark wird die Zwei-Klassen-Armee-These von den Experten für die Marine geteilt.

Mindestens zwei Ursachen bedingen, dass die meisten Streitkräfte zu einer Zweikomponentenstruktur übergehen: 1. Die Bereitstellung hochmobiler und auslandseinsatzfähiger Krisenreaktionskräfte bedingen eine ungleichmässige Verteilung der knappen Mittel. Um die Einsatzfähigkeit solcher Einheiten gewährleisten zu können, werden sie mit den modernsten Geräten und Führungsstrukturen ausgerüstet. Die für die territoriale Verteidigung vorgesehenen Verbände haben zumeist das Nachsehen. 2. Die territorialen Verbände bestehen zusehends aus grossen Reserveeinheiten, die für den eher unwahrscheinlichen Fall der Landesverteidigung bereitgestellt werden. Diese territorialen Verbände müssen nicht mit modernsten Waffensystemen ausgestattet sein.

Ökonomische Triebkräfte:

These 8:

Sparmassnahmen oder ein Absinken der Verteidigungsausgaben erhöhen die Wahrscheinlichkeit des Überganges zu einer Freiwilligenstreitkraft.

Die Verteidigungsausgaben der klassischen angelsächsischen Freiwilligenstreitkräfte sind gemessen am GDP signifikant tiefer als jene europäischer Wehrpflichtarmeen. Innerhalb der Wehrpflichttypologie wird die These 8 in den Grundzügen bestätigt. Typ IV und Typ III (Staaten mit einer höheren Wehrpflichtrate) haben höhere Verteidigungsausgaben als Typ I und Typ II. Signifikant unterscheiden sich aber nur die Wehrpflicht dominierten Streitkräfte (Typ IV) von allen anderen Typen. Somit ist der Anteil der Verteidigungsausgaben kein ausreichender Indikator, um die Wahrscheinlichkeit des Übergangs zu einer Freiwilligenstreitkraft zu messen, da er Folge und nicht Ursache des Wandels ist. Das Argument „Eine Freiwilligenstreitkraft verringert die Kosten der nationalen Ökonomie im Ganzen“ wird auch von den Experten nicht als ausschlaggebend bei der Umstellung betrachtet. Erstaunlich hingegen ist, dass die angeblich höheren Kosten einer Freiwilligenstreitkraft als Grund für die Beibehaltung der Wehrpflicht ins Feld geführt werden, obwohl auf empirischer Basis Freiwilligen-

streitkräfte gemessen am GDP geringere Gesamtkosten verursachen als Wehrpflichtarmeen (Abschnitt 8.3). Nur in Bezug auf die Kosten pro aktiven Soldat geben Freiwilligenstreitkräfte mehr Geld aus.

These 9:

Ein hohes Pro-Kopf-Einkommen weist auf einen hohen Lebensstandard mit hoher Individualisierungstendenz hin. Damit nimmt die Bereitschaft, Wehrdienst zu leisten, ab.

Wird der Lebensstandard mit dem Human Development Index (HDI) (Abschnitt 7.5.2) gemessen und in Verbindung zur Wehrpflichtrate gesetzt, kann ein schwacher Zusammenhang postuliert werden. Dabei fällt auf, dass Länder mit einem hohen HDI ausschliesslich eine Freiwilligenstreitkraft unterhalten, während Staaten mit hoher Wehrpflichtrate (über 60%) einen deutlich tieferen Lebensstandard haben. Hingegen kann kein eindeutiges Muster bei Nationen mit einer mittleren Wehrpflichtrate erkannt werden. Nur eingeschränkt wird deshalb These 9 angenommen, dass ein hoher Lebensstandard zu geringerer Dienstbereitschaft infolge Individualisierungstendenzen führt.

These 10:

Grössere Staaten sind eher in der Lage, eine Freiwilligenstreitkraft zu unterhalten.

In Bezug auf die Aussetzung der Wehrpflicht kann konstatiert werden, dass vor allem Grossstaaten diesen Schritt unternommen haben. Das Rekrutierungspotenzial auf dem Arbeitsmarkt scheint in diesen Staaten als genügend gross betrachtet zu werden. Grossstaaten sind aus personal-ökonomischer Perspektive eher fähig, professionelle Streitkräfte zu unterhalten. Mittlere Staaten sind in der Frage der Sistierung der Wehrpflicht unschlüssig. Sie gehören zur Gruppe, die in den neunziger Jahren am stärksten an der Wehrpflicht festhält.

Insgesamt spielen ökonomische Faktoren eine untergeordnete Rolle beim Übergang von der Wehrpflichtarmee zu einer Freiwilligenstreitkraft.

Geostrategische Triebkräfte:

These 11:

Das Ende des Kalten Krieges beeinflusst wesentlich die Entscheidung zur Aussetzung der Wehrpflicht.

Dass das Ende des Kalten Krieges die wesentlichste übergeordnete Triebkraft für die Aussetzung der Wehrpflicht ist, kann aufgrund des analysierten Datenmaterials eindeutig bejaht werden. Sowohl die gesamteuropäische Wehrpflichtrate wie auch die Militärpartizipationsrate

beginnen erst seit den neunziger Jahren zu sinken. Dabei muss eine Differenzierung vorgenommen werden: Die Reduzierung des Wehrpflichtanteils setzt vor allem im Heer und etwas weniger deutlich in der Luftwaffe nach dem Ende des Kalten Krieges ein. Demgegenüber beeinflusst dieses geostrategische Ereignis die Marine nicht. Der Anteil Wehrpflichtiger in der Marine sinkt schon seit 1979 kontinuierlich.

Die Umstellung europäischer Wehrpflichtarmeen auf Freiwilligenstreitkräfte (Belgien, Niederlande) wird in den neunziger Jahren vor allem deshalb vollzogen, weil sich die Bedrohungslage nach dem Ende des Kalten Krieges geändert hat und die Landesverteidigung zweit-rangig wird. Aufgrund der neuen Gefahrenstrukturen und Unsicherheiten an der Peripherie des internationalen Umfelds erscheint eine hohe militärische Bereitschaft immer wichtiger zu werden. Diese kann aber nach den Expertenmeinungen nur noch durch professionelle Soldaten gewährleistet werden. So kann argumentiert werden, dass die Entscheidung für den Wechsel zu einer Freiwilligenstreitkraft auf Überlegungen der militärischen Effektivität und Effizienz basiert, die im neuen sicherheitspolitischen Gefahrenumfeld stärker gefragt sind. Die Ursache dafür liegt in den neuen Aufgaben, die Streitkräfte zu bewältigen haben (z.B. PSO).

These 12:

Die Beteiligung in friedensunterstützenden Einsätzen im Ausland (PSO) und die verstärkte Kooperation im internationalen Sicherheitssystem begünstigen den Aufbau einer Freiwilligenstreitkraft.

Der wichtigste Grund gemäss den Experten für die Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft ist die Überzeugung, dass nur professionelle Soldaten in Auslandsinsätzen verwendet werden können. Dies korrespondiert mit den Daten aus *The Military Balance*: Je geringer der Anteil der Wehrpflichtigen am Gesamtbestand der Streitkräfte, desto mehr Soldaten werden im Verhältnis in PSO eingesetzt. D.h., eine tiefe Wehrpflichtquote ist ein guter Indikator dafür, ob sich ein Land in Auslandsinsätzen überdurchschnittlich einsetzt und sich deshalb auch stärker einer Freiwilligenstreitkraft annähert.

Allianzeffekte, wie sie Haltiner (2003a) postuliert hat, können nicht vollumfänglich bestätigt werden. Nicht so sehr die Anzahl Allianzen ist für die Struktur der Militärorganisation und für die Aussetzung der Wehrpflicht verantwortlich, sondern die *Qualität der Allianz* beeinflusst das Wehrsystem. Es zeigt sich, dass die Nato als eine Hauptursache für den Streitkräfte-wandel betrachtet werden muss. Nato-Streitkräfte weisen eine tiefere Wehrpflichtquote aus als allianzlose Streitkräfte. Dies wird auch aus den Antworten der Experten ersichtlich, nach denen die Mitgliedschaft in Allianzen die Verkleinerung der nationalen Streitkräfte und die Reduzierung des Wehrpflichtanteils erlaubt (Abschnitt 7.2). Weiter sind Kooperationen mit befreundeten Staaten angebracht, um einen Wissenstransfer einzuführen und die Bildung von Spezialistenverbänden zu optimieren, was wiederum Auswirkungen auf die Effizienz und Effektivität der Streitkräfte hat.

These 12 (PSO und Allianzzugehörigkeit) kann somit wie folgt bestätigt werden: Die Beteiligung in friedensunterstützenden Einsätzen im Ausland ist ein gewichtiger Grund für die An-

passung des Wehrsystems und für das Ende der Massenarmeen. Allianzeffekte wirken hingegen vor allem nur dann, wenn der Beitritt zur Nato damit verbunden ist. Nicht die Anzahl Allianzen, sondern die Qualität der Allianz scheint der entscheidende Faktor zu sein.

These 13:

Je weiter ein Staat von der Konfliktlinie des Kalten Krieges entfernt ist, desto früher wird das Wehrsystem geändert. Deshalb dehnt sich der Freiwilligentypus von Westen nach Osten aus.

Westeuropäische Länder mit Wehrpflicht, die in der Zeitspanne 1975 bis 1989 geografisch weiter von der Konfliktlinie des Kalten Krieges entfernt sind, weisen eine signifikant tiefere Wehrpflichttrate (Durchschnitt 1975-1989: 59%) aus als westeuropäische Staaten an der Grenze zum ehemaligen Ostblock (66%). Ebenfalls unterscheidet sich die Militärpartizipationsrate der Grenzländer Westeuropas (5.74%) zu den übrigen Staaten (3.56%). Grenzländer zeigen sich in stärkerem Masse heerdominiert (76% zu 71%). Es kann weiter konstatiert werden, dass gemessen am Bruttoinlandprodukt (GDP) sich westeuropäische Grenzländer einen höheren Verteidigungsetat leisten. Westeuropäische Staaten, die nicht einen direkten Grenzverlauf mit kommunistischen osteuropäischen Staaten aufweisen (bis 1989), scheinen in dieser Zeit ihre Streitkräfte anders zu organisieren als Staaten, die an der Grenze des eisernen Vorhanges geografisch angesiedelt sind. Dies können Indikatoren dafür sein, dass der Freiwilligentypus in westeuropäischen Staaten ohne direkte Bedrohungsnähe auf fruchtbareren Boden fallen konnte. Das ist mit ein Grund, dass sich die Einführung einer Freiwilligenstreitkraft von Westen nach Osten ausdehnt.

Während für die Beibehaltung der Wehrpflicht in europäischen Staaten gesellschaftliche Kräfte bestimmend sind, stehen geostrategische Veränderungen bei der Umstellung zu einer Freiwilligenstreitkraft im Vordergrund. Mit der Wehrpflicht werden gemeinschaftsbezogene Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Tradition und der Dienst an der res publica als Integrationsfaktor verbunden, wohingegen die Freiwilligenstreitkraft mit Modernitätsfaktoren wie Effizienzsteigerung, Arbeitsteilung und Spezialisierung, Individualismus und veränderter Bedrohungswahrnehmung verknüpft wird.

Am stärksten beeinflusst ein Einzelereignis die Wehrpflichttrate und in weiterem Sinne die Militärstrukturen europäischer Streitkräfte: das Ende des Kalten Krieges und der Zusammenbruch der UdSSR. Dieses Ereignis kann als Initialzündung für den Abbau der Massenbestände und der Wehrpflichtigen betrachtet werden.

Das Ende der Wehrpflicht in Europa ist nur eine Frage der Zeit. Eine Extrapolation der beobachteten Entwicklungen in die Zukunft lässt vermuten, dass die Wehrpflicht bei allen untersuchten europäischen Staaten zwischen 2021 und 2025 ausgesetzt sein wird. Diese Voraus-

sage kann unvorgesehene Ereignisse nicht antizipieren. Deshalb müssen weiterführend zwei Themenkreise für nachfolgende Forschungen genannt werden.

1. Die Umstellungsschwierigkeiten, vor allem die Rekrutierung und das veränderte Verhältnis (Werte, Normen etc.) zwischen Gesellschaft und professionalisiertem Militär.
2. Die Bedrohung durch den Terrorismus und die Auswirkungen auf die Rolle von Sicherheitskräften im Allgemeinen.

(1) Dass sich Gesellschaften für die Bereitstellung von Sicherheit weiterhin auf Bürgersoldaten abstützen, erscheint als grosser Widerspruch, wenn man bedenkt, dass die arbeitsteilig strukturierte moderne Welt sich stark auf professionalisierte Arbeitskräfte verlässt. Doch eine Änderung des Wehrsystems findet trotz der fortschreitenden Professionalisierung der Arbeitswelt nicht notwendigerweise statt. Die Analyse der Gründe für die Aussetzung der Wehrpflicht ist sicher wichtig, um das Verhältnis Gesellschaft-Militär aus einer strukturell-organisationellen Perspektive betrachten zu können. Doch hier kann die Forschung nicht stehen bleiben. Viel wichtiger erscheint mir, dass in zukünftigen Arbeiten die gesellschaftlichen Probleme dieser Umstellung tiefer als hier thematisiert werden müssen, und zwar nicht nur auf der einzelnen Länderebene, sondern im gesamteuropäischen Kontext.

Welche Erfahrungen werden beim Wechsel von einer Wehrpflichtarmee auf eine Freiwilligenstreitkraft gemacht? Im europäischen Umfeld können bis jetzt erst die Erfahrungen aus den Niederlanden und Belgien über einen längeren Zeitraum hinweg analysiert werden.²⁴⁸ Bei anderen Staaten ist die Umstellungsphase noch in Gang und deshalb sind keine substantziellen Angaben über die Zeit auswertbar. In Belgien wird seit der Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft vom 3. Juli 1992 mit dem Problem der Überalterung des Kaderns gekämpft (Deheyder 1999, Poncelet 1996). So liegt das Durchschnittsalter der Soldaten in den belgischen Streitkräften 2001 bei etwa 40 Jahren (Schinner 2002, 445). Es geht bei der Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft also auch darum, die Streitkräfte nicht nur zu verkleinern, sondern sie müssen zusätzlich ‚verjüngert‘ werden (Klein und Pajon 1997). Dabei muss auch den demographischen Veränderungen Rechnung getragen werden. Weitere Schwierigkeiten bestehen darin, dass Stellen von gut ausgebildeten Experten, wie Computerspezialisten, Ärzte, Techniker und Sprachlehrer, die früher durch Wehrpflichtige besetzt wurden, heute nur mangelhaft durch Berufspersonal ausgefüllt werden können. Es treten Rekrutierungsschwierigkeiten auf (Soeters und Bos-Bax 2002). Zugleich steigen die Ausgaben für die Personalbeschaffung stark an. Auch Personal für Reinigungsarbeiten fehlt, die oft von Wehrpflichtigen übernommen wurden (Manigart 2003a). Das militärische Berufspersonal unterscheidet sich in der politischen Ausrichtung vom Mittel der Bevölkerung. Politisch haben Mitglieder von

²⁴⁸ Die amerikanische Diskussion in den siebziger und achtziger Jahren wird nicht dargestellt, in der vor allem finanzielle Probleme und die Rekrutierungsschwierigkeiten (z.B. soziale Repräsentativität) angesprochen werden. Vergleiche dazu Bachmann, Blair und Segal 1978, Cooper 1977, Eitelberg 1996, Gilroy, Phillips und Blair 1990, Janowitz und Moskos 1974, 1979, Kohn und Syrett 1972, McNown, Udis and Ash 1980, Moskos 1983, Segal und Verdugo 1994, Perry, Griffith und White 1991, Shields 1980, Summers 1972, Warner und Asch 1996.

Freiwilligenstreitkräften, vor allem Offiziere, eher eine politisch rechts stehende Einstellung im Vergleich zur Bevölkerung. Dienstleistende in Wehrpflichtarmeen hingegen scheinen weniger oder fast nicht vom Bevölkerungsmittel in Bezug auf die politische Orientierung abzuweichen. Diese Thematik bedarf einer weitergehenden Analyse.

Positive Effekte für den Verteidigungshaushalt können zu Beginn in den Niederlanden nicht festgestellt werden (Rosendahl 1998). Der Übergang kostet mehr, als allgemein vermutet wird. Den Folgekosten für Zeitsoldaten, die nach einigen Jahren wieder in den zivilen Arbeitsprozess integriert werden müssen, werden zu wenig Beachtung geschenkt. Es scheint, dass die sozioökonomischen Folgekosten einer Freiwilligenstreitkraft nur ungenügend beachtet werden. Hier besteht gesellschaftspolitisch ein Bedarf an weiteren Untersuchungen.

(2) Welche Auswirkungen die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 mit den nachfolgenden Kriegen in Afghanistan und im Irak auf das Wehrsystem europäischer Streitkräfte haben, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Es zeichnet sich jedoch ab, dass die Professionalisierung von Militärorganisationen dadurch nicht aufgehalten wird. Dabei wird aber vermehrt der Reserve ein grösseres Gewicht beigemessen. So wird vermutet, dass das Wehrsystem der Zukunft ein duales sein wird mit dem Hauptschwergewicht einer professionalisierten Streitkraft aus Berufs- und Zeitsoldaten, die vornämlich in Auslandsinsätzen und im Kampf gegen den Terrorismus ihre Verwendung findet und einer Reserve, die sich für den äussersten Ernstfall der Heimatverteidigung spezialisiert. Diese Reserveeinheiten werden womöglich auf der Basis einer freiwilligen Miliz gebildet. Der Kampf gegen den Terrorismus – zugleich eine Herausforderung einer asymmetrischen Kriegsführung – zeigt aber, dass der Streitkräftereduktion Grenzen gesetzt sind. Ein zu starker Personalabbau bei Interventionskräften in Krisengebieten (hier als Beispiel im Irak) gefährdet die traditionellen Sicherungs- und Schutzaufgaben. Auch mit modernster Technik sind die US-Streitkräfte und ihre Alliierten scheinbar nicht in der Lage, den Irak unter Kontrolle zu halten. Nur mit zusätzlichen Personalkontingenten wird dies wahrscheinlich möglich sein.

Dabei eröffnen sich für die soziologische Forschung drei weitere, erst in Ansätzen erarbeitete Gebiete. Erstens gilt es in Zukunft vor dem Hintergrund der Terrorgefahr das Spannungsverhältnis zwischen äusserer und innerer Sicherheit sichtbar zu machen und die Tendenzen einer Verpolizeilichung der Streitkräfte und einer Militarisierung der Polizei aufzuzeigen. Zweitens muss der Entstaatlichung nationaler Streitkräfte mehr Beachtung geschenkt werden. Die Multinationalität kann als eine neue Herausforderung für Streitkräfte gesehen werden (Haltiner und Klein 2004). Dabei muss gewährleistet werden, dass weiterhin das Primat der Politik bei der Bestimmung des Wehrsystems gilt. Nur so kann einer Entfremdung der Streitkräfte von der Zivilgesellschaft entgegengewirkt werden. Drittens können neue Formen des Krieges beobachtet werden. In diesen kämpfen nicht mehr reguläre staatliche Streitkräfte sondern Rebellen, Söldner, Kindersoldaten usw. Eine Entmilitarisierung des Krieges zeichnet sich ab, was auch in einer zunehmenden Privatisierung von Streitkräften erkennbar wird.

Bibliographie

- Abbondanza, Nicolas (1997). *Wirtschaftliche und sozio-politische Aspekte einer fiktiven Schweizer Berufsarmee – ein Vergleich mit Belgien*. Diplomarbeit. Militärische Führungsschule, MFS, Au, Wädenswil.
- Ahrne, Göran (1995). *Social Organizations. Interaction inside, outside and between organizations*. Sage Publications, London.
- Ajangiz, Rafael (2002). „The European Farewell to Conscription?“ In: Mjøset, Lars; Holde van, Stephen (ed.) (2002). *The Comparative Study of Conscription in the Armed Forces*. Volume 20, Elsevier Science, Amsterdam, 307-333.
- Allmendinger, Jutta; Hinz, Thomas (2002). *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Sonderheft 42, 2002, Westdeutscher Verlag.
- Anderson, Martin (1991). „L’armée de métier américaine, 1973-1991: un succès.“ In: Boëne, Bernard; Martin, Michel L. (1991). *Conscription et armée de métier*. FEDN, Paris, 34-53.
- Andreski, Stanislav (1968). *Military Organisation and Society*. Routledge + K. Paul, London.
- Angelstok, Felix (2001). „Probleme und Perspektiven der Ausbildung in den estnischen Streitkräften.“ In: Ehrhart, Hans-Georg (Hrsg.) (2001). *Militär und Gesellschaft im Kontext europäischer Sicherheit*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 76-90.
- Apelt, Maja (2004). „Militärische Sozialisation.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 26-39.
- Aschinger, Gerhard (1981). „Milizarmee versus Freiwilligenarmee.“ *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift*, ASMZ, 147, Nr. 11, 1981, 715-721.
- Aschinger, Gerhard (1983). „Eine ökonomische Analyse des Freiwilligensystems der USA.“ *Europäische Wehrkunde*, 32, Nr. 2, 1983, 62-66.
- Atteslander, Peter (1993). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. De Gruyter, Berlin.
- Avant, Deborah (2000). „From Mercenary to Citizen Armies: Explaining Change in the Practice of War.“ *International Organization*, Volume 54, No. 1, Winter 2000, 41-72.
- Bachmann, Jerald G.; Blair, John D.; Segal, David R. (1978). *The All-Volunteer Force. A Study of Ideology in the Military*. The University of Michigan Press, Ann Arbor.
- Bahnemann, Jörg (1978). „Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee.“ *Wehrwissenschaftliche Rundschau*, 27, Nr. 6, 1978, 180-183.
- Bahrtdt, Hans Paul (1987). *Die Gesellschaft und ihre Soldaten – Zur Soziologie des Militärs*. Beck, München.
- Bald, Detlef (1992). „Staat, Militär und die Erhaltung des Friedens.“ In: Jopp, Matthias (1992). *Dimensionen des Friedens – Theorie, Praxis und Selbstverständnis der Friedensforschung*. Baden-Baden, 143-163.
- Bald, Detlef (1994). „Wehrpflicht – Der Mythos vom legitimen Kind der Demokratie.“ In: Opitz, Eckardt; Rödiger, Frank S. (Hrsg.) (1994). *Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven*. Edition Temmen, Bremen, 30-45.
- Bald, Detlef (1997). „Kuckucksei der Demokratie: Die Wehrpflicht im Strukturwandel der Bundeswehr.“ In: Birckenbach, Hanne-Margret; Jäger, Uli; Wellmann, Christian (1996). *Jahrbuch Frieden 1997*. München, 165-178.

- Bald, Detlef (1998). „Die Wehrpflicht in Staat und Gesellschaft: Sieben Legenden aus der Geschichte des Militärs.“ In: Gross, Jürgen; Lutz, Dieter S. (Hrsg.) (1998). *Wehrpflicht ausgedient*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 129-150.
- Battistelli, Fabrizio (1991). „Four Dilemmas for Military Organizations.“ *Forum International*, Band 12, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München, 1991, 1-18.
- Battistelli, Fabrizio (2000). „The Postmodern Military: Conscription or Professionalism?“ In: Cohen, Stuart A. (2000). *Democratic Societies and their Armed Forces. Israel in Comparative Context*. Frank Cass, London, Portland, 47-69.
- Battistelli, Fabrizio (2003a). „The Professionalization of the Italian Armed Forces.“ In: Malešič, Marjan (Ed.) (2003). *Conscription vs. All-Volunteer Forces in Europe*. Militär und Sozialwissenschaften, Band 33. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 151-170.
- Battistelli, Fabrizio (2003b). „Integration of Ethnic Minorities in the Armed Forces.“ In: Callaghan, Jean; Kernic, Franz (Eds.) (2003). *Armed Forces and International Security. Global Trends and Issues*. LIT Verlag, Münster, 231-240.
- Bebler, Anton A. (Ed.) (1997). *Civil–Military Relations in Post–Communist States: Central and Eastern Europe in Transition*. Praeger, London.
- Benz, Wolfgang; Graml, Hermann (1997). *Fischer Weltgeschichte Band 35. Das Zwanzigste Jahrhundert II. Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main.
- Berger, Boris (2001). *Der neue Soldat. Der „Staatsbürger in Uniform“ in globaler und europäischer Dimension*. Dissertation, Universität der Bundeswehr, Fakultät für Sozialwissenschaften, München, April 2001.
- Bericht der Studienkommission für strategische Fragen (Kommission Brunner) (1998). Bern, 26. Februar 1998.
- Berns, Andreas; Wöhrle-Chon, Roland (2004). „Interkulturelle Kompetenz im Einsatz.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 322-330.
- Bertram, Christoph (1998). „Soldat nur noch aus freien Stücken.“ In: Gross, Jürgen; Lutz, Dieter S. (Hrsg.) (1998). *Wehrpflicht ausgedient*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 25-30.
- Beukema, Herman (1941). „Social and Political Aspects of Conscription: Europe’s Experience.“ *Military Affairs*, Volume 5, No. 1, Spring 1941, 21-31.
- Biderman, Albert D. (1967). „What Is Military?“ In: Tax, Sol (ed.) (1967). *The Draft. A Handbook of Facts and Alternatives*. The University of Chicago Press, Chicago and London, 122-137.
- Biesemans, Sam (2004). Ohne Titel. www.ebco-beoc.org/co_history.htm. (Stand 16.8.2004)
- Bischof, Gerd (2003). „Plädoyer für die Wehrpflicht - gegen den Trend.“ *Der Mittler-Brief*. Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, 18. Jahrgang, Nr. 3/3, Quartal 2003.
- Black, Jeremy (1998). „Military Organisations and Military Change in Historical Perspective.“ *The Journal of Military History*, Volume 62, No. 4, October 1998, 871-892.
- Bland, Douglas L. (1999). „A Unified Theory of Civil–Military Relations.“ *Armed Forces & Society*, Volume 26, No. 1, Fall 1999, 7-25.

- Blasius, Jörg (2001). *Korrespondenzanalyse*. R. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, Wien.
- Boëne, Bernard (1990). *La Specificité Militaire*. Armand Colin Editeur, Paris.
- Boëne, Bernard (1995). *Conditions d'émergence et de développement d'une sociologie spécialisée: le cas de la sociologie militaire aux Etats-Unis*. Volume 1 et 2, Université Paris, Paris.
- Boëne, Bernard (1998). „Métier, profession et professionnalisme.“ In: Boëne, Bernard; Dandeker, Christopher (1998). *Les armées en Europe*. Paris, 171-195.
- Boëne, Bernard (1999/2000). „Trends in the Political Control of Post-Cold War Armed Forces.“ *Central European Issues*, Volume 5, No. 2, 1999/2000.
- Boëne, Bernard (2002). „Going, Going, Gone: How France Did Away With Conscription (1996-2001).“ In: Malešič, Marjan et al. (2002). *Comparative Analysis of Manning the Armed Forces in Europe*. University of Ljubljana, Obramboslovni raziskovalni center, 82-114.
- Boëne, Bernard (2003a). „La professionnalisation des armées: contexte et raisons, impact fonctionnel et sociopolitique.“ *Revue française de sociologie*, Volume 44, No. 4, 2003, 647-693.
- Boëne, Bernard (2003b). „Going, going gone: How France Did Away With Conscription (1996-2001).“ In: Malešič, Marjan (Ed.) (2003). *Conscription vs. All-Volunteer Forces in Europe*. Militär und Sozialwissenschaften, Band 33. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 101-131.
- Boëne, Bernard (2003c). „A Tribe among Tribes.“ In: Caforio, Giuseppe (2003). *Handbook of the Sociology of the Military*. Kluwer Academic / Plenum Publisher, New York, 167-185
- Boëne, Bernard; Dandeker, Christopher (1998). *Les armées en Europe*. La Découverte, Paris.
- Boëne, Bernard; Dandeker, Christopher; Kuhlmann, Jürgen; van der Meulen, Jan (2000). *Facing Uncertainty. The Swedish Military in International Perspective*. Report No 2. Swedish National Defence College, Department of Leadership, Karlstad, Sweden.
- Boëne, Bernard; Martin, Michel Louis (1991). *Conscription et armée de métier*. FEDN, Paris.
- Born, Hans (2003a). „Civil-Military Relations in Europe.“ In: Callaghan, Jean; Kernic, Franz (Eds.) (2003). *Armed Forces and International Security. Global Trends and Issues*. LIT Verlag, Münster, 103-111.
- Born, Hans (2003b). „Democratic Control of Armed Forces: Relevance, Issues, and Research Agenda.“ In: Caforio, Giuseppe (Ed) (2003). *Handbook of the Sociology of the Military*. Kluwer Academic / Plenum Publishers, New York, 151-166.
- Born, Hans; Caparini Marina; Fluri, Philipp (eds.) (2002). *Security Sector Reform and Democracy in Transitional Societies*. Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften (AMS), Band 30. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Borner, Silvio (1978). *Effizienz, Allgemeine Wehrpflicht und Milizsystem: Ein paar kritische Gedanken aus preistheoretischer Sicht*. Universität Basel.
- Borner, Silvio; Straubhaar, Thomas (1990). „Die Milizarmee aus ökonomischem Blickwinkel.“ *Mitteilungen der Offiziersgesellschaft der Stadt Bern*, Nr. 2, 1989/90, 9-17.
- Bortz, Jürgen (1993). *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Vierte Auflage, Springer Verlag, Berlin, Heidelberg.

- Bortz, Jürgen; Döring, Nicola (2002). *Forschungsmethoden und Evaluation: für Human- und Sozialwissenschaftler*. 3. überarb. Aufl., Springer, Berlin, Heidelberg.
- Bos-Bax, Miepke; Soeters, Joseph (2003). „The Professionalization of the Netherlands' Armed Forces.“ In: Malešič, Marjan (Ed.) (2003). *Conscription vs. All-Volunteer Forces in Europe*. Militär und Sozialwissenschaften, Band 33. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 83-99.
- Boulègue, Jean (1991). „Feminization' and the French Military: Anthropological Approach.“ *Armed Forces & Society*, Volume 17, No. 3, 1991, 343-362.
- Bredow, Wilfried von (1986). „Entgrenzung militärischer Organisationen? Militarisierung der Gesellschaft versus Zivilisierung der Streitkräfte.“ In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.) (1986). *Militär als Gegenkultur? Streitkräfte im Wandel der Gesellschaft (I)*. Leske + Budrich, Opladen, 133-143.
- Bredow, Wilfried von (1995). *Die Zukunft der Bundeswehr. Gesellschaft und Streitkräfte im Wandel*. Leske + Budrich, Opladen.
- Bredow, Wilfried von (2004). „Kämpfer und Sozialarbeiter.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 287-294.
- Bredow, Wilfried von; Kümmel, Gerhard (2000). *Die Streitkräfte vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts*. Im Internet 29.10.2000 unter http://staff.uni-marburg.de/~vonbrede/Streitkraefte_21._Jh.html
- Bundesministerium der Verteidigung (2002). *Wehrpflicht im 21. Jahrhundert. Mehr Sicherheit für alle*. Bonn.
- Bundesministerium für Landesverteidigung (2001). *Zwischenbericht der Expertenkommission beim BMLV zur Prüfung einer allfälligen Umstellung des Bundesheeres auf ein Freiwilligensystem (EXPERKOM)*. Wien.
- Burk, James (1988). *National Attachments and the Decline of the Mass Armed Force*. Paper presented at the Interim Meeting of Research Committee on Armed Forces and Conflict Resolution of the International Sociological Association, Munich, July 25-29, 1988.
- Burk, James (1990). „National Attachments and the Decline of the Mass Armed Force.“ In: Kuhlmann, Jürgen (1990). *Problems and Options of the Mass Armed Forces*. *Forum International*, Band 9, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München, 3-35.
- Burk, James (2003). „Military Mobilization in Modern Western Societies.“ In: Caforio, Giuseppe (2003). *Handbook of the Sociology of the Military*. Kluwer Academic / Plenum Publisher, New York, 111-128.
- Caforio, Giuseppe (1988). „The Military Profession: Theories of Change.“ *Armed Forces & Society*, Volume 15 No. 1, Fall 1988, 55-69.
- Caforio, Giuseppe (1991). „The State of Studies of the Military Profession.“ *Forum International*, Band 12, 1991, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München, 21-61.
- Caforio, Giuseppe (Ed) (2003). *Handbook of the Sociology of the Military*. Kluwer Academic / Plenum Publisher, New York.

- Caforio, Giuseppe; Nuciari, Marina (1996a). „Military Profession in the View of European Officers.“ In: Kuhlmann, Jürgen (1996). *The Present and Future of the Military Profession – Views of European Officers. Forum International*, Band 18, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Strausberg, 131-181.
- Caforio, Giuseppe; Nuciari, Marina (1996b). „Military Profession and Defense Issues in the Italian Public View.“ In: Caforio, Giuseppe (1996). *The Sociology of the Military*. Edward Elgar, Cheltenham, 524-545.
- Cailleateau, François (1991). „Le recrutement d’une armée de métier.“ In: Boëne, Bernard; Martin, Michel Louis (1991). *Conscription et armée de métier*. FEDN, Paris, 252-266.
- Callaghan, Jean M.; Kuhlmann, Jürgen (2002). „Measuring the Civil-Military Complex: Tools and some Empirical Evidence.“ In: Born, Hans; Caparini, Marina; Fluri, Philip (Eds) (2002). *Security Sector Reform and Democracy in Transitional Societies*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 171-190.
- Canetti, Elias (2001). *Masse und Macht*. 27. Auflage, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main.
- Carreiras, Helena (2001). „Women in the Portuguese Armed Forces: From Visibility to ‚Eclipse‘.“ In: Kümmel, Gerhard (Hrsg.) (2001). *Forum International*, Band 22, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Strausberg, 57-96.
- Carrel, Laurent F; Pick, Otto; Sarvas, Stefan; Schaer, Andreas; Stach, Stanislav (1997). „Demokratische und zivile Kontrolle von Sicherheitspolitik und Streitkräften.“ *Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*, Heft Nr. 41, ETH Zürich.
- Choi, Seung-Whan; James, Patrick (2003). „No Professional Soldiers, No Militarized Interstate Disputes? A New Question for Neo-Kantianism.“ *Journal of Conflict Resolution*, Volume 47, No. 6, December 2003, 796-816.
- Cohen, Eliot A (1985). *Citizens and Soldiers: The Dilemmas of Military Service*. Cornell University Press, Ithaca, London.
- Colmer, Sabine (2004). „Sozialer Wandel und Streitkräfte.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 137-148.
- Comte, Auguste (1983). „Vom militärischen zum industriellen Zeitalter.“ In: Wachtler, Günther (Hrsg.) (1983). *Militär, Krieg, Gesellschaft. Texte zur Militärsoziologie*. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York, 27-37.
- Cooper, Richard V. L. (1977). „The All-Volunteer Force: Five Years Later.“ *The Rand Paper Series*, The Rand Corporation, Santa Monica, California, December 1977.
- Cottey, A; Edmunds, T; Forster, A. (2001). *Democratic Control Of The Military In Postcommunist Europe: Guarding The Guards*. Palgrave, Basingstoke.
- Cotton, Charles A. (1988). „The Institutional Organization Model and the Military.“ In: Moskos, Charles C.; Wood, Frank (1988). *The Military – More Than Just a Job?* Pergamon-Brassey's International Defense Publishers, Washington, New York, 39-54.
- Creveld, Martin van (1991). *Technology and War*. New York. The Free Press.
- Creveld, Martin van (2000). „Less than We Can Be: Men, Women and the Modern Military.“ *The Journal of Strategic Studies*, Volume 23, No. 4, December 2000, 1-20.

- Čukan, Karol (2003). „Development of Views of the Slovak Public on the Armed Forces and NATO Membership.“ In: Vlachová, Marie (Ed.) (2003). *The Public Image of Defence and the Military in Central and Eastern Europe*. DCAF and Centre for Civil-Military Relations, Geneva, Belgrade, 109-122.
- Culik, Johann (1979). „Milizsysteme. Ein Vergleich der Systeme der Schweiz, Schwedens, Finnlands und Österreichs.“ *Österreichische Militärzeitschrift*, OEMZ 17, Nr. 6, 1979, 461-470.
- Cunis, Reinmar (1968). „Rekrutierungsmodelle im demokratischen Gesellschaftssystem.“ In: König, René; Roghmann, Klaus; Sodeur, Wolfgang; Ziegler, Rolf (1968). *Beiträge zur Militärsoziologie*. Sonderheft 12 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen, 122-135.
- Dandeker, Christopher (1991). „Le cas britannique (II): la politique des personnels militaires et ses problèmes dans les années 90, à travers l'exemple du recrutement de l'armée de terre.“ In: Boëne, Bernard; Martin, Michel Louis (1991). *Conscription et armée de métier*. FEDN, Paris, 85-97.
- Dandeker, Christopher (1994). „New times for the military: some sociological remarks on the changing and structure of the armed forces of the advanced societies.“ In: Caforio, Giuseppe (1998). *The Sociology of the Military*. Edward Elgar, Cheltenham, 573-590.
- Dandeker, Christopher (2002). *Military and Society: The Problem, Challenges and Possible Answers*. King's College, London, 1 October 2002.
- Däniker, Gustav (1992). *Wende Golfkrieg. Vom Wesen und Gebrauch künftiger Streitkräfte*. Huber, Frauenfeld.
- Deheyder, Leo (1999). „Die neue Wehrstruktur in Belgien.“ In: Steinkamm, Armin A.; Schössler, Dietmar (Hrsg.) (1999). *Wehrhafte Demokratie 2000. Zu Wehrpflicht und Wehrstruktur*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 152-161.
- Dietz, Peter J; Stone, J.F (1975). „The British All-Volunteer Army.“ *Armed Forces & Society*, Volume 1, No. 2, 1975, 159-190.
- Doorn, Jacques van (1965). „Militärische und industrielle Organisation. Ein soziologischer Vergleich.“ In: Joachim Matthes (Hrsg.) (1965). *Soziologie und Gesellschaft in den Niederlanden*. Luchterhand, Neuwied und Berlin, 276-300.
- Doorn, Jacques van (1975a). „The Decline of the Mass Army in the West: General Reflections.“ *Armed Forces & Society*, Volume 1, No. 2, 1975, 147-157.
- Doorn, Jacques van (1975b). *The Soldier and Social Change*. Beverly Hills, London.
- Doorn, Jacques van (1976a). „Der Niedergang der Massenarmee – Allgemeine Überlegungen.“ *Beiträge zur Konfliktforschung*, Nr. 1, 1976, 51-62.
- Doorn, Jacques van (1976b). „The Military and the Crisis of Legitimacy.“ In: Doorn, Jacques van; Harries-Jenkins, Gwyn (1976). *The Military and the Problem of Legitimacy*. Sage Publications, London, Beverly Hills, 17-40.
- Dort, Hugo van (2004). „Zur Frage der Wehrpflicht. Ein Vergleich zwischen der niederländischen und der deutschen Wehrpflicht-Diskussion.“ *Österreichische Militärzeitschrift*, OEMZ, 42, 1, 2004, 63-67.
- Eder, Erich (1996). „Landesverteidigung in der Zukunft: Präsenzdienst oder Berufsarmee?“ *Österreichische Militärzeitschrift*, OEMZ, 34, 5, 1996, 515-518.

- Ehlert, Günter (1993). *Wehrpflichtarmee – Freiwilligenstreitkräfte: Ein Vergleich*. Zentrum für innere Führung, Koblenz.
- Ehrhart, Hans-Georg (Hrsg.) (2001). *Militär und Gesellschaft im Kontext europäischer Sicherheit*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Eichenberger, Reiner; Steinemann, Thomas (1991). *Milizarmee oder stehendes Berufsheer? Das ist nicht die Frage*. o. A.
- Eitelberg, Mark J. (1996). „The All-Volunteer Force after twenty Years.“ In: Fredland, Eric J; Gilroy, Curtis L; Little, Roger D.; Sellmann, W.S. (1996). *Professionals on the Front Line. Two Decades of the All-Volunteer Force*. Brassey's, Washington, London, 66-98.
- Eppler, Erhard (2002). *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?* Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Feaver, Peter D.; Kohn, Richard H. (Eds) (2001). *Soldiers And Civilians. The Civil-Military Gap And American National Security*. Mit Press, Cambridge.
- Feaver, Peter D.; Kohn, Richard H.; Cohen, Lindsay P. (2001). „The Gap Between Military and Civilian in the United States in Perspective.“ In: Feaver, Peter D.; Kohn, Richard H. (Eds.). *Soldiers and Civilians. The Civil-Military Gap and American National Security*. MIT Press, Cambridge, 1-12.
- Feld, Maury D. (1975). „Military Professionalism and the Mass Army.“ *Armed Forces & Society*, Volume 1, No. 2, 1975, 191-214.
- Feld, Maury D. (1977). *The Structure of Violence. Armed Forces an Social Systems*. Sage Publications, Beverly Hills, London.
- Finnish Security and Defence Policy (2001). *Report by the Council of State to Parliament on 13 June*. [<http://www.puolustusministerio.fi/index.phtml>].
- Fleckenstein, Bernhard (1988). „Federal Republic of Germany.“ In: Moskos, Charles C.; Wood, Frank (1988). *The Military – More Than Just a Job?* Pergamon-Brassey's International Defense Publishers, Washington, New York, 177-190.
- Flynn, George Q. (1998). „Conscription and Equity in Western Democracies, 1940-75.“ *Journal of Contemporary History*, Volume 33, No. 1, January 1998, 5-20.
- Flynn, George Q. (2002). *Conscription and Democracy. The Draft in France, Great Britain, and the United States*. Contributions in Military Studies, Number 210. Greenwood Press, Westport, Connecticut, London.
- Foerster, Roland G. (1994). *Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung*. R. Oldenbourg Verlag, München.
- Freyermuth, Gundolf S. (2005). „Krieg Version 3.0.“ *NZZ Folio*. Die Zeitschrift der Neuen Zürcher Zeitung, Januar 2005, Zürich, 34-37.
- FriedensForum* 3/1998. www.friedenskooperative.de/ff/ff98/3-16.htm (Stand 16.8.04)
- Friedman, Milton (1967). „Why Not a Voluntary Army?“ In: Tax, Sol (ed.) (1967). *The Draft. A Handbook of Facts and Alternatives*. The University of Chicago Press, Chicago and London, 200-207.
- Friedrich, Rudi (2004). „Kriegsdienstverweigerung in Europa.“ *FriedensForum* 4/2004. www.friedenskooperative.de/ff/ffo4/2-66.htm (Stand 16.8.2004)

- Fuhrer, Hans-Rudolf (1999). „Wehrpflicht in der Schweiz – ein historischer Überblick.“ In: Haltiner, Karl W.; Kühner, Andreas (Hrsg.) (1999). *Wehrpflicht und Miliz – Ende einer Epoche? Der europäische Streitkräftewandel und die Schweizer Miliz*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 67-78.
- Ganser, Helmut W. (1983). „Bürokratie und Technokratie in der Bundeswehr. Zur Struktur- und Funktionskrise der Militärorganisation.“ In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.) (1983). *Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimationskrise. Analysen zum Prozess der Delegitimierung des Militärischen im Kernwaffenzeitalter*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 233-260.
- Gareis, Sven Bernhard (2004a). „Internationale Friedensmissionen im Rahmen der Vereinigten Nationen.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 203-213.
- Gareis, Sven Bernhard (2004b). „Multinationalität als europäische Herausforderung.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 332-341.
- Gates, Thomas et al. (1970). *The President's Commission on an All-Volunteer Armed Force*. Washington D.C..
- Gerber, Theodore P.; Mendelson, Sarah E. (2003). *Strong Public Support for Military Reform in Russia*. PONARS Policy Memo 288, May 2003.
- Gerster, Florian (1998). „Hat die Wehrpflicht eine Zukunft?“ In: Gross, Jürgen; Lutz, Dieter S. (Hrsg.) (1998). *Wehrpflicht ausgedient*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 65-72.
- Geser, Hans (1981). „Soziologische Aspekte der Organisationsformen in der Armee und in der Wirtschaft.“ *SAMS-Informationen*, 5, Nr. 2, 1981, 88-110.
- Geser, Hans (1992). „Kleinstaat im internationalen System.“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 4, 1992, 627-654.
- Geser, Hans (1993). „Ausgangspunkte zu einer Soziologie kleiner Staaten: Drei systemtheoretische Perspektiven.“ In: Waschkuhn, Arno (Hrsg.) (1993). *Kleinstaat. Grundsätzliche und aktuelle Probleme*. Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft, Vaduz, 37-70.
- Geser, Hans (1996). „Internationale Polizeiaktionen: ein neues evolutionäres Entwicklungsstadium militärischer Organisationen?“ In: Meyer, Georg-Maria (1996). *Friedensengel im Kampfanzug*. Westdeutscher Verlag, Opladen, 45-74.
- Giller, Joachim (1992). *Demokratie und Wehrpflicht. Studien und Berichte*. Landesverteidigungsakademie, Wien.
- Gilroy, Curtis L; Phillips, Robert L; Blair, John D. (1990). „The All-Volunteer Army: Fifteen Years Later.“ *Armed Forces & Society*, Volume 16, No. 3, Spring 1990, 329-350.
- Grizold, Anton; Kotnik, Igor (1996). „The Present and Future of the Military Profession in Slovenia.“ In: Kuhlmann, Jürgen (1996). *The Present and Future of the Military Profession – Views of European Officers*. Forum International, Band 18, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Strausberg, 181-228.
- Gross, Jürgen (1998). „Die überschätzte Wehrpflicht.“ In: Gross, Jürgen; Lutz, Dieter S. (Hrsg.) (1998). *Wehrpflicht ausgedient*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 151-156.

- Gross, Peter (1994). *Die Multioptionsgesellschaft*. Edition Suhrkamp, Neue Folge Band 917, Frankfurt am Main.
- Haak, Erhard (1993). „Die Anforderungen der Technik und ihre Auswirkungen auf das zukünftige Bild vom Offizier.“ In: Klein, Paul; Kuhlmann, Jürgen; Rohde, Horst (Hrsg.) (1993). *Soldat – ein Berufsbild im Wandel*. Band 2, Offiziere. Deutscher Bundeswehr-Verlag, Bonn, Dortmund, 365-373.
- Hahn, Oswald (1999). „Ökonomische Aspekte der Wehrstrukturmodelle.“ In: Steinkamm, Armin A.; Schössler, Dietmar (Hrsg.) (1999). *Wehrhafte Demokratie 2000. Zu Wehrpflicht und Wehrstruktur*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 79-89.
- Haltiner, Karl W. (1985). *Milizarmee – Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Eine soziologische Untersuchung über die Auswirkungen des Wertwandels auf das Verhältnis Gesellschaft – Armee in der Schweiz*. Huber, Frauenfeld.
- Haltiner, Karl W. (1992). „Demokratie und Streitkräfte. Zur militärischen Identität westeuropäischer Gesellschaften.“ In: Bächler, Günther (Hrsg.) (1992). *Friede, Freiheit. Die Schweiz in Europa*. Chur, Zürich, 147-168.
- Haltiner, Karl W. (1993). „Europas Streitkräfte im Umbruch – Trends, Probleme, Fragen.“ *Beilage zur Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift*, ASMZ Nr. 11, 1993, 4-9.
- Haltiner, Karl W. (1995). „Das Militär im Wandel der Wertvorstellungen.“ In: Carrel, L.F. (1995). *Die Schweizer Armee heute*. (13. Auflage), Ott Verlag, Thun, 473-484.
- Haltiner, Karl W. (1996a). „Nicht die Professionalisierung, die Milizfähigkeit ist das Problem!“ *Mitteilungen AOG*, 64, Nr. 2, 1996, 13-19.
- Haltiner, Karl W. (1996b). „Militär – Sonderfall oder Organisation wie jede andere auch?“ *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift*, ASMZ, Nr. 11, 1996, 3-5.
- Haltiner, Karl W. (1998a). „The Definite End of the Mass Army in Western Europe?“ *Armed Forces & Society*, Volume 25, No. 1, Fall 1998, 7-36.
- Haltiner, Karl W. (1998b). „Was unterscheidet die Schweizer Miliz von anderen Armeen?“ *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift*, ASMZ, Nr. 5, 1998, 11-13.
- Haltiner, Karl W. (2000). „Milizarmee im Umbruch?“ In: Ecoffey, Bernard; Krüger, Paul; Wittmann, Walter (2000). *Landesverteidigung im Wandel*. Huber, Frauenfeld, 99-123.
- Haltiner, Karl W. (2001). „Polizisten oder Soldaten? Organisatorische Dilemmata bei der Konstabilisierung des Militärs.“ *Österreichische Militärische Zeitschrift*, OEMZ, 3, 2001, 291-298.
- Haltiner, Karl W. (2003a). „The Decline of the European Mass Armies.“ In: Caforio, Giuseppe (Ed) (2003). *Handbook of the Sociology of the Military*. Kluwer Academic / Plenum Publishers, New York, 361-384.
- Haltiner, Karl W. (2003b). „Spartaner oder Athener? – Die europäische Offiziersberufsausbildung vor neuen Herausforderungen.“ In: Kümmel, Gerhard; Collmer, Sabine (Hrsg.) (2003). *Soldat – Militär – Politik – Gesellschaft. Facetten militärbezogener sozialwissenschaftlicher Forschung*. Militär und Sozialwissenschaften, Band 35, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 96.117.
- Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.) (2002). *Europas Armeen im Umbruch*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Multinationalität als Herausforderung für die Streitkräfte*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

- Haltiner, Karl W.; Kühner, Andreas (Hrsg.) (1999). *Wehrpflicht und Miliz – Ende einer Epoche? Der europäische Streitkräftewandel und die Schweizer Miliz*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Haltiner, Karl W.; Szvircsev, Tibor (2002). *Democratic Control of the Swiss Militia in Times of War and Peace: Ideal and Reality. Case Study "Switzerland"*. Paper presented at the ERGOMAS VIII Biennial Conference in Portoroz, Slovenia, September 18-22, 2002.
- Haltiner, Karl W.; Wenger, Andreas; Bennett, Jonathan; Szvircsev Tresch, Tibor (2003). *Sicherheit 2003. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich, Zürich.
- Halvor, Adrian (1994). „Hat die Allgemeine Wehrpflicht eine Zukunft?“ *Truppenpraxis*, 38, Nr. 3, 1994, 198-203.
- Handel, Michael (1981). *Weak States in the International System*. Frank Cass, London.
- Hansen, Lee W.; Weisbrod, Burton A. (1967). „Economics of the Military Draft.“ *The Quarterly Journal of Economics*, Volume 81, No. 3, August 1967, 395-421.
- Hartley, Keith (2000). *The All-Volunteer Force: An Economics Perspective*. Centre for Defence Economics, University of New York <http://www.york.ac.uk/depts/econ/research/documents/avf.pdf> (Stand: 3.3. 2004)
- Hartung, Joachim; Elpelt, Bärbel; Klösener, Karl-Heinz (2003). *Statistik – Lehr- und Handbuch der angewandten Statistik*. Oldenbourg.
- Hays, Samuel H. (1967). „A Military View of Selective Service.“ In: Tax, Sol (ed.) (1967). *The Draft. A Handbook of Facts and Alternatives*. The University of Chicago Press, Chicago and London, 7-22.
- Heins, Volker; Warburg, Jens (2004). *Kampf der Zivilisten. Militär und Gesellschaft im Wandel*. Transcript Verlag, Bielefeld.
- Hirt, Eduard (1995). *Postmoderne Streitkräfte. Eine empirische Überprüfung der Wandelhypothese von Moskos am Beispiel der Schweiz*. Diplomarbeit, Militärische Führungsschule, MFS, Zürich.
- Hoefert, Hans-Wolfgang (1976). *Psychologische und soziologische Grundlagen der Organisation*. Verlag Dr. Götz Schmidt, Giessen.
- Hug, Peter (1999). *Konzept zur Abschätzung der volkswirtschaftlichen Kosten der schweizerischen Landesverteidigung: Die Kostenelemente und Kostenbegriffe*. Vorstudie im Auftrag des Generalstabs im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Untergruppe Planung, Abteilung Armeepfung, Bern.
- Huntington, Samuel P. (1963). „Power, Expertise and the Military Profession.“ In: Caforio, Giuseppe (1998). *The Sociology of the Military*. Edward Elgar, Cheltenham, 249-271.
- IISS, The International Institute for Strategic Studies (1975-2003). *The Military Balance 1975-2003*. Oxford University Press, Oxford.
- Irlenkaeuser, Jan C. (2004). „CIMIC als militärische Herausforderung.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 277-286.

- Jackwerth, Christoph (1998). „Ökonomische Aspekte eines Vergleiches unterschiedlicher Wehrsysteme.“ *Österreichische Militärische Zeitschrift*, OEMZ 36, 4, 1998, 375-382.
- Janowitz, Morris (1959). „Changing Patterns of Organizational Authority: The Military Establishment.“ *Administrative Science Quarterly*, Volume 3, No. 4, March 1959, 473-493.
- Janowitz, Morris (1966). *The Professional Soldier*. Free Press, New York.
- Janowitz, Morris (1968). „Armed Forces and Society: A World Perspective.“ In: Doorn, Jacques van (1968). *Armed Forces and Society*. Mouton & Co, the Hague, 15-38.
- Janowitz, Morris (1972a). „The Decline of the Mass Army.“ *Military Review*, Volume 52, February 1972, 10-16.
- Janowitz, Morris (1972b). „Volunteer Armed Forces and Military Purpose.“ *Military Review*, Volume 52, July 1972, 15-22.
- Janowitz, Morris (1975). *Military Conflict. Essays in the Institutional Analysis of War and Peace*. Sage, Beverly Hills, London.
- Janowitz, Morris (1976). „Military Institutions and Citizenship in Western Societies.“ *Armed Forces & Society*, Volume 2, No. 2, 1976, 185-204.
- Janowitz, Morris; Little, Roger W. (1974). *Sociology and the Military Establishment*. Third Edition, Sage Publications, Beverly Hills.
- Janowitz, Morris; Moskos, Charles C. (1974). „Racial Composition in the All-Volunteer Force.“ *Armed Forces & Society*, Volume 1, No. 1, 1974, 109-123.
- Janowitz, Morris; Moskos, Charles C. (1979). „Five Years of the All-Volunteer Force: 1973-1978.“ *Armed Forces & Society*, Volume 5, No. 2, 1979, 171-218.
- Jans, Nicholas A. (1990). „Why are they leaving? A Model of Organizational Commitment in the Australian Defence Force.“ In: Kuhlmann, Jürgen (1990). *Problems and Options of the Mass Armed Forces*. Forum International, Band 9, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München, 213-248.
- Janssen, Charles (1996). „Entfremdung oder Integration? Holland hat das Berufsheer eingeführt: Soziologische Studie zu den Hintergründen.“ *IFDT Information für die Truppe*, 40, Nr. 4, 1996, 30-37.
- Jaun, Rudolf (1998). „Armee und Nation. Schweizerische Militärdiskurse des 19. Jahrhunderts im Widerstreit.“ In: Altermatt, Urs; Bosshart-Pfluger, Catherine; Tanner, Albert (Hrsg.) (1998). *Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert*. Chronos Verlag, Zürich, 149-166.
- Jazbec, Milan (2003). „Die Umstrukturierung der europäischen Streitkräfte am Beispiel Sloweniens.“ *Österreichische Militärische Zeitschrift*, OEMZ 1, 2003, 50-52
- Jehn, Christopher; Selden, Zachary (2002). „The End of Conscription in Europe?“ *Contemporary Economic Policy*, Volume 20, No. 2, April 2002, 93-100.
- Jelušič, Ljubica (2003). „Slovenian Public Opinion on Security, Defence and Military Issues.“ In: Vlachová, Marie (Ed.) (2003). *The Public Image of Defence and the Military in Central and Eastern Europe*. DCAF and Centre for Civil-Military Relations, Geneva, Belgrade, 181-200.

- Jelušič, Ljubica; Caforio, Giuseppe; Haltiner, Karl W.; Moelker, René; Szvirceev Tresch, Tibor (2003): *The cultural gap between the military and the parent society: a theoretical framework*. Paper presented at the ERGOMAS Meeting in Breda, 23-24 May, Breda, The Netherlands.
- Johnson, Lyndon B. (1967). „The President’s Message on Selective Service to the Congress, March 6, 1967.“ In: Tax, Sol (ed.) (1967). *The Draft. A Handbook of Facts and Alternatives*. The University of Chicago Press, Chicago and London, 465-476.
- Jonas, Rainer (1998). „Welche Streitkräfte braucht Deutschland? Auslaufmodell Wehrpflicht? Umfassende Herausforderungen an die Bundeswehr.“ *Schweizer Soldat*, 73, Nr. 1, 1998, 24-26.
- Jones, Christopher; Mychajlyszyn, Natalie (2002). „Overview: Civil–Military Relations in Central and Eastern Europe in Former Communist Societies.“ *Armed Forces & Society*, Volume 29, No. 3, 2002, 375- 384.
- Judah, Tim (2005). „Hoffnungsschimmer in der Hölle.“ *Die Weltwoche*, Nummer 2, 13. Januar 2005, 73. Jahrgang, 8-53.
- Kaldor, Mary (2000). *Neue und alte Kriege*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Kant, Immanuel (1781 [1993]). *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*. Reclam, Stuttgart.
- Keegan, John (1995). *Die Kultur des Krieges*. Rowohlt Berlin Verlag GmbH, Berlin.
- Kelleher, Catherine (1978). „Mass Armies in the Seventies. The Debatte in Western Europe.“ *Armed Forces & Society*, Volume 5, No. 1, 1978, 3-30.
- Kennedy-Pipe, Caroline. „Women and the Military.“ *The Journal of Strategic Studies*, Volume 23, No. 4, December 2000, 32-50.
- Kernic, Franz (1990). *Die isolierte Armee. Kritische Bemerkungen zur Landesverteidigung*. Signum Verlag, Wien.
- Kernic, Franz (1997). *Demokratie und Wehrsystem: Aufsätze zum Verhältnis von Gesellschaft, politischem System und Heer in Österreich*. Peter Lang, Bern.
- Kernic, Franz (2003). „Über die kriegerische Gewalt in der Spätmoderne. Militär, Kriege und gewaltsame Konfliktaustragung in der Weltgesellschaft.“ In: Kümmel, Gerhard; Collmer, Sabine (Hrsg.) (2003). *Soldat – Militär – Politik – Gesellschaft. Facetten militärbezogener sozialwissenschaftlicher Forschung*. Militär und Sozialwissenschaften, Band 35, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 127-137.
- Kernic, Franz; Callaghan, Jean M. (2002). „Politische Identität und allgemeine Wehrpflicht in Österreich. Soziologische Bemerkungen zur aktuellen Diskussion um Wehrpflicht oder Freiwilligenheer.“ In: Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.) (2002). *Europas Armeen im Umbruch*. Militär und Sozialwissenschaften, Band 29, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 179-204.
- Kerstens, K; Meyermans E. (1993). „The Draft versus an All-Volunteer Force: Issues of Efficiency and Equity in the Belgian Draft.“ *Defence Economics*, Volume 4, 1993, 271-284.
- Kestnbaum, Meyer (2002). „Citizen-Soldiers, National Service and the Mass Army: The Birth of Conscription in Revolutionary Europe and North America.“ In: Mjøset, Lars; Holde van, Stephen (ed.) (2002). *The Comparative Study of Conscription in the Armed Forces*. Volume 20, Elsevier Science, Amsterdam, 117-144.

- Kieschoweit, Jürgen (1992). „Wehrpflicht- oder Berufsarmee oder was?“ *Truppenpraxis*, 36, Nr. 2, 1992, 136-140.
- Kirkpartick, Charles E. (1994). „Entscheidung für den Berufssoldaten. Die Armee der Vereinigten Staaten und die Aufhebung der Wehrpflicht gegen Ende des Vietnamkrieges 1969.“ In: Foerster, Roland G. (1994). *Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung*. R. Oldenbourg Verlag, München, 241-258.
- Kiss, Zoltan Laszlo (2003). „Changes in Hungarian Public Opinion on Security, Defence and the Military.“ In: Vlachová, Marie (Ed.) (2003). *The Public Image of Defence and the Military in Central and Eastern Europe*. DCAF and Centre for Civil-Military Relations, Geneva, Belgrade, 123-140.
- Klein, Paul (1991). *Wehrpflicht und Wehrpflichtige heute*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Klein, Paul (1996a). „Erste Schritte: Holland und Belgien im Übergang zur Freiwilligenarmee.“ *IFDT – Information für die Truppe*, 40, Nr. 3, 1996, 30-35.
- Klein, Paul (1996b). „Jedem den passenden Helm: Europas Wehrsysteme im Wandel.“ *IFDT Informationen für die Truppe*, 40, Nr. 4, 1996, 17-23.
- Klein, Paul (1999). „Begriffswelt: Wehrpflicht, Miliz, Massenheer, Freiwilligenarmee, stehendes Heer u.a.m.“ In: Haltiner, Karl W.; Kühner, Andreas (Hrsg.) (1999). *Wehrpflicht und Miliz – Ende einer Epoche? Der europäische Streitkräftewandel und die Schweizer Miliz*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 13-18.
- Klein, Paul (2004). „Wehrsysteme und Wehrformen im Vergleich.“ In: Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.) (2004). *Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte*. Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 2, Wiesbaden, 9-27.
- Klein, Paul; Lippert, Ekkehard (1987). „Funktionswandel des Militärs und Streitkräftekultur. Oder: Wie viele Soldaten sind genug?“ In: Bald, Detlef (Hrsg.) (1987). *Miliz als Vorbild? Zum Reservistenkonzept der Bundeswehr*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 101-123.
- Klein, Paul; Pajon, Christophe (1997). *Frankreichs Streitkräfte im Wandel*. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Strausberg.
- Klein, Paul; Pajon, Christophe (2002). „Die Militärreform in Frankreich.“ In: Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.) (2002). *Europas Armeen im Umbruch*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 109-122.
- Klein, Uta (2004). „Die Wehrpflicht von Männern – Ausdruck überkommener Geschlechterpolitik.“ In: Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.) (2004). *Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte*. Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 2, Wiesbaden, 131-153.
- Klümper, Mathias (2002). *Legitimation für die Wehrpflicht. Eine Betrachtung unter verfassungsrechtlichen, historischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten*. Peter Lang, Frankfurt am Main.
- Knapp, Charles B. (1973). „A Human Capital Approach to the Burden of the Military Draft.“ *The Journal of Human Resources*, Volume 8, No. 4, Autumn 1973, 485-496.
- Kohn, Richard H; Syrett, David (1972). „The Dangers of an All-Volunteer Army.“ *Military Review*, 52, No. 6, June 1972, 70-74.

- Köllner, Lutz (1981). *Wehrpflichtarmee – Berufsarmee. Finanzwissenschaftliche und –wirtschaftliche Überlegungen. Bemerkungen zur Problematik einer Berufsarmee*. Heere International, Band 1, Verlag E.S. Mittler, Herford/Bonn, 163-173.
- Koppelin, Jürgen (1998). „Plädoyer für eine Freiwilligenarmee.“ In: Gross, Jürgen; Lutz, Dieter S. (Hrsg.) (1998). *Wehrpflicht ausgedient*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 73-76.
- Kromrey, Helmut (1998). *Empirische Sozialforschung*. 8. Auflage. Leske + Budrich, Opladen.
- Kuhlmann, Jürgen; Lippert, Ekkehard (1993). „Das Ende der Wehrpflicht? Der Niedergang der Massenarmeen.“ *Gegenwartskunde*, Nr. 2, 1993, 177-185.
- Kujat, Harald (2001). „Die Bundeswehr auf ihrem Weg der Erneuerung von Grund auf.“ *Europäische Sicherheit* 1, 2001, 30-40.
- Kümmel Gerhard (2002). „Complete Access: Women in the Bundeswehr and Male Ambivalence.“ *Armed Forces & Society*, Volume 28, No. 4, Summer 2002, 555-573.
- Kümmel Gerhard (2004). „Frauen und Militär.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 60-69.
- Lasswell, Harold D. (1941). „The Garrison State.“ *The American Journal of Sociology*, Volume 46, No. 4, January 1941, 455-468.
- Lau, Morten I.; Poutvaara, Panu ; Wagener, Andreas (2002). *The Dynamic Cost of the Draft*. Discussion Paper No 2002-18, Centre for Economic and Business Research, Copenhagen. <http://www.cebr.dk/upload/dp1802.pdf> (Stand: 3.3. 2004).
- Levi, Margaret (1996). „The Institution of Conscription.“ *Social Science History*, Volume 20, No. 1, Spring 1996, 133-163.
- Lezzi, Bruno (2000). „Auf welche Zukunft soll sich die Schweizer Armee einstellen? Streiflichter auf Grundsatzfragen von Militärpolitik und Doktrin.“ *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 97, Mittwoch, 26. April 2000, 17-18.
- Linnenkamp, Hilmar (1994). „Wohin mit der Wehrpflicht?“ *Sicherheit und Frieden (S+F)*, Jahrgang 12, Heft 1, 1994, 15-18,
- Lippert, Ekkehard (1995). „Verzögerte Aufklärung – Zur jämmerlichen Lage der deutschen Militärsoziologie.“ *Mittelweg* 36, 4. Jahrgang, Juni/Juli, 1995, 18-31.
- Lippert, Ekkehard; Wachtler, Günther (1988). *Frieden – Ein Handwörterbuch*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Lissak, Moshe (1978). „Some Reflections on Convergence and Structural Linkages. The all Volunteer and Conscription Army.“ Paper presented at the 9th World Congress of Sociology. Uppsala.
- Maiwald, Arthur Friedrich (1998). „Schweiz.“ *Österreichische Militärische Zeitschrift*, OEMZ 36, Nr. 1, 1998, 86-90.
- Manigart, Philippe (1990). „The Decline of the Mass Armed Force in Belgium, 1900-1985.“ In: Kuhlmann, Jürgen (Hrsg.) (1990). *Problems and Options of the Mass Armed Forces*. Forum International, Band 9, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München, 37-64.

- Manigart, Philippe (2002). „The professionalization of the Belgian armed forces.“ In: Marjan Malešič et al. (2002). *Comparative Analysis of Manning the Armed Forces in Europe*. University of Ljubljana, Obramboslovni raziskovalni center, 115-131.
- Manigart, Philippe (2003a). „Restructuring of the Armed Forces.“ In: Caforio, Giuseppe (2003). *Handbook of the Sociology of the Military*. Kluwer Academic / Plenum Publisher, New York, 323-343.
- Manigart, Philippe (2003b). „Public Opinion on Defence Policy in the Countries of European Union.“ In: Vlachová, Marie (Ed.) (2003). *The Public Image of Defence and the Military in Central and Eastern Europe*. DCAF and Centre for Civil-Military Relations, Geneva, Belgrade, 27-46.
- Mantovani, Mauro (1997). „Milizarmee oder Freiwilligenarmee? Vor dem Wendepunkt der öffentlichen Diskussion.“ *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik*, 1996/97. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH, Zürich, 45-68.
- Martin, Michel L. (1977). „Conscription and the Decline of the Mass Army in France, 1960-1975.“ *Armed Forces & Society*, Volume 3, No. 3, May 1977, 355-406.
- McNeill, William H. (1984). *Krieg und Macht. Militär, Wirtschaft und Gesellschaft vom Altertum bis heute*. Verlag C.H. Beck, München.
- McNown, Robert F.; Udis, Bernard; Ash, Colin (1980). „Economic Analysis of the All-Volunteer Force.“ *Armed Forces & Society*, Volume 7, No. 1, Fall 1980, 113-132.
- Mead, Margaret (1967). „A National Service System as a Solution to a Variety of National Problems.“ In: Tax, Sol (ed.) (1967). *The Draft. A Handbook of Facts and Alternatives*. The University of Chicago Press, Chicago and London, 99-109.
- Metzger, Jan (1999). *Die Milizarmee im klassischen Republikanismus*. St. Galler Studien zur Politikwissenschaft, Band 22, Paul Haupt Verlag, Bern.
- Meyer, Georg Maria; Schneider, Siegfried (1988). „Dienen“ Soldatenfamilien? Berufsbedingte Probleme und Belastungen in Soldatenehen und -familien.“ In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.) (1988). *Militär als Lebenswelt. Streitkräfte im Wandel der Gesellschaft (II)*. Leske + Budrich, Opladen, 113-128.
- Meyer, Peter (1977). *Kriegs- und Militärsoziologie*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Micewski, Edwin R. (1995). „Streitkräfte und gesellschaftlicher Wandel. Zu gesellschaftspolitischen und militärsoziologischen Aspekten der Sicherheitspolitik.“ *Österreichische Militärische Zeitschrift*, OEMZ, Nr. 3, 1995, 251-264.
- Miller, Laura (2003). „Women in the Armed Forces.“ In: Callaghan, Jean; Kernic, Franz (Eds.) (2003). *Armed Force and International Security. Global Trends and Issues*. LIT Verlag, Münster, 221-224.
- Mjøset, Lars; Holde van, Stephen (2002). „Killing for the State, Dying for the Nation: An Introductory Essay on the Life Cycle of Conscription into Europe's Armed Forces.“ In: Mjøset, Lars; Holde van, Stephen (ed.) (2002). *The Comparative Study of Conscription in the Armed Forces*. Volume 20, Elsevier Science, Amsterdam, 3-94.
- Moelker, René (2002). „Der Umbau der niederländischen Streitkräfte und die sich wandelnde Sicht des Militärberufes.“ In: Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.) (2002). *Europas Armeen im Umbruch*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 159-177.
- Møller, Bjørn (2000). *Conscription and its Alternatives*. Copenhagen Peace Research Institute (COPRI), Institute of Political Studies, University of Copenhagen.

- Moore, Brenda L. (2002). „The Propensity of Junior Enlisted Personnel to Remain in Today's Military.“ *Armed Forces & Society*, Volume 28, No. 2, Winter 2002, 257-278.
- Moskos, Charles C. (1977). „From Institutional to Occupational : Trends in Military Organization.“ *Armed Forces & Society*, Volume 4, No. 1, 1977, 41-50.
- Moskos, Charles C. (1983). „The All-Volunteer Force.“ In: Janowitz, Morris; Wesbrook, Stephen D. (1983). *The Political Education of Soldiers*. Sage Publications, Beverly Hills, 307-325.
- Moskos, Charles C. (1988). „Institutional and Occupational Trends in Armed Forces.“ In: Moskos, Charles C.; Wood, Frank (1988). *The Military – More Than Just a Job?* Pergamon-Brassey's International Defense Publishers, Washington, New York, 15-26.
- Moskos, Charles C. (1991). „L'armée de métier américaine: un coûteux échec.“ In : Boëne, Bernard; Martin, Michel Louis (1991). *Conscription et armée de métier*. FEDN, Paris, 54-69.
- Moskos, Charles C.; Burk, James (1998). „The Postmodern Military.“ In: Caforio, Giuseppe (1998). *The Sociology of the Military*. Edward Elgar, Cheltenham, 591-612.
- Moskos, Charles C.; Glastris, Paul (2001). „Now Do You Believe We Need a Draft?“ *The Washington Monthly*, November 2001, 9-11.
- Moskos, Charles C.; Williams, John Allen; Segal, David R. (Eds) (2000). *The Postmodern Military: Armed Forces After the Cold War*. Oxford University Press, New York & Oxford.
- Mulligan, Casey B.; Shleifer, Andrei (2004). *Conscription as Regulation*. University of Chicago and NBER, Harvard University and NBER, Chicago.
- Münkler, Herfried (2002). *Die neuen Kriege*. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Nachtwei, Winfried (2002). „Die Zukunft der Bundeswehr aus der Sicht von Bündnis 90/Die Grünen.“ In: Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hrsg.) (2002). *Europas Armeen im Umbruch*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 71-76.
- Nagode, Aleksander (2000). *Spremembe v Vojaških Organizacijh Bolgarije, Češke, Madžarske, Poljske, Romunije in Slovaške po koncu hladne vojne v luči Haltinerjeve Teorije zatona Množičnih Armad*. Diplomsko delo, Univerza v Ljubljani, Fakulteta za Družbene Vede, Ljubljana.
- Nato Handbuch (1998). *Nato 1949-1999*. Jubiläumsausgabe zum fünfzigjährigen Bestehen der Nordatlantikpakt-Organisation. Nato-Presse- und Informationsdienst, Brüssel.
- Nielsen, Vicki (2001). „Frauen in Uniform.“ *NATO brief*, Sommer 2001, Berlin, 30-33.
- Noelle, Elisabeth (1963). *Umfragen in der Massengesellschaft. Einführung in die Methoden der Demoskopie*. Rowohlt Verlag, Reinbeck bei Hamburg, S. 54-94.
- Nokkala, Arto (2002). *Domestic Aspects in the Construction of a Post-Cold Military: The Case of Finland*. Department of Political Science and International Relations, University of Tampere. Paper prepared for the 43rd Annual Convention of the International Studies Association, New Orleans, The United States, March 24-27, 2002.
- Oi, Walter Y. (1967). „The Economic Cost of the Draft.“ *The American Economic Review*, Volume 57, No. 2. Papers and Proceedings of the Seventy-ninth Annual Meeting of the American Economic Association, May, 1967, 39-62.
- Opel, Manfred (1994). „Die Wehrform der Zukunft heisst Freiwilligen-Armee.“ *Europäische Sicherheit*, 43, Nr. 3, 1994, 114-116.

- Opel, Manfred (1998). „Neue Bundeswehr-Strukturen.“ In: Gross, Jürgen; Lutz, Dieter S. (Hrsg.) (1998). *Wehrpflicht ausgedient*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 77-94.
- Opitz, Eckardt (1994). „Allgemeine Wehrpflicht – ein Problemaufriss aus historischer Sicht.“ In: Opitz, Eckardt; Rödiger, Frank S. (Hrsg.) (1994). *Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven*. Edition Temmen, Bremen, 9-29.
- Ovens, Ove (1986). „Militärischer Professionalismus. Zum Berufs- und Selbstverständnis der Streitkräfte.“ In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.) (1986). *Militär als Gegenkultur? Streitkräfte im Wandel der Gesellschaft (I)*. Leske + Budrich, Opladen, 257-272.
- Perry, Shelley; Griffith, James; White, Terry (1991). „Retention of Junior Enlisted Soldiers in the All-Volunteer Army Reserve.“ *Armed Forces & Society*, Vol. 18, No. 1 Fall 1991, 111-133.
- Pfeiffer, Dietmar K. (1976). *Organisations-Soziologie. Eine Einführung*. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.
- Poncelet, Jean-Paul (1999). „Rede des belgischen Verteidigungsministers Jean-Paul Poncelet vor dem französischen Parlament.“ In: Steinkamm, Armin A; Schössler, Dietmar (Hrsg.) (1999). *Wehrhafte Demokratie 2000 – zu Wehrpflicht und Wehrstruktur*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 243-249.
- Prätorius, Rainer (1984). *Soziologie der politischen Organisationen*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Richter, Michael; Schleicher, Michael (1996). „Von der Wehrpflicht zur Berufsarmee: Das Beispiel Belgien.“ In: Straubhaar, Thomas; Schleicher, Michael (1996). *Wehrpflicht oder Berufsarmee. Beiträge zur Debatte aus ökonomischer Sicht*. Haupt Verlag, Bern, 81-101.
- Rogmann, Klaus; Ziegler, Rolf (1977). „Militärsoziologie.“ In: König, René (Hrsg.) (1977). *Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 9. Organisation – Militär*. 2. Auflage, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart, 142-208.
- Rose, Jürgen (1998). „Die prekär gewordene Legitimation der Wehrpflicht.“ In: Gross, Jürgen; Lutz, Dieter S. (Hrsg.) (1998). *Wehrpflicht ausgedient*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 31-62.
- Rosendahl Huber, Alex (1998). „Die Rolle der Sozialwissenschaften in der niederländischen Armee.“ In: Klein, Paul; Prüfert, Andreas (Hrsg.) (1998). *Militär und Wissenschaft in Europa – Kritische Distanz oder hilfreiche Ergänzung? 25 Jahre Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 53-64.
- Rosendahl Huber, Axel (1999). „Erste Erfahrungen mit der Berufsarmee in den Niederlanden.“ In: Haltiner, Karl W.; Kühner, Andreas (Hrsg.) (1999). *Wehrpflicht und Miliz – Ende einer Epoche? Der europäische Streitkräftewandel und die Schweizer Miliz*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 43-53.
- Roth, Günter (1999). „Die neuen Herausforderungen der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik. Die Bundeswehr der Zukunft: Eine Berufs- und Freiwilligenarmee mit einer Reservistenkomponente.“ In: Steinkamm, Armin A.; Schössler, Dietmar (Hrsg.) (1999). *Wehrhafte Demokratie 2000. Zu Wehrpflicht und Wehrstruktur*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 215-235.
- Rutsch, Reto (1996). *Europas Massenheere im Jahre 2000*. Diplomarbeit, Militärische Führungsschule, MFS, Au, Wädenswil.

- Sarvas, Stefan; Hodny, Jioi (1998). „The Motivation to Become an Officer.“ In: Giuseppe Caforio (ed.) (1998). *The European Cadet: Professional Socialisation in Military Academies. A Crossnational Study*. Militär und Sozialwissenschaften Band 22, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 17-29.
- Schadt, Ingo (1996). „Kein Modell für Deutschland: Frankreichs Entscheidung für die Freiwilligenarmee.“ *IFDT Information für die Truppen*, 40, Nr. 4, 1996, 4-9.
- Schauer, Hartmut (1978). „Die Personalsituation der amerikanischen Freiwilligenstreitkräfte.“ *Österreichische Militärische Zeitschrift*, OEMZ 16, Nr. 5, 1978, 397-401.
- Schindler, Dietrich (1999). *Verfassungsrechtliche Schranken für das Projekt „Armee XXI“*. Gutachten zuhanden des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Zollikon, 14. April 1999.
- Schinner, Dietmar (2002). „Das Personalstatut der belgischen Armee.“ *Truppendienst* 5/2002, 445.
- Schleicher, Michael; Straubhaar, Thomas (1996). *Wehrpflicht oder Berufsarmee Beiträge zur Debatte aus ökonomischer Sicht*. Bern, Haupt.
- Schneider, Friedhelm (2004). *Overview*. Mai 2004. www.ebco-beoc.org/country_reports.htm (Stand 16.8. 2004).
- Schössler, Dietmar (1980). *Militärsoziologie*. Basisbücher Sozialwissenschaften, Band 2, Athenaem Verlag, Königstein.
- Schuler, Heinz (Hrsg.) (1993). *Lehrbuch Organisationspsychologie*. Verlag Hans Huber, Bern.
- Schwarz, Günter (1993). „Die ethischen Grundlagen des Offiziersberufes.“ In: Klein, Paul; Kuhlmann, Jürgen; Rohde, Horst (Hrsg.) (1993). *Soldat – ein Berufsbild im Wandel. Band 2, Offiziere*. Deutscher Bundeswehr-Verlag, Bonn, Dortmund, 143-151.
- Segal, David R.; Verdugo, Naomi (1994). „Demographic Trends and Personnel Policies as Determinants of the Racial Composition of the Volunteer Army.“ *Armed Forces & Society*, Volume 20, No. 4, Summer 1994, 619-632.
- Sehmsdorf, Matthias (1998). *Wehrpflicht – Versus Freiwilligenarmee: Ausgewählte ökonomische Aspekte des Wehrsystems*. Verlag Dr. Kovac, Hamburg.
- Seifert, Ruth (1994). „Gender, Nation und Militär – Aspekte von Männlichkeitskonstruktion und Gewaltsozialisation durch Militär und Wehrpflicht.“ In: Opitz, Eckardt; Rödiger, Frank S. (Hrsg.) (1994). *Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven*. Edition Temmen, Bremen, 179-194.
- Semlitsch, Karl (1993). „Offizier: ein Berufsbild im Wandel. Eine österreichische Sicht.“ In: Klein, Paul; Kuhlmann, Jürgen; Rohde, Horst (Hrsg.) (1993). *Soldat – ein Berufsbild im Wandel. Band 2, Offiziere*. Deutscher Bundeswehr-Verlag, Bonn, Dortmund, 445-454.
- Shields, Patricia M. (1980). „Enlistment During the Vietnam Era and the „Representation“ Issue of the All-Volunteer Force.“ *Armed Forces & Society*, Volume 7, No. 1, Fall 1980, 133-151.
- Singer, Jürgen (1997). *Das Milizsystem unter wirtschaftlichen Aspekten*. Haupt Verlag, Bern.
- SIPOL B 2000. *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz*. 7. Juni 1999, Bern.

- Smith, Adam (1983). „Der Zusammenhang von Wirtschaftsform und Militärverfassung.“ In: Wachtler, Günther (Hrsg.) (1983). *Militär, Krieg, Gesellschaft. Texte zur Militärsoziologie*. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York, 53-65.
- Snider, Don; Priest, Robert; Lewis, Felicia (2001). „The Civilian-Military Gap and Professional Military Education at the Precommissioning Level.“ *Armed Forces & Society*, Volume 27, No. 2, 2001, 249-272.
- Soeters, Joseph L. (1998). „Zivil-Militärische Beziehungen in einer Berufsarmee. Erste Erfahrungen und vorläufige Betrachtungen aus den Niederlanden.“ In: Klein, Paul; Prüfert, Andreas (Hrsg.) (1998). *Militär und Wissenschaft in Europa – Kritische Distanz oder hilfreiche Ergänzung? 25 Jahre Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 65-78.
- Soeters, Joseph; Bos-Bax, Miepke (2002). „The Professionalisation of the Dutch Armed Forces.“ In: Malešič, Marjan et al. (2002). *Comparative Analysis of Manning the Armed Forces in Europe*. University of Ljubljana, Obramboslovni raziskovalni center, 67-81.
- Soeters, Joseph; Winslow, Donna; Weibull, Alise (2002). „Military Culture.“ In: Caforio, Giuseppe (Ed) (2002). *Handbook of the Sociology of the Military*. News York/ Boston/ London, Kluwer Academic/ Plenum Publisher.
- Sommer, Theo (2003). „Auswahlwehrgerechtigkeit und Wehrgerechtigkeit.“ In: Prüfert, Andreas (Hrsg.) (2003). *Hat die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland eine Zukunft? Zur Debatte um die künftige Wehrstruktur*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 59-67.
- Sorensen, Henning (1999). *Conscription in Scandinavia during the last quarter of a Century. Different Developments and Arguments*. Working Papers 1999/2. Danish Institute of International Affairs (DUPI), Copenhagen.
- Spencer, Herbert (1983). „Der kriegerische und der industrielle Gesellschaftstypus.“ In: Wachtler, Günther (Hrsg.) (1983). *Militär, Krieg, Gesellschaft. Texte zur Militärsoziologie*. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York, 38-52.
- Stadelmann, Jürg (1994). „Militärische Ausbildung gestern, heute und morgen. Eine Schweizer Sicht.“ In: Klein, Paul; Prüfert, Andreas (Hrsg.) (1994). *Militärische Ausbildung heute und in der Zukunft*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 109-115.
- Starlinger, Thomas K. (2001). „Berufsbild ‘Soldat auf Zeit’.“ *Österreichische Militärische Zeitschrift, OEMZ*, 4, 2001, 441-450.
- Steinkamm, Armin A; Schössler, Dietmar (Hrsg.) (1999). *Wehrhafte Demokratie 2000 – zu Wehrpflicht und Wehrstruktur*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden,
- Strack, Fritz (1994). *Zur Psychologie der standardisierten Befragung. Kognitive und kommunikative Prozesse*. Springer Verlag, Berlin.
- Straubhaar, Thomas (1988). „Militärausgaben im internationalen Vergleich.“ *SAMS-Informationen* 12. Jahrgang, Nr. 2, 1988, Bulletin des Schweizerischen Arbeitskreises Militär + Sozialwissenschaften, 61-75.
- Straubhaar, Thomas (1999). „Globalisierung und Landesverteidigung – Plädoyer für eine schweizerische Freiwilligenarmee.“ In: Haltiner, Karl W.; Kühner, Andreas (Hrsg.) (1999). *Wehrpflicht und Miliz – Ende einer Epoche? Der europäische Streitkräfte-wandel und die Schweizer Miliz*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 79-86.

- Summers, Harry G. (1972). „Another View of an All-Volunteer Army.“ *Military Review*, Volume 52, No. 6, June 1972, 75-79.
- Szvircsev Tresch, Tibor; Allenspach, Dominik; Born, Michael; Haltiner, Karl W. (2004). *Is there a Cultural Gap between the Military and the Parent Society? An Analysis of Switzerland*. Paper presented at the International Conference of the International Sociological Association: Military Missions & Their Implications Reconsidered: The Aftermath of September 11th. METU, Culture & Convention Center, Ankara, Turkey, 7-9 July 2004.
- Tax, Sol (ed.) (1967). *The Draft. A Handbook of Facts and Alternatives*. The University of Chicago Press, Chicago and London.
- Theiler, Olaf (2004). „Die ‘Neue NATO’ – Eine Allianz im Wandel.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 214-224.
- Timotić, Milorad (2003). „Public Opinion on Security and Defence Issues in Serbia and Montenegro.“ In: Vlachová, Marie (Ed.) (2003). *The Public Image of Defence and the Military in Central and Eastern Europe*. DCAF and Centre for Civil-Military Relations, Geneva, Belgrade, 201-214.
- Tkatschenko, Alexander (2001). „Die Reform der ukrainischen Streitkräfte.“ In: Ehrhart, Hans-Georg (Hrsg.) (2001). *Militär und Gesellschaft im Kontext europäischer Sicherheit*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 120-125.
- Tripodi, Paolo (2001). „Peacekeeping: Let the Conscripts Do the Job.“ *Security Dialogue*, Volume 32, No. 2, June 2001, 155-168.
- Tschechien. „Berufsarmee.“ *Österreichische Militärische Zeitschrift*, OEMZ, 1, 2001, 127-128
- Türk, Klaus (1978). *Soziologie der Organisation. Eine Einführung*. Enke Verlag, Stuttgart.
- Ulrich, Marybeth Peterson (1999). *Democratizing Communist Militaries: The Cases of the Czech and Russian Armed Forces*. University Of Michigan Press, An Arbor.
- Ulrich, Marybeth Peterson (2004). „Militärische Multinationalität und die Streitkräftereformen in Mitteleuropa.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 386-394.
- Van der Meulen, Jan; Manigart, Philippe (1997). „Zero Draft in the Low Countries: The Final Shift to the All-Volunteer Force.“ *Armed Forces & Society*, Volume 24, No. 2, Winter 1997, 315-332.
- VBS (Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) (1998). *Kosten der Landesverteidigung. Eine Erhebung der volkswirtschaftlichen Kosten 1998 der schweizerischen Landesverteidigung. Mit einem internationalen, sieben Länder umfassenden Vergleich*. Generalstab, UG Planung, Abteilung Armeepfung, Bern.
- Vijver, van der Johan George (1993). „Die Streitkräftereform in den Niederlanden.“ *Beilage zur Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift ASMZ*, 10, 1993, 17-21.
- Visuri, Pekka (2002). „Finnish Defence Forces: Doctrine, Personnel and Conscription.“ In: Malešič, Marjan et al. (2002). *Comparative Analysis of Manning the Armed Forces in Europe*. University of Ljubljana, Obramboslovni raziskovalni center, 6-16.
- Vlachová, Marie (2003). *The Professionalisation of the Czech Armed Forces*. Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF). Working Paper No. 18, Geneva.

- Vogt, Wolfgang R. (1986). „Militärische Gewalt und Gesellschaftsentwicklung. Zur Inkompatibilitätsproblematik und Friedenssicherung im Nuklearzeitalter – ein soziologischer Entwurf.“ In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.) (1986). *Militär als Gegenkultur? Streitkräfte im Wandel der Gesellschaft (I)*. Leske + Budrich, Opladen, 37-87.
- Vogt, Wolfgang R. (1991). *Frieden schaffen – mit oder ohne Waffen? Zum Paradigmenstreit um die Meinungsführung: „Zivillogik“ versus „Militärlogik“*. Arbeitspapier der Schweizerischen Friedensstiftung, Nr. 11, Bern, Juli 1991.
- Vogt, Wolfgang R. (1993). „Berufsbilder des Offiziers im Widerstreit.“ In: Klein, Paul; Kuhlmann, Jürgen; Rohde, Horst (Hrsg.) (1993). *Soldat – ein Berufsbild im Wandel. Band 2, Offiziere*. Deutscher Bundeswehr-Verlag, Bonn, Dortmund, 107-121.
- Vuono, Carl E (1990). „Professionalism and the Army of the 1990.“ *Military Review*, Volume 70, No. 4, 1990, 2-9.
- Wachtler, Günther (Hrsg.) (1983a). *Militär, Krieg, Gesellschaft – Texte zur Militärsoziologie*. Campus Verlag, Frankfurt a. Main, New York.
- Wachtler, Günther (1983b). „Struktur und Funktionswandel der Streitkräfte. Eine gesellschaftliche Neuorientierung der Militärsoziologie.“ In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.) (1983). *Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimationskrise. Analysen zum Prozess der Delegitimierung des Militärischen im Kernwaffenzeitalter*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 59-77.
- Wachtler, Günther (1986). „Abschreckung als Beruf. Ansätze einer berufssoziologischen Analyse des Offiziersberufs.“ In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.) (1986). *Militär als Gegenkultur? Streitkräfte im Wandel der Gesellschaft (I)*. Leske + Budrich, Opladen, 209-221.
- Wandsbecker Kreis (1994). „Ökonomische Überlegungen zu einer Reform der Bundeswehr: Von der Ineffizienz der Wehrpflicht.“ In: Opitz, Eckardt; Rödiger, Frank S. (Hrsg.) (1994). *Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven*. Edition Temmen, Bremen, 170-178.
- Warner, John T.; Asch, Beth J. (1996). „The Economic Theory of a Military Draft Reconsidered.“ *Defence and Peace Economics*, Volume 7, 1996, 297-312.
- Watts, Larry (2003). „Romanian Public Attitudes to Defence and Security Sector Reform.“ In: Vlachová, Marie (Ed.) (2003). *The Public Image of Defence and the Military in Central and Eastern Europe*. DCAF and Centre for Civil-Military Relations, Geneva, Belgrade, 269-286.
- Weber, Max (1983). „Militärische Disziplinierung und gesellschaftliche Rationalisierung.“ In: Wachtler, Günther (Hrsg.) (1983). *Militär, Krieg, Gesellschaft. Texte zur Militärsoziologie*. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York, 107-116.
- Wehrstruktur-Kommission der Bundesregierung (1973). *Die Wehrstruktur in der Bundesrepublik Deutschland*. Analyse und Optionen. Bonn.
- Wenger, Andreas; Breitenmoser, Christoph; Lehmann, Patrick (1998). „Die Nato-Partnerschaft für den Frieden im Wandel: Entwicklung und Zukunft eines kooperativen Sicherheitsinstrumentes.“ *Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*, Heft Nr. 48, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zürich.

- Wenger, Andreas; Mauer, Victor; Schwerzmann, Dominik (2003). *Die Schweiz und friedensunterstützende Operationen. Trends, Chancen, Herausforderungen*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH Zürich.
- Werkner, Ines-Jacqueline (2003). *Allgemeine Trends und Entwicklungslinien in den europäischen Wehrsystemen*. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, SOWI-Arbeitspapier 134, Juli 2003, Strausberg.
- Werkner, Ines-Jacqueline (2004). „Wehrstrukturen im internationalen Vergleich.“ In: Gareis, Sven Bernhard; Klein, Paul (Hrsg.) (2004). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 89-100.
- Widmer, Andreas (1995). *Ist im Rahmen von Armee 95 mit einer Beeinträchtigung des Milizprinzips zu rechnen?* Diss. Hochschule St. Gallen.
- Wiegand, Krista E.; Paletz, David L. (2001). „The Elite Media and the Military-Civilian Culture Gap.“ *Armed Forces & Society*, Volume 27, No. 2, 2001, 183-204.
- Wiesendahl, Elmar (1980). „Demokratischer Wertewandel und militärische Subkultur.“ In: Schulz, Karl-Ernst (Hrsg.) (1980). *Streitkräfte im gesellschaftlichen Wandel*. Osang Verlag, Bonn, 95-124.
- Wiesendahl, Elmar (1983). „Legitimations- und Legitimitätsaspekte des Militärischen in der Demokratie. Ein Beitrag zur Legitimitätsdiskussion.“ In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.) (1983). *Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimationskrise. Analysen zum Prozess der Delegitimierung des Militärischen im Kernwaffenzeitalter*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 141-166.
- Wikipedia, die freie Enzyklopädie (2004). *Artillerie*. <http://de.wikipedia.org/wiki/Artillerie> (Stand 16.12. 2004).
- Wildenmann, Rudolf (1968). „Politische Stellung und Kontrolle des Militärs.“ In: König, René; Roghmann, Klaus; Sodeur, Wolfgang; Ziegler, Rolf (1968). *Beiträge zur Militärsoziologie*. Sonderheft 12 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen, 59-88.
- Yanakiev, Yantsilav (2003). „Views of the Bulgarian public on Security, Defence and the Military.“ In: Vlachová, Marie (Ed.) (2003). *The Public Image of Defence and the Military in Central and Eastern Europe*. DCAF and Centre for Civil-Military Relations, Geneva, Belgrade, 251-268.
- Zeller, Klaus D. (1980). „Fragen zur Technikbewältigung in Streitkräften.“ In: Schulz, Karl-Ernst (Hrsg.) (1980). *Streitkräfte im gesellschaftlichen Wandel*. Osang Verlag, Bonn, 267-301.
- Ziegler, Rolf (1968). „Einige Ansatzpunkte der Militärsoziologie und ihr Beitrag zur soziologischen Theorie.“ In: König, René; Roghmann, Klaus; Sodeur, Wolfgang; Ziegler, Rolf (1968). *Beiträge zur Militärsoziologie*. Sonderheft 12 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen, 13-37.
- Zoll, Ralf (2003). „Militär und Gesellschaft in Deutschland 1945-2000.“ In: Kümmel, Gerhard; Collmer, Sabine (Hrsg.) (2003). *Soldat – Militär – Politik – Gesellschaft. Facetten militärbezogener sozialwissenschaftlicher Forschung*. Militär und Sozialwissenschaften, Band 35. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 195- 199.

Abkürzungsverzeichnis

EU	Europäische Union
GDP	Gross Domestic Product / Bruttoinlandprodukt
HDI	Human Development Index
HR	Heeresrate
IISS	International Institute for Strategic Studies
MPR	Militärpartizipationsrate
Nato	North Atlantic Treaty Organization / Nordatlantische Allianz
PfP	Partnership for Peace
PSO	Peace Support Operations / friedensunterstützende Einsätze im Ausland
UNO	United Nations Organization
WEU	Westeuropäische Union
WR	Wehrpflichttrate

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1: Wehrsysteme im Vergleich nach Haltiner (1998b, 12)	22
Abbildung 2.2: Typologie der Streitkräftestrukturen und zu erwartende Veränderungen nach Haltiner (1998a, 18)	43
Abbildung 3.1: Mitgliedschaft der in der Untersuchung berücksichtigten europäischen Staaten in internationalen Organisationen (modifizierte Darstellung auf der Grundlage von SIPOL B 2000, 24)	83
Abbildung 5.1: Modell für die Professionalisierung der Streitkräfte: Triebkräfte und ihre Beziehungen	97
Abbildung 7.1: Gesamtbestand europäischer Wehrpflichtarmeen 1975-2003 (aktive Soldaten und Reservesoldaten, 19 Länder)	116
Abbildung 7.2: Anteil aktiver Soldaten im Vergleich zur Bevölkerung 1975-2003 und Anteil der 18 bis 32-jährigen Männer 1988-2003 bei europäischen Wehrpflichtarmeen	119
Abbildung 7.3: Durchschnittliche Wehrpflichtrate europäischer Streitkräfte 1975-1989 (20 Länder)	124
Abbildung 7.4: Typologie I der europäischen Streitkräfte nach Anteil Wehrpflichtiger (Durchschnittswert der Zeitspanne 1975-1989, 22 Länder)	125
Abbildung 7.5: Typologie II der europäischen Streitkräfte nach Anteil Wehrpflichtiger (Durchschnittswert der Zeitspanne 1992-2000, 30 Länder)	127
Abbildung 7.6: Veränderung der durchschnittlichen Wehrpflichtrate (WR) 1992-2000 zur durchschnittlichen Wehrpflichtrate 2001-2003 europäischer Streitkräfte (28 Staaten)	128
Abbildung 7.7: Durchschnittliche Wehrpflichtrate 1975-2003 in Prozent (20 europäische Länder)	133
Abbildung 7.8: Durchschnittliche beobachtete und geschätzte Wehrpflichtrate bis 2025 auf der Basis eines linearen Modells mit Konstante (1975-1991) (28 europäische Länder)	134
Abbildung 7.9: Durchschnittliche Militärpartizipationsrate 1975-2003 in Prozent (20 europäische Länder)	136
Abbildung 7.10: Militärpartizipationsrate der einzelnen Länder bei drei (alte Länder) und zwei (neue Länder) Messzeitpunkten (35 europäische und angelsächsische Staaten)	138
Abbildung 7.11: Militärpartizipationsrate der aktiven Militärangehörigen im Zeitvergleich (24 Länder)	140
Abbildung 7.12: Durchschnittliche Frauenrate am aktiven Streitkräftebestand 1981-2002 nach Wehrpflichtarmee (Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Niederlande) und Freiwilligenstreitkraft (Grossbritannien, Kanada, USA)	143
Abbildung 7.13: Durchschnittliche Frauenrate in den Teilstreitkräften 1992-2002 (acht Länder)	144
Abbildung 7.14: Durchschnittliche Heeresrate 1975-2003 (26 Länder mit und ohne Wehrpflicht)	146
Abbildung 7.15: Beziehung zwischen Wehrpflicht- und Heeresrate in Europa (28 Länder, Zeitraum 1993-2003)	147
Abbildung 7.16: Durchschnittliche Wehrpflichtrate der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine 1977-2003 in Prozent (16 europäische Länder)	149
Abbildung 7.17: Durchschnittliche Verteidigungsausgaben am GDP 1975-2002 nach Atommächten, Wehrpflichtarmeen und klassischen Freiwilligenstreitkräften in Prozent (26 Länder)	151
Abbildung 7.18: Durchschnittliche Verteidigungsausgaben pro aktiver Soldat in Dollar 1975-2002 (26 europäische und angelsächsische Länder)	153
Abbildung 7.19: Human Development Index (HDI) und Wehrpflichtrate 2001 (33 Länder ohne Schweiz, Serbien und Ukraine)	155
Abbildung 7.20: Durchschnittliche Militärpartizipationsrate Warschauer Pakt Staaten, Nato-Staaten, neutrale westeuropäische Staaten 1975-1989 (20 europäische Länder)	162
Abbildung 7.21: Durchschnittliche Wehrpflichtrate und PSO-Anteil aktiver Soldaten europäischer Streitkräfte 1997-2003 (26 Länder)	166
Abbildung 7.22: Korrespondenzanalyse für die Wehrpflichtrate basierend auf acht Variablen für die gesellschaftlichen, technologischen, ökonomischen und geostrategischen Triebkräfte	168
Abbildung 8.1: Gründe für die Beibehaltung der Wehrpflicht (Mittelwerte, 61 Experten)	207
Abbildung 8.2: Gründe für die Einführung einer Freiwilligenstreitkraft (Mittelwert, 19 Experten)	210

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1: Verfügungsbereitschaft und Personalbeschaffung: Eine Typologie	21
Tabelle 2.2: Klassifizierung von 31 europäischen Ländern 2004 nach Wehrpflichtarmee und Freiwilligenstreitkraft	25
Tabelle 2.3: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft: Ein Überblick über die theoretischen Ansätze	48
Tabelle 3.1: Vier massgebende Triebkräfte des Wandels europäischer Streitkräfte: Ursachen, Begleiterscheinungen, Folgewirkungen	52
Tabelle 4.1: Vor- und Nachteile der Wehrpflichtarmee und der Freiwilligenstreitkraft	94
Tabelle 6.1: Verwendete Indikatoren aus <i>The Military Balance</i>	105
Tabelle 6.2: Anzahl und berufliches Umfeld der befragten Experten nach Ländern (31 Länder)	110
Tabelle 6.3: Einreihung der einzelnen Fragen der Expertenerhebung nach Triebkraft und Indikatoren	113
Tabelle 7.1: Aktiver Streitkräftebestand europäischer Wehrpflichtarmeen: Zwei Zeitpunktvergleiche (1975 zu 1989 und zu 2003) in Prozent (19 Länder)	117
Tabelle 7.2: Aktiver Streitkräftebestand der neuen europäischen Wehrpflichtarmeen: Zeitpunktvergleich 1993 zu 2003 in Prozent (10 Länder)	118
Tabelle 7.3: Anzahl Wehrpflichtiger 1975-1989 und Veränderung in Prozent in europäischen Streitkräften (19 Länder)	120
Tabelle 7.4: Anzahl Wehrpflichtiger 1993-2003 und Veränderung in Prozent in europäischen Streitkräften (28 Länder)	122
Tabelle 7.5: Anzahl europäischer Länder in den einzelnen Wehrpflichttypen in den Zeiträumen 1975-1989, 1992-2000 und 2001-2003	129
Tabelle 7.6: Durchschnittliche Wehrpflichtrate der Typologie I der alten europäischen Länder 1975-2003 in Prozent (20 Länder)	131
Tabelle 7.7: Durchschnittliche Wehrpflichtrate der alten europäischen Länder 1975-2003 (N=20), der neuen europäischen Länder 1992-2003 (N=8) und aller europäischen Länder 1975-2003 (N=28) in Prozent	132
Tabelle 7.8: Durchschnittliche Militärpartizipationsrate 1975-2003 für 20 europäische Länder mit Wehrpflicht (ab 1993 ohne Tschechoslowakei), für sechs angelsächsische Freiwilligenstreitkräfte und für 28 europäische Länder mit Wehrpflicht 1993-2003	137
Tabelle 7.9: Einfluss der Allianzzugehörigkeit auf ausgewählte Indikatoren (Mittelwerte M 2001-2003, 30 europäische Länder, Varianzanalyse nach einem Scheffé-Test)	159
Tabelle 7.10: durchschnittliche Militärpartizipations- und Wehrpflichtrate von Nato-Ländern 1999, Nato-Anwärtern 2003 und anderen europäischen Wehrpflichtländern (1993-2003)	163
Tabelle 7.11: Wehrpflichtrate, Militärpartizipationsrate und Heeresrate im Vergleich: westeuropäische Staaten, die an Warschauer Pakt Staaten grenzen und andere westeuropäische Staaten (15 Staaten 1975-1989)	164
Tabelle 7.12: durchschnittlicher Anteil aktiver Soldaten in PSO am Gesamtbestand der europäischen Streitkräfte 1993-2003 in Prozent (27 Länder)	165
Tabelle 7.13 Variablen der Korrespondenzanalyse mit Dimensionswerten	167
Tabelle 8.1: Rekrutierungsart in Europa (31 Länder)	172
Tabelle 8.2: Akzeptanz der Wehrpflicht 1990 bis 2001 in Prozent (29 Länder)	174
Tabelle 8.3: Wehrgerechtigkeit und öffentliche Akzeptanz der Wehrpflicht (23 Länder)	178
Tabelle 8.4: Wehrgerechtigkeit und militärische Akzeptanz der Wehrpflicht (21 Länder)	179
Tabelle 8.5: Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen und Alternativdienst in Europa (31 Länder)	180
Tabelle 8.6: Gleichberechtigung der Frauen in den Streitkräften und Einteilung der Länder nach Wehrpflichttypologie II (29 Länder)	182
Tabelle 8.7: Ländliche Herkunft von Militärangehörigen im Vergleich zur Zivilbevölkerung (27 Länder)	184
Tabelle 8.8: Politische Orientierung von Militärangehörigen zur Zivilbevölkerung (24 Länder)	185
Tabelle 8.9: Ethnische oder sprachliche Minorität von Militärangehörigen im Vergleich zur Zivilbevölkerung (25 Länder)	187
Tabelle 8.10: Tiefere Bildung von Militärangehörigen im Vergleich zur Zivilbevölkerung (28 Länder)	188
Tabelle 8.11: Experteneinschätzung der technischen Ausrüstung bei der Teilstreitkraft Heer (30 Länder)	190
Tabelle 8.12: Einteilung der Länder nach Wehrpflichtdauer (25 Länder)	192
Tabelle 8.13: Einteilung der Länder nach Wehrpflichttypologie II mit der Wehrpflichtdauer in drei Gruppen (25 Länder)	193
	251

Tabelle 8.14: Reduzierung der obligatorischen Dienstzeit und Verringerung der Anzahl Wehrpflichtiger beim Heer (17 Länder)	194
Tabelle 8.15: Wichtigste Massnahmen zur erfolgreichen Rekrutierung Freiwilliger nach Experten und Land (25 Experten aus 17 Länder)	197
Tabelle 8.16: Regierungsstudien und deren Beachtung konventioneller militärischer Gefahren für den Staat (29 Länder)	200
Tabelle 8.17: Allianzmitgliedschaft und Beteiligung in PSO 1990-2001 (28 Länder; ohne Serbien und Kroatien)	201
Tabelle 8.18: Akzeptanz der Wehrpflicht durch die militärischen Führer nach Nato-Zugehörigkeit (22 Länder)	201
Tabelle 8.19: Involvierung in PSO (30 Länder)	203
Tabelle 8.20: Wichtigster Grund für die Aussetzung der Wehrpflicht (41 Experten)	205
Tabelle 8.21: Die Zukunft europäischer Streitkräfte – Expertenbefragung Stand 2001 in Verbindung mit der Wehrpflichttypologie (27 Länder)	213

Anhang A

Anhang A gibt das Zahlenmaterial zum Datensatz aus *The Military Balance* wieder. Als Quellenbasis für alle Berechnungen diente IISS, *The Military Balance* 1975 bis 2003.

In die Untersuchung einbezogene Länder (36 Länder)

Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn, Ukraine, USA

Unterteilung in Gruppen:

Alte europäische Wehrpflichtarmeen 1975 bis 2003 (20 Länder)

Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei (bis 1992), Türkei, Ungarn

Neue Länder ab 1992 (10 Länder)

Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine

Angelsächsische Freiwilligenstreitkräfte (6 Länder)

Australien, Kanada, Irland, Neuseeland, Grossbritannien, USA

Tabellenanhänge *The Military Balance*

Tabelle 1: Wehrpflichtrate (WR) 1975-1989, 1992-2000, 2001-2003 in Prozent (28 europäische Länder)

Land	WR 1975-1989	WR 1992-2000	WR 2001-2003
Belgien	32	11	0
Niederlande	46	21	0
Litauen	.	28	33
Dänemark	31	28	25
Portugal	60	29	19
Russland	.	38	34
Frankreich	53	40	2
Serbien	.	41	61
Slowakei	.	42	39
Deutschland	46	43	36
Österreich	57	44	49
Lettland	.	47	31
Tschechien	.	49	44
Italien	66	52	27
Kroatien	.	54	34
Bulgarien	64	55	77
Slowenien	.	55	39
Rumänien	60	56	33
Polen	59	57	48
Spanien	67	58	1
Norwegen	67	60	57
Schweden	73	62	45
Estland	.	63	37
Ungarn	56	63	68
Griechenland	72	71	57
Finnland	74	74	55
Türkei	80	83	76
Schweiz	100	100	99

Tabelle 2: Wehrpflichtrate der alten Länder nach Wehrpflichttypen 1975-2003 in Prozent (20 Länder)

	N	Durchschnitt	Standardabweichung	Standardfehler	Minimum	Maximum
Typ I	56	26	12.43	1.66	.0	40
Typ II	56	38	15.29	2.04	.0	48
Typ III	297	56	13.65	.79	.0	96
Typ IV	140	78	13.94	1.18	44	100
Total	549	57	20.86	.89	.0	100

Tabelle 3: Mittelwertvergleich der Wehrpflichtrate der alten Länder 1975-2003 nach Scheffé (20 Länder)

Ausgangstyp	Vergleichstypen	Mittelwertdifferenz	Standardfehler	Signifikanz
Typ I	Typ II	-12.204(*)	2.6042	.000
	Typ III	-29.404(*)	2.0076	.000
	Typ IV	-51.833(*)	2.1788	.000
Typ II	Typ I	12.204(*)	2.6042	.000
	Typ III	-17.201(*)	2.0076	.000
	Typ IV	-39.630(*)	2.1788	.000
Typ III	Typ I	29.404(*)	2.0076	.000
	Typ II	17.201(*)	2.0076	.000
	Typ IV	-22.429(*)	1.4127	.000
Typ IV	Typ I	51.833(*)	2.1788	.000
	Typ II	39.630(*)	2.1788	.000
	Typ III	22.429(*)	1.4127	.000

* The mean difference is significant at the .05 level.

Tabelle 4: Wehrpflichtrate der alten europäischen Länder 1975-2003 in Prozent (20 Länder)

	Österreich	Belgien	Bulgarien	Tschechoslowakei	Dänemark	Finnland	Frankreich	Deutschland	Griechenland	Ungarn	Italien	Niederlande	Norwegen	Polen	Portugal	Rumänien	Spanien	Schweden	Schweiz	Türkei
1975	54.1	39.2	63.8	64.0	35.7	77.1	54.0	45.9	69.5	59.0	71.0	47.0	68.6	66.2	66.7	60.8	70.6	74.1	100.0	57.6
1977	54.1	31.3	62.6	60.8	35.4	80.2	54.5	48.1	74.0	58.3	63.9	44.8	64.1	61.9	64.7	61.1	70.2	71.9	100.0	66.7
1978	54.1	30.5	62.7	59.1	36.1	80.2	52.9	48.2	78.4	55.8	62.7	44.8	72.4	62.0	60.9	60.9	60.5	70.8	100.0	74.4
1979	55.3	27.2	62.7	60.8	30.4	80.2	53.9	45.5	80.7	55.8	61.9	43.6	72.4	58.3	60.9	60.9	60.9	72.2	100.0	65.5
1980	67.6	25.6	63.1	60.5	33.8	79.9	53.2	45.5	72.2	57.4	63.3	43.1	72.3	58.3	60.1	59.6	67.3	71.9	100.0	66.0
1981	67.6	27.5	63.1	60.3	33.7	69.9	52.0	45.5	77.5	57.4	65.4	48.0	71.6	58.5	49.3	59.6	67.3	73.4	100.0	85.9
1982	68.9	33.8	63.5	59.5	30.4	73.7	51.8	46.3	73.6	54.7	65.4	48.3	68.6	59.0	52.7	60.2	67.4	73.2	100.0	85.9
1983	64.0	34.0	63.5	57.2	30.6	62.9	51.4	47.7	74.1	55.2	64.1	47.3	69.7	55.9	60.9	57.5	67.4	73.7	100.0	85.9
1984	64.0	34.1	63.8	56.9	30.3	68.5	52.0	46.6	77.0	55.2	63.7	44.9	61.2	57.2	59.4	57.5	64.8	71.8	100.0	83.4
1985	49.9	33.3	63.3	58.0	33.4	68.5	51.5	47.8	65.5	54.7	67.0	46.0	64.1	59.2	51.6	57.3	66.9	74.5	100.0	87.6
1986	49.9	33.1	63.3	58.7	23.1	71.6	55.4	47.1	65.3	55.2	70.8	46.1	63.5	62.4	64.4	57.2	66.9	76.9	100.0	88.0
1987	49.9	32.5	61.5	58.7	28.6	72.7	54.9	45.2	65.3	54.7	68.6	46.5	62.3	58.6	58.4	59.9	64.3	73.1	100.0	88.0
1988	49.9	30.0	59.6	59.9	28.7	71.0	52.2	45.5	65.7	64.6	70.1	47.1	64.2	56.9	60.6	59.9	66.6	73.1	100.0	90.6
1989	48.2	39.7	77.4	59.1	29.2	76.5	51.5	45.0	68.8	52.7	69.9	47.9	63.9	56.1	62.7	62.9	73.7	76.0	100.0	88.5
1990	52.5	39.3	66.7	59.5	36.3	76.5	51.0	43.6	78.0	53.7	66.5	44.7	63.9	65.2	63.4	66.0	73.2	76.0	100.0	85.5
1991	50.9	39.9	65.4	56.5	35.0	75.5	50.5	42.6	79.4	53.1	59.8	44.8	69.7	56.5	56.3	63.3	61.4	74.3	100.0	86.1
1992	43.1	40.0	65.4	51.4	34.6	73.5	48.8	45.1	79.0	66.7	59.6	46.8	69.7	56.5	56.3	63.4	72.9	64.1	100.0	85.8
1993	48.1	35.4	60.4	.	32.9	73.5	46.3	43.2	76.8	66.7	60.3	40.3	63.9	56.5	34.7	61.5	66.5	56.5	100.0	81.3
1994	48.8	21.1	50.3	.	31.5	76.6	46.2	42.0	76.8	71.7	61.2	41.6	66.0	56.4	34.7	54.2	64.5	57.2	100.0	81.4
1995	44.8	.0	50.3	.	25.1	76.8	46.3	40.4	66.5	67.4	53.1	37.2	56.3	56.7	32.5	48.2	61.2	57.2	100.0	81.8
1996	44.8	.0	48.6	.	23.7	71.1	46.3	45.9	70.8	64.1	50.4	20.8	58.6	58.6	32.5	55.7	62.3	58.5	100.0	82.6
1997	36.5	.0	48.6	.	23.7	76.5	41.2	44.0	73.4	61.5	50.4	.0	57.1	58.8	21.4	56.0	54.7	72.6	100.0	82.6
1998	36.5	.0	48.6	.	24.6	75.7	36.0	41.2	66.9	63.5	44.9	.0	57.1	58.8	21.5	60.7	51.4	65.7	99.8	82.6
1999	41.0	.0	61.7	.	32.4	72.9	32.6	42.7	63.9	52.7	44.6	.0	53.2	58.8	13.0	52.5	55.1	67.0	99.1	82.6
2000	49.3	.0	61.4	.	23.0	72.9	19.9	40.0	61.8	52.3	44.6	.0	56.9	51.5	13.1	52.5	31.1	62.2	99.0	86.6
2001	49.7	.0	63.4	.	26.2	48.1	7.0	38.4	61.8	67.7	37.7	.0	56.9	44.5	18.6	34.0	2.3	46.9	99.0	75.9
2002	49.7	.0	71.6	.	25.1	48.7	.0	36.1	55.4	68.6	32.4	.0	57.1	49.7	18.6	35.3	.0	44.2	99.0	75.9
2003	49.7	.0	96.1	.	24.9	68.5	.0	33.2	55.4	68.6	10.1	.0	57.1	49.7	20.3	30.5	.0	44.6	99.1	75.9

Tabelle 5: Wehrpflichtrate der neuen europäischen Länder 1992-2003 in Prozent (9 Länder, Ukraine: keine Angaben in *The Military Balance*)

	Kroatien	Tschechien	Estland	Lettland	Litauen	Russland	Serbien	Slowakei	Slowenien	Ukraine
1992	.	.	.	76.5	.	55.1	33.0	.	.	.
1993	.	37.9	.	.	.	46.8	44.0	.	.	.
1994	61.9	43.5	.	.	.	55.4	47.4	.	55.6	.
1995	61.9	46.8	75.7	.	.	26.3	47.4	.	65.5	.
1996	64.0	55.0	76.8	43.2	22.5	30.0	37.8	.	57.6	.
1997	57.8	60.0	46.4	48.9	22.5	30.7	37.7	72.8	57.6	.
1998	59.6	59.2	57.4	43.3	31.9	32.9	37.7	29.9	57.6	.
1999	35.0	43.0	59.8	37.0	29.3	32.9	39.6	30.3	44.0	.
2000	35.0	43.3	59.8	33.5	31.5	32.9	44.0	35.2	50.0	.
2001	34.3	46.6	62.7	31.5	30.7	33.8	40.8	45.2	50.0	.
2002	35.3	50.6	23.8	29.1	31.1	33.4	80.5	56.9	50.0	.
2003	33.7	35.8	23.8	32.8	37.0	34.4	.	15.9	18.3	.

Tabelle 6: Beobachtete und geschätzte Wehrpflichtrate bis 2025 auf der Basis eines linearen Modells mit Konstante (1975-1991) in Prozent (28 Länder)

Jahr	Beobachtete Werte	Geschätzte Werte	Unteres 95% Konfidenzintervall	Oberes 95% Konfidenzintervall
1975	62.24	61.31	.	.
1976	61.83	61.31	.	.
1977	61.42	61.31	.	.
1978	61.38	61.31	.	.
1979	60.39	61.31	.	.
1980	61.03	61.31	.	.
1981	61.68	61.31	.	.
1982	61.86	61.31	.	.
1983	61.15	61.31	.	.
1984	60.61	61.31	.	.
1985	60.01	61.31	.	.
1986	60.96	61.31	.	.
1987	60.19	61.31	.	.
1988	60.81	61.31	.	.
1989	62.48	61.31	.	.
1990	63.08	61.31	.	.
1991	61.24	61.19	59.26	63.11
1992	60.32	59.27	57.39	61.15
1993	56.06	57.35	55.52	59.19
1994	56.08	55.44	53.63	57.25
1995	53.02	53.52	51.74	55.31
1996	51.12	51.60	49.83	53.38
1997	49.81	49.69	47.92	51.46
1998	48.04	47.77	46.00	49.54
1999	45.70	45.86	44.07	47.64
2000	44.41	43.94	42.13	45.75
2001	41.20	42.02	40.18	43.86
2002	41.36	40.11	38.23	41.98
2003	37.60	38.19	36.27	40.11
2004	.	36.27	34.30	38.25
2005	.	34.36	32.32	36.39
2006	.	32.44	30.34	34.54
2007	.	30.52	28.35	32.70
2008	.	28.61	26.36	30.86
2009	.	26.69	24.36	29.02
2010	.	24.78	22.36	27.19
2011	.	22.86	20.36	25.36
2012	.	20.94	18.35	23.53
2013	.	19.03	16.34	21.71
2014	.	17.11	14.33	19.89
2015	.	15.19	12.31	18.07
2016	.	13.28	10.30	16.26
2017	.	11.36	8.28	14.44
2018	.	9.44	6.26	12.63
2019	.	7.53	4.23	10.82
2020	.	5.61	2.21	9.01
2021	.	3.69	0.19	7.20
2022	.	1.78	0	5.40
2023	.	0.00	0	3.59
2024	.	0	0	1.79
2025	.	0	0	0

Tabelle 8: Militärpartizipationsrate der aktiven Soldaten nach Länder 1975-2003 in Prozent (33 Länder)

USA	0.61	0.99
Grossbritannien	0.60	0.96
Ukraine	0.55	0.95
Türkei	0.58	0.92
Schweden	0.59	0.93
Spanien	0.61	0.91
Slowenien	0.59	0.92
Slowakei	0.57	0.91
Serbien	0.57	0.91
Russland	0.58	0.90
Rumänien	0.58	0.90
Portugal	0.58	0.89
Polen	0.58	0.89
Norwegen	0.58	0.89
Neuseeland	0.58	0.89
Niederlande	0.58	0.89
Litauen	0.58	0.89
Lettland	0.58	0.89
Italien	0.58	0.89
Irland	0.58	0.89
Ungarn	0.58	0.89
Griechenland	0.58	0.89
Deutschland	0.58	0.89
Frankreich	0.58	0.89
Finnland	0.58	0.89
Estland	0.58	0.89
Dänemark	0.58	0.89
Tschechoslowakei	0.58	0.89
Tschechien	0.58	0.89
Kroatien	0.58	0.89
Kanada	0.58	0.89
Bulgarien	0.58	0.89
Belgien	0.58	0.89
Österreich	0.58	0.89
Australien	0.58	0.89

Tabelle 9: Militärpartizipationsrate (MPR) 1975-1989, 1993-2000, 2001-2003 in Prozent (34 Länder)

Land	MPR 1975-1989	MPR 1992-2000	MPR 2001-2003
Kanada	0.42	0.35	0.27
Australien	0.66	0.47	0.38
Neuseeland	0.70	0.46	0.42
Irland	0.94	0.77	0.67
England	1.08	0.86	0.79
USA	1.40	1.14	0.92
Frankreich	1.63	1.24	0.79
Italien	1.95	1.23	0.49
Portugal	1.97	2.62	2.56
Niederlande	1.97	1.01	0.52
Deutschland	2.03	0.93	0.81
Dänemark	2.15	1.92	1.64
Ungarn	2.30	2.03	1.25
Polen	2.45	1.75	1.21
Belgien	2.78	2.17	1.09
Türkei	2.80	1.81	1.31
Rumänien	2.94	2.90	1.50
Österreich	3.03	1.90	1.31
Spanien	3.62	1.66	1.19
Bulgarien	4.33	4.75	4.63
Griechenland	5.68	4.61	4.35
Norwegen	5.71	6.47	5.48
Schweden	8.37	8.02	3.32
Schweiz	10.08	6.63	4.86
Finnland	15.21	11.91	9.59
Litauen	.	0.63	0.96
Lettland	.	0.85	0.83
Estland	.	0.92	1.86
Slowakei	.	1.16	0.87
Ukraine	.	2.71	2.63
Slowenien	.	3.65	2.10
Serbien	.	4.80	4.62
Kroatien	.	5.99	3.77
Russland	.	14.43	2.32

Tabelle 10: Militärpartizipationsrate der aktiven Soldaten 1975-1989 zu 2001-2003 in Prozent (24 Länder)

Land	1975-89	2001-03
Kanada	0.33	0.17
Neuseeland	0.39	0.23
Irland	0.41	0.28
Australien	0.47	0.27
Grossbritannien	0.58	0.36
Österreich	0.62	0.42
Dänemark	0.63	0.42
Italien	0.66	0.38
Portugal	0.67	0.44
Niederlande	0.75	0.32
Finnland	0.77	0.58
Schweden	0.79	0.36
Deutschland	0.80	0.36
Rumänien	0.80	0.45
Spanien	0.85	0.38
Frankreich	0.89	0.44
Belgien	0.91	0.39
USA	0.91	0.49
Norwegen	0.92	0.59
Polen	0.94	0.46
Ungarn	0.96	0.34
Türkei	1.22	0.76
Bulgarien	1.66	0.82
Griechenland	1.99	1.61

Tabelle 11: Frauenrate der Gesamtstreitkraft 1981-2002 in Prozent mit ergänzten Zahlen für Kanada (1985) und Dänemark (1984-1986) (16 Länder)

	Australien	Belgien	Kanada	Dänemark	Finnland	Frankreich	Deutschland	Griechenland	Irland	Niederlande	Neuseeland	Portugal	Russland	Spanien	Grossbritannien	USA
1981	.	3.80	13.18	1.53	.	2.97	0.01	0.43	.	1.28	4.86	8.19
1982	.	3.85	8.05	2.15	.	2.50	0.01	0.40	.	1.39	4.79	8.77
1983	.	3.75	8.05	2.18	.	2.50	0.01	0.45	.	1.41	4.90	9.30
1984	.	3.80	8.05	2.30	.	2.63	0.02	1.01	.	1.40	4.98	9.27
1985	.	3.91	8.50	2.42	.	2.76	.	0.89	.	1.37	5.01	5.64
1986	.	3.94	8.92	2.54	.	2.97	.	0.86	.	1.38	4.97	9.45
1987	.	3.81	9.15	2.73	.	3.29	.	0.86	.	1.48	5.05	9.41
1988	.	3.96	9.15	2.73	.	2.95	.	0.84	.	1.51	5.05	9.38
1989	.	3.79	8.65	2.53	.	2.85	.	0.86	0.46	1.64	.	.	.	0.07	5.21	9.94
1990	11.01	3.48	8.56	2.84	.	2.88	.	2.09	0.69	1.66	.	.	.	0.07	5.49	10.20
1991	12.45	3.57	10.85	3.40	.	2.87	.	2.65	0.78	1.73	.	.	.	0.08	6.03	10.95
1992	12.52	3.66	11.19	3.36	.	3.24	.	2.64	0.77	2.80	11.93	.	.	0.09	6.51	11.11
1993	11.87	3.66	11.14	3.61	.	3.98	.	3.70	0.77	3.49	12.04	.	.	0.10	6.88	11.74
1994	12.34	4.76	11.14	3.70	.	4.00	.	3.70	0.77	3.67	11.50	.	.	0.10	6.94	12.04
1995	12.83	6.36	12.34	2.72	.	4.16	.	3.27	0.78	3.49	14.43	.	10.53	0.10	6.96	12.47
1996	12.56	6.48	12.34	2.92	.	4.29	.	3.15	1.57	4.12	13.37	.	12.05	0.10	6.81	13.01
1997	13.07	6.21	10.55	2.92	0.97	4.56	.	3.14	1.57	4.55	14.03	.	12.34	0.10	6.99	13.71
1998	13.07	6.06	10.73	2.93	1.58	5.35	0.41	3.03	1.74	4.55	14.03	.	13.20	0.10	7.17	14.28
1999	13.41	6.16	10.07	4.20	1.58	7.18	0.43	3.33	1.74	3.41	14.38	4.63	14.44	2.04	7.47	14.58
2000	16.80	6.55	10.32	3.14	1.58	6.43	1.40	3.47	1.75	8.00	14.52	5.15	14.44	3.32	7.09	14.63
2001	14.34	8.19	10.74	3.20	1.55	6.85	2.01	3.47	1.91	8.24	14.52	6.59	10.23	6.55	7.77	14.61
2002	12.50	8.23	11.66	3.02	1.57	9.09	2.40	3.11	1.91	8.38	14.70	6.59	10.12	6.27	8.24	13.87

Tabelle 12: Frauenrate in den drei Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe und Marine 1992-2002 in Prozent (8 Länder)

Jahr	Heer alle	Luftwaffe alle	Marine alle	Heer (Wehrpflicht)	Luftwaffe (Wehrpflicht)	Marine (Wehrpflicht)	Heer (Freiwilligenstreitkraft)	Luftwaffe (Freiwilligenstreitkraft)	Marine (Freiwilligenstreitkraft)
1992	5.67	9.77	8.48	2.47	5.89	5.72	8.86	13.65	11.24
1993	5.96	10.03	9.10	2.73	6.20	7.99	9.19	13.87	10.21
1994	6.09	9.99	9.28	2.82	6.40	7.94	9.35	13.57	10.62
1995	6.80	10.27	8.70	3.32	5.37	6.50	10.27	15.16	10.90
1996	6.77	9.99	8.67	3.44	5.63	5.90	10.10	14.35	11.43
1997	7.08	9.99	9.44	3.61	5.63	5.86	10.55	14.35	13.03
1998	6.86	10.40	10.15	3.49	6.33	7.11	10.23	14.47	13.19
1999	7.80	11.03	10.08	4.66	6.76	6.80	10.95	15.30	13.36
2000	7.51	11.47	10.44	4.04	7.13	6.98	10.97	15.81	13.90
2001	7.73	11.54	10.57	4.24	7.11	7.20	11.22	15.97	13.95
2002	8.02	10.68	11.06	4.98	7.20	7.90	11.06	14.16	14.23
M	6.93	10.47	9.63	3.62	6.33	6.90	10.25	14.60	12.37

Berücksichtigte Länder: Wehrpflicht: Belgien (1992-1993 geschätzte Werte), Dänemark, Frankreich, Griechenland;

Freiwilligenstreitkräfte: Australien, Neuseeland, Grossbritannien, USA

Tabelle 13: Wehrpflichtrate Heer, Luftwaffe, Marine in Prozent 1977-2003 (16 Länder)

	Wehrpflichtrate Heer	Wehrpflichtrate Luftwaffe	Wehrpflichtrate Marine
1977	65.7	44.7	37.6
1978	66.3	46.2	37.1
1979	64.0	48.3	39.2
1980	66.6	46.8	40.1
1981	67.6	47.8	41.0
1982	67.7	47.5	41.2
1983	66.8	45.2	38.5
1984	66.5	44.2	40.2
1985	67.4	44.0	40.6
1986	66.5	43.9	41.1
1987	67.2	41.3	41.7
1988	67.3	40.7	41.2
1989	71.6	40.6	42.4
1990	71.4	40.8	42.5
1991	68.1	45.0	45.2
1992	67.8	44.2	44.8
1993	64.5	37.4	41.4
1994	63.8	35.6	39.0
1995	59.7	34.8	37.7
1996	58.9	34.1	38.1
1997	56.4	34.5	40.1
1998	54.5	33.9	36.6
1999	55.1	32.8	35.2
2000	49.7	32.9	31.2
2001	41.8	28.8	25.8
2002	40.0	26.5	24.6
2003	37.0	26.2	21.7

Tabelle 15: Verteidigungsausgaben europäischer Nato-Länder, Warschauer Pakt und neutrale Westeuropa 1975-1989 in Prozent (20 Länder)

	Neutrale Westeuropa	Warschauer Pakt	Nato-Länder
1975	1.85	2.52	3.27
1977	2.00	2.37	3.12
1978	2.01	2.02	3.06
1979	1.97	2.16	2.99
1980	1.94	2.73	2.95
1981	2.10	2.62	3.34
1982	1.91	2.66	3.02
1983	1.89	2.75	3.03
1984	1.90	2.76	3.12
1985	1.94	2.72	2.96
1986	1.91	3.09	2.87
1987	1.84	3.16	2.95
1988	1.76	3.15	2.88
1989	1.69	3.03	2.87

Tabelle 16: Wehrpflichtrate bezogen auf die Bevölkerungsgrösse nach drei Gruppen 1993-2003 in Prozent (28 Länder)

	über 15 Mio	7 bis 11 Mio	unter 5 Mio
1993	55.9	56.0	56.8
1994	55.9	55.2	58.3
1995	50.1	51.3	60.2
1996	50.4	51.2	51.9
1997	46.5	51.2	51.6
1998	45.4	49.9	48.6
1999	45.0	48.1	43.8
2000	39.9	48.7	44.2
2001	30.4	49.5	42.8
2002	29.2	53.8	39.7
2003	26.0	52.2	34.7

Tabelle 17: Militärpartizipationsrate nach Nato-Mitglieder, Warschauer Pakt Staaten, neutrale westeuropäische Staaten 1975-1989 in Prozent (20 Länder)

	Neutrale westeuropäische Länder mit Wehrpflicht	Warschauer Pakt	Nato-Länder
1975	8.72	3.36	2.57
1977	8.65	3.06	2.63
1978	8.71	3.05	2.63
1979	8.78	3.21	2.61
1980	8.89	3.17	2.67
1981	8.86	2.95	2.78
1982	9.51	2.91	2.89
1983	9.47	2.91	2.88
1984	9.43	2.89	3.01
1985	9.45	2.91	3.03
1986	9.45	2.94	3.06
1987	9.46	2.97	3.39
1988	9.55	2.95	3.42
1989	9.44	3.53	3.34

Tabelle 18: Wehrpflichtrate nach Nato-Mitglieder, Warschauer Pakt Staaten, neutrale westeuropäische Staaten 1975-1989 in Prozent (20 Länder)

	Neutrale westeuropäische Länder mit Wehrpflicht	Warschauer Pakt	Nato-Länder
1975	76.3	62.8	56.9
1977	76.5	60.9	56.2
1978	76.3	60.1	56.5
1979	76.9	59.7	54.7
1980	79.9	59.8	54.7
1981	77.7	59.8	56.7
1982	78.9	59.4	56.8
1983	75.1	57.9	57.6
1984	76.1	58.1	56.1
1985	73.2	58.5	55.9
1986	74.6	59.4	56.7
1987	73.9	58.7	55.9
1988	73.5	60.2	56.5
1989	75.2	61.6	58.2

Tabelle 19: Wehrpflichtrate Westeuropa und Osteuropa 1975-2003 in Prozent (bis 1992: 20 Länder, ab 1993: 29 Länder)

	Wehrpflicht Westeuropa	Wehrpflicht Osteuropa
1975	62.1	62.8
1977	61.6	60.9
1978	61.8	60.1
1979	60.6	59.7
1980	61.4	59.8
1981	62.3	59.8
1982	62.7	59.4
1983	62.2	57.9
1984	61.4	58.1
1985	60.5	58.5
1986	61.5	59.4
1987	60.7	58.7
1988	61.0	60.2
1989	62.8	61.6
1990	63.4	62.2
1991	61.6	60.2
1992	61.3	58.5
1993	57.3	53.4
1994	56.6	55.2
1995	52.0	54.6
1996	51.1	51.2
1997	49.0	50.7
1998	46.9	49.3
1999	46.9	44.3
2000	44.0	44.8
2001	37.9	45.0
2002	36.2	47.4
2003	35.9	39.7

Anhang B

Fragebogen Europe's Mass Armies in Transformation



Ecole polytechnique fédérale de Zurich
Politecnico federale di Zurigo
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

lic. phil. Tibor Szvircsev Research Assistant	Center for Security Studies and Conflict Research and the Swiss Federal Institute of Technology Zurich (ETH), Switzerland
Dr. Karl W. Haltiner Senior lecturer	Armed Forces and Society at the Swiss Military Academy (MFS) and the Swiss Federal Institute of Technology Zurich (ETH), Switzerland

Europe's mass armies in transformation Expert questionnaire

Dear Madam, dear Sir,

We appreciate your taking the time to participate in our study on conscription and mass armies. The first questions centre on the future of conscription or its possible abolition in your country in general. Another set of questions deals specifically with related decisions on a governmental level (parliament/government). The last set focuses on the interested public (mass media, political parties, specific individuals).

If conscription has already been abolished in your country, please refer to the data collected or the decisions made **immediately before its abolition**.

Your country: _____

General information on conscription in your country

All countries:

1a) What is the present duration/term (or was its duration immediately before its abolition) of mandatory military service in months?

Army _____ months

Air force _____ months

Navy _____ months

Additional remarks on question 1a):

b) Has the duration/term of the service for conscripts been reduced or extended once or repeatedly in the period 1990-2001 or has it remained unchanged?

- | | |
|--|---|
| | (please underline the appropriate) |
| 3 times reduced from originallyto months | <input type="checkbox"/> in the army/ air force/ navy |
| Twice reduced from originally.....to months | <input type="checkbox"/> in the army/ air force/ navy |
| Once reduced from originally.....to months | <input type="checkbox"/> in the army/ air force/ navy |
| Extended from originally.....to..... months | <input type="checkbox"/> in the army/ air force/ navy |
| Remained unchanged at..... months | <input type="checkbox"/> in the army/ air force/ navy |

Additional remarks on question 1b):

c) At what age do conscripts take their basic training in your country, or at what age did they last take it (please check the appropriate)?

- 17 years
- 18 years
- 19 years
- 20 years
- 21 years

d) What is the upper age limit for conscription (**including** staying in the reserve) ? (Age limit of national defence duty)

- | | |
|-----------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> 22 | <input type="checkbox"/> 29 |
| <input type="checkbox"/> 23 | <input type="checkbox"/> 30 |
| <input type="checkbox"/> 24 | <input type="checkbox"/> 31 |
| <input type="checkbox"/> 25 | <input type="checkbox"/> 32 |
| <input type="checkbox"/> 26 | <input type="checkbox"/> 33 |
| <input type="checkbox"/> 27 | <input type="checkbox"/> 34-40 |
| <input type="checkbox"/> 28 | <input type="checkbox"/> 41-55 years of age |

Are there any special regulations?

To be answered by experts from all countries:

2a) What is the percentage of persons eligible for military service that are **currently** called in for **active** basic training in your country (or what was it before the abolition of conscription)?

Average per year: _____ percent

Additional remarks on question 2a):

2b) What are the grounds on which persons can be **exempt** or could formerly be exempt from the military service? (please list)

To be answered by experts from all countries:

3a) What degree of **public** acceptance of conscription do representative surveys show currently (or did they show immediately before its abolition)?

Approx. _____ percent Within the military: Approx. _____ percent

Commentary on 3a) _____

To be answered by experts from countries that have abolished conscription:

3b) How high is the public's acceptance of the volunteer forces currently in your country?

_____ percent

Additional remarks on question 3:

To be answered by experts from all countries:

4a) During the period from 1990 to 2001 (or until the abolition of conscription), public acceptance of conscription was/is...

- rising strongly
- rising moderately
- unchanged
- diminishing moderately
- diminishing strongly
- don't know

To be answered by experts from countries that have abolished conscription, or countries that have decided to do so:

4b) In the decision to abolish conscription, public opinion played a...

- very important role
- important role
- not so important role
- irrelevant role

Additional remarks on question 4:

To be answered by experts from all countries:

5. Do women have equal rights in the armed forces of your country?

- Yes, absolutely, they have access to combatant functions.
- Yes, but they can only access non-combatant functions.
- No. (Please explain why below)
- The question does not apply, as women don't have any access to the military in my country.

Additional remarks on question 5:

To be answered by experts from all countries:

6. How do you assess the technical equipment (e.g. aircraft, tanks, missile technology, computer simulation) of your country's armed forces?

- Very outdated equipment in the army/ air force/ navy
- Rather outdated equipment in the army/ air force/ navy
- Rather modern equipment in the army/ air force/ navy
- Very modern equipment in the army/ air force/ navy
(please underline the appropriate)

Additional remarks on question 6:

Only to be answered by experts from countries that do have conscription:

7a) Do conscripts have the option of conscientious objection?

No Yes Since when? _____

b) If they do, what proceedings lead to exemption?

Free choice between military and civil service
 „Post card procedure“: Written request leads to exemption
 without further questioning
 Applicants are heard by a commission

c) What kinds of alternative services are there? _____

d) In relation to military service, the duration of alternative civil service is...

longer the same shorter

↳ How much in % _____ (duration of service in the army = 100%)

To be answered by experts from all countries:

e) Are or were conscripts determined by casting lots (using a lottery)?

Yes no

Additional remarks on question 7:

To be answered by experts from all countries:

8. Specific socio-demographic sections of the population (e.g. level of education, city population, rural population, political orientation) are often observed to be over- or underrepresented in the armed forces. What is the situation like in your country? Please state below if the groups mentioned are over- or underrepresented in the armed forces or in the officer corps, or if they are proportionally represented with respect to the whole population, using (+), (-) or (=) respectively.

	High education	Low education	Rural population	City population	Right wing political orientation	Ethnic or language minorities
Men						
NCOs						
Officer corps						

+ ▶ rather overrepresented / = ▶ proportionally represented/ - ▶ rather underrepresented

Additional remarks on question 8:

Only to be answered by experts from countries that do have conscription:

9a) Do the armed forces of your country show a tendency towards becoming a two-class military, where demanding tasks are assigned to professionals, whereas easier ones are given to conscripts?

With respect to the army? Yes No don't know
With respect to the air force? Yes No don't know no air force
With respect to the navy? Yes No don't know no navy

9b) Do the armed forces of your country show a tendency towards becoming a two-class army, inasmuch as there are quick-acting troops for action abroad, whereas territorial troops are kept in a state of low readiness?

With respect to the army? Yes No don't know
With respect to the air force? Yes No don't know no air force
With respect to the navy? Yes No don't know no navy

Additional remarks on question 9:

To be answered by experts from all countries:

10. In which political and strategic alliances/institutions does your country and its armed forces take part (e.g. EU, NATO, OSCE, PfP etc.)? Please list all engagements of your country and its armed forces below (multiple checking possible).

UN
EU
NATO
Partnership for Peace
Former WEU
OSCE
Other please state: _____

To be answered by experts from all countries:

11a) What is the extent of your country's involvement in peace support operations (e.g. number of soldiers abroad per capita of the population)?

None Little Medium Great

b) In how many peace support operations is your country **presently** engaged (military **surveillance missions** and small missions involving less than 10 people not to be counted)?

0
1
2
3
4
5
6
more than 6

c) Are/Were only professionals sent into peace support operations or are/were volunteering conscripts and reserve officers/NCOs involved as well?

- Only professionals
- Also conscripts, but on a voluntary bases
- Conscripts can be ordered, but have never been ordered so far
- Conscripts can be ordered and were in fact ordered in the past
- Country is not involved in peace support operations

d) If conscripts (reserve personnel) are/were involved, what experiences are/were made with them in your country's missions?

e) How did the peace support operations influence the public opinion on the armed forces in your country?

- Strongly favourably
- Rather favourably
- didn't influence
- rather unfavourably
- strongly unfavourably
- there were no PSO
- don't know

To be answered by experts from all countries:

12a) How did the central government's net defence spending develop between 1990 and 2001 (inflation taken into account)?

- Spending has been reduced by percent since 1990
- Spending has remained unchanged compared to 1990
- Spending has increased by percent since 1990

To be answered by experts from all countries:

b) What percentage of the GNP (gross national product) is presently made up by defence spending? _____%

Additional remarks on question 12:

To be answered by experts from all countries:

13a) On which juridical level was/is conscription **legally** based in your country?

- Constitution
- Law
- Decree
- Other

which? _____

b) Which authority can/could decide on the abolishment of conscription in your country?

- Government
Parliament by qualified majority
Parliament by simple majority
Popular referendum
Other which? _____

Additional remarks on question 13:

To be answered only by experts from countries with volunteer forces:

14a) Can the desired number of volunteers be recruited in your country?

- Yes, without any difficulty
Yes, but with difficulty
No, recruiting was unsuccessful
No, there are far too few volunteers

b) What measures are generally taken in order to recruit a sufficient number of volunteers? (or to improve the requirements?)

c) What are in your opinion the most important reasons for a positive/negative development in the recruiting of volunteers?

d) How is the volunteer's level of education in rank and file compared to that of former conscripts?

- lower the same higher

Additional remarks on question d):

e) What were main difficulties encountered during the transition from a conscript based military to a volunteer force (wage system, fluctuation in personnel, career opportunities, difficulties in leadership, political orientation etc.)? Please rank **according to relevance.**

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____

To be answered by experts from countries that have abolished conscription, or have decided to do so:

15a) Was the initiative to do so **primarily** taken by.....

Military leaders?

Political leaders?

The economy?

Please outline briefly the circumstances that led to the abolition of conscription in your country:

b) Did military leaders speak out against the abolition of conscription (e.g. in the media)?

Yes, vehemently

Yes, but cautiously

No

c) Did resignations of high ranking officers occur that were linked to the abolition of conscription?

Yes

No

Don't know

Please outline briefly: _____

Governmental level

To be answered by experts from all countries:

16a) Are there **official** studies or reports on different categories of threat (conventional military threat, pollution, migration, organised crime, nuclear threat etc.)?

Yes No (go to 17)

b) If there are, how much attention is paid to a **conventional** military threat in relation to the whole civil-military spectrum of risks in your country (**official** texts)?

Greatest attention

Rather great attention

Average attention

Rather little attention

Very little attention

Additional remarks on question 16:

To be answered by experts from all countries:

17a) Is or was the abolition of conscription and the creation of a volunteer force ever **officially** considered on a governmental level (government/parliament) between 1990 and 2001 (in parliamentary debates, commissions, reports, studies etc.)?

- Yes, since on government level please go to b)
Yes, since..... on parliament level please go to b)
No please go to 20)

b) What were or are the **immediate** reasons for the consideration of the abolition of conscription?

c) Where did these considerations take place (parliamentary debates, government statements, studies, commission reports, white papers etc.)?

d) What is or was the armed forces' position within that debate?

- They favour/favoured the abolition of conscription.
They oppose/opposed abolition of conscription.
Their position is/was unclear, they did not voice a unified point of view.

e) How much does/did the government take into account the position of the armed forces with respect to the abolition of conscription?

- Very much
Fairly much
Not very much
Not at all

Additional remarks on question 17:

To be answered by experts from countries that still do have conscription today:

18. Did these considerations lead the government (or the parliament) to the abolition of conscription or the intention to do so in the future?

- Yes, its abolition will come into effect in the year _____.
Yes, but no official decision has been made yet.
The situation is presently unclear.
No.

Additional remarks on question 18:

To be answered by experts from countries that have volunteer forces and countries that have decided to abolish conscription:

19a) How important were the reasons cited below for the planning or creation of a volunteer force in your country?

In my country, the cited reasons were...
 very rather rather completely
 impor- impor- unim- unimpor-
 tant tant portanttant
 for the planning/creation of a volunteer
 force.

- | | | | | |
|---|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| a) A fair system of burden sharing among young men cannot be assured today, as only few people do or did military service. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| b) Only volunteers are able to do peace support operations. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| c) There is a necessity for high standby-readiness of the forces today. (also: rapid deployment out of area) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| d) Volunteer forces lower the costs on the national economy as a whole. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| e) Conscription does not have a long tradition in my country. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| f) The tradition of democracy is so powerful that volunteer forces do not pose a political risk to my country. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| g) Technical reasons: Only volunteers are militarily efficient today. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| h) The defence of the national territory has become secondary. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| i) Conscription has always been very unpopular in my country. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| j) The involvement in alliances (NATO etc.) allows for a reduction of the national armed forces today. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| k) There is no direct military threat anymore. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

•Other: Please state: _____

19b) Please state the 3 most important reasons according to question 19a) for abolishing conscription.

Most important: _____ Second most important: _____ Third important: _____

To be answered by experts from countries in which the abolition of conscription is presently not considered:

20a) How important were the reasons cited below for the retaining of conscription in your country?

In my country, the cited reasons were...
 very rather rather completely
 impor- impor- unim- unimpor-
 tant tant portant tant
 for the retaining of conscription

- | | | | | |
|---|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| a) In my country, there is just burden sharing (most young men have to do military service). | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| b) Conscripts may be used in peace support operations (PSO), as well. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| c) My country engages only little in PSO. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| d) My country will engage little or won't engage at all in PSO in the future. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| e) A direct military threat to my country cannot be ruled out even in the near future. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| f) My country is not part of any military alliances (e.g. NATO). | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| g) In the view of politicians and in the public opinion, conscription is less costly than a volunteer force. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| h) In my country, conscription has a long tradition and is very important. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| i) In my country, a volunteer force is viewed as being politically dangerous by many people. (The military becoming a state within the state). | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| j) Conscription is looked upon as a link between a democratic society and its armed forces in my country. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| k) Conscripts can be used very efficiently in the military. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| l) My country's commitment to its allies (as NATO, PfP, EU etc.) makes conscription indispensable. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

• Other: Please state :

20b) Please state the 3 most important reasons according to question 20a) for the retaining of conscription.

Most important: _____ Second most important: _____ Third important: _____

To be answered by experts from all countries:

21a) Have the missions of the armed forces in your country moved towards increased humanitarian interventions and peace supporting operations (PSO) in the period 1990-2001?

- Yes, strongly. go to 21b)
Yes, an increase is notable. go to 21b)
The effort has remained at the same level as during the cold war.
No, there is rather a decrease.
No, the armed forces do not take part in humanitarian interventions.

21b) Has the broadening of the tasks assigned to the armed forces been established in an official paper?

- Yes. where: _____
Not as of yet, it is however planned. where: _____
No.

Additional remarks on question 21:

To be answered only by experts from countries that do have conscription:

22a) Are there plans or is it considered on a governmental level to (further) reduce the **number of conscripts** relative to the total number of personnel in the armed forces in your country?

- Yes. go to b), c) and e)
No. go to d)
Unclear as of now go to e), then 23)

b) If there are: What is the extent of the reduction? Please state the percentage relative to the present number of conscripts (=100%):

c) Reasons for the reduction?

d) If there are no plans to reduce the number of conscripts, please outline the reason(s).

e) Are there plans to increase the number of volunteer personnel (professionals/time servers)?

- Yes
No

To be answered only by experts from countries that still do have conscription:

23a) In your opinion, how likely is the abolition of conscription in your country by the **year 2005**, assuming the same military threats as today (percentage)?

- 0%, conscription will not be abolished.
approx. 25%
approx. 50%
approx. 75%
approx. 100%, conscription is almost certain to be abolished.
The abolition of conscription was decided.

23b) In your opinion, how likely is the abolition of conscription in your country by the **year 2010**, assuming the same military threats as today (percentage)?

- 0%, conscription will not be abolished.
- approx. 25%
- approx. 50%
- approx. 75%
- approx. 100%, conscription is almost certain to be abolished.
- The abolition of conscription was decided.

Additional remarks on question 23:

Non-governmental level: Public opinion and the media

To be answered only by experts from countries that still do have conscription:

24a) Is there presently, or was there between 1990 and 2000 a serious public discussion (i.e. reflected in the mass media) on the abolition of conscription going on in your country (initiated by political parties, individual politicians, parts of the mass media, influential individuals, certain incidents etc.)?

- Yes, (year(s).....) go to b)
- Yes, a discussion is presently going on. go to b)
- No go to **25)**

b) If there is a discussion going on, please specify: **Who** was it initiated by?

c) What were the reasons or events that led to the discussion?

d) What were the reactions in the parliament and in the armed forces?

e) If there is or was a discussion going on, did it precede the parliamentary-governmental debate or was it a reaction to the latter?

- It preceded the governmental debate.
- It was a reaction to a governmental debate.
- Both took place simultaneously.
- There is/was no governmental debate.

f) Which political party (parties) is/are explicitly in favour of conscription, which one(s) speak(s) out more or less decidedly in favour of its abolition? (Please do not use acronyms)

In favour of conscription: _____

Against conscription: _____

g) Is it likely that one or more political parties will make the abolition of conscription an issue in their campaigns before upcoming elections?

Yes which party (parties)? _____
No
Don't know

25. Please list **addresses** at which additional written information (press articles, official reports, specialist articles) concerning the development of the discussion on conscription in your country can be obtained, if needed.

26. Are you

A member of the armed forces of your country?
An employee at the ministry of defence?
A member of a non-military institution (e.g. university, institute etc.) ?
Other: Please specify: _____

Thank You!

If you have written material (official studies, reports, press articles etc.) concerning the topic of this questionnaire, please send it to us separately from this form in order for us to ensure anonymity.

Dr. Karl W. Haltiner

Senior lecturer Armed Forces and Society
at the Swiss Military Academy (MFS)
and the Swiss Federal Institute of Technology,
Zurich (ETH)

lic. phil. Tibor Szvircsev

Research Assistant at the Center for
Security Studies and Conflict Research
Swiss Federal Institute of Technology,
Zurich (ETH)

Please mail to:
Tibor Szvircsev
Center for Security Studies and Conflict Research
ETH Zentrum / SEI F7
CH- 8092 Zurich

Tabellenanhänge zur Expertenbefragung Europe's Mass Armies in Transformation

Tabelle 1: Regierungsstudien (27 Länder)

Bulgarien	National Security Concept (1998); White Book of Defence (2001)
Dänemark	Defence Agreement 2000-2004
Deutschland	Regierungserklärung 10/2000; The Bundeswehr - Advancing steadily into 21th Century
Estland	National Military Strategy
Finnland	Government's Defence White Paper: Report on Security and Defence Policy, März 1997; Equipment law in 1997
Frankreich	White Paper 1993
Griechenland	General Stab
Grossbritannien	Annual Defense White Paper, White Paper 1957 by Defence Minister Duncan Sandys
Irland	The Irish Government White Paper on Defence (February 2000)
Italien	Defense White Book 2001
Kroatien	Keine Regierungsstudie
Litauen	Law on the Fundamentals of National Security; National Defence Strategy
Niederlande	White Papers 1991, 1993, 2000 / Commissie Meijer über die Wehrpflicht
Österreich	KSV-BVG
Polen	The Act of Decrees No 162 dated 17. Dec. 1998
Portugal	law, Government Act Decrees from the Chief of the Army / Air Force / Navy
Rumänien	Supreme Defence Council and Parliament
Russland	Constitution; Law about Armed Forces
Schweden	The Total Defence Division 1996
Schweiz	Bericht 2000 zur Sicherheitspolitik; Sicherheit durch Kooperation 7. Juni 1999
Slowakei	Security, Defence and Military Strategies
Slowenien	Nation Security Strategy and Military Documents
Spanien	White Book
Tschechien	Security Strategy, Military Strategy; White Paper
Türkei	National Military Strategic Concept Paper
Ukraine	Ukraine - Nato Charter; State Constitution; Military Doctrine
Ungarn	Basic Principles of Hungary's Security and Defence Policy

Tabelle 2: Diverse Meinungsumfragen zur Wehrpflicht

In den ersten zwei Spalten werden das Land und das Jahr angegeben. Spalte drei gibt, falls vorhanden, Auskunft über die Art und Weise der Befragung. In den Befragungen wird jeweils der Terminus Berufsarmee verwendet. In der Tabelle wird hingegen auf den Begriff Freiwilligenstreitkraft referiert. Spalte 4 präsentiert die Resultate, wobei die Fragestellungen uneinheitlich sind. In der letzten Spalte werden die Quellen genannt.

Land	Jahr	Anzahl Befragte	Resultat	Quelle
Belgien	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 15%	Manigart 2003b
Bulgarien	2001		Wehrpflicht: 33% Gemischtes System: 24% Freiwilligenstreitkraft: 32%	Yanakiev 2003, 261
Dänemark	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 39%	Manigart 2003b
Deutschland	2000	2000 (face to face, Quotaauswahl) ab 16 Jahren	Beibehaltung Wehrpflicht: 40% Umwandlung in Freiwilligenstreitkraft: 28% Abschaffung Bundeswehr: 14% Weiss nicht/ keine Antwort: 18%	Umfrageberichte von IMAS – International, Nr.3 Juni 2000, München
Deutschland	2000	2000 (face to face, Quotaauswahl) ab 16 Jahren	Soziales Pflichtjahr: 56% Dagegen: 24% Weiss nicht/ keine Antwort: 20%	„Keine Mehrheit für eine allgemeine Wehrpflicht“ Umfrageberichte von IMAS – International, Nr.3 Juni 2000, München
Deutschland	Dezember 2002	500 zwischen 16-20 Jahre	Wehrpflicht: 37% Freiwilligenstreitkraft: 50% Weiss nicht/ keine Antwort: 12%	Institut sinus-Forschung www.bundeswehr.de
Deutschland	1.-3. 12. 2003	1200 ab 18 Jahren (CATI) Computergestützte Telefoninterviews	Wehrpflicht: 41% Freiwilligenstreitkraft: 54% Weiss nicht/ keine Antwort: 5%	Infratest dimap, Berlin
Deutschland	9.3.2004	3120 Internet-Abstimmung Nicht repräsentativ ?	Wehrpflicht: 26.3% Freiwilligenstreitkraft: 72.9% Weiss nicht/ keine Antwort: 0.8%	Deutsche Tagesschau www.tagesschau.de
Deutschland	Januar 2004	?	Wehrpflicht: 51% Freiwilligenstreitkraft: 44% Weiss nicht/ keine Antwort: 5%	Infratest dimap im Auftrag des ARD-„Morgenmagazins“ www.abendblatt.de
Deutschland	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 34%	Manigart 2003b
Estland	Um 2000		Wehrpflicht: 32% Freiwilligenstreitkraft: 50%	Angelstok 2001, 84
Finnland	2001		Wehrpflicht: 89% Freiwilligenstreitkraft: 7%	Visuri 2002, 11
Finnland	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 52%	Manigart 2003b
Finnland	2001		Wehrpflicht: 92%	Nokkala 2002
Frankreich	Februar 1996		Wehrpflicht: 25% Freiwilligenstreitkraft: 72%	Klein und Pajon 1997, 46
Frankreich	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 17%	Manigart 2003b
Griechenland	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 79%	Manigart 2003b
Grossbritannien	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 18%	Manigart 2003b
Irland	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 12%	Manigart 2003b
Italien	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 17%	Manigart 2003b
Lettland	2000	1000 zwischen 16-74	Wehrpflicht: 22% Freiwilligenstreitkraft: 66.1% Weiss nicht/ keine Antwort: 11.9%	Verteidigungsdepartement Lettland www.mod.gov.lv
Lettland	2001	1000 zwischen 16-74	Wehrpflicht: 24.5% Freiwilligenstreitkraft: 64.6% Weiss nicht/ keine Antwort: 10.9%	Verteidigungsdepartement Lettland www.mod.gov.lv
Lettland	2002	1000 zwischen 16-74	Wehrpflicht: 21.9% Freiwilligenstreitkraft: 66.1% Weiss nicht/ keine Antwort: 12%	Verteidigungsdepartement Lettland www.mod.gov.lv
Niederlande	1990		Wehrpflicht: 50% Freiwilligenstreitkraft: 50%	Van der Meulen und Manigart 1997
Niederlande	1992		Wehrpflicht: ? Freiwilligenstreitkraft: 70%	Van der Meulen und Manigart 1997
Niederlande	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 9%	Manigart 2003b

Österreich	1997		Wehrpflicht: 43% Freiwilligenstreitkraft: 56% Für Wehrpflicht: 30%	Kernic und Callaghan 2002, 182 Manigart 2003b
Österreich	Eurobarometer Frühling 1997			
Portugal	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 35%	Manigart 2003b
Rumänien Rumänien	Oktober 2001 Mai 2002		Freiwilligenstreitkraft: 60% Freiwilligenstreitkraft: 70%	Watts 2003, 279 Watts 2003, 279
Russland	April/ Mai 2002	5409 ab 16 Jahren	Wehrpflicht: 31% Freiwilligenstreitkraft: 61%	Gerber und Mendelson 2003
Russland	Januar 2003	2508 ab 16 Jahren	„Hard to say“: 9% Wehrpflicht: 30% Freiwilligenstreitkraft: 60% „Hard to say“: 10%	Gerber und Mendelson 2003
Schweden	Eurobarometer Frühling 1997		Für Wehrpflicht: 40%	Manigart 2003b
Schweiz	2002	2019 (Telefoninterview) 15-74 Jahre	Für Freiwilligenstreitkraft: 53% Gegen Freiwilligenstreitkraft: 34% Noch unentschieden: 13%	DemoSCOPE Studie ‚Politik und Wirtschaft‘
Schweiz	1999-2004	1200 (Telefoninterview) ab 18 Jahren	Trend Richtung Freiwilligenstreitkraft	Sicherheitsstudien
Serbien			Wehrpflicht: 64% Freiwilligenstreitkraft 28%	Timotic 2003, 211
Slowakei			Freiwilligenstreitkraft: 71% vor allem bei höher Gebildeten	Čukan 2003, 120
Slowenien Slowenien	1999 2001		Mehrheit für die Wehrpflicht Wehrpflicht: 34% Freiwilligenstreitkraft: 48%	Jelušič 2003 Jelušič 2003, 199
Spanien	Mitte 1990		Abschaffung der Wehrpflicht: 75% (25-34-Jährige: 84% ⁹) Für Wehrpflicht: 13%	Jehn und Selden 2002, 95
Spanien	Eurobarometer Frühling 1997			Manigart 2003b
Tschechien	2001		78% erwarten eine Änderung des Systems, z.B. durch Anhebung des Berufssoldatenanteils	Tschechien 2001
Tschechien			Wehrpflicht mit mixed System: 30% Freiwilligenstreitkraft: 50% (wobei die bis 30-Jährigen zu 63% einverstanden)	Vlacova 2003a
Ungarn Ungarn Ungarn	1992-1996 1997-1999 Ab 1999		Mehrheit für Wehrpflicht ausgeglichen Mehrheit für Freiwilligenstreitkraft	Kiss 2003, 135-136 Kiss 2003, 135-136 Kiss 2003, 135-136
USA	1973 (Detroit survey)		Freiwilligenstreitkraft: 79%	Bachmann, Blair, Segal 1978, 33

Anhang C: Statistische Methodik

Dieser Anhang gibt die korrigierten Zahlen zum Datensatz *The Military Balance* wieder und fasst knapp die verwendete statistische Methodik zusammen. Für detailliertere Ausführungen sei z.B. auf Hartung, Elpelt und Klösener (2003) verwiesen.

1 Korrigierte Zahlen aus *The Military Balance*

In Tabelle 1 ist in der ersten Spalte das Land, anschliessend das betreffende Jahr und die Kategorie ausgewiesen. Die beiden letzten Spalten geben die alte und die korrigierte Zahl an. Neben den europäischen Staaten mit Wehrpflicht finden sich Kanada, Neuseeland und Grossbritannien in der Tabelle.

Tabelle 1: Korrigierte Zahlen aus *The Military Balance*

Land	Jahr	Feld	Zahl alt	Zahl neu
Belgien	1990	Total AF reserve	450000	411500
Belgien	1995	Total AF reserve	275700	228800
Bulgarien	1983	Total AF active	162300	148000
Bulgarien	1983	Total army	120000	105000
Bulgarien	1987	Navy conscript	6000	3000
Bulgarien	1993	Total navy	3000	6100
Bulgarien	1994	Total navy	3000	6100
Bulgarien	1995	Total navy	3000	6100
Dänemark	1985	Army conscript	8000	6800
Dänemark	1986	Total navy	6925	5700
Dänemark	1989	Total navy	7700	5400
Dänemark	1998	Total AF reserve	100000	70450
Deutschland	1975	Total AF reserve	1183000	700000
Deutschland	1976	Total AF reserve	1179500	700000
Frankreich	1986	Total AF active	557493	457493
Frankreich	1987	Total AF active	456900	446900
Grossbritannien	1971	Total AF reserve	356100	242400
Grossbritannien	1981	Total AF reserve	199000	265000
Grossbritannien	2000	Total AF reserve	302850	257700
Italien	1997	Total army	188300	168300
Kanada	1991	Total army	35800	23500
Kroatien	1998	Total AirF	3180	5000
Lettland	1996	Total AF active	8000	6950
Lettland	1997	Total army	3400	2350
Litauen	1996	Total AF active	5100	8900
Litauen	1997	Total AF active	5250	8900
Neuseeland	1975	Total AF reserve	6500	11550
Österreich	1989	AirFconsc	500	2300
Österreich	1994	Total army	44000	46000
Österreich	1994	Total AirF	7250	4250
Österreich	1996	Total AF reserve	91800	100700
Rumänien	1989	Total AF reserve	203000	556000
Rumänien	1990	Total AF reserve	203000	556000

Rumänien	1991	Total AF reserve	626000	556000
Rumänien	1992	Total AF reserve	593000	556000
Rumänien	1993	Navy conscript	5000	10000
Rumänien	1995	Total AF	54000	27400
Russland	1995	Navy conscript	40000	133000
Schweden	1978	Total AF reserve	684000	500000
Schweden	1995	Total conscripts	31600	36600
Schweden	1996	Total conscripts	42100	36600
Schweden	1995	Army conscript	33900	27000
Tschechoslowakei	1991	Total AF reserve	495000	295000
Tschechoslowakei	1992	Total AF reserve	495000	295000
Ukraine	1994	Total AF active	517000	438000
Ukraine	1994	Total army	308000	217000
Ungarn	1978	Total AF active	114000	104000
Ungarn	1978	Total conscripts	78000	58000
Ungarn	1978	Army conscripts	70000	50000
Ungarn	1980	Total AF active	93000	101000
Ungarn	1980	Total army	72000	80000
Ungarn	1991	Total AF reserve	210000	192000

2 Modellierung eines Zeitreihentrends mittels der linearen Regression

Eine Zeitreihe besteht aus einer Menge von n Beobachtungen (X_1, X_2, \dots, X_n) , die in einer zeitlichen Abfolge gemessen oder erhoben werden. Die Beobachtungen einer Zeitreihe sind typischerweise abhängig. Falls die Zeitreihe einen Trend zeigt, muss dieser Trend zuerst geschätzt werden. Eine einfache Methode, um Trends zu schätzen, ist die lineare Regression; mit ihr können etwa polynomiale Trends (z.B. linear, quadratisch, kubisch) oder stückweise lineare Trends geschätzt werden.

3 Einweg-Varianzanalyse und paarweise Gruppenvergleiche nach Scheffé

Die Einweg-Varianzanalyse (ANOVA = ANalysis Of VAriance) ist ein statistisches Verfahren, um zu entscheiden, ob sich mehrere Gruppen bezüglich ihrer Lage unterscheiden. Sie ist eine Verallgemeinerung des t-Tests, der den Vergleich zweier Gruppen erlaubt. Die im Folgenden beschriebene Methode der Mittelwertvergleiche nach Scheffé setzt voraus, dass das Modell der Varianzanalyse erfüllt ist. Kritische Voraussetzungen, die dabei erfüllt sein müssen, sind insbesondere:

- Die Streuungen innerhalb der einzelnen Gruppen sind vergleichbar gross.
- Die Daten enthalten keine groben Ausreisser.

Paarweise Gruppenvergleiche nach Scheffé

Nachdem mittels einer Einweg-Varianzanalyse festgestellt wird, dass nicht alle Gruppen die gleiche Lage haben, stellt sich die Frage, zwischen welchen konkreten Gruppenpaaren statistisch signifikante Unterschiede bestehen. Wenn die Gruppenpaare einfach mittels eines t-Tests verglichen werden, wird die Gesamtirrtumswahrscheinlichkeit von 5% nicht mehr eingehalten, d.h. es werden tendenziell zu viele Gruppenunterschiede als signifikant angegeben. Ein Verfahren, das die Gesamtirrtumswahrscheinlichkeit auf 5% belässt, ist die Methode von Scheffé. Dabei werden zwei Gruppen i und j als signifikant unterschiedlich betrachtet, falls

ihre Mittelwerte um mehr als $S \cdot \hat{\sigma} \sqrt{1/n_i + 1/n_j}$ voneinander abweichen, wobei $\hat{\sigma}^2 = SQ(\text{innerhalb})/(n-g)$ und $S^2 = (g-1) \cdot F_{95\%; g-1, n-g}$. Die Methode von Scheffé ist konservativ; insbesondere werden niemals Gruppenpaare als signifikant unterschiedlich beurteilt, wenn die Einweg-Varianzanalyse nicht zeigt, dass es generell Unterschiede zwischen den Gruppen gibt.

4 Korrespondenzanalyse

Die Korrespondenzanalyse kann als exploratives Verfahren zur grafischen und numerischen Darstellung der Zusammenhänge zwischen nominal oder ordinal skalierten Daten verstanden werden. Dabei wird eine Unterscheidung zwischen beschreibenden (Reihenvariablen) und zu beschreibenden Variablen (Kolonnenvariablen) vollzogen. In der hier vorliegenden Korrespondenzanalyse sind die beschreibenden Variablen die vier Triebkräfte (gesellschaftlich, geostrategisch, ökonomisch, technologisch), die zu beschreibende Variable ist die Wehrpflicht-rate. Interpretiert werden kann die Analyse auf zwei Arten: erstens zeigt die Distanzinterpretation, welche Variablenausprägungen sich am ähnlichsten (d.h. nächsten) sind, zweitens können latente Faktoren, d.h. Dimensionen, die nicht direkt gemessen wurden, erkannt werden, indem ihre Existenz durch die Anordnung der manifesten Variablen in der grafischen Lösung postuliert wird. In unserem Beispiel beziehen wir uns auf zwei Dimensionen. In der Korrespondenzanalyse wird die Gesamtvarianz der Datenmatrix durch χ^2 gemessen, welches den Grad der Unabhängigkeit von Reihen und Kolonnen angibt. Das χ^2 erklärt somit die Hauptachsen. Siehe bei Blasius (2001) sowie auch bei Haltiner, Wenger, Bennett, Szvirceev Tresch (2003).

Lebenslauf

Name: Tibor Szvircsev Tresch
Geburtsort: Zug
Heimatort: Uffikon/ LU
Geburtsdatum: 5. Juni 1967
Schulen: 6 Jahre Primarschule in Steinhausen
3 Jahre Sekundarschule in Steinhausen
1983-1988 Lehrerseminar St. Michael in Zug
Lehrtätigkeit: 1988-1992 Vollanstellung an der Primarschule Steinhausen
1992-2000 diverse Stellvertretungen und Teilzeitpensen
Studium: Herbst 1992 bis Sommer 1999 Studium der Soziologie,
Politikwissenschaft und Kriminologie an der Universität Zürich
Semesterassistent Herbst 1994/1995 bei Prof. Dr. Hans Geser
Semesterassistent Herbst 1995/1996 bei Prof. Dr. Hans Geser
Wissenschaftliche Tätigkeit: 2001-2002 Lehrassistent bei Prof. Dr. Andreas Wenger,
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktforschung,
ETH Zürich
Seit April 2002 Assistent an der Militärakademie an der ETH Zürich,
Dozentur Militärsoziologie bei Prof. Dr. Karl W. Haltiner